C 21734 D

Die Linke nach den Verbotsdrohungen — ein schwaches Bild! S.5

Arbeiterkampf

Jg.7 Nr 115 17.10.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,–

Willy Brandt kontra Russell-Tribunal

Die Ankündigung der ersten Sitzung des Russell-Tribunals über Repression in der BRD, die dieser Tage stattfinden soll, hat die Bonner Parteien aufgescheucht. Insbesondere der SPD-Vorsitzende hat zu einem mächtigen Schuß gegen das Tribunal ausgeholt. Unklar ist jedoch, welches Tor er dabei getroffen hat...

Willy Brandts Reaktion kam unerwartet spät. Tatsächlich mußte er erst durch eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an seine Pflichten erinnert werden. So richtete diese am 29.9. eine »kleine Anfrage« an die Bundesregierung, ob ihr »die Vorbereitungen für ein sogenanntes Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland« und die Teilnahme von SPD- und FDP-Mitgliedern daran bekannt seien. Unter Absatz 5 der »kleinen Anfrage« heißt es sodann: *»Was hat die Bundesregierung bisher, öffentlich oder nicht öffentlich, unternommen, um die sich nicht zum Bereich des Linksextremismus zählenden Personen und Gruppen, welche sich an der Vorbereitung des ,Russell-Tribunals' beteiligen, über den politischen Charakter dieses Unternehmens und der übrigen sich beteiligenden Gruppen aufzuklären und auf sie mit dem Ziel ihrer Distanzierung von dem Unternehmen einzuwirken? Was wird sie zum gleichen Zweck noch tun?«*

Brandt nahm diese Anregung bereitwilligst auf, gab sie ihm doch wieder einmal Gelegenheit, sein akrobatisches Können bei der Auseinandersetzung mit Kritik an »unserem freiheitlichen Rechtsstaat« zu unterstreichen. Dem unabhängigen Tribunal unterstellte er *»propagandistische und verleumderische Absichten«*. *»Die Initiatoren in London seien in der Bundesrepublik und in Westberlin nicht willkommen«* (»Frankfurter Rundschau«, 15.10). Er will jetzt sein (noch verbliebenes) internationales Ansehen persönlich einsetzen, um die

Fortsetzung S. 9



„Vaterlandslose Gesellen"

Zu den geheiligten Grundfesten „unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" im Gegensatz zu den „totalitären" Systemen, die jedem Schüler als ABC politischer Bildung eingebleut werden, zählt die „Gewissensfreiheit" der „Volksvertreter" im Parlament. Auf eben diese beriefen sich 16 SPD-Parlamentarier, als sie sich weigerten, dem Kontaktsper-

Bundesrepublik Deutschland, unserem Gemeinwesen, schuldig ist". In den darauffolgenden Tagen ergossen sich wahre Kübel von Anpöbeleien in der Presse gegen die „Dissidenten", offen wurde der Parteiausschluß von Coppik, der die Ablehnung vor dem Bundestag begründet hatte, gefordert. 15 der 16 SPD-Abgeordneten verwahrten sich in einem offenen Brief

Brokdorf: Baustop befristet bestätigt



Hamburg, den 17.Oktober 77: Wie wir erst unmittelbar vor Druckbeginn dieser Zeitung erfahren haben, hat das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg den seit fast einem Jahr bestehenden Baustop für das AKW-Brokdorf befristet bestätigt. Konkret heißt das, daß die militärischen Anlagen und das Wachpersonal erhalten bleiben, jedoch keine „Gründungsarbeiten" durchgeführt werden dürfen, bis ein „prüfungsfähiger Bescheid" über die Zwischenlagerung atomaren Abfalls vorliegt. Mit dieser Entscheidung können und werden sich die AKW-Gegner nicht zufrieden geben. Wir kämpfen weiter, bis unsere Forderung "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" erfüllt ist.

„Vaterlandslose Gesellen"

Zu den geheiligten Grundfesten „unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" im Gegensatz zu den „totalitären" Systemen, die jedem Schüler als ABC politischer Bildung eingebleut werden, zählt die „Gewissensfreiheit" der „Volksvertreter" im Parlament. Auf eben diese beriefen sich 16 SPD-Parlamentarier, als sie sich weigerten, dem Kontaktsper-rengesetz im Bundestag zuzustimmen.

Dieses im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitschte Gesetz, das den Abgeordneten erst unmittelbar vor der Verabschiedung im Wortlaut vorlag, ist ein Meilenstein auf dem Weg der BRD in den totalen Polizei- und Willkürstaat.

Es ist schon bezeichnend für diesen Staat und das gegenwärtige politische Klima, daß nur 16 SPD-Abgeordnete es wagten, gegen dieses Gesetz zu stimmen.

Noch bezeichnender ist jedoch die Reaktion auf dieses „abweichende" Verhalten.

Den Anfang machte SPD-Fraktionsführer Wehner, der vor dem Bundestag erklärte, *„die große Mehrheit der Fraktion weiß, was sie der*

Bundesrepublik Deutschland, unserem Gemeinwesen, schuldig ist". In den darauffolgenden Tagen ergossen sich wahre Kübel von Anpöbeleien in der Presse gegen die „Dissidenten", offen wurde der Parteiausschluß von Coppik, der die Ablehnung vor dem Bundestag begründet hatte, gefordert. 15 der 16 SPD-Abgeordneten verwahrten sich in einem offenen Brief an Wehner gegen den Vorwurf, sie wüßten nicht, *„was sie der Bundesrepublik schulden"*. Daraufhin erklärten sich 157 rechte SPD-Abgeordnete der „Kanalarbeiter"-Gruppe demonstrativ mit Wehner „solidarisch". Neu ist das Etikett „vaterlandslose Gesellen" für Sozialdemokraten nicht, die es wagen gegen Gesetzesvorlagen zu stimmen, die von der Reaktion vorgelegt werden. Seit den Tagen des kalten Krieges gehört diese Bezeichnung zum demagogischen Routinevokabular der CDU/CSU, wogegen sich die SPD-Führung stets lautstark empörte. Was könnte die Heuchelei dieser Leute besser verdeutlichen, als daß jetzt die SPD-Führung selbst mit diesem Bannstrahl gegen oppositionelle Mitglieder vorgeht.

Hamburg, den 17.Oktober 77: Wie wir erst unmittelbar vor Druckbeginn dieser Zeitung erfahren haben, hat das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg den seit fast einem Jahr bestehenden Baustop für das AKW-Brokdorf befristet bestätigt. Konkret heißt das, daß die militärischen Anlagen und das Wachpersonal erhalten bleiben, jedoch keine „Gründungsarbeiten" durchgeführt werden dürfen, bis ein „prüfungsfähiger Bescheid" über die Zwischenlagerung atomaren Abfalls vorliegt. Mit dieser Entscheidung können und werden sich die AKW-Gegner nicht zufrieden geben. Wir kämpfen weiter, bis unsere Forderung "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" erfüllt ist.

Terrorurteil gegen KBW-Funktionäre

Einen Vorgeschmack auf das beabsichtigte Kommunisten-Verbot gab im September die Justiz mit mehreren Terror-Urteilen gegen KBW-Führer. Dank der hirnrissigen Veröffentlichungspraxis des KBW sind diese Urteile selbst in der Linken kaum bekannt geworden, obwohl sie zweifellos eine neue Qualität des justizmäßigen Angriffs auf die Linke darstellen.

Vergleichsweise „harmlos" war noch das Urteil, das die KBW-Funktionäre Helga Rosenbaum, Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt zur Zahlung von 5780 Mark „Schadensersatz" verpflichtete. Der Schaden soll entstanden sein, als bei einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg im Juni 1975 ein paar städtische Blümchen und Grünanlagen zertrampelt wurden. Die drei KBW-Führer werden als „Leiter und Anführer für die damalige Demonstration verantwortlich und haftbar gemacht (Heidelb. „Abendpost/Nachtausgabe", 9.9.).

Im nächsten Prozeß standen wieder Helga Rosenbaum und Jochen Noth vor Gericht. Diesmal ging es um „Aufforderung zu strafbaren Handlungen" (Die Hintergründe sind uns nicht bekannt). Das Urteil: 13 Monate für Helga Rosenbaum, 15 Monate für Jochen Noth. Beide Strafen ohne „Bewährung" ! (Heidelb. „Tageblatt" 28.9.).

Nur einen Tag später standen die beiden wieder vor Gericht – diesmal wegen „Hausfriedensbruch", den die beiden im Gemeinderat begangen haben sollen – Helga Rosenbaum als Stadträtin des KBW, Jochen Noth als Zuschauer. Bei Helga R. ging es um drei „Fälle", bei Jochen N. um zwei. Beispielsweise hatte Helga Rosenbaum sich bei der offiziellen Eröffnung des neugewählten Gemeinderats geweigert, sich amtlich „verpflichten" zu lassen und hatte versucht, dafür eine Begründung zu geben. Das Wort wurde ihr schließlich unter Drohung mit Polizei-Einsatz abgeschnitten. Ähnlich verliefen auch die anderenbeiden „Fälle" : Helga Rosenbaum hatte versucht, zu sprechen; das war ihr verboten worden; sie wurde zum Verlassen des Gemeinderats aufgefordert, kam dieser Aufforderung nicht sofort nach. Soweit also der „Hausfriedensbruch". Das Urteil: 8 Monate gegen Helga Rosenbaum, 6 Monate gegen Jochen Noth. Wieder ohne „Bewährung", da sich beide als „Überzeugungstäter" zu erkennen gegeben hätten („Tagesblatt" und „Rhein-Neckar-Zeitung", 28.9.).

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Die nach der Schleyer-Entführung entfesselte Hexenjagd ist mit Recht in letzter Zeit immer wieder mit der McCarthy-Ära in den USA, Anfang der 50-er Jahre, verglichen worden. Die »Systemveränderer« schlechthin — also jeder, der im Kapitalismus nicht unbedingt die beste aller möglichen Welten sieht — werden als Wegbereiter und »Sympathisanten« des Terrorismus vor's Tribunal gezerrt. Mehr noch: Selbst derjenige, der beispielsweise nur neue Wege in der Pädagogik gehen wollte oder sonstwie Bestehendes und »Althergebrachtes« kritisch in Frage gestellt hat, wird dem »geistigen Nährboden des Terrorismus« zugerechnet. Demokratische Intellektuelle werden unter Drohung des Ruins ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Existenz zum »Widerruf« gezwungen. Andere legen Selbstverpflichtungen auf den »Rechtsstaat« und auf den »Kampf gegen den Terrorismus« ab. Die Auseinandersetzungen in der SPD um eine Handvoll von »Abweichlern«, die dem neuen Kontaktsperre-Gesetz nicht zugestimmt hatten, zeigen, wie auch in der SPD gewaltsam die totale Gleichschaltung durchgesetzt wird.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß sich dieses Klima der Hexenjagd und der Inquisition noch weiter verschärfen wird. Das dürfte insbesondere d a n n der Fall sein, falls sich nach der Beendigung des »Falles Schleyer« der endgültige Bankrott der SPD/FDP-Regierung erweist und sie durch eine Regierung der CDU/CSU abgelöst wird.

Unter Linken und Demokraten gibt es zur Zeit starke Tendenzen, dem Druck nachzugeben, in der Illusion, man könnte durch einen teilweisen Rückzug wenigstens noch einiges retten. Rücksicht auf das, was ungeprüft

Fortsetzung S. 3



Kreistagswahlen in Niedersachsen

„Wir ziehen den Vorhang auf"

Bad Pyrmont/Hameln: Am 23. Oktober 1977 finden in 18 niedersächsischen Landkreisen Wahlen statt. Im Kreis Bad Pyrmont/Hameln kandidiert neben den üblichen bürgerlichen Parteien erstmals eine „Wählergemeinschaft Atomkraft – Nein danke" (WGA).

Die Initiative für diese Anti-AKW-Liste entstand vor vier Wochen auf einer Hamelner Veranstaltung der Bürgerintiativen des Weserberglandes (siehe AK Nr. 114, S. 2). Mittlerweile hat die WGA ihre Bewährungsprobe bestanden. Auf einer Serie von Wahlveranstaltungen und „Bürgergesprächen" haben die Kandidaten und ihre zahlreichen Unterstützer und Wahlhelfer vom Interesse der Bevölkerung her den bürgerlichen Parteien den Rang abgelaufen.

Während selbst Minister der bürgerlichen Parteien „vor mäßiger Kulisse" („Pyrmonter Nachrichten", 4.10.) antreten, treffen die AKW-Gegner im allgemeinen auf sehr großes Interesse.

So auch die Kalkar-Auswertungsveranstaltung am 5.10 in Hameln. Der Saal war mit weit über 100 Teilnehmern voll. Etwa die Hälfte der Besucher waren „älteren Jahrganges". Im Einleitungsreferat strich der Vorsitzende der „Gewaltfreien Aktion Umweltschutz Grohnde" die erreichte Aktionseinheit der AKW-Gegner zu Kalkar heraus, bewertete, in Absprache mit allen BIs des Weserberglandes, die Demonstration als „Erfolg" und verurteilte die Polizeimanöver.

Danach zog die WGA mit ihrem Programm im wahrsten Sinne des Wortes „über die Dörfer". Veranstaltungen mit örtlich bekannten Arzt Dr. Kater (Mitglied der CDU) in Bad Münder und Afferde zum Thema „Gesundheitliche Schäden durch AKW's" folgte am 12.10. in Emmerthal eine Diskussionsrunde mit Betriebsräten zum Thema „Schaffen AKWs Arbeitsplätze".

Zwei Veranstaltungen wurden mit dem AKW-Gegner Holger Strohm abgehalten, zu denen in Bad Pyrmont 60 und in Hameln 70 Teilnehmer kamen. Insbesondere die Pyrmonter Veranstaltung dokumentierte, wie die WGA im Brennpunkt der Auseinandersetzungen steht. Im Publikum waren Mitglieder der CDU, der SPD, Jusos, WSL und Prof. Guht von der FPD. Strohm: „Die WGA ist eine Alternative zu den drei Parteien."

Mangels Bereitschaft, sich sachlich mit den von der WGA aufgeworfenen Themen auseinanderzusetzen und auch mangels politisch ernstzunehmender eigener Vorstellungen ziehen es die bürgerlichen Parteien SPD und CDU vor, über den politischen Standort der WGA zu spekulieren, bis hin sich gegenseitig zu verdächtigen, die WGA sei des anderen „trojanisches Pferd". So meint Oberbürgermeister Kocks (CDU), die WGA verfolge *„Ziele, die links von der SPD liegen"* („Pyrmonter Nachrichten" 10.10.).

Seibel (CDU) sprach von der WGA als *„taktisches Instument der SPD"*, und als *„eine undurchsichtige Vermengung von Bürgerprotest und Volksfront"* („PN" 10.10.).

Die SPD fragt auf einer eigenen Wahlveranstaltung, *„was gedenkt die CDU gegen ihr Mitglied Dr. Kater, der auf Veranstaltungen der WGA spricht, zu tun?"* („PN", 13.10.). Überhaupt hat die WGA einiges in die sonst so langweiligen Kreistagswahlen an Stimmung gebracht. Es ist nicht übertrieben, daß das Hauptthema dieses Wahlkampfes die WGA und die Atomkraftwerke sind. Dies, obwohl die Spitzen der bürgerlichen Parteien noch vor zwei Wochen erklärten *„Kernenergie sei kein Thema der Kreistagswahlen"* (Traupe, Kandidatin der SPD).

So kann man sich irren!

Daß die Friedhofsruhe der bürgerlichen Parteien so entscheidend durch die WGA gestört wurde, trifft SPD/CDU besonders, seit sie wissen, daß es sich bei einigen Kandidaten und Wahlhelfern der WGA um Mitglieder ihrer Parteien handelt. Entsprechend sind die Reaktionen der „demokratischen" Parteien – Verweise und Ausschlüsse sind eingeleitet.

So hat die SPD gegen ihr Mitglied und Kandidat der WGA in Hessisch Oldendorf, den Bundesbahnarbeiter Klaus Z., ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Laut „Pyrmonter Nachrichten" vom 13.10. stehen ähnliche Verfahren *„bei SPD und CDU in mehreren Ortsverbänden bevor"*.

„Bei der SPD in Hameln ist die Rede von Mitglieder, die die Kandidaten durch ihre Unterschrift für den Wahlvorschlag unterstützt haben."

Der Stadtverband der CDU/Hameln sagt, *„daß da gegen einige Leute was läuft und die natürlich vorgewarnt sind."* Woraus man schließen kann, daß nicht nur Dr. Kater, Mitglied im gesundheitspolitischen Beirat der CDU zu den Betroffenen gehört.

Die örtliche Presse berichtet recht objektiv, schließlich ist für sie das Erscheinen der WGA auf der Wahlbühne auch journalistisch interessant und täglich einen Artikel wert. Die Höhepunkte des Wahlkampfes kommen in der letzten Wahlwoche. Am Mittwoch, dem 19. Oktober findet in Hameln eine von der CDU initiierte Wahlkampfveranstaltung „CDU – WGA" statt. Die CDU bietet hierfür extra ihren Wissenschaftsminister Pestel auf! Am 20.10. folgt eine Veranstaltung der WGA kontra den Jugendorganisationen der Parteien, des weiteren einige Jugendabende.

Am 21.10. dann das große Wahlfest der WGA, zu dem bereits Pastor Bretzke, der am 19.3. in Grohnde die Schienen besetzte, um der Forderung, die anreisenden AKW-Gegner durchzulassen, Nachdruck zu verleihen, der Gewerkschafter Heinz Brandt, ein Rechtsanwalt (der AKW-Gegner vertritt) und Musikgruppen zugesagt haben.

SPD/CDU haben bereits jetzt ein wenig gespürt, was die WGA mit ihrem Wahlslogan: „Wir ziehen den Vorhang auf, hinter dem sich der Kreistag verbirgt" meint. Und dies ist gut!

KB-Sympathisanten Bad Pyrmont

növer.
und als *„eine undurchsichtige Ver-*
Wahlvorschlag unterstützt haben."
KB-Sympathisanten Bad Pyrmont
Oberlandesgerichtes in Oldenburg. Aber diese Entscheidung wird vielleicht gar nicht durchkommen, da

„Zweierlei Maß"

Mit einem Brief, den wir auszugsweise abdrucken, will Serge Klarsfeld die französische Staatsanwaltschaft über die skandalöse Haltung der deutschen Justiz informieren, die sie gegenüber den Naziverbrechern, die in Frankreich tätig gewesen sind, einnimmt.

„... da es sich um die eventuelle Auslieferung eines Rechtsanwaltes (gemeint ist Croissant) *durch Frankreich, um Menschenrechte handelt, erinnere ich an zwei Fälle von deutschen Rechtsanwälten, die in Frankreich ihre Fähigkeiten für politische Verbrechen gezeigt haben. Es handelt sich hierbei zuerst um den SS-Mann Hans-Dietrich Ernst, Rechtsanwalt und Notar in Leer, Niedersachsen, den wir 1975 wieder aufgespürt haben. Ernst war von 1942 bis 1944 Chef der politischen Polizei in Angers. Die Folterungen der Gestapo auf Anordnung von Ernst, seine Verbrechen, die Deportierungen sind lebhaft im Gedächtnis der Menschen aus dieser Region und der Region der Vogesen geblieben, wo im Herbst 1944 das Kommando Ernst gewütet hat.*

Ernst ist in Abwesenheit zu viermal lebenslänglich verurteilt worden. Wir haben im Februar 1977 erreichen können, daß er seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr ausüben darf, durch die Entscheidung des Oberlandesgerichtes in Oldenburg. Aber diese Entscheidgung wird vielleicht gar nicht durchkommen, da Ernst Berufung eingelegt hat.

Zur gleichen Zeit haben wir Bonn die Akten von Ernst Heinrichsohn vorgelegt, einem Rechtsanwalt in Bayern, in Miltenberg und gleichzeitig CSU-Bürgermeister von Bogstadt, den wir 1976 nach jahrelangen Recherchen haben auffinden können.

Heinrichsohn ist vielleicht der widerwärtigste von den Verbrechern, die in Frankreich gewütet haben. Seit 1942 stellvertretender Chef der antijüdischen Abteilung der Gestapo in Frankreich ist er einer der Organisatoren der großen Massenverhaftung vom Sommer '42 gewesen und ist vor allem dafür verantwortlich, besonders in Drancy 4.000 jüdische Kinder von ihren Eltern getrennt und nach Auschwitz geschickt zu haben, von denen keines überlebte. Der Rechtsanwalt Heinrichsohn hat außerdem im November 1942 kranke alte Leute aus dem Rothschild-Hospital geholt und deportieren lassen. Er ist in Frankreich zum Tode verurteilt worden, weil er des Mordes an einem der Helden der Resistance, dem Colonel Andre Rondenay, genannt Jarry, und vier seiner Kameraden beschuldigt wird. Obwohl wir wiederholt dem Oberlandesgericht Bamberg vorstellig geworden sind, uns an Rechtsanwälte und den Justizminister gewandt haben, ist Heinrichsohn immer noch Rechtsanwalt. Die BRD unternimmt nicht den geringsten Schritt, aber verlangt die Auslieferung von Croissant. Sie empört sich über sein Interview im II. französischen Fernsehen, während gleichzeitig keine Rundfunk-, keine Fernsehstation und keine Zeitung in Deutschland bereit ist, den Fall von Heinrichsohn darzustellen. Wenn die französische Justiz Croissant in das Deutschland Heinrichsohns ausliefert, zwischen welches gefährliche Räderwerk begibt sie sich dann, wie demütigend ist das für sie. Aufgrund von Angaben, die die französischen Anwälte nicht genau nachprüfen können, überläßt die französische Regierung Croissant einem der kritikwürdigsten Justizwesen unserer westlichen Welt und das auch noch, obwohl Frankreich jahrelang die Auslieferung von Heinrichsohn, Ernst und vielen anderen offenkundigen Verbrechern gefordert hat, und nicht gehört worden ist, und obwohl rechtlich diese Verbrecher endlich verfolgt werden könnten, es aber nicht geschieht. So kann ein Henker wie Heinrichsohn Rechtsanwalt und Bürgermeister werden und bleiben. Die Auslieferung Croissants würde in der Tat ein neues bedrohliches Kräfteverhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich signalisieren. Als besonders aktiver Streit bei der französischen Justiz, in dem Bemühen, endlich den Zustand der Strafverschonung der großen Naziverbrecher, die in unserem Land gewütet haben, zu beenden, hege ich die ernste Hoffnung, daß um sich selbst treu zu bleiben, Frankreich Herrn Croissant nicht ausliefert.

Serge Klarsfeld"

(Der Brief ist erschienen in „Le Monde" vom 14.10.77).

Antikommunistische Hetze gegen ‚Demokratisches Bündnis Rotenburg'

Rotenburg: Im neuen Großkreis Rotenburg/Bremervörde kandidiert zu den Kreistagswahlen am 23.10. in Rotenburg-Stadt auch die „Wählergemeinschaft Demokratisches Bündnis Rotenburg" mit einem Einzelkandidaten. Das „Demokratische Bündnis" war auf Anregung der „Gruppe unabhängiger Sozialisten" (GUS), einer Gruppe ausgetretener Jusos und linker SPDler, entstanden (s. AK 111). In ihm arbeiten gegenwärtig mit: die GUS, der KB und Einzelmitglieder der AKW-Initiative Rotenburg, der Unabhängigen Frauengruppe, des Jugendzentrums Rotenburg und Unorganisierte. Die DKP, die ursprünglich noch Interesse an einer Mitarbeit gezeigt hatte, war gerade noch rechtzeitig ausgestiegen (als sie merkte, daß sie im „Demokratischen Bündnis" nicht die erste Geige spielen würde).

Die Schwerpunkte unseres „Wahlkampfs" sind durch unsere eigenen schlechten Erfahrungen mit der Politik der bürgerlichen Parteien und mit dem Klima wachsender Unterdrükkung in der BRD bestimmt: Kampf gegen Atomkraftwerke und Kriminalisierung der AKW-Gegner, Repression gegen Frauen (u.a. weigert sich das Rotenburger Krankenhaus, Abtreibungen auf soziale Indikation hin vorzunehmen), Umweltzerstörung im Kreis durch Grundwasserabsenkung und Wümmeregulierung, politische Unterdrückung gesellschaftlicher Aktivitäten.

Antikommunistische Hetze gegen das demokratische Bündnis

Die Breite des Bündnisses (für Rotenburg eine absolute Neuigkeit) und die Themen haben sehr schnell die bürgerlichen Parteien auf den Plan gerufen. Insbesondere die SPD tat sich mit Versuchen hervor, das DB zu isolieren oder zumindest seine Arbeit massiv zu behindern. Das ist für die SPD-Führung insofern auch verständlich, weil sie weiß, daß für viele SPD-Linke das DB ein guter Weg wäre, praktische Konsequenzen aus der reaktionären Ausrichtung ihrer Partei zu ziehen.

Der „Fall Hedda Braunsburger"

Um die Kandidatur des Demokratischen Bündnisses zu ermöglichen, setzte die SPD-Stadträtin Hedda Braunsburger ihre Unterschrift unter die Wahlvorschlagsliste des Demokratischen Bündnisses. Schon diese Inanspruchnahme eines eigentlich selbstverständlichen demokratischen Rechts – was ja noch nicht einmal politische Übereinstimmung mit dem DB bedeutet – war den SPD-Führern entschieden zu viel: Der Stadträtin wurde der Rausschmiß aus der SPD angekündigt. Begründung: *„die SPD kann es nicht und in Wahlzeiten schon gar nicht gebrauchen, wenn sie sich plötzlich in die Nähe mehr oder weniger kommunistisch angehauchter Gruppierungen gerückt sieht"* („Rotenburger Kreiszeitung", 6.10.). Hedda Braunsburger hat diesem Druck und den Drohungen nachgegeben. Das bedauern wir – haben aber andererseits auch Verständnis für die Entscheidung der Stadträtin.

Ausrichtung der SPD-Mitglieder durch parteiinternes Rundschreiben

Neben dem Kesseltreiben gegen Hedda Braunsburger versuchen die SPD-Führer mit einem internen Rundschreiben des Ortsvereinsvorsitzenden Bodo Räke, eine Verleumdungskampagne gegen das Demokratische Bündnis in Gang zu bringen. Die zentrale Aussage ist – wen kann es wundern – *„... daß es sich bei dem DB um eine Gruppierung handelt, die verdeckt – und vielleicht sogar von manchem Sympathisierenden selbst unbemerkt – Ziele des KB vertritt".*

Bewußt verschweigt der SPD-Chef die Aussage aus unserer Wahlplattform: **„Für konkrete Vorhaben werden nach ausführlicher Diskussion Mehrheitsbeschlüsse gefaßt. Jede beteiligte Gruppe und Person hat das Recht, über die einheitlichen Standpunkte hinaus die eigene spezielle Politik zu vertreten, sofern sich diese nicht gegen die gemeinsamen Ziele richtet."** Noch enthüllender für die SPD-Politik als die lügnerische Zentralaussage ist die Konsequenz, die jedem SPD-Mitglied daraus abverlangt wird. *„Von dieser Gruppe haben wir keine Solidarität zu erwarten. Deshalb ist auch jede Solidarität unsererseits mit einem Mitglied dieser Gruppe vollkommen unangebracht, auch wenn er früher einmal der SPD angehört hat."* Hinter dieser Aussage steht Antikommunismus reinsten Wassers: Egal, was wir für Standpunkte vertreten, es darf sich mit diesen Positionen weder inhaltlich auseinandergesetzt, geschweige denn solidarisiert werden, weil hinter dem DB ja der KB stehe.

Die SPD ist allerdings völlig im Recht, wenn sie schreibt, daß von uns „keine Solidarität zu erwarten" sei für eine Politik der zunehmenden Abschaffung demokratischer Rechte in der Praxis. **Das Rundschreiben ist symptomatisch für die aktuelle SPD-Politik: Jede inhaltliche Diskussion mit fortschrittlichen, demokratischen Positionen wird mit dem Hinweis auf das „kommunistische Gespenst" schlichtweg verboten.**

Das Jugendzentrum wird unter Druck gesetzt

Das neueste Opfer der antikommunistischen Hetze ist das Rotenburger Jugendzentrum. Wir hatten zusammen mit der Anti-AKW-Initiative, Teilen der Unabhängigen Frauengruppe und dem Jugendzentrum eine Politfete für den 15.10 im Jugendzentrum vorbereitet. Eingeladen waren auch Jusos und Gewerkschaftsjugend, die beide aber abwinkten: nicht mit dem Demokratischen Bündnis. Trotzdem: das Programm war vorbereitet, die Musikgruppen eingeladen. Jede beteiligte Gruppe sollte auf gleichberechtigter Basis ihre Arbeit darstellen können. Drei (!) Tage vor der Fete stieg das Jugendzentrum aus. Eine Begründung mochte es zunächst gar nicht geben.

Erst auf Druck unsererseits kamen folgende Gründe für das Aussteigen heraus: Nachdem klar war, daß Jusos und Gewerkschaftsjugend nicht mitmachen würden, beschlich den Verein Jugendzentrum die Ahnung, sie könnten von interessierter Seite zu Sympathisanten des Demokratischen Bündnisses – sprich zu „Kommunisten" – gestempelt werden. Diese Ahnung wurde denn auch sogleich vom Stadtdirektor Rosenzweig bestätigt: Er war höchstpersönlich im Jugendzentrum (was außerordentlich selten passiert) und hatte erklärt, daß das JZ mit Schwierigkeiten zu rechnen habe – aber natürlich wolle er hier nichts verbieten – und außerdem könne dann in den nächsten Tagen die NPD ankommen und gerichtlich erzwingen, daß auch sie eine Veranstaltung im JZ machen könne! Leider fanden die JZ-Vertreter diese hirnrissige Argumentation richtig und ließen das Fest-Vorhaben wie eine heiße Kartoffel fallen, denn sie seien an einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Stadt" weiter interessiert und dazu müßten sie „parteipolitische Neutralität" wahren.

Hier bleibt natürlich die Frage offen, ob in Zukunft das JZ freiwillig auf jede Auseinandersetzung und Aktion, die nicht die ausdrückliche Zustimmung der Stadtverwaltung und der Ratsparteien hat, verzichten will?

Trotz dieser Angriffe und Einschränkungen unseres Handlungsspielraums machen wir weiter und haben beschlossen, die Fete durchzuführen, auch unter etwas schlechteren Bedingungen.

Zwei Mitglieder des Demokratischen Bündnisses Rotenburg

Aufruf gegen die Auslieferung von Klaus Croissant und für seine sofortige Freilassung

Folgender Aufruf wurde in „Le Monde" und Liberation veröffentlicht:

„Die Unterzeichner sprechen sich gegen die Auslieferung von Klaus Croissant an die BRD mit aller Entschiedenheit aus und verlangen seine sofortige Freilassung. K. Croissant der westdeutschen Regierung auszuliefern, würde bedeuten, gleichzeitig eine gut geübte Tradition, die auch von der gegenwärtigen Rechtsprechung durch den Pariser Gerichtshof bestätigt wird, aufzugeben, als auch die verfassungsmäßigen Prinzipien des politischen Asyls anzugreifen und dem Druck der deutschen Regierung nachzugeben.

Die derzeitigen in Kraft befindlichen Texte, Gesetze oder internationalen Konventionen verbieten die Auslieferung von politischen Flüchtlingen, und das ist hier der Fall. K. Croissant mußte nach Frankreich fliehen, weil er in seinem Land verfolgt wird, weil es ihm unmöglich ist, seinen Beruf auszuüben und seine Mandanten zu verteidigen; er wurde massiv in seiner Freiheit bedroht. Auf die gleiche Weise sind mehr als sechzig deutsche Anwälte „kriminialisiert", verfolgt und beschuldigt worden, indem Texte und Umstände geschaffen wurde , die die BRD zu einem Land des permanenten Ausnahmezustands machen.

Die deutschen Bundesbehörden stürzen sich auf die Person von K. C., da er den Mut hat, politische Gefangene zu verteidigen, die sie einer Verteidigung nicht für wert erachten. Aber um welchen Staat handelt es sich, wenn ein Individuum, „welches auch immer die gegen es erhobenen Anklagen sind" jeder Verteidigung beraubt wird, wie es zahlreiche Gesetzestexte und vor allem die erlauben, die am 29. September 77 quasi einstimmig angenommen worden sind?

Die BRD hat den Naziverbrecher Kappler mit Entschiedenheit aufgenommen. Sie will den Rechtsanwalt K. C. ins Gefängnis bringen. Wir können uns nicht vorstellen, daß die französischen Behörden sich für eine solche Ungerechtigkeit hergeben".

Unterzeichner aus Frankreich: Sartre, Simone de Beauvoir, Laurent Swartz, Felix Guattari, J.P. Vigier, und 85 franz. Anwälte.

aus Belgien: Die Professoren Jean Salmon, Pierre Mertens und Francois Rigaux (Vors. beim 2. Russell-Tribunal) außerdem 22 Rechtsanwälte (bis zu diesem Tag).

(Aus: APL, Agence de Presse Liberation Nr. 358 v. 1.10.77 – Belgien).

Entscheidung über Ausweisung aufgeschoben!

Ob Klaus Croissant an die BRD ausgeliefert wird, entscheidet sich erst Ende Oktober. Das Gericht begründete die Verzögerung mit der Anlieferung von 400 Blatt „Beweismaterial", das noch studiert werden müsse. Inzwischen wächst die Solidaritätsbewegung mit Croissant. Außer dem oben zitierten Aufruf verfaßten die demokratische Rechtsanwaltsvereinigung („action judiciaire"), die Liga für Menschenrechte und die Gewerkschaft der Justizbeamten Aufrufe und kritische Stellungnahmen, um die Auslieferung Croissants zu verhindern.

Zum Tode verurteilt?...

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Fortsetzung von Seite 1

als »Volksmeinung« angenommen wird, spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Vorstellung, man dürfe jetzt nicht das »Risiko« eingehen, die Reaktion durch unbedachte Äußerungen und Handlungen noch weiter zu »reizen«. Eine Rolle spielt auch der Gedanke, jetzt wenigstens die »sozialliberale« Regierung zu retten, und sei es um den Preis noch weiterer Zugeständnisse. Der Vorwurf an die SPD-Dissidenten, sie hätten durch die Verweigerung ihrer Zustimmung zum Kontaktsperre-Gesetz »die Regierungsfähigkeit der SPD auf's Spiel gesetzt«, gehört in diesen Rahmen.

Teile der Linken, die niemals vollständig mit dem traditionellen Parteien-System, namentlich der SPD, gebrochen hatten, meinen heute erschreckt, sie hätten sich vielleicht mit ihren gelegentlichen Träumen von einer neuer Sozialistischen Partei schon allzu weit vorgewagt. Die Tendenz geht derzeit eher zur Reintegration in die SPD.

Der bekannte Spruch von Martin Niemöller (*»Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen...«*) wird gerade heute wieder viel zitiert. Allerdings mit dem Ergebnis, daß viele Linke und Demokraten gerade s o handeln, wie Martin Niemöller es beschreibt. Die Vorstellung »Die sind ja eigentlich selbst schuld« und »Für

handeln, wie Martin Niemöller es beschreibt. Die Vorstellung »Die sind ja eigentlich selbst schuld« und »Für

mich wäre es doch nur ungünstig, mit d e n e n in Verbindung gebracht zu werden«, ist leider schon weit verbreitet. In erster Linie gilt das natürlich für die Behandlung der politischen Gefangenen. Ihnen die Solidarität zu verweigern, wird heute weithin unter Linken schon als neue Linie ausgegeben; ganz abgesehen von denjenigen Linken, die sich jetzt den Kopf zerbrechen, wie sie ihren angemessenen Beitrag leisten können, um den »Terrorismus zu zerstören« und den »Sympathisantensumpf trockenzulegen«. Der Schritt ist gar nicht so groß, diese Haltung gleich auch noch auf die »K-Gruppen« auszudehnen, die schließlich mit ihren gewaltsamen Aktionen wie in Brokdorf und Grohnde und ihren radikalen Zielen am Ende auch »selbst schuld sind«, wenn sie Verfolgungsmaßnahmen und Verbotsdrohungen »provozieren«. Die DKP vor allem hat diesen Schritt schon vollzogen, indem sie unmißverständlich behauptet, die »Chaoten« stünden »auf der anderen Seite der Barrikade« und mit ihnen dürfe es keine Solidarität geben. Nicht so sehr viel anders handeln aber auch viele andere Linke, die das zwar nicht so offen aussprechen, aber die doch den Verbotsdrohungen gegen KBW, »KPD«, »KPD/ML« und KB zumindest erschreckend gleichgültig gegenüberstehen.

Es steht dabei heute weitaus mehr auf dem Spiel als nur das sozialistische Ziel. Auf dem Spiel stehen die primitivsten demokratischen Rechte. Sie zu v e r t e i d i g e n und die derzeitige Welle der Entdemokratisierung, Entliberalisierung und Enthumanisierung zurückzukämpfen, wäre die gemeinsame Aufgabe aller Demokraten. Und naturgemäß müßten hierbei gerade die Linken eine vorantreibende Rolle spielen. Es ist allerhöchste Zeit, eine »Gegenoffensive« zu starten. Dazu muß aber die Mentalität des »Rette sich wer kann«, der Abgrenzungshysterie, des Mißtrauens und der Diskriminierung unter Linken und Demokraten überwunden werden. Es ist im Grunde makaber und unverzeihlich, wenn heute die DKP nicht mit den »Chaoten« zu tun haben will, die »KPD« nichts mit der DKP und den »Wasserträgern des Sozialimperialismus«, die »KPD/ML« nichts mit der DKP und den Trotzkisten usw.usf. Dabei handelt es sich im Übrigen wieder einmal um eine typisch »deutsche« Unsitte, die in dieser krassen Form ohne Parallelen in anderen kapitalistischen Ländern ist.

F.J. Strauß hat im November 1974 in seiner berüchtigten Sonthofener Rede gedroht: *»Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen«*. Das ist ebenso ernst zu nehmen wie die seinerzeitigen fast identischen Ankündigungen Hitlers vor seiner »Machtergreifung«. Niemand soll sich einbilden, wir hätten heute noch unbegrenzt Zeit, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Den Anfängen haben wir schon nicht wehren können. Wehren wir uns jetzt wenigstens gegen die Fortsetzung!

Nach Ablauf der Ultimaten am Sonntag ist in dieser Stunde immer noch offen, welchen Ausgang die Entführung des Großkapitalisten Schleyer und eines Flugzeugs mit 87 Menschen an Bord nehmen wird. Fest steht, daß diese 88 Menschen von der Bundesregierung bereits der »Staatsräson« geopfert, praktisch zum Tode verurteilt wurden. Schon ist ihr »Ende« erbarmungslos von der bürgerlichen Presse vermarktet worden: »Das Ende ist nah«, bot »Bild« am Sonnabend als Schlagzeile an, und mit brutaler Deutlichkeit wurde nur noch von »Schleyers letztem Foto«, »Schleyers letztem Lebenszeichen« gesprochen, als sei sein Tod schon endgültig. Nicht einmal zu einer Erklärung des Bedauerns, zu irgendeiner Stellungnahme seitens der Bundesregierung hat es gereicht, als man das Ultimatum verstreichen ließ.

Es ist jetzt nicht mehr nur die »Staatsräson«, die die Bundesregierung veranlaßt, im Fall Schleyer »hart« zu bleiben. Wahrscheinlich wäre das Entsetzen unter den Regierenden groß, wenn Schleyer etwa von seinen Entführern freigelassen plötzlich in Bonn auftauchen würde. Nachdem man ihn zynisch geopfert und vermarktet hat, m u ß er auch sterben. Andernfalls hätte er wahrscheinlich einiges zu sagen. Seine bitteren Vorwürfe aus dem »Volksgefängnis« heraus machen klar, daß er lebend und frei sehr unbequem sein könnte. Es gibt den Parallelfall des italienischen Staatsanwalts Sossi, der vor einigen Jahren von seinen Entführern freigelassen wurde, nachdem der Staat seinen Austausch abgelehnt hatte. Sossi erhob so heftige Anklagen gegen diejenigen, die ihn schon dem Tod überlassen hatten, daß man ernsthaft erwog, ihn einfach für verrückt zu erklären.

Wahrscheinlich gäbe es für Schleyer, sollte er noch am Leben sein, überhaupt nur e i n e n Weg, seine Haut zu retten. Indem er nämlich seine Klassengenossen und den bürgerlichen Staat d o r t packt, wo sie immer noch am empfindlichsten sind. Mit anderen Worten: Wenn er jetzt beginnen würde, „Geschäfts"- und sonstige Geheimnisse auszupacken, beginnend z.B. bei der OTRAG-Sache und deren Hintergründen.

Das Todesurteil für den Großkapitalisten Schleyer, gesprochen durch den bürgerlichen Staat, hat eine politische Dimension. Das Todesurteil für 87 Menschen in dem entführten Flugzeug betrifft dagegen die Frage der Menschlichkeit. Ihr Leben hängt jetzt an der Hoffnung, daß ihre Entführer sich letzten Endes doch nicht ebenso zynisch und brutal über ihr Leben hinwegsetzen werden, wie es die Regierenden und die bürgerliche Presse schon getan haben. Für diese Hoffnung gibt es noch Grund: Bisher gibt es überhaupt keinen Fall, wo Entführer tatsächlich ihre Drohungen gegen unschuldige Geiseln wahrgemacht hätten! Möge dies nicht der erste Fall sein, der anders verläuft!



Ein Opfer der „harten Linie", die er selbst gepredigt hatte

"Bürgerinitiative gegen Terrorismus": Faschistische Todeskommandos

Schlagzeilen wie *„Wir wollen Mörder das Fürchten lehren"*, *„Bürgerinitiative gegen Terrorismus"*, *„... werden die Todesurteile vollstrecken"*, waren die publizistische Begleitmusik im Tegernseer Tal, Oberbayern, als der 71jährige Industrieberater Robert Rosenkranz zur „Terrorbekämpfung" mobilisierte. In einer viertelseitigen Anzeige der „Tegernseer Zeitung", einem Ableger des CSU-nahen „Münchner Merkur", rief Rosenkranz dazu auf, *„... zu demonstrieren für die Verschärfung aller Rechtsmittel, die geeignet sind, Mörder wie Mörder und Erpresser wie Erpresser zu behandeln."* Welche Mittel dazu geeignet sind, formulierte Rosenkranz in einer Resolution, in der u.a. gefordert wird:

— Aufklärung über den „Terror" und seine Bekämpfung sollen in die Lehrpläne (!) der Schulen aufgenommen werden— Verstärkung der Polizei an der Basis
— „Terroristen"-Verbrechen sollen grundsätzlich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifiziert werden
— Verbrechen gegen die Menschlichkeit *„ziehen nicht nur die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf immer nach sich, sondern auch die Aufhebung jeden Anspruchs auf Geltendmachung von Verfassungsrechten"*
— Anspruch der Bürger auf „Selbstschutz".

Unter dem Motto *„Heute Schleyer, morgen wir*(!) *alle"* fordert Rosenkranz in seinem Zeitungsinserat, *„daß mit dem Gesindel, das mordet, erpreßt und raubt, in Zukunft so umgegangen wird, wie 999 von 1000 Menschen es verlangen... Einer muß anfangen. Helft mir! Helft Euch und Euren Kindern! KOMMT!"* ... Und 1000 kamen!

Das mit ca. 8-10.000 Menschen bewohnte Tegernseer Tal machte seinem Ruf als Hochburg der CSU alle Ehre (Rottach-Egern: CSU fast 70%). Wie reaktionär sich in dieser Gegend die SPD zu geben weiß, zeigt, daß der SPD-Bürgermeister von Tegernsee, Luschner, die faschistische Kundgebung mit einem Grußwort eröffnete und die Rosenkranz-Resolution, die von fast allen Kundgebungsteilnehmern unterzeichnet worden sein soll (Tegernseer Zeitung), im Tegernseer Rathaus auslegen läßt!

In welchem Ausmaß in den schwärzesten Gebieten der BRD offen faschistische Propaganda betrieben wird, läßt sich bis ins Detail nur erahnen.

Ein weiterer Hinweis ist ein angeblich in Stuttgart aufgegebenes Flugblatt einer Gruppe, die sich selbst „Kommando Lebensretter" nennt, und das prompt in der Lokalpresse abgedruckt wurde. Man würde sich nicht wundern, wäre auch diese „Schau" von Rosenkranz (und seinen CSU-Hintermännern?) selbst arrangiert. Ist doch der Tenor in dem Schmierblatt dergleiche, der auch Rosenkranz' Kundgebung bestimmte: Erklärt die Terroristen (Linken!) zum Freiwild! In dem Mordpapier heißt es u.a.: *„...Die demokratische Rechtsordnung gebietet Rücksichten, die unsere Bürger und unseren Staat zum Spielball wahnsinniger und grausamer Terroristen macht... Wir — eine Gruppe entschlossener Bürger — sehen uns aus humanitären und staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein verpflichtet, den Schreckenstaten binnen Jahresfrist ein Ende zu setzen. ...die Bevölkerung (wird) miterleben, wie 11 Mörder (Baader, Ensslin u.a.) ausgeflogen werden. Sie werden aber nicht mehr lebend zu neuem Morden in die Bundesrepublik zurückkehren. Wohin immer der Flug geht, unsere „Begrüßungskommandos" werden nach der Ankunft die Todesurteile vollstrecken. Unsere Jagdkommandos werden auch die Mitglieder des Hausner-Kommandos suchen und töten."*

„Wir sind uns des Rückhalts in der Bevölkerung sicher, wenn wir schweren Gewissens dem Grundgesetz und der Rechtsordnung zuwider die terroristische Mörderbande mit unverbesserlicher Tötungsgesinnung auslöschen, die den Anspruch auf Leben verwirkt hat. Trotz Verwirklichung der Gerechtigkeit setzen wir uns strafbaren Handlungen aus und riskieren unsere bürgerliche Existenz. Gerade dies zwingt uns zur Anonymität..."

Es ist bisher nicht bekannt, daß der „Rechtsstaat" gegen die öffentliche Mitteilung geplanter Morde Schritte unternommen hat. Aber die Ermordung von „Terroristen" wäre sicher auch ehrbar im Sinne der Verteidigung des „freiheitlichsten Deutschlands", das wir je hatten... Antifaschisten, habt acht !

KB-Sympathisanten, München

"Terroristenfahndung" bei der Bundesbahn

Zweimal innerhalb von drei Wochen stoppte die Kriminalpolizei Hannover unter dem Stichwort »Terroristenfahndung« Fernzüge der Bundesbahn. Die Bürgerkriegsübungen geschahen abseits vom »Publikumsverkehr«, *»schnell und ohne Aufsehen«*.

In der Nacht vom 6.10. wurde in einer Blitzaktion der D 681 aus Hamburg angehalten und auf den menschenleeren Güterbahnhof umgeleitet. Dort wurde ein hamburger Ehepaar als »mutmaßliche anarchistische Gewalttäter« aus dem Zug geholt. Erst nach fünfstündiger Überprüfung wurden die Beiden wieder freigelassen.

Der nächste Überfall geschah mittags am 26.10. auf einen Intercity-Zug aus München. Diesmal unter Mithilfe schwerbewaffneter Kriminalbeamter und des Staatsschutzes auf einer stillgelegten Bahnstation. Eine junge Frau wurde in Handschellen abgeführt — *»zur Eigensicherung der Beamten«*. Auch hier nach mehrstündiger Überprüfung einschließlich erkennungsdienstlicher Behandlung das klare Ergebnis: Negativ.

Als Vorwand für diese Aktionen dienten in beiden Fällen »entsprechende Hinweise« von Mitreisenden. Die Betroffenen, so die Kriminalpolizei, hätten für die Polizeistaatsaktion »Verständnis gezeigt« bzw. sie »mit Einsicht und Gelassenheit« über sich ergehen lassen...

(Angaben nach „NHP", 7.10. und 8./9.10. und „HAZ", 27.10.)

KB/Gruppe Hannover

Bundeswehr gegen „Terroristen"?

Die vom Generalsekretär der CDU Geißler erhobene Forderung, die Bundeswehr bei der *»Bekämpfung des Terrorismus«* einzusetzen, da *»offenbar nicht genübend Polizeikräfte da sind«*, wurde von der Bundesregierung abgelehnt.

Sie begründete ihre Ablehnung (*»für eine Notstandssituation* (fehlen) *gegenwärtig jegliche Voraussetzungen* ...«) mit dem inbrünstigen Ton der »Überzeugung«. Es zeigt sich jedoch auch in dieser Frage wieder, daß es lediglich taktische Erwägungen sind, die diese Differenz bestimmen.

Rund um Köln fand, rein zufällig nach der Schleyer-Entführung, eine Notstandsübung von »Heimatschutzkomandos« (Reservisten) der Bundeswehr statt. Die mit Panzern ausgerüsteten Reservisten erhielten u.a. folgenden Lagebericht:

»Zum Schichtwechsel frühmorgens verteilen Mitglieder der Untergrundaktion »Roter Stern« Flugblätter mit Streikaufrufen, in einem Dorf bei Köln erschießen sie einen Polizisten, wenig später fliegt die Zentrale der Braunkohlenzeche Fortuna in die Luft« („Welt", 13.9.77).

Flugblattverteiler erschießen Polizisten, ein Kohlekraftwerk wird von ihnen gesprengt (vermutlich Umweltschützer) und das kurz nach der Schleyer-Entführung! Diese zügellose Hetze und Diffamierung dient zweifellos der Vorbereitung auf den inneren Einsatz der Bundeswehr.

Die »Distanz« der Regierung, die für diese Übung verantwortlich ist, gegenüber Geißlers »Vorschlägen«, entpuppt sich als rein taktisch, es ist nur eine Frage der Zeit, wann es soweit ist.

"MP im Anschlag: Für Terroristen kein Entkommen"

»Autofahrer, die am Donnerstagmorgen auf den Straßen rund um Göttingen unterwegs waren, wähnten schon die Entführer des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer in der Stadt. Überall hatte die Polizei Straßensperren errichtet; schwerbewaffnete Beamte sicherten ihre Kollegen mit Maschinenpistolen. In einem Großeinsatz machte man Jagd auf Verbrecher jeder Couleur« (»Göttinger Tageblatt«, »GT«, 7.10.).

Nach dem Einsatz von Kalkar war dies das zweite Großmanöver der Göttinger Polizei innerhalb von 14 Tagen. *»Eshandelte sich um eine reine Routinesache zur allgemeinen Verbrechensbekämpfung«* („GT"). Damit dürfte Göttigen seinem Ruf als Polizeistadt — erinnert sei nur an den Überfall auf den AStA, die Räumung eines besetzten Hauses durch 5 Hun dertschaften usw. — wiedermal voll gerecht geworden sein. Die Ankündigung des ehemaligen Nordrheinwestfälischen Innenministers Weyer, *»der Bürger müsse sich an den Anblick von mit MPs bewaffneten Polizisten im Straßenbild gewöhnen«*, ist hier inzwischen fast schon zur täglichen Wirklichkeit geworden.

So ist die Enttäuschung des „Göttinger Tageblattes" auch relativ gering: *»Allein: Am Donnerstagmorgen schnappte man sie* (die »Terroristen«, Anm. Red.) *jedenfalls nicht. Trotzdem blieb die Aktion ... nicht ohne Erfolg ...verfingen sich drei* (!!!) *Kriminelle* (= Autodiebe) *in den engen Maschen des Polizeinetzes«*. Die Polizei führt die *»intensive Mitarbeit der Bevölkerung, wie sie bisher noch nie dagewesen ist ... auf die allgemeine politische Lage zurück«* („GT", 7.10.) Schleyer machts möglich !

KHB Göttingen

Jagdszenen aus Westberlin —

Der „Lange Marsch" bläst zur Terroristenhatz

Die massive Gleichschaltungs-Kampagne seit der Schleyer-Entführung hat beim Westberliner „Langen Marsch", einem Diskussionsforum meist unorganisierter linker Sozialdemokraten, offenbar ein hitziges Jagdfieber ausgelöst. Im redaktionellen Leitartikel der Oktoberausgabe wird gefordert: *»Es genügt nicht, Erklärungen abzugeben, die dann — wie in den letzten Wochen — als unglaubwürdig und opportunistisch hingestellt werden. Drehen wir den Spieß um! Nutzen wir den Einfluß der Linken in der BRD — vielleicht ist dies die letzt Möglichkeit — politisch dem Terrorismus entgegenzutreten, mit allen Kräften gemeinsam, die hierzu bereit sind«.* Dieser Aufruf ist vermutlich genau so gemeint, wie er sich anhört. Konkreter heißt es dann noch in dem „Editorial": *»Wenn wir den Terrorismus — so weit dies heute überhaupt noch möglich ist — zerstören wollen, müssen wir unsere Haltung verändern, müssen uns der Verantwortung bewußt werden, zur Isolierung terroristischer Gruppen beizutragen«.* Noch etwas näher hat sich in der Oktoberausgabe des „Langen Marsch" ein Peter Brandt mit diesem Thema beschäftigt. Seine Schlußfolgerung: *»Das Interesse der Linken — und zwar von der KPD-ML und den Spontis bis zu Sozialdemokraten des linken Flügels — gebietet es, alles zu tun, um terroristische Aktionen zu unterbinden. Wäre die Linke in dieser Frage einig, gäbe es Möglichkeiten der Einflußnahme. Geopfert werden muß von allen offenen und versteckten Sympathisanten der Terroristen: der kompromißlose Abbruch aller Beziehungen und die Einstellung jeglicher Hilfeleistungen, damit die Grenze zwischen der — wenn auch schwachen, zersplitterten und teils diffusen — Linken und pseudopolitischen elitären Banden für jeden sichtbar und möglichst unüberschreitbar wird. An diesem Punkt sind die Terrorgruppen durchaus verwundbar; ohne Hilfe von außen können sie sich als solche nicht halten«.*

Aber warum auf halbem Weg stehenbleiben, wenn man davon überzeugt ist, daß es für die Linke tatsächlich überlebenswichtig sei, »den Terrorismus zu zerstören«? Warum dann nicht auch gleich den Appell an die »Sympathisanten«, sie sollten endlich auspacken, Namen preisgeben, dierekt mit den Behörden kooperieren, die das »Zerstören des Terrorismus« ja von Dienst wegen betreiben? Ist es Scham, die die Herausgeber des „Langen Marsch" vor diesem eigentlich nur noch konsequenten Schritt zurückhält? Oder ist das politische Taktik? Übrigens gibt es Neigungen zum direkten Denunziantentum unter ausgeflippten Linken ja wirklich schon seit einiger Zeit zu registrieren, so vor allem im Umkreis der Frankfurter Ex-Sponti-Zeitung „Pflasterstrand".

Vielleicht hebt es das Wohlbefinden mancher Linker, auf diese Weise ihren Beitrag zur allgemein ausgebroschenen Terroristenhatz zu leisten. Vielleicht meinen sie auch, diesen Beitrag irgendwo als politisches Alibi oder Lebensversicherung nötig zu haben. P o l i t i s c h jedenfalls ist der Aufruf des „Langen Marsch" nur ein peinliches Zeugnis geistiger Verwirrung. Da waren tatsächlich sogar BKA-Chefs, Generalbundesanwälte und ähnliche von Dienst wegen mit der Materie befaßte Figuren vor ein paar Jahren schon ein paar Schritte weiter. Sie erkannten nämlich mehr oder weniger deutlich, daß der Terrorismus g e s e l l s c h a f t l i c h e Ursachen hat. Hinter diesen schlichten Erkenntnisstand sollten Linke eigentlich nicht allzu weit zurückfallen. Die Vorstellung, man könne »den Terrorismus zerstören« indem die Linken sich einfach entschließen, den Terroristen jede Hilfe zu verweigern, findet man heute wohl — außer bei gewissen vor Angst dumm gewordenen Linken — nur noch in den allerdümmsten Polizistenköpfen. Was ist das denn anderes als die bekannte Theorie vom »Trockenlegen des Sympathisantensumpfes« ?!...

Dumm ist dieses Vorgehen der Herausgeber des „Langen Marsches" übrigens wohl auch im Sinne ihrer eigenen Taktik. Denn mit dem Aufruf, die »Terroristen zu isolieren, ihnen jede Hilfe zu verweigern« usw. bestätigt man doch direkt alle Erfindungen der Herrschenden über den angeblichen Zusammenhang zwischen Terrorismus und »linker Sympathisantenszene«. Sonst wäre ja der Aufruf sinnlos.

Die Linke muß sich restlos von der albernen Vorstellung lösen, als sei der Terrorismus irgendeine Art von Seuche, die aus heiterem Himmel über uns hereingebrochen sei und die es nun nach allen Regeln der medizinischen Kunst zu bekämpfen gelte. Der Terrorismus ist vielmehr das notwendige Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land. Nicht der Terrorismus hat Polizei-Repression, Ausnahmegesetze usw. hervorgerufen, sondern umgekehrt. Wer »den Terrorismus zerstören« will, der muß gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, statt sich den Kopf zu zerbrechen, wie er möglichst viele Linke für eine Zusammenarbeit mit der Polizei gewinnen kann.

Wie aber ist stattdessen die Perspektive des „Langen Marsches"? Die Redaktion sieht das im »Editorial« so: *»Schon droht die Reaktion auf die anhaltenden terroristischen Aktionen Grundelemente des bestehenden bürgerlichen Rechtsstaates zu zerstören. Noch hält der Damm, aber nicht dank unseres Vermögens. Es ist vor allem dem Einsatz von Teilen der SPD, FDP, Gewerkschaften und demokratischen Persönlichkeiten zu verdanken, die sich in den letzten Tagen überraschend gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe, gegen Folter und Einsatz der Bundeswehr öffentlich ausgesprochen haben«.* Abgesehen davon, daß derzeit die Todesstrafe selbst von der CDU mehrheitlich abgelehnt wird, daß von Einführung der Folter natürlich niemand öffentlich gesprochen hat und daß auch der Einsatz der Bundeswehr bisher nur von ein paar reaktionären Desperados in Spiel gebracht worden ist, zeigt der „Lange Marsch" mit dieser Dank-Adresse an »Teile der SPD« usw. usf., wie bescheiden manche Linke in diesem Land schon geworden sind. Man ist ja schon so froh, wenn nicht gefoltert und geköpft wird. Und das verdanken wir nur Willy Brandt!...

Man könnte die Sache vergessen, wenn der „Lange Marsch" von irgenwelchen rechten Sozialdemokraten gemacht würde. Es ist aber nicht so. Sondern das ist eine Zeitung, in der Linke, wie Erich Fried oder Rudi Dutschke schreiben, eine Zeitung, die sich zumindest lange Zeit zu sozialistischer Politik bekannt hat, eine Zeitung, die zeitweise den Anspruch hatte, zur Bildung einer Sozialistischen Partei beizutragen.



So hätten sie es gern: Zeichnung auf der Titelseite der Oktober-Ausgabe des „Langen Marsches"

Wenn der Polizeistaat es will, stehen alle Autos still

Eine Großstadt in der Bundesrepublik, 17.15 Uhr, Rush-hour, Hunderte von Verkehrsampeln springen auf »Rot«. Von Schul- und Rathausdächern heulen die Sirenen. Zweimal Dauerton von je einer Minute. Funkstreifen, Taxen und Linienbusse stellen sich auf den Kreuzungen quer. Tausende Fahrzeuge stehen still. Aus dem Autoradio hören die Fahrer was los ist. Im Funkhaus öffnet der Redakteur vom Dienst einen versiegelten Briefumschlag mit einer »Erklärung der Polizei«. Die Musik bricht ab, ein Sprecher verliest den soeben per Blitzfernschreiben aktualisierten Text: *»In der y-Straße in der X-Stadt ist soeben ein Terror-Anschlag verübt worden. Der Verkehr wird in großem Umfang gesperrt, die Kraftfahrer werden in dem Bereich (Stadtteil) gebeten, ihr Fahrzeug auf dem benutzten Fahrstreifen sofort anzuhalten, Warnblinkanlagen anzuschalten und nicht informierte Kraftfahrer sofort zu unterrichten.«* Der Rundfunksprecher appelliert an die Menschen im Stau: *»Wir bitten Sie, ihr Radiogerät eingeschaltet zu lassen ... Bitte teilen Sie etwaige Beobachtungen über die Tat und den Fluchtweg der Täter sofort der Polizei mit.«* Zugleich bitten die Fahnder via Radio *»um Verständnis für diese notwendigen Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung«*

Diese Vorschläge wollen die Innenminister von Bund und Ländern in den nächsten Tagen in Bonn beschließen. Begründung der Beschlußvorlage: Konzipiert nach Auswertung der Pannen bei der ring- und Blitzfahndung im Fall Schleyer. Weil in Köln *»die für diese Fälle vorgesehenen Fahndungsmaßnahmen ... nicht zur unmittelbaren Ergreifung der Täter geführt hätten«*, müsse die Fahndung künftig *»durch ergänzende Maßnahmen ... sofort mit dem Eingang der Tatmeldung wirksamer als bisher«* vonstatten gehen.

Das heißt:Totale Verkehrssperrung in 50 km Umkreis des Tatortes. Alle verfügbaren Polizisten sollen zu Fuß die Stauräume abkämmen, sollen Wagen für Wagen, Führerschein für Führerschein, Personalausweis für Personalausweis kontrollieren. In einer mittelgroßen Stadt wie Mainz hätten da z.B. hundert Beamte rund 9000 Personen in den Fahrzeugen zu überprüfen — fünf Stunden Totalblockade, wenn die Bullen jeden Ausweis nur drei Minuten unter die Lupe nehmen würden. Denn *»es nützt nichts«*, so ein Polizeipräsident, *»daß die Beamten nur einen Blick in den Wagen werfen.«*

Und wenn ein Verkehrsteilnehmer in einem »Einsatzfall« in dem »Leben und Gesundheit« gefährdet sind, dennoch bei »Rot« zum Krankenhaus strebt, handelt er, soviel ist in einem Rechtsgutachten klargestellt, »nicht rechtswidrig«, vielleicht aber lebensgefährlich, wenn nämlich ein Polizist in dem Blockadebrecher einen Terroristen wittert und draufhält. Erinnert sei hier nur an die vielen Menschen, die wegen Verkehrswidrigkeiten durch Polizeikugeln starben. Über Funk alarmierte Hubschrauber, die auf dem Bürgersteig landen (?!), sollen notfalls Schwerkranke aus blockierten Krankenwagen übernehmen und rausfliegen. Dies, so ein Polizeibeamter, ist kaum vorstellbar (machbar). Und *»wo es Blechschäden gibt«* verspricht ein AK2-Mann (Arbeitskreis 2, ein Beratungsgremium aus »Sicherheitsexperten« der Innenministerkonferenz) *»werden halt später die Kosten vom Staat ersetzt.«*

Selbst der Grundsatz der »Verhältnismäßigkeit der Mittel« ist bei dem Ampeleinsatz gegen »einen sehr großen Kreis von Nichtstörern« nach Ansicht der Innenminister gewahrt. Denn »bei einer terroristischen Gewalttat«, so heißt es in einem eigens bestellten IMK-Gutachten, handele es sich um *»einen entscheidenden Bruch unserer Rechtsordnung«*, der mit *»gewöhnlichen Straftaten nicht zu vergleichen«* sei.

»Kein Bundesland«, so ein süddeutscher »Sicherheitsexperte«, könne es sich *»letztlich leisten«* aus der Phalanx auszuscheren: *»Man muß alle Möglichkeiten ausschöpfen und dann in der Praxis sehen, ob es uns etwas bringt«.*

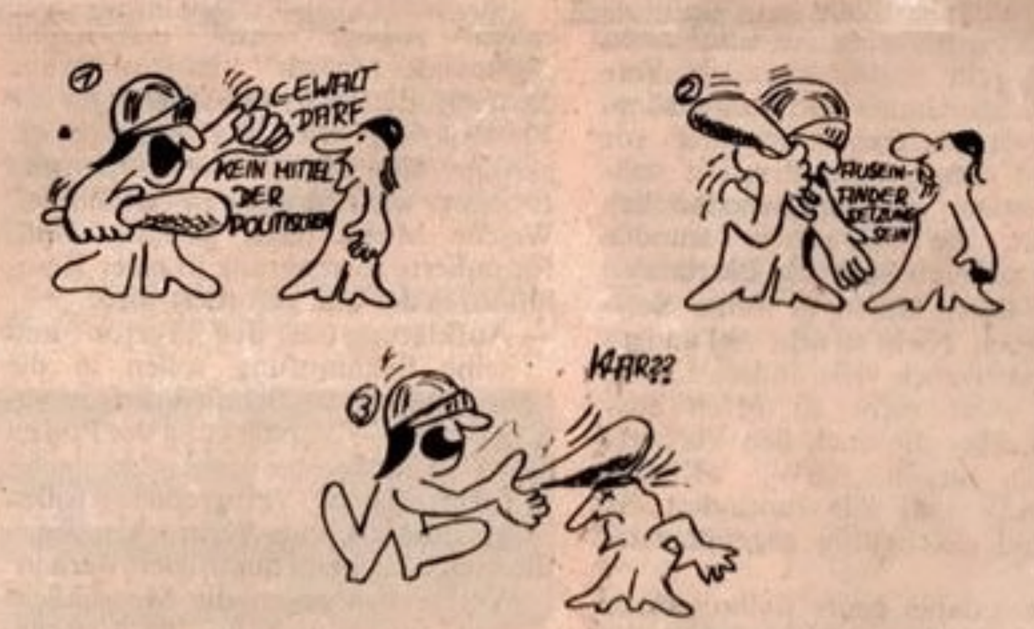
In Westberlin, so verriet Landespolizeidirektor Ehrhard Börner, sei die Polizei *»schon mit der beauftragten Firma in Kontakt getreten«*, um in dem Ampelzentralsteuerungssystem die Dauer-Rot-Phase für die »Stunde X« zu programmieren. (Alles laut „Spiegel", 10.10.77)

Fast noch »harmlose« Anzeichen, welche Folgen der Druck auf den Knopf haben würde, demonstrierte die Westberliner Polizei vor einigen Tagen. So wurde am Mittwoch, den 5.10 beispielsweise bei einer »normalen« Stadtfahndung nach (angeblich) gestohlenen Autos, Rauschgifthändlern und Einbrechern von 14 bis 16 Uhr an 18 Kontrollstellen von 277 Bullen 1402 Autofahrer gefilzt. Es gab an diesem Tag kilometerlange Staus. 100.000 Autos saßen fest.

Die Arbeiter mußten auf dem Weg von und zur Arbeit Wartezeiten von Stunden in Kauf nehmen. („Spiegel", 10.10.77) Das Ergebnis war gleich Null. Anzunehmen ist ebenfalls, daß der Polizist, der im „Spiegel"-Artikel den Erfolg solcher Aktionen bezweifelt, richtig liegt. Er sagt: *»Die Phantasie eines Erdenmenschen reicht nicht mehr aus, um das Ende solcher Aktionen auch nur annähernd vorauszusagen.«*

Solche Berichte und Polizeiaktionen sind offensichtlich dazu da, um die Bevölkerung einzuschüchtern, sie daran zu gewöhnen, daß die Polizei überall und jederzeit machen kann was sie will. Da dies jedoch keine Horror-Stories aus Zukunftsromanen sind, sondern konkrete Überlegungen des westdeutschen Staatsapparats, läßt einmal mehr erahnen, zu was die BRD-Imperialisten noch alles in der Lage sind, um für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin



Der Mann, dem jeder Schuh eine Nummer zu groß ist

Diesmal wollte er's besonders gut machen, diesmal wollte er nicht wieder der Dumme sein — der CDU-Vorsitzende Kohl. Und sie hatten ja auch wirklich argen Schabernack mit ihm getrieben, die Herren Strauß und Dregger. Ob Arbeitsmarktprogramm oder K-Gruppenverbot, jedesmal war es Kohl, der hinterher die Sache ausbaden mußte. Keiner hatte ihm vorher einen Tip zugesteckt, schlitzohrig haben sie ihn erst abgekanzel(er)t, nachdem er schon an die Öffentlichkeit getreten war.

Aber bei diesem Coup konnte es eigentlich gar nicht schief gehen. Gewissenhaft wurde alles registriert, was der große Meister in seiner Vilshofener und anderen Reden tausendfach vorexerziert hatte. Der Zeitpunkt war gut gewählt, eine gute Presse vermeintlich gewiß.

Also mag der Herr aus Mainz (!) gedacht haben, als er eine »Dokumentation« zum Thema »Sympathisanten« erarbeiten ließ. Das Ergebnis war ernüchternd (siehe Foto).

»Thema verfehlt« benotete die »Welt« seinen Aufsatz — also »fünf«. Einen Bärendienst habe er der CDU geleistet und den »Sympathisanten« einen Hilfsdienst noch dazu. Heiliger Franz-Josef!

Was hatte er denn nun schon wieder verpatzt. In der Dokumentation sind (laut »Welt«, 13.10.) unter den »Sympathisanten« folgende Neuentdeckungen zu finden: Helmut Schmidt, Werner Maihofer, Hans-Jochen Vogel und Horst Herold (BKA-Chef) — in einer Reihe mit Siegfried Haag, dem Göttinger Mescalero, dem Berliner Extradienst und dem Kommunistischen Bund. Was tut ein Mann nun in dieser Situation, wo er bezichtigt wird, die Grenze zwischen »Verharmlosern« und »Sympathisanten« zu verwischen und am Ende gar ein »Verharmloser der Sympathisanten« zu sein? *»Parteichef Kohl gab sich völlig ahnungslos«* (»FR«, 13.10.).

Jedoch — ein Unglück kommt selten allein. Nur einen Tag später verpetzt ihn, den Vorsitzenden, sein Generalsekretär, H. Geißler, der gegenüber der »FR« erklärte, die »Dokumentation« sei *»mit Wissen und Billigung des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl hergestellt worden«.*

Ein amüsantes Spektakel! Unser Beifall für dieses Komödchen wäre ungetrübt — müßte man nicht davon ausgehen, daß in der Tat alles das, was in der Dokumentation geschrieben ist, von der CDU/CSU bitter ernst gemeint ist, und all die lustigen Details nur dadurch entstanden sind, daß sie taktisch ungeschickt publiziert wurden.

Die Linke nach den Verbotsdrohungen — ein schwaches Bild!

Als erste Reaktion auf die Verbotsdrohungen der CDU gegen KBW, „KPD" und „KPD/ML" sowie gegen den KB hat am 8. Oktober eine Demonstration in Bonn stattgefunden. Organisiert war diese Demonstration von KBW, „KPD" und „KPD/ML"; diese Organisationen waren denn auch, wie kaum anders zu erwarten, in Bonn ziemlich unter sich: Maximal 15.000 Menschen waren zur Demonstration gekommen – davon ca. 6.000 in den Reihen des KBW, 3.000 in den Reihen der „KPD" und 1.500 bei der „KPD/ML". In besseren Zeiten hatte schon der KBW allein bis zu 25.000 Menschen nach Bonn mobilisieren können. Daß die Veranstalter offenbar auch sehr darauf bedacht waren, ganz exklusiv unter sich zu bleiben, zeigte sich, als Anhänger der „KPD" und der „KPD/ML" ein paar Spontis oder Anarchos verdroschen, die ihre Fahne an einer Laterne hissen wollten.

Die Organisatoren selbst bezeichnen ihren Aufmarsch in Bonn als politischen Erfolg:

– Die „KPD" spricht von „annähernd 20.000" Teilnehmern und einer „erfolgreichen Aktionseinheit". Die Demonstration sei „eine überzeugende Antwort" auf die Verbotsdrohungen und „ein ermutigender Auftakt für die Verbreiterung der demokratischen Bewegung in unserem Land" gewesen („Rote Fahne", 12.10.).

– Die „KPD/ML" spricht von „rund 20.000 Menschen" und einem „großen Erfolg" („Roter Morgen", 14.10.).

– Relativ bescheiden tritt der KBW auf, der von „knapp 20.000" und ei-
auf, der von „knapp 20.000" und ei-
nem „bißchen Erfolg" spricht, das auch bloß „durch Kampf gegen Opportunismus und Spaltertum erzielt" worden sei, d.h. konkret gegen „KPD" und „KPD/ML" („KVZ", 10.10.).

Wir haben den Bonner Aufmarsch von KBW, „KPD" und „KPD/ML" als schädlich für das Zustandekommen einer möglichst breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen kritisiert, zumal nicht der geringste Versuch unternommen worden war, diese Aktion mit anderen demokratischen Kräften zu beraten. Die auch auf der Demonstration selbst zur Schau getragene „ML"–Exklusivität wird zweifellos als negatives Signal das ohnehin höchst schwierige Bemühen um eine möglichst breite Abwehrfront gegen die Verbotsdrohungen zusätzlich erschweren. Dies umso mehr, da offenbar Kräfte wie das linkssozialdemokratische SB oder der Münchner „Arbeiterbund" eh nur auf einen Vorwand warten, um ihre Ablehnung gemeinsamer Aktionen gegen die Verbotsdrohungen zu rechtfertigen. Derzeit bietet die Linke insgesamt angesichts der Verbotsdrohungen ein ziemlich schwaches Bild. Hier ein paar Stichworte zu den Organisationen im Einzelnen:

KBW

Der KBW hat sich bisher wieder mit seinen gewohnten Großmäuligkeiten produziert, die den Eindruck erwekken sollen, als seien die Massen fest um den KBW geschart und als sei die Bourgeoisie deswegen in heller Aufregung. So heißt es z.B. in einem ersten Aufruf (28.9.): *„Die westdeutsche Bourgeoisie treibt Reaktion auf der ganzen Linie. Die Ursache dafür ist, daß ihre Herrschaft immer bodenloser wird. Diese Herrschaft einer verfaulten Klasse ist den Volksmassen zutiefst verhaßt..... Die Gefahr für die Herrschaft der Bourgoisie geht von den Massen aus. Und gegen die Massen richtet sich die Bourgeoisie mit ihren Gesetzeswerken und beabsichtigten Verbotsmaßnahmen. Im Kampf dagegen stützen wir uns auf die Massen, wir sind Teil der Massen".*

Der KBW hofft, daß beim Kampf gegen die Verbotsdrohungen etwas für die sogenannte „Einheit der Marxisten–Leninisten" (d.h. KBW, „KPD" und „KPD/ML") abfällt. Darüberhinaus will der KBW von Aktionseinheit eigentlich am liebsten gar nichts wissen. So wertet die „KVZ" es denn auch als großen Erfolg, daß es dem KBW gelungen ist, aus dem gemeinsamen Aufruf der drei Organisationen zur Bonner Demonstration den folgenden Satz herauszuhalten, der von der „KPD" vorgeschlagen worden war: **„Nicht nur die Kommunisten, sondern alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte sind von diesem Vorstoß betroffen"** (lt. „KVZ", 10.10.). Der KBW geht nämlich nicht von der gegenseitigen Solidarität aller betroffenen demokratischen Kräfte, sondern von der Solidarisierung anderer Kräfte mit den angeblich „direkt Betroffenen", d.h. den drei „ML"–Organisationen aus. Im selben Sinn stellt der KBW offenbar nach wie vor sein Phantom einer „Aktionseinheit der Massen" gegen die realen Bemühungen um das Zustandekommen einer breiten Abwehrfront gegen die Verbotsdrohungen.

„KPD/ML"

Die „KPD/ML" versucht in gewohnter Manier, den Angriff nur auf sich zu beziehen, um damit ihre ungeheure politische „Gefährlichkeit" zu beweisen. In diesem Sinne erfolgte vom ersten Moment an auch die Ausrichtung im „Roten Morgen": *„Viele Kollegen wissen es bereits: Die Kapitalisten planen das Verbot unserer Partei, der KPD/ML". „Der Angriff gegen die KPD/ML richtet sich auch gegen dich, Kollege!". „Spontan sagte ein Kollege bei Hoesch in Dortmund, als er vom Verbotsantrag gegen unsere Partei erfuhr: ‚Wenn die KPD/ML verboten wird, geht es dem Arbeiter noch dreckiger'. Der Verbotsantrag gegen unsere Partei ist ein schwerwiegender Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse"* („Roter Morgen", 7.10.). So galt denn auch die größte Sorge der „KPD/ML" angesichts der Verbotsdrohungen der Möglichkeit, daß dadurch in Vergessenheit geraten könnte, daß doch in Wahrheit nur die „KPD/ML" die einzig wahre usw. usf. ist: Die Bourgeoisie möge *„eventuelle Hoffnungen schon jetzt begraben, mit ihrem Gerede von den ‚K–Gruppen' darüber hinwegtäuschen zu können, daß es in Deutschland nur eine kommunistische Partei gibt, unsere Partei, die KPD/ML. Diese Tatsache könne auch ihre Verbotsdrohungen nicht aus der Welt schaffen"* („Roter Morgen", 7.10.).

Mit ähnlich provozierenden Schnacks trat dann, wie kaum anders zu erwarten, auch der Sprecher der „KPD/ML" auf der Bonner Abschlußkundgebung auf, was ihm ein Pfeifkonzert und Sprechchöre der anderen „ML"er eintrug.

Darüber hinaus hat die „KPD/ML" zu erkennen gegeben, daß sie am Aufbau einer breiten Abwehrfront gegen die Verbotsdrohungen und an künftigen gemeinsamen Aktionen nicht interessiert ist – mit dem durchsichtigen Vorwand, die „KPD/ML" wolle lieber „in den Betrieben, in den Schulen und Kasernen" kämpfen. - Offenbar geniert es die Avantgarde der gesamtdeutschen Arbeiterklasse, wenn sie sich, wie am 8.Oktober in Bonn, bei Aktionen öffentlich als Schrumpfsektchen präsentieren muß. Über den „Kampf der Partei in den Betrieben" lassen sich wahrscheinlich eher Märchen erzählen.

„KPD"

Von der „KPD" schienen bisher, wenn überhaupt, noch am ehesten Ansätze zu Bemühungen um den Aufbau einer breiten demokratischen Front zu erhoffen sein. Illusionen darf man sich aber auch hinsichtlich dieser Organisation nicht machen. Deutlich ist, daß die „KPD" an ihrer Haltung stur festhalten will, jede Zusammenarbeit mit der DKP von vornherein auszuschließen; ebenso schließt die „KPD" bisher – teils angeblich mit Rücksicht auf die entsprechenden Allergien der „KPD/ML", teils sogar von sich aus – eine Zusammenarbeit mit Trotzkisten prinzipiell aus.

Ausdrücklich auf Wunsch der „KPD" wurde bereits in dem gemeinsamen Aufruf der drei „ML"–Organisationen für Bonn eine Passage gegen die DKP aufgenommen. Diese Stoßrichtung wurde bekräftigt in einer neueren Erklärung des „Ständigen Ausschusses des ZK" der „KPD" („Rote Fahne", 5.10.), wo es heißt: **„Die KPD bekräftigt erneut ihre Auffassung, daß die DKP–Revisionisten keine linke und demokratische, sondern eine äußerst rechte und faschistische Kraft darstellen......Die demokratischen Rechte können nicht mit, sondern nur im erbitterten Kampf gegen diese gefährlichsten und übelsten Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung verteidigt werden!".**

Unmißverständlich macht die „KPD" klar, daß sie diese Linie auch in der Aktionseinheit (?) gegen die aktuellen Verbotsdrohungen durchsetzen möchte: So wird in derselben Erklärung hervorgehoben, daß sich die „KPD" die *„Schmiedung einer antihegemonistisch–demokratischen Volksbewegung zur Hauptaufgabe gesetzt"* habe, wobei „antihegemonistisch" vor allem heißt: „Hauptfeind Spezialimperialismus". So heißt es denn, daß diese Volksbewegung sich „auch" (oder „besonders" ?!.....) richten müsse *„gegen die faschistische Zwangsherrschaft in der DDR, gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und gegen das von den Supermächten, insbesondere dem sowjetischen* Sozialimperialismus, ausgehende Vormachtsstreben und die von ihnen geschürte Kriegsgefahr". Diese Linie will die „KPD" ihren eigenen Worten zufolge *„mehr und mehr"* auch innerhalb einer Aktionseinheit (?) gegen die Verbotsdrohungen durchsetzen.

Wir haben in unserer ersten Stellungnahme nach den Verbotsdrohungen (AK 114) unsere Absicht betont, alles nur Mögliche zu tun, um die drei bedrohten „ML"–Organisationen, also den KBW, die „KPD" und die „KPD/ML", in eine Aktionseinheit einzubeziehen. Ebenso erklären wir aber ernsthaft und entschieden, daß der bisher von diesen Organisationen eingeschlagene Weg nicht zu einer breiten Aktionseinheit führen kann und daß wir keineswegs daran denken, ihnen bei ihren sektierischen Narrentänzchen auch noch Gesellschaft zu leisten. Wir fordern die Verantwortlichen der drei Organisationen auf, sich auf den tatsächlichen Ernst der Situation zu besinnen und sich wenigstens jetzt einmal wie politische Menschen zu benehmen.

Leider sind die „ML"-Organisationen keineswegs die einzigen, die offenbar überhaupt noch nicht begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat und worauf es jetzt entscheidend ankommt.

Sozialistisches Büro

Eine Stellungnahme des SB zu den Verbotsdrohungen liegt bisher schriftlich noch nicht vor. Als es darum ging, sich in dummer und unmarxistischer Weise vom Terrorismus „abzugrenzen", war das SB erheblich schneller „handlungsfähig".
schneller „handlungsfähig".



Parteifahnen am 8.10.in Bonn

Das SB hat die Einladung der „KPD" zu einem Meinungsaustausch über die Einschätzung der Lage und über eventuell mögliche gemeinsame Schritte rundweg abgelehnt, ohne wenigstens eine plausible Begründung zu geben – außer, daß man das alles noch intern diskutieren müßte. Das SB hat kurz darauf auch eine Gesprächsaufforderung des KB ebenso eiskalt abblitzen lassen – wobei als wesentliches „Argument" zusätzlich in die Debatte gebracht wurde, daß der KB im ARBEITERKAMPF das SB unsachlich angegriffen habe.

Die bisherigen Anzeichen deuten darauf hin, daß einige „Köpfe„ des SB angesichts der gegenwärtigen Kampagne der Reaktion den Kopf verloren und kalte Füße bekommen haben. Ihnen steckt jetzt die Angst im Genick, selbst vielleicht in Verbotsnähe gerückt zu werden, falls sich das SB allzu sehr mit den „K-Gruppen" solidarisiert. Einige meinen gar, man habe sich schon viel zu weit aus dem Schoß der SPD vorgewagt und sollte sich lieber wieder in diesen zurückziehen. Zähneknirschend, versteht sich.

„Arbeiterbund München"

Der Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" hat in einer ersten Stellungnahme zu den Verbotsdrohungen geschrieben: *„Der Aufruf dieser Gruppen* (für die Bonner Demonstration am 8.10. – Anm. AK) *macht eine Teilnahme unserer Organisation unmöglich, der Widerstand gegen die Verbotsdrohungen muß gegen sie und unabhängig von ihnen geführt werden"* („KAZ", 4.10.). Dabei wird so getan, als habe auch der KB diesen Aufruf mitgetragen, um den KB so gleich mit zu „erledigen". Offensichtlich ist der „Arbeiterbund", der auch hier wieder als „Stimme seines Herrn" (der DKP) spricht, sehr schnell bei der Hand, nicht nur die drei „ML"-Organisationen, sondern möglichst auch den KB von vornherein prinzipiell von gemeinsamen Aktionen auszuschließen. Als Begründung dafür wird auch angeführt, daß die drei „ML"-Organisationen ein gemeinsames Vorgehen mit der DKP ablehnen. Das stimmt natürlich. Aber bekanntlich lehnt auch die DKP ihrerseits prinzipiell ein gemeinsames Vorgehen mit den „Chaoten" etc. ab („These 41"). Hat das etwa den „Arbeiterbund" bisher gehindert, sich trotzdem um Aktionseinheiten mit der DKP zu bemühen? Natürlich nicht! Der Vorwand des „Arbeiterbund" sticht also nicht. Will sich der „Arbeiterbund" denn überhaupt um das Zustandekommen einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen bemühen? Wir haben bisher nicht diesen Eindruck. Vielmehr scheint es so, als warte der „Arbeiterbund" erst einmal darauf, daß vielleicht der DGB, die DKP oder wenigstens die VVN „etwas tun", um sich dann anzuschließen. Selbst aktiv zu werden, scheint derzeit nicht ihr
sich dann anzuschließen. Selbst aktiv zu werden, scheint derzeit nicht ihr
Fall.

DKP

Die DKP hat unmittelbar nach den Verbotsdrohungen durch ihren Stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Gautier erklären lassen: „Der CDU geht es im Kern nicht um die Maoisten, die sogenannten K-Gruppen. Die CDU wählt Vorwände und Scheinziele, um den wirklichen Stoß gegen die DKP...zu führen". Allerdings lehne die DKP ein Verbot der „K-Gruppen" ab, weil damit politische Auseinandersetzungen durch Verbot ersetzt würden. („UZ" 30.9.)

Ansonsten hält die DKP sich mit Äußerungen zu diesem Thema sehr zurück, bzw. schweigt dazu in ihrer Presse total. Am Zustandekommen irgendwelcher Aktionen gegen die Verbotsdrohungen ist der DKP-Führung offensichtlich nicht gelegen. Im Gegenteil spricht einiges dafür, daß manche DKP-Bonzen sogar „klammheimliche Freude" empfinden angesichts der Aussicht, auf diese Weise bequem „die Maoisten" vom Hals zu kriegen, mit denen die DKP bisher nicht fertig werden konnte. Die einzige uns bisher bekannte gründlichere Äußerung der DKP zu diesem Thema ist die der DKP-Kreisleitung Münster vom 5.10.. Diese Stellungnahme ist aber zweifellos typisch für die Haltung der DKP. Es heißt in dieser Stellungnahme:

„...Solidarität und Aktionseinheit sind für uns keine formalen, sondern Klassenfragen. Die Frage steht immer: Solidarität und Aktionseinheit mit wem, gegen wen?... Keine Solidarität und Aktionseinheit gibt es mit den Kräften, die sich selbst in diesen Kämpfen außerhalb gestellt haben; die mit ihren Angriffen auf das Grundgesetz sich gegen die Hunderttausende wenden, die sich für die Verteidigung und Verwirklichung der in der Verfassung verankerten Grundrechte, gegen Strafanzeigen, Bespitzelung und Berufsverbote einsetzen; die die Gewerkschaften und die Partei der Arbeiterklasse, die DKP zu ihrem Hauptfeind erkoren haben; die mit ihren abendteuerlichen, pseudoradikalen Phrasen und Aktionen den herrschenden Kreisen die Vorwände zur allgemeinen Diffamierung wirklich linker Kräfte und politischer Ziele liefern. Diese Kräfte haben ihre Wahl getroffen; sie haben sich objektiv auf die andere Seite der Klassenbarriere gestellt."

Fortsetzung Seite 6

Die Linke nach den Verbotsdrohungen –

Fortsetzung von Seite 5

Ansonsten verweist die DKP Münster in dieser Erklärung anstelle von Aktionen gegen die Verbotsdrohungen auf von ihr erfundene angebliche *„demokratische Massenkämpfe"*, wie etwa den *„für das Recht auf Arbeit"*, *„für Mitbestimmung"* usw.

Es ist offensichtlich, daß die DKP konkret gegen die Verbotsdrohungen gegen die „K-Gruppen" gar nichts tun will. Am liebsten verschweigt sie diese Verbotsdrohungen total, da die übliche DKP-Argumentation - die „K-Gruppen" seien die Verbündeten der CDU und die Verbotsdrohungen würden in Wirklichkeit nur auf die DKP zielen - angesichts der Tatsachen kaum zu halten ist, wenn man nämlich sieht, daß die CDU die DKP sogar ganz ausdrücklich von den Verbotssdrohungen ausklammern will.

KAB„D"

Der KAB„D" spricht sich angesichts der Verbotsdrohungen **„für eine breite Aktionseinheit gegen den Abbau demokratischer Rechte"** aus. Zugleich stellt er fest, *„daß dem KBW, der KPD/ML und der „KPD" mit ihrem sektiererischen Vorgehen in der Praxis nicht an einer breiten Aktionseinheit gelegen ist."* In diesem Zusammenhang verweist der KAB„D" auf die Passage gegen die DKP im gemeinsamen Aufruf der drei „ML"-Organisationen für die

GIM

Die trotzkistische GIM kommt im Wesentlichen zu den selben Schlußfolgerungen wie der KB. Sie kritisiert den sektiererischen Charakter der Bonner Demonstration und die Passage gegen die DKP im Aufruf. „...*Dieses Vorgehen macht es nicht nur den gar nicht erst angesprochenen Organisationen, sondern überhaupt allen organisierten oder nicht organisierten sozialistischen Kräften in den Gewerkschaften, an den Hochschulen, in der Anti-AKW-Bewegung usw. unmöglich, auf die Bedrohung auch ihrer eigenen Arbeit einzugehen"*. Trotzdem betont die GIM: „**Wir erklären, was uns betrifft, unsere Bereitschaft zur Solidarität mit jeder bedrohten Organisation unabhängig von den politischen Differenzen, die uns trennen**". In diesem Sinn unterstützt die GIM das Bemühen um ein denkbar breites Bündnis gegen die Verbotsdrohungen. *„Eine Aktionseinheit an dieser Frage hätte auch die Aufgabe, auf KPD, KBW und KPD/ML Druck auszuüben, damit diese überhaupt zur Zusammenarbeit mit anderen Strömungen ohne Vorbedingungen bereit sind. Gelingt dies nicht, wird die selbstgewählte Isolierung der sog. ‚K-Gruppen' die gesamte Linke in der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte schwächen"* („was tun", 13.10.).

Eben danach sieht es im Moment aus. Die drei „ML"-Organisationen erwecken derzeit noch nicht den Eindruck, als könnten sie sich von ihren Vorstellungen freimachen, sie müßten eine Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen mit ihren ganz spezifischen Vorstellungen befrachten, und als könnten sie ihre besonderen Ansichten durchsetzen, wer „prinzipiell" zu einer Aktionseinheit



Demo am 8.10.in Bonn

Bonner Demonstration vom 8.10. und schreibt: „..*Was hat das in einem Aufruf zur Aktionseinheit an ‚alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte' zu suchen?"*
‚alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte' zu suchen?"

Dennoch werde der KAB„D" **„weiter bemüht sein, daß es doch noch zu einer Aktionseinheit auf prinzipieller Grundlage kommt, daß antifaschistischen Kräften eine Mitarbeit angeboten wird und daß sich an dieser Aktionseinheit möglichst viele marxistisch-leninistische Kräfte beteiligen"** („Rote Fahne" des KAB„D", 12.10.).

Das hört sich erst einmal vernünftig an. Allerdings muß man einschränkend feststellen, daß es bisher immer äußerst schwierig gewesen ist, mit dem KAB„D" Aktionseinheiten einzugehen, weil dieser darüber sehr „prinzipielle" Vorstellungen hat. Dazu heißt es in seiner „Roten Fahne" jetzt: „...*Uns ist es auch unverständlich wie die drei Organisationen ernsthaft einen gemeinsamen Aufruf unterschreiben können, dann aber jeder seine eigenen Parolen schwingt, jeder seine eigenen Flugblätter herausgibt und natürlich auch jeder seine eigene Rede halten muß. Was wäre, wenn sich statt drei sieben Organisationen beteiligen würden? Statt drei Demonstrationsgruppen sieben und statt drei Reden eben sieben? Die Arbeiterklasse wird für solch einen Zirkus kein Verständnis haben. Entweder man macht eine Aktionseinheit, in der dann auch gemeinsame Aktionen, Kundgebungen, Veranstaltungen und Flugblätter im Namen der Aktionseinheit erarbeitet werden, oder man macht keine"* (ebenda).

Daran ist natürlich etwas Richtiges, z.B. in der Frage der Reden. Trotzdem ist insgesamt festzustellen, daß es beim gegenwärtigen Stand der Widersprüche kaum möglich sein wird, mit vertretbarem Aufwand eine so weitgehende Vereinheitlichung, etwa in der Frage von Flugblättern, zu erreichen. Hier muß sich erweisen, welche Haltung der KAB „D" konkret einnehmen will, wenn demnächst gemeinsame Aktionen zur Debatte stehen.

zugelassen werden darf und wer nicht. Es liegt auf der Hand, daß wir dergleichen nicht aktzeptieren werden.
Ebensowenig werden wir z.B. akzeptieren, daß auf einer eventuellen von uns mitgetragenen zentralen Veran-
Ebensowenig werden wir z.B. akzeptieren, daß auf einer eventuellen von uns mitgetragenen zentralen Veranstaltung der „KPD/ML" eine eigene Rede eingeräumt würde, damit diese ihre Clownerien abziehen kann.

Auf der anderen Seite hat das SB und die meisten freischwebenden Sozialisten in seinem Umkreis bisher erschreckend gleichgültig auf die Verbotsdrohungen reagiert. Und wo bleibt z.B. die Stimme der rund 200 Professoren, Dozenten usw., die ihre Unterschrift für die bekannte „Anti-Terror"-Resolution gegeben haben? Warum schweigen sie j e t z t ? Ganz offensichtlich wird die Verbotsdrohung bisher noch gar nicht ernst genommen, wird nicht ih ihrer vollen Dimension Angriff auf die Organisationsfreiheit schlechthin begriffen. Dazu trägt zweifellos die Tatsache bei, daß die Verbotsdrohungen inzwischen noch einmal verschoben worden sind und der Angriff wieder einmal nicht so akut erscheint. Man kann hoffen, daß sich im „Ernstfall" doch etwas mehr im sozialdemokratischen und liberalen Lager tun wird als derzeit.

Immerhin gibt es, bei allen negativen Verhaltensweisen der meisten Organisationen der Linken, auch schon Erfreuliches zu berichten: Örtlich sind vielfach schon teilweise recht breite Aktionseinheits-Gespräche in Gang gekommen, wobei vor allem studentische Gremien zur Zeit eine vorantreibende und einigende Rolle spielen.Dabei zeigt sich, daß sich eine breite Übereinstimmung zu einem einheitlichen, niemanden „prinzipiell" ausschließenden Vorgehen herstellen läßt, und daß entgegenlaufende sektiererische Vorstellungen isoliert werden können. Erfreulich ist auch, daß sich an einigen Orten schon Jusos und Jungdemokraten an den Gesprächen beteiligen, und in mindestens einem Fall sogar der MSB (Studentenorganisation der DKP). In diesem Sinn muß jetzt zügig weitergearbeitet werden, damit „ die Front" steht, wenn die Verbotsdrohungen wieder akut werden.

Solidaritätserklärungen gegen die Verbotsdrohungen

Gegen die Verbotsdrohungen der CDU gegen KBW, „KPD" und „KPD/ML" sowie gegen den KB sind von linken und demokratischen Organisationen, von Anti-Repressionskomitees, von Bürgerinitiativen u.a. zahlreiche Solidaritätserklärungen veröffentlicht worden. Hier geben wir einen aktuellen Überblick. Wir bitten alle Leser, möglicherweise vorliegende oder noch erscheinende, hier nicht aufgeführte Erklärungen uns zugänglich zu machen.

Organisationen

Vorstand des Arbeitsausschusses und Generalsekretär der ESG (Evangelische Studentengemeinde) in der BRD und Westberlin.
ESG Hamburg, Gemeinderat.
Jusos an der TU Braunschweig.
Rote Hilfe („KPD"-orientiert)
„Vereinigte Linke" / Köln
GIM (trotzkistisch)
Zentrale Leitung des Spartacusbundes (tr.)
„Trotzkistische Liga Deutschland" (tr.)
Komitee gegen politische Unterdrükkung in beiden Teilen Deutschlands („KPD"-orientiert)
Kommunistische Aufbaugruppe Osnabrück (KAG)
KAG Saar (Abspaltung vom KAB„D")
KAB/Revolutionärer Weg (Abspaltung vom KAB„D")
Kommunistische Gruppe Bochum/Essen (KGB/E)

Persönlichkeiten

Erich Fried (Schriftsteller); Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin); Rainer Uthof (Rationaltheater München); Rechtsanwälte Clemens Rothkegel, Wächtler, Gaugel und Bendler; 40 Westberliner Rechtsanwälte.

Anti-Repressions-Komitees

Anti-Repressions-Arbeitskreis Hannover (Juso UB Hannover Stadt, Arbeiterbuch, KB, Frauen gegen Repression, SHL PH, Spartacusbund, Ermittlungsausschuß, SB, Theaterwerkstatt, AStA der Hochschule für Musik und Theater, LHV)
Russell-Initiative Braunschweig
Kieler Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung
Initiative gegen politische Unterdrückung Delmenhorst – Unterstützungsgruppe zum Russell-Tribunal
Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung Bremen
Initiative Bayrischer Strafverteidiger
Initiative gegenBerufsverbote, politi-
terdrückung Bremen
Initiative Bayrischer Strafverteidiger
Initiative gegenBerufsverbote, politi-
sche Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse an der TU Westberlin
Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz Westberlin
Russell-Initiative Mainz
Mainzer Komitee gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse

Anti-AKW-Initiativen

BUU Hamburg
BUU Ostküstenkonferenz
BUU Marschenkonferenz
Delegiertentreffen der Rhein-Main-Neckar-Initiativen
BBA Bremen
BBA Bremerhaven
AKW-Nein-Gruppe Köln
AKW-Nee-Gruppe Aachen
„Radioaktiv" Mainz
BI Umweltschutz Paderborn
AKU Münster
BI Umweltschutz Dortmund
BI Umweltschutz Düsseldorf
Duisburger BI gegen Atomanlagen
Gewaltfreie BI für Umweltschutz gegen Atomenergie Stuttgart
Zehlendorfer Initiative gegen Atomanlagen (ZIGA) Westberlin
BI gegen Atomanlagen Augsburg
BI Unterdorstfeld
Kalkar-Veranstaltung am 12.10. in Westberlin
BI gegen Atomenergie Osnabrück
Kieler BI gegen Atomanlagen
Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig
BI Frankfurt gegen Atomanlagen
BI Umweltschutz Heidelberg

Hochschulen

AStA der TU Hannover
AStA und Fachschaftsräteversammlung Göttingen
AStA der TU Braunschweig (Jusos, SHB, MSB)
Basisgruppe TU Braunschweig
Basisgruppe PH Braunschweig
Zentraler Fachschaftsrat der Uni Mainz
Liberaler Hochschulverband (LHV) Mainz
Fachschaftsrat Chemie an der TU Westberlin
Fachschaft Sozialwesen an der FHS Köln
Beschluß der Landes-ASten-Konferenz Hessen

Betrieb und Gewerkschaft

Bezirksvorstand der GEW Wedding, Westberlin
Mitgliederversammlung der GEW Tiergarten, Westberlin
Landesausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW Essen
HBV-Jugendgruppe Westberlin
Betriebsrat der Schaubühne Hallesches Ufer, Westberlin
Betriebsjugendvertretung am Augusta-Victoria-Krankenhaus, Westberlin

Sonstige

Frauen aus dem Frauenzentrum Gneisenaustraße, Kiel
ZDL'ler des DPV in Osnabrück
Westberliner Komitee der FRAP (Spanien)
Initiativgruppe Westberlin zum Polnischen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter („KPD"-orientiert)
Palästina-Komitees Bonn, Gießen, Siegen und Tübingen
VV des Forums Entwicklungspolitischer Gruppen Westberlin
Forum entwicklungspolitischer Gruppen Köln
Solidaritätskomitees Südliches Afrika, Bonn

Ausland

Ausland

Gemeinsame Erklärung französischer Organisationen und Komitees: PSU, OCT, LCR (Trotzkisten), Komitee gegen die Repression in der BRD, Komitee für die sofortige Freilassung von Croissant

Gemeinsame Erklärung von 22 französischen Persönlichkeiten: George Arnaud (Schriftsteller), Charles Bettelheim (Professor), Georges Casalis (Professor), Luciane Didner-Sergent (Rechtsanwältin), B. Domenace (Rechtsanwalt), Erve Dupont-Monod (Rechtsanwalt),Jean-Jaque De Felice (Rechtsanwalt), M. Dr. Gajdos (Arzt), Mme. Dr. Gajdos (Ärztin), Joris Ivens (Filmregisseur), Michel Laval (Rechtsanwalt), Daniel Lindenberg (Historiker), Marcelline Loridan (Filmregiesseurin), Helen-Masse-Desen (Rechtsanwältin), Andre Micaleff (Pfarrer), Marie-Claire Picard (Rechtsanwältin) , J. Ranciere (Soziologe), SINE (Zeichner), Gerard Soulier (Professor), Irene Terrel (Rechtsanwältin), Alain Touraine (Soziologe), Michel Tubiana (Rechtsanwalt)

Gemeinsame Erklärung englischer Persönlichkeiten: Robin Allen (Rechtsanwalt), Richard Allfrey (Rechtsanwalt), Robert Biel (China Policy Study Group), Derek Bryan (Dozent), David Crook (Arbeiter), Joanna Dodson (Rechtsanwältin), Dick Fernbach (Publizist), F.K. Gerling (Dozent), Lord Gifford (Anwalt), Joanna Hall (Rechtsanwältin), C.R. Hensman (Schriftsteller), Dick Light (Lehrer), P. Majumbar (Schriftsteller), J. Mohan (Schriftsteller), Margaret A. Rae (Rechtsanwältin), Joan Robinson (Wirtschaftswissenschaftlerin), Jeremy Smith (Rechtsanwalt), Henry Spooner (Rechtsanwalt), Elisabeth Szwed (Rechtsanwältin), Aubrey Walter (Lehrer), David Watkinson (Anwalt), James Wood (Anwalt)
CISNU (För. Iranischer Studenten)
ZANU (Zimbabwe)
ORT (Spanien)
PAC und ANC/N (Südafrika)

Diverse „Bruderparteien" der „KPD", nämlich: AMADA (Belgien), „Humanite Rouge"/PCMLF (Frankreich), EKKE(Griechenland), RCLB (Großbritannien), KB Luxemburg, KEN/ML (Niederlande), SKP (Schweden) und „Kommunistische Partei Kongos/ML"

Die Bruderparteien der „KPD/ML" sprechen sich bezeichnenderweise in ihren Grußadressen ausdrücklich nur gegen ein Verbot der „KPD/ML" aus. Es sind dies bisher: „KP/Griechenlands/ML", Kommunistischer Einheitsbund der Islands/ML, „KP Japans (Linke)", „KP Spaniens/ML", „KP Großbritanniens/ML" und „Revolutionäre Marxistische Partei des
Japans (Linke)", „KP Spaniens/ML", „KP Großbritanniens/ML" und „Revolutionäre Marxistische Partei des
Kongo-Kinshasa". Außerdem die ansonsten der „chinesischen Linie" folgende sogenannte „KP Ceylons".

Frankreichs Linke solidarisch

Angesichts der Angriffe auf die elementarsten Freiheiten in der BRD, angesichts der Berufsverbote, der unmenschlichen Behandlungsweise von politischen Gefangenen und der heutigen Verbotsdrohungen gegen die sogenannten K-Gruppen, d.h. KBW, KPD , KPD/ML und KB entwickeln Giscard und seine Regierung eine schweigsame und wirksame Solidarität. Besser noch: die französische Justiz befindet sich heute unter Befehl der Regierung der BRD und ist heute bereit, die elementarsten politischen Asylrechte zu verraten und Klaus Croissant der westdeutschen Polizei auszuliefern. Die unterzeichnenden Organisationen erklären sich solidarisch mit den Kämpfen all derjenigen, die heute in der BRD es nicht akzeptieren, sich der reaktionären Ideologie zu unterwerfen, sowie der intensiven Repressionskampagne, die sie heute trifft. Wir rufen alle Demokraten auf, all diejenigen, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, all die Revolutionäre, gegen die Politik von Schmidt und die Komplizenschaft von Giscard zu mobilisieren, um die Internationale der Repression zum Scheitern zu bringen.

Erklärung von:
Komitee gegen die Repression in der BRD
Komitee für die sofortige Freilassung von Klaus Croissant
LCR
OCT
PSU

Polizei-Überfälle gegen den KBW

Am 1. Oktober machte der KBW in Dortmund eine Aktion gegen die Verbotsdrohung. Anwesend waren ca. 60 KBW'ler. Durch den starken Samstageinkaufverkehr bekamen viele Leute diese Aktion mit. Um die KBW'ler herum hatten sich, wie später offensichtlich, etliche Zivilbullen postiert. Es kamen dann plötzlich ca. 40 uniformierte Bullen und bildeten einen Ring um die KBW'ler. Als diese nach Absingen der Internationale die Kundgebung beendeten, sprangen sofort die „Zivilen" auf den Sprecher und einige andere KBW'ler los, um sie festzunehmen. Die anderen Bullen begannen sofort einen wilden Knüppeleinsatz.

Das Auftreten der Bullen war derart brutal, daß etliche Passanten versuchten, die Polizisten zurückzuhalten, und einige andere Linke versuchten, die KBWler zu befreien. Es wurden insgesamt ca. 25 KBWler festgenommen. Die Empörung der Bevölkerung über diesen Überfall war ziemlich groß, so daß sich überall Gespräche entwickelten. Am Nachmittag standen überall vergitterte Polizeiautos herum und leitende Polizeidienstgrade „diskutierten" mit den Passanten über das „gerechtfertigte" Vorgehen der Polizei. Was auch für Dortmund eine neue Sache war, daß so ein Einsatz „nachbereitet" wurde.

Der KBW war nach den Festnahmen noch zur Polizeiwache gezogen, wo ein neuer brutaler Polizeiüberfall stattfand. Dabei wurden weitere 28 KBW'ler festgenommen.

Am selben Tag wurde ein Büchertisch des KBW in Flensburg brutal von den Bullen „geräumt". Der Stand wurde vom KBW, wie in den Monaten zuvor üblich, ohne Genehmigung durchgeführt. Vorher waren die Bullen auch nie dagegen eingeschritten. Die Bullen erschienen mit einem für Flensburger Verhältnisse riesigen Aufgebot: über 30 Bullen und 4 Mannschaftswagen. Die ca. 15 KBW'ler kamen der Aufforderung,

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

den Stand zu räumen, nicht nach und bildeten statt dessen eine Kette um den Stand. Die Bullen griffen sofort an, zerlegten den Stand und transportierten ihn ab. Dann nahmen sie 2 KBW'ler fest. Als die KBW'ler versuchten, die Festgenommenen wieder frei zu kriegen, knüppelten die Bullen los, so daß einer eine Platzwunde am Kopf mitkriegte.

Die Festgenommenen wurden nach einer 3/4 Stunde wieder freigelassen.

Auch in Essen überfielen die Bullen am 1.Oktober den KBW. Die Bullen behaupteten zur Rechtfertigung, 40 KBW'ler hätten eine Kirche „mit Parolen beschmiert" und seien „auf erheblichen Widerstand" der KBW'ler getroffen, als sie dies unterbinden wollten. Mehrere KBW'ler wurden brutal zusammengedroschen. 16 KBW'ler wurden festgenommen (lt. „FR", 3.10.).

Polizei-Aktion gegen KBW-Büro in Freiburg



„ML"-Demonstration in Freiburg wird von Bullen „zurückgedrängt"

Gegen 8 Uhr morgens am 6. Oktober drangen insgesamt ca. 50 Polizisten mit Maschinenpistolen in das Büro des KBW in Freiburg ein und „beschlagnahmten" Plakate und Propaganda-Material sowie eine Reihe weiterer Gegenstände.

Der Polizei-Aktion lag ein Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts und eine Beschlagnahmungsanordnung der Polizeibehörde zugrunde. Die Aktion wurde damit begründet, daß in den Tagen zuvor Plakate des KBW für die Bonner Demonstration am 8. Oktober „wild" geklebt worden waren. Trotz zahlreicher vorläufiger Festnahmen sei es nicht gelungen, das „wilde" Plakattieren zu unterbinden. Daher sei es im Interesse der „öffentlichen Ordnung" geboten, das KBW-Büro zu durchsuchen und dort eventuell noch lagernde Plakate für die Bonner Demonstration zu beschlagnahmen.

Obwohl sich die Anordnung zur Beschlagnahme ausdrücklich nur auf dieses eine Plakat bezog, „beschlagnahmte" die Polizei wild alles, was ihr interessant erschien. Außer ca. 500 Exemplaren dieses Plakats ließen die Bullen laut ausgestellter Quittung (!) noch hunderte von Exemplaren anderer Plakate, von Klebezetteln (insgesamt offiziell rund 3.500 Einzelstücke!) sowie zwei Notizbücher (!!) und umfangreiches Filmmaterial aus dem Büro mitgehen.

Die Reaktion des KBW auf diese Polizei-Aktion war von gewohnter Dusseligkeit. So gab er eine lange Presseerklärung ab, die praktisch keinerlei Fakten über die Aktion enthielt, sondern fast nur aus allgemeinen Phrasen bestand. So fehlten z.B. Hinweise auf den Umfang und die Art der Beschlagnahmungen. Aus bodenloser Selbstüberschätzung wurde wieder einmal darauf verzichtet, das Vorgehen des bürgerlichen Staates zu enthüllen.

Am Nachmittag des 6. Oktober fand eine gemeinsame Demonstration von KBW, „KPD" und „KPD/ML" statt, an der sich etwa 150 Menschen beteiligten.

Zur Geschichte der Kommunistenverfolgung in der BRD

Obwohl CDU-Ministerpräsident Albrechts Vorstoß zum Verbot der „K-Gruppen" zunächst als abgeschlagen angesehen werden kann, macht das neuerliche Jonglieren der Bourgeoisie mit derartigen Verbotsdrohungen es erforderlich, sich darauf zu besinnen, daß in der BRD die KPD bis heute uneingeschränkt verboten ist.

Noch 1975 ließ die Bourgeoisie nach einem Prozeß durch drei Instanzen (1970/71/75) einen Programmentwurf, mit dem die KPD 1969 ihre Wiederzulassung betreiben wollte, als „verfassungswidrig" verbieten. Zwar ist die DKP als Neugründung seit 1969 zugelassen, zwar kann sich die neue kommunistische Bewegung seit ihrer Entstehung relativ offen betätigen, aber diese Legalität ist trügerisch. Das KPD-Verbot kann in allen Konsequenzen jederzeit ohne jede juristische Formalität wieder zu voller Anwendung gebracht werden. Wenn das heute nicht geschieht, so aus Gründen der politischen Opportunität.

Der Begründung des Verbots vom 17.8.56 wurde zugrunde gelegt, daß die KPD, geleitet von der Theorie des Marxismus-Leninismus, die Errichtung einer „sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung" auf dem Weg über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats anstrebe. Diese Zielsetzung wurde für grundsätzlich „verfassungswidrig" erklärt, und zwar auch dann, wenn sie nur als „Fernziel" und durch eine demokratische Willensbildung des Volkes angestrebt wird! Damit ist klar, daß die gesamte Programmatik des Marxismus-Leninismus unter Strafe gestellt ist.

Damit aber nicht genug!

Das Bundesverfassungsgericht erklärte in der Begründung weiter, daß ein „konkretes Unternehmen", also irgendeine praktische Handlung für ein Verbot nicht erforderlich sei. Es braucht also gar nicht bewiesen zu werden, daß die betroffene Partei oder Organisation etwa in ihrer Agitation und Propaganda das Ziel der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats wirklich vertreten hat. Für ausreichend hielt das Bundesverfassungsgericht: *„Wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell (?!) auf die Bekämpfung der freien und demokratischen Grundordnung gerichtet ist ... Eine Dokumentation der Zielsetzung in dem Sinne, daß alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müßten, verlangt Artikel 21 des Grundgesetzes nicht. Im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden ...".*

Ins Deutsche übersetzt bedeutet das: Da den Kommunisten nicht zu trauen ist, haben sie neben den offenen auch immer noch „verborgene" Ziele, die man ihnen natürlich nicht beweisen kann (weil sie ja „verborgen" sind) und deshalb auch nicht zu beweisen braucht.

Nach dem Urteil liegt eine „Verfassungswidrigkeit" sogar schon dann vor, wenn ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, bzw. wissenschaftlichen Sozialismus auch nur in allgemeinster Form gegeben ist, sogar dann, wenn sich die betroffene Organisation teilweise oder völlig von diesen Zielen distanziert und sich wie z. B. die DKP heute für „auf dem Boden des Grundgesetzes stehend" erklärt. Solche Erklärungen sind nach dem Bundesverfassungsgericht lediglich „Tarnung" und „Taktik". Durch dieses Urteil wurde also nicht nur die KPD, sondern der Marxismus-Leninismus überhaupt verboten, sofern er als Anleitung zum Handeln verstanden wird.

Darüberhinaus hat sich der Staat in dem Urteil noch ein weiteres Instrument geschaffen: Es wurde auch verboten, *„Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen"*. Als „Ersatzorganisation" definierte der Bundesgerichtshof in einem Musterprozeß: *„Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele, ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt, weiter verfolgt oder verfolgen will"*. Ausreichend für ein Verbot als „Ersatzorganisation" ist damit der bloße Wille oder Vorsatz (der natürlich wiederum nicht zu beweisen ist und deshalb auch gar nicht erst bewiesen werden braucht).

Das Verbot von „Ersatzorganisationen" bedroht letzten Endes jede demokratische Organisation, die sich irgendwelche fortschrittlichen Ziele setzt, die auch von Kommunisten vertreten werden.

Von 1953 bis 1963 wurden ca. 200.000 (!) Strafverfahren im Zusammenhang mit der Kommunisten-Verfolgung durchgeführt. An jedem Verfahren hängen die umfangreichen Bespitzelungen seitens der Geheimdienste, im Betrieb Vernichtung der Existenzen, im Wohnbezirk Zerstörung des sozialen Kontakts, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen usw. Nicht nur frühere Mitglieder der KPD, auch Atomwaffengegner, Pazifisten, linke Sozialdemokraten, Theologen, Universitätsprofessoren, Gewerkschafter, Betriebsräte, Redakteure wurden Opfer dieser Hexenjagd.

Aus einer Übersicht „Von Schabrod bis Augstein" geht hervor, daß allein im Jahr 1962 642 Menschen von der BRD-Justiz eingekerkert wurden. Auch die rechten Gewerkschaftsführer nutzten das KPD-Verbot zu einer rigorosen „Säuberung" der Organisation von linken Kritikern. So wurde z. B. auch Viktor Agartz verhaftet. Er war ehemaliger Leiter des gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln gewesen. Von der DGB-Führung wegen seiner kritischen Haltung gefeuert, hatte Dr. Agartz eine eigene sozialistische Zeitung herausgegeben. Ihm wurde vorgeworfen, für diese Zeitung Geld aus der DDR erhalten zu haben. Da dieser Vorwurf total haltlos war, mußte Agartz schließlich freigesprochen werden. Der Zweck der Diffamierung aber war erreicht.

Wie in diesem Fall wurden hunderte allein wegen Kontakten zu befreundeten Gewerkschaftern, Kollegen, Verwandten, wurden die Organisatorinnen von Ferienreisen in die DDR u.a.m. wegen „Geheimbündelei" und „Landesverräterischer Beziehungen" vor Gericht gestellt.

Als ein Höhepunkt dieser Hexenjagd ist die Verhaftung der „Spiegel"-Mitarbeiter C. Ahlers (Redakteur), R. Augstein (Verleger) und H.D.Bekker (Verlagsdirektor) auf Anweisung des damaligen Kriegsministers StrauSS zu sehen, nachdem sie mit ihrer Titel-Geschichte „Fallex 62" die Atom-Bewaffnungspläne des Kriegsministeriums enthüllt hatten.



Dem Verbot von 1956 war eine gezielte Kriminalisierung der KPD vorausgegangen. Von Anfang war die Taktik der Bourgeoisie dabei auf eine Isolierung der Kommunisten als bewußtestem Teil der antifaschistischen und antikapitalistischen Kräfte gerichtet. Wie heute spielte dabei die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung und die Wiederauflage der aus der Nazi-Zeit stammenden Berufsverbote eine wesentliche Rolle. Der KPD selbst wurde in der Folge des „1. Strafrechtsänderungsgesetzes" vom Mai 1950 die Luft mit Paragraphen des „Landesverrats", „Hochverrats" und der „Staatsgefährdung" abgeschnürt. 1952 wurde das „Programm der nationalen Front" als „Vorbereitung zum Hochverrat" kriminalisiert. Im Juni '51 wurde eine von der KPD geforderte Volksbefragung zur Wiederbewaffnung als „verfassungswidrig" verboten. Die KPD-Jugendorganisation (FDJ) und die VVN wurden in diesem Zusammenhang als „verfassungswidrig" verboten.

Das Verbot der KPD war im Grunde nur noch der Vollzug der mindestens seit 1950 schrittweise und vorbeugend betriebenen Kriminalisierung. Erst als die KPD u.a. aufgrund solcher Maßnahmen bereits isoliert war, folgte ihre Zerschlagung insgesamt.

In den folgenden Jahren waren alle Maßnahmen der Bourgeoisie darauf gerichtet, jegliches Wiedererwachen revolutionären oder auch nur radikal-demokratischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse und anderen Teilen der Bevölkerung im Keim zu ersticken, insbesondere die Wiederentwicklung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu verhindern. Die Lockerung des KPD-Verbots 1968/69 – durchgeführt von der SPD – war Teil des Versuchs, die politische Unruhe, die dem innen- und außenpolitischen Bankrott der CDU/CSU folgte, mit reformistischen Versprechungen zu integrieren und die nicht integrierbaren Teile zu isolieren und zu zerschlagen. Das machte der damalige Innenminister Benda (CDU!) in einem Bericht über die „APO" exemplarisch klar: *„Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens der herrschenden Regierung fällige Reformen in vorausschauender Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn es gelingt, die extremsten und aktivsten Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren"*.

Willi Brandt erklärte: *„Ich bin sehr dafür, daß es bei uns in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei gibt". „Die Kommunisten brauchen sich bei der Gründung nur an durch Grundgesetz und Verfassungsgericht gezogenen Rahmen zu halten"*. Auf dieser Grundlage erhielt die DKP ihre Legalität. Um dieser Legalität willen erklärte sich die DKP („These 41") bereit, sich von all den Kräften zu distanzieren, die sich von der SPD/FDP-Politik nicht integrieren lassen wollten, sondern versuchten, eine revolutionäre Alternative aufzubauen.

Seit 1969 hat die Bourgeoisie die Drohung des KPD-Verbots nahezu jedes Jahr erneuert und so den Illegalisierungsdruck permanent erhalten.

Hier seien ein paar der herausragenden Kampagnen benannt:

1971 wurde – gewissermaßen zur Probe – der Heidelberger SDS als „Vereinigung, deren Tätigkeiten und Zwecke dem Strafgesetzbuch zuwiderlaufen", verboten. Später wurde gegen die Studentenorganisation der DKP, Spartakus, als „Ersatzorganisation" des SDS gehetzt.

1973 wurde die Gruppe Rote Fahne („KPD") sowie ihre Studentenorganisation (KSV) Ziel der Hetze. Nach der Besetzung des Bonner Rathauses durch die „KPD" wurde vor dem BGH auf Verbot geklagt. Der BGH entschied allerdings, daß die „KPD" als eigenständige Partei den Schutz des Parteiengesetzes genieße und daher ihre „Verfassungsmäßigkeit" erst geprüft werden müßte. Diese Prüfung ist bis heute nicht abgeschlossen ...

1975 brachte die CDU/CSU eine „kleine Anfrage" bezüglich der „Verfassungsmäßigkeit" der DKP im Bundestag ein. In der Antwort heißt es: *„Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Ziele der DKP für verfassungsfeindlich hält"*. Neueste Urteile in Berufsverbotsprozessen, z. B. gegen die Lehrerin Gingold, berufen sich auf diese vom Bundesinnenministerium aufgestellte Behauptung – ein Verbot ist daraufhin bekanntlich aber nicht erfolgt.

Kleinere „Initiativen" – wesentlich aus CDU/CSU-Kreisen – sind die Regel. Die Beispiele machen aber genügend klar, wie mit der Verbotsdrohung gearbeitet wird. Der Trick ist leicht durchschaubar, jedoch auch wirksam. Mit zunehmendem Verbotsdruck wird die Abgrenzungshysterie der DKP gegenüber den „K-Gruppen" die sich nicht „prinzipiell" von Gewalt als Mittel der Politik distanzieren, weiter angeheizt.

Auch die neuerliche Differenzierung in der Verbotsdrohung gegenüber der als Partei anerkannten „KPD", „KPD/ML", „KBW" einerseits und dem KB andererseits soll nach dem Kalkül der Bourgeoisie die Spaltung der Linken vertiefen.

Dies zeigt, worauf es der Bourgeoisie heute ankommt. Statt mit der vollen Anwendung des KPD-Verbots unerwünschte „Solidarisierungseffekte" zu provozieren, versucht sie die Zersplitterung der demokratischen und kommunistischen Bewegung zu nutzen und zu verstärken und mit einem seit ca. 1970 durch das „Programm Innere Sicherheit" geschaffenen „Antiterror"-Gesetzes-Instrumentarium im Vorfeld eines Verbots zu kriminalisieren, zu isolieren und zu zerreiben.

Diese Taktik gleicht derjenigen, die auch schon im Vorfeld des KPD-Verbots von 1956 angewendet wurde. Den linken Organisationen soll der politische Spielraum immer weiter eingeengt werden, die legalen politischen Betätigungsmöglichkeiten sollen ihnen schon vor einem Verbot praktisch genommen werden, in der Bevölkerung soll der Antikommunismus (heute teilweise verpackt als Anti-Terrorismus) angeheizt werden. Gegenüber dieser langfristig angelegten Strategie der Bourgeoisie versucht eine Reihe von Politikern der CDU mit den jetzigen Verbotsanträgen das Tempo zu beschleunigen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

SB – Reuige Sünder auf Wallfahrt nach Godesberg?

Das „Sozialistische Büro" (SB), ein Zusammenschluß vor allem sozialistischer und linkssozialdemokratischer Gruppen und Einzelpersonen um die Monatszeitung „links", hatte in den letzten Jahren als Antwort auf die Polizeistaatsentwickling eine zunehmende Linkswendung vollzogen. 1976 führte das SB eine Antirepressionskampagne durch, auf der alle Bereiche der gesellschaftlichen Unterdrückung in ihrem Zusammenhang dargestellt wurden. Damals sparte das SB auch nicht für die SPD brisante Themen, wie z.B. den Radikalenerlaß im DGB, aus und bekundete seine Bereitschaft, über den Kreis der vorher ausschließlich als Bündnispartner angesprochenen organisierten SPDler wie Jusos und Falken hinaus, eine verstärkte Zusammenarbeit mit weiter links stehenden Gruppen (Spontis, KB usw.) zu suchen.

Insbesondere nach dem vom SB Pfingsten '76 organisierten und von Sponti-Gruppen und KB unterstützten Antirepressionskongreß in Frankfurt entwickelte sich in den verschiedensten Arbeitsbereichen – vor allem den Russell-Initiativen, in der Studentenbewegung, aber auch in der Anti-AKW-Arbeit, in Frauengruppen, GEW-Arbeit – eine im wesentlichen solidarische Zusammenarbeit.

In den letzten Monaten hat die SPD-Führung nun wieder zum Rückzug geblasen. „Keine Zusammenarbeit mit K-Gruppen" – heißt die Devise, und dementspgechend mußten sich die SB-Genossen aus vielen gemeinsamen Russell-Initiativen zurückziehen. In der Anti-AKW-Bewegung z.B. wurde im Nachhinein Kalkar als *„wichtiger Erfolg"* der politischen Breite des Bündnisses der beteiligten Kernkraftgegner trotz *„düsterer Zeiten"* bejubelt („links", Okt. 77) – zum Zustandekommen dieses Erfolges trug „links" jedoch absolut nichts bei – im Gegensatz zu einigen (wenigen) örtlichen SB-Gruppen. Obwohl der gemeinsame Kalkar-Aufruf der NRW-Bürgerinitiativen seit Anfang Juli bekannt war, berichtete „links" mit keiner Zeile über die Aktionseinheit zu Kalkar. Veröffentlicht wurde ausschließlich in der Mitte September – also unmittelbar vor Kalkar – erschienenen „links" (Nr. 91) der Aufruf des BBU-Vorstandes verkleinert im Faksimile – und nicht der gemeinsame Aufruf der nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen, von denen ein Teil zum BBU, der weitaus größere aber zur Landeskonferenz gehört und der die Breite der Aktionseinheit widerspiegelte!

Ihren heftigsten Feldzug gegen die Zusammenarbeit von SB-Gruppen mit weiter links stehenden Genossen hat die SB-Führung anläßlich der Kampagne gegen den Göttinger AStA entfacht (Nachdrucke des sog. „Buback-Nachrufs"). Der Göttinger AStA ist derzeit die am weitesten links stehende Studentenvertretung in der BRD. Sein Zustandekommen war ein maßgeblicher Beweis dafür, wie erfolgreich eine Aktionseinheitspolitik (KB, SB, Spontis, GIM, Unorganisierte) sein kann, die keine gegenseitigen Abgrenzungsbeschlüsse kennt. Der Göttinger Erfolg war (ebenso wie Kalkar) ebenfalls der praktische Beweis dafür, daß einige SB-Führer spinnen, die ständig von der „Schwäche der Linken" reden, um eine linke Aktionseinheit zugunsten einer Partnersuche bei der Sozialdemokratie zu hintertreiben.

SB-Führer fordern selbstkritische Kurswende

Die Auseinandersetzungen der SB-Führer mit der Politik der Göttinger SB-Hochschulgruppe kündete sich in **„links" Nr. 89 (Juni 77)** an, in der die Göttinger SB-Genossen über die Kampagne gegen den Göttinger AStA berichteten. Die Göttinger SB-Genossen warfen die Frage auf, *„was veranlaßte den Staat und die Rechten, in dieser massiven Weise zuzuschlagen?"* und beantworteten sie folgendermaßen:

– Der Mescalero-Artikel (sog. „Buback-Nachruf") werde zum Vorwand genommen. Er sei zwar *„recht grob und klotzig, politisch unreflektiert und naiv"*, *„verherrliche"* jedoch keineswegs Gewalt oder *„verunglimpfe"* Tote: *„Es handelt sich um einen Artikel, der zu kritisieren ist und zu einer Auseinandersetzung innerhalb der Linken führen sollte..."*

– Die Hetzkampagne suche in *„ihrer Schärfe und ihrem Ausmaß der Verdrehung von Tatsachen ihresgleichen"*, wenn z.B. sogar die liberale „Frankfurter Rundschau" den Artikel als ein *„Musterbeispiel für blanken Faschismus"* kennzeichne.

– In Göttingen habe sich im letzten Jahr *„in der Studentenbewegung wieder etwas getan"*: u.a. Streiks in Fachbereichen, uniweiter Streik gegen Regelstudium und politische Repression, breite Mobilisierung nach Brokdorf und Grohnde. D a g e g e n ziele die Kampagne – mit dem Mescalero-Artikel als Vorwand.

– Zum weiteren Vorgehen schrieben die Göttinger SB-Genossen: Es stelle sich die Frage, ob man – wie von Jusos und MSB gefordert – Selbstzensur vornehmen solle oder die Pressefreiheit verteidige, was auch die Veröffentlichung strittiger und falscher Ansichten beinhalte. Sie hielten es *„für dringend notwendig, Solidarität mit dem Göttinger AStA zu üben"* unter Hinweis auf den weiteren Nachdruck des Mescalero-Artikels durch diverse Professoren, ASten und linke Zeitungen.

Die „links"-Redaktion brachte dazu in Fettdruck die Anmerkung, daß man sich in Zukunft mit dem *„politisch gefährlichen Solidarisierungsdruck"* auseinandersetzen werde, der von dem Buback-Attentat *„vor allem auf Teile der Uni-Linken"* ausgehe. Einige SB-Führer wollen sich künftig einer Solidarität innerhalb der Linken entziehen!

„links" Nr. 90 (Juli/August 77): Unter der Überschrift *„Neues aus Göttingen"* berichtete die SB-Hochschulgruppe Göttingen über die Polizei- und Justizaktionen (Durchsuchung von AStA, KBW-Büro, Privatwohnungen etc.) und die hiergegen für den Göttinger AStA angelaufene Solidarisierungskampagne und die Arbeit unter den Göttinger Studenten selbst (mehrere Demonstrationen, Aktionstag am 15.6. mit 7.000 Teilnehmern ...) Die Genossen bewiesen anhand der weiteren Entwicklung der Verfolgung des AStA, daß der Mescalero-Artikel Vorwand war, um *„einen Großangriff auf die Institution AStA und das Politische Mandat zu starten, und um über eine allgemeine Kriminalisierung, Diffamierung, Spaltung und individuelle Verunsicherung des AStAs bzw. der linken Studentenschaft den Boden dafür zu bereiten."*

Der AStA habe sich keineswegs durch die Hetzkampagne von den Göttinger Studenten isoliert: *„Trotz aller Differenzen ist sich die Linke an der Uni einig im Kampf für das allgemeinpolitische Mandat. 4.000 Studenten demonstrierten Mitte Juni erneut für den Erhalt des politischen*

Der Narr und sein Beichtvater

Mandats, das sind mehr, als überhaupt Studenten linke Gruppen bei den letzten AStA-Wahlen wählten!... Uni-VVs waren niemals so gut besucht wie in dieser Auseinandersetzung..." Und u.a. an die Adresse der SB-Führer gewandt hieß es: *„Dies beweist, daß opportunistische und legalistische Kräfte wie die Jusos und der MSB unrecht hatten, wenn sie durch permanente Kritik am AStA und durch die Forderung nach Distanzierung meinten, so den Angriff auf das politische Mandat abwehren zu können. Der Vorwurf, der Buback-Artikel hätte nicht gedruckt werden dürfen, trägt nichts zur Verbesserung der Strategie von Linken bei... Auch einige Genossen in der „links"-Redaktion sollten nicht vor Opportunismus umfallen, sondern Farbe bekennen."*

Neben einer kurzen Leserzuschrift des Göttinger SB-Genossen Jürgen Bischof auf die demogogische Hetze Michels (s.u.) sind seitdem in „links" keine SB-Genossen vom linken Flügel mehr zu Wort gekommen, weder aus Göttingen noch anderswo.

Gegenkampagne der SB-Führer

In der gleichen Zeitung (Nr. 90) startet die SB-Führung ihre Gegenkampagne. Der vorher erwähnte Bericht *„Neues aus Göttingen"* ist „umrahmt" von drei Artikeln im Fettdruck, die sich gegen eine Solidarität mit dem Göttinger AStA wenden:

1. läßt die SB-Führung ihren Vorzeige-Arbeiter Willi Michels schwergewichtig und nicht weniger demagogisch zu Wort kommen; damit er es den SB-Studenten „einmal richtig" gäbe: Willi Michels sieht sich *„veranlaßt"*, *„einige Gedanken und Äußerungen aus meiner und meiner Arbeitskollegen Sicht beizusteuern. Es gibt im Betrieb keinerlei Verständnis oder auch nur emotionale Zustimmung zu dem Mord an Buback. Den Artikel des Göttinger AStA bewerten die Kollegen als Sympathieerklärung für die Attentäter.... In der Stellungnahme der SB-Hochschulgruppe Göttingen wird nun angeführt, es handele sich um 'subjektive, spontane Äußerungen eines Genossen', wie er selbst zugebe. So feine Unterschiede machen die Arbeiter aber nicht..."*

Der Göttinger AStA, behauptet dann Michels weiter, habe *„bewußt jene Angriffe provoziert, über die nun die linke Studentenschaft sich beklagt... Hat man etwa erwartet, man werde wohlwollend über solche Entgleisungen schweigen, sie nicht nutzen? Lebt die linke Studentenschaft vielleicht nach dem dümmsten aller Sprichwörter: 'Viel Feind, viel Ehr!'?"*

2. Unter der Überschrift *„Gegen falsche Solidarisierung"* kommt in „links" Pastor Gollwitzer zu Wort. Gollwitzer schreibt, die Rechtswidirgkeiten in den RAF-Prozessen müßten zwar weiterhin kritisiert werden, daraus dürfe aber keine Solidarisierung mit den von diesen Rechtswidrigkeiten Betroffenen folgen. Diese Gollwitzer-Erklärung, die in diesem Punkt von keiner ernsthaften linken Gruppe bestritten wird, hat an und für sich mit den Göttinger Ereignissen nichts zu tun, denn dort ging es ja keineswegs um eine Solidarität (also Identifizierung) mit RAF-Aktionen, sondern mit dem Göttinger AStA und darüber hinaus der gesamten Interessenvertretung der Studentenschaft und dem Politischen Mandat. Für den „links"-Leser sollte natürlich ein gegenteiliger Eindruck entstehen.

3. Unter der Überschrift *„Solidarität oder Distanzierung: Falsche Alternative"* wendet sich sogar der ansonsten eher mit Fingerspitzengefühl und linkem Augenmaß agierende SB-Redakteur Claussen gegen den Göttinger AStA und besonders gegen die recht breite Solidarität mit ihm: *„Das ständige Gejammer darüber, daß die Medien die Aktivitäten der Linken verzerren und entstellen, ergänzt sich mit dem sektiererischen Abkapseln, die eigene Argumentation nur innerhalb der Linken zu führen. Exemplarisch hat das der Buback-Artikel in der Göttinger Studentenzeitung und die studentische Verteidigungskampagne gezeigt... das kommentarlose Nachdrucken durch andere Zeitungen, mit der Angst vor Distanzierung begründet, macht den verlorenen Boden nicht nur nicht wett, sondern drängt die Verteidiger auf ein Terrain, auf dem sie nichts mehr gewinnen können, sie berufen sich auf die Pressefreiheit ... Solidarisierung um jeden Preis, nur um die eigene Radikalität unter Beweis zu stellen, fetischisiert eine Einheit, von der wir alle wissen, daß sie nicht vorhanden ist... Stammheim versöhnt nicht mit der Praxis der RAF..."*

Wenn Claussen behauptet, die Argumentation sei nur innerhalb „der Linken" geführt worden, und man brauche sich nicht zu wundern, wenn der Buback-Nachruf über die „normale Presse" bei der „normalen Bevölkerung" anders ankomme, so ist das dasselbe, wie wenn Michels behauptet, d i e Arbeiter machten da nicht „so feine Unterschiede". Jürgen Bischoff hat in seiner Antwort auf Michels zu recht darauf hingewiesen, *„daß z.B. die Arbeiter am KKW Grohnde auch nicht so feine Unterschiede machen und am liebsten alle Kernkraftgegner, Molukker, wie sie sie nennen, in die Weser werfen wollen..."* Claussen versucht zudem, die Solidarität mit dem Göttinger AStA – wohlgemerkt, dem derzeit linkesten AStA der BRD, der das Zentrum eines Angriffs auf die verfaßte Studentenschaft und das Politische Mandalt bildet – dadurch zu hintertreiben, daß er behauptet, es ginge um eine Solidarität im Sinne von Identifizierung mit der RAF. Es ging ebenfalls nicht um eine Solidarisierung mit den Inhalten des Buback-Nachrufs: Die Nachdrucke des Buback-Nachrufs durch verschiedene ASten usw. hatten nur im Nebenaspekt den Zweck, der verfälschten Darstellung der bürgerlichen Presse und Medien entgegenzutreten, sondern sollten vor allem dazu dienen, daß sich der Staat nicht allein den Göttinger AStA vornehmen muß, sondern es mit den Vertretungen und damit Studenten einer Reihe von Universitäten zu tun bekommt.

Kurswende beim SB gefordert

Im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung haben die SB-Führer nun zu einer generellen Kurswende aufgefordert, die über den Rückzug von SB-Genossen aus der Zusammenarbeit mit anderen links von ihnen stehenden Gruppen weit hinausgeht. Dazu dienen die vom SB-Arbeitsausschuß anläßlich der Schleyer-Entführung abgegebene Erklärung *„Sozialismus und Terrorismus"* („links" Nr. 91 Sept. 77) und zwei weitere „Grundsatzartikel" der neuesten „links"-Ausgabe (Nr. 92, Okt. 77). In der groß in der „FR" veröffentlichten Stellungnahme wird die politische Kritik des Terrorismus durch seine moralische „Verurteilung" (*„Entsetzen"* über *„Kollektivmord"* usw.) ersetzt. Weiter künden die SB-Führer im Stil des diffamierenden Hetzchors der bürgerlichen Medien gegen „Mescalero" einen *„radikalen"* Kampf gegen Terrorismus *„an einer doppelten Front"* an, indem sie *„zum einen all denjenigen entgegentreten"* wollen, *„die mit 'klammheimlicher Freude' sozialistische Politik dadurch diskreditieren, daß sie terroristische Mittel spielerisch taktisch abwägen."*

In seinem Grundsatzartikel: *„BRD – keine pädagogische Provinz"* fordert der Westberliner Hochschullehrer und SB-Cheftheoretiker W.D. Narr mit Panikmache (*„... die Situation ... ist für die Linke so ernst ... Wir haben nicht länger Zeit..."*) eine umfassende Selbstkritik um des *„politischen Überlebens willen"*. Ausdrücklich wendet sich Narr nochmals gegen die Göttinger Uni-SB-Gruppe. Es *„...zeigt nicht nur die Zuschrift von Jürgen Bischoff (SB Göttingen, „links" Sept. 77), daß einzelne und Gruppen immer noch den Mescalero-Artikel und seinen Nachdruck zu verharmlosen (!!!) bereit sind... Diese Verharmlosung ist aber für die Existenz der Linken in der BRD insgesamt bedrohlich"* (Narr, „links", Okt. 77).

W.D. Narr gehört übrigens zu den SB-Prominenten, die in der erlauchten Gesellschaft rechter sozialdemokratischer Hochschullehrer wie z.B. von Friedeburg (ehemals hessischer Kultusminister) oder Krupp (für Polizeieinsätze gegen Studenten an der Frankfurter Uni verantwortlich) die Westberliner Anti-Terrorismus-Erklärung („FR"-Anzeige, 17.9.77) unterzeichnet haben.

Die Unterschrift zahlreicher SB-Prominenter unter dieser Erklärung, die ihrem gesamten Inhalt nach durchaus vom SPD-Parteivorstand formuliert sein könnte, ist an der SB-Basis und darüber hinaus vor allem bei den linken Sponti-Gruppen („Pflasterstrand" 16: „Offener Brief an das SB in Offenbach"; Westberliner „Info-BUG" 174), die sich wie das SB zur „undogmatischen Linken" zählen, auf heftige Kritik gestoßen.

Selbst „links"-Redakteur D. Claussen kritisiert nun – unter dem Eindruck einer breiten Ablehnung an der Basis – im Anschluß an Narrs „Kurswende" unter der Überschrift *„Weder Kotau noch Trotzreaktion – Zur Kritik des universitären Unterschriftenkarussels"* ebenfalls dieses Bekenntnis zahlreicher SB-Prominenter zu den Grundlagen sozialdemokratischer Politik.

Pazifistischer Humanismus kontra Marxismus

Bei den Theoretikern des SB wird Lenin ja gering geschätzt, Demokratischer Zentralismus, Aufbau einer marxistischen Kaderpartei oder etwa unversöhnlicher Kampf dem Opportunismus – dies alles hört man dort nicht gern. Deswegen wollen wir bei der Beurteilung der SB-Positionen zum Terrorismus uns einmal nicht auf Lenin berufen, sondern auf Marx selbst. Denn auf Marx berufen sich die SB-Theoretiker gern, sie bezeichnen sich allesamt als Marxisten – im Brustton vollster Überzeugung. So schreibt Narr z.B. bei der Beurteilung des Mescalero: *„... der starke Antiintellektualismus, der sich insbesondere am Eingang des Artikels zeigt, aber denselben doch insgesamt durchzieht. Politische Praxis soll nicht mehr analytisch-theoretisch abgeleitet werden, sondern wird wenigstens im Ansatz als eine Art spontane Aktion begriffen."* Dies unterscheide sich von dem (marxistischen) Anspruch, *„Theorie und Praxis strikt miteinander zu verbinden."* Also zunächst werden Mescaleros „Abweichungen vom Marxismus" aufgedeckt und gegeißelt. Narr fährt fort: *„... die spielerische, fast z.T. kindlich anmutende Geste der Argumentation. Diese Geste mag einen, wie z.B. der Schluß, 'Ein bißchen klobig, wie? Aber ehrlich gemeint...', sympathisch berühren. Sie macht aber mehr noch erschrecken. Der Verfasser drückt nicht nur seine 'klammheimliche Freude' über einen Mord aus, er wägt auch in einem Gutteil des Artikels Für und Wider des Mordes ab, als handele es sich um Sandburgen, die man aufbaut oder zerstört und nicht um Menschenleben, und die Frage nach der Qualität einer Politik, die aus angeblich sozialistischen Gründen Repräsentanten des Systems als Menschen (und eben nicht als Charaktermasken!) sinnlos opfern"*. Dieser mit seminar-marxistischem Vokabular verbrämte pazifistische Humanismus verfälscht den Marxismus total.

Als 1849 die „Neue Rheinische Zeitung" (NRhZ), Chefredakteur war Marx, wegen Aufrufs „zum gewaltsamen Umsturz" verboten und Marx aus Köln gewiesen wurde, erinnerte Marx an folgenden – Monate zuvor von ihm in der NRhZ (7.11.1848) veröffentlichten – Artikel mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur Gewalt: *„... Mit dem Siege der 'roten' Republik zu Paris werden (wir) rufen: Vae Victis!* (Wehe den Besiegten!) *... der Kannibalismus der Konterrevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft a b z u k ü r z e n, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel –* ***den revolutionären Terrorismus.****"* Marx fährt dann fort, an die Polizeibehörde gerichtet: *„Est-ce clair, Messieurs?* (Ist das klar, meine Herren?) *Wir haben es von Anfang an für überflüssig gehalten, unsere Ansichten zu verheimlichen...* **Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reihe an uns kommt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen,** *die Terroristen von Gottes- und Rechts-Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, versteckt, doppelzüngig, in beiden Beziehungen e h r l o s."*

Das ist die Haltung von Marx zur Gewalt!

Marx befürwortet grundsätzlich den „revolutionären Terrorismus" (wie er den Terrorismus von links nennt) – im Gegensatz sogar zu Lenin, der das Für und Wider terroristischer Aktionen stärker unter taktischen Gesichtspunkten abgewägt hat. Dagegen ist – so Marx – der Terrorismus des bürgerlichen Staates *„in der Theorie feig, versteckt, doppelzüngig"*, in der Praxis *„brutal verächtlich, gemein"*, also *„in beiden Beziehungen ehrlos"* – und nur in diesen Punkten grenzt sich Marx vom Terrorismus ab!

Die SB-Führer gehen dagegen neuerdings sogar soweit, jegliche Diskussion über Terrorismus (*„terroristische Mittel spielerisch taktisch abwägen"*, SB-Erklärung vom 11.9.77) zukünftig bekämpfen zu wollen. Bei Narr liest sich das so: *„Aber, Genossen* (gemeint ist die Göttinger SB-Gruppe), *war es denn nicht ein Fehler, den Mescalero-Artikel zu publizieren, der trotz seiner letztlich eindeutigen Absage mit den Gedanken über Sinn und Unsinn von politischem Mord spielte...?"*

Das sind Gefühlsappelle, völlig irrational!

Wenn in einer bischöflichen Erklärung gesagt wird, „wie kann man angsichts des Todes noch reden, denken oder diskutieren", so mag das angehen. Mit marxistischer Analyse, wie sie sonst von der SB-Führung beschworen wird, hat das nichts zu tun.

Wer die Diskussion des Terrorismus so zu umschiffen versucht, der macht sich wie neulich bedauerlicherweise der sonst auch von uns sehr geachtete Schriftsteller Bernd Engelmann, der Marx gar zum Kronzeugen gegen den Terrorismus berufen wollte („FR", 20.9.) zum Gespött der Reaktion, die prompt auf diese Marx-Zitate hinwies („FR", Leserzuschrift „Marx und der Terrorismus", 14.10.), liefert sich weiteren Erpressungen aus und landet wie Narr mit seiner Unterschrift unter der westberliner Anti-Terrorismus-Erklärung völlig in den Armen der SPD. In dieser Erklärung wird z.B. unter Punkt 2 *„allen Konzeptionen ..., die die Notwendigkeit auch gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderungen nicht ausschließen, sofern sie gewollt oder ungewollt* (!) *für die BRD eine revolutionäre Situation suggerieren oder die Mittel des Terrors verharmlosen"* der Kampf angesagt. Das läßt sich nicht nur gegen einen zukünftigen revolutionären Massenkampf auslegen, sondern sogar schon gegen eine einfache AKW-Bauplatzbesetzung!

Die SB-Führung verkennt eben völlig die Ursache der Terroristenhetze. So schreibt Narr: *„Auch wir haben m.E. die gefährliche politische Brisanz des Mescalero-Artikels unterschätzt."* Diese Gesellschaft sei *„keine pädagogische*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 8

Provinz" (ein Lieblingsbegriff des SB – wohl nicht von Marx!), in der die Linke sich mal *„spielerisch diesen oder jenen politischen Fehler leisten könne"*. Das heißt doch, an der Buback-Kampagne seien Mescalero und die Linke selbst schuld – als wenn die Bourgeoisie mit ihren gerade gegenüber Mescalero praktizierten Methoden des Fälschens, Weglassens usw. diese Kampagne nicht an jeder beliebigen Veröffentlichung einer linken Gruppe hätte hochziehen können. Die SB-Führer dagegen tun so, als wenn die bürgerlichen Medien sozusagen „ehrlich empört" gerade über diese Veröffentlichung waren.

Auf der einen Seite schüren die SB-Führer so Panik: Die Linke sei „fundamental" gefährdet, wenn noch einmal ein



Nicht doch!

„Fehler" wie mit Mescalero gemacht würde, wir lebten in keiner pädagogischen Experimentierprovinz, wo Fehler immer wieder verziehen würden usw. Gegen diese „Radikal-Umkehr" und Panikmache bremsen allerdings einige SB-Führer etwas ab und orientieren mit unterschiedlichen Argumentationsketten stärker darauf, daß man sich nur richtig vom Terror distanzieren müsse – am besten beweise, daß es politischen Terror überhaupt nicht gibt, dann wäre der Hetzkampagne der Bourgeoisie der Boden entzogen. Dazu Claussen: *„Es heißt, unbewußt dem Gerede vom 'neuen Faschismus' aufzusitzen, das uns irgendwelche RAF-Ideologen um die Ohren posaunen, wenn wir* (gemeint Narr u.a.) *so tun, als ob heute ein verkehrtes sich Wehren gleich ein existenzbedrohendes Urteil nach sich zöge. Der zweifellos vorhandene Druck an den Universitäten darf nicht noch weiter hochgespielt werden, daß für den einzelnen nur noch die unpolitische Alternative von Kotau oder Trotzreaktion übrigbleibt."* Festzustellen bleibt, daß große Teile der SB-Prominenz schon ihren Kotau vollzogen haben. Wenn die SB-Führung weiterhin der politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus aus dem Wege geht und die Illusion schürt, die Hetze des Staates sei nur eine Reaktion auf die falsche Politik der Linken, dann liefert sie die Genossen weiteren Erpressungen geradezu aus. Allerdings scheint
sungen geradezu aus. Allerdings scheint
sich gegen den von Narr und anderen SB-Führern verordnete neue Kurs nicht nur an der Basis des SB (und seinem Umfeld) Widerstand zu regen. So ließ der ebenfalls als Theoretiker des SB firmierende Genosse Elmar Altvater in der italienischen Zeitung „il manifesto" (vom 6.10.77) einen Artikel zum „Modell Deutschland" veröffentlichen, in dem u.a. die Distanzierungs-Hysterie diverser SB-Führer folgendermaßen gekennzeichnet und kritisiert wird: *„Keine Überraschung also in so einer Situation, daß auch innerhalb der Linken Reaktionsformen auftauchen, die an die Selbstbezichtigungen und Abschwörungen unter McCarthy und während des Stalinismus der 30er Jahre erinnern: fast 200 Linksintellektuelle beispielsweise haben eine Erklärung unterschrieben, in der sie sich selbst bezichtigen, sie hätten bisher zu wenig gegen den Terrorismus unternommen, und in der sie gleichzeitig versprechen, sich in den Institutionen des Unterrichtswesens gegen jedwede Tendenz zur verzweifelten Aktion einzusetzen. So läßt man sich von der politischen Rechten die Form der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus vorschreiben, man behindert die Entwicklung linker politischer Perspektiven, die einen Ausweg aus dem gesellschaftlichen Dilemma aufzeigen könnten, das von der „emarginazione" und von der verzweifelten Aktion ans Licht gebracht worden ist"*. („emarginazione" ist heute ein beliebter politischer Begriff in Italien. Sinngemäß bedeutet er, jemanden aus etwas herausdrängen, also entweder jemanden „asozial" machen (z.B. in Italien die arbeitslosen Jugendlichen) oder auch politisch: jemanden an den Rand der Gesellschaft drängen, im Sinne des „outlaw").

Es zeigt das Demokratie-Verständnis und die Publikationspolitik der SB-Führung, daß Altvater mit seinem oppositionellen Beitrag auf die Tageszeitung der italienischen Bruderorganisation des SB (PDUP) ausweichen muß. Oder sollte dies nur ein Zufall sein?

Aufgrund der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD ist mit einem Fortbestand terroristischer Gruppen zu rechnen, d.h. daß die Hetze der Bourgeoisie in jedem Fall weiter geht und Nahrung erhält. Für das SB muß das bei der jetzigen Haltung der SB-Führung bedeuten, so lange „Selbstkritik" zu üben, „Fehlersuche" zu betreiben usw., bis man vollständig und ganz im Lager der Sozialdemokratie gelandet ist. Gegen diesen angepeilten Kurs der meisten SB-Führer sollten sich die Linken im SB mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anstemmen.

Russell-  Tribunal

Willy Brandt kontra Russell-Tribunal

Fortsetzung von Seite 1

Absichten des Tribunals zu *»vereiteln«*. Brandt *»warnte«* die SPD-Mitglieder, sich für *»dieses Unternehmen«*, das eine *»Zumutung für Sozialdemokraten«* sei, *»einspannen zu lassen«* (»FR«, 15.10. und »Neue Ruhr-Zeitung«, 13.10.).

Formulierungen dieser Art bedeuten »in der Regel« die Ankündigung innerparteilicher »Konsequenzen«, und tatsächlich hat der SPD-Bundesvorstand, wie aus gutunterrichteten Bonner Kreisen verlautet, bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt. »Wir Deutsche« können ja bekanntlich »stolz auf unser Land« sein und wehe, es beschmutzt uns einer das Nest!

Der Vorstoß Brandts zur Verhinderung des Tribunals ist offenbar schon seit längerer Zeit in sozialdemokratischen Kreisen vorbereitet worden. So haben namhafte ausländische Sozialdemokraten, die dem Tribunal wohlwollend gegenübergestanden hatten, ihre Unterstützung zurückgezogen. Unmittelbar vor Brandts Intervention machte der Vorstand der Humanistischen Union öffentlich den Vorschlag, das Tribunal zu »verschieben« — freilich ohne anzugeben, um welchen Zeitraum es sich dabei handeln solle (Monate? Jahre?). Dadurch sollte offenbar — Brandts Auftritt vorbereitend — der Eindruck erweckt werden, als »bröckle« es in der Unterstützungsbewegung.

Die SPD scheint wenig Lust zu verspüren, sich der Anklage vor dem Russell-Tribunal zu stellen und ihr »Modell Deutschland« zu verteidigen, obwohl dieses doch angeblich so »demokratisch« ist, daß es für ganz Europa gelten soll. Schade! Eine »geistige Auseinandersetzung« z.B. über die Brandt'sche These *»Es gibt keine Berufsverbote«* wäre doch ungemein interessant geworden...

Nicht anders — jedoch bisher weniger publicity-trächtig — verhält sich offenbar die FDP. Anläßlich des Ausschlusses dreier Jungdemokraten aus der FDP in Langen, weil sie im Januar dieses Jahres eine DKP-Wahlliste unterschrieben hatten, gab der stellvertretende Judo-Bundesvorsitzende Gernot Gutsch (selbst vom Ausschluß betroffen) zu verstehen, daß die Mitwirkung der Jungdemokraten am Russell-Tribunal *»mitentscheidend für das Verhalten der FDP«* gewesen sei. Denn die Unterstützung des Tribunals durch die Jungdemokraten *»möchte die FDP gerne verhindern«* (zitiert nach »FR«, 15.10). Dafür ist sie ja auch eine l.i.b.e.r.a.l.e. Partei.

Der Druck von SPD und FDP wird nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Unterstützung des Tribunals in der BRD bleiben. Bekanntlich werden von diesen Leuten innerparteilich noch ganz andere Töne angestimmt. Daher ist zu erwarten, daß insbesondere den Jusos und Judos ein weiterer Kniefall vor ihren Parteiführungen und Rückzug vom Tribunal nicht erspart bleibt (was über ihre weitere »klammheimliche« Unterstützung nichts aussagt).

Diese aktuelle Entwicklung bestätigt voll die Einschätzung, die von uns über die erreichbare Breite an Unterstützung für das Tribunal gegeben wurde: *»Wer die Situation der demokratischen Bewegung in der BRD und die Bedingungen für die wirkungsvolle Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD realistisch einschätzt, der weiß, mit welchen erheblichen Schwierigkeiten und Risiken ein derartiges Projekt es vom ersten Moment an zu tun hatte. Massive Einflußnahme der SPD* (und *von Teilen der internationalen Sozialdemokratie) waren ebenso zu erwarten wie die Einmischungsversuche der DKP und ihrer internationalen Bezugspersonen. Während es der SPD-Führung direkt darum geht, das Zustandekommen des Tribunals überhaupt zu verhindern (,Es gibt keine Berufsverbote'...), geht es für die DKP-Führung darum, die westdeutsche Unterstützungsarbeit zum Tribunal entweder unter ihre Kontrolle zu bringen oder entscheidend zu torpedieren. Das Wesentliche an dem Russell-Projekt war gerade der Versuch, e r s t m a l s in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte. Hiermit ist auch die Schwierigkeit des Projekts benannt«.* (Antirepressions-Info Nr. 2).

Die letzte Aussage dieses Zitats war insbesondere vom Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der FU (AK/FU) demagogisch ausgeschlachtet worden, um dem KB zu unterstellen, er habe die Unterstützungsbewegung *»in ein Kampfbündnis gegen SPD und DKP umwandeln«* wollen, bzw. der KB sei *»gegen eine Zusammenarbeit auch mit der SPD, der DKP und SEW, mit Liberalen und Christen und mit der ,Initiative Weg mit den Berufsverboten'«* (sogenannte Berliner Erklärung mehrerer Gruppen aus dem ehemaligen Westberliner Unterstützungskomitee).

Tatsächlich hatte der KB davor gewarnt, sich durch taktische Abstriche an der Konzeption des Tribunals, die Unterstützung der Jusos und Judos bei stillschweigender Duldung durch deren Parteivorstände erkaufen zu wollen. Denn von Teilen der Unterstützungsbewegung (AK/FU, SB, GIM) wurde und wird vehement vertreten, ohne diese Unterstützung der Jusos und Judos verfehle das Tribunal seinen Zweck, eine breite Öffentlichkeit gerade im radikaldemokratischen Lager zu erreichen. Deshalb war man von dieser Seite her bereit, eine thematische Einschränkung der von der Jury zu untersuchenden Repressionsmaßnahmen vorzunehmen, was die Unabhängigkeit der Jury angreifen und letztlich bedeuten würde, die Untersuchungen von der Willkür Willy Brandts und Co. abhängig zu machen.

Umso bedenklicher ist es, daß auch jetzt noch von einem Vertreter des »vorläufigen Sekretariats« des Tribunals gegenüber der »Westfälischen Rundschau« beteuert wurde, *»nicht alles und jedes, was gegen die Bundesrepublik vorgebracht werde, werde auch in die Themenauswahl aufgenommen«* (»WR«, 13.10.). Angesichts der Angriffe Brandts kann dies nur als weiteres hilfloses Angebot zur »Entschärfung des Tribunals« an die Sozialdemokratie verstanden werden, anstatt die Angriffe klar zurückzuweisen. Demgegenüber hat die Bertrand Russell Peace-Foundation dem Vernehmen nach umgehend gegen Brandts Diffamierungen protestiert und ihr Erstaunen über diesen Vorstoß ausgedrückt, da zu diesem Zeitpunkt die Jury noch nicht einmal zusammengetreten und ihre Zusammensetzung der Öffentlichkeit noch nicht bekannt war.

Sollte es tatsächlich zu einem Rückzieher von Jusos/Judos kommen, so sagt das u.E. nichts aus über die Breite an Unterstützung und Aufmerksamkeit, die das Russell-Tribunal bei allen demokratischen Menschen finden wird, umso mehr allerdings über den Grad an Gleichschaltung, Disziplinierung und Verfaulung, den die bürgerlichen Parteien (wie auch der DGB!) erreicht haben. Die Schwelle, unterhalb derer Kritik am »Modell Deutschland« in der SPD noch erlaubt ist, ist heute denkbar niedrig. Nicht einmal Kritik ausländischer Parteifreunde (Mitterrand) zählt darunter.

Vor diesem Hintergrund halten wir es nach wie vor für falsch und gefährlich, eine Bündnispolitik gegenüber Teilen von SPD/FDP über den Weg taktischer inhaltlicher Zugeständnisse einzuschlagen. Eine stillschweigende »Duldung« des Russell-Tribunals und seiner Unterstützung durch Mitglieder der eigenen Partei wäre für die SPD- und ebenso die FDP-Führung nur unter der Bedingung einer völligen Perversion des Tribunals und seiner Ziele (unabhängige Untersuchung der Repression in der BRD) akzeptabel. Eine effektive Bündnispolitik kann daher nur darin bestehen, eine selbständige (eben nicht von SPD und DKP d o m i n i e r t e !) Alternative aufzubauen, die gegen die Spalterpolitik der bürgerlichen Partei- und Gewerkschaftsführer einen wirksamen Gegendruck organisiert.

Meldungen

Heidelberg. Nachdem die SPD-Stadträte ihre Unterschrift unter den Aufruf der Russell-Foundation zurückgezogen hatten, wurde auch der FDP-Stadtrat Armbruster massiv unter Druck gesetzt. Dieser jedoch steht nach wie vor zu seinen Erklärungen und erklärte vielmehr seinen Austritt aus dem Gemeinderat. Die FDP kündigte eine Diskussion darüber an und meinte, *»nonkonformistische Kritik muß nach liberaler Auffassung möglich sein«*.

• • •

Bonn. Die SB-Gruppe und die Gruppe »Rheinische Zeitung« traten aus der Vorbereitungsgruppe aus, weil die von ihnen zur Bedingung gemachten »Arbeitsgrundlagen« (bedingungslose Unterstützung des vorläufigen Sekretariats, Entscheidungen über Öfentlichkeitsarbeit nur einstimmig — Vetorecht) von der Mehrheit abgelehnt wurden. Sie gründeten einen »Arbeitskreis zur Unterstützung des 3. Russell-Tribunals«, den sie auch öffentlich ankündigten, ohne jedoch bekannt zu machen, daß es schon seit längerem eine Vorbereitungsgruppe gibt und ohne auf die zu ihrem Austritt führenden Differenzen einzugehen.

• • •

Bochum. Zu Widersprüchen ist es auch in der Vorbereitungsgruppe in Bochum gekommen. Anläßlich der Vorbereitungen für eine Veranstaltung vertraten die Judos, daß n u r eine Veranstaltung, die sich auf die Todesschüsse der Polizei beschränkt, eine breite Öffentlichkeit erreichen kann. Die Mehrheit vertrat, daß ein breiteres Spektrum der Repression behandelt werden solle. Die Judos nahmen dies zum Anlaß, nur noch als Beobachter an den Vorbereitungen teilzunehmen.

• • •

Westberlin/Hamburg. Am 25.9. fand ein Gespräch zwischen der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« und dem vorläufigen Sekretariat statt (anwesend war auch der Direktor der Russell-Foundation, Chris Farley). Als Haupthindernis für die Teilnahme der Initiative wurde wiederum die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften dargestellt. Außerdem *»gaben die Vertreter des Arbeitsausschusses zu überlegen, doch einmal im Interesse der Mehrzahl der vom Berufsverbot Betroffenen zu bedenken, was z.B. die Vermischung* (?) *der Frage der Berufsverbote mit der Frage der Strategie in RAF-Prozessen auch für das konkrete Berufsverbote-verfahren bedeute«*. Im Klartext also: keine Behandlung der Frage der politischen Gefangenen. Das Sekretariat erklärte darafhin, *»man würde moralisch völlig unglaubwürdig werden, wenn man die Menschenrechte teilen würde«*.

Das Fazit dieses Gesprächs: Zwar sieht auch das Sekretariat *»die Probleme, durch die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse Breite im gewerkschaftlichen Bereich zu erreichen«*. Aber allein die Jury werde *»über die Themenkomplexe entscheiden«*.

Der Arbeitsausschuß der Initiative stellte fest, daß eine Entscheidung über eine Unterstützung erst getroffen werden kann, *»wenn die Jury und die Verhandlungsthemen bekannt sind«*. Vereinbart wurde, weiterhin in Kontakt zu verbleiben. (Informationen und Zitate aus dem Kurzbericht der Initiative).

• • •

Köln. Die GIM ist aus dem örtlichen Vorbereitungskomitee ausgestiegen, da dieses beschlossen hatte, auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften zu behandeln. Sie will jetzt zu einer neuen Initiative aufrufen, mit der sie »demokratische Gruppen« (? DGB?) ansprechen will.

„Strauß, Kohl und Springer – Schlächter der Demokratie"

Kiel. Nach den massiven Angriffen auf die Westberliner Jungdemokraten und nach der Durchsuchung des Augsburger Büros der FDP (dort wurden »Buback-Nachrufe« vermutet) haben die Schleswig-Holsteiner Jungdemokraten eine Erklärung herausgegeben, in der sie der Rechtsentwicklung in der BRD in einer Schärfe entgegentreten, die bei weitem alles übertrifft, was von den Jugendverbänden der Regierungsparteien bisher öffentlich geworden ist.

In der Erklärung *»bejahen die Jungdemokraten den demokratischen Rechtsstaat«*, befürchten aber gleichzeitig, *»daß die demokratischen Kräfte nicht stark genug sein könnten, um den drohenden Polizeistaat zu verhindern«*. Sie weisen auf die Geschichte der BRD hin, in der es nie eine wirklich antifaschistische Entwicklung gegeben hat und schreiben: *»Soll die BRD als Demokratie auch weiter Bestand haben, so müssen wir eine Gesellschaft schaffen, die nicht anfällig ist für eine erneute faschistische Entwicklung«*. Als Hauptbetreiber dieser *»gefährlichen Rechtsentwicklung«* bezeichnen sie Springer, StrauSS und Kohl, die sich *»als Schlächter der Demokratie betätigen«*. Sorge bereitet ihnen, daß die demokratischen Kräfte in der BRD allein diese Rechtsentwicklung nicht aufhalten könnten, weshalb sie die Kritik aus dem Ausland begrüßen. *»Die Nachbarstaaten haben ein natürliches Interesse an einem demokratischen Westdeutschland angesichts der politischen und wirtschaftlichen Stärke der BRD«*. Obwohl sie um die *»Vorurteile«* im Ausland wissen, *»ist bei genauer Prüfung die massive Kritik an der Aushöhlung des Grundgesetzes berechtigt«*. Aus diesem Grunde *»begrüßen die Jungdemokraten auch die Initiative der Bertrand Russell Peace Foundation, ein Tribunal über die eventuellen Menschenrechtsverletzungen in der BRD und Westberlin durchzuführen«*. Sie weisen darauf hin, daß dieses Tribunal für sie *»einen völlig anderen Stellenwert hat als die vorangegangenen Tribunale«* und erklären, daß die Begrüßung dieses Tribunals nicht bedeutet, *»daß die ... Jungdemokraten das Ergebnis des Russell-Tribunals vorweg akzeptieren«* und sich die Judos nicht *»an die Vorbereitungsgruppen ... irgendwie gebunden fühlen«*.

Die Reaktionen auf diese Erklärung ließen nicht lange auf sich warten. Die Junge Union erklärte, die Judos hätten sich selbst aus dem Kreis der *»verantwortlichen politischen Jugendorganisationen des Landes ausgeschlossen«*. Die CDU forderte sofortige Konsequenzen von Seiten der FDP. Der FDP-Vorstand distanzierte sich prompt, insbesondere von der Passage, in der StrauSS und Springer als *»Schlächter der Demokratie«* bezeichnet werden. Ebenso verurteilte er die Begrüßung des Tribunals, da hierzu kein Grund bestände. In einer vom FDP-Vorstand angesetzten Pressekonferenz bedauerte der Judo-Vorstand zwar die Charakterisierung von StrauSS und Springer, stellte sich aber nach wie vor hinter die Grundaussagen der Erklärung, was ihnen mit Sicherheit einen Platz in der »Sympathisanten-Dokumentation« der CDU einbringen wird.

Zur Arbeit der AG „Repression gegen Schwule"

Die auf der Göttinger Arbeitskonferenz zur Unterstützung des Russell-Tribunals am 25./26.6.77 gebildete Arbeitsgemeinschaft „Repression gegen Schwule " hat ihre erste Broschüre fertiggestellt. Sie wird Ende Oktober erhältlich sein. Diese Broschüre, an deren Erstellung Vertreter von Schwulengruppen aus Essen, Westberlin, Bielefeld, Heidelberg, Hamburg, Oberhausen, Würzburg, Göttingen und Frankfurt mitgearbeitet haben, soll einen ersten Überblick über Repressionen gegen Schwule vermitteln.Dazu werden u.a. Fälle von Pressehetze, Kündigungen wegen Homosexualität, Berufsverboten, Polizeirazzien, Gerichts- und Behördenentscheidungen dargestellt und kommentiert. Gleichzeitig wird darauf eingegangen, wie die „alltägliche Repression" gegen Schwule in einer ausschließlich heterosexuell orientierten Umwelt funktioniert und von Schwulen empfunden wird.

Die AG „Repression gegen Schwule" trifft sich regelmäßig alle vier bis sechs Wochen und hat anläßlich einer Arbeitskonferenz in Hessen Ende August eine Presseerklärung veröffentlicht, in der sie zu ihrem Selbstverständnis mitteilt: *„Um der Tendenz entgegenzuwirken, daß sich auch Schwule aufgrund des eskalierenden Repressionsklimas in einen privaten - angeblich unantastbaren - Freiraum zurückziehen und damit jegliche Repression machtlos über sich ergehen lassen, hat ein grosser Teil der westdeutschen Schwulengruppen gemeinsam beschlossen, das Russell-Tribunal aktiv zu unterstützen – und zwar nicht nur jede Schwulengruppe einzeln, sondern gemeinsam und koordiniert".*

Als eine wichtige Aufgabe sieht es die AG an„ *genaue Information darüber zu haben, wie wir Schwulen in dieser Gesellschaft 'zur Sau' gemacht werden.*" Daher wurde ein Archiv eingerichtet, in dem alle verfügbaren Fälle von Repression gegen Schwule erfaßt werden. Dies Material soll allen Schwulengruppen zugänglich gemacht werden.

Zu ihrer Arbeit in der Anti-Repressionbewegung teilt die AG mit: *„Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen der Unterdrükkung, die uns als Schwule widerfährt, weil unsere Existenz die Zwangsheterosexualität in Frage stellt, z.B. Ehe und Männerherrschaft, und unserer Unterdrückung, die uns als abhängig Arbeitende, als Menschen in der BRD mit ihrer ständig wachsenden Repression trifft. Wir unterstützen den Kampf gegen Repression auf allen Gebieten, wobei es für uns wichtig ist, die Auseinandersetzung und Bekämpfung der Schwulenunterdrückung mit allen von der Repression betroffenen Menschen und Gruppen zu suchen.(Denn die, die meinen, das Schwulenproblem beträfe nur eine Minderheit, zeigen damit, daß sie die Einschränkung der Sexualität auf die Zwangs-Hetero-Norm verinnerlicht haben)."*

Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die Arbeit der AG auch nach der Durchführung des Russell-Tribunals weitergehen soll: *„Die AG ‚Repression gegen Schwule' ist für uns aber nicht nur eine Vorbereitungsgruppe zum Russell-Tribunal, sondern auch ein Anfang zu einer wirksameren Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Schwulengruppen, und wird auch nach der Durchführung des Russell-Tribunals weiterarbeiten. Deshalb fordern wir alle, die uns unterstützen wollen, auf: Schreibt uns, wenn ihr etwas von Repressalien gegen Schwule wißt! Schreibt uns von Benachteiligungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Berufsverboten, Hetze gegen Schwule in der Presse, Razzien in der Subkultur – wie Lokale, Parks, Klappen usw., von Gehirnschnippeleien an Schwulen durch Chirurgen, antischwuler Propaganda von Wissenschaftlern (Medizinern, Juristen, Soziologen usw.), antischwulen Äußerungen von Politikern aller Parteien, Benachteiligungen bei der Wohnungssuche, Verhalten von sog. ‚Beratungsstellen', Verbot von Informationsveranstaltungen, Info-Tischen und Straßenaktionen, Übergriffen von Rokkern und anderen Personen (z.B. Bullen) auf Schwule in Klappen, Parks usw., Repressive Maßnahmen und Entscheidungen von Behörden, usw., usw., Schickt eine Notiz, einen Bericht oder dergleichen an die Homosexuelle Aktion Hamburg oder die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB), sinnvollerweise mit Belegstücken, z.B. Kopien eines Schriftwechsels, Fotos, Zeugenaussagen usw.*

Wir unterstützen damit nicht zuletzt auch diejenigen Schwulen, die in Schwierigkeiten stecken, die isoliert sind und z.B. am Anfang ihres schwulen coming out stehen. Macht euer Schwulensein öffentlich!".

Kontaktadressen:
HAH c/o W.Klinker
Poolstr.11
2000 Hamburg 36

IHB c/o Asta Universität
Postfach 8640
4800 Bielfeld 1

Wir rufen dazu auf, die Arbeit der AG „Repression gegen Schwule" zu unterstützen.

AG Sexualität KB/ Gruppe Hamburg

DFG/VK kontra Russell-Tribunal

In der DKP-orientierten »Deutschen Volkszeitung« vom 6. Oktober hat sich nun auch der Bundesvorstand der »Deutschen Friedensgesellschaft« (DFG/VK) zum geplanten Russell-Tribunal über die Repression in der, Bundesrepublik geäußert. In einer Art von »Offenem Brief« an die Londoner Bertrand Russeell Peace Foundation fordert der Bundesvorstand der DFG/VK dringend, daß auf dem Tribunal ausschließlich das Thema Berufsverbote behandelt werden dürfe: »*Daß es sich bei den Berufsverboten um ein besonderes und erstrangiges bundesdeutsches Problem handelt, ist offensichtlich. Inwieweit dies auch bei anderen Problemen der Fall ist, etwa bei Problemen von Frauengruppen, des sogenannten Werkschutzes, der Pressezensur usw., die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden, ist fraglich*«. Auf jeden Fall ist der Bundesvorstand der DFG/VK der Meinung, daß eine Behandlung des Themas Gewerkschaftsausschlüsse vor dem Russell-Tribunal »*völlig unangebracht*« wäre, da es sich, man ahnt es schon, um ein »*Problem innergewerkschaftlicher Demokratie*« handele. Auf gar keinen Fall dürfen nach Meinung des Bundesvorstands der DFG/VK die verschiedenen »Anti-Terror«-Gesetze, insbesondere das sogenannte Kontaktsperre-Gesetz, Gegenstand des Russell-Tribunals sein, denn »*es könnte nach unserer Meinung schädlich sein, wenn auf dem bevorstehenden Tribunal gleichbedeutend Probleme der Behandlung von Terroristen in der Bundesrepublik neben Problemen der Berufsverbote behandelt würden*«. Es sei »*von erstrangiger Bedeutung, daß alles unterlassen wird, was auch nur den Anschein* (!) *erwecken könnte, als gäbe es Gemeinsamkeiten zwischen den Opfern der Berufsverbote, die als Verfassungsfeinde oder als Radikale diffamiert werden, und den Terroristen, die gerade zum jetzigen Augenblick durch Mord und gewaltsame Entführung in Erscheinung treten*«.

Der Bundesvorstand der DFG/VK will mit dieser Stellungnahme Druck auf die Russell Peace Foundation ausüben, entgegen ihren bisherigen Ankündigungen wesentliche Aspekte der Repression in der BRD einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Zum Glück liegt die Entscheidung darüber aber nicht bei solchen selbsternannten Anwälten der »Berufsverboteopfer«, sondern bei der unabhängigen Jury. Es geht nicht an, daß einzelne Aspekte der Repression in der BRD einfach ignoriert werden, weil sie heute »nur« »Terroristen« treffen.

Startschuß für Unterstützungsarbeit in Schweden?

Nachdem der schwedische Informationsdienst schon vor längerer Zeit den Aufruf zum geplanten Russell-Tribunal über die BRD veröffentlichte, erfolgte erst jetzt die erste Reaktion auf die Aufforderung, das Tribunal zu unterstützen. »Dackekurieren«, Zeitung der »Smalands nation« in Lund (eine der schwedischen Studentenorganisationen) berichtete in ihrer letzten Ausgabe über das geplante Tribunal und veröffentlichte den Aufruf der Initiative für ein Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD. Der Artikel hebt hervor, daß eine »westliche Demokratie« zum ersten Mal Anlaß für einen Prozeß gegen Menschenrechtsverletzungen gibt.

Bemerkenswert sei das Schweigen der schwedischen bürgerlichen Presse dazu, weil die bisherigen Russell-Tribunale eine große Bedeutung für die Weltmeinung gehabt haben, und das erste Tribunal zu Vietnam, das in Schweden abgehalten wurde, eine große Rolle für die schwedische Meinung gegen die US-Kriegsverbrechen spielte. So schreibt »Dackekurieren«: »*Vor dem Hintergrund der schiefen Berichterstattung über die BRD paßt das alles zu gut in das Bild bürgerlicher Berichterstattung in Schweden*". Hier zeigt sich wohl das Wirken der Sozialistischen Internationale und ihres gegenwärtigen Präsidenten.

Es wird eingeschätzt, daß die schwedische Presse auf die Dauer des Tribunal nicht verschweigen kann, weil es insgesamt zu bekannt sei. Stattdessen wird damit gerechnet, daß die Presse, ähnlich wie in der BRD, mit Hetze und Lügen auf die Durchführung des Tribunals antworten wird. Einen kleinen Vorgeschmack über die zu erwartende Berichterstattung gab die Zeitung »Dagens Nyheter« vom 22.8., wo das Tribunal anläßlich der Verhaftung des Rechtsanwaltes Newerla in die Nähe der westdeutschen »Terroristen« gerückt wurde. Auch aus diesem Grund wird aufgefordert, ein Unterstützungskomitee in Schweden nach dem Vorbild anderer Länder zu bilden.

Hinzuzufügen ist, daß nicht nur die bürgerliche Presse Schwedens sich bisher zum geplanten Tribunal ausschwieg, sondern auch die Linke mit keinem Wort das Russell-Tribunal erwähnte. Dies erscheint uns umso bedauerlicher, da ein großer Teil der schwedischen Zeitungen über die Repression in der BRD berichtet und die Gefährlichkeit der Großmachtpolitik des westdeutschen Imperialismus gegenüber anderen Ländern hervorhebt.

Es bleibt zu hoffen, daß anläßlich der Aufforderung der Zeitung »Dackekurieren« ein Unterstützungskomitee zu bilden, auch die schwedischen linken Organisationen ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben.

Skandinavien-Kommission

DKP schließt GIM aus Berufsverbotekomitees aus

Wie in der »was tun« (Nr. 178, 6.10.) nachzulesen ist, haben die von der DKP maßgeblich bestimmten Komitees gegen Berufsverbote in Esslingen und Freiburg die dort mitarbeitenden Mitglieder der GIM ausgeschlossen, aufgrund deren »*in der Vergangenheit festzustellenden parteipolitischen Instrumentalisierungsversuche*«.

Da tut die DKP der GIM sicherlich unrecht, zumal dieser Vorwurf aus dem Munde der DKP natürlich ein dem Munde der DKP natürlich ein Witz ist, da jedermann weiß, nach wessen parteipolitischer Pfeife diese Komitees tanzen. Die DKP machte auch gar nicht erst den Versuch, diese Vorwürfe zu belegen, sondern verließ sich auf das von ihnen herbeigeführte Stimmenverhältnis — sie hatten zu den entscheidenden Sitzungen noch einige »Reserven« mobilisiert.

Die GIM hat vor gut einem Jahr die Linie eingeschlagen, ihre Mitarbeit in den von der DKP maßgeblich bestimmten Initiativen »Weg mit den Berufsverboten« anzudienen. Begründet wurde dies seinerzeit damit, daß in diesen Initiativen d i e Berufsverbotegegner organisiert seien, die es zu gewinnen gelte. Aber weit davon entfernt, dies als einen taktischen Schritt zu begreifen, mit den Anhängern der Initiativen in die Diskussion über die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Berufsverbote o h n e Unvereinbarkeitsbeschlüsse zwischen den Berufsverbote-Gegnern zu kommen, deklarierte die GIM alsbald die Initiativen als das »Herzstück« des Kampfes gegen die Berufsverbote. Noch ein Stück weiter ging die GIM, als sie in der »was tun« (Nr. 177) den Kongreß der Initiativen (am 11./12.10. in Oldenburg) als leuchtendes Beispiel für die Russell-Initiativen ausgab. Und dies, obwohl natürlich auch die GIM weiß, daß die maßgeblichen Kräfte dieser Initiativen bisher alles getan haben, um das Russell-Tribunal gar nicht erst zustande kommen zu lassen.

Weit davon entfernt, Schadenfreude über diesen Ausschluß zu empfinden, muß doch festgestellt werden, daß die GIM damit eine bittere Erfahrung die GIM damit eine bittere Erfahrung in der Bündnispolitik mit der DKP gemacht hat, die sie sich hätte ersparen können. Denn lehrmeisterhaft wirft sie dem KB vor, unser Vorgehen bestehe darin„*der DKP als Pflichtübung Vorschläge zur Zusammenarbeit zu machen*« (»was tun«, 178), während die GIM das Bündnis in der Praxis herstelle. Alle Erfahrungen zeigen, und dies ist durch den jetzigen Ausschluß nur bestätigt worden, daß die DKP g r u n d s ä t z l i c h nicht bereit ist, gleichberechtigt mit anderen linken Kräften zusammenzuarbeiten. Die gleichen Erfahrungen zeigen, daß die DKP zu einer zeitweiligen Zusammenarbeit nur dann bereit wäre, wenn sie praktisch isoliert ist, was innerhalb der Initiativen beileibe nicht der Fall ist.

Die GIM kündigt jedoch unverdrossen an, »*weiter in den BIs* (*zu*) *arbeiten*«.

Nun ja — das Motto »wenn du auf die linke Backe geschlagen wirst, halte die rechte hin«, ist bekanntlich nicht neu, wenn auch nicht gerade marxistische Politik. Was aber die Linke interessieren würde: Welchen Preis gedenkt die GIM für ihre »Weiterarbeit« in den Initiativen zu zahlen?...

„Internierungsgesetz" bleibt nicht unwidersprochen

Das am 30.9. im Blitzverfahren durchgepeitschte „Internierungsgesetz" („das schnellst verabschiedetste Gesetz, das es je gab") zieht Kreise. Inzwischen werden von offizieller Seite 90 Gefangene genannt, die von der totalen Isolation betroffen sind. Sie dürfen keinerlei Besuche empfangen, sind durch Radio-, Fernseh- und Zeitungsentzug von allen Informationen abgeschnitten und ihnen ist jeglicher rechtlicher Schutz genommen, da sie weder mündlichen noch schriftlichen Kontakt mit ihrem Anwalt haben dürfen.

In AK 114 haben wir 72 Namen von betroffenen Gefangenen genannt. Mit Sicherheit hinzugekommen sind inzwischen Volker Speitel und Rosemarie Pries, Uwe Folkerts und J. Thiemme (wir werden nach dem Abschluß unserer Nachfragen bei den Rechtsanwälten im nächsten AK die vollständige Liste veröffentlichen).

Die Prozesse gegen den Frankfurter Gefangenenrat (der am 3.10. beginnen sollte) und gegen Rolf Pohle, der ebenfalls dieser Tage stattfinden sollte, wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Nur der Prozeß gegen Eberhard Dreher in Westberlin (wegen Unterstützung der Bewegung 2. Juni) findet statt – die „Kontaktsperre" gegen Eberhard wurde unmittelbar vor Prozeßbeginn aufgehoben.

Daß die „Internierung" auf ausnahmslos alle politischen Gefangenen ausgedehnt wird, zeigen die Fälle Horst Mahler und Peter Paul Zahl.

Horst Mahler hatte seinerzeit den Austausch gegen Peter Lorenz verweigert, weil er sich von der „RAF" losgesagt hatte. Jetzt ist er genauso von der „Kontaktsperre" betroffen.



Rechtsvergewaltigung

... wobei der westdeutsche Bundeskanzler Justizia in einem kleinen Kämmerchen einschließt und sodann unter lauter Zustimmung der Öffentlichkeit überwältigt ... (aus der niederländischen, sozialdemokratischen (!) Tageszeitung „De Volkskrant", 1.10.77)

Nach Aussage des Westberliner Anwalts Schily wurde er zusätzlich in eine Absonderungszelle verfrachtet.

Peter Paul Zahls Totalisolation wurde mit seiner Straftat begründet (er hatte auf der Flucht Schüsse abgegeben und dabei einen Polizisten verletzt): die Tat „*kann (!) den dringenden Verdacht rechtfertigen, Zahl habe die Tat im Zusammenhang ... mit einer Tat nach § 129 a („kriminelle Vereinigung") begangen ... Diese nicht näher überprüfbare Annahme (!) hat dazu geführt, daß der Bundesminister für Justiz*" eine „Kontaktsperre" angeordnet hat. Und: „*Diese Entscheidung ist unanfechtbar*" (laut Pressemitteilung des Verteidigers, vom 6.10.77). Soweit wir wissen, ist inzwischen die Totalisolation gegen Peter Paul Zahl aufgehoben worden.

‚Wann kommt ein weiteres Blitzgesetz, das Foltern legalisiert?'

Anders als beim Maulkorbparagraphen 88 a rief das „Internierungsgesetz" auch in der westdeutschen demokratischen Öffentlichkeit breite Kritik hervor. Die Ablehnung des Gesetzes durch die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Coppik, Lattmann, Thüsing und Walthemate in dem aufgeheizten „Anti-Terroristen"-Klima zeugte schon von beachtlicher Zivilcourage, denn sie gerieten damit nicht nur in das Trommelfeuer der bürgerlichen Presse, sondern waren auch innerhalb der SPD den heftigsten Angriffen ausgesetzt. Coppik hatte davor gewarnt, daß „*nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden*" („die tat", 7.10.77).

Böll und sogar Grass haben auf die Bedrohung der linken Sozialdemokratie und der Linken allgemein durch derartige Gesetze und Stimmungsmache hingewiesen und zu „mehr Mut" aufgefordert:„*Uns langts! Allmählich langt es uns ganz dicke hier! ... Ja ich sehe nur eine Chance, daß die öffentliche Meinung ihre Schüchternheit, ihre Ängstlichkeit, ihre Einschüchterung aufgibt*" (in einem Gespräch mit der FR, 1.10.).

Sind diese Kritiken noch relativ lau, so sprechen die Stellungnahmen

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

einiger linksunabhängiger Wissenschaftler und Journalisten eine sehr deutliche Sprache. Rechtsanwalt Holtfort, Vorstandsmitglied der Humanistischen Union und führendes Mitglied mehrerer Juristenorganisationen und anderer Initiativen, wie z.B. der Initiative gegen den Todesschußparagraphen, schrieb einen Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau", in dem es u.a. hieß: *„Daß die Entscheidung im Konfliktfall zwischen Freiheit und Sicherheit im Zweifel für die Freiheit fallen müsse, erweist sich damit als bloße beifallsträchtige Parteitagsparole. Als der Zweifel ernsthaft auftrat, hat man sich zugunsten der Effektivität der Verbrechensbekämpfung entschieden. Wie, wenn man einen Schleyer-Entführer fängt? Foltern mag ihn zum Reden bringen. Der mit dem Besuchsverbotgesetz eingeschlagene Weg müßte folgerichtig zu einem weiteren Blitzgesetz führen, welches das Foltern eines Terrorismusverdächtigen unter richterlicher Aufsicht erlaubt, sofern konkrete Tatsachen dieAnnahme erlaubt, sofern konkrete Tatsachen die Annahme nahelegen, der Gefolterte könnte Geheimnisse der terroristischen Vereinigung (z.B. Geiselverwahrort, nächstgeplanter Anschlag) preisgeben"* (FR, 5.10.77).

Prof. Ossip Flechtheim sagte ebenfalls in einem Leserbrief an die FR ein 300-tägiges Ermächtigungsgesetz und die Möglichkeit der Etablierung einer Diktatur nach südamerikanischem Muster in der BRD voraus (FR, 6.10.). Diese heftige Kritik aus dem bürgerlich-liberalen Lager zeigt, daß das Vertrauen dieser Kräfte in den „demokratischen Rechtstaat BRD" und das „Modell Deutschland" doch einen erheblichen Bruch erlitten hat.

Proteste kamen ebenfalls von der Humanistischen Union und aus den verschiedensten Juristenkreisen. Die Humanistische Union warnte eindringlich vor dem Sondergesetz und bemerkte richtig, daß das jahrelange (gesetzwidrige) Belauschen von Verteidigergesprächen und Telefonabhörungen nicht den Schatten eines Beweises erbracht hatte. Wenn es so weitergehe, so die HU, *„ist das Ende der freien Advokatur nicht mehr weit"* (FR, 28.9.77).

15 Rechtsanwälte aus Bochum hatten bereits am 28.9. in einer Presseerklärung ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck gebracht. Kurz vor der Unterzeichnung des Gesetzes durch Bundespräsident Scheel richteten Anwälte und Rechtsreferendare aus Hamburg, Darmstadt und Duisburg einen Appell an Scheel, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Die dänische Vereinigung „Demokratische Rechtsanwälte", schloß sich dem Appell an.

Auf einer Pressekonferenz von Westberliner Anwälten attackierten diese das Gesetz heftigst. Otto Schily führte aus, daß sich die Bundesregierung damit von der UN-Menschenrechtskonvention löse, da jetzt in der BRD *„Verteidigerrechte nach dem Belieben der Exekutive suspendiert bleiben"* können. Als „beschämend" bezeichnete die Vereinigung demokratischer Juristen in Mainz die Haltung der Mehrheit des Bundestages (FR, 6.10.). Und selbst die konservative Rechtsanwaltskammer hielt ihre Bedenken aufrecht und meinte, das Gesetz werde möglicherweise einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standhalten (FR, 5.10.).

Wenn diese Kritik auch schwach anmutet, betrachtet man vergleichsweise dazu Stellungnahmen aus dem westeuropäischen Ausland, so zeigen sie doch, daß sich auch in diesem Land Widerspruch gegen allzu deutliche Einschränkungen grundlegender Rechte in der BRD zeigt. Angesichts der zügellosen Hetze von CDU/CSU und Co., die immer deutlicher ihre faschistoiden Züge zeigt, angesichts der immer unverholeneren Drohung, das von StrauSS angekündigte *„Aufräumen bis zum Ende des Jahrhunderts"* (Sonthofener Rede) mit der Linken und allen kritischen Kräften endlich in die Tat umzusetzen, wachsen die Möglichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit zumindest an den „Überreaktionen" offen Kritik zu üben, ohne sofort zum Schweigen gebracht werden zu können.

Diese Situation kann von der Linken genutzt werden, um die beängstigende Beschleunigung der Gangart im Abbau demokratischer Rechte zum Gegenstand einer breiten Kampagne zu machen.

IKAH Hamburg

(Das IKAH bereitet zu dem Internierungsgesetz eine Dokumentation vor, die in der letzten Oktoberwoche erscheinen wird. Zu beziehen bei IKAH 40 Theis, Methfesselstr. 41, 2 Hmbg. 19)

Wie geht's uns denn?

Arzneimittelversuche in Bremer Krankenhäusern

In den städtischen Bremer Krankenhäusern sind an mindestens 230 Patienten in letzter Zeit ohne deren Wissen (!) Arzneimittelversuche durchgeführt worden. Die beteiligten Klinikärzte wurden dafür von ihren Auftraggebern, den Pharmagroßkonzernen, mit „Prämien" von mindestens 24.000 Mark und einigen netten Geschenken aus den großen Aktenkoffern der Pharmavertreter bedacht!

Diese skandalösen Zustände enthüllte in jüngster Zeit die „Bremer Krankenhaus-Initiative" (BKI) in einer Broschüre „Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern, oder einer Broschüre „Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern, oder die Pharmaindustrie, wie sie forscht und wirbt"

Wie das vor sich geht, beschreibt die BKI so: *„Beinahe täglich treffen wir jene elegant gekleideten, aufmerksamen und beredten Damen und Herren mit den großen Aktentaschen, aus denen sie neben einer Flut von Ärztemustern nebst einstimmiger, sensationeller Therapieerfolgsmeldungen auch so manche kleine Zuwendung für Ärzte und Schwestern hervorzaubern: Hier ein edler Kugelschreiber, da ein repräsentativer Kerzenständer mit Kerze, dort ein Taschenrechner oder gelegentlich auch einmal eine Einladung zum Abendessen im Crest-Hotel (ein Bremer Nobel-Hotel, Anm. Red.); alles dies natürlich kostenlos als kleine Gedächtnisstütze für den Arzt konzipiert, damit er sich öfters einmal an dies oder jenes Präparat erinnern möge. Mitunter fallen die Mitbringsel auch etwas reichlicher aus, z.B. in Form eines Farbfernsehers, dann nämlich, wenn es darum geht, die Mitarbeit eines Stationsarztes bei einer sogenannten wissenschaftlichen Feldstudie zu gewinnen"* („Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern", S. 2). Für diese kleinen Geschenke, die bekanntlich die Freundschaft erhalten sollen, gab die Pharmaindustrie in der Bundesrepublik schon 1973 über 1.500.000.000 DM aus - doppelt soviel, wie für den Posten 'Forschung' (nach „Neunmal teurer als Gold", S. 124)!

Um Licht in das Dunkel der Arzneimittelversuche zu bringen, hatte die „Bremer Krankenhaus-Initiative" aufgrund der Reaktionen auf ein erstes Flugblatt einen Erhebungsbogen erstellt, *„der an Leute verteilt wurde, die von den Testungen wußten, bzw. daran beteiligt waren."* Daraufhin konnte in 20 Fällen nachgewiesen werden, daß Pharmavertreter an Ärzte herangetreten waren, um ihnen einen vorprojektierten Versuch gegen ein Honorar anzubieten. Die Versuchsergebnisse, also die ausgefüllten Testbögen, gingen direkt an die Pharmaindustrie zurück, die sie auswerten kann, wie sie will. In 16 Fällen wurden Patienten, an denen Medikamente ausprobiert wurden - entgegen allen Bestimmungen des Zivilrechts - überhaupt nicht über ihre Teilnahme an einem 'Versuch' informiert!

„In 12 Testserien mußten sich die Patienten zusätzlichen Untersuchungen unterziehen, bei 9 dieser Serien war ihnen diese Tatsache nicht bekannt. ... Bei einer Testreihe wurden die Patienten nach stationärem Aufenthalt zu Nachuntersuchungen teilweise ambulant wiedereinbestellt (Trental 400). 2 mal wurde der Krankenhausaufenthalt bis zu ca. 2 Wochen verlängert (Clanobutin)!

Und durch die Testung von neuen Infusionslösungen lagen die Patienten 2-4 Tage länger als üblich auf der Wachstation. ...

Auf einer chirurgischen Station sahen sich die Schwestern im Rahmen einer Doppelblindstudie (bei der weder der Patient noch der Arzt weiß, ob ein wirksames Medika- *der weder der Patient noch der Arzt weiß, ob ein wirksames Medika-* *ment verabreicht wurde, Anm. Red.) an Frischoperierten gezwungen, Schmerzmittel heimlich zusätzlich zu spritzen. Das bedeutet, daß die Patienten in diesem Versuch unter mangelnder Schmerzstillung zu leiden hatten..."* („Arzneimittelversuche.."S.7). Da solche kriminellen Methoden nicht an die große Glocke gehängt werden, wußten meist nur *„die betreffenden Oberärzte und Chefs Bescheid, bzw. leiteten die Versuche selbst"* (S. 6).

Und die Pharmaindustrie ließ sich nicht lumpen. Für einen Versuch erhielt ein testender Arzt zwischen 35 und 500 Mark pro Patient. *„Sicher ist, daß im Rahmen der Testung an mindestens 230 Patienten etwa 24.000 DM an 9 testende Ärzte gezahlt wurden"* (S. 8). Den größten Anteil daran dürften die Oberärzte gehabt haben.

Ein weiterer Hammer ist, was untersucht wurde. Nur wenige Präparate waren wirklich neu (zum Glück für die Patienten?). Aber selbst diese Medikamente wurden noch *unter Bedingungen getestet, die keinen echten Vergleich mit bewährten Medikamenten ermöglichen"* (S. 10). Die meisten anderen Präparate sind z.T. schon seit langem auf dem Markt, ihre Wirkung wie im Fall des „Leberschutzpräparats" Legalon sehr umstritten.

D.h. die ganze Aktion ist eine unter dem Deckmantel der „wissenschaftlichen Forschung" groß angelegte Reklameaktion. Durch Erweiterung des Anwendungskatalogs oder durch Einführen eines „Kombinationspräparats" soll der Absatzmarkt bekannter Medikamente noch vergrößert werden. Das sind die kriminellen Werbemethoden der Pharmakonzerne!

Neben den Patienten waren die Krankenhaus- und Versicherungsträger die Angeschmierten: Trotz Inanspruchnahme von Geräten, Materialien, Arbeitskräften usw. sahen die Krankenhäuser nichts, ebenso die Versicherungen, die für längere Krankenhausaufenthalte zahlen mußten! „Kostendämpfung" einmal kleingeschrieben...

Um diese skandalösen Zustände nach der Veröffentlichung ihrer Broschüre einem breiteren Kreis der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bereitete die BKI zusammen mit dem Bund gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV (BGÄ) eine Veranstaltung vor, zu der auch die Autoren des Buches „Neunmal teurer als Gold", V.Friedrich und A.Hehn, geladen waren. Doch nach einigem Hinhalten bewilligte der Kreisvorstand der ÖTV nur eine Mitgliederversammlung, zu der keineswegs öffentlich geworben werden dürfe. Das ganze sollte in einem Raum stattfinden, der gerade 60 Leute faßt und vor allem: Die Arzneimittelversuche standen gar nicht auf der Tagesordnung!!

Daraufhin beschloß die BKI und mit ihr einige BGÄ-Mtiglieder, die Veranstaltung ohne den Segen der ÖTV-Führer durchzuführen.

Zu der Veranstaltung wurden Flugblätter verteilt und Broschüren verkauft. Die BKI kam in einem aus- blätter verteilt und Broschüren verkauft. Die BKI kam in einem aus- führlichen Interview mit Radio Bremen zu Wort. Aber auch die bürgerliche Presse griff diesen Skandal auf. „Kranke als Versuchsobjekte?" hieß es z.B. im Bremer „Weser-Kurier" vom 13.10.77. So kamen über 400 von den Arzneimittelversuchen schockierte Menschen - ein voller Mobilisierungserfolg der Veranstalter!

V.Friedrich, einer der Autoren von „Neunmal teurer als Gold", hielt ein einleitendes Referat über Pharmaversuche. Er hob hervor, daß die gleichen Unternehmen, die im „Dritten Reich" an KZ-Häftlingen Menschenversuche durchführten, z.B. indem sie künstlich mit Krankheitserregern infiziert wurden, um dann an ihnen Gegenmittel zu testen; daß diese Unternehmen heute wieder in der Liste der Arzneimitteltester zu finden sind. Zwar hätten die jetzt durchgeführten Versuche - und nicht nur in Bremen - nicht die gleiche brutale Qualität wie im Faschismus, aber die Willkür, mit der die Pharmakonzerne gegenüber den Menschen verfahren, ist genauso vorhanden wie damals.

Er hatte auch Beweise dafür, daß nicht nur einzelne Wissenschaftler im Hitler-Faschismus die Versuche zu verantworten hätten, die sind vielmehr auf großen Tagungen vorgestellt worden und jeder Teilnehmer wußte natürlich über die „Versuchsanordnung" Bescheid. Auf der Veranstaltung entwickelte sich dann im Anschluß an die Vorstellung der Dokumentation eine lebhafte Diskussion, in der von verschiedenen Seiten die Ergebnisse der Dokumentation noch bestätigt wurden; so von einer Patientin, die Opfer eines solchen Versuchs gewesen ist, von Krankenschwestern und einem Arzt, der früher selbst auch getestet hatte und für alle deutlich erklärte, daß Pharmaversuche zur alltäglichen Praxis in den Kliniken gehören!

Einige elegante Herren waren nur zum Rumpöbeln gekommen: Im Grunde ginge es der BKI nicht um Mißstände an den Krankenhäusern. Ihr ginge es um ganz etwas anderes, man wisse ja, aus welcher Ecke solche Sachen kämen?! Die BKI solle doch mal Namen nennen. Das allerdings kann und will die BKI nicht. Sie vertritt den Standpunkt, daß dann einige kleinere Sündenböcke herausgegriffen werden, um die ganze große Schweinerei zu vertuschen. Es ist ihr daran gelegen, das Prinzip, das hinter diesen Versuchen steckt, klar

Fortsetzung nächste Seite

Wie im Mittelalter: CDU zwingt Pastoren zum „Widerruf"



„Die Terroristen unterstützen durch ihre Wahnsinnstaten die Politik der CDU/CSU, das heißt, sie sind Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU." Dieser Satz aus einem Privatschreiben des Pastors Lescow von der Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt (bei Hamburg) löste eine hektische Kampagne der CDU aus. Als sich daraufhin die Pastoren Wanschneider (bekannt u.a. in der Anti-AKW-Bewegung Brokdorf) und Frahm von der Schalom-Gemeinde mit Lecow solidarisierten, reagierte die CDU noch gereizter:

„Sie sind als Seelsorger untragbar, vergiften das Klima – sie sollten ihren Hut nehmen!" erklärte der örtliche CDU-Chef Dallmeyer (laut „Bild" vom 11.10.). Damit noch nicht genug ließ die CDU in einer Auflage von 25.000 ein Flugblatt als Hauswurfsendung verbreiten, in dem es u.a. hieß: Lescow *„ist einer der ‚Schreibtischtäter' und in dieser seiner Funktion als Verharmloser der Terrorszene längst über die Grenzen Norderstedts hinaus bekannt. Erst kürzlich stellte ihn eine große deutsche Illustrierte in einem Artikel über die Sympathiesanten der Terroristen in eine Reihe mit Herbert Marcuse, Helmut Gollwitzer und anderen". „ ... Die Pastoren der Schalom-Gemeinde haben nicht zum erstenmal ihre linksradikale Einstellung deutlich gemacht ... Und schließlich ist das Schalom-Gemeindehaus allen Norderstedtern als ein Ort linksradikaler Umtriebe wohlbekannt. Von Staek bis Walllraff, vom halbkriminellen (!!) RBJ bis zur linksgesteuerten Anti-Atom-Initiative – sie alle trafen und treffen sich dort. Und Herr Lescow gibt seinen ‚Segen' dazu".*

Deutlich wird an dieser zügellosen Hetze, daß es der CDU keineswegs nur um das angeprangerte Sätzchen zu tun ist, sondern daß die Gelegenheit zum Vorwand genommen wird, um die seit Jahren bekannte progressive Arbeit in der Schalom-Gemeinde anzugreifen, und die Pastoren zumindest teilweise einzuschüchtern. Die Reaktion der Kirche auf diese Hetze der CDU: **„Wir werden auf einen Widerruf dringen"** (ein Sprecher der Nordelbischen Kirche laut „Bild" vom 11.1o.). Das Ergebnis konnte postwendend gemeldet werden: *„ ‚Roter Pastor' hat sich entschuldigt"* („Bild", 13.10.); *„Pastor besinnt sich"* („Hamburger Morgenpost", SPD-nah, 14.10.). Wieweit Pastor Lescow nun tatsächlich „abgeschworen" hat, ist zweifelhaft: Laut „Bild" (13.10.) hat er zwar erklärt, er habe sich „im Ton vergriffen", steht aber trotzdem zum I n h a l t seiner Äußerungen.

Darauf, daß man sich nicht bange machen lassen will, spricht auch die Tatsache, daß umgehend zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion eingeladen wurde. Der dazu eingeladene CDUler Würzbach lehnte ab: Solange Schleyer nicht frei sei, habe er „für so etwas" keine Zeit. 300 Teilnehmer der Veranstaltung kamen allerdings auch ohne die CDU ganz gut zurecht und erklärten mit großer Mehrheit ihre Solidarität mit den angegriffenen Pastoren und dem progessiven Konzept der Schalom-Gemeinde.

(Nach einem Bericht des KB/Gruppe Norderstedt)

Fortsetzung von Seite 11
zu machen und einen aktiven Widerstand gegen diese Praktiken zu entwickeln.

Bezeichnenderweise haute der verantwortliche Senator in dieselbe Kerbe. Der „völlig überraschte" Senatsdirektor Dr.Euler - selbst' Internist! - *„Wir werden die Autoren auffordern, die Beweise auf den Tisch zu legen. ... Anschließend (!) werde man die Vorwürfe überprüfen und gegebenenfalls (!) Konsequenzen ziehen"* („Weser Kurier", 13.10.77).

Einen Tag später wurde schon der große Knüppel geschwungen: Gesundheitssenator Brückner forderte über seinen Hausjustitiar Nuschke die BKI auf, *„binnen Wochenfrist ihre Vorwürfe zu erhärten ..."*. Unheimlich übel heißt es dann im „Weserkurier" weiter: *„Wie ein Sprecher der senatorischen Behörde erklärte, habe man sich die Dokumentation ‚hintenrum' besorgen können* (die Doku wurde natürlich überall öffentlich verkauft, Anm. Red.) *und dabei festgestellt, daß hierin nicht einmal gesagt werde, welcher Arzt und welche städtische Klinik unzulässige Arzneimittelversuche unternommen hätten. Das sei ‚in jeder Hinsicht merkwürdig'* (dabei sind die Kollegen rechtlich an die Schweigepflicht gebunden! – Anm. Red.). *Falls die Initiative nicht das ihr angeblich(?!)vorliegende Material auf den Tisch lege, sei der Senator für Gesundheit aus Gründen der Fürsorgepflicht gegenüber den anonym verdächtigten Krankenhausärzten* (und dem Image der Pharma-Industrie, Anm. Red.) *zu einer STRAFANZEIGE wegen Verleumdung und Diffamierung gezwungen(!) . Fragwürdig sei auch, so hieß es, daß die ominöse Dokumentation offenbar als Druckschrift verkauft werden soll"* (Weser Kurier", 14.10.77).

Kann sich die Pharmaindustrie noch einen besseren Verfechter ihres Rufes wünschen? Statt unmittelbar nach Bekanntwerden der Arzneimittelversuche eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, soll die Initiative mundtot gemacht werden.

Dabei konnte nicht einmal der Herr Senatsdirektor Euler eine Kenntnis seiner Behörde von den Arzneimittelversuchen ausschließen!

Euler erklärte: *„Arzneimittelversuche gehörten zu den ‚normalen Aufgaben des Krankenhausarztes im Hauptamt'. Falls wirklich Gelder von der Industrie kassiert worden seien, bedürfe dies allerdings der Rechtfertigung. Zumindest hätte ein Teil dieser Einnahmen an die Staatskasse abgeführt werden müssen. Ob dies geschehen ist, kann der Senator zur Zeit noch nicht sagen"* (WK, 13.10. 77). Dabei hatte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz ein Schreiben mit Datum vom 25.4.77 an alle Kliniken, „Betr.: Genehmigung von Nebentätigkeiten" geschickt auf Grund dessen die Ärzte hätten ihre „Nebentätigkeit" detailliert angeben müssen. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Ärzte haben das nicht getan, oder aber der Gesundheitssenator hat von allem gewußt und ist somit selbst in den Skandal verstrickt! Ist das etwa auch der Grund dafür, daß noch keine Untersuchung eingeleitet wurde?
senator hat von allem gewußt und ist somit selbst in den Skandal verstrickt! Ist das etwa auch der Grund dafür, daß noch keine Untersuchung eingeleitet wurde?

Die BKI hat in ihrer Dokumentation auf die Schwierigkeiten , genaue Informationen zu beschaffen, hingewiesen. Da sind die Ärzte, die abkassieren wollen, Betroffene, die nicht informiert sind, was mit ihnen gemacht wird. Wir meinen, daß deshalb die beste Möglichkeit, sich mit der angegriffenen BKI zu solidarisieren, darin besteht, überall die Praxis von Arzneimittelversuchen breit aufzudecken. Für sachdienliche Hinweise sind wir immer dankbar.

Die Broschüre der BKI ist zur Zeit schon vergriffen. Sie wird aber neu aufgelegt und ist dann für 1,50 Mark erhältlich unter:

Bremer Krankenhaus-Initiative
c/o Kulturplatz, Dammweg 15
2800 Bremen.

Gesundheitsgruppe
KB/Gruppe Bremen



Lukrativer „Gottesacker"

Nach den Reinigungsarbeiten ist nun die Grabpflege als Objekt für eine Privatisierung vom Hamburger Senat anvisiert worden. Ein „unabhängiger" Unternehmensberater, das Borchard-Institut aus Oeynhausen, hat ein Gutachten über eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Friedhofsamtes Ohlsdorf in Hamburg, welche vom Senat in Auftrag gegeben worden war, vorgelegt.

Das Erbebnis dieser Untersuchung: Auf dem Hamburger Friedhof im Stadtteil Ohlsdorf *„würde die Stadt Hamburg jährlich rund 7,5 Millionen Mark einsparen"* („Hamburger Abendblatt", 29.9.77), wenn folgende Rationalsierungen und Änderungen der Gebühren vorgenommen werden würden:

Neue Gräber sollen nicht mehr vom Staat gepflegt und bepflanzt werden. Es würden nur noch für die Pflege des Parkgeländes und für Beisetzungen Gärtner benötigt werden. In Spitzenzeiten (Laub- und Schneeräumen) sollen Aushilfskräfte wie bisher eingesetz werden.

Dadurch würden statt 270 nur noch 200 ständige Friedhofsgärtner benötigt werden(nach „HA", ebenda).

Weiterhin schlagen die Gutachter vor,

– die „Ruhezeiten" auf 20 Jahre zu verkürzen(dadurch würden die Grabstellen fünf Jahre früher „frei" als bisher);
– für Reihengräber, die derzeit noch kostenlos sind, in Zukunft jähr-
kostenlos sind, in Zukunft jähr-
liche Überlassungsgebühren einzuführen.
– die wirklichen Sozialfälle von ca. fünf Prozent sollen ... von der Sozialbehörde getragen werden (Mehreinnahmen: 670.000 DM pro Jahr);
– die Gebührenordnung ‚übersichtlicher und straffer' zu gliedern;
– die Zonenzuschläge abzuschaffen. (gegenwärtig sind Ohlsdorfer Gräber in ‚Parklage' wesentlich teurer als Grabstellen in ‚normaler' Lage). Verlust pro Jahr: zwei Millionen Mark – der in anderen Bereichen aufgefangen werden müßte(„HA", ebenda).

Bisher hat die Friedhofsgärtnerei *„einen Überschuß von 400.000 DM im Jahr erwirtschaftet. Dafür macht sie bei der Bepflanzung schon heute einen Verlust von jährlich knapp 130.000 DM "* („HA",ebenda). Summa summarum kommen also immerhin noch 270.000 DM Überschuß jährlich heraus, sofern die Angaben tatsächlich stimmen.

Im großen und ganzen wird es sich um recht ordentliche Gewinne handeln, die die privaten Friedhofsgärtnereien einstreichen werden, wenn ihnen nun auch noch die Aufträge für das letzte Fünftel Grabfläche, welches dem Staat noch auf dem Ohlsdorfer Friedhof geblieben war, zufallen sollten.

Das Gutachten *„wird allerdings vom Senat noch unter Verschluß gehalten. Zunächst soll geprüft werden, ob es ‚wegen der Bedeutung seiner Empfehlungen und der sich daraus ergebenen Konsequenzen' der Bürgerschaft vorgelegt werden muß"* („HA", ebenda). Zu deutsch: Die Sache soll erst nach der Bürger-
Sache soll erst nach der Bürger-
schaftswahl perfekt gemacht werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Eine von vielen Sauereien, wie mit alten, kranken Menschen umgegangen wird

Hamburg: Im Frühjahr dieses Jahres überprüfte die Aufsichtskommission für psychiatrische Anstalten die alterspsychiatrischen Abteilungen des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll. Dort liegen überwiegend schwerbehinderte alte Menschen, die einer ganz besonderen Pflege bedürfen (füttern, Wäsche wechseln, waschen etc.).

Danach berichtete die Kommission: Die Verhältnisse in dieser Abteilung *„sind ärztlich und pflegerisch kaum noch zu verantworten. Es geschieht täglich, daß kaum Zeit zur Verfügung steht, einen behinderten alten Mann bei den Mahlzeiten zu füttern, geschweige denn, eine ordnungsgemäße Körperpflege durchzuführen. Von Mobilisierung verbliebener Aktivitäten kann überhaupt keine Rede sein. Es ist als skandalös zu bezeichnen, wenn alte Menschen von der Nachtschwester um 2.30Uhr (!) geweckt werden müssen, um gewaschen zu werden. Nachmittags gegen 17Uhr (!) wird der alte Mensch in der Regel wieder ins Bett gesteckt, weil sich niemand mehr um ihn kümmern kann"* („Hamburger Abendblatt" vom 8./9. 10.77).(Überdies wurde bekannt, daß
10.77).(Überdies wurde bekannt, daß
auch in Hamburger staatlichen Pflegeheimen die alten Leute ab 2Uhr morgens gewaschen werden!)

Daß die Verhältnisse in Ochsenzoll himmelschreiend sind, stellt auch der Brief einer AK-Lsererin über eine geschlossene Station (33c) dar.

Auf dieser Station befinden sich vorwiegend Tabletten- und Alkoholabhängige Frauen. *„Ca. 20 Frauen waren in je einem Schlafsaal untergebracht. Ein Aufenthaltsraum, in dem gegessen und die wenigen Beschäftigungsangebote wahrgenommen wurden, stand zur Verfügung. Die Beschäftigungstherapie des Krankenhauses war total überfüllt. Insofern gab es nur die Therapie, die aus der Einnahme von Psychopharmaka bestand. Hierbei mußten die Patientinnen Schlange stehen – eine Schwester verteilte die Medikamente und überprüfte bei jedem einzelnen die Medikamenteneinnahme. Die Patientinnen mußten den Mund aufmachen, die Zunge hinausstrecken, um so der Schwester zu demonstrieren, daß sie wirklich die Medizin genommen hatten. War dies einmal nicht der Fall, wurden sie von der Schwester beschimpft. Hatte sich eine Patientin einmal*
Hatte sich eine Patientin einmal
nicht ordentlich gewaschen, gekämmt oder etwas mehr gegessen (als erlaubt), so wurde sie von den Schwestern sofort diszipliniert. Die meisten Patientinnen paßten sich an, machten alles, was die Schwestern bzw. Ärzte sagten, weil sie sonst Angst hatten, nicht entlassen zu werden."

Die Verhältnisse in Ochsenzoll sind – und das ist für Hamburger Verhältnisse nicht neu – von der CDU aufgegriffen worden. *„Die CDU fordert umfassende Auskunft"* („HA", 8./9. 10.) erläuterte ein CDU Bürgerschaftsabgeordneter. Doch allein die Tatsache, daß diese Untersuchung bereits Anfang des Jahres erfolgte, ein Untersuchungsbericht seit dem 1.Juni vorliegt, zeigt, daß die CDU die Lebenslage der Alten nur benutzt, um Wahlkampfmunition abzuschießen.

Im Grunde sind sich die bürgerlichen Parteien einig : Die Alten kosten nur Geld, die Pflege ist teuer und „sparen" tut not. Alltag in Alters- und psychiatrischen Heimen!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Repression in der SPD

Erding

Mit einer Stimme Mehrheit hat der Ortsverein Erding beschlossen, ein Parteiordnungsverfahren gegen den Ortsvorsitzenden von Forstern, Klaus Ströhle, einzuleiten. Beantragt wird ein zweijähriges Funktionsverbot und Ruhen aller Mitgliedsrechte Vorausgegangen waren monatelange Auseinandersetzungen zwischen Ströhle einerseits und dem SPD-Rechten und Mitglied des Gemeinderates, Pahl. Ströhle hatte beim letztjährigen Bürgermeisterwahlkampf zum Kampf gegen „Millionäre, Großbauern und Grundbesitzer" aufgerufen. Und das ging nun wirklich zu weit. Pahl distanzierte sich öffentlich – die Sozialdemokratie macht's möglich.

Ströhl's Ortsverein allerdings stellte sich hinter seinen Vorsitzenden. Darauf hin trat Pahl aus der SPD aus und versuchte andere Ortsvereine für seine Rache zu gewinnen; das ist ihm jetzt geglückt („SZ", 27.9.77).

Ostwestfalen-Lippe

Gegen den Juso-Bezirksvorsitzenden von Ostwestfalen-Lippe hat der SPD-Bundesvorstand auf Antrag des ostwestfälischen Bezirksvorsitzenden Junker ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet und das Ruhen aller Ämter beantragt. Die Schiedskommission hat inzwischen die eingeleiteten Sofortmaßnahmen wieder aufgehoben und die Mitglieder des Bezirksvorstandes forderten den SPD-Bundesvorstand auf, das PO-Verfahren wieder zurückzunehmen.

Inzwischen hatte nämlich die Juso-Bezirkskonferenz Lienker mit 97 Stimmen ohne Gegenstimme bei sechs Enthaltungen als Vorsitzenden wiedergewählt. Der antragstellende Bezirksvorsitzende Junker wurde nur mit acht Stimmen Mehrheit als Bezirksvorsitzender wiedergewählt („SK", Nr. 18).

Datteln

Wie „demokratisch" es in der SPD zugeht, wird an diesem haarsträubenden Beispiel deutlich: Unter Berufung auf die Grundsätze für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbot der Stadt-Verbandsvorstand der SPD Datteln den dortigen Jusos den Druck und die Verteilung einer ausführlichen Begründung ihres Antrags für den Stadtparteitag, in dem Stellung gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes und eines Kohlekraftwerkes bei Datteln genommen wurde. Zutreffend kritisierte ein Juso-Sprecher diese Praxis so: *„Die hier exekutierte Ausweitung der Grundsätze bedeutet, daß künftig nur noch solche Anträge der SPD-Arbeitsgemeinschaften zugelassen werden, die den Parteivorständen inhaltlich passen"* („FR", 1.10.77).

SPD-Kommission

Benneter-Ausschluß durchgezogen

Am 16.9.77 hat die Bundesschiedskommission den Ausschluß Klaus-Uwe Benneters endgültig bestätigt. Die Bundesschiedskommission hatte über die Berufung Benneters gegen den Beschluß der Landesschiedskommission der Westberliner SPD zu entscheiden, die bereits im Juli den Ausschlußantrag des Bundesvorstandes bestätigt hatte.

Die Berufung vor der Bundesschiedskommission war nur noch reine Formsache, der Ausschluß nach der Kampagne der SPD-Führung schon lange perfekt. Zum Ausschluß ihres ehemaligen Vorsitzenden gab die stellvertretende Vorsitzende, Traute Müller (ebenfalls „Stamokap-Fraktion") im Namen des Juso-Bundesvorstandes folgende Stellungnahme ab (Auszug):

„Mit dem Ausschluß von Klaus-Uwe Benneter und dem gesamten Parteiordnungsverfahren ist der Partei schwerer Schaden zugefügt worden. Gerade die kritisch engagierten Jugendlichen, die mit Interesse bereit sind, in der SPD mitzuarbeiten, werden sich von dem Verhalten der Parteiführung abgestoßen fühlen. Die SPD wird die kritische Jugend nicht mehr erreichen können, wenn sie keinen Platz dafür läßt, abweichende Meinungen innerparteilich und öffentlich zu äußern. Mit dem Eingreifen in die Strukturen der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten hat die Parteiführung auch weitere Resignation in den aktiven Teilen ihrer Mitgliedschaft zu verantworten. Die Jungsozialisten, von denen sehr viele Anfang der 70er Jahre mit großen Hoffnungen und Erwartungen in die SPD eingetreten und seitdem ihre aktivsten Teile darstellen, sind von innerparteilichen Disziplinierungsmaßnahmen entmutigt worden. Disziplinierung war nach Sicht der Parteiführung notwendig, weil gerade die Jungsozialisten sich nicht damit abfanden, daß immer mehr nicht die Beschlüsse der Partei, sondern Koalitionskompromisse zum Maßstab politischen Handelns gemacht wurden" („Extra-Dienst ', 16.9.).

Im weiteren wird festgestellt, daß trotz aller Disziplinierungen die Jusos ihre Kritik an der SPD-Politik nicht einstellen werden und fordern (wie auch nicht anders zu erwarten) *„den eingeschlagenen Weg der Veränderung der Politik der SPD fortzusetzen"*. Wohl bekomm's!

SPD-Kommission

Vorsitzende der ASF Baden-Württembergs verläßt die SPD

Ein halbes Jahr nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden der badenwürttembergischen Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) ist die 36jährige Bettina Rohn von ihrem Amt zurückgetreten und hat gleichzeitig ihr Parteibuch abgegeben. Weiterhin haben noch zwei Vorstandsmitglieder ihre Ämter niedergelegt. In einem Abschiedsbrief wirft B. Rohn der SPD vor, sie richte sich immer eindeutiger darauf ein, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu stützen. Darin sei aber *„für uns Frauen keine endgültige Befreiung möglich"*

Selbst mit größter Energie könne frau (man) sich in dem *„voll zubetonierten patriarchalisch-hierarchisch aufgebauten Staats-Partei-Apparat"* nicht durchsetzen.

B. Rohn will sich der politischen Frauenarbeit außerhalb der SPD und der Anti-AKW-Bewegung anschließen. Bravo!

Einige der SPD-Oberen haben denn auch gleich die richtigen „Erklärungen" parat. Kommentar des SPD-Pressesprechers A. Bregenzer ganz im Stile der „zubetonierten" SPD: Die ehemalige ASF-Vorsitzende sei eine *„im Grunde unpolitische Frau, die sich in die Politik verirrt hat"*.

Anders sieht das Landesgeschäftsführer R. Antretter, der Bettina nachsagt, sie habe *„eine ultralinke Familienpolitik"* vertreten, die in der SPD nicht durchsetzbar sei (Angaben aus „Süddeutsche Zeitung", 12.10. 77).

Also „völlig unpolitisch" oder „linksradikal" – so einfach wird mit Kritikern der SPD-Politik umgegangen! Namentlich mit Kritikerinnen (s.o.)!

Eine Metallgenossin

Menschenfeindliche Untersuchungsmethode: Radioaktive Verseuchung durch Szintigrafie

„Die Kontrollgeräte schlugen aus, die Ein- und Ausgänge wurden automatisch verriegelt. Alarm im Kernkraftwerk (Neckarwestheim). Der Anlaß: Ein Mitarbeiter war zuvor geröntgt worden." Dies ist der erste Absatz eines Artikels in der Zeitung „Impuls" („Die Zeitung für Sicherheit im Betrieb", 6.12.76, herausgegeben von den Berufsgenossenschaften Feinmechanik, Elektrotechnik und der chemischen Industrie).

In diesem Artikel wird beschrieben, daß ein Schlosser, der am Turbogenerator des AKW Neckarwestheim arbeitete, beim Arzt eine sog. Szintigrafie hatte durchführen lassen. Bei dieser Untersuchung wird dem Patienten eine radioaktive Substanz eingespritzt (Technetikum 99m z.B.), die sich im Körper verteilt und durch Ansammlung an bestimmten Stellen (je nach Substanz in verschiedenen Geweben wie Gehirn, Knochen usw.) die Möglichkeit gibt, durch eine Art Fotografie dieser Ansammlungen Tumore zu diagnostizieren.

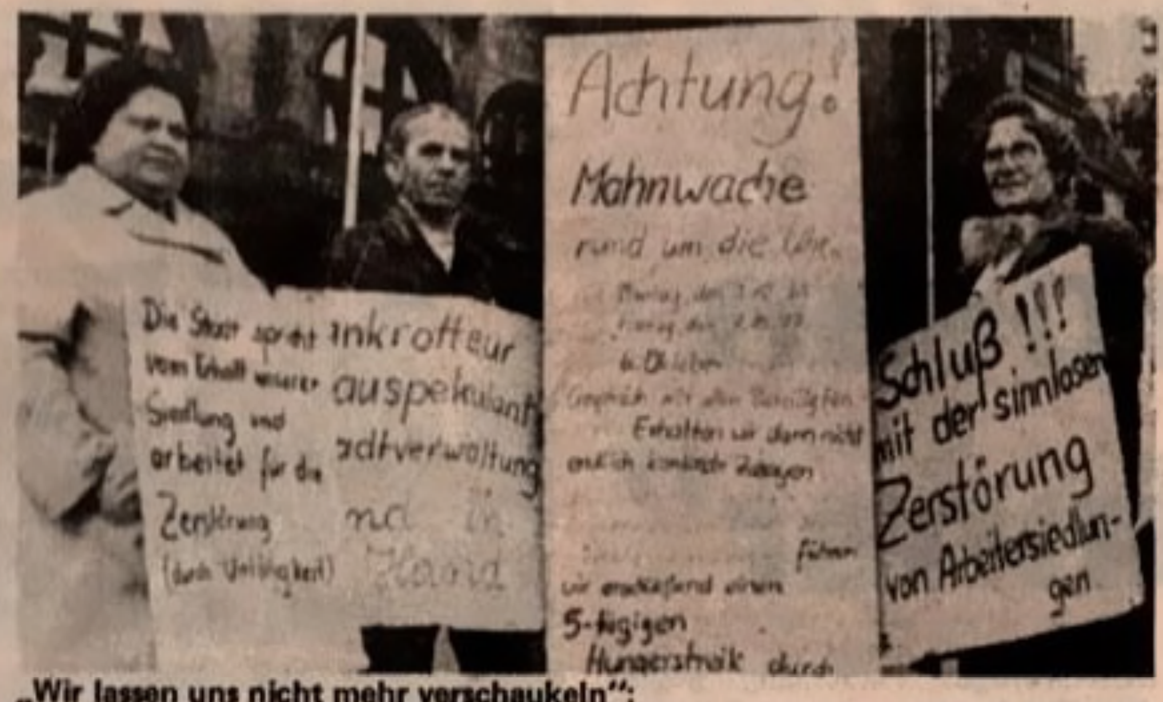
Wie stark ein Patient auf diese Weise radioaktiv verseucht wird, wird durch den oben zitierten Artikel - sicher unbeabsichtigt – deutlich: „Bereits bei einem Abstand von 10 (!) Metern vollführten die Zeiger auf den Monitoren wilde Tänze, genauere Messungen zeigten Oberflächenstrahlung an Kopf und Rumpf."

Daß dies ein weiteres Beispiel für die rücksichtslose Anwendung unerforschter und unbeherrschbarer Technologien gegen den Menschen ist, belegt übrigens auch der Arzt Hackethal in seinem zweiten Buch. Er empfiehlt, diese Untersuchungsmethode nicht Szintigrafie zu nennen, da man sich unter diesem Namen nichts vorstellen könne. Man solle stattdessen „Atomsprühfeuerbestrahlung" sagen, was die Verseuchung annähernd anschaulich macht. Außerdem führt er aus, daß die behauptete Aussagekraft über die Existenz von
Aussagekraft über die Existenz von
Tumoren sehr mit Vorsicht zu geniessen sei. So würden z.B. ganz einfache blaue Flecken oder auch innere entzündliche Prozesse bei einer Szintigrafie ganz ähnlich wie tatsächliche Tumore aussehen, so daß auch nach einer „Atomsprühfeuerbestrahlung" keine sichere Diagnose zu stellen sei! Wieder einmal ein Fall, bei dem die Abwägung zwischen (diagnostischem) Nutzen und Schaden für den Patienten, zugunsten der Technologie, zugunsten der Hersteller entsprechender Geräte, zugunsten entsprechend hoher Honorare für Ärzte, usw. ausfällt.

Diese Überlegungen macht sich allerdings nach dem Vorfall im AKW Neckarwestheim offenbar keiner. Zumindest die „Zeitung für Sicherheit im Betrieb" – „Impuls" nicht. Im Gegenteil. „Impuls" kriegt sogar die Kurve, die ganze Angelegenheit als Beweis dafür zu werten, „wie rigoros im Umgang mit der Kernenergie die Sicherheitsvorschriften sind." (!!) Wie das? Na, schließlich hat ja „das empfindsame Alarmsystem", das „unerbittlich die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften überwacht", Alarm geschlagen!

Perverse Welt – jetzt müssen schon die AKW's vor radioaktiv verseuchten Menschen geschützt werden!

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



„Wir lassen uns nicht mehr verschaukeln":
Homberger Bürger während ihrer Mahnwache vor dem Duisburger Rathaus



Die Hunger-Streikenden BI-Mitglieder vor dem Duisburger Rathaus

Hungerstreik vor Duisburger Rathaus
BI Rheinpreußen kämpft um den Erhalt ihrer Arbeitersiedlung

Vom 7.10. bis zum 12.10. traten insgesamt 14 Frauen und Männer vor dem Rathaus in Duisburg-Stadtmitte in den Hungerstreik, nachdem sie am 6.10. ein weiteres Mal vom Duisburger Stadtrat (SPD-Mehrheit) verarscht wurden. Zu dem an diesem Tage angesetzten „klärenden Gespräch" erschien die SPD-Fraktion erst gar nicht, die CDU bewies (zweifellos aus taktischen Gründen) „Bürgernähe", indem sie sich herabließ, zu erscheinen – ohne allerdings auch nur eine klare Antwort auf die Fragen der Bürgerinitiative zu geben.

„Nur FDP-Vertreter Udo Laakmann ließ sich ein klares ,Ja' zum Erhalt der Siedlung entlocken" (WAZ, 8.10.).

Zur Geschichte des Kampfes um den Erhalt der Rheinpreußen-Siedlung

Nachdem vor einigen Jahren der „Baulöwe" Kun pleite ging, übernahm als Gläubiger ein Bankenkonsortium – im wesentlichen die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF) – die seinerzeit von Kun aufgekaufte und z.T. schon mit riesigen Beton-Wohnsilos bebaute Rheinpreußen-Siedlung. In dem Stil, wie Kun ihn schon vorexerzierte, will die BHF nun fortfahren und die gesamte Siedlung abreißen, um dann die freiwerdende Fläche wesentlich enger mit Hochhäusern etc. zu bebauen – kurz, um wesentlich mehr Profit aus dem Boden und den Leuten , die dort wohnen zu quetschen (die sollen hinterher wieder dort einziehen).

Deshalb kämpfen die noch übriggebliebenen 500 Mietparteien der Rheinpreußen-Siedlung als Bürgerinitiative nunmehr seit 2 1/2 Jahren für den Erhalt ihrer Wohnungen, die mit Mieten um 100 DM weit unter dem Durchschnitt der üblichen „Sozialmieten für Neubauwohnungen liegen.

Um den Abriß der Zechenhäuser zu verhindern, fordern die Bewohner, daß die Stadt Duisburg die gesamte Siedlung der BHF abkauft und den Erhalt garantiert.

Bisher hat aber der Stadtrat alles darangesetzt, um einzelne Häuser entweder – unter massivem Polizeischutz einzureißen oder nunmehr leerstehende Häuser systematisch zerfallen zu lassen. Unrechtmäßige Kündigungen werden ausgesprochen und Anträge auf Nachmiete abgeblockt.

Nach spektakulären Demonstrationen durch die Duisburger Innenstadt, sowie Mahnwachen vor dem Duisburger Rathaus ist der jetzige 5-tägige Hungerstreik ein neues Beispiel für die Kampfentschlossenheit der Bewohner.

Der Hungerstreik löste auch einige Unruhe in den Lokalredaktionen der bürgerlichen Presse aus – bis hin zu einem Rundfunkinterview mit Duisburgs Oberbürgermeister Krings im „Morgen-Magazin", in dem er ziemlich alt aussah.

Da hier offensichtlich der große „Chaoten-Hammer" nicht einzusetzen ist, wird der „Bürgerdialog" beschworen. Schreiberling Jörg Neikes ist sich nicht zu schade, die Betroffenen Bewohner zu fragen, *„ob es in unserer (?) Gesellschaft nicht angemessenere Wege gibt, um auf sich und seine Probleme aufmerksam zu machen"* (WAZ, 12.10.)– und das angesichts der Tatsache, daß einer der Hungerstreikenden einen Herzanfall bei der Aktion erlitt!

Wessen Gesellschaft das ist, das haben die Rheinpreußner in 2 1/2 Jahren Kampf sehr deutlich zu spüren bekommen, und daß der „Dialog mit den Stadtvätern" o h n e solche Öffentlichkeitsaktionen noch wesentlich mehr als bisher im Sande verlaufen wäre, ist wohl nach Lage der Dinge klar.

Die breitere Öffentlichkeit, die aber derzeit an dieser Frage eben durch den Hungerstreik entstanden ist, ist dem Stadtrat äußerst unangenehm. Es ist deshalb jetzt sehr wichtig, daß möglichst viele Proteste der Stadt ins Haus flattern. Weiterhin muß die BI Rheinpreußen bei ihren Aktionen noch breitere aktive Unterstützung erhalten. Ein erster Schritt dahin sind die Solidaritätserklärung der Duisburger BI gegen Atomanlagen und die zahlreichen Besucher der Streikenden sowie eine kleinere spontane Demo der DBA zum Rathaus.

Gegen Spekulanten und gegen Spekulanten-Begünstiger im Rathaus! Rheinpreußen muß leben!

KB-Sympatisanten Duisburg

(BHF) – die seinerzeit von Kun auf- leerstehende Häuser systematisch zer- fall bei der Aktion erlitt! KB-Sympatisanten Duisburg

Wieder 'ne „Reform" geplant — jetzt ist das Mietrecht dran

Die Kampagne der Hausbesitzer gegen Mieterechte hat ihre Wirkung nicht verfehlt – immer offener sprechen sich in jüngster Zeit regierende Sozialdemokraten (in Partei, Wohnungsbaukonzern und Gewerkschaft) dafür aus, die Vergleichsmietenregelung (eine Mieterhöhung muß mit vergleichbaren, teureren Wohnungen begründet werden) und den Kündigungsschutz „zu überdenken", „neu zu regeln" usw.

Sobald die nächste Bundestagswahl vorbei ist, soll's dann an die „ Reform" des Mietrechts gehen.

Spezialdemokrat Albert Vietor vom gewerkschafteigenen Wohnungsbaukonzern NEUE HEIMAT forderte dabei am offensten: *„Die Mieten müssen steigen!"* Und: *„Ich sage es nicht gerne, aber ich halte eine Veränderung der Mietgesetzgebung für notwendig. Die jetzt geltende Vergleichsmiete bedeutet eine Bremse für Investitionen, "* (gemeint ist: für die Profite; Anm. Red.) (Hamburger Morgenpost, 29.9.).

Auch der IG-Bau, Steine, Erden-Vorsitzende Sperner macht die Mieten verantwortlich für den Rückgang des Wohnungsbaus: *„...zwischen Wohnungsbau und Mieten bestehen wohl immer gewisse Zusammenhänge. Aber das Mietproblem muß insgesamt neu überdacht und dann einer umfassenden Neuregelung zugeführt werden. Das gilt nicht nur für Mieten im privaten, sondern auch im sozialen Wohnungsbau"* (WdA, 29.9.).

Wenn die Regierungen – „sozialliberal" oder christdemokratisch – bisher Mietprobleme „überdacht" oder „neu geregelt" haben, kamen bisher immer Verschlechterungen für die Mieter heraus. So bei dem berüchtigten „Lücke-Plan" der CDU/CSU, der die Wohnraumbewirtschaftung 1963 abschaffte, und so auch bei den Wohnraumkündigungsschutzgesetzen der SPD/FDP.

Auch der Präsident des Deutschen Mieterbundes Nevermann, schwenkt jetzt bereits auf eine Revision des Vergleichsmietenverfahrens ein, um wenigstens den Kündigungsschutz zu „retten". *„Eventuelle Fehler im Verfahren bei den Vergleichsmieten können nur bei der Vergleichsmiete beseitigt werden und nicht beim Kündigungsschutz"* (Nevermann in Mieter-Zeitung, Okt. 77). Das er irgendwann auch noch beim Kündigungsschutz umfällt, ist durchaus möglich.

Abgesehen davon hat sich der Mieterverein bisher nie prinzipiell gegen Mieterhöhungen ausgesprochen, erbat immer nur, daß sie Stück für Stück und nicht zu großen Portionen – den Mietern verabreicht werden.

Wen wunderts da noch, wenn die Bundesregierung bereits eine Mietrechts„reform" anpeilt? Aus wahltaktischen Gründen soll das allerdings nicht mehr in dieser Legislaturperiode geschehen. Doch für 1979 ist ein „Bericht über die Auswirkungen des zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes" angekündigt, der die *„Grundlage für die Prüfung der Anpassungsbedürftigkeit des geltenden Mietrechts"* (FAZ, 20.9.) bilden soll.

Damit ist ein weiterer Abbau der Mieterechte vorprogrammiert.

WOHNUNGSKOMMISSION

Milliardensubventionen für Baukapitalisten

Ein mehrjährig laufendes 16-Mrd-Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP) hatte seit dem Frühjahr im Bereich des Wohnungsbaus zu keiner nennenswerten Steigerung der Bautätigkeit geführt. Den Kapitalisten war der Brocken scheinbar noch nicht groß genug. *„Die anhaltende Diskussion um angeblich bevorstehende Steuer- und Investitionserleichterungen hat nach Angaben des Baugewerbes die Bauherren veranlaßt, ihre Bauaufträge zurückzustellen,"* (Welt, 24.8.)

Dem entsprach prompt die Regierung mit dem ,Entwurf eines Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung'. Damit soll u.a. die „degressive Abschreibung" um das 2,5-fache erhöht werden. Das bedeutet konkret: der Bauherr hat 1 DM pro Quadratmeter Wohnfläche weniger zu bezahlen. *„Eine erbebliche Erleichterung für den privaten Mietwohnungsbau, "* (FR, 9.9.). Für den Mieter wird dadurch die Wohnung um keinen Pfennig billiger!

Zwei weitere Programme waren dem vorhergegangen: *„Mit 728 Millionen Mark will die Bundesregierung den (Neu-) Bau von 30.000 Wohnungen fördern ..."* (MoPo, 6.8.). Und weiter: *„Bund und Länder stellen in diesem Jahr 304 Millionen Mark für (Altbau-) Modernisierungshilfen bereit, der steuersparende Paragrapf 7b sei erweitert, die Grunderwerbssteuer weiter gemildert und die Abschreibungserleichterungen für Modernisierungen verlängert worden."* („Welt", 23.8.).

Diese Geschenke an die Baukapitalisten werden wie üblich ,begründet': *„Etwas für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung der Konjunktur tun "* (Bauminister Ravens nach MoPo, 6.8.). Bezeichnenderweise ist von der Schaffung billigen Wohnraumes überhaupt nicht die Rede. Von ihrem Standpunkt aus sagen die Kapitalisten das so: *„Fraglich ist allerdings, ob im Mietwohnungsbau überhaupt Nachfrage nach diesen Krediten besteht, da trotz der großzügigen Subventionierung die Mieten weit über denen von Altbauten und immer noch erheblich über denen des sozialen Wohnungsbaus liegen"* („HA", 18.8.)

,Ankurbelung der Konjunktur' – dieses Ziel wird keinesfalls erreicht. Es wird immer nur genau das Subventionsgeld verbaut. Die Wohungsbaustatistik gibt darüber Aufschluß.

„Die Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen ... des Monats Juni (ist) wohl vor allem durch die Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus bestimmt, die mit den Investitionszuschüssen nach dem Programm vom Dezember 1974 gefördert worden sind ... In der zweiten Jahreshälfte würden dann die Eigenheime und Eigentumswohnungen bestimmend sein, die nach dem Programm vom August/September 1975 ... gefördert wurden" (HB, 1.9.)!

Genauso platt ist der Schnack von der ,Sicherung von Arbeitsplätzen'. Das Gegenteil ist der Fall. *„Wenn sich die Situation am Bau wieder etwas belebt, dürften zweifellos die beiden anderen Investitionsmotive (neben den Ersatzinvestitionen) –Rationalisierung und Kapazitätserweiterung – an Bedeutung gewinnen"* (Ifo-Institut, nach HB, 4.7.). Und Rationalisierung heißt nun mal Vernichtung von Arbeitsplätzen (geschätzt werden 20. – 25.000 in diesem Jahr). Und weiter: *„Barke (Zentralverband des deutschen Baugewerbes) vermutet, daß es auch in der Bundesrepublik bald Generalunternehmer geben wird, die die Althausmodernisierung gebündelt – also von der Planung bis zur schlüsselfertigen Übergabe– anböten"* (Welt, 23.8.). Also Konzentration auch auf diesem Sektor der Bauindustrie. Und Konzentration schafft wiederum Voraussetzungen zur Rationalisierung...

Wohnungskommission

Widerstand gegen Miet-erhöhungen

Mitten in der Urlaubszeit versuchte die Neue Heimat Heidelberg einem Teil der Mieter der Neubausiedlung Emmertsgrund eine gepfefferte Erhöhung der „Sozialmieten" unterzujubeln. Ab 1.8.77 sollte die Miete um 0,34 DM pro qm erhöht werden(wegen angeblich gestiegener Betriebskosten). Der nächste Schlag sollte zwei Monate drauf erfolgen: Am 1.10.77 0,70 DM pro qm mehr! Urlaubssituation und Unsicherheit der Mieter einkalkulierend, buchte die NH die erhöhte Miete gleich zum 1.8.77 ab, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt zu haben!

Waren viele der Bewohner Opfer der staatlichen Altbausanierungspolitik und den Versprechungen über vergleichsweise günstige Mieten, Aufbau eines guten Versorgungs- und Nahverkehrnetzes aufgesessen, so platzte den Mietern bei der Nichterfüllung nun auch des letzten Versprechens der Kragen und sie schlossen sich in einer Mieterinitiative zusammen.

Wegen der Ungesetzlichkeit einer Mieterhöhung ohne Veröffentlichung einer Wirtschaftlichkeitsrechnung zog ein großer Teil der Mieter die Einzugsermächtigung für die NH zurück und weigerte sich, die Mieterhöhung zu zahlen. Daran änderten auch die Versuche der NH nichts, die Mieter auf einer Mieterversammlung einzulullen und eine NH-hörige „Mietervertretung" zu installieren.

Auch über die Hetze der lokalen Presse setzten sich die Mieter hinweg, als die Mitarbeit einiger DKP-Mitglieder dazu benutzt wurde, das Schreckgespenst der „kommunistischen Unterwanderung" an die Wand zu malen. Jede Mitarbeit in der Initiative und jede Informationsarbeit sei wichtig. Ein weiterer Erfolg: die NH will vorerst die Erhöhung zum 1.10. nicht geltend machen. Sie spekuliert erst einmal auf Subventionen durch den Landesnachtragshaushalt - im Endeffekt sollen die Mieter als Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. (nach „UZ", 3o.9.77).

Wohnungskommission



Springerpresse zu Wallraff:

„Private Neurosen und Hintermänner"

Nachdem der „Stern" in der Ausgabe vom 29.9. den Wallraff-Coup bei „Bild"-Hannover als „Aufmacher" brachte, bliesen die Springer-Blätter zur Gegenoffensive. „Bild" trat den Enthüllungen Wallraffs über sie selbst mit einer groß angelegten Serie über den *„Lügner Wallraff"* entgegen. Sie beschrieb Wallraff als den *„einsamen Held(en) des neudeutschen Kommunismus"*, der sein *„bleiches Fanatikerantlitz mit Höhensonne vermenschlicht"* („Bild", 30.09.).

„In Wahrheit war Wallraff wie ein Faschist .... tätig" und brachte seine Geschichten gleich mit.(„Bild", 1.10) Aber laut „Bild" ist er nicht nur ein Kommunist mit Fanatikerantlitz, sondern darüberhinaus ein eiskalter Geschäftsmann, *„der seine privaten Neurosen zu kommerziellen Happenings vermarktet"*. („Bild", 1.10).

Von *„blindem Hass"* beseelt, hätten Leute wie Wallraff den Terroristen *„die Zielvorgaben geliefert"*. („Bild", 4.10.)
Neben diesen Versuchen, Wallraff als neurotischen Fanatiker zu verkaufen, macht sich „Bild" daran, eine Reihe von Enthüllungen als Lügen zu „entlarven" und „Gegenbeweise" zu erbringen.

Um exemplarisch aufzuzeigen, was von dieser „Bild"-Wahrheit zu halten ist, hier ein konkretes Beispiel: Zu der Behauptung Wallraffs, der Schreibtisch des Bild-Redaktionsleiters sei mit CDU-Aufklebern bestückt, schreibt „Bild" als Antwort auf diese „11.Lüge":„ *Um sie (die Lüge) aufzudecken, braucht man nur einen Blick"* (auf den Schreibtisch).*„Die Wahrheit: kein einziger CDU-Aufkleber"*.(„Bild", 4.10)

Um endgültig allen Spekulationen ein Ende zu bereiten, wer wo lügt, hier der Beweis, der schwerlich zu entkräften sein wird. (siehe Foto)

Autor der „Bild" Serie gegen Wallraff ist „*Will Tremper, ein abgehalfterter Serienschreiber, der in der Regel anonym seine Serien schreibt, zuletzt die Serie von Honka, dem Frauenmörder. Da hatte er allerdings nicht so viele Rechercheure an der Hand gehabt, wie jetzt bei der Arbeit*
Frauenmörder. Da hatte er allerdings nicht so viele Rechercheure an der Hand gehabt, wie jetzt bei der Arbeit
über mich".(Wallraff-Interview in „Große Freiheit", Nr. 6).

Diese Rechercheure, die sicherlich über jeden Anruf dankbar sind, heissen:

- Hans Günter Freitag, Diekmoorweg 8, HH 62, Priv. 520 39 83, Bild 347 34 99.
- Hauke Brost Averhoffstr. 28, 2 HH 76 Priv. 220 64 29
- Mike Bernhart Olewischtwiet 28, 2 HH 71, Priv. 690 06 67
- Renate Damm, Kortenland 4, 2 HH 65, Priv. 604 09 01

(Leiterin der Springer Rechts-Abteilung) (nach GF, Nr. 6)

Wallraff - verlängerter Arm der „Hamburger Kumpanei"

Die „Welt", das „Flaggschiff" des Springer-Konzerns, begibt sich nicht auf die niedere und gefährliche Ebene einer konkreten Auseinandersetzung mit Wallraffs Enthüllungen. Sie enthüllt lieber selbst und zwar, *„wieviele Konzerne und sonstige Helfer hinter dem Untergrundkommunisten stehen"*. Dies ist laut „Welt", ein *„riesiger Medienkonzern..., die „Hamburger Kumpanei'... „Stern", „Spiegel", „Zeit"(!), bis hin zu „Konkret" und den linken Untergrundpostillen: Helfershelfer in Funk und Fernsehen gehören selbstverständlich dazu."* Aber nicht nur von Publikationen im Inland fühlt man sich umzingelt:„ *Auch im Ausland mischen sie mit ... Kurzum, der Kampf gegen das Haus Springer ist eine Sache internationaler Heerscharen."* Wär's doch erst so weit!

In diesem Zusammenhang versucht Enno von Löwenstern allen Ernstes glauben zu machen, daß der ehemalige WDR-Fernsehdirektor W. Höfer der „wohl typische Drahtzieher " in dieser „Kumpanei" ist: *„Er war beteiligt, als Wallraff WDR-Geld für einen Fernsehfilm über seine Einschleicherlebnisse bekam."*

Das Strickmuster der Argumentation, Wallraff und mit ihm gleich alle dem Springer-Konzern nicht genehme Journalisten fertig zu machen, läßt sich kurz zusammenfassen:

Der „Untergrundkommunist" Wallraff wird dargestellt als der Erfüllungsgehilfe eines angeblichen „linken Medienverbundes". Die Glaubwürdigkeit der Zeitungen und Zeitschriften wird in Frage gestellt und ihre Verderbtheit aufgezeigt daran, daß sie zum einen Wallraffs Aktion wohlwollend behandeln und zum anderen *„die Gewalt und den Terrorismus seit Jahren verharmlosen"*. *„Und hier liegt die eigentliche Ursache ihres Hasses auf die „Bild"-Zeitung und das Haus Springer"*, nämlich weil„ *‚Bild' die zweibeinigen Piranhas bekämpft"*, denn *„Ist es ein Zufall, daß die von beiden Blättern („Stern" / „Spiegel") und ihren Kumpanenbetriebene Wallraff-Aktion genau in eine Zeit größter öffentlicher Empörung über das jüngste Verbrechen der Terroristen fällt?"* So hat sich der Kreis geschlossen zwischen den „Terroristen" und G. Wallraff, denen sich die angeblich existierende „Anti-Springer-Allianz" als Plattform zur Verfügung stellt. Als Tüpfelchen auf dem „i" dann noch eine dubiose Story, nach der Wallraff 1971 angeblich mit einem DDR-„Stasi"-Agenten zusammengetroffen sein soll.(nach „Welt", 1.10.).

Wallraff als Agent des Kreml!? *„Und warum sollte ein Untergrundkommunist nicht Helmut Schmidt ausspionieren?"*

Mit einem Wort: wer Springer angreift, ist ein „Terrorist" und ist eine Bedrohung für den gesamten Staat! Dagegen muß man sich zusammenschließen.
„Eine Haupttendenz der Springer-Presse ist die Volksgemeinschaftsideologie, mit der die gesellschaftlichen Widersprüche vernebelt werden.... Immer nimmt sich Springer heraus, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen. Immer schiebt der Großverleger (.....) den kleinen Mann vor. Hinter solcher Heuchelei steckt Menschenverachtung." (Eckart Spoo, in: „Der Aufmacher").
in: „Der Aufmacher").

Einstweilige Verfügung gegen das Buch nur erster Schritt?

Sofort nach Erscheinen des „Stern" Nr.41, in dem erstmals umfangreichere Auszüge aus dem Buch von Wallraff über seine Arbeit veröffentlicht wurden, erließ das Landgericht Hamburg auf Antrag des Springer-Verlages eine einstweilige Verfügung gegen den Buch-Verlag Kiepenheuer und Witsch. Darin wurde dem Verlag die Weiterverbreitung von mehreren im Buch aufgestellten Behauptungen untersagt.

Am Montag darauf stellte Wallraff in einer Pressekonferenz in Bonn das Buch offiziell vor. Eingehend auf die einstweilige Verfügung sagte er, *„dies könne er hinnehmen, weil er die im Buch entstehenden Lücken mit anderem Material ‚fünffach auffüllen' könne."* (Welt, 4.10.) Er habe soviel Material auch von anderen Personen, daß er noch nicht dazu gekommen sei, alles durchzuarbeiten (Kurier am Morgen, NDR, 3.10.).

In derselben Sendung sagte der Springer-Chefredakteur, daß diese Kampfansage des Springer-Verlages gegen den „publizistischen Zwerg" Wallraff allein gar nicht getroffen worden wäre, auf ihn allein hätte man gar nicht reagiert... Man wird abwarten müssen, was der Springer-Konzern seiner „Kampfansage" noch folgen lassen wird, und ob er es auf eine öffentliche Auseinandersetzung z.B. mit dem „Stern" ankommen lassen wird. Die Bild-Serie über Wallraff jedenfalls endete mit der Drohung, man werde sich vor Gericht wiedersehen.

Weitere Wellen schlug inzwischen auch die Auseinandersetzung über den in Holland und Schweden gezeigten, in der BRD jedoch unterdrückten Film „Informationen aus dem Hinterland", der Wallraffs Arbeit bei der „Bild"-Zeitung zeigt.

Verfolgt man die bürgerliche Presse zu dieser Frage, wird immer deut-
se zu dieser Frage, wird immer deut-
licher, daß es sich hier um einen erneuten Akt der Selbstzensur handelt.

Der WDR gab bekannt, daß der für den 10.9. vorgesehene, in letzter Minute jedoch aus dem Programm genommene Film im ARD-Programm nicht zu sehen sein wird, weder im ersten noch im dritten Programm.

Das für den Film gelieferte Material wird als *„nicht ausreichend und nicht aussagekräftig genug "* sowie als *„nicht signifikant (bedeutsam) im Sinne des Programmvorhaben"* bewertet, *„die Arbeitsweise der Boulevardpresse in der Bundesrepublik Deutschland darzustellen"*. (FR, 6.10.)

Diese Entscheidung hätte man beim WDR getrost dem Fernsehzuschauer überlassen können, war doch in Schweden die Resonanz auf diesen angeblich so wenig aussagekräftigen Film so groß, daß er zweimal kurz hintereinander gezeigt worden ist.

Zur Sache kam der WDR aber erst im zweiten Teil der Begründung: Der WDR sei als öffentlich-rechtliche Anstalt *„den Prinzipien der Objektivität, Wahrheit und Fairneß in besonderem Maße verpflichtet. Die Ausgangsbasis der ‚Reportage sei ‚eine Täuschung,*
der ‚Reportage sei ‚eine Täuschung,
die jenseits der Verletzung dieser Grundsätze auch Probleme des Individualrechtsschutzes aufwirft' "(FR 6.10.).
Daß dies im Widerspruch zur Behauptung steht, die Nichtausstrahlung *„stelle keine Bewertung des Autors dar"*, die dessen Arbeitsweise ja wohl mit einschließt, stört die Herren vom WDR in keiner Weise.

Wäre der WDR ehrlich den Prinzipien der „Objektivität, Wahrheit und Fairneß" verpflichtet und nicht nur dann, wenns paßt, hätte es über die Sendung des Films gar keine Debatte geben dürfen. Hier nämlich hätte ein Beitrag zur Aufdeckung der bundesdeutschen Presse-„Wirklichkeit" jedem sichtbar gemacht werden können.

So aber darf der WDR sich nicht wundern, wenn Springers „Welt" genüßlich aus der Begründung zur Unterdrückung des Films zitiert und damit den Spieß umdreht.

Auch durch Weglassen können Politik und Meinung „gemacht" werden!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
KB/Gruppe Hamburg



Droge Bild

„Ich bin nicht so naiv zu glauben, daß sich dieses Blatt demokratisieren ließe. Es ist eine Macht, die größer ist als jede politische Macht. Im Gegenteil, die färbt politisches Verhalten ein. Ich bin andererseits ganz sicher, daß sehr viele Leser der Bildzeitung diesem Blatt kritischer begegnen, es weniger lesen. (...) Das heißt, viele Leser haben diesem Blatt gegenüber ein Verhältnis wie ein Süchtiger zur Droge. Sie wissen, daß es schädlich ist, sie wissen, daß es nicht stimmt, sie wissen, daß sie verarscht werden, aber es ist ein Reflex, es liegt nichts anderes da vor den Werkstoren, man greift wieder dazu und es sickert ein, es infiltriert, es wirkt unterschwellig.

Und ich habe vor, einige große Veranstaltungen vor Betrieben zu machen, wo einige tausend mit diesen Ergebnissen konfrontiert werden, um von daher auch zu einem begründeten Boykott dieses Blattes unter bewußteren Arbeitern mit beizutragen." (Wallraff im „Kölner Volksblatt", 9.9.77).



„Hans Esser" in der Bildredaktion Hannover. Man beachte die CDU-Aufkleber am Schreibtisch des Redaktionsleiters!

Westberlin: Zensur im Sender Franz Barsig!

Wer am 15. September die SFB-Sendung „Echo am Mittag" hörte, hätte sich um ein Haar an demokratische Verhältnisse im Rundfunk erinnert gefühlt: Der Schweizer Soziologieprofessor Ziegler äußerte in einem Interview anläßlich der Schleyer-Entführung Ketzerisches. Unter anderem führte er aus, daß die Bundesrepublik *„keine Moral für sich in Anspruch nehmen"* könne, sie betreibe eine *„durchaus imperialistische Außenpolitik"*, die *„täglich direkt oder indirekt den Tod von Hunderten von Menschen verschuldet"*.

Das mußte natürlich Konsequenzen haben. Im Mittelpunkt der folgenden Rundfunkrats-Sitzung stand die Forderung des Mitgliedes Lummer(CDU-Chef im Abgeordnetenhaus) nach „personellen Konsequenzen" betreffs der zuständigen Redakteurin Juliane Bartel. Dem wollte der Intendant Franz Barsig doch nicht ganz folgen und fand einen gar trefflichen „Kompromiß". Er gab bekannt, daß Gespräche mit Personen, die *„bekanntermaßen extreme Standpunkte zu schwerwiegenden politischen Fragen, so z.B. zum Problem des Terrorismus, haben, ab sofort nicht mehr live geführt werden sollen."* Also statt„ personeller Konsequenzen" für Juliane B. ein totales Ausschalten der Möglichkeit, daß der hausinternen Zensur nochmal was durch die Lappen geht.

Parallel dazu entblödete der CDU-Abgeordnete Biewald sich nicht zu hetzen, es gebe eine *„Schickeria, die es schick (!) findet, sich nicht verfassungskonform zu verhalten, so auch in gewissen Redaktionskreisen des SFB und besonders im Zeitfunk"*.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Westberlin

„...absolute Freiheit der künstlerischen Seite"?

Die größte und teuerste Kunstschau der Welt, die documenta in Kassel ist seit dem 2. Oktober beendet. Fazit der Ausstellung: Man ist nicht klüger aber um einige Millionen ärmer geworden. In konzentrierter Form bewies diese sechste documenta dem kritischen Beobachter des bürgerlichen Kunstbetriebs, was er schon immer vermutet hat: Der Patient ist totkrank, aber alle Kulturbeflissenen lassen ihn kräftig hochleben. Vor allen Dingen die Macher, wie z.B. der Geschäftsführer der documenta GmbH, Dr. Rolf Lucas: *»Ich war immer begeistert von der documenta, weil hier absolute Freiheit der künstlerischen Seite besteht und deshalb bleibe ich auch hier in diesem Geschäft«*. CDU-Mitglied Lucas, der hier so schwärmerisch über künstlerische Freiheit schwadroniert, strafte sich selber Lügen, als er ein Ausstellungsvorhaben des Künstlers Wolf Vostell einfach wegzensierte. Der wollte auf dem Dach eines Kasseler Museums einen Starfighter installieren. Mit der Begründung, das sei zu teuer, kam die Ausstellung des ja nicht unumstrittenen Kampfflugzeuges zu Fall. Nicht zu teuer war dagegen unter anderem der inzwischen berüchtigte »vertikale Erdkilometer« des Amerikaners Walter de Maria — ein 1.000 Meter tiefes Loch in der Erde zum Preis von 700.000 Mark.

Die documenta stand unter dem Motto *»Stellenwert und Standort der Kunst in der Mediengesellschaft«*, und damit unter einem schlechten Stern. Denn darunter läßt sich so etwa alles unterbringen, was man sich denken kann. So beschreibt denn auch Klaus Staeck — bekannt durch politische Plakate — dieses Konzept: *»Unter das mir bekannte Medienkonzept der documenta kann man so ungefähr alles subsumieren, was künstlerisch getan wird. Ein anderes Problem ist, daß ich überzeugt bin, daß die meisten Künstler, die an der documenta 6 teilnehmen, dieses Konzept nicht kennen«*.

So war's denn auch: Die »absolute künstlerische Freiheit« entpuppte sich bei näherem Hinsehen als Narrenfreiheit, das Konzept war Konzeptionslosigkeit. Kultur als Ausdruck des Protestes gegen gesellschaftliche Mißstände oder gegen das kapitalistische System glänzte durch Abwesenheit.

Gelegenheit dazu gab's, sie wurde bewußt nicht genutzt. Nehmen wir die Ausstellungsabteilung Video. Jeder, der in der AKW-Bewegung dabei ist, jeder der in Bürger- oder Stadtteilinitiativen tätig ist, hat die Möglichkeiten der Videoaufzeichnung schätzen gelernt. Neben Fotografien waren Videofilme von Protestdemonstrationen gegen AKWs unser überzeugendstes Beweismittel für die Gewaltstrategie der Polizei. Und nun beschäftigte man sich auf der documenta — die ja einen gesellschaftspolitischen Anspruch hatte — mit Video. Unter anderem so: In einem dunklen mit Blumen vollgestellten Raum stehen ca. 30 Monitore und strahlen ununterbrochen das gleiche Programm aus, eine Mischung aus Effekthascherei und Hollywood. An anderer Stelle stehen mehrere Monitore treppenförmig übereinander. Gesendet wird eine nackt die Treppe herunterlaufende Frau. Sie läuft und läuft und läuft die ganze documenta über immer die Treppe runter. Ähnlich sinnig der tropfende Wasserhahn, den es sowohl »live« als auch auf dem Video-Schirm zu sehen gab. Um das ganze abzurunden, wurde der Wassertropfen mit einem Tambourin aufgefangen, das Tönchen, das dabei entsteht, wurde verstärkt und ebenfalls mit übertragen. Hussa, da jubelt der Kunstkenner. Wulf Herzogenrath, zuständig für die Video-Abteilung hatte schon im Februar 1977 die Hosen runtergelassen: *»Die Bereiche des Kabelfernsehens, der Medienkritik, der gesellschaftlichen Videoarbeit können nicht Thema einer documenta sein und werden nur in wenigen Beispielen angedeutet* (z.B. ein Film über Verbrechensbekämpfung in New York aus der Sicht der Polizei — Anm. AK) *Thema ist Video als ein künstlerisches Medium«*.



Künstlerisch ist nur, was sich mit sich selbst beschäftigt. Das tägliche Fernsehprogramm, wo »Kultur« für Millionen Menschen gezeigt wird, wo die Menschen kulturell verblödet werden, läßt man ungeschoren. Die schlichte Wirklichkeit ist wohl zu unkünstlerisch und »popelig«. Der Besucher der documenta, der täglich von den Massenmedien bearbeitet wird, darf hier wieder nur in die (Bild)-Röhre gucken — wie zuhause. Überhaupt — die Besucher. Die schien man im Trubel ganz vergessen zu haben. Möglichkeiten, mit Künstlern zu reden, gab es so gut wie gar nicht. Und vor eine schriftliche Belehrung des Besuchers hatte die Ausstellungsleitung den Katalogpreis gesetzt — er kostete 75 Mark und war damit schlichtweg für die meisten unerschwinglich.

Zur Eröffnung der documenta war der Bundesminister Matthöfer gekommen und hatte eine Rede gehalten. Ein Auszug: *»Die künstlerische Vielfalt ist Ausdruck von Gestaltungsfreiheit, Phantasie und Experimentierfreudigkeit, die als prägender Bestandteil unserer pluralistischen Gesellschaft nicht begrenzt werden dürfen — weder durch den Versuch, mit absoluten Maßstäben messen und damit auch diskriminieren zu wollen, was Kunst ist, noch durch die Unterwerfung der Kunst unter ökonomische Verwertungsbedingungen...«*

Man muß wohl Minister sein, um für derartigen Schwachsinn Beifall zu bekommen — die eine Hälfte der Rede ist erstunken, die andere erlogen. Wenn man das schon hört — Unabhängigkeit des Künstlers von den ökonomischen Verwertungsbedingungen. Schon die Liste der Firmen, die die documenta unterstützen, liest sich wie ein exclusiver Börsenführer: Commerzbank, Dresdner Bank, Sony... ca. 50 Konzerne, alle mit ansehnlichem Umsatz zeigen sich als Kunstgönner. Und damit sind wir wieder bei der »absoluten künstlerischen Freiheit«, bei »Phantasie und Experimentierfreudigkeit« und all diesen schönen Worten. Die Freiheit des Künstlers ist zu vergleichen mit der eines Kindes, das man in einen Laufstall sperrt mit dem Kommentar »Hier kannst du machen, was du willst!« Wer gegen den Strich zeichnet, malt, bildhauert, Kunst produziert, dem zahlt man eben nichts. Wer aus dem Laufstall ausbricht, kriegt nichts mehr zu essen. Das ist die bürgerliche Freiheit — auch für den Künstler in der bürgerlichen Gesellschaft. Dementsprechend war die documenta 6 ein lammfrommer Jahrmarkt künstlerischer Eitelkeit. Niemandem hat's wehgetan — außer dem Steuerzahler. 4,5 Mio Mark hat die documenta (über den Daumen gepeilt) gekostet. Zum traurigen Abgesang noch ein Zitat von Matthöfer: *»Es gab öfters Phasen, in denen Künstler und Intellektuelle sich unmittelbar zu politischen Streitfragen zu Wort gemeldet haben oder sogar Partei für eine Partei ergriffen haben. Solche starke Annäherung von Kunst und Politik hatten meist keinen dauerhaften Bestand«*. Das war deutlich - »halt dich raus aus der Politik und mal schöne Bilder, bohr Löcher in die Erde, mach sonst was, aber halt's Maul«. Klarer kann man die Funktion bürgerlicher Kultur kaum formulieren — Hofschranzentum.

Mao sieht das anders: *»In der Welt von heute ist jede Kultur, jede Literatur und Kunst einer bestimmten Klasse zugehörig, einer bestimmten politischen Linie verpflichtet. Eine Kunst um der Kunst willen, eine über den Klassen stehende Kunst, eine Kunst, die neben der Politik einherginge oder unabhängig von ihr wäre, gibt es in Wirklichkeit nicht. Die proletarische Literatur und Kunst sind ein Teil der gesamten revolutionären Sache des Proletariats oder, wie Lenin sagte, ,Rädchen und Schräubchen' des Gesamtmechanismus der Revolution«* (Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst).

Die documenta 6 hat ihm recht gegeben!

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg

Achsenbruch

Der amerikanische Künstler George Trakas hat vor und während der documenta 6 mit wahrem Bienenfleiß kilometerlange begehbare Holzstege quer durch die Kasseler Parks genagelt. Nachdem er fertig war, ging's erst richtig los: Mit Dynamit jagte er alles in die Luft. Vielen Besuchern blieb die künstlerische Aussage Trakas verschlossen. Wir veröffentlichen hier ein Interview mit ihm, das vielleicht etwas Licht ins Dunkel bringt (aus: Kunst und Medien, Materialien zur documenta 6): *»Ich arbeite an zwei Achsen. Eine Achse, die eine unorganische Struktur hat, fängt in der Wiese an, entspricht der Achse des Parks, halbiert sozusagen den Winkel zwischen der Hauptachse und der Achse des rechten Kanals. In gewisser Weise richtet sich mein Werk nach der barocken Ordnung, ist jedoch sehr im Konflikt mit der ideologischen Funktion dieser barocken Achse, nämlich dadurch, daß meine Achsen direkt in den Wald führen, während die anderen Achsen dies nicht tun. Sie führen auf eine sehr symetrische Weise daran vorbei. Man hat zwei parallele Achsen. Auf der einen Seite eine scheinbare Verletzung des grundlegenden Konzepts. Ich halte diese Wiese für eine Art Zwischenraum, der den Menschen bzw. das Symbol der menschlichen Macht im Schloß vom Wald trennt, der Natur ist. Die drei Achsen und die Art, wie sie zur Orangerie hinlaufen, führen zur Aussage, daß die Natur sich dem Menschen anpaßt und passiv ist, und für den Menschen Ordnung ist, weil der Mensch sie geordnet hat. Es gibt viele merkwürdige Umkehrungen oder Umstellungen dieses Symbols, denn als die Orangerie zerstört wurde, hatte man noch die gleiche geometrische Ordnung in der Landschaft, doch nun hatte man eine Ruine. Die Natur wirkte und diente weiter, aber jetzt diente sie einer Ruine«.*

Tja, der Mann ist eben auf Achse!

Auftrittsverbot für »Rote Grütze«

Freiburg. Die für den 28. September 77 geplante Aufführung des Stücks »Was heißt hier Liebe?« des Berliner Kindertheaters »Rote Grütze« im ‚Haus der Jugend' wurde einen Tag vorher von dem Freiburger Jugend- und Sozialamt verboten. Begründet wurde das mit »pädagogischen Mängeln« des Stücks — eine offensichtlich vorgeschobene Begründung. Immerhin hatte die »Rote Grütze« mit diesem Stück die ziemlich einhellige Zustimmung auch von bürgerlichen Theaterkritikern und Sozialpädagogen gefunden.

Die CDU-Stadtratsfaktion hetzte dagegen ganz offen: *»Obszönitäten und systemfeindliche Propaganda haben im Haus der Jugend nichts zu suchen.«* Aber nicht nur im Haus der Jugend: Auch sämtliche angepeilten Ersatzräume für die Aufführung wurden schließlich verweigert. Der Vorsitzende des evangelischen Kirchengemeinderats widerrief nach »Informationsgesprächen« mit dem Jugend- und Sozialamt seine vertraglich gegebene Zusage für eine ersatzweise Aufführung im ‚Paulussaal'. Auch der Versuch, das Stück in einem Studentenwohnheim aufzuführen, scheiterte an der Intervention des Kirchenvorstandes.

Auch auf die Universitätsverwaltung wurde »von verschiedenen Seiten« Druck ausgeübt, um die zweite geplante Veranstaltung im Audimax zu verhindern — die aber schließlich doch stattfinden konnte. Dabei paßte etwa die Hälfte der Leute, die gekommen waren, in den Saal und kriegten die wirklich empfehlenswerte Vorstellung mit.

(Zitate nach „Badische Zeitung", 28.9. bis 1.10.)

KB/Sympathisantengruppe Freiburg

»Die Satire ist die Waffe des Volkes«

Im Malersaal des Hamburger Schauspielhauses findet zur Zeit eine höchst vergnügliche Aufführung statt: »Bezahlt wird nicht« von Dario Fo. Der Inhalt: Die Frau eines italienischen Arbeiters beteiligt sich an der »Ausräumung« eines Supermarktes. Wie die anderen Frauen eines von der »Lohnpolitik« besonders betroffenen Stadtteils, hat sie sich die Sachen »angeeignet« oder eine »eigene Preisregelung« getroffen und versucht nun, die geklauten Sachen vor der Polizei und ihrem Ehemann, der als ordnungsliebendes PCI-Mitglied gar keinen Sinn für solche Dinge hat, zu retten. Abwechselnd mit iherer Nachbarin spielt sie schwanger, um die Tüten mit Reis und Oliven zu verstecken, für ihren Mann und die Polizei erfindet sie Frühgeburten und Verpflanzungen von Embryos; und einen Carabinieri erschreckt sie mit einer erfundenen Gruselgeschichte derart, daß der in Ohnmacht fällt und sie ihn in den Schrank hängen kann. Ihr Mann lernt im Laufe des Stückes durch eigenes Erleben, daß die Politik der PCI falsch ist und kauft am Ende selbst auf die neue Art ein. Spaß und Agitation ergänzen sich hervorragend in diesem Stück.

»Bezahlt wird nicht« wurde 1974 in Mailand von Dario Fo und dem »Colletivo teatrale la Comune« geschrieben und uraufgeführt, zwei Monate bevor die Hausfrauen dort wirklich im Supermarkt zur Selbsthilfe griffen. Nach der Premiere gab es in Mailand Prozesse und Einschüchterungsversuche.

Repressionen gegen Dario Fo hat es seit dem Beginn seiner Arbeit für das Theater gegeben. Von 1959 bis 1967 arbeitete er für das bürgerliche Theater und das Fernsehen. Im Fernsehen hatte er eine eigene Show, die »Hitparade«, in der er politische Lieder brachte, die mit Satiren gegen Kapital und Kirche gewürzt waren. Ein Sketch über Bodenspekulanten, der zur gleichen Zeit ausgestrahlt wurde als die Einwohner des betroffenen Stadtteils sich zu wehren begannen, bringt Fo allerdings die fristlose Entlassung. Fo und seine Frau Franca Rame verlassen den bürgerlichen Kulturbetrieb und arbeiten für die PCI. *»Wir wollten nicht mehr die Narren einer bürgerlichen Welt sein, man akzeptiert auch die heftigst vorgetragene Kritik, wenn sie innerhalb der eigenen Institution vorgetragen wird. Im Gegenteil, es ist eine Möglichkeit des Bürgertums, auf ihr demokratisches Selbstverständnis hinzuweisen.«*

Bis 1970 arbeiten Fo und Rame mit der PCI zusammen. Dann aber kommt es nach einer massiv vorgebrachten Kritik an der offiziellen Kulturpolitik der PCI zum Bruch. Fos Kritik: *»Die PCI spricht von Kunst als von etwas über den Klassen stehendem, weil sie die bürgerlichen Strukturen erhalten will und in ihnen kämpfen will.«* Und: *»Die offizielle Linke sucht ihren kulturellen Standpunkt in der Übernahme der Kultur der oberen Klassen. Daher tut sie nichts zu einer eigenen revolutionären Kulturentwicklung.«*

Fo und Rame gründen »La Comune«. Sie arbeiten eng mit der Roten Hilfe und Gruppen der revolutionären Linken zusammen. Es entstehen Stükke zur Pinelli-Affäre (»Zufälliger Tod eines Anarchisten« und »Bumm, bumm! Wer ist da? Die Polizei!«), zum palästinensischen Widerstand und zu Chile. Daneben viele Stücke, die die sozialen Probleme der Mailänder Arbeiter behandeln. Dario Fo macht »Theater zum Wegwerfen«, d.h. Theater, das sich auf aktuelle Situationen bezieht und die politische Meinungsbildung beeinflussen will. *»Wir ziehen es vor, auf ein wichtiges Ereignis sofort zu reagieren, spielen lieber ein unfertiges Stück und vervollkommnen es von Vorstellung zu Vorstellung, als daß wir lange warten.«* Die Diskussion mit dem Publikum spielt dabei eine wichtige Rolle. Das Pinelli-Stück bringt ihm einen politischen Prozeß ein, und bei einer Aufführung des Chile-Stücks wird er von der Bühne herunter verhaftet. Franca Rame wird von Faschisten auf offener Straße zusammengeschlagen. 1974 erkämpft sich »La Comune« eine eigene Spielstätte, das »Palazzina Liberty«, ein kleines Palais, das eigentlich zum Abbruch bestimmt war. Tausende von Mailändern hatten sich vor die Abbruchsraupen der Stadtverwaltung gesetzt und für das Theater protestiert. Dort finden heute nicht nur Theateraufführungen statt, sondern auch Versammlungen derEinwohner des Stadtviertels. Es gibt einen Kindergarten, eine Bibliothek und Versammlungsräume für einen regen kulturellen Austausch.

Fos Stücke sind immer Komödien. Ob Mafia oder Klerus, Kapitalisten oder Staatsbürokratie angegriffen werden, immer werden die politischen Erkenntnisse mit einem Augenzwinkern vermittelt und nicht mit dem Zeigefinger. *»Wahres Volkstheater«*, sagt Fo, *»ist immer heiter, auch wenn es ernste Themen behandelt. Die Satire ist die Waffe des Volkes, sie ist der höchste Ausdruck des Zweifels, die beste Hilfe der Vernunft ... Von allen Theaterformen ist die Komödie die effektivste. Eine Tragödie zielt auf das Gefühlt und auf die Tränen, aber wenn die trocken sind, ist die Wirkung vorbei. Eine Komödie dagegen funktioniert über das Lachen, das Erkennen, also über den Kopf, da kann man mehr Nachhaltigeres bewirken als mit einer abstrakten Läuterung.«*

Was bewegt nun bundesdeutsche Dramaturgen, ausgerechnet Stücke eines Revolutionärs wie Dario Fo am Theater aufführen zu lassen? Sicher liegt das nicht daran, daß jetzt so viele Intendanten und Dramaturgen »Linksextremisten« geworden sind, sondern weil Fos Stücke mit geringem Aufwand und wenig Personen zu machen sind. Fos Stücke brauchen einen anderen Rahmen als den des bürgerlichen Theaters, hier können sie auch bei bester Absicht nicht so wirksam werden, wie in Italien vor einem Arbeiterpublikum. Da es politsiche Theatergruppen wie die Dario Fos bei uns nun aber nicht gibt, ist es sicher immer noch besser, ihn an Stadttheatern zu spielen als gar nicht. Für aufgeschlossene Linke ist z.B. die Aufführung im Hamburger Malersaal ein reichliches Vergnügen, das man sich auf gar keinen Fall entgehen lassen sollte.

Wer nach dem Stück aus dem Theater kommt, ist völlig erledigt — man hat über zwei Stunden Tränen gelacht, hat aber gleichzeitig eine politische Lektion gelernt.

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



Kein AKW in Brokdorf !

Am 11./12. Oktober verhandelte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in Schleswig über den Bau des AKW Brokdorf, nachdem am 9.Februar dieses Jahres ein vorläufiger Baustop verfügt worden war. Nach den beiden Verhandlungstagen in Schleswig, für die begrenzt Zuhörerkarten ausgegeben worden waren, wurde die Gerichtsverhandlung in Lüneburg hinter verschlossenen Türen fortgesetzt.

Aus Anlaß der Gerichtsverhandlung wurde am 11. Oktober von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) ein Aktionstag in Schleswig durchgeführt. An einer Demonstration zum Gerichtsgebäude und einer anschließenden Kundgebung beteiligten sich über 1200 AKW-Gegner, die meisten kamen von der Ostküste Schleswig-Holsteins. Dieses Mobilisierungsergebnis ist ein guter Erfolg, insbesondere deswegen, weil selbst diese Demonstration massiven Hetzmanövern der rechten schleswig-holsteinschen Presse, Verbotsdrohungen und Bullenübergriffen ausgesetzt war: durch Straßenkontrollen, Personalienfeststellung, Durchsuchungen war der Demonstrationsbeginn um über eine Stunde hinausgezögert worden. Einige Tage vor der Demonstration hatte der Schleswiger Oberlandesgerichtspräsident durch Antrag beim Schleswiger Verwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg versucht, ein Verbot durchzudrücken, was jedoch in beiden Fällen abgelehnt worden war. Es wurde aber die Auflage erteilt, daß vor dem Gerichtsgebäude in Schleswig keine Kundgebung über Lautsprecherwagen durchgeführt werden dürfte.

Den Vogel bei den Kommentaren zu der Aktion in der bürgerlichen Presse schoß ein Kommentar in den „Kieler Nachrichten" vom 10. Oktober ab. Unter der Überschrift *„Die Maske ist abgefallen!"* wurde dort versucht, jeglichen Protest von AKW-gegnern als außerhalb des Rechtsstaats stehend zu kriminalisieren: *„Und damit auch das Ausmaß der Drohung deutlich wird, erklärt der Sprecherrat des Regionalverbandes,*
seine Aktivitäten würden auch unterstützt oder sogar mitgetragen von
Sprecherrat des Regionalverbandes, seine Aktivitäten würden auch unterstützt oder sogar mitgetragen von den übrigen vier Regionalverbänden der BUU. Wer unabhängige Gerichte höchstens als nützliche Idioten für den Fall betrachtet, daß er sich durchsetzt und für den Fall einer Prozeßniederlage bereits vorweg erklärt, er werde das Urteil mißachten, der verläßt den Weg des Rechtsstaats. Wer Gerichte und Parlamente obendrein von der Straße aus unter massiven Druck setzt, verläßt den Weg der Demokratie. Wie lange müssen eigentlich noch solcherart „Umweltschützer" agieren, bis die Besonnenen unter den Kernkraftgegnern merken, für welch gefährliches Spiel sie sich mißbrauchen lassen?"

Massiver Bulleneinsatz gegen Demonstranten!

Am 11.10. in Schleswig zielte die Polizeitaktik darauf ab, durch Straßensperren, Personalienüberprüfung und Durchsuchungen von PKWs den Demonstrationsbeginn hinauszuzögern und die AKW-Gegner einzuschüchtern. Offensichtlich will der Staat deutlich machen, daß keinerlei Anti-AKW-Proteste unbehelligt von den Bullen durchgeführt werden können. Die massiven Behinderungen sind auch deswegen ein besonderer Hammer, weil die Demonstration von der Schleswiger BI angemeldet war und ja beide Verbotsanträge abgelehnt worden waren. So waren zum festgesetzten Demonstrationsbeginn um 17 Uhr erst wenige Hundert Demonstranten am Treffpunkt. Die Bullen hatten bereits am frühen Nachmittag angefangen, Straßenkontrollen in Schleswig-Holstein durchzuführen. Die Sperre im Süden, auf der Höhe von Haddeby, bestand aus ca. 50 Bullen, die teilweise mit MP bewaffnet waren. Es wurden stichprobenartig Durchsuchungen durchge-



führt, allerdings ohne irgendetwas zu beschlagnamen. Die Sperre im Nor-

führt, allerdings ohne irgendetwas zu beschlagnamen. Die Sperre im Norden bestand aus ca. 80 Bullen, ebenfalls z.T. mit MP bewaffnet. Diese Straßensperren wurden vor den angesetzten Demonstrationsbeginn aufgelöst und die Bullen nach Schleswig zurückgezogen. Vor und während der Demonstration wurden Abfahrten von der E3 nach Schleswig gesperrt, so daß alle anreisenden Demonstranten eine einzige Abfahrt benutzen mußten, was erhebliche Verzögerungen mit sich brachte. Außerdem war die Schleswiger Innenstadt für Autos gesperrt. Das Gerichtsgebäude war hermetisch abgesperrt. Mindestens 300 Bullen waren dort postiert, Reiterstaffeln und mehrere Wasserwerfer.

Erfolgreiche Veranstaltung der BUU!

Am Abend des 11. Oktober wurde in einem Dorf in der Nähe von Schleswig eine Veranstaltung mit über 350 Teilnehmern durchgeführt. Auch gegen diese Veranstaltung hatte es massive Angriffe gegeben. Die Schleswiger BI bekam den ursprünglich zugesagten Veranstaltungsraum nicht. Denn als der Schleswiger Oberlandesgerichtspräsident seinen ersten Verbotsantrag gestellt hatte, ergriffen die Bullen die Gelegenheit und setzten den Wirt unter Druck, so daß dieser zurückzog. Deswegen konnte erst am Tag der Demonstration der neue Veranstaltungsort bekanntgegeben werden.

Auf der Veranstaltung traten – neben mehreren Kulturgruppen – Redner der BUU auf, Hermann Schulz als Vertreter des „Landesverbandes Umweltschutz Schleswig Holstein" (BUU) und ein Vertreter des Landessekretariats der OOA/Dänemark.

In der BUU-Rede wurden die Erfahrungen der AKW Gegner mit den Gerichten deutlich gemacht und her-

ausgestellt, daß Erfolge nur dort erzielt werden konnten, wo es Kämpfe

ausgestellt, daß Erfolge nur dort erzielt werden konnten, wo es Kämpfe gegen den Bau von AKWs gab. Hermann Schulz brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß auch diesmal wieder ein Baustop verfügt werden würde. Sie würden die „Würde" der Gerichte anerkennen, obwohl man daran mittlerweile zweifeln könne. Ein Weiterbau in Brokdorf sei jedoch nicht hinzunehmen.

Der Vertreter der OOA ging in seiner Rede auf die Bedeutung der internationalen Solidarität der AKW-Gegner ein. Er schätzte eine Demonstration noch vor der Urteilsverkündung als taktisch ungünstig ein. Eine Entscheidung des Gerichts gegen die Bevölkerung sei jedoch niemals zu akzeptieren. Die Veranstaltung mußte leider vorzeitig abgebrochen werden – allerdings nachdem der wesentliche Teil des Programms abgeschlossen war – da der KBW auf seine lautstarke Art beständig „Diskussion" um seine neue „Großaktion" am 15. 10. forderte. Er fand damit allerdings keinerlei Anklang beim Publikum.

KB/Gruppe Flensburg

Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld am 22. Oktober

Das Bündnis zur Demonstration am 22.10. in Grafenrheinfeld hat sich seit der Augsburger Landeskonferenz am 1.10. weiter gefestigt und verbreitert (s.AK114). Neben den 17 bayerischen BIs, die den Aufruf unterzeichnet haben, wird die Demo von einer Reihe weiterer Gruppen und Organisationen unterstützt. In Schweinfurt sind das neben der Bürgeraktion und der KKW-Nein-Gruppe der Bund Naturschutz(!), SPD- und FDP-Ortsverband, mehrere Juso-Gruppen aus der Umgebung und sogar einige Einzelgewerkschaften (GEW, HBV, NGG, DruPa), der DGB hat in einer Erklärung sein Wohlwollen (!) bekundet. In Nürnberg unterstützen ca. 20 Initiativen und Organisationen die Demonstration.

Für den Ablauf der Demo wurden zwischen der Bürgeraktion (BA) und den auswärtigen Bürgerinitiativen, die in erster Linie das linke Spektrum repräsentieren, einige Abmachungen getroffen. So setzt sich die Demo-Leitung aus 6 Mitgliedern der BA und jeweils einem Vertreter aus Nürnberg, Erlangen, Bamberg, Lohr, Würzburg und München zusammen. Jeder anreisenden BI ist die volle Agitationsfreiheit in Form von Parolen und Transparenten zugesichert worden, ausgenommen sollen sein unsolidarische Angriffe gegen andere Teile des Bündnisses. Während des Marsches sollen allerdings keine Parteifahnen getragen werden, eine Regelung, die offenbar besonders der SPD Kopfschmerzen bereitet: Sie hatte geplant, ihre Fahne sozusagen als Markenzeichen für Friedlichkeit und Distanzierung von den ‚Chaoten' während der Demo hochzuhalten, eine Art ‚Grüner Punkt-Aktion' der SPD. Der SPD-Ortsvorsitzende wurde dann aber in der letzten BA-Sitzung vom Vorsitzenden der BA, Karl Riederer, auf die Abmachungen hingewiesen.

Auf der abschließenden Kundgebung soll jede Gruppe und Organisation ihre Flugblätter und Zeitungen vertreiben können.

Weiterhin wurde eine Erklärung an die Landespolizei und das bayerische Innenministerium aufgesetzt, in der einige Zugeständnisse seitens der Polizei gefordert werden (keine Durchsuchungen, unbehelligter Ablauf der Demo usw.). Werden von der Polizei diese Dinge zugesichert, will die Demo-Leitung ihrerseits eine Empfehlung an die AKW-Gegner herausgeben, Helme etc. zuhause zu lassen. Bisher gibt es dazu keine Stellungnahme der Polizei.

Allerdings wurde inzwischen bekannt, daß die Bullen schon auf Quartiersuche sind; einige Schulen in der Umgebung haben am 21,10. plötzlich Wandertag angesetzt – welch ein Zufall! Außerdem sind die Auflagen zwar nicht ganz so weitreichend, aber ähnlich wie in Ohu und Kalkar: Keine Helme, keine Schutzbrillen, keine Vermummung.

Positiv an der bisherigen Zusammenarbeit mit der BA ist bisher, daß es auch in strittigen Fragen wie z.B. Agitationsfreiheit u.ä. keine Hetze oder Spaltungsversuche gegeben hat und das ist wohl auch ein Grund dafür, daß die Polizei noch kein klares Konzept für ihr Vorgehen hat, obwohl ihr natürlich bekannt ist, daß sich traditionell linke BIs, der KB und – wenn auch mit gebremstem Schaum – die „KPD" an der Mobilisierung beteiligen. Am Montag findet ein Gespräch zwischen der BA und der Polizei statt, dann wird man weitersehen. **KB/Gruppe Nürnberg**

Bullen räumten Strommast

Am 5.10. räumte die französische Polizei den besetzten Mast in Heiteren. Als die AKW-Gegner sich auf die Bauteile setzten, um den Weiterbau zu verhindern, wurden sie von den Bullen brutal vom Platz geschleift. Unter dem Schutz von 250 Bullen wurden dann die restlichen Teile des Mastes montiert.

die restlichen Teile des Mastes montiert.

Der Mast, der zur Hochspannungsleitung vom AKW Fessenheim nach Paris gehört, war aus Protest gegen die Inbetriebnahme dieses Reaktors besetzt worden. Das AKW Fessenheim mußte seit seiner Inbetriebnahme im März '77 schon mehrmals wegen Störfällen stillgelegt werden.

Am Abend der Räumung kamen noch 300 AKW-Gegner, die aber den Fortgang der Bauarbeiten auch nicht mehr verhindern konnten. Am folgenden Sonntag wurde auf einer Kundgebung am Mast von den elsässischen BI's bekräftigt, daß der Widerstand gegen das AKW Fessenheim trotzdem weitergehe. Konkrete Vorschläge wurden aber bisher nicht gemacht. Offenbar hat die leichte Räumung des Platzes im Zusammenhang mit der kaum noch spürbaren Existenz der badisch-elsässischen BI's bei Teilen der AKW-Gegner in Freiburg zu gewissen

badisch-elsässischen BI's bei Teilen der AKW-Gegner in Freiburg zu gewissen

Resignationserscheinungen geführt. Auf diesem Hintergrund wurden denn auch von der „Gewaltfreien Aktion Freiburg" vertreten, daß in Zukunft in erster Linie nur militante Einzelaktionen Erfolg bringen würden. Doch hat doch gerade Kalkar gezeigt, daß trotz des zeitweiligen regionalen Rückgangs von BI's die AKW-Bewegung der BRD und der europäischen Staaten insgesamt weiterhin anwächst, und insofern gar kein Grund zur Resignation besteht.

AKW-Nein-Kommission

Neue „Großaktion" des KBW

Am 15. Oktober führte der KBW zum zweitenmal innerhalb kürzester Zeit eine „Großaktion" in Brokdorf durch. Es nahmen ca. 250 KBW-Anhänger, im wesentlichen aus dem Kieler Raum, an der Kundgebung in Wilster und der Demonstration nach Brokdorf teil.

Die „Schleifung" des Bauplatzes fand nicht statt. Und diesmal hatte der KBW (mit Ausnahme in einem Flugblatt seiner Kieler Scheininitiative) dazu aufgerufen, zum Bauplatz zu gehen. Offenbar steckten ihnen noch die Erfahrungen mit ihrer letzten Großkundgebung am 17. September in den Knochen, die sie im Zusammenhang mit ihrem Ziel „Die Rückführung der Baumaschinen verhindern!" gesehen hatten. Den Kampf um das AKW Brokdorf wollten sie hiermit unbedingt noch vor dem zu erwartenden Gerichtsurteil im Sinne der „Volksmassen" entscheiden. Kurz vor dem 17.9. war die „Großaktion" dann vom KBW – weil der Reinfall abzusehen war – in einen „Propagandamarsch durch die Wilstermarsch" umbenannt worden, an dem 160 KBWler teilnahmen.

Auch um den 15. Oktober hatten die KBWler wieder versucht, viel Aufsehen zu erregen, obwohl die Anzahl der „unterstützenden Gruppen" noch geringer war als am 17.9. Es waren dies neben dem KBW nur die üblichen schleswig-holsteinischen KBW-Initiativen aus Kiel, Quickborn, Heide, Neumünster und Trappenkamp.

Gegen die KBW-Demo wurden ca. 600 Bullen aufgeboten, Kontrollen durchgeführt, Helme und dergleichen waren verboten, ebenfalls eine Demonstration direkt am AKW. Die KBWler ließen sich von den Bullen umleiten. Das war sicher sehr vernünftig angesichts des Kräfteverhältnisses, steht jedoch im krassen Gegensatz zu den üblichen großen Worten des KBW in seinen Aufrufen. So hieß es z.B.: *„Die Bourgeoisie wird das* (Anm. die Demo) *schrecken. Sie fürchtet nichts mehr als die Einheit der Arbeiter und Bauern. Die Sache ist angemeldet. Sollte sie es verbieten oder versuchen, uns aufzuhalten, so kann sie den Ärger haben, wir wir werden überall Unterstützung finden und uns mit den Bauern und den Volksmassen zusammenschließen. Die Sache ist gerecht. Die Polizei wird feststellen, daß sie die Sache der Kapitalisten vertritt und isoliert ist, da wird nichts zu halten sein!"*

Das „Ergebnis" dieser Demonstration zeigt sehr deutlich, daß die Sprüche und „Aktionen" des KBW mit zunehmender Isolation und mittlerweile völlig fehlendem Einfluß in der Bewegung immer verrückter und realitätsferner werden. So hatte er ebenfalls in besagten Aufrufen gegen die Kalkar-Demonstration gepöbelt, die Bourgeoisie würde auf der Breite dieser Demonstration „Siegesfeste" feiern. *„Soll das geändert werden, muß die Einheit durch kühne Aktionen hergestellt werden. Die Kundgebung und Demonstration am 15.10. in Brokdorf ist eine solche Aktion und kann sich auf die Massen stützen. Alle Bürgerinitiativen werden sich entscheiden müssen!"*

Die Bürgerinitiativen haben sich entschieden – gegen die Spinnereien des KBW!

KB/Gruppe Flensburg

Der Prozeß

Am 11./12. Oktober wurde vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg über die Beschwerde von HEW, NWK, KWU und KKW Brokdorf GmbH gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts Schleswig, das im Februar dieses Jahres den Baustopp verfügt hatte, verhandelt. Es ging darum, ob die Klage gegen das AKW Brokdorf weiterhin aufschiebende Wirkung hat oder nicht.

Insgesamt glich der Prozeß mehr einem Fachseminar, auf dem sich Gutachter öffentlich eine Schlacht lieferten. So saßen die Richter mitten unter den Prozeßbeteiligten und jeder konnte sich zu Wort melden. Die Brokdorf-Betreiber hatten eigens 60 „Sachverständige" aufgeboten.

Diese Gutachter zeichneten sich wieder einmal durch ihre Verharmlosungen aus, die bis zu offenem menschenfeindlichen Zynismus reichen. So wurde die Harmlosigkeit des Schilddrüsenkrebses durch AKW-Jod gepriesen, sich aber empört, als die Presse statt Krebskranken von Krebstoten sprach. Als ein Gutachten von den AKW-Gegnern zitiert wurde, das von einer Verdopplung der Erbschädigungen bei 30-40 mrem spricht, erklärten die Betreiber, daß dieses Gutachten „unwissenschaftlich" sei, um dann kurz später zu erklären, sie würden es überhaupt nicht kennen, was sicher das schlagenste Argument für die Unwissenschaftlichkeit war, bei diesem erlauchten Kreis. Zentrale Fragen der Entsorgung wurden im Prozeß von den Betreibern umschifft (das Atomgesetz schreibt eine gesicherte Entsorgung vor). Sie erklärten kurzerhand, daß sie den Sicherheitsbericht für die WAA nicht kennen würden, dann kann man ja auch nichts dazu sagen, allerdings konnte man der Entsorgung durchaus das „wissenschaftliche" Gütesiegel gesichert verteilen, dazu braucht man angeblich nur die entsprechende Lagerung. Zu sicher braucht das ganze auch nicht zu sein, ein Berstschutz ist bekanntermaßen nicht vorgesehen.

Unter den vielfältigen Verharmlosungen wäre es sicherlich nicht schwer, für die Richter Gründe zu nennen, weshalb das AKW nicht gebaut werden darf, allerdings dürfte es ihnen schwer fallen, tatsächlich einen weiteren Baustopp festzulegen, wo doch längst von den AKW-Betreibern und von Staat alle Signale auf ein volles Durchstarten des Atomprogramms gesetzt worden sind, und da insbesondere der Bau der AKWs in Brokdorf und Wyhl dazugehören, woran sich bislang der Protest gegen das Atomprogramm besonders entzündet hatte.

AKW-Nein-Kommission

Kalkar-Nachlese

In einer Reihe von Orten hat es nach der Kalkar-Demonstration am 24.9. eine Vielzahl von Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen gegeben. Beliebtes Agitationsmittel waren dabei sogenannte „Waffenschauen", in denen die Bevölkerung über die wirkliche „Bewaffnung" der Demonstranten aufgeklärt wurde.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen und Diskussionen standen die Auseinandersetzungen um den Polizeistaat BRD und den Kampf dagegen sowie die Diskussion um die Frage, wie in Zukunft der Anti-AKW-Kampf weiterzuführen ist. Dabei geht es insbesondere darum, ob und wie in Zukunft zentrale Großaktionen unter polizeistaatlichen Bedingungen durchgeführt werden können. Diese Diskussion in den Bürgerinitiativen ist längst noch nicht ausgestanden und sollte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufhebung des Brokdorf-Baustopps fortgesetzt werden.

In vielen Städten, vor allem in Schleswig-Holstein, aber z.B. auch in West-Berlin, ist es gelungen, das breite Bündnis zu Kalkar in gemeinsamen Aktionen fortzuführen. Auf diesem Sektor sollte allerdings die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Kalkar viel stärker auf örtlicher bzw. regionaler Ebene fortgesetzt werden.

Kritisch bleibt anzumerken, daß vielfach die erreichte Mobilisierung zur Kalkar-Aktion in den nachfolgenden Auswertungen und Aktionen nicht ausgenutzt wurde zu einer unmittelbaren Verbreiterung der BI-Bewegung und zur Erweiterung der Aktivisten. So blieben die erreichten örtlichen Mobilisierungszahlen in aller Regel unter der Mobilisierung zur zentralen Aktion, was allerdings auch Attraktivität und Bedeutung von zentralen Großaktionen verdeutlicht. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen, wo die Kalkar-Aktion eine ungeahnte Mobilisierung und hervorragende Bedingungen für die Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung geschaffen hat, sind diese bisher nicht im möglichen Ausmaß genutzt worden. Allerdings haben eine Reihe von Bürgerinitiativen und Bündnissen für Ende Oktober/Anfang November Veranstaltungen, zum Teil unter Teilnahme von Vertretern der verschie-
worden. Allerdings haben eine Reihe von Bürgerinitiativen und Bündnissen für Ende Oktober/Anfang November Veranstaltungen, zum Teil unter Teilnahme von Vertretern der verschie-
denen Strömungen des Kalkar-Bündnisses, angekündigt.

Hier einige der bedeutendsten Aktionen:

- Über 3000 Demonstranten beteiligten sich am 28.9. an einer Protestaktion in **Hamburg**
- etwa 400 am 1.10. an einer Kundgebung in **Bremen**
- 250 waren es in **Hannover**
- 300 Menschen besuchten am 6. 10. in **Geesthacht** eine Veranstaltung mit Vertretern des Kalkar-Bündnisses
- 130 Menschen demonstrierten am 1.10. trotz strömenden Regens in **Husum**
- 250 AKW-Gegner demonstrierten in **Flensburg**, 130 in **Lübeck**, 200 in **Göttingen**
- 110 Menschen besuchten eine von einem breiten Bündnis getragene Veranstaltung in **Hameln**
- 120 waren auf einer Veranstaltung in **Bremerhaven**
- in **West-Berlin** wurden von einem breiten Bündnis Veranstaltungen mit 400 und 600 AKW-Gegnern abgehalten.

***

Atomstaat-Polizeistaat

Unter dieser Parole fand am 6. Oktober eine Podiumsveranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz Oberelbe (BUO) Geesthacht zu den Erfahrungen aus Kalkar statt.

Die Veranstaltung wurde von 300 Menschen besucht.

Auf dem Podium saßen unter anderem der bekannte AKW-Gegner Holger Strohm, Hermann Schulz (stellvertretender BBU-Vorsitzender) und ein Mitglied der Demoleitung von Kalkar.

Holger Strohm ging in seinem Beitrag auf die Gefahren des Schnellen Brüters ein.

Ein Mitglied der Demoleitung zeigte das ganze Ausmaß der Bullenübergriffe auf AKW-Gegner auf. Besonders ging er auf die Verbotsdrohungen gegen die „K-Gruppen", die wesentlich mit deren Rolle in der Anti-AKW-Bewegung begründet werden, ein.

Der stellvertretende Vorsitzende des BBU, Schulz, sagte, daß sein Verband kein „Wüstenhagen-Verband" sei, sondern nach demokratischen Regeln aufgebaut sei. Zur Frage der Verbotsdrohungen konnte er noch keine Stellung nehmen, da dies noch nicht im BBU-Vorstand diskutiert worden sei.

Ein Mitglied der BUO ging dann noch auf den Stand der Prozesse gegen das im Bau befindliche AKW Krümmel ein. Hierzu wird es in nächster Zeit in der Region Veranstaltungen geben.

Wieweit die Parole „Atomstaat-Polizeistaat" schon gilt, wurde allen Veranstaltungsbesuchern klar, als bekannt wurde, daß die Bullen die Autonummern der Veranstaltungsteilnehmer notiert hatten.

***

Protestveranstaltung West-Berliner AKW-Gegner von der Polizei verhindert

Protestveranstaltung West-Berliner AKW-Gegner von der Polizei verhindert

Am Freitag den 30.9. hat ein massiver Polizeieinsatz in West-Berlin eine Solidaritätsveranstaltung mit der Internationalen Demonstration gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar und gegen die Bürgerkriegsmanöver der Polizei während der Anfahrt nach Kalkar aufgelöst.

Zur Veranstaltung hatte ein breites Bündnis West-Berliner Anti-AKW-Gruppen, die Falken Neu-Kölln, die Zeitung „Radikal", und der KB aufgerufen. Etwa 400 Teilnehmer waren in den Lichthof der Technischen Universität gekommen.

In Folge der Aktualität war die Veranstaltung kurzfristig geplant, sodaß es aufgrund der in letzter Zeit verschärften Raumvergaberichtlinien der TU unmöglich war, in dieser kurzen Zeit einen geeigneten Raum anzumieten (der Mietvertrag muß 10 Tage vorher abgeschlossen werden). Eine Jazz-Gruppe, die zu dieser Zeit spielen sollte, stellte den AKW-Gegnern jedoch freundlicherweise den Raum zur Verfügung. Während der Veranstaltung marschierten dann mindestens 100 Bullen mit Helmen und gezogenen Knüppeln auf und umstellten den Lichthof.

TU-Kanzler Lödig hatte die Polizei gerufen. Er drohte den versammelten AKW-Gegnern an, sie wegen Hausfriedensbruch anzuzeigen und den Lichthof von der Polizei räumen zu lassen. Die Veranstaltung wurde am 12.10. fortgesetzt und zusätzlich durch die „Humanistische Union" unterstützt. 600 Teilnehmer folgten dem Aufruf.

Die versammelten AKW-Gegner erklärten ausdrücklich, sich auf keine Konfrontation mit der Polizei einlassen zu wollen. Angesichts „der schlagenden Argumente" wurde die Veranstaltung abgebrochen. Zu den Überfällen der Polizei kam es wegen des geschlossenen und disziplinierten Abzugs der Teilnehmer nicht.

***

Kalkar-Broschüre des BBA-Ermittlungsausschusses

Eine ausführliche Dokumentation mit Augenzeugenberichten und Bildern der Bremer AKW-Gegner auf der Kalkar-Fahrt sowie Berichten von den Brokdorf-Grohnde-Prozessen hat der Ermittlungsausschuß der BBA Bremen herausgegeben. Die mit einer Reihe Bildern versehene Broschüre kostet 1 DM und ist zu beziehen über:

Ermittlungsausschuß der BBA
Fedelhören 14
28 Bremen 1

***

Nach Kalkar wird die Bespitzelung verfeinert

Der „Spiegel" meldete in seiner Ausgabe vom 10.10.77, daß Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch das massive Polizeibespitzelungsunternehmen anläßlich der Kalkar-Demonstration auszubauen gedenkt. Unter Einsatz von Computern sollen umfassend die Daten von sogenannten „Gewaltdemonstranten" gespeichert werden. Diese soge-
nannte „Befa" („Beobachtende denkt. Unter Einsatz von Computern sollen umfassend die Daten von sogenannten „Gewaltdemonstranten" gespeichert werden. Diese soge-
nannte „Befa" („Beobachtende Fahndung") findet in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern statt. Bisher sollen 8.000 Personen erfaßt worden sein (die wirkliche Zahl dürfte wesentlich höher liegen). Im Erlaß des „Liberalen" Hirsch heißt es, daß alle *„Personen, die verdächtig sind, überregional als gewalttätige Demonstranten aufzutreten, ausgeschrieben"* werden. Dazu soll erkennungsdienstliche Behandlung erfolgen. Als Vorwand wird empfohlen: *„Werden bei den zur Zeit laufenden Maßnahmen der verstärkten Verkehrsüberwachung ... ausgeschriebene Kfz betroffen, so sind dort, wo Anhaltungen möglich sind, die Fahrzeuge unter Nutzung der polizei- und verkehrstechnischen Möglichkeiten zu kontrollieren und Feststellungen über Insassen, Reiseweg und Ziel, auffällige mitgeführte Gegenstände (Schriftmaterial, Waffen usw.) zu treffen."*

Der Polizeistaat marschiert ...

AKW-Nein-Kommission

Leserbrief aus Straßburg

Wir, drei Genossen aus Straßburg, beteiligten uns am 30. September an einem Treffen der Frankfurter Bürgerinitiativen zu Kalkar.

Der Genosse Francois berichtete vor allem die Umstände seiner Verhaftung in Kehl durch die westdeutsche Polizei: Er war am 24.9. in Kehl festgenommen worden wegen angeblichem „Mitführen von Waffen" – damit war eine Vodka-Flasche mit Antifrostmittel gemeint. (Das wurde als „Molotow-Cocktail" „identifiziert".) Daraufhin hatte er vier Tage im Knast in Offenburg verbracht. Auf der Veranstaltung in Frankfurt berichteten wir über Kalkar aus unserer Sicht, als französische Genossen, die mitdemonstriert hatten.

Wir waren noch kaum über unser Staunen über die außergewöhnliche Polizeistaat-Show in Kalkar hinweggekommen, als wir auf unserer Rückfahrt von Frankfurt nach Straßburg schon wieder damit konfrontiert wurden!

Da haben wir wieder ein fabelhaftes Beispiel der Stupidität der Bullen miterlebt (ob sie westdeutsche oder französische Bullen sind!). In Baden-Baden stieg derBGS in unserem Abteil ein – Ausweiskontrolle. Alles klar! Aber anscheinend hatten wir „vertrauensunwürdige" Gesichter: Der eifrigste der BGSler forderte uns auf, unsere Gepäckstücke zu öffnen. Er steckte seine Pfoten in eine Aktentasche von uns und mit gewichtiger Miene holt er eine Nummer des „Arbeiterkampf" raus. (Wir hatten noch vier weitere Exemplare in einer anderen Tasche). Der BGSler fängt an, den „Arbeiterkampf" in alle Richtungen umzudrehen, und ist offensichtlich der Meinung, daß Leute, die eine Zeitung lesen, die gegen **die** Repression kämpft, in der vom Anti-AKW-Kampf die Rede ist usw. ..., bestimmt etwas auf dem Kerbholz haben. Er sagte uns, wir müßten in Kehl aussteigen, was wir ablehnen. Die anderen Reisenden (westdeutsche) haben auch etwas Schwierigkeit, das Verhalten der Bullen zu verstehen. In Kehl kamen unsere zwei Bullen wieder, gefolgt von einem Inspektor der französischen Polizei. Wieder Ausweiskontrolle! Dann hieß es:
„Folgt uns!" Wir protestierten In Kehl kamen unsere zwei Bullen wieder, gefolgt von einem Inspektor der französischen Polizei. Wieder Ausweiskontrolle! Dann hieß es:
„Folgt uns!" Wir protestierten, schließlich wurden wir in ein leeres 1.-Klasse-Abteil geführt. Dort mußten wir unser ganzes Gepäck durchsuchen lassen.

Das Verhalten der Bullen war tatsächlich kurios, sie haben wahrscheinlich auf der Polizeischule gelernt, daß man mit „Terroristen" hart umgehen müsse. Sie setzten also sehr furchteinflößende Mienen auf, warfen brutal die Zeitungen auf die Sitze. Sie sahen dabei auf der anderen Seite so lächerlich aus, daß wir unser Lachen nicht unterdrücken konnten. Der französische Bulle war augenscheinlich von diesen ganzen Ereignissen überrollt. Er erklärte uns, daß er mit dieser Geschichte nichts zu tun habe und ihm das egal sei. Er sagte uns sogar: „Wissen Sie, im Moment sind die etwas nervös ..." Siegessicher zeigten die beiden westdeutschen Ordnungshüter ihre Beute: Fünf „Arbeiterkämpfe", ein Dutzend Kalkar-Plakate, einige andere Plakate des Kommunistischen Bundes, drei „Internationale", drei Nummern des „Rebell", eine „Was Tun" und eine Anti-AKW-Platte („Wehrt Euch!").

Wir fingen an, der ganzen Geschichte etwas überdrüssig zu werden. Als wir in Straßburg ankamen, erzählten sie uns, sie wollten alles beschlagnahmen! Wir sagten ihnen, sie sollten eine Liste aufstellen und uns eine Quittung geben. Der französische Bulle war außer sich!

Schließlich fanden wir uns alle in dem Bahnhofscafe auf dem Bahnsteig in Straßburg wieder. Wir erklärten den Bullen, daß der äußerste Kompromiß unsererseits sei, ihnen von jeder Zeitung ein Exemplar zu lassen. Da legten die beiden BGSler die Karten auf den Tisch: „Ihr seid die Terroristen mit dem Molotow-Cocktail, die an der Grenze verhaftet wurden. Wir wissen es!"

Sie erklärten uns das wieder mit einem Gesicht, als ob wir gleich in den Knast kommen sollten – aber, wie gesagt, irgendwie fanden wir sie dabei belustigend ... Wir lachten also und wir zeigten ihnen Presseausschnitte aus der französischen Presse zu den Verhaftungsumständen von Francois und erklärten ihnen, daß, wenn sie so weitermachen und uns belästigen, wir sofort Anzeige erstatten und die Presse unseres Landes benachrichtigen werden! Sie fühlten sich nicht mehr so sicher, und dies um so weniger, als Arbeiter der SNCF (französische Eisenbahn-Gesellschaft), die im Cafe waren, anfingen, sie schief anzugucken ...

Dennoch ließen sie immer noch nicht locker, und der letzte Zwischenfall war dann der stärkste Hammer: Auf der Schallplatte stand eine Widmung, die mit „Die Kusins und Kusinen aus der BRD" unterzeichnet ist. Im Französischen heißt BRD: „RFA". RFA? RFA? Für unsere beiden Bullen war das fast schon wie RAF!! Sie wollten die Platte in Beschlag nehmen, verzichteten aber angesichts unserer Entschlossenheit, diesen Diebstahl nicht zuzulassen, darauf und beschränkten sich darauf.
RAF!! Sie wollten die Platte in Beschlag nehmen, verzichteten aber angesichts unserer Entschlossenheit, diesen Diebstahl nicht zuzulassen, darauf und beschränkten sich darauf,
gewissenhaft die Widmung abzuschreiben sowie alle Lieder-Titel!

Auch, wenn das, was uns passiert ist, vielleicht nebensächlich klingt, sind wir uns darüber bewußt, daß dies nicht dem Zufall zu verdanken ist oder Produkt des besonderen Eifers von zwei Bullen ist.

Gegen das Atomenergieprogramm, gegen die Repression gibt es keine Grenzen für den Kampf und die Solidarität!

(Contre le nucléaire, contre la répression, la lutte et la solidarité n'ont pas de frontières)

Die drei Straßburger Genossen
(3.10.1977)

Nach Kalkar: Distanzierungen beim SSW !

Teile des SSW (Südschleswiger Wählerverband Partei der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein) hatten die Mobilisierung für die Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar unterstützt. So hatte der Vorsitzende des SSW/Flensburg im Namen der Energieabteilung des SSW sogar den Kalkar-Aufruf unterschrieben, der außerdem von mehreren BIs aus dem Flensburger Raum sowie dem KB unterzeichnet war. Der Sozialausschuß des Jugendverbandes des SSW/Flensburg hatte ebenfalls auf einer Sitzung entgegen dem Willen des Vorsitzenden des SSW-Jugendverbandes beschlossen, den Kalkar-Aufruf zu unterzeichnen. Mehrere Tage später erklärte der Vorsitzende des Jugendverbandes, nach Rücksprache mit den juristischen Berater des SSW sei es nicht möglich, daß der Jugendverband insgesamt den Aufruf unterstützt, auch müßte der Sozialausschuß der Jugendgruppe seine Unterschrift zurückziehen. In den gemeinsamen Aufrufen erschien somit der Sozialausschuß der Jugendgruppe nicht als Unterzeichner, da davon ausgegangen wurde, daß es eine interne Angelegenheit des SSW-Jugendverbandes ist, ob der Vorsitzende solche Verbote aussprechen und Mehrheitsbeschlüsse im Alleingang rückgängig machen kann.

Nach der Landesvorstandssitzung des SSW erschien nun am 8.10. im „Flensburger Tageblatt" und in „Flensborg Avis" jeweils ein Leserbrief des SSW-Parteivorsitzenden und des Vorsitzenden von Jugendverband. Der Parteivorsitzende erklärte, er habe niemals den Kalkar-Auruf unterzeichnet. Er hätte niemandem die Genehmigung erteilt, ihn als Unterzeichner unter das Flugblatt zu setzen.

Der SSW-Jugendvorsitzende erklärte nun sogar, die ganze Aktion sei vom KBW (!) gestartet und das Ganze würde nur wieder deutlich machen, mit welch „unlauteren Mitteln" die Kommunisten arbeiten. Außerdem seien Flugblätter verteilt worden, in denen die SSW-Jugendgruppe als Unterzeichner drunter genannt wurde.

Während der Parteivorsitzende nur für sich sprach, gab der Vorsitzende des Jugendverbandes vor, im Namen des gesamten Jugendverbandes zu sprechen: *„Wir distanzieren uns ausdrücklich von der Aktion Flugblatt Kalkar!"*

Die Genossin, die mit dem SSW um den Kalkar-Aufruf verhandelt hatte, verfaßte auf die beiden Erklärungen eine Antwort, die auch von „Flensborg Avis" am 12, Oktober abgedruckt wurde. Nachdem die offensichtlichen Unwahrheiten widerlegt wurden, wird zu der Distanzierung u.a. gesagt: *„Ich weiß nicht, was die Schreiber dazu veranlaßt hat, sich auf diese Weise zu distanzieren. Ich weiß nicht, ob es wegen dieser Angelegenheit Angriffe gegen den SSW gegeben hat oder ob es möglicherweise interne Auseinandersetzungen waren, die die Schreiber dazu veranlaßt haben. Ich weiß allerdings, wie schwer es heute für Demokraten ist, zumal in solcher Position wie B.M., tatsächlich zu ihrer Auffassung zu stehen. Welchem Druck all diejenigen heute ausgesetzt sind, die Stellung gegen die Atomenergie beziehen, hat ja zuletzt die Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar gezeigt, wo die Demonstranten wie Schwerverbrecher behandelt wurden und schon vor der Demonstration kriminalisiert wurden. Ich kann mir auch erklären, daß gerade heute, wo zunehmend ein Verbot der sogenannten „K-Gruppen" angedroht wird, es nicht einfach ist, gemeinsam mit Kommunisten unter einem Flugblatt zu stehen und das zu verteidigen. Wenn man aber – auch wegen Druck von irgendeiner Seite – seine Position im nachherein ändert (wie es B.M. ja getan hat), dann sollte das m.E. klar gesagt werden. Das Ganze als ein reines Lügenmärchen von uns auzugeben, halte ich für ausgesprochen schäbig."*

Festzustellen ist, daß durch die Kalkar-Auseinandersetzung im SSW, der bislang wesentlich demokratischer strukturiert ist als andere bürgerliche Parteien, eine stärkere Polarisierung eingesetzt hat, wo auch die Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten zur Diskussion steht.

KB/Gruppe Flensburg

Leserbrief eines Hamburger AKW-Gegners

„Jeder Demonstrant konnte nach Kalkar kommen – ich habe keinen, der unbewaffnet nach Kalkar wollte, daran gehindert ..." (Innenminister Hirsch in einem Interview im „Stern" vom 6.10.77). Dieser Zynismus verschlägt tausenden von AKW-Gegnern die Sprache.

Mir hat man unter Ausschaltung aller verfassungsmäßigen Rechte mein Motorrad konfisziert. Man *„stellte mein Krad sicher, um Eskalationen zu verhindern"*, wie sich der Kripo-Beamte Behrens ausdrückte, der den Einsatz gegen meinen Kollegen und mich leitete. Der Vorfall ereignete sich, als ich mit diesem Kollegen am 24.9.77 um 0.30 Uhr in Hamburg-Veddel an einer Telefonzelle stand. Dort tauchten plötzlich zwei Kripo-Beamte auf, die uns aufforderten, uns auszuweisen, und uns mitteilten, sie hätten den Auftrag, unser Krad sicherzustellen.

Nachdem ich protestierte und der Einsatzleiter mir versichert hatte, daß sie Gewalt anwenden würden, wenn wir es wagen sollten loszufahren, verbrachten wir ca. zwei Stunden an jenem Ort. Mein Motorrad wurde von vier Zivilbullen und abwechselnd vorfahrenden Streifenwagen bewacht, bis der Abschleppwagen eintraf und das Krad aufgeladen und abtransportiert wurde.

Konnte diese in meinen Augen indirekte Vorbeugehaft auch nicht verhindern, daß wir es trotz großer Mühen schafften, nach Kalkar zu gelangen, so zeigt der Vorfall überdeutlich, daß der Polizeistaat in der BRD nicht nur „Gerede" ist. Der Gipfel der Unverfrorenheit ist allerdings auch, daß man versuchte, mir die Abschleppkosten von DM 117,– aufzubrummen.

Ein Genosse der
BI Eppendorfer Baum

„Held" der Nation: Wilhelm Lembert

Alte deutschnationale Traditionen kommen wieder verstärkt zur Anwendung. Für seine Umsicht, seine Tatkraft, seinen kaum zu überbietenden Mut und entschlossenes Durchgreifen wurde der Polizeibeamte Wilhelm Lembert von Bundespräsident Scheel mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Lembert war Polizeieinsatzleiter am 24.9. An diesem Tag versuchte eine schwerbewaffnete Armee von ca. 70000 Terroristen aus mehreren Ländern die unerhörte Provokation, in Kalkar eine friedliche Demonstration abzuhalten. Daß dieser Tag nicht friedlich verlief, dafür sorgte unter anderem Lembert und seine schwerbewaffnete Polizei. Scheel hat es ihm gedankt. Die höchste Auszeichnung, das EK I erhielt Lembert diesmal wohl noch nicht, da ihm offensichtlich eine hohe Zahl von Abschüssen versagt blieb. Aber noch ist ja nicht aller Tage Abend ...

(die Meldung stimmt tatsächlich! Quelle: „Westfälische Rundschau", 12.10.77)

AKW-Nein-Kommission

Verfassungsschutz-Überwachung in Atomanlagen

Was sich im „Fall Traube" andeutete, nämlich die systematische und vollständige Kontrolle, Überwachung und Bespitzelung von Kollegen in der Atomindustrie, hat sich bestätigt.

Konnte man im „Fall Traube" noch auf den Gedanken kommen, daß diese Überwachung nur auf höhere und höchste Kader der westdeutschen Atomindustrie zutrifft, so belehrt ein Brief des baden–württembergischen Innenministeriums an das Landesamt für Verfassungsschutz Baden–Württemberg uns eines Besseren. Inhalt des Briefes, der durch eine erfolgreiche Aktion „sichergestellt" wurde: 25 Karteikarten mit Namen, Lebensdaten etc. von Menschen, die im wesentlichen im Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFZ) arbeiten sollen, nämlich deren 18; weitere fünf sollen in einem nicht näher benannten „geschützten Betrieb", und zwei bei einer Firma SÜ (?) arbeiten. Neben den persönlichen Daten ist noch genug Raum für „Vermerke" des Verfassungsschutzes.

Aus der mitaufgeführten Berufsangabe der überprüften Personen geht hervor, daß es um in keiner Weise spezialisierte Kräfte geht (z.B. „Maschinenschlosser", „Chem. Laborant", etc.).

Um dieser Schnüffelei öffentlich entgegenzuarbeiten, halten wir es für eine gute Idee der Genossen, die diesem Brief auf die Spur gekommen sind, Kopien der Karten an die Betroffenen (und an die AK–Redaktion) zu schicken, um den Kollegen in der Atomindustrie das schon jetzt erreichte Ausmaß der Bespitzelung zu verdeutlichen – In diesem Sinne: ab jetzt wird zurückgewanzt!

Anti–Wanzen–Komitee

NG Einsender: BW | Auftraggebende Behörde, Az, Datum ... AUG. 1[illegible]
NA Name (Familienname, 1 = Geburtsname, 2 = gesch./verw.) [geschwärzt]
VN Vorname (6 = Rufname, 7 = weitere Vornamen) [geschwärzt] | GD Geboren Tag Monat Jahr [geschwärzt]
GO Geburtsort [geschwärzt] | GL Geburtsland [geschwärzt] | BR Derzeitige Tätigkeit: Monteur | ST Staatsangehörigk.: D
WO Wohnort [geschwärzt] | WL Wohnland [geschwärzt] | Straße, Haus-Nr. [geschwärzt]
AZ [geschwärzt]
Vorgesehene Verwendung: Kernforschung Karlsruhe
FW Wohnanschriften der letzten 10 Jahre (bei Aufenthalt im kommunistischen Machtbereich einschl. DDR Anschriften seit 1945)
BS ☐ST ☐M ☐W ☐D ☐A Z
Ab: Mon. | Jahr | Ort | Kreis, Straße, Hausnummer | Land: RP
Raum für Vermerke
Auskunft vom | Nicht in Datei | Auskunft umseitig/beigefügt

„Bund für Umwelt- und Naturschutz": Reklame für „HÖR-ZU"

Der „Bund für Umwelt und Naturschutz" (BUND) ist den AKW-Gegnern nicht gerade als bedingungsloser Verfechter der Einheit aller AKW–Gegner bekannt.

Daß in diesem Verein im Namen des ehrlichen Naturschutzes so allerlei möglich ist, beweist der neue Vorsitzende des BUND, Dr. G. Thielcke, mit seiner Aktion „Rettet die Vögel – wir brauchen sie".

Den publizistischen Aufreißer für diese Aktion überließ er ausgerechnet Springer und seiner „Hör Zu". Begründet wird diese „Partnerschaft" (Brief von Thielcke an alle Mitglieder) mit der Pressekonzentration („Hör Zu, Europas größte Zeitschrift" – laut Brief)! Auffällig sind noch folgende Punkte:

1. Einige Autoren der „Hör Zu"-Serie sind auch den BUND-Mitgliedern bestens bekannt: Horst Stern schreibt auch in der BUND-Zeitung „Natur und Umwelt" 3/77; Bernhard Grizmek, TV-Professor, ist Vorstandsmitglied des BUND.
2. Diese Personalunion gibt zu denken, wenn man weiß, daß der Start der Aktion von der Axel Springer Verlag AG selbst organisiert wird.

In einem Brief mit Cäsars Absender flatterte den BUND-Mitgliedern neben dem oben schon erwähnten Brief von Thielcke eine kostenlose „Hör Zu" und eine Bestellkarte für ein „Hör Zu"-Abonnement zu. Als „Leckerbissen" bietet Springer speziell den BUND-Mitgliedern „ein wertvolles Sammellexikon" für Vogelbilder zum „Sonderpreis" an.

Thielcke schreibt in seinem Brief: *„Sie sollten die wichtigen Beiträge in HÖR ZU und vor allem die informative Sammelserie der bedrohten Vögel unserer Heimat nicht versäumen. Beachten Sie deshalb bitte das beigefügte Startheft unserer Aktion und das Abonnementsangebot von HÖR ZU".*

Wer arbeitet hier eigentlich für wen?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gerichtliches Nachspiel in Bergkamen

72 Mitglieder einer Bürgerinitiative in Bergkamen hatten von ihrer rechtlichen Möglichkeit, Widerspruch gegen den Bau des Kohlekraftwerks durch die STEAG zu erheben, Gebrauch gemacht. Die STEAG war an sie herangetreten und verhandelte über eine Zurückziehung dieser Einsprüche, um ungehindert ihr Kraftwerk bauen zu können. An diesen Verhandlungen war u.a. auch die SPD über die Stadt Bergkamen beteiligt. Ergebnis der Verhandlungen: jeder der zurückziehenden Bürgerinitiativler sollte 20000 DM erhalten, die drei Sprecher 40000 DM. Der Handel und Vertrag waren perfekt. Jetzt, wo die Einspruchsfrist verstrichen ist, wird dieser Handel auf einmal für Unrecht erklärt. Ein Dortmunder Amtsgericht erklärte den Handel für „sittenwidrig". Der „arme" kapitalistische Riese STEAG wurde zum „erpreßten Werkzeug", der Vertrag vom Gericht als „Knebe-

wurde zum „erpreßten Werkzeug", der Vertrag vom Gericht als „Knebe-
lungsvertrag" und „Erpressung" durch die Bürgerinitiativler erklärt. Ein Hohn auf die wirklichen Verhältnisse — die Kapitalisten rieben sich die Hände.

Dabei haben die Bergkamer nichts weiter gemacht, als den Versuch aus ihrem Recht, das die STEAG ihnen abkaufen wollte, möglichst viel Gewinn zu schlagen.

Jetzt wird ihnen nicht nur ihr Anteil am Geschäft vorenthalten, sondern mittlerweile droht ihnen sogar eine Klage. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen *»Verdachts auf Erpressung«* („Welt", 8.10.).

Zwar haben die Bürgerinitiativler mittlerweile erklärt, sie werden nun ihren Widerspruch gegen das Kraftwerk erneuern (sie können gegen jede Teilgenehmigung Widerspruch erheben), insgesamt aber ist klar, daß sie auf diese Weise ›die Angeschmierten sind. Umso mehr wäre es jetzt an der Zeit, politischen Druck zu machen, damit deutlich wird, daß nicht einige zum Geschäft bereite kleine Bller diejenigen sind, die hier Unrecht produzieren, sondern daß hier die Gangstermethoden offensichtlich werden, mit denen kapitalistische Energiekonzerne wie die STEAG unter anderem gegen Bürgerinitiativen auftreten. Die Offensive ist hier das beste Mittel, außerdem würden die Bergkamer damit der Bewegung gegen die Energiekonzerne einen Dienst erweisen: deckt die Machenschaften auf. Rückt eure Informationen über Methoden und Absprachen mit der STEAG raus!

AKW-Nein-Kommission

CDU-Wirtschaftstag — zügellose Demagogie

Anfang Oktober fanden in Frankfurt der ‚Wirtschaftstag 77' und in Hannover der Kongreß ‚Energie und Umwelt' statt, auf denen die energiepolitischen Vorstellungen der CDU propagiert wurden. Dazu erklärte deren Vorsitzender Kohl:

„Wie in einer Volksbewegung müsse jedem Bürger klargemacht werden, daß ein Moratorium im Kernkraftwerksbau in 12 Jahren den Anschluß der deutschen Volkswirtschaft an das Weltniveau abgeschnitten haben wird" („FAZ", 7.10.77).

„Sechs bis acht Mio. Arbeitslosen, sowie eine finanzielle Mehrbelastung in Höhe von 400 Mrd. DM bei der Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit", sieht Geisler für die BRD, wenn jetzt nicht zügig die Kernenergie ausgebaut wird („Zeit", 7.10.77). Darüber dürfe auch *„der derzeit zu beobachtende ‚Überfluß' an Energie . . . nicht hinwegtäuschen"* erklärte Stoltenberg („Welt", 12.10.77). Vor dem Hintergrund derartiger Horrorszenarios erklärte dann Kohl die AKW-Gegner zu „Reaktionären", die den Bürger mit einer *„Strategie des Rückschritts und der Armut beglücken"* wollten. („SZ", 11.10.77)! Auf dieser Wellenlänge wird dann die *„Handlungsunfähigkeit"* der SPD und FDP angegriffen, die *„in diesem zentralen Bereich zerrissen und gelähmt"* sei („FR", 12.10.77). Demgegenüber wurde *„die Übereinstimmung der CDU/CSU mit der Position der Gewerkschaften"* lobend hervorgehoben, die von IG Bergbau-Führer Adolf Schmidt auf dem CDU-Kongreß vertreten wurde. Stoltenberg forderte den Bundeskanzler auf, *„seinen starken Reden nun endlich klare Entscheidungen folgen zu lassen. Zu lange sei die für den Sommer '77 versprochene Fortschreibung des Energieprogramms schon verzögert worden . . ."* (Frankfurter Rundschau, 12.10.77). Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Riesenhuber bezeichnete es als besonders wichtig *„daß die Union bereit sei, das Konzept der Wiederaufarbeitung insgesamt und geschlossen zu tragen"* (FR, 12.10.77).

Da die Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zur Zeit eine wichtige Rolle im Atomenergieprogramm darstellt, wurde die Bundesregierung vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht aufgefordert, *„über die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig Probebohrungen in Gorleben beantragen zu lassen."* Der Antrag sei auch deshalb wichtig *„da er nur genehmigt werden könne, wenn die grundstücksrechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Dazu muß die Einwilligung der Grundstückseigentümer vorliegen oder ein rechtskräftiger Enteignungsbeschluß oder eine rechtskräftige vorläufige Anordnung"* (FAZ, 11.10.77). Bezeichnend für die SPD, daß sie im SPD-orientierten parlamentarisch politischen Pressedienst (PPP) lediglich zu monieren wußte, daß die „fehlende Entscheidungsfreudigkeit" in Sachen Wiederaufbereitungsanlage nicht an ihr, sondern an Albrecht läge, dem es nach wie vor hauptsächlich darum gehe, daß in Sachen Entsorgung die entscheidenden Konfrontationen erst nach der niedersächsischen Landtagswahl im nächsten Herbst stattfinden.

Weiterhin fordert die CDU eine Forcierung des Steinkohlekraftwerkbaus, *„für die Braunkohle muß die Verstromung Verwendungsschwerpunkt sein"* („Zeit", 7.10.77).

Für den Baustopp bei einigen Kohlekraftwerken werden wie bei den AKW's die Umweltschutzbestimmungen des Bundesministeriums verantwortlich gemacht: *„Zur selben Zeit, als die Bundesregierung einen beschleunigten Ausbau von Kohlekraftwerken vor allem in Nordrheinwestfalen beschloß, erließ das Fachressort zusätzliche Verordnungen. . ., die zum Baustopp führten"* (Stoltenberg in „FR", 12.10.77).

Auf dem CDU-Kongreß wurde deutlich, daß die Energieversorgung zu einer Frage gemacht wird, an der eine reaktionäre Volksgemeinschaft zusammengeschmiedet werden soll.

Der US-Minister für Energie, Schlesinger, sprach davon, *„daß die bisherigen Versäumnisse in den achtziger Jahren zu den härtesten politischen Erschütterungen seit den dreißiger Jahren führen könnten". „Schlesinger zeichnete ein Bild der Zukunft, wonach der Energiemangel zu einem so gewaltigen wirtschaftlichen Rückschritt führen könnte, daß die Zahlungsbilanzen der westlichen Länder in einen desolaten Zustand kämen, daß, selbst wenn Energie weltweit vorhanden wäre, die notwendigen Mittel für die Einfuhren fehlten"* („FAZ" v. 8.10.77).

Hier werden auch gleichzeitig Vorbereitungen getroffen für größere „Auseinandersetzungen" bei der Ausplünderung der dritten Welt in den achtziger Jahren.

AKW-Nein-Kommission

Katastrophen„schutz"plan Esenshamm

Entgegen den Forderungen von Bürgerinitiativen aus dem Unterwesergebiet soll der Katastrophen–Schutzplan für das AKW Esenshamm geheimbleiben.

Die Kreisverwaltung Wesermarsch hat jetzt allerding „Maßnahmen zum Selbstschutz" bekanntgegeben, weil *„ein Entweichen radioaktiver Stoffe nicht schlechthin ausgeschlossen werden kann"* (Kreiszeitung Wesermarsch, 17.9.77).

Der Zynismus, mit dem die Möglichkeit einer atomaren Katastrophe offen einkalkuliert wird, zeigt sich am deutlichsten bei den „Schutzmaßnahmen" selbst:

- wer sich im Freien aufhält, solle sofort ein geschlossenes Gebäude aufsuchen
- Fenster und Türen schließen
- Lüftungs– und Klimaanlagen ausschalten
- abgeschirmte Räume (Keller oder innen gelegene Räume) aufsuchen
- kein Frischobst essen
- kein Wasser aus offenen Brunnen oder Oberflächengewässern nehmen
- Tieren kein Futter geben, das offen im Freien lagert
- dem Unfallort fernbleiben

(alles nach „KZW" 17.9.)

Ansonsten soll man auf Meldungen aus dem Radio warten, Kreisverwaltung, Polizei, Rettungsdienst oder Feuerwehr „nur im äußersten Notfall" anrufen, den „Weisungen von Polizei und Einsatzkräften" Folge leisten und bei Evakuierungen die Wohnungen abschließen.

Die erstmalige Veröffentlichung derartiger Verhaltensmaßregeln in der Nähe eines Atomkraftwerkes durch die Behörden ist in diesem Umfang absolut läppisch und eine reine „Beruhigungspille" für die Anwohner.

Weder eine „Aktentasche über dem Kopf" noch geschlossene Türen und Fenster oder gar der Verzicht auf Frischobst werden die Verseuchung riesiger Teile der Bevölkerung verhindern, wenn es geknallt hat.

Wie aus dem von Bürgerinitiativen veröffentlichten Katastrophenplan für das AKW Fessenheim hervorgeht, wird sich der staatliche Eingriff bei einem solchen Unfall in erster Linie auf die totale Absperrung eines betroffenen Gebietes beziehen. Polizei, BGS und Bundeswehr würden nicht etwa evakuieren, sondern die betroffenen Menschen mit Waffengewalt im verseuchten Gebiet festzuhalten. Das zu veröffentlichen, würde natürlich ein Eingeständnis der Ohnmacht gegenüber der z.Z. unbeherrschbaren Atomenergie bedeuten und die ungeheure Verantwortungslosigkeit der AKW–Betreiber und des Staates belegen.

KB/Gruppe Bremerhaven

La Hague: Kein Platz für westdeutsche Brennelemente

Was unter AKW-Gegnern schon seit langem bekannt ist, daß nämlich die sogenannte Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (Frankreich) überhaupt nicht funktioniert, erregt nun auch die bürgerliche Presse. Anlaß dazu war die Reise von zwei SPD-Abgeordneten (Schäfer und Ueberhorst) am 1./2.10. nach La Hague.

„Die SPD-Politiker (...) wollen vor allem die Angaben der deutschen Kernenergiewirtschaft überprüfen, die unter anderem mit dem Hinweis auf die Funktionstüchtigkeit von La Hague einen Baustop für deutsche Kernkraftwerke für unnötig hält. (Sie) weisen darauf hin, daß der Abschlußbericht einer französischen Untersuchungskommission nach dreimonatigen Streiks in La Hague zahlreiche Hinweise darauf enthält, daß es sich bei dem französischen Entsorgungszentrum (...) nur um eine Versuchsanlage handelt" („PPP", 30.9.77). Nach der Rückkehr der beiden SPD'ler konkretisierten sich schnell die „Hinweise" auf die Funktionsuntüchtigkeit:*„Während sich die hochradioaktiven Brennelemente aus der Bundesrepublik seit 1975 in den Kühlbecken von La Hague stapeln – bis Jahresende werden es rund 200 Tonnen sein – gibt es chronische Probleme mit dem viel leichter aufzuarbeitenden französischen Abbrand"* (gemeint sind die Abfälle aus den älteren französischen AKW's, die eine wesentlich geringere Radioaktivität aufweisen als die Abfälle der „moderneren" bundesdeutschen AKW's) So traten an den Rohren, die radioaktive Abwässer ins Meer leiten, seit Inbetriebnahme vor zehn Jahren 18 Lecks auf; allein 1975 wurden 453 Fälle radioaktiver Verseuchung registriert.

CFDT-Experten registrierten zu Anfang dieses Jahres innerhalb von vier Wochen unter anderem 42 Teil-Abschaltungen oder ganztägige Reparaturen. An elf Tagen wurde die gesamte Anlage neunmal stillgelegt, nur an einem einzigen Tag in vier Wochen lief sie störungsfrei.

Auch in dem letzte Woche veröffentlichten Abschlußbericht einer von der staatlchen Atombehörde CEA und der Gewerkschaft beschickten Untersuchungskommission ist von gravierenden Mängeln die Rede, beispielsweise von ‚beunruhigenden Korrisionserscheinungen' an den Abluftrohren („Spiegel", 41/77, 3.10.77). Hinzu kommt, daß „in La Hague seit Bestehen der Anlage erst 14,3 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren wiederaufbereitet werden konnten" („PPP", 3.10.77); ungefähr diese Menge wurde auch in der –erklärtermaßen – Versuchsanlage der westdeutschen Atomindustrie WAK (Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe) verarbeitet, exakt 15,7 Tonnen (Vorlage zur Sitzung des RSK-Unterausschusses Entsorgungszentrum am 27. Mai 1977 in Leopoldshafen). Von der *„einzigen Anlage auf der Welt, die nukleare Industrieabbrände in größeren Mengen verarbeiten kann"* („Spiegel" 41/77, 3.10.77), kann also keine Rede sein!

Aus diesem Grund soll jetzt mit vereinten Kräften (sprich der Finanzierung durch die BRD, Japan, Italien, Schweiz und andere) eine neue Anlage in La Hague gebaut werden (s. ARBEITERKAMPF 113, S. 23 „Internationale WAA-Versuchsanstalt in Frankreich"), nur wird dies noch ein Weilchen (bis mindestens 1987) dauern, sofern eine neue überhaupt arbeiten kann!

Damit wird jetzt auch in der bürgerlichen Presse offenbart, daß die vertraglich zugesicherte Wiederaufbereitung in La Hague durch die Betreibergesellschaft COGEMA nichts als Lug und Betrug ist! Hinzukommt, daß selbst die ebenfalls im Vertrag geregelte Lagerung der Brennstäbe so gut wie ausgeschlossen ist:*„Die Grenze der Lagerkapazität in Höhe von 230 Tonnen in Abklingbecken ist mit derzeit 200 Tonnen fast erreicht"* („PPP", 3.10.77).

„Fast erreicht" heißt in diesem Fall:*„Die Lagerbecken in La Hague (bieten) jetzt höchstens noch Platz für die Jahresentladung eines einzigen Reaktors. Allein bundesrepublikanische Kernkraftwerke hätten aber bis 1979 Verträge über die Wiederaufbereitung von 570 Tonnen abgeschlossen"* („FR", 7.10.77). Ein weiteres Lagerbecken ist frühestens 1980 fertig („FR", 5.10.77). Das heißt nichts anderes, als daß die Verträge von vorn bis hinten reinster Betrug sind!

Erfreulicherweise heißt es dann auch:*„Betriebsrat und Gewerkschaft der Belegschaft in La Hague (haben) sich strikt gegen neue Abnahmevereinbarungen für ausländische Brennelemente ausgesprochen"* („PPP", 3.10.77), und *„die Verträge seien ‚unmoralisch und abenteuerlich', schimpfte ein Vertreter der Gewerkschaft CFDT"* („Spiegel" 41/77, 3.10.77).

Für die BRD entscheidend sind jetzt genau diese Verträge, die für folgende AKW's abgeschlossen wurden: Gundremmingen, Stade, Obrigheim, Würgassen, Biblis A, Ohu II und Philippsburg II (nach „FR", 5.10.77; „FAZ", 7.9.77 und „PPP", 3.10.77). Die jetzt bekanntgewordenen Fakten über die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague müßten also eigentlich dazu führen, daß die Betriebsgenehmigungen für all diese AKW's zurückgenommen werden, da die gesetzlich vorgeschriebene „Entsorgung" nicht gewährleistet ist, aber welches Gericht würde aufgrund der offensichtlichen Schein-„Entsorgungs"verträge eine Stillegung des betreffenden AKWs anordnen?

Komitee für die Aberkennung der Betriebsgenehmigung von AKW's

Italien: „Historischer Kompromiß" auch fürs Atomprogramm

Im italienischen Parlament stand Anfang Oktober das von der christdemokratischen Regierung vorgelegte Atom–Programm zur Debatte.

Dieses Programm sieht vor, in den nächsten Jahren in Italien acht AKWs zu bauen. Schon vor der Parlamentsdebatte war das Programm beschlossene Sache, da vor allem die „euro–revisionistische" PCI dem Programm schon zugestimmt hatte. Zweifelhaft war lediglich die Haltung der Sozialistischen Partei (PSI), die sich insgesamt gegenüber der PCI nach links zu profilieren versucht und die auch gegen das Atomprogramm Einwände erhebt. Von der Haltung der PSI hing aber für das Abstimmungsergebnis nichts Entscheidendes ab.

Entsprechend lahm lief dann die Debatte, der oft nur eine Handvoll Abgeordneter lauschten. Gegen das Atom–Programm sprachen die Abgeordneten der Democrazia Proletaria (PdUP, Avantgardia Operaia) und der kleinen Radikalen Partei. Sie forderten eine einjährige „Denkpause" (Moratorium), während der nicht mehr weiter gebaut werden soll und während der eine öffentliche Debatte stattfinden soll. Die Forderung nach einem Moratorium wurde von einzelnen Abgeordneten der PSI unterstützt. Selbst die Abgeordneten der Democrazia Proletaria vertraten aber in ihren Beiträgen nicht die Positionen der radikalen Anti–AKW–Bewegung, sondern bewegten sich eher auf einer Linie, wie sie hierzulande die DGB–Führung vertritt. So sprachen sie kaum von der grundsätzlichen Gefährlichkeit der AKWs, sondern argumentierten über Kosten, Entsorgungsprobleme, Abhängigkeit vom Ausland u.ä.

Das Atomprogramm wurde schließlich mit den Stimmen der DC, der PCI, der Sozialdemokraten (PSDI), und der Republikaner (PRI) angenommen. Die Abgeordneten der PSI und der Liberalen (PLI) enthielten sich in einigen Punkten der Stimme. Einzelne Zusatzanträge von Democrazia Proletaria fanden im Parlament bis zu 60 Stimmen, obwohl DP und Radikale zusammen nur über acht Sitze verfügen.

Die PCI hat während der Parlamentsdebatte ihre bekannten Angriffe gegen die Anti–AKW–Bewegung wiederholt: Diese sei rückschrittlich und mittelalterlich, gefährde die Arbeitsplätze usw. Umso überraschender kam es, daß einige Tage später die linksstehende Metallergewerkschaft FLM scharfe Kritik am Atom–Programm der Regierung äußerte und ihre Entschlossenheit ankündigte, eine breite Bewegung gegen das Atom–Programm zu mobilisieren. Zu diesem Zweck wurde ein Spitzentreffen der Gewerkschaftszentralen CGIL, CISL und UIL vorgeschlagen.

Von der italienischen Linken ist dieses Vorgehen der FLM mit einigen Hoffnungen registriert worden.

Italien–Kommission KB/Gruppe Hamburg

Anti-AKW-Demo in Rom



Am 28.9. fand in Rom eine Demonstration von AKW–Gegner statt. Ungefähr 500 Leute waren einem Aufruf der „Lega antinucleare" gefolgt, um mit einer Fahrraddemo gegen die Angriffe auf das Anti–AKW–Camp in Montalto zu demonstrieren (s. auch AK 114). Die Parolen lauteten „Montalto sagt nein zum AKW" und „Eine saubere Umwelt ist unser Recht". Unser Bild zeigt die Demonstration beim Abmarsch vom Piazza di Verdi.

5000 in Antwerpen beim „großen Kernenergie-Geschehen"

Fast 5.000 Menschen demonstrierten am 1. Oktober in Antwerpen gegen das belgische Atomprogramm, darunter Teilnehmer aus den Niederlanden, Frankreich und der BRD.

Um zum Demo-Ort zu gelangen, mußte man auf allen Zufahrtsstraßen nach Antwerpen Polizeikontrollen à la Kalkar über sich ergehen lassen: Autos mit AKW-Aufklebern wurden rechts rausgewinkt, Personalien überprüft und die Autos durchsucht. Trotzdem fühlte man sich doch noch weniger bedroht als auf dem Weg zur Kalkar-Demonstration, da die Bullen nicht bis an die Zähne bewaffnet waren und man nicht andauernd eine MP im Nacken hatte.

Die Demonstration begann als „stiller Marsch" durch die Straßen von Antwerpen. Erst nach und nach erklangen Parolen wie „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!" und „Das ist erst der Anfang von unserem Kampf gegen die Atomenergie!" Insgesamt bot die Demonstration ein buntes Bild und dokumentierte die Breite des Bündnisses von einem AMADA-Block („ML"-ler) bis hin zu einem Block der Jugend der nationalistischen flämischen Volks-Unie.

Die Kalkar-Broschüre des KB fand bei der Demo übrigens reißenden Absatz!

Am Abend besuchten ca. 600 Teilnehmer eine Veranstaltung, wo neben Ausstellung, Bücherverkauf und kulturellen Beiträgen vor allen Dingen den Vertretern der flämischen Parlamentsparteien sehr viel Raum gegeben wurde, ihre Vorstellungen breitzutreten. Dies ging bis in den späten Abend, so daß entgegen der Planung auch ein Vertreter der BUU Hamburg nicht zu Wort kam.

Für die Aktion am 1. Oktober hatten sich ganz offensichtlich die Vorstellungen der Rechten über den Kampf gegen AKW's durchgesetzt (im veranstaltenden 1. Oktober-Komitee sitzen eine Reihe regionaler Umweltschutzverbände, sowie die RAL und die „AMADA"). So heißt es in einer Pressemitteilung der Veranstalter vom 21.9.:

„Die Originalität des großen Ereignisses besteht darin, den steigenden Widerstand der Bevölkerung gegen die weitere Entwicklung der Kernenergie auf eine friedliche, stille und spielerische Weise zum Ausdruck zu bringen. Die Veranstalter beschlossen deshalb auch absichtlich, die Demonstration in einer Stadt und nicht am Gelände von Doel oder Tihange (den belgischen Atomzentren – Anm. AK) *stattfinden zu lasen."*



In einer weiteren Pressemitteilung vom 29.9. wird eine eindeutige Aufspaltung der AKW-Gegner vorgenommen: *„Polizeiauftreten ist aus den oben genannten Gründen („friedlich" etc.–Anm. AK) in Antwerpen dann auch undenkbar, es sei denn, um die Teilnehmer gegen mögliche Außenseiter zu schützen, die sich nicht an die Massenlinie halten können. Automatisch werden sie als Gegner angesehen und behandelt. Mit dem Auge auf diesen friedlichen Verlauf, wurde dann auch bei dem Kommissariat der Polizei von Antwerpen zwei taktische Besprechungen mit den Veranstaltern abgehalten, um auch jeden Anflug vor möglichen Mißverständnissen von vorn herein auszuschließen."* Ein aufgeblähter „Ordnerdienst", gekennzeichnet mit grünen Armbinden, sollte wohl ebenfalls „Mißverständnisse ausschließen" helfen. So verwundert es auch nicht, daß der Hauch vom „Modell Deutschland", die Polizeisperren und Durchsuchungen, von den Veranstaltern während der ganzen Aktion verschwiegen wurde.

Das Verhalten der Linken

Von der belgischen Linken beteiligten sich lediglich RAL (Trotzkisten der 4. Internationale) und die vaterländische AMADA (Bruderpartei der „KPD") mit einer eigenen Mobilisierung an der Aktion am 1. Oktober, ohne jedoch eine Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Aktion zu führen. „Einheit um jeden Preis" war augenscheinlich das Motto:*„Die RAL will deshalb über dieses Problem* (der Aktionsform – Anm. AK) *nicht stolpern. Für uns steht die Einheit im Kampf im Mittelpunkt"* („Rood",1.10.77). ImNachhinein äußerte die RAL in „Rood" eine vorsichtige Kritik an der Aktion. Ähnlich vorsichtig berichtete die „Amada" in ihrer letzten Ausgabe.

Trotz dieser Schwächen werten wir diese Aktion als einen Schritt vorwärts im Kampf gegen das belgische Atomprogramm. Die Teilnehmerzahl von 5.000 war ein deutlicher Beweis des anwachsenden Protestes.

Belgien-Kommission

USA: Unfall beim Atomtransport

Nach Meldung des Flensburger Tageblatts vom 8.10. untersucht die Umweltschutzbehörde der USA jetzt einen Uran–Unfall, durch den Ende September eine Fläche von 450 Quadratmetern verseucht wurde.

56 Kilometer von einer Stadt entfernt stießen drei Pferde mit einem Fahrzeug zusammen, das mit 50 Fässern radioaktivem Uranoxyd–Staub beladen war (Eigentümer: der Esso–Konzern).

38 dieser Fässer platzen bei dem Aufprall, und der Staub, der auf dem Wege über die Lunge erhebliche Schäden an Leber und Nieren verursachen kann. landete in der Gegend (damit das Zeug nicht wegwehen und die ganze Gegend vergiften kann, wurde es mit Plastikplanen (?!) abgedeckt).

„Dank" dieses Vorfalls kam dann raus, daß allein 1977 auf derselben Strecke (die unter anderem durch die Millionenstadt Denver führt!) bereits 909 Tonnen dieses Uranoxyds transportiert worden sind – in derselben „Verpackung".

Hier entlarvt sich das verlogene Geschwätz der Atomindustrie, die in einer ihrer Propagandabroschüren die Frage nach der Gefährlichkeit des Transports radioaktiver. Stoffe so beantwortet:*„Der Transport bestrahlter Brennelemente wird unter sehr strengen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Diese bieten eine Gewähr dafür, daß bei einem Unfall Aktivität aus den Behältern nicht austreten kann. Beispielsweise muß ein Behälter zum Transport von bestrahlten Brennelementen nach einem Absturz aus 9 m Höhe auf ein mit einer Stahlplatte armiertes Betonfundament noch dicht bleiben. Er muß auch einer halbstündigen Feuerprobe bei über 800 Grad Celsius standhalten. Eine Gefährdung der Bevölkerung durch den Transport bestrahlter Brennelemente kann also ausgeschlossen werden. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für den Transport anderer radioaktiver Stoffe"* („Zum besseren Verständnis der Kernenergie", Pro–AKW–Broschüre der HEW/NWK).

Daß diese absolut sicheren Transportbehälter, die es nach Meinung der AKW–Betreiber sogar mit Betonfundamenten aufnehmen können, bereits bei einem Zusammenstoß mit drei Pferden aus dem Leim gehen, spricht weder für die Zuverlässigkeit dieser Transportmethode noch für die Glaubwürdigkeit der AKW–Betreiber.

Der Gedanke, daß so ein Unfall auch direkt in einer Stadt passieren und die Bevölkerung schwer bedrohen könnte, schert die Zyniker von Esso wenig:

Schließlich könne man Uranoxyd nicht unter denselben Sicherheitsvorkehrungen wie Plutonium transportieren, der Staub sei viel weniger gefährlich (ein Sprecher der ESSO, lt. „FT"). Soll natürlich heißen: Ausgaben für Sicherheit schmälern den Profit.

Um mit Esso selbst zu reden: *„Es gibt viel zu tun. Packen wirs an!"* (Worauf die Gift nehmen können).

Eine Genossin aus Flensburg

Arbeiter und Kapitalisten — gemeinsam für AKWs? Nein danke!

Die AKW-Betreiber sind in den letzten Monaten mit großem Aufwand daran gegangen, eine rechte Gegenbewegung zur Anti-AKW-Bewegung zu schaffen. Diese „Gegenreformation" soll nach dem Willen der Initiatoren unter Beweis stellen, daß die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes nichts gegen die Kernenergie einzuwenden hat und die Anti-AKW-Bewegung eine verschwindende Minderheit von „Querulanten" bzw. zum Teil „Gewalttäter" darstellt.

In der rechten Allianz sind neben der Atomindustrie selber auch sogenannte „AKW-Ja"-BIs beteiligt, die bemerkenswerterweise gerade in den Städten hochgezogen wurden, wo die Firmen der Atomindustrie angesiedelt sind, die sich „ihre Bürgerbewegung" etwas kosten läßt. Ferner sind auch besonders rechte Gewerkschafts- bzw. Betriebsrätekreise häufig die übelsten Verfechter dieser „Gegenreformation".

Rechte Betriebsräte rufen auf zum „Sturm des Westfalenstadions"

Höhepunkt der rechten Mobilisierungskampagne von rechten BRs und ihren Konzernchefs, soll eine Demonstration im Dortmunder Westfalenstadion werden. Dies wurde auf einer „Tagung" von ca. 1.000 Betriebsräten aus dem Bereich der Energiewirtschaft beschlossen, die letzte Woche auf Betreiben der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und anderer Konzerne aus der Energiewirtschaft in der Dortmunder Westfalenhalle über die Bühne ging. Finanziert wurde dieses groß als „Betriebsrätekonferenz" — die ca. 2 Millionen Arbeitnehmer vertreten sollen — herausgeputzte Propaganda-Treffen für Kernenergie durch die Atomindustrie selber. In einem erschreckenden Maße übten hier „Vertreter der Arbeiter und Angestellten" Gemeinsamkeit mit ihren Konzernherrn. Gerade die Chefs der KWU und der Chef der VEW wurden mit sehr viel Beifall bedacht.

„*Energisches Ja zur Kohle und Kernwerke — 1000 Betriebsräte einig wie ein Mann*" oder „*Betriebsräte proben Gegeninformation*" („WAZ", 13.10.77) — so und ähnlich kommentierte erfreut die bürgerliche Presse.

Für den Mitinitiator, den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der VEW, J. Nordheider, war diese Veranstaltung gar ein Stück „*praktizierter Sozialpartnerschaft*", denn man sei bei den „*Arbeitsplatzsorgen durch die Baustopps*" mit den Unternehmern „*in einem Boot*".

Die Einschwörung auf die finsteren Pläne der Atomindustrie klappte ohne Schwierigkeiten. So konnte unter Applaus der KWU-Chef seinen Mist unter die Leute bringen: „*Bei dem Kongreß hatte es zuvor Beifall für die Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), Knizia, und der Kraftwerks Union, Barthelt, gegeben. Sie hatten erklärt, die Fragen der Entsorgung von Kernkraftwerken sei grundsätzlich gelöst. Wenn es in der nuklearen Versorgung echte Probleme gebe, sagte der KWU-Chef, dann lediglich in der Genehmigungspraxis. Barthelt kritisierte Teile von SPD und FDP, die den Bau neuer Kernkraftwerke von der ersten Teilgenehmigung für das Entsorgungszentrum abhängig machen wollen*" („Ruhr-Nachrichten", 13.10.77).

Mit Hinweis auf die Arbeitsplatzsorgen forderte er ein skrupelloseres Vorgehen: „*Barthelt stellt die Frage, ob das deutlich sichtbare Risiko einige Millionen zusätzlicher Arbeitsloser eher zu verantworten sei 'als das sogenannte Sicherheitsrisiko einer Technologie, die trotz breiter Anwendung noch kein einziges Opfer gekostet hat.'*" („Ruhr-Nachrichten", 13.10.77).

Trotz dieser markigen Sprüche, die allen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Gefahren der Kernenergie Hohn sprechen, regte sich unter den versammelten Betriebsräten kein Protest oder auch nur Kritik.

„*Angesichts der nur vorhandenen 'Pro-AKW-Stimmung' tauchten kaum kritische Kernkraft-Worte auf. Man war unter sich und suchte keinen Streit*", kommentierte die „Neue Ruhr-Zeitung" (13.10.77). Und J. Nordheider, zum Sinn der Veranstaltung gefragt, meint, die Initiative solle „die Keimzelle für eine Art Bürgerinitiative der Belegschaften pro Kern- und Kohlekraftwerke" werden. Man wolle eine „*Koalition der Einsicht und Vernunft*" bilden („WR", 13.10.77).

Diese Initiative sei besonders im Hinblick auf die kommenden Parteitage der SPD und FDP gedacht, um dort entsprechende Beschlüsse durchzusetzen. Sie solle dem „*Kanzler den Rücken stärken...*„Ihr Ziel habe die Kampagne dann erreicht, wenn sich der SPD-Parteitag Anfang November mit 2/3-Mehrheit gegen das Moratorium ausspräche und damit grünes Licht für die Genehmigung neuer Reaktoren gäbe.

Was hier in trauter Übereinstimmung von Ausbeutern und sogenannten „Arbeitnehmervertretern" praktiziert wird, ist ein schändliches Spiel bestochener und/oder irregeleiteter Anhänger der totalen Unterordnung unter das kapitalistische System. Rücksichtslos wird hier im Namen des Kapitalismus und unter vorgeblicher „Sorge um die Arbeitsplätze" die Durchsetzung des Atomprogramms gefordert. Drahtzieher sind die gleichen Gewerkschaftsführer und Berufsbetriebsräte, die keine Skrupel hatten, sich an der Vernichtung zigtausender Arbeitsplätze in der Montanindustrie zu beteiligen. Vorneweg bei dieser Kampagne im Solde der Kapitalisten ist einmal mehr die Führung der erzreaktionären Gewerkschaft IG Bergbau. Sie hat eine Unterschriftensammlung für den Bau von Kohlekraftwerken unter Umgehung von Umweltschutzvorschriften gestartet. Es nimmt nicht wunder, daß die sogenannte „Arbeitnehmerorganisation" der CDU, die CDA, diese Unterschriftensammlung unterstützt. Und Spitzenreiter im Unterschriftensammeln ist der Bürgermeister von Datteln, wo ein Riesenenergiezentrum der Industrie entstehen soll. Hauptsächlich in Geschäften dieses Ortes sammelt er. Sein Name: Horst Niggemeier, Vorstandsmitglied der IG Bergbau, Redakteur von deren Organ „Einheit" und Schreiberling im DGB-Organ „Welt der Arbeit" und Träger einer Reihe weiterer Posten.

Für die AKW-Gegner in den Gedie Bürgerinitiativen in NRW ist es an der Zeit, diesen „Gewerkschaftern" durch eine massive Gegenarbeit der AKW-Gegner und Gewerkschafter das Handwerk zu legen.

AKW-Nein-Kommission

Schweizer Gewerkschaft gegen AKW's

Der Zentralverband der Gewerkschaft Textil Chemie Papier (GTCP) hat am 9.9. eine Erklärung für Baustopp von AKWs verabschiedet — übrigens die erste offizielle Stellungnahme von gewerkschaftlicher Seite zum Thema AKW überhaupt.

In der Erklärung werden Forderungen aufgestellt wie die, daß Industrie- und Wirtschaftspolitik nicht einseitig auf die Interessen der Kapitaleigner ausgerichtet sein dürfen, daß die staatlich finanzierte Forschung von rein unternehmerischen Interessen entflochten werden muß, daß in Sektoren mit großem Energieverschleiß eine Investitionskontrolle stattfinden müsse sowie die Forderung nach einem Moratorium für Atomkraftwerke (Baustopp).

Bemerkenswert sind dabei die Begründungen: „ ... *Der Bau von Atomkraftwerken hat ein Zeichen gesetzt für das Ausmaß der Verantwortungslosigkeit in der Wahl der Mittel zur Energiegewinnung. Bei keiner Energiequelle und Forschungsrichtung stellt sich so unmittelbar und bedrohlich das Problem der Zerstörung wie bei der Kernenergie. Überdeutlich ist dabei der schreckliche Zusammenhang zwischen dem von der Bevölkerung der betreffenden Staaten getragenen Kostenaufwand für die Entwicklung der Atombombe und den dadurch geschaffenen Sachzwängen zur Nutzung der Forschungsresultate durch den Bau von Atomkraftwerken, ein Zusammenhang, der heute durch die Entwicklung des 'Schnellen Brüters' umso gefährlicher geworden ist und die Verflechtung zwischen wirtschaftlichen und militärisch-politischen Interessen in aller Schärfe zeigt. Bei keiner anderen Energiequelle ist aber auch der Widerspruch zwischen dem Konzept zum Bau von Atomkraftwerken und der Konzeptlosigkeit in der Beseitigung des lebensgefährlichen Abfalls so klar geworden, ganz zu schweigen von der fehlenden Sicherheit der Atomkraftwerke selber ...*".

Man vergleiche dazu die Stellungnahmen der DGB-Gewerkschaften! Diese noch relativ harmlose Erklärung wäre heute von den BRD-Gewerkschaften völlig ausgeschlossen.

Österreich-Schweiz-Kommission

Richtigstellung

Im Arbeiterkampf Nr. 114 hatten wir behauptet, bei INTERATOM sei ein Betriebsratsmitglied seines Amtes enthoben worden, weil er sich öffentlich (am Schwarzen Brett) vor den Kollegen davon distanziert hatte, Unterschriften für AKWs zu sammeln.

Dies hatten wir der „Konkret" 5/77 entnommen, ist aber offensichtlich falsch, wie man der folgenden Nummer der „Konkret" entnehmen kann: Richtig ist, daß dem BR sämtliche Funktionen im BR entzogen wurden, und er als stellvertretender BR-Vorsitzender zurücktrat. Auch aus der IG Metall ist der Kollege ausgetreten.

Zu dem Vorgang schrieb der Kollege in „Konkret": Die für eine Amtsenthebung „*unabdingbare Voraussetzung – grobe Verletzung gesetzlicher Pflichten – konnte selbst von der Unternehmensleitung nicht gesehen werden, die sich daher damit begnügte, mir 'private Veröffentlichungen an den schwarzen Brettern und sonstigen Wandflächen im Firmengelände' zu untersagen.*"

Stellungnahme eines Kollegen von INTERATOM

„*Es irritiert, wenn die Elektrizitätsunternehmen ihre Mitarbeiter zu Gegendemonstrationen auf die Straße scheuchen!*"

Dies schrieb Frank Haenschke in seinem Buch „MODELL DEUTSCHLAND, DIE BRD IN DER TECHNOLOGISCHEN KRISE" und bei einem der Initiatoren der letzten Demonstration für Atomkraft und Arbeitsplätze, da zirkulierte im mittleren Management von INTERATOM folgendes Zirkular. Da hieß es u.a.: „*Arbeitnehmer entschließen sich nicht etwa in demokratischer. Abstimmung zu einer Demonstration für den Kernkraftsbau, sondern sie werden von den Elektrizitätsunternehmen auf die Straße gescheucht.*"

Wie sah denn bei der Firma INTERATOM dieser 'demokratische Bildungsprozeß' aus und die 'demokratische Abstimmung' nach Bonn zu gehen? Um das Atomkraftwerkstodeskarussell anzuheizen und den Bundesfürsten Helmut zu bewegen, sich einmal zu freuen über einige tausend Bürger, die endlich einmal lautstark in Bonn für seine Politik eintraten?

Am 19.11.1976 fanden bei INTERATOM Betriebsversammlungen statt. Nicht nur der Betriebsrat hielt werbewirksame Atomkraftwerksreden, auch die Werbeabteilung durfte in der Betriebsversammlung das Wort ergreifen, bevor es zu der Abstimmung kam. Da man ja in den Betrieben, so die Besitzer, schon immer eine große Familie sei, wäre es gar nicht nötig, mit Stimmzettel oder gar Wahlkabinen die Befragung durchzuführen und so hoben denn, pflichtbewußt, da von Geschäftsleitung und Betriebsrat gemeinsam sozialpartnerschaftlich beobachtet, 98% der auf der Betriebsversammlung anwesenden Belegschaftsangehörigen die Hand. Für eine Demonstration. FÜR ATOMKRAFTWERKE!

Als gelehriger Schüler ging man dann weiter und betrieb als Betriebsrat eifrig eine Unterschriftenaktion und auch einige Briefe wurden geschrieben an die Politiker.

Sonst sind ja Politiker nicht sehr angetan, wenn eine Belegschaft um Arbeitsplätze kämpft. Wie bei Mannesmann/Reisholz in Düsseldorf. Da redet man gleich davon, das sei ein kommunistisch gelenktes Manöver, hier um Arbeitsplätze zu kämpfen Anders bei INTERATOM. Da war man über Initiativen der Belegschaftsvertretung, die intern schon die Funktion der Werbeabteilung übernommen hatte, sehr erfreut.

Wie sehen eigentlich diese Betriebsräte so Demonstranten, die keine Atomkraftwerke und den Müll haben wollen? „*Wer ist es, der solche Demonstrationen international organisiert und welche Ziele werden damit verfolgt? Unsere Beobachtungen weisen aus, daß es bei den bisherigen Aktionen überwiegend, wahrscheinlich noch nie im harten Arbeitsleben gestandene Menschen sind oder, die von unrealistischen Ideen über Demokratie, Wachstum, Arbeitsplatz und menschenwürdige Gestaltung der Umwelt verführt wurden und die derzeitige Energiesituation nicht realistisch einschätzen.*" Das und andere nette Sachen schrieben die Betriebsräte der Firmen Schnellbrüter–Kernkraftwerksgesellschaft mbH Kalkar, Interatom, —INB—Bergisch Gladbach, Kraftwerk Union Mühlheim und Bau–Arge, Kalkar an den Bundeskanzler. Weil es aber für ihn anscheinend immer schon verschiedenste Arten von Bürgern gibt, hat er es sich nicht verbeten, daß die Atomkraftwerksgegner als lichtscheues und nicht hart arbeitendes Gesindel bezeichnet wurden.

Doch weiter zur Arbeit eines Betriebsrates, der teilweise auch in der IG Metall organisiert ist. Vor dem 29.9.77 wurden die Aktivitäten verschärft. Auf einer kurz vorher stattfindenden Betriebsversammlung liefen, für die INTERATOM–Belegschaft ein völlig neues Bild, Betriebsräte durchs gesamte Werk mit Listen, in die man sich eintragen konnte als Teilnehmer der Bonner Pro–Atomkraftwerksdemonstration und auf der Betriebsversammlung, da äußerte ein Sprecher der Geschäftsleitung ganz offen, daß die, die vielleicht Zweifel am Vorgehen hätten und nicht an der Demonstration teilnehmen wollten, doch die Kündigung einreichen könnten.

Also wurde die Listeneintragungsaktion vorangetrieben. Die Autobusse mußten ja anhand der Teilnehmerzahlen bestellt werden, um nach Bonn zu kommen. Die Listen wurden in den Abteilungen herumgereicht. An erster Stelle stand die Unterschrift des Abteilungsleiters, dann wanderten die Listen durch die Abteilungen, wiederum war für jedermann erkennbar, wer nun mitfahren wolle und wer nicht. Die Listen kamen irgendwie zu den Abteilungsleitern zurück und wer nicht unterschrieben hatte, dem wurde zugeredet. Freundschaftlich zunächst, später auch gröber ('Die Geschäftsleitung wünscht, daß jeder mitgeht, soweit nicht dringende Gründe dagegen sprechen') aber man schreckte auch nicht davor zurück, über den beruflichen Werdegang zu reden, wenn man nicht demonstrieren würde. In der Mittagspause, kurz vor dem Demonstrationstermin wurde die Kantine noch beschallt, sich doch endlich in die Listen einzutragen; diese waren in einer Abteilung ausgelegt, deren Leiter wegen seiner repressiven Personalführung seit über drei Jahren vom Betriebsrat bekämpft wird.

Bei INTERATOM war's auch mal anders. Anfang des Jahres 1976, als Mitglieder des deutschen Atomforums eine Unterschriftenaktion zugunsten der Atomindustrie starteten, war der Erfolg sehr mäßig. 300 Unterschriften waren bei über 1000 Belegschaftsmitgliedern die magere Ausbeute. Da lief allerdings nicht Hand in Hand die Aktion des Betriebsrates/ Geschäftsleitung–Interatom.

Aber es geht noch weiter, ein Herr Dieter Brunner aus Essen Eintrop/ Bürgerinitiative KWU zeichnete für ein Flugblatt verantwortlich, daß vor der Fa. KWU verteilt wurde:

„*Es ist kaum zu glauben, aber es entsprcht der Wahrheit . Der DKP–Mühlheim ist es gelungen, das Gros der Bürgerinitiative zu stellen und kämpfen gegen unsere KKW's. Wir bestehen darauf als rechtschaffende Siemens, AEG oder KWU–Angehörige, daß im Falle von Entlassungen die Kommunisten (es folgen zehn Namen) auf der Erst–Liste stehen. Sie sind die Mitinitiatoren gegen die Herstellung von KKW' s und somit auch die Zerstörer unserer Produktion und Arbeitsplätze. Sie führen den Auftrag des Ostens durch, unsere Wirtschaft lahmzulegen. Sie sind bereit, dem Osten die Steigbügel zu halten. Warum zögert die Werksleitung? Warum wartet sie, bis die Rote Gruppe uns vernichtet hat?*"

Der Flugblattverantwortliche ist in Essen–Eintrop nicht auffindbar und unbekannt.

Das sind die Methoden jener, die verantwortungsbewußt die Atomkraft samt Müll als 'Spezialisten' auf uns loslassen.

IG-Chemie-Führung wirbt für Wiederaufbereitungsanlage

Aus der Tatsache, daß die IG-Chemie Führung für Atomkraftwerke ist, hat sie nie einen Hehl gemacht. Sie argumentiert dabei scheinheilig, wie die AKW-Betreiber selbst, mit der Arbeitsplatzsicherung und ihrer Sorge um den wachsenden Wohlstand (s. AK 94/95).

Wer für AKWs ist, muß natürlich auch für Wiederaufbereitungsanlagen sein.

So ist in der Gewerkschaftspost (gp) 10/77 ein Bericht über die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) zu finden, der dem Leser suggerieren will, daß wie in AKWs so auch in Wiederaufbereitungsanlagen nichts passieren kann, wenn entsprechende Kontrollen bestehen. Dazu wird ein geradezu mitreißendes und sympathisches Bild von der WAK gezeichnet. „Mit viel Geschick und Fingerfertigkeit" würden dort in Präzisionsarbeit Roboterarme bedient, die die radioaktiv strahlenden Brennelemente hinter dicken Betonwänden zerlegen ... usw.

Der Betriebsratsvorsitzende kommt zu Wort: „Durch die eineinhalb Meter dicken Betonwände und die Bleiglasscheiben geht keine Strahlung hindurch." Ein Chemiewerker: „Angst vor Strahlung hat hier keiner. Die Sicherheitsvorschriften sind sehr umfangreich, aber auch notwendig. Ich habe hier einen s i c h e r e n Arbeitsplatz. Mir gefällt es hier."

Dem Leser fällt ein Stein vom Herzen, daß es den Mitarbeitern so gut gefällt.

Zum Schluß wird noch Uran als hervorragender Brennstoff zur Erzeugung von Energie gelobt, dessen Radioaktivität allerdings bei „u n - k o n t r o l l i e r t e r" Freisetzung Schaden anrichten kann.

Bei entsprechender Kontrolle kann also nichts passieren, möglichst durch Mitbestimmung ihrer Herren Betriebsräte – oder wie hat sich das die IG-Chemie-Führung gedacht!?

Chemie-Komittee

VK Merck/Darmstadt: IG-Chemie-Führung soll ihre pro-AKW-Haltung revidieren!

In einem Antrag des Vertrauensleutekörpers (VLK) von Merck/Darmstadt wird die Verwaltungsstellendelegiertenkonferenz aufgefordert, folgendem Antrag zuzustimmen:

„*Die Verwaltungsdelegiertenkonferenz der IG-Chemie-Papier-Keramik in Darmstadt fordert den Beirat auf, seine Haltung zum Bau und zur Inbetriebnahme von Atomkraftwerken zu revidieren.*

Die Delegiertenkonferenz ist der Auffassung, daß ein Bau- und Planungsstopp für alle im Bau befindlichen Atomkraftwerke verfügt werden soll. Sie ist ferner der Auffassung, daß alle Anstrengungen dahingehend unternommen werden sollen, umweltfreundliche und weniger risikoreiche Formen der Energieversorgung zu entwickeln. Im Zuge dieser Entwicklung sollen die bereits in Betrieb genommen Atomkraftwerke schrittweise stillgelegt werden".

In der Begründung dieses Antrages wird neben der Darstellung der Gefahren im Normalbetrieb der AKWs und neben möglichen Katastrophenfällen auch verdeutlicht, daß die „*Endlagerung nirgendwo in der Welt praktisch erprobt wurde*".

Dürfte der Antrag der Merck-Vertrauensleute der IG-Chemie-Führung schon schwer im Magen liegen, so wird der letzte Teil der Antragsbegründung der Gewerkschaftsführung besonders zu schaffen machen:

„*Die Auffassung einiger führender Gewerkschaftsfunktionäre kann nicht geteilt werden, daß bei einem Baustopp für Kernkraftwerke Tausende von Arbeitsplätzen bedroht sind (...) Die Argumentation mit der „Gefährdung von Arbeitsplätzen" ist offensichtlich geprägt vom Standpunkt der Unternehmer der Energiewirtschaft; deren Interessen sind auf möglichst hohe Profite ausgerichtet, die Folgen müssen dann die Arbeitnehmer tragen.*"

Laßt hundert Merck-Anträge blühen!

Chemie Komittee

Betrieb und Gewerkschaft





Stahltarifrunde zum Auftakt:

Kapitalisten wollen Reallohnabbau erzwingen!

Rechtzeitig vor den ersten Tarifverhandlungen, die wieder mit den zum 31.10. gekündigten Stahltarifen beginnen, haben Kapitalistenverbände sowie Bundesbank und Regierung zur massiven Stimmungsmache gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen angesetzt.

Einmütig sind die Herrschenden der Meinung, daß der ins Stocken geratene Aufschwung und die anhaltende Arbeitslosigkeit vor allem auf die „zu hohen" Lohnkosten zurückzuführen seien.

Durchgesetzt werden sollen deshalb in den kommenden Tarifrunden extrem niedrige Lohnerhöhungen, die nach Möglichkeit noch unter 3,5% liegen sollten, so jedenfalls lautet die Empfehlung des „Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung" („Handelsblatt", 7.9.77).

Auch wenn es sich hierbei um das bekannte und sich jährlich wiederholende Spektakel handelt, so wird dennoch deutlich, daß die Kapitalisten Lohnabschlüsse anstreben, die noch unter den miesen Vereinbarungen der letzten Jahre liegen. Sie sind entschlossen, die Lohnraubpolitik konsequent fortzusetzen.

Daß die Tarifauseinandersetzung in der Stahlindustrie beginnt, kommt ihnen dabei sicher nicht ungelegen. Denn wie in kaum einer anderen Branche sind die Arbeiter und Ange-

ihnen dabei sicher nicht ungelegen. Denn wie in kaum einer anderen Branche sind die Arbeiter und Ange-

stellten in dieser Branche von Kurzarbeit und Massenentlassungen betroffen. Allein seit Jahresbeginn ist die Zahl der „Stahlkocher" um 10.000 zurückgegangen und mehr als 10% der Beschäftigten mußten kurzarbeiten. Nach Berechnungen der IG Metall muß davon ausgegangen werden, daß weitere 50.000 Arbeitsplätze in dieser Branche vernichtet werden.

Vor dem Hintergrund dieser gigantischen Arbeitsplatzvernichtung hoffen die Kapitalisten auf einen extrem niedrigen Tarifabschluß, der zur Folge hätte, daß die Stahlkonzerne zusätzliche Mittel für die geplanten Rationalisierungsinvestitionen und der damit verbundenen weiteren Arbeitsplatzvernichtung erhielten. Gleichzeitig schüfe ein niedriger Stahlabschluß für die Klasse der Kapitalisten eine gute Ausgangssituation, um auch in den nachfolgenden Tarifauseinandersetzungen ähnliche Abschlüsse durchzusetzen.

„Gesamtmetall erklärt Streikbereitschaft"

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins der Bayerischen Metallindustrie erklärte Gesamtmetall-Präsident Thiele ausdrücklich, daß ein Tarifabschluß von 6,9% wie in der Metallindustrie (der angeblich auf einen Großteil der Unternehmen wie ein Schock gewirkt habe) nicht noch einmal hingenommen werde. Nach seiner Meinung müsse *„dieses Zuviel an Löhnen"* bei der jetzt anstehenden Lohnrunde berücksichtigt werden, andernfalls forderte er die Metallkapitalisten zum entschlossenen Wider-

Lohnrunde berücksichtigt werden, andernfalls forderte er die Metallkapitalisten zum entschlossenen Wider-

stand auf. *„Die Metallindustrie müßte sich darauf einstellen, daß lohnpolitische Vernunft möglicherweise nur noch erreichbar sei durch die erklärte Bereitschaft zur Annahme eines Streiks und zur Abwehr-Aussperrung"* („HB", 29.9.77).

Natürlich dürfen im Chor derjenigen, die gegen Lohnerhöhungen hetzen, Bundesbank und Regierung nicht fehlen. Wobei von dieser Seite vor allem auf die von der Bundesregierung angekündigten steuerlichen „Erleichterungen" gesetzt wird, wodurch *„es den Gewerkschaften nicht allzu schwer fallen sollte, in der kommenden Lohnrunde niedrigere Forderungen als 1977 zu stellen"* („HB", 16.9.77).

Ein Hinweis den sich die Gewerkschaftsführer sicher gut merken werden!

Loderer: Großes Maul -- aber was dahinter?

Auch vor dieser Tarifrunde übertrifft sich IG-Metall-Chef Loderer an Wortradikalität wieder 'mal selber. Auf die Frage nach einem Stillhaltepakt mit den Kapitalisten antwortete er: *„Im übrigen gibt es mit diesen deutschen Unternehmern kein Freundschaftsabkommen. Da gibt es nur Tarifverträge. Diese haben die Aufgabe, für die Dauer ihrer Laufzeit sozusagen das Kriegsbeil zu begraben. Wenn die Verträge abgelaufen sind, stehen sich die gegensätzlichen Interessen wieder hart gegenüber. Ich lasse mich nicht zu einem Partner von Leuten machen, die aufgrund der Gegebenheiten nicht meine Partner sein können"* („Wirtschaftswoche", 2.9.)

Bei diesen Sprüchen soll offenbar

gebenheiten nicht meine Partner sein können" („Wirtschaftswoche", 2.9.)
Bei diesen Sprüchen soll offenbar

der Eindruck entstehen, daß die IG Metall-Führung tatsächlich „eine härtere Gangart" einschlagen will. In gleichem Stil äußerte sich der „Große Vorsitzende" Loderer gegenüber der „Bild"-Zeitung: *„Ermäßigungen bei der Lohnsteuer und Erhöhungen der Löhne sind zwei Paar Stiefel. Wir werden unsere Tarifforderungen nicht zurückschrauben, nur weil es Lohnsteuerabschläge gibt"* („Bild", 12.8.77).

Wohlweislich hat der IG Metall-Chef darauf verzichtet, konkret zu sagen, was für eine Forderung (Art und Höhe) ihm denn nun für die anstehende Lohnrunde vorschwebt. Noch zeigen die IG Metall-Führer besonders mit dem Maul wenig Kompromißbereitschaft. Womit aber auf keinen Fall gemeint ist, daß diesmal die „sozialpartnerschaftliche" Tarifpolitik über'n Deister gehen soll. Im Gegenteil, der Anpassungskurs wird unverändert beibehalten. Aus diesem Grund hat der IGM-Verhandlungsführer Herb schon darauf hingewiesen, daß der IGM-Führung die *„schwierige wirtschaftliche Lage in der Eisen- und Stahlindustrie"* bekannt sei, und daß diese gleichgewichtig neben der *„sozialen Stellung der Arbeitnehmer"* gesehen werden müsse. Als erstes soll der „schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Eisen- und Stahlindustrie", die seit zwei Jahren fällige Erhöhung der „stahltypischen Zuschläge" zum Opfer fallen. Diese Zuschläge wurden schon zweimal gekündigt, ohne daß eine Erhöhung erfolgte.

Für die bevorstehende Stahltarifrunde wurden in den Betrieben bisher Lohnforderungen zwischen 10

Für die bevorstehende Stahltarifrunde wurden in den Betrieben bisher Lohnforderungen zwischen 10

und 15% aufgestellt.

Mannesmann Hilden: Kollegen fordern 200 Mark mehr!

Die Kollegen von Mannesnann Hilden liegen hierbei mit der bisher einzigen Festgeldforderung von 200 Mark an der Spitze. Für diese Forderung hatten in einer Umfrage 97,4% der befragten Kollegen gestimmt. Die Vertrauensleute der Hoesch Westfalenhütte fordern 10,5 bis 15% und bei den Phoenix-Hüttenwerken in Dortmund 13 bis 15%.

Thyssen Meiderich: Vertrauensleute fordern zwischen 10 und 12%.

ATH Duisburg: gefordert werden mindestens 10%.

Klöckner Bremen: Vertrauensleute fordern 10% oder 136 Mark. Dazu eine Erhöhung der stahltypischen Zuschläge, und zwar von 12,5 auf 15% bei Spät- und von 20 auf 25% bei Nachtschicht.

Stahlwerke Südwestfalen: Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 12%.

Die Stahlarbeiter werden nur dann den angedrohten Abbau der Reallöhne verhindern können, wenn sie eine aktive und von den Kollegen selbst getragene Tarifpolitik entfalten. Denn eine akzeptable Lohnerhöhung ist nur zu erreichen gegen den erbitterten Widerstand der Stahlkapitalisten und gegen den Anpassungskurs der Gewerkschaftsführer.

Metallkommission

Gewerkschaftsführer.
Metallkommission

KB/Gruppe Hamburg



Kampferprobte Hoesch-Arbeiter (1973)

Hanomag-Henschel: IGM-Führer wollen zwei Betriebsratskollegen ausschließen

Am 6.Oktober fand in den heiligen Räumen der Hamburger IGM-Zentrale wieder einmal eines jener berüchtigten „Verfahren zur Feststellung gewerkschaftsschädigen Verhaltens nach §11 der Satzung" statt.

Jutta V. und Horst H., die seit 6 Jahren bei Hanomag arbeiten, dort von den Kollegen als Vertrauensfrau/mann, und auf der oppositionellen „alternative"-Liste 1975 als Betriebsräte gewählt wurden, sollen jetzt aus der IG Metall gefeuert werden.

Ihnen wird „gewerkschaftsfeindliches Verhalten" vorgeworfen.

So haben sie im Dezember 1975, zusammen mit zahlreichen anderen oppositionellen Betriebsratskollegen und Jugendvertretern zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Gegen die kapitalistische Krisenpolitik die Einheit verstärken" aufgerufen und daran als Veranstalter teilgenommen. Über 3.000 Kollegen besuchten diese Veranstaltung, darunter auch etwa 30 Hanomag-Kollegen.

Die Hamburger IGM-Führer behaupten jetzt, daß *„die genannte Betriebsräte-Veranstaltung am 6.12. 1975 vom Kommunistischen Bund organisiert und veranstaltet wurden ist, bzw. die gesamte Veranstaltung ein gewerkschaftsfeindliches kommunistisches Gepräge hatte."*

Direkt nach der Veranstaltung war den Kollegen ein Revers der IGM-Führung zugeschickt worden, in dem es hieß: *„Ich erkläre verbindlich, daß ich keiner der durch den Beiratsbeschluß vom 16.April 1973 erfaßten gegnerischen Organisationen mehr (!) angehöre, bzw. mich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten nicht mehr (!) beteilige und diese auch nicht mehr (!) unterstütze."*

Die Kollegen veröffentlichten zusammen mit dem BR-Vorsitzenden von Reynolds, der wegen der gleichen „Vergehen" angeklagt worden war, einen „Offenen Brief", in dem sie den Vorwurf, die Betriebsräte-Veranstaltung sei vom KB veranstaltet worden zurückwiesen und es ablehnten, den Revers zu unterschreiben.

Daraufhin ging dann bei der Ortsverwaltung eine „eidesstattliche Erklärung" eines Kollegen ein, der die beiden beim Verkauf des AK–

Fortsetzung Seite 22

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

SEL-Mannheim: Warnstreiks gegen Produktionsverlagerung

Um rund die Hälfte (auf jetzt 900 Beschäftigte) ist das Mannheimer SEL-Werk seit 1972 geschrumpft (worden). Als die Kollegenschaft, zu einem Großteil Frauen, jetzt erfuhr, daß die Stuttgarter SEL-Zentrale die Zusammenfassung der Produktion von zivilen Funkanlagen in Westberlin erwägt, legten sie am 6.9. zunächst für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Nicht zuletzt sollten damit die Stuttgarter Manager daran erinnert werden, daß sie der Belegschaft vor kaum zwei Jahren das schriftliche Versprechen gegeben hatten, daß die gesamte Zivilfunkproduktion in Mannheim konzentriert würde. Die Bosse des zum US-Multi ITT gehörenden Konzerns haben sich aber mittlerweile darauf besonnen, daß sie doch lieber „aus Konkurrenzgründen" die in Westberlin angebotenen Steuervorteile („Frontstadt-Zulage") wahrnehmen wollen. Spätestens 1978 soll die Verlagerung erfolgen. Die Ankündigung der Kapitalisten, die Westberliner Navigationsgeräte-Produktion nach Mannheim zu schaffen, konnte die Kollegenschaft nicht beruhigen, da durch diese Maßnahme nicht mal die Hälfte der Mannheimer Arbeitsplätze gesichert werden könnte. Vielmehr sei zu befürchten, daß das Werk letztlich ganz geschlossen werden soll. Als die Geschäftsleitung am 7.9. eine außerordentliche Betriebsversammlung ansetzte, ließen die meisten Kolleginnen und Kollegen schon eine halbe Stunde vorher die Arbeit Arbeit sein und brachten so erneut ihren Protest zum Ausdruck.

***

Spontane Demonstration auf der Werft!

Flensburg: Am 3.10. demonstrierten knapp 1000 Kollegen des Schiffbaubetriebes der Flensburger Schiffsbaugesellschaft auf Initiative der Vertrauenskörperleitung zu einem ca. 1 km entfernten Betriebsteil. Erst kurz vor der Mittagspause hatten die meisten Vertrauensleute erfahren, daß hier der Aufsichtsrat tagte und der Großaktionär der FSG, Harmstorff (besitzt weitere Werften in Lübeck, Büsum und West-Berlin) anwesend war. Sofort war man sich einig, rüberzumarschieren, um den Großkapitalisten über die Zukunft der Werft zu „befragen". Seit ca. 1 1/2 Jahren besteht für die Kollegen Unsicherheit über die Auftragslage und damit über die Arbeitsplätze. Bei vielen Kollegen war deshalb schon die Stimmung verbreitet: „Die entlassen ja doch, da können

„Die entlassen ja doch, da können

wir ja doch nichts machen."

Auf dem Protestmarsch war eine recht gute, wenn auch nicht kämpferische Stimmung (Parolen setzten sich nicht durch).

Vor dem Gebäude, in dem der Aufsichtsrat tagte, forderten die Kollegen immer wieder durch Sprechchöre: „Harmstorff rauskommen!" und dann: „Adler raus!" (Adler ist Vertreter der Stadt Flensburg im Aufsichtsrat, die 25,1 % des Aktienkapitals besitzt). Wenn dies nicht erreicht werden konnte, so war es doch ein Erfolg, daß sich schließlich Direktor Böhmer herausbequemen mußte. Er erntete für seine Sprüche (der Aufsichtsrat sei „sich seiner Verantwortung für die Belegschaft bewußt", die Kollegen würden auf der Betriebsversammlung informiert werden und sollten doch wieder an die Arbeit gehen, damit würden sie der Werft am besten nützen) nur Hohngelächter und Protestrufe.

Aber auch der Betriebsratsvorsitzende Olaf Christensen kam mit seinen Reden (die Beschlüsse des Aufsichtsrates seien „dazu angetan, die Lage der Werft etwas rosiger zu sehen") bei den Kollegen gar nicht an. Auch er erntete Protestrufe, weil vielen Kollegen noch bestens bekannt ist, wie Christensen auf Betriebsversammlungen besorgte Kollegen abzuwiegeln versuchte (Gerüchte über Entlassungen seien nur von Linken in die Welt gesetzt, um abzusahnen).

Damit war allerdings die Aktion beendet und die Kollegen marschierten zurück zur Werft, wo noch stark über Erfolg oder Mißerfolg der Aktion diskutiert wurde. Bei einigen Kollegen hatte sich in den Anschauungen nichts geändert („Hat ja doch nichts gebracht"). Aber bei vielen war dies ein erster Schritt, um die Resignation zurückzudrängen, weil man nicht nur abgewartet hatte, sondern wieder selbst aktiv geworden war.

Eine Konsequenz des Protestmarsches war sicherlich, daß die Betriebsversammlung um eine Woche verschoben wurde, weil dann angeblich konkrete Angaben über weitere Aufträge erteilt werden könnten. Die Geschäftsleitung und die rechten Vertreter im BR wie Christensen haben wohl auch kein Interesse daran gehabt, die Stimmung dadurch noch anzuheizen, daß nur wieder mit allgemeinen Reden die Kollegen vertröstet werden. Für die Linken und fortschrittlichen Kollegen kommt es jetzt darauf an, in der Diskussion um die Aktion dafür zu sorgen, daß mehr Kollegen bereit sind, aktiv gegen drohende Entlassungen und Kurzarbeit aufzutreten.

***

Streik bei der KWU-Turbinenfabrik

Westberlin: Am 19. September demonstrierten in der KWU-Turbinenfabrik in Westberlin über 500 Kollegen gegen den Abbau von Leistungszulagen und Sonderzulagen.

Bereits vor 3 Monaten hatten die KWU-Kapitalisten drei Betriebsvereinbarungen gekündigt, mit dem Ziel, das Lohnniveau von KWU an das von Siemens anzupassen. Die Streichung der Zulagen würde eine Lohnkürzung von fast 10% bedeuten. Der KWU-Betriebsrat erklärte dazu, er sei nicht bereit, über Lohnkürzungen zu verhandeln und er werde alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Bei den Verhandlungen des BRs wurden die Kollegen wieder mal außen vor gelassen. Auf einer Abteilungsversammlung forderten dazu die Zeitlöhner durch Unterschriften eine gemeinsame Zeitlöhnerversammlung des ganzen Werks. Diese Versammlung ist zunächst immer weiter aufgeschoben worden, und dann lehnte es die Geschäftsleitung ab, die Kantinenräume nach Feierabend zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurde auf der Vertrauensleutesitzung der Vorschlag gemacht, am nächsten Montag (den 19. Sept.) eine Versammlung in der Frühstückpause durchzuführen.

Am Montag um viertel vor neun versammelten sich dann mehrere hundert Kollegen in der Kantine. Ein Betriebsrat las dort die wichtigsten Stellen aus einer gekündigten Vereinbarung vor. Die Kollegen forderten dazu, die sofortige Rücknahme der Kündigung der Betriebsvereinbarung.

***

Arbeiter sollen mit Konkursdrohung erpreßt werden

Essen: Auf monatlich 220 DM Lohn (1,77 DM pro Stunde) sollen die 47 Arbeiter der Essener Filiale des Stahlleitern-Produzenten Rittal-Hailo verzichten - ansonsten würde Konkurs angemeldet. Mit dieser dreisten Erpressung wollen die beiden Kapitalisten-Brüder Friedhelm und Joachim Loh erzwingen, daß die Essener Kollegen auf das niedrigere Lohnniveau des Stammwerks im ländlichen Rittershausen (Lahn-Dillkreis) herabgedrückt werden. Außerdem wollten sie die Akkorde neu abstoppen lassen.

Der Plan lief darauf hinaus, die Arbeiter vor dem Hintergrund von sechs Prozent Arbeitslosen im Ruhrgebiet in die Knie zu zwingen. Belegschaft und Betriebsrat wiesen dieses Ansinnen scharf zurück. Die Essener Ortsverwaltung der IG Metall sprach sich grundsätzlich gegen eine solche Betriebsvereinbarung aus. Obwohl es in der Firma bisher weder Kurzarbeit noch Auftragsmangel gegeben hatte, erklärte einer der Geschäftsführer auf der Betriebsversammlung am 4. Oktober, daß unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Betriebsvereinbarung am nächsten Tag der Konkurs angemeldet werden sollte. Die September-Löhne könnten nicht mehr ausgezahlt werden. Unter lauten Protestrufen der Kollegen verließen die beiden Erpresser die Versammlung.

***

BBC: Baustop? — Rationalisierung!

Obwohl die Brown, Boverie und Cie AG (BBC) in Mannheim einen Umsatzzuwachs von insgesamt plus 10% (Inland : - 4%; Ausland: + 38%!) verzeichnen konnte, drohen die Kapitalisten für 1978 mit mehr als 400 Entlassungen, falls keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden! Dabei hat das Unternehmen bereits im letzten Jahr mehr als 200 Kollegen „abgebaut"! Wie selbst das „Handelsblatt" vom 30.9.77 zu berichten weiß, besteht das 200 Millionen DM Investitionsprogramm für 1977 im „Schwerpunkt eindeutig aus Rationalisierungs- und Ersatzmaßnahmen". Hier wird eindeutig nach dem bekannten Motto: Weniger Kollegen – mehr Profit verfahren. Dabei wird das „eiserne Sparprogramm" im Betrieb zynischerweise auch noch mit den Baustops für AKW's begründet. Nichtsdestotrotz hat die BBC Geld genug, die restlichen 24% des Aktienpaketes der Calor-Emag AG zu erwerben, wie jetzt bekannt wurde.

Dieses Beispiel zeigt wiederum deutlich, mit welchen Methoden der Täuschung die Kapitalisten versuchen, Rationalisierungen auf dem Rücken der Kollegen durchzusetzen. Unter Hinweis auf angebliche Engpässe im Atomkraftwerksbau werden a l l e Bereiche der Betriebe, trotz guter Ertragslage, durchgeforstet.

***

Bock zum Gärtner gemacht!

Peter von Siemens, Oberhaupt der Siemens-Dynastie und Chef des umsatzstarken (21 Milliarden) Konzerns gleichen Namens, ist zu einer besonderen Auszeichnung gekommen wie die Jungfrau zum Kind. Die Gebieter über die fett im Atomgeschäft stekkenden Siemens-Töchter KWU, Interatom, Reaktor-Brennelement-Union sowie Alkem GmbH, der damit ohne Übertreibung zu den größten Volksvergiftern der BRD gezählt werden kann, ist vom bayerischen Umweltminister Alfred Dick mit der Umweltmedaille bedacht worden. Wie die „Welt" (8.10.) meldet, stellte Dick fest, daß v. Siemens *„seit langem die positive Haltung seines Hauses zu den Fragen des Umweltschutzes maßgeblich bestimmt habe. So sei ein großes Areal des Nürnberger Reichswaldes für die Bürger erhalten, weil das Haus Siemens auf eine Option verzichtet habe. Peter v. Siemens habe sich unter anderem auch persönlich besonders für die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien (!) verwandt und dafür einen Schwerpunkt des Hauses gesetzt."*

Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich!

Metallkommission, KB/Gruppe Hamburg und FSG-Zelle, KB/Gruppe Flensburg

Veranstaltung mit Heinz Brandt

Westberlin. Am 9.9.77 fand eine Solidaritätsveranstaltung mit Heinz Brandt mit ca. 150 Teilnehmern statt. Die Veranstaltung wurde zunächst offiziell bei der IGM-Ortsverwaltung in West-Berlin beantragt, worauf natürlich nichts erfolgte.

Auf der Veranstaltung selbst, zu der eine „Initiative" aufrief, wurde noch mal die breite Solidaritätswelle mit dem Fall Heinz Brandt unterstrichen, die die IGM-Führung veranlaßte, das Verfahren schließlich einzustellen. Heinz Brandt ging in seiner Rede auch darauf ein, den Kampf gegen die Berufsverbote mit dem Kampf gegen dieUnvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften zu verbinden. Heinz Brandt erklärte zwar -aus aktuellem Anlass der Schleyer-Entführung - daß der „Terror nicht von den Terroristen erfunden" worden sei und warnte eindringlich vor der von der Bourgeoisie entfachten „Volksgemeinschafts-Kampagne", warnte allerdings andererseits vor den Aktionen der Terroristen als Urheber eines neuen Faschismus. In der anschließenden Diskussion ging es einmal um die Terroristen-Frage und zum anderen um die Frage, wie die Solidaritätskampagne zum Fall Heinz Brandt weiter genutzt werden kann. Konkrete Ergebnisse konnten daraus leider nicht gezogen werden.

KB/Westberlin

schaften zu verbinden. Heinz Brandt
KB/Westberlin

IGM-Führer wollen zwei Betriebsratskollegen ausschließen

BEITERKAMPF beobachtet hatte. Jetzt beantragten die Hamburger IGM-Führer beim Vorstand in Frankfurt, die beiden nach § 12 (Unterstützung einer „gegnerischen Organisation") ohne Verfahren aus der IGM auszuschließen.

Der Vorstand entsprach diesem Antrag jedoch nicht und änderte das Tribunal in ein „Untersuchungsverfahren nach §11" um.

Als Begründung wurde angegeben, man sei *„nach nochmaliger Prüfung der genannten Sachlage zu der Auffassung gelangt, daß es in Deinem Fall gewerkschaftspolitisch notwendig ist, den gesamten Hintergrund aufzuklären, der zu den Anschuldigungen geführt hat."*

„DEMOKRATISCHE" FASSADE

Die Kollegen hatten inzwischen auch schon einiges getan, um den „gesamten Hintergrund aufzuklären", der zu einer oppositionellen Betriebsrätearbeit bei Hanomag geführt hat. In der „alternative" (Informationsblatt der linken Betriebsratsfraktion bei Hanomag-Henschel) wurde mehrmals das in der Tat gewerkschafts- und kollegenfeindliche Verhalten der Berufsbetriebsräte bei Hanomag (Paulsen-Barfuß-Behrens-Gruppe) aufgezeigt. Die einzig sichtbare „gewerkschaftliche Betätigung" dieser Herren besteht in der Forderung nach Beitragserhöhung.

Bei den Kollegen im Betrieb macht sich mehr und mehr eine allgemeine Gewerkschaftsverdrossenheit breit, wofür die PBB-Bande das Verdienst beanspruchen kann. Die Kollegen der „alternative", die tatsächlich Gewerkschaftsarbeit leisten, sollen jetzt durch die Angriffe gegen Jutta und Horst diszipliniert werden.

Wer allerdings meinte, die IGM-Führer verstünden unter „den gesamten Hintergrund aufklären" eine Untersuchung des Zustandes der Gewerkschaftsarbeit bei Hanomag, der sah sich böse getäuscht ! So meinte der „neutrale Vorsitzende" des Untersuchungsausschusses (von der Ortsverwaltung benannt) *„das gehört hier nicht her "*, als Jutta und Horst auf die ihnen vorgeworfenen Passagen aus dem Aufrufflugblatt und aus der Veranstaltung eingehen wollten., *Hier geht es nur darum : hat der Kommunistische Bund die Veranstaltung organisiert oder nicht."*

Als die beiden dann auch den behaupteten Verkauf des ARBEITER-KAMPF nicht abstritten und für sich das Recht in Anspruch nahmen, gegen den berüchtigten „Beiratsbeschluß" zu kämpfen, war für die Anklage alles klar. In der Untersuchungskommision wurde dann mit 3:2 Stimmen dem Vorstand empfohlen, die beiden aus der IGM rauszuschmeißen.

Das ganze Verfahren diente offensichtlich nur als dürftige „demokratische " Legitimierung dieses Lehrstücks innergewerkschaftlicher Repression.

Für die Kollegen der „alternative" bedeutet das, in Zukunft noch stärker die gewerkschafts- und kollegenfeindlichen Aktivitäten der alten Berufsbetriebsräte aufzudecken und zur Betriebsrätewahl 1978 noch mehr Kollegen zu mobilisieren als beim letzten Mal. Und damals gewann die „alternative" immerhin mehr als 35%....

Betriebszelle Hanomag–Henschel

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75 2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch von 12 bis 14 Uhr Büchertisch in der Zentralmensa der Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Alp Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Trostler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Chemie

Holert/Geesthacht:
Wenn ein Großer 'nen Kleinen kauft, fliegen immer Kollegen raus!

Zum 14. Oktober hat das Holert-Runderneuerungswerk (Herstellung von runderneuerten PKW- und LKW-Reifen) 32 Kolleginnen und Kollegen entlassen.

Ende 1976 waren schon einmal 15 Beschäftigte gekündigt worden, als der eigene Fuhrpark einer Spedition übergeben wurde und Teile der Buchhaltung nach Hamburg verlegt wurden.

Zusammen mit einigen „freiwilligen" Kündigungen, die nicht durch Neueinstellungen wieder ausgeglichen wurden, hat Holert innerhalb eines Jahres mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze des Werkes wegrationalisiert.

Die Rationalisierung ist eine Folge der 100%-igen Übernahme von Holert durch die Dunlop AG im Sommer 1976. Der englisch-westdeutschen Dunlop-AG, einer der größten Autoreifenhersteller Europas, ging es um die Holert-Reifenhandelskette mit über 100 Filialen in der BRD und Westberlin, da Dunlop bisher keine industrieeigene Handelskette besaß.

Als Dunlop Holert schluckte, bekamen alle Kollegen einen Brief, in dem zu lesen war, daß Holert seine Beteiligungen am Reifenmarkt aus *„familieninternen Gründen"* abgegeben hatte. Der Verkauf fand nur statt, um Holerts Position *„auf einem breiteren Fundament auszubauen bei entsprechender Sicherung der Arbeitsplätze"*. Beweis: *„Die weltweite Bedeutung und die fachliche Glaubwürdigkeit der internationalen Dunlop-Gruppe steht für soliden Fortschritt"*.

Besonders frech wurden die Kollegen abschließend aufgefordert, bis zu ihrer Entlassung noch ordentlich ranzuklotzen: *„Wir würden uns freuen, wenn sie den neuen Abschnitt der Firmengeschichte durch ihre aktive Unterstützung mitschreiben"*.

Natürlich waren das alles faule Sprüche. Und so waren nur ein knappes halbes Jahr später die LKW-Fahrer und einige Büroangestellte die ersten, auf deren „aktive Unterstützung" man verzichtete.

Im Frühjahr dieses Jahres wurden dann die Leistungsanforderungen enorm hochgeschraubt, Refaaufnahmen gemacht und ein Probeakkord eingeführt.

Die IG Chemie bewies in dieser Situation nur ihre Ohnmacht, bzw. ihre Mitarbeit an den Rationalisierungsvorhaben der Dunlop AG: Sie schickte einen eigenen Refa-Mann, denn gegen die Einführung von Akkord an sich könne man laut BetrVG nichts machen.

Im Juni wurde dann Kurzarbeit wegen Überproduktion eingeführt. Gleich nach dem Urlaub folgte die Bekanntgabe der Entlassungsabsichten.

Der Betriebsrat stimmte den Kündigungen nicht zu, weil man den „Bilanzen" Holerts einfach nicht mehr glauben könne. Das Arbeitsamt bestätigte jedoch die Berechtigung der Massenentlassungen. So ging es schließlich nur noch um die Aushandlung eines Sozialplanes. Und dabei wurden wir dann nochmal angeschissen; Berechnet wurden nur die vollen Beschäftigungsjahre, wodurch einigen Kollegen bis zu 1.000 DM durch angebrochene Jahre verloren gingen.

Genossen von Holert

Manteltarifverhandlungen — Bankrotterklärung der Gewerkschaftsführung

Am 21. Juli kündigte die Manteltarifkommission der IG-Chemie den Manteltarifvertrag zum Ende des Jahres 77. Der Manteltarifvertrag regelt die allgemeinen Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeiten, Urlaubsdauer und -entgelt, Schichtzulagen, Überstundengelder, Rationalisierungsschutz, Kurzarbeiterabkommen usw.

Der Manteltarifvertrag wird nicht wie der Lohn- und Gehaltstarifvertrag jährlich ausgehandelt, sondern hat eine mehrjährige Laufzeit, der letzte z.B. war erstmals nach vier Jahren kündbar!

Die meisten Kollegen waren etwas überrascht, als sie in der Septemberausgabe der Gewerkschaftspost in einem Artikel unter der Überschrift „Manteltarifvertrag gekündigt" gleichzeitig lesen konnten, daß auch schon Forderungen beschlossen wurden.

Während zuvor bei Anfragen an die IG-Chemie-Betriebsräte oder auch in der Verwaltungsstelle bezüglich der Einreichungsfristen für die Forderungen ziemlich gleichlauten immer nur die Antwort zu bekommen war: „Das hat noch Zeit", war jetzt der Zug abgefahren! Kollegen der Norddeutschen Affinierie, die in ihrer Betriebszeitung „Argumente" dieses Vorgehen öffentlich machten, bekamen umgehend die Antwort der IG-Chemie-Verwaltungsstelle. Sie verteilte an alle Mitglieder ein Flugblatt (damit geht man sonst sehr sparssam um), in dem sie schreiben, daß *„es schlichtweg falsch ist, zu behaupten, eine Auseinandersetzung über den Manteltarifvertrag (MTV) habe nicht stattgefunden. Seit Bestehen des alten MTV's wird dauernd in den Vertrauenskörpern über diesen diskutiert ... Hierbei haben wir allerdings zu berücksichtigen, daß die Verhandlungen auf Bundesebene geführt werden und somit alle Anträge aus dem gesamten Bundesgebiet, also nicht nur die der NA-Kollegen, Berücksichtigung finden müssen."*

Sicherlich kann man die Forderungen nicht zwei Tage vor Verhandlungsbeginn diskutieren. Aber zu dem Zeitpunkt, wo es um die Aufstellung der Forderung geht, sollte die Diskussion breit in die Betriebe hineingetragen werden. Nur so kann man eine Tarifpolitik machen, die auch den gewerkschaftlichen „Richtlinien zur Tarifarbeit" entspricht. Da heißt es nämlich, daß *„gerade bei Tarifauseinandersetzungen die gemeinsame Übereinstimmung zwischen Mitgliedern und Tarifkommission Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen (ist)"*. Aber gerade dies hat die IG-Chemie-Führung in der laufenden MTV-Runde bewußt verhindert!

Die Manteltarifkommission hat sich nun, ohne sich zu vergewissern, ob das auch im Interesse ihrer Mitglieder ist, aus den 450 Abänderungsforderungen, die im wesentlichen an den Gewerkschaftstag gerichtet waren, diejenigen herausgesucht, die *„einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten können"*.

Herausgekommen ist dabei ein 10-Punkte-Katalog, der inzwischen auch schon dem Arbeitsring der chemischen Industrie zugeschickt wurde.

Konkrete Forderungen sind u.a.:
- Grundurlaub von sechs Wochen,
- Verkürzung der Arbeitszeit in vollkontinuierlichen Betrieben von 42 auf 40 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich
- Schichtzulage für Arbeiter in Zweierschicht in Höhe von 4% pro Stunde.

Der Rest des 10-Punkte-Forderungskatalogs ist derart schwammig formuliert, daß es den Herren Verhandlungsführern vorbehalten bleibt und wohl auch bleiben soll, was darunter konkret zu verstehen ist.

Einige Beispiele:
„die bisherigen Bestimmungen über den Zusatzurlaub für die Schichtarbeiter sind umzuformulieren", *„hinsichtlich der Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes ist für das Jahr 1979 eine Regelung anzustreben"*; *„aufgrund der Arbeitsmarktsituation ist eine grundsätzliche Diskusssion über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu führen"*; *„die Fristen für die Kündigungen durch den Arbeitgeber sind neu festzulegen"*; *„die Bestimmungen zum Rationalisierungsschutz und zur Arbeitsplatzsicherung sind den veränderten Bedingungen anzupassen"*. usw. usf.

Als besonderen Clou haben sich die Manteltarifkommissare ausgedacht, den bisherigen Unterstützungsfond der chemischen Industrie, der zur Aufstockung des Arbeitslosengeldes für Chemie-Arbeiter verwendet wird, teilweise für die Errichtung eines neuen Fonds zu verwenden, *„für Leistungen bei Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit älterer Arbeitnehmer bzw. vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis"*.

Wieder die bestechend klare Formulierung der Forderungen, die es jedem Kollegen schwer machen zu durchschauen, für was er denn aktiv werden soll, falls die Chemie-Kapitalisten von sich aus nichts anbieten. Aber an eine Einbeziehung der Kampfkraft der Chemie-Arbeiter und -Angestellten ist ja überhaupt nicht gedacht.

Hat die Gewerkschaftsführung schon die Basis weitgehend bei der Aufstellung der Forderungen ausgeschaltet, so braucht sie jetzt Ruhe, um ungestört zu verhandeln. So schreibt Max Ganschow, Mitglied der Bundesmanteltarifkommission an die Belegschaft der Beiersdorf AG:

„Die Manteltarifkommission unserer Organisation wird es in den nächsten Wochen und Monaten nicht leicht haben, die Forderungen gegenüber dem Arbeitsring durchzusetzen. Die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie sind mit aufgerufen, durch solidarisches Handeln – in Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen, so auch in Betriebsversammlungen, durch Werbung und Beitritt zur IG-Chemie-Papier Keramik – ihren Beitrag zu leisten."

Diese ungemein deutliche Kampfansage zur Durchsetzung der Forderungen wird wahrlich die Chemie-Bosse das Fürchten lehren ...

Es wird darauf ankommen, die fast totale Ausschaltung der Basis in dieser Tarifrunde zumindest teilweise aufzubrechen. Es wird daher notwendig, die Belegschaften über das bisherige Machwerk der Gewerkschaftsführung aufzuklären und um die wenigen konkreten Forderungen tatsächlich den Kampf aufzunehmen.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Erst muß einer krepieren!

In der Buxtehuder Kunstharz-Fabrik „Synthopol Chemie" ist in der Nacht auf Sonnabend ein Laborant bei

fe standen zwei Trockenschränke in dem Raum und die Heizplatte direkt neben einem Becken mit Xylol!

nicht nur die der NA-Kollegen, Berücksichtigung finden müssen."

Sicherlich kann man die Forderungen nicht zwei Tage vor Verhandlungsbeginn diskutieren. Aber zu dem Zeitpunkt, wo es um die Aufstellung der Forderung geht, sollte die Diskussion breit in die Betriebe

ist eine grundsätzliche Diskusssion über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu führen"; „die Fristen für die Kündigungen durch den Arbeitgeber sind neu festzulegen"; „die Bestimmungen zum Rationalisierungsschutz und zur Arbeitsplatzsicherung sind den veränderten Bedingungen anzupassen". usw. usf.

aufzubrechen. Es wird daher notwendig, die Belegschaften über das bisherige Machwerk der Gewerkschaftsführung aufzuklären und um die wenigen konkreten Forderungen tatsächlich den Kampf aufzunehmen.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Erst muß einer krepieren!

In der Buxtehuder Kunstharz-Fabrik „Synthopol Chemie" ist in der Nacht auf Sonnabend ein Laborant bei einer Explosion ums Leben gekommen. Über den vermutlichen Hergang schreibt das „Stader Tageblatt":

„Gegen 22.35 Uhr war der Nichtraucher Kröger allein im Betriebslabor und reinigte auf einer Heizplatte mit Natronlauge Gläser von Kunstharzresten. Bei dieser Tätigkeit kam es zur Explosion". Weiter wurde berichtet, *„daß in dem Labor neben Laugen und hochexplosiven Chemikalien Xylol und Tulol verwendet werden. Xylol, Flammpunkt 30 Grad, soll unter anderem auch zum Reinigen von Fußböden verwendet worden sein. Diese Arbeit stand auch während der Spätschicht am Freitag an"*.

Trotz dieser hochexplosiven Stoffe standen zwei Trockenschränke in dem Raum und die Heizplatte direkt neben einem Becken mit Xylol!

Der durch das Feuer verkohlte Kollege wurde nur wenige Schritte von einer Notdusche entfernt gefunden. Daß diese notdürftige Einrichtung ein Hohn ist, zeigt schon, daß die Kollegen schon seitlangem eine Sprinkleranlage forderten (automatische Brandbekämpfung). Erst jetzt scheint der Firmenkapitalist Dr. Koch durch den Tod dieses Kollegen überzeugt zu sein, „denn er hat sich geschworen: ‚Das nächste Labor erhält eine Sprinkler-Anlage' " („Stader Tagesblatt" vom 10.10.77).

Kapitalisten raus, dann kommt Sicherheit rein!

Ein Genosse aus Stade

Tarifnachrichten

Papiertarifrunde 77

Baden-Württemberg: Die erste Verhandlung ist am 15.9. gescheitert. Die Verhandlung wurde auf den 6.10. vertagt, wobei im Fall des Scheiterns am selben Tag die Landesschlichtung durchgeführt werden soll.

Mittelrhein, Pfalz-Rheinhessen: Die Verhandlung am 21.9. ist gescheitert und wurde auf den 11.10. vertagt.

Berlin: Die Verhandlung am 21.9. ist gescheitert und wurde auf den 13. Oktober vertagt.

Hessen: Die Verhandlung am 22.9. ist gescheitert, ein neuer Termin steht nicht fest.

Westfalen: Die Verhandlung am 23.9. ist gescheitert und wurde auf den 10.10. vertagt.

Die Verhandlungen scheiterten jeweils, weil die Unternehmer NULL Prozent angeboten haben ...!

(Die genauen Tarifforderungen siehe AK 114.)

Glas-Tarife

Tarifbereich Hohlglasverarbeitungs- und -veredelungsindustrie: der Schlichtungsspruch in der 2. Schlichtungsinstanz ergab 6,8 Prozent Tariferhöhung und zwar für Löhne ab 1. August, für Gehälter ab 1. September. Die Ausbildungsvergütungssätze steigen ab 1. September je nach Ausbildungsjahr um 30, 33, 35 bzw. 40 DM monatlich. Die Laufzeit beträgt 12 Monate.

Flachglas AG DELOG'DETAG: Unmittelbar vor Eintritt in die 2. Schlichtungsinstanz kam eine Verhandlung zustande, die mit einer Vereinbarung von 6,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab 1. September endete. Ab 1. September erhöht sich die Festgeldzulage des Werkes Gladbeck um 7 Pfennig pro Stunde. Die Ausbildungsvergütungsätze steigen je nach Ausbildungsjahr um 37, 39, 43 bzw. 45 DM monatlich. Laufzeit 12 Monate. Es wurde vereinbart, Gespräche über die Altersstaffel durchzuführen.

Abeschlossen wurden für DELOG' DETAG ein Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen. Ab. 1.9.77 13 DM monatlich, ab 1.3.79 26 DM monatlich. Die Auszubildenden erhalten bis 31. August 1980 13 DM monatlich.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Reeder provozieren weiter!

Die Angriffe der Reeder gegen die Forderungen zum neuen See-Manteltarif werden immer dreister: Am 3. Oktober, es war schon der 5. Verhandlungstag, erklärten die Reeder wieder, daß sie kein Angebot vorlegen werden. Die Forderungen der ÖTV und DAG sind: Einführung der 40-Stunden-Woche und verbesserte Urlaubsregelung. Gegenwärtig haben Seeleute einen jährlichen Freizeitanspruch von 106 Tagen, bei einem Arbeiter an Land sind es 132 Tage. Würden die Forderungen erfüllt, wären es für die Seeleute trotzdem erst 124 Tage. Die Reeder drohen jetzt mit weiteren „Ausflaggungen". Ihren harten Kurs hatten sie schon (wie jetzt bekannt wurde) in der 2. Verhandlungsrunde (am 13.9.) demonstriert: Sie präsentierten ein sechsseitiges Papier, in dem sie in 26 Punkten den bestehenden (!) MTV noch verschlechtern wollten. Unter anderen forderten sie:
- Keine Bezahlung der Sicherheitswachen (Streichung von §70),
- Wegfall der 100%igen Nachtzuschläge,
- Abschaffung der Auslandszulage (Streichung von §50),
- Wegfall der Zulage für Ladungsarbeiten,
- der Funkdienstzulage,
- der Backzulage,
- der Fahrgastzulage, usw. usf.

Insgesamt 26 Punkte, deren Verwirklichung allesamt eine wesentliche Verschlechterung für die Seeleute bringen würde: *„Diese Gegenforderung der Reeder hätte Einkommensverluste für Seeleute bis zur Höhe von 20% zur Folge"* (Welt 7.10.).

Obwohl der Standpunkt der Reeder klar ist, haben sich die ÖTV-



Lang, lang ist's her. 1972 streikten die westdeutschen Seeleute zuletzt

Führer aufs Verhandeln gelegt, statt die Mobilisierung der Mitglieder in die Waagschale zu werfen. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV ist von der Verhandlungskommission aufgefordert worden, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Der nächste Akt in diesem Trauerspiel wird die von ÖTV-Führung und Reederei-Kapitalisten vereinbarte Schlichtung sein.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BGS und Polizei gegen streikende Seeleute

Wie der Berliner Extradienst vom 11.10. 77 meldete, wurde im Kieler Nordhafen ein bestreiktes zyprisches Schiff von BGS und Wasserschutzpolizei abgeriegelt. *„Die Seeleute waren mit Versprechungen zum Anmustern gelockt worden und stellten später fest, daß sie zu Niedrigstlöhnen arbeiten müssen"* (ed, 11.10. 77). Daraufhin traten sie in Streik! Die Seeleute befürchten, daß sie in internationale Gewässer geschleppt werden. Damit wäre ein Eingreifen der Internationalen Transportarbeiterföderation unmöglich gemacht worden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Hat das noch Sinn? — Friedensnobelpreis für „Friedensfrauen"

Die beiden irischen „Friedenstauben" Betty Williams und Mairead Corrigan haben nachträglich für 1976 den Friedensnobelpreis 1976 erhalten, der mit umgerechnet 325.000 DM dotiert ist.

Zur Begründung heißt es: *„Alfred Nobels Wunsch war es, daß der Friedenspreis jenen verliehen wird, die am aktivsten für Frieden und Brüderlichkeit gearbeitet haben".*

„Mairead Corrigan und Betty Williams handelten aus der tiefen Überzeugung, daß die Einzelperson einen bedeutsamen Beitrag für den Frieden durch konstruktives Wirken für den Ausgleich leisten kann".

„Ihre Initiative ebnete den Weg für einen starken Widerstand gegen Gewalt und Mißbrauch von Macht, der in breiten Kreisen der Bevölkerung anzutreffen war".

Bereits in diesen wenigen Worten der Begründung wird deutlich, daß nicht etwa ein Kampf gegen Unterdrückung in Irland gemeint ist, sondern „Ausgleich".

Der Kommentar von Betty Williams machte die Stoßrichtung ihres Kampfes noch einmal mehr deutlich: *„Die bloße Tatsache, daß wir den Preis bekommen haben, bedeutet, daß die paramilitärischen Organisationen verrückt werden".*

Der Terror des englischen M i l i t ä r s interessiert sie nicht, auch dann nicht, wenn sie direkt von den Frauen darauf hingewiesen wird:

„Die britische Armee ist das Gesetz"

Der englischen Frauenzeitung „Spare Rib" vom September 1977 entnehmen wir einen Bericht über den Besuch dreier nordirirscher Frauen der Gruppe „Mothers Action Committee" (Mütter-Aktionskomitee) im Londoner Frauenzentrum. Sie kamen auf Einladung der „Campaign Against British Brutality in Ireland" (Aktioneinheit gegen

„Campaign Against British Brutality in Ireland" (Aktioneinheit gegen
britische Brutalität in Irland) und der Gruppe „Women and Ireland" (Frauen und Irland). Jede dieser drei irischen Frauen verlor einen Sohn (13, 17 und 22 Jahre) durch die Gewehre der britischen Armee.

Der 17-jährige wurde erschossen, nachdem er seine Freundin nach Hause gebracht hatte. Nach dem Tod ihres Sohnes wurde das Haus der Mutter von oben bis unten durchsucht; ihr Sohn wurde nicht erwähnt, aber am Schluß mußte sie unterschreiben: „Kein Schaden angerichtet"... 3 Minuten nachdem der 13-jährige von zu Hause zum Kaufmann gegangen war, hörte seine Mutter, daß er von Soldaten erschossen worden war.

Am selben Abend trat ein Major im Fernsehen auf und nannte ihren Sohn „einen notorischen Steineschmeißer, der eine randalierende Meute von 400 Leuten anführte".

„Gewaltsamer Widerstand gegen seine Verhaftung" mußte als Begründung für die Ermordung des Dritten herhalten.

Über die „Notwendigkeit" der britischen Armee in Nordirland sagte eine der drei Frauen:

„Es gibt keine Loyalisten in unserer Gegend, sie (die Armee) beschützen uns also vor niemandem".

Mit der von den „Friedensfrauen" so oft bejammerten Spaltung in Nordirland ist also vielerorts die „Spaltung" zwischen Bevölkerung und Besatzerarmee gemeint. Wen wunderts?

Auch Vergewaltigungen durch Angehörige der Besatzerarmee sind keine Seltenheit, mit offensichtlicher Billigung der Vorgesetzten.

„Die Armee ist das Gesetz in Nordirland", sagten die drei Frauen. „Es sind nicht unsere Männer und Jungen, die Schwierigkeiten machen, oder wir. Es ist die britische Armee; und wie wir in Nordirland sagen: es ist nur ein Trainingslager für das, was in Großbritannien geschehen wird. Ihr habt das selbst gesehen bei den Müllmännern von Glasgow und neulich bei Grunwick".

Die „Friedensfrauen"? „Labertanten"!

Gefragt nach den „Friedensfrau-
„Labertanten"!

Gefragt nach den „Friedensfrauen" sagte eine der drei Frauen: „Nun, Betty Williams nenen wir Labertante; als sie im Fernsehen gefragt wurde, ob sie die Männer der Gewalt fürchte, antwortete sie, ja natürlich; aber damti meinte sie die Paramilitärischen und die Republikaner; kein Wort von ihr über



Den Friedenstanten soll der Nobelpreis wieder auf die Beine helfen. Daraus wird wohl nichts! Mairead Corrigan (links) und Betty Williams.

die Armee. Sie übersieht, was die britische Armee macht, sie wurde ja von ihnen aufgebaut.

W i r können kein Büro bekommen wie sie, und vier oder fünf Busse im Handumdrehen für eine Demonstration. Wir mußten einen ganzen Monat warten, um einen Bus zu bekommen". Das „Mothers Action Committee" ist in Turf Lodge die

Monat warten, um einen Bus zu bekommen". Das „Mothers Action Committee" ist in Turf Lodge die
Gruppe, um die sich die meisten Frauen organisiert haben. Frauen sind mit Pfeifen und Mülleimerdeckeln auf die Straße gegangen, um die Nachbarschaft vor anrückenden Armeepatroullien zu warnen.

„Als der 13-jährige Junge umgebracht wurde, organisierten die Mütter von Turf Lodge ein Treffen und luden Mairead Corrigan, eine der „Friedensfrauen" ein. Sie hatte aber keine Zeit; auch hat niemand von uns von denen eine Postkarte erhalten aus Mitgefühl über den Verlust unserer Söhne".

Auch beim englischen „Guardian" (11.10.77) wollte keine rechte Freude über die auf Betreiben w e s t d e u t s c h e r Parlamentarier (die Initiative von A.Renger!) den beiden „Friedenfrauen" zuteil gewordene Ehre aufkommen. Vielmehr wird der „Friedensbewegung" bescheinigt, sie sei *„jetzt in Nordirland zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken".*

Die Tausende einfacher Frauen, die vor einem Jahr noch der „Friedensbewegung" gefolgt waren, beten zwar heute *„noch für Frieden, aber sie tun es zu Hause".* Die erste Jahreskonferenz der „Peace People" am 7./8./9.10.77, im Europa Hotel in Belfast abgehalten, *„wurde im wesentlichen mit Zänkereien über die zukünftige Politik verbracht".*

Ciaran McKeown wurde wütend angegriffen, weil er kurz vor der Konferenz gefordert hatte, die Mitglieder der „Peace People" sollten mit den politischen Parteien brechen und sich auf bürgernahe Arbeit konzentrieren (siehe „Guardian" vom 10.10.77). *„Es sollte Basisagitation für den Frieden gemacht werden".*

„Der Tumult begann, nachdem sich einige Führungsmitglieder darüber beschwerten, daß sie über diese Stellungnahme nicht vorher informiert worden waren".

Ebenso aufgebracht waren einige Mitglieder und der Ordnungsdienst, als mehrer junge Leute, die in einer Reihe saßen, die Aufschriften ihrer T-Shirts, die gegen die Haftbedingungen von gefangenen Provisionals protestierten, zum Vorschein kommen ließen.

gungen von gefangenen Provisionals protestierten, zum Vorschein kommen ließen.

Dann gab es noch mal Ärger, natürlich übers leidige Geld, daß in die „Friedenskoffer" (wie sich der „Guardian" auszudrücken beliebte) „fließt".

Es fließt nämlich sehr wenig davon in die Zweigstellen. Während lokale Gruppen praktisch von nichts leben, wird das Geld benutzt, um das „Friedenshauptquartier" aufzupolieren („Guardian", 11.10.).

Selbst die „FAZ", den beiden „Friedensfrauen" natürlich sehr gewogen, kommt um die Tatsachen nicht herum: Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die beiden Damen habe **„wohl nirgendwo in der Welt soviel Erstaunen hervorgerufen wie in Nordirland".** Denn: *„Betty Williams und Mairead Corrigan sind hier nicht mehr die Symbolfiguren einer verheißungsvollen Klassenbewegung für den Frieden, sondern die gutbezahlten Mangerinnen und Repräsentantinnen eines respektablen Wohltätigkeitsvereins, dessen Entwicklung freilich vor Ort besonders kritisch, wenn nicht gar argwöhnisch betrachtet wird".* Schon hätten die beiden größten Belfaster Ortsgruppen geschlossen mit ihrem Austritt aus der Bewegung gedroht. Aber nun habe, so erhofft sich jedenfalls die „FAZ", der Nobelpreis den beiden Damen wieder etwas Rückenstärkung gegeben: *„ ... Daß der endgültige Bruch bis hinauf in die Führung noch einmal vermieden werden konnte, ist sicher der Verleihung des Friedensnobelpreises zu verdanken: Die Namen Williams und Corrigan erstrahlen wieder in altem Glanz"* („FAZ", 13.10.). Wenn sich die „FAZ" und sonstige Gönner der Friedenstanten da bloß nicht täuschen: Dem Willy Brandt hat der Friedensnoblepreis auch nicht wieder auf die Beine helfen können!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Isenbergheim und Öffentlichkeitsarbeit

Die Enthüllungen des Sozialarbeiters Peter Brosch über die Zustände im Isenbergheim (s. AK 113 u. 114) haben in Bremen verschiedene Informationskampagnen initiiert. Allerdings werden solche Kampagnen ständig behindert. So wurden z.B. während einer Flugblattaktion der Frauen-AE Bremen Stellschilder von den Bullen beschlagnahmt. Noch toller waren Maßnahmen des Rektors der Schule an der Kornstraße. (Diese Schule wird von Mädchen aus dem Isenbergheim besucht, sofern ihnen der Schulbesuch von der Heimleitung gestattet wird):

Auf die Einladung des Schülerrings (S.R.) zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung, die am 6.10. um 16.00 in einer Kneipe stattfinden sollte, benachrichtigte der Rektor die Bullen. Nach dem Motto „Ein Bulle kommt selten allein" kreuzten sie gleich zu viert in der Kneipe auf, angeblich, um zu kontrollieren, ob das Jugendschutzgesetz auch eingehalten wird. Ihre wirkliche Absicht: Einschüchterung und Verunsicherung der Schüler.

Auf der Veranstaltung (für die sehr kurzfristig per Anschlag und Mundpropaganda mobilisiert wurde und zu der dann doch 17 Schüler kamen) sollten Peter Brosch und einige Mädchen aus dem Heim sprechen. Letzteres ist fast perfekt von besagtem Rektor boykottiert worden. Er hatte nämlich die Heimleitung von der Veranstaltung informiert, worauf dann sämtliche Mädchen an diesem Tag Ausgangssperre bekamen. Zweien gelang es jedoch, sich aus dem Staube zu machen, so daß die Schülerinnen und Schüler sich auf der Veranstaltung umfassend über die Situation im Heim und speziell auch über die Lage der Mädchen an der Schule informieren konnten. (Die Mädchen des Isenbergheims werden an der Schule teilweise erheblich diskrimimiert, was größtenteils auf Vorurteile bzw. mangelhafte Information zurückzuführen ist).

Inhaltlich wurden sämtliche Anklagepunkte, die Peter Brosch in seinem Bericht gegen die Konzeption des Heims und speziell gegen die Heimleitung erhoben hatte, von den Mädchen bestätigt. Dabei wurde den Besuchern der Veranstaltung deutlich, wie stark die Entmündigung und Entrechtung der Mädchen in diesem Heim ist:

- So kannten die Mädchen die Anklageschrift von P.B. überhaupt nicht. Ihnen war von der Heimleitung lediglich erzählt worden, der Peter Brosch verbreite Lügen über das Heim; er wolle sich einen Namen machen durch die Öffentlichkeitsarbeit und dabei in Kauf nehmen, daß diese Publicity den Mädchen schadet.
- So war den Mädchen erzählt worden, daß die Panoramaleute (zu der Zeit machte ein Panorama-Team gerade Dreharbeiten im Isenbergheim; die Sendung wird am 17.10. ausgestrahlt) kein Interesse hätten, die Mädchen persönlich zu interviewen. In Wirklichkeit war es so, daß Pastor von Aderkas dem Panorama-Team ein Interview mit den Mädchen verweigert hatte.

Der S.R. der Schule Kornstraße plant zum weiteren Vorgehen:

- eine erneute SR-Sitzung zum Thema Isenbergheim mit dem Ziel, die Diskussion über das Isenbergheim in jeder Klasse in Gemeinschaftskunde oder Deutsch durchzusetzen;
- Informationskampagnen innerhalb und außerhalb der Schule.

KB/Gruppe Bremen

Sofortige Schließung des „Mädchenknastes" Vincenzheim!

Ende August hat sich ein Mädchen der „Arbeiter-Selbsthilfe"-Dortmund, ASD (früher DSH) ca. eine Stunde lang an die Eingangstür des berüchtigten „Vincenzheimes" gekettet, um erneut gegen die skandalösen Zustände im Heim zu protestieren. Bereits davor waren 13 Leute der ASD - versteckt in einem Wäschereiwagen - über die Wäscherei in das Heim gelangt und konnten Kontakt mit den Mädchen aufnehmen.

Zum Verständnis hier einiges zur Geschichte des Vincenzheimes:

Das Vincenzheim ist seit ca. 70 Jahren ein katholisches Heim für sogenannte „schwererziehbare" Mädchen. Es steht unter der Verantwortung von Caritas als Dachorganisation, Jugendamt Dortmund, Landesjugendamt, örtliche katholische Kirche. Zur Zeit sind dort ca. 112 Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren untergebracht. Unumschränkte Herrscherin ist „Schwester" Vincentine.

Bereits vor gut einem Jahr wurde Genaueres über die Unterdrückungsmethoden im Heim bekannt: Wochenlange Ausgangssperren, Briefzensur, Strafarrest in einer Zelle, Isolation von Verwandten, besonders von eigenen Kindern, Gottesdienstzwang, katastrophale ärztliche Versorgung, Zigarettenentzug, Einteilung des Taschengeldes durch Nonnen, Zwang zu stupiden Arbeiten etc. In Flugblattaktionen wurde besonders der damalige Heimarzt Dr. Wagner - Arzt für Harnerkrankungen - angegriffen, der alle Mädchen auf Tripper untersuchen mußte und sie durch seine gelinde gesagt unsterilen Untersuchungsmethoden ernsthaft gefährdete. Die Proteste hatten zur Folge, daß Dr. Wagner fristlos entlassen und später wegen fahrlässiger Körperverletzung verknackt wurde.

Ein weiterer Erfolg war, daß zu dieser Zeit 30 Mädchen aus dem Vincenzheim fliehen konnten. Acht Mädchen gingen zur ASD (früher DSH) und konnten auch „legalisiert" werden.

Gleichzeitig wurde eine „Bürgerinitiative gegen das Vincenzheim" ins Leben gerufen, zu deren Gründungsversammlung beachtliche 200 Leute kamen. Man schrieb Beschwerden, z.B. an einen Bischof, und wartete - vergeblich - auf Reaktionen. Langsam verlief das Engagement der BI im Sande.

Soweit bekannt ist, haben sich die Zustände im Vincenzheim teilweise gebessert. So ist seit den Aktivitäten die Strafzelle nicht mehr benutzt worden, ebenso besteht kein Gottesdienstzwang mehr. Die Mädchen können als sogenanntes „Mitbestimmungsgremium" einen Heimbeirat wählen. D.h. besondere Schikanen sind abgestellt bzw. vermindert worden und es herrschen anscheinend die in der BRD „normalen" Heimverhältnisse.

„Normale" Heimverhältnisse bedeuten für die Mädchen aber noch immer Unterdrückung, weitgehende Isolierung von der Außenwelt, Unselbständigkeit -- Knast!

Mit den neuen eingangs dargestellten Aktivitäten will die ASD die Mißstände im Vincenzheim erneut aufgreifen. Als wichtigste Aufgaben wird angegeben, die Mädchen durch konkrete Aktionen vor oder im Heim miteinzubeziehen und die eingeschlafene BI wieder wachzurütteln.

(Alle Angaben sind aus einem ASD-Extrablatt im „Klüngelkerl", September 1977).

Eine Metallgenossin

Frauen in Tanzania -Reisebericht-

Tanzania ist ein Land mit „sozialistischen Ambitionen"; es versucht einen „sozialistischen Aufbau" unabhängig von bisher bestehenden sozialistischen Modellen, die es als für Afrika nicht anwendbar ablehnt.

Dieser Reisebericht zur Situation der Frauen in Tanzania ist Ergebnis eines vierwöchentlichen Aufenthalts im Süden des Landes, der vom Tourismus noch völlig unberührt ist.

Viele Informationen über die afrikanischen Traditionen sind den „Blättern des iz3w" Nr. 57 und 60 entnommen. Von den Afrikanern direkt etwas über ihre Geschichte und ihre Tradition zu erfahren, war für uns schwer möglich. Das lag zum einen daran, daß die Verständigung nicht in ihrer Muttersprache, sondern nur in englisch möglich war; zum anderen sind die meisten Afrikaner über ihre eigene geschichtliche Vergangenheit nur sehr schlecht informiert.

„Die tanzanischeFrau ist stolz und sie ist emanzipierter als so manche emanzipierte Frau bei uns". Diese Meinung hörten wir häufig von Europäern, wenn im Gespräch die Frage nach der Situation der Frauen gestellt wurde.

Solange wir uns in Dar es Salaam, bzw. in Städten aufhielten, schien
Unsere tanzanianischen Begleiter waren über unsere Verunsicherung je-

Solange wir uns in Dar es Salaam, bzw. in Städten aufhielten, schien sich diese Einschätzung zu bestätigen. Die Frauen, die wir in den Straßen und auf den Märkten sahen, machten auf uns einen sehr selbstbewußten und stolzen Eindruck.

Wir sprachen mit einigen berufstätigen Frauen, einer Sozialarbeiterin in Dar es Salaam und der Leiterin einer Primary school auf dem Dorf. Beide berichteten, daß sie es anfänglich etwas schwerer gehabt hätten als ein Mann in vergleichbarer Position, und daß es weniger Frauen in leitender Stellung gibt als Männer, aber das brachte unsere Vorstellung von der emanzipierten Afrikanerin noch nicht ins Wanken.

Die Leiterin der Primary school ist verheiratet und hat vier oder fünf Kinder, ihre Situation ist nicht allzu unterschiedlich von der berufstätiger Frauen bei uns. Sie hat genauso den Haushalt allein zu versorgen, was ziemlich beschwerlich ist: Es gibt keinen elektrischen Strom, gekocht wird auf offenem Feuer, und um die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, sind langwierige Einkäufe auf dem Markt notwendig. Trotzdem geht die Frau mittags nach Hause und bereitet Kindern und Ehemann das Essen, danach geht sie wieder in die Schule.

Für den Haushalt ist allein die Frau zuständig. Wir haben allerdings auch erlebt, daß der Mann beim Aufdecken und Bewirten der Gäste half, aber immer waren die Frauen in der Küche und blieben etwas abseits.

Wir erfuhren später, daß alte Stammestraditionen, die heute nur noch in Relikten vorhanden sind, einen wesentlichen Anteil an dem unterschiedlichen Verhalten der Männer haben. In dem einen Gebiet, es ist sehr fruchtbar, gab es eine strikte Arbeitsteilung: Der Mann machte die Feldarbeit, die Frau war für den Haushalt verantwortlich; in dem anderen Gebiet, das insgesamt karger ist und mehr Arbeit auf den Äckern erforderlich macht, waren auch die Frauen an der Feldarbeit beteiligt. Die Hausarbeit lag auch hier in den Händen der Frau, aber insgesamt war die Arbeitsteilung nicht ganz so streng.

Noch ein Relikt aus alten Zeiten haben wir erlebt, bei einem Stamm mit einem Häuptlingssystem. Den 'Chief' gibt es noch heute, er hat aber, außer einem besonderen Ansehen, keinerlei politische Funktion mehr. Der Häuptling wurde früher mit einem Kniefall als Zeichen besonderer Ehrerbietung begrüßt. Und entsprechend wurden auch wir von einigen Frauen begrüßt, und zwar nicht nur von den älteren, sondern auch von etlichen jungen Frauen. Keine der Frauen begrüßte uns aufrecht oder blickte uns voll ins Gesicht. Diese Situation war sehr unangenehm und hatte für uns den Ruch von Unterwürfigkeit. Das muß aber nicht unbedingt ein Anzeichen dafür sein, genaueres konnten wir leider über diese Sitte nicht erfahren.

Unsere tanzanianischen Begleiter waren über unsere Verunsicherung jedenfalls erstaunt, sie waren diese Form der Begrüßung gewohnt und fanden darin nichts Außergewöhnliches.

Untereinander gehen die Frauen sehr freundschaftlich miteinander um, zur Begrüßung berühren sie sich an der Schulter oder fassen sich um. Der gleichgeschlechtliche Umgang ist insgesamt sehr locker und liebevoll, häufig sieht man auch Männer, die sich an der Hand halten. Zwischen den Geschlechtern gibt es eine recht weitgehende Trennung, wohl mitbedingt durch die stark unterschiedliche gesellschaftliche Rolle von Mann und Frau.

Innerhalb der Großfamilie gibt es einen sehr starken Zusammenhalt der Familienmitglieder und dort, wie in der Gesellschaft, einen besonderen Zusammenhalt der Frauen. Im Gespräch mit Frauen (und Männern) zeigte sich immer wieder, daß es für die Tanzanianer ausgesprochen schwierig ist, die Probleme zu verstehen, die sich bei uns durch die Isolation in der Kleinfamilie ergeben. Die Probleme alter Menschen, der jungen Mütter, die den ganzen Tag mit ihren Kindern alleine sind, die manchmal unüberwindlichen Schwierigkeiten, ein Kind groß zu ziehen.

Die tanzanianische Frau hat durchschnittlich fünf oder sechs Kinder, das erste bekommt sie zwischen zwölf und fünfzehn Jahren. Die Aufzucht der Kinder liegt bis zum sechsten Lebensjahr allein bei der Frau; in der letzten Zeit entwickelt sich eine zunehmende Verantwortlichkeit des Vaters für das Schulkind. Kleinkinder sind ständig bei der Mutter, das jüngste auf ihrem Rücken; wenn das nächste Baby kommt, bevor das letzte laufen kann, muß das älteste der Geschwister sich mit dem Kind abschleppen.

Seitens der Regierung wird über die Krankenhäuser versucht, Aufklärungsarbeit zu leisten und wird die Familienplanung propagiert. Das am weitesten verbreitete Verhütungsmittel ist die Spirale; die Frauen machen meistens nach dem sechsten Kind davon Gebrauch, oder um die Zeitspanne zwischen zwei Kindern zu verlängern. Auf diese Weise kann (außer den Vorteilen für die Mutter) u.a. der Übergang des Kindes von der Ernährung durch Muttermilch zur normalen, meist leider sehr einseitigen Ernährung hinausgezögert werden.

Übrigens, Flaschenernährung ist in Tanzania verpönt, u.a. wegen der schlimmen Erfahrungen, die in anderen Ländern der 3. Welt mit Flaschennahrung gemacht wurden. Daß eine Frau Verhütungsmittel benutzt, um ganz auf Kinder zu verzichten, kommt praktisch nicht vor (evtl. in der Stadt, darüber war aber nichts zu erfahren); die Bestimmung der Frau ist Ehe und Mutterschaft. Eine Frau ohne Kinder erfüllt ihre Funktion nicht, ist fast nutzlos.

Die Entscheidung, die sich vielen Frauen bei uns in der BRD stellt, Kinder oder Beruf, ist für die tanzanianische Frau kein Problem. Die Bedeutung des Kampfes gegen den Abtreibungsparagraphen für die Frauenbewegung in der Bundesrepublik bzw. den westlichen Industrieländern, ist für die Frau in Tanzania, insbesondere in ländlichen Gebieten, nur schwer verständlich. Für sie stellt sich das Problem einer Schwangerschaft und deren Folgen ganz anders.

Die Frau hat zwar die Kinder großzuziehen, aber sie steht damit nicht allein: Im Hause sind immer weibliche Verwandte, die sich selbstverständlich um alle Kinder kümmern. Die kleinen Kinder sind anhänglich wie 'Klammeraffen' und fangen schnell an zu schreien, wenn man sie vom Körper der Mutter nimmt. Sie sind aber sofort wieder zufrieden, wenn jemand anders sie auf dem Arm hält, selbst unsere weissen Gesichter haben sie nicht erschreckt. In gewissem Sinn ist die Mutter also unabhängiger als so manche Mutter bei uns, die oft ihr Kind nicht allein lassen kann.

Der Stolz der tanzanianischen Frau, der so viele Europäer fasziniert, ist kein Ausdruck von Emanzipation. Er beruht auf dem recht hohen Ansehen, das die Frau in der Gesellschaft hat, das wiederum in vielen Punkten auf ihre Funktion in den traditionellen Gesellschaften zurückzuführen ist.

Die Stellung der Frau ist in den alten Stammestraditionen recht unterschiedlich,z.T. war sie ökonomisch recht unabhängig, etwa dadurch, daß die Frau Nutzungsrechte an Boden besaß und den auf ihren Feldern produzierten Überschuß frei verkaufen konnte. Z.T. waren und sind die Frauen Händlerinnen (in den Städten

duzierten Überschuß frei verkaufen konnte. Z.T. waren und sind die Frauen Händlerinnen (in den Städten

haben sie meist kein eigenes Land), sie kaufen ihre Produkte direkt vom Produzenten oder von Zwischenhändlern. Diese Frauen versorgen sich und ihre Kinder selbständig; vom Mann bekommen sie allenfalls Unterstützung für seine Mahlzeiten und evtl. für die Kinder.

Abhängigkeit der Frau vom Mann war durch ihre halbautonome Rolle als Produzentin und Verteilerin der Waren kaum gegeben. Diese traditionelle Rolle der Frau wurde und wird durch den Einfluß der Kolonialisten und der Industrieländer immer mehr zerstört.

Der moderne Handel wird zunehmend von Männern übernommen, die eine bessere Schulbildung genießen.

Den Frauen bleibt der Markthandel, dessen Bedeutung bei zunehmender Modernisierung der Wirtschaft abnimmt.

Die Kolonialisten haben ihre Vorstellung von der generellen Überlegenheit des männlichen Geschlechts den Afrikanern aufgepfropft. Auch dort, wo z.B. die Frauen maßgeblich die Landwirtschaft betrieben, wurden die Männer mit den modernen Anbaumethoden vertraut gemacht. Durch Agrarreform der europäischen Kolonialverwaltungen wurde das Land an die Männer verteilt und die Rolle der Frau in der Warenproduktion immer weiter zurückgedrängt.

In einem recht abgelegenen Dorf, ohne Straßenverbindung, am See gelegen und nur mit dem Boot zu erreichen, erlebten wir noch recht starke alte Traditionen in Bezug auf Rollenverteilung in der Warenproduktion und -verteilung. Alle Frauen in diesem Dorf sind Töpferinnen. Jedes Mädchen lernt Tontöpfe herzustellen, die aus freier Hand geformt werden. Neuere technisierte Methoden, z.B. Töpferscheibe oder das Brennen der bisher nur luftgetrockneten Gefäße, sind wenig zu finden.

Die Männer sind Fischer, bauen die Einbäume und fahren mit den Booten die fertigen Töpfe auf den Markt zum Verkaufen.

In dieser Gesellschaft haben Mann und Frau ihre festen Funktionen. Ihre Rolle ist durch das Geschlecht festgelegt, aber ihre Rollen sind gleichwertig. Das Ansehen der Frau als Produzentin und Mutter ist hoch - von Gleichberechtigung und Emanzipation beider Geschlechter kann allerdings keine Rede sein.

Heute ist die tanzanianische Frau in wesentlichen Bereichen von den Männern verdrängt worden, ihr Status ist durch die „Modernisierung" geschwächt.

Die Frau ist zurückgedrängt auf den Subsistenzanbau, in den Haushalt und die Kinderbetreuung. Die Arbeit, die sie auf den kleinen Feldern, den „shambas" leistet, ist für den Unterhalt der Familie unentbehrlich, die Arbeit der Frauen ist notwendig, wird aber nicht in Geld bewertet. Dadurch entsteht eine wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau, die es früher in diesem Ausmaß nicht gab. Relikte alter Traditionen, die heute z.T. jede sinnvolle Funktion verloren haben, verschärfen diese Tendenz.

So waren (und sind) die Männer Besitzer von Vieh, Haus und Land oder kontrollieren die Nutzungsrechte an Boden, fast immer wird in männlicher Linie vererbt. Falls der Mann stirbt, hat die Frau nur Anrecht auf ganz bestimmte, deutlich als ihre definierte Besitztümer, z.B. Kochgeschirr. Oft geht die Frau nach dem Tod ihres Mannes in ihre väterliche Familie, ohne irgendeinen Anteil an ihrer jahrelangen Arbeit. Ähnlich ist es im Falle einer Scheidung.

Das neue Ehegesetz von 1971 hat die Frage des Unterhalts der Frau nach Tod oder Scheidung noch nicht geklärt. Mit vielen Schwierigkeiten wurde wenigstens das Erbrecht der Witwe gesichert.

Die Probleme, die sich bei der Schaffung und Durchsetzung des neuen Eherechtes ergaben, sind für uns nur schwer verständlich. So musste sehr verschiedenen Ehesitten Rechnung getragen werden: Dem Gewohnheitsrecht, christlichen, islamischen, hinduistischen Traditionen und Moralvorstellungen und dem Zivilrecht.

Einige wesentliche Verbesserungen wurden erreicht: Heute haben Mann und Frau das Recht, die Ehe abzulehnen. Für uns ist diese Freiheit selbstverständlich, für die Afrikaner jedoch nicht. Gegen die Muslim konnte durchgesetzt werden, daß die Ehefrau vor Gericht ihr Einverständnis erklären muß, wenn der Mann eine zweite Frau heiraten will. Nach islamischem Recht konnte der Mann die eheliche Verbindung jederzeit lösen – heute müssen alle Scheidungsfälle vor einen Schlichtungsausschuß gebracht werden. Sicherlich ist das neue Gesetz noch sehr unzureichend und wird insbesondere den Interessen der Frauen nicht gerecht.

Man sollte aber bedenken, daß z.B. ein Verbot der Polygamie heute für die Tanzanianer absolut unverständlich wäre und vor allem bei den Muslim auf entschiedenen Widerstand stoßen würde. Auch den anderen Religions- bzw. Stammesgruppen wäre solch eine strikte „Lösung" nicht zu vermitteln. Das liegt unter anderem daran, daß verschiedenste Sitten und Gebräuche toleriert werden, und daß es auch in einigen alten afrikanischen Gesellschaften üblich ist, daß der Mann zwei Frauen hat. Dies allein als wesentlichen Ausdruck und Maßstab für die Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft zu nehmen, ginge an den realen Verhältnissen vorbei.

Wenn mit Hilfe dieses Gesetzes die Möglichkeiten der Diskussion über die Funktion der Ehe und das Verhältnis von Mann und Frau systematisch genutzt werden, wenn auf diese Weise eine weitgehend freie Entscheidung zu Ehe und Scheidung ermöglicht wird, ist ein gewaltiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung getan.

Wichtig für die Beurteilung der Situation der Frau in Tanzania sind noch einige Angaben zu ihrer beruflichen Situation.

Nur 10 % der entlohnten Arbeitskraft sind durch Frauen repräsentiert, davon nur 4 % in der Industrie und 2 % in leitenden Positionen. 50 % der Männer und Frauen sind in der Landwirtschaft beschäftigt; eine beachtliche Zahl von Männern davon sind Lohnempfänger, aber nur ganz wenige Frauen, sie leisten in der Regel den Anbau für den direkten Bedarf der Familie. Um eine vollständige Einbeziehung und Gleichberechtigung der Frauen im Berufsleben zu ermöglichen ist es notwendig, die typischen Frauenarbeiten neu zu regeln, z.B. Schaffung von Kindergärten, Wäschereien, öffentlichen Kantinen u.ä., außerdem eine umfassende Aus- und Weiterbildung.

Wirklich entscheidend wird sich die Situation der Frauen aber erst ändern, wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern abgeschafft ist; dann erst besteht die Möglichkeit für wirklich freie Entscheidungen, auch in Bezug auf Ehe und Scheidung. Dann erst sind wesentliche Voraussetzungen für die vollständige Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Leben gegeben.

Eine Genossin aus Hamburg

Frauen und Knast

Frauen und Knast



Zu diesem Thema fand in Hamburg am 3.10.77 in den Markthallen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt.

In mehreren Referaten wurde über die Situation der Frauen im Knast berichtet. Über den Alltag, den täglichen Kampf um den Kleinkram, um Selbstverständlichkeiten, wie man meinen sollte.

Es wurde über den Fall Judy Anderson berichtet, an dem deutlich wird, daß nur eine breite Solidaritätsbewegung und Öffentlichkeit die Situation der Gefangenen verbessern kann.

Es wurde außerdem berichtet über die Situation der politischen Gefangenen und dargestellt, wie mittels der Terroristenhetze jede Emanzipationsbestrebung diffamiert wird, und wie die bürgerliche Wissenschaft diese Hetze mit angeblich „wissenschaftlichen Theorien" zu untermauern und abzusichern versucht.

Mit etwa 500 Besucher(inne)n war die Veranstaltung recht gut besucht; Teilnehmer waren: Petra Rogge, Rechtsanwältin, Peggy Parnaß, Journalistin, Frauengruppe Germanistik, Frauengruppe Anglistik, Jura-Frauengruppe, SSB-Frauengruppe, Arbeitsgruppe Frauen des KB und eine Frau der Gefangenenselbstinitiative.

Da besonders die Informationen zu der alltäglichen Situation der Frauen im Knast auf breites öffentliches Interesse gestoßen sind, veröffentlichen wir im nächsten AK in Auszügen den auf der Veranstaltung dazu gehaltenen Beitrag.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Giftalarm gehört (fast) zum Alltag

Jeder, der im Hafen arbeitet, kennt die täglichen Gefahren, die durch mangelnde Sicherheit, schlechtes Umschlaggeschirr und ständige Arbeitshetze entstehen. Und jetzt droht auch noch immer häufiger Giftalarm.

Am 5.10. wird nachts am Schuppen 55 durch die Bahn ein Waggon gestellt, dem eine stinkende Flüssigkeit entweicht. Es wird Giftalarm gegeben. Aus den Begleitpapieren geht hervor, daß es sich bei der ausfliessenden Flüssigkeit um Salpetersäure handeln muß. Das Hafenbecken und alle benachbarten Straßen werden abgesperrt. Es wird sogar erwogen, die dort liegenden Schiffe zu verholen. Der Feuerwehr gelingt es jedoch, die giftige Säure zu neutralisieren und die beschädigte Kiste sicherzustellen. Wäre dies während der normalen Arbeitszeit passiert, wäre die Verletzungsgefahr erheblich gewesen.

Ebenfalls am 5.10. wird an Schuppen 80 hochgiftiges Brom verladen, wobei zwei Kisten zu Bruch gehen. Durch das entweichende Gas können die Kollegen schwere Vergiftungen und Verätzungen erleiden. Der Meister (Kranführer) war aber geistesgegenwärtig genug, die Palette [illegible]en Kisten in den Oderhafen zu drehen, so daß den Kollegen nichts passierte, aber das hochgiftige Brom jetzt in der Elbe liegt.

Am 11.10. gab es dann zum dritten Mal Giftalarm, als an Schuppen 61 Karbid nach außenbords gelöscht wurde. Eine Palette mit 15 Fässern ist dann prompt ins Hafenbecken ausgeschüttet worden. Ein Faß war auch noch undicht, so daß das hochexplosive Kalziumkarbid sich im Wasser auflöste. Eine dichte Giftwolke bedeckte bald die Wasseroberfläche und löste sich nur schwer in der Windstille auf. Die Kollegen bekamen natürlich das Laufen. Glücklicherweise passierte aber auch diesmal nichts.

Dieses tägliche Leben mit der Gefahr hat leider viele Kollegen unsensibel gemacht. So waren auch diese Ereignisse nur sehr kurz Tagesgespräch. An Schuppen 55 ist der nächtliche Vorfall überhaupt nicht bekannt geworden.

Die Nutznießer sind die Hafenkapitalisten, denn an nicht ordnungsgemäßer Verpackung, Beschriftung und Sicherung der Ladung sparen sie sehr viel Geld.

Hafenanleitung
KB/Gruppe Hamburg

Erfolgreicher Streik auf der „St. Raphael"

Am Freitag, dem 30.9., gingen Mannschaft und Offiziere des unter Singapur-Flagge fahrenden 90 000 t Tankers „St. Raphael" in Streik. Das Schiff wird von der zur Hamburg-Süd-Gruppe (Oetker) gehörenden Londonder Firma „Naut Shipping Company" bereedert, fährt mit polnischen Offizieren und mit spanischer Besatzung. Die gesamte Besatzung forderte internationale Standardheuer. Bisher hatten sie Verträge mit einer Heuer, die weit unter den Bedingungen der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) lag.

Die ITF forderte die ÖTV-Sekretäre in Hamburg auf, den Streik zu unterstützen. Nach 6 Stunden Streik unterzeichneten die Kapitalisten den Vertrag mit der ITF. Die Heuererhöhung macht ca. 60% (!) aus, insgesamt 85 000 US-Dollar Heuer sind nachzuzahlen (nach „ITF Newsletter")! Dieser Streik sollte international Maßstäbe setzen. Denn rund 1000 Schiffe fahren unter „Billig-Flaggen", mit Billig-Heuern, unheimlich miesen Arbeitsbedingungen und eingeschränkten Rechten. Und die westdeutschen Reeder drohten kürzlich erst wieder angesichts der Verhandlungen über den Manteltarifvertrag, noch mehr Schiffe „auszuflaggen"...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

täre in Hamburg auf, den Streik zu unterstützen. Nach 6 Stunden
ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Faschisten raus aus der Gewerkschaft!

In den Gewerkschaften wird sorgfältig eine Überprüfung der Linken und eine entsprechende Ausschlußpolitik betrieben. In ihrer Abgrenzung gegen „Rechts- und Linksextremismus" stellen dabei die Gewerkschaftsführer den Worten nach beide auf die gleiche Stufe.

Im gewerkschaftseigenen Betrieb Bank für Gemeinwirtschaft arbeitet nun seit mehr als fünf Jahren der Jungfaschist Michael Buchmann. Seine bisherigen Auftritte:

- 17.6.76 wurde er im Zusammenhang mit dem Aufmarsch der NPD, Deutschen Volksunion (DVU) und sonstigen Neonazis in Bonn „wegen Verdachts des unerlaubten Waffenbesitzes" festgenommen,
- 7.8.76 war er Teilnehmer am „NPD-Kongreß der nationalen Kräfte Europas"
- 15.5.77 war er Teilnehmer der geplanten DVU-Kundgebung im Curio-Haus und befand sich später unter den Nazi-Schlägern, die dann versuchten, ihre Veranstaltung im Osdorfer Born durchzusetzen.
- 17.7.77 befand er sich wie schon öfter am NPD-JN-Stand Spitaler-Straße.
- 16.9.77 stand er in vorderster Front bei der geplanten NPD-Kundgebung „Rotfront verrecke" in Oldenburg.

Seine unzweifelhaften Aktivitäten sind im Betrieb kein Geheimnis. Umso interessanter, daß er immer noch Mitglied der DGB-Gewerkschaft HBV ist.

In diesem Zusammenhang eine recht „pikante" Anekdote aus der Gemeinwirtschaft: Vor einigen Jahren hatte M. Buchmann versucht aus der HBV auszutreten. Da in der BfG jedoch quasi „Zwangsmitgliedschaft" für alle Betriebsangehöriger in der Gewerkschaft herrscht, wurde er sogleich von der Personalabteilung zu sich gerufen und eines „Besseren" belehrt: Wenn er aus der Gewerkschaft austrete, müsse er mit seiner Kündigung rechnen. Daraufhin blieb der Faschist in der HBV.

Nicht genug, daß die Faschisten nicht aus der Gewerkschaft fliegen – in gewerkschaftseigenen Betrieben werden sie sogar zur Mitgliedschaft gezwungen!!

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg



Faschist Michael Buchmann immer noch Mitglied in der HBV



Betriebsrat zurückgetreten

SAGA, Hamburg. Am 11.10.77 kam durch den spektakulären Rücktritt des Betriebsrates der SAGA etwas Licht in die betriebliche Praxis des staatlichen Wohnungsbauunternehmens (100% der Aktien in Senatseigentum). Die bisher an die Öffentlichkeit gelangten Begründungen für diesen Schritt:

- Mit der Senatsstimmenmehrheit lehnte der Aufsichtsrat die zwischen Betriebsrat (BR) und Vorstand ausgehandelte Kontoführungsgebühr von zwei Mark ab.
- Auf die gleiche Weise wurde eine ausgehandelte Treueprämie abgewiesen.
- Übertarifliche Gehaltserhöhungen wurden nicht mit dem BR abgesprochen.
- Zusammenlegungen von Abteilungen wurden erst nach Beschluß vom Vorstand dem BR mitgeteilt (nach „Hamburger Morgenpost", 12.10.77). Das ist Mitbestimmungspraxis a la SPD.

Einer der wesentlichen Gründe für den Rücktritt scheint die Rationalisierungspolitik der SAGA zu sein. **Seit Anfang 1975 hat die Zahl der Wohnungen um 4,3% zugenommen, während die Zahl der Arbeiter und Angestellten um 16% gesunken ist.**

Die zunehmenden Auslandsinvestitionen verschlingen natürlich auch viel Geld und vergrößern damit die Gefahr der Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen. Schon im März habe der BR Unterlagen angefordert, um die „mittelfristige Personalplanung" des Vorstandes zu erfahren. Trotz mehrfacher wiederholter Anfragen kamen erst Anfang Oktober Informationen vom Vorstand: *„ 86 Personen (seien) aufgegeben worden, die im Interesse der Allgemeinheit Hamburgs nicht mehr benötigt werden"* („Welt", 13.10.77).

Was dabei das „Interesse der Allgemeinheit Hamburgs" ist, darüber schweigt der Aufsichtsratsvorsitzende, der Hamburger Bausenator Bialas. Über die Interessen des SPD/FDP-Senats gab der zurückgetretene Betriebsrat Auskunft: *„Senat und Behörden greifen in betriebsverfassungsrechtlichen Fragen in die Geschäftspolitik ein und unterlaufen und unterhöhlen so die uns vom Gesetzgeber gegebenen Möglichkeiten"* (Erklärung des BR, „Welt", 13.10.77).

Wohungskommission

Wieder eingestellt!

Fristgerecht zum Kündigungstermin wurde der stellvertretene Jugendvertreter im Allgemeinen Krankenhaus Eilbek (AKE) wieder eingestellt. Ohne Begründung, versteht sich. Über die Motive der Krankenhausleitung kann man nur spekulieren: Entweder hatten sie Angst, auf dem Prozeßtermin die Hosen runterlassen zu müssen oder sie wollten eine Ausweitung der Solidaritätsbewegung unter den Auszubildenen verhindern...

Der Schülerrat des AK Barmbek z.B. hatte bei der Krankenhausleitung des AKE gegen Disziplinierungen kritischer Auszubildener protestiert. Die Krankenhausleitung, informiert durch die Pflegedienstleitung des AKE, reagierte postwendend. Mitgliedern des Schülerrats wurden disziplinarische Maßnahmen angedroht, denn sie hätten sich in die „internen Angelegenheiten eines anderen Hauses gemischt" und damit ihre „Kompetenzen" überschritten.

Fazit: Wer sich solidarisiert, wird bestraft. Jede Kritik abwürgen, damit z.B. die rigorosen Sparmaßnahmen widerstandslos durchgezogen werden können; das ist die Politik der Gesundheitsbehörde.

Ein Genosse der Gesundheitszelle
KB/Gruppe Hamburg

„Terroristenfahndung" — Jeder 25jährige ein Terrorist?

„Zur Intensivierung der Fahndung nach terroristischen Gewalttätern hat die ‚Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt' beschlossen", die Kollegen von Geldinstituten, Postämtern, Hotels/Pensionen, Kfz-Vermieter und Prägeanstalten für Kfz-Kennzeichen *„um ihre Mithilfe zu bitten"*.

Ein Merkblatt möchte die Kollegen *„anregen, bei der Aufklärung von Kapitalverbrechen mitzuwirken"*. In diesem Merkblatt werden sodann die Kriterien für das Erkennen von „Terroristen" benannt: *„Terroristen sind äußerst gefährlich. Sie schießen sofort, wenn sie sich in Gefahr glauben..."* und *„Terroristen sind etwa 20 bis 35 Jahre alt, verändern ihr Aussehen durch Perücken, gefärbte Haare u.ä., kommen in Hotels meist zu ungewöhnlichen Zeiten, zu zweit, haben kaum das übliche Reisegepäck und wirken nicht wie Geschäftsleute oder Urlauber..."*.

Für eine Personenbeschreibung wird sogleich ein entsprechender Vordruck mitgeliefert. Die Kollegen sollen zur aktiven Teilnahme an der Terroristenhatz und Verfolgungswelle erzogen werden – jede 25jährige eine potentielle Terroristin?

Neben dieser Maßnahme bringt auch die geplante gesetzliche Verpflichtung zur Einführung optischer Überwachungsgeräte in den Banken die Ausdehnung des Staatsapparates in die zivilen Bereiche zum Ausdruck.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Merkmale zur Personenbeschreibung

1 Geschätztes Alter

2 Gesamterscheinung ☐ gepflegt ☐ ungepflegt
- 2.1 Haltung ☐ aufrecht ☐ vorgeneigt
- 2.2 Auftreten ☐ sicher/gewandt ☐ unsicher
- 2.3 Stimme ☐ hoch ☐ tief ☐ hell ☐ heiser
- 2.4 Sprache ☐ gewählt ☐ hochdeutsch ☐ Dialekt/welcher? .... ☐ gebrochen deutsch
- 2.5 Gang ☐ aufrecht ☐ gebeugt ☐ laufend ☐ schleichend ☐ trippelnd ☐ watschelnd

3 Körperlänge .... (geschätzt an welchem Fixpunkt?)..............

4 Körperform ☐ schlank ☐ stark ☐ schwächlich ☐ untersetzt

5 Frisur ☐ glatt ☐ gewellt ☐ Mecki ☐ Beatle ☐ gescheitelt-l/r ☐ ungescheitelt ☐ Glatze

6 Haarfarbe ☐ schwarz ☐ braun ☐ brünett ☐ dunkelblond ☐ hellblond ☐ weiß ☐ grau/meliert ☐ rot ☐ rot/blond

7 Kopfform ☐ rund ☐ oval ☐ Kreisel ☐ viereckig ☐ Pyramide

Große Sprüche —Nichts dahinter!

Wenn man die Sprüche der angereisten HBV-Führer auf der letzten Mitgliederversammlung im Fachbereich Versicherungen in Hamburg nimmt, geht es in der HBV steil aufwärts und scharf nach links! Hier ein Auszug aus den markigen Worten von Sekretär Keuchel und Chefredakteur Götz, die von der Zentrale in Düsseldorf extra angereist waren: Die Gewerkschaften müßten

- wieder mehr ihre klassische Rolle einer Kampforganisation aufnehmen,
- über den Kampf gegen Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeitnehmer hinaus gegen die Rechtsentwicklung mobilisieren.

Umso lauter sind diese Sprüche, als die Gewerkschaftsführer schon einiges getan haben, um die Basisarbeit schrittweise einzuschränken. Die Mitgliederversammlung war selbst Ausdruck davon: Statt vor noch einiger Zeit über 200 Kollegen,

Fortsetzung Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

waren jetzt nur noch 60 Kollegen im Gewerkschaftshaus versammelt.

Hatte die HBV beim letzten BR-Wahlkampf noch bei der Iduna der HBV-Liste einschließlich der Linken noch die Flugblätter bezahlt, so wurden diesmal die Linken von der offiziellen HBV-Liste geschmissen und die rechten HBV'ler veröffentlichten bisher überhaupt nichts.

Bei der Hamburg Mannheimer, die gern als „Paradebeispiel" von der Ortsverwaltung herausgestrichen wird, wurden

- die Jugendzeitung „KuHMist" eingestellt,
- die Betriebsgruppenversammlungen auf zwei pro Jahr zusammengestrichen, zu der die Einladungen teilwese erst am selben Tag ankommen;
- der ersatzweise aufgebaute Vertrauenskörper für nicht öffentlich erklärt,
- die Flugblattverteilung wurde eingestellt.

Wo man sich in der HBV umtut, die Basisarbeit wird schrittweise eingestellt. Da können auch keine großen Sprüche darüber hinwegtäuschen.

Ein Genosse aus dem HBV-Bereich

Massive Einschüchterungen bei BR-Wahlen

Hamburg. Insgesamt stellen sich bei der Iduna, wo vorgezogene BR-Wahlen stattfinden, weil der alte zurücktreten mußte, acht Listen zur Wahl. Es gibt drei Listen der ehemaligen BR-Vorsitzenden Arndt (Iduna Allgemeine), Fechner (alter BR-Boß Leben) und Reimann (BR-Leben), was auf die heftigen Fraktionskämpfe in der DAG hinweist. Alle drei gehören bzw. gehörten der DAG an. Fechner soll, nachdem man ihm auf der „offiziellen" DAG-Liste Platz 27 (bei 16 Sitzen) angeboten hat, wutschnaubend ausgetreten sein.

Außerdem gibt es die zwei HBV-Listen, einmal die Rechten um Müller-Weymann, die auf der letzten Betriebsgruppensitzung die offene Spaltung vollzogen (siehe AK 114) und die Liste der HBV-Linken „Alternative".

Weiterhin existieren Listen eines Großraum-Abteilungsleiters, eine von EDV-Mitarbeitern und der rechte Abteilungsleiter-Klüngel M.E.P.I. will auch kandidieren.

„Friedhofsruhe" besteht deshalb, weil sich bislang nur die „Alternative" inhaltlich zu ihren Zielen geäußert hat, mit inzwischen drei Flugblättern nahm sie zu ihrer Kandidatur als „Alternative", zum Beurteilungswesen und zu betrieblichen Überwachungsmaßnahmen Stellung.

Es ist offensichtlich, daß erstmal in Ruhe Unterschriften gesammelt werden sollen, bevor die einzelnen Listen ihre Vorstellungen zur BR-Wahl veröffentlichen. Verbunden damit läuft ein harter Kampf um die Unterschriften. Zwei Listen, die DAG um Arndt und die HBV um Müller-Weymann sammelten jeweils schon ca. 300 Unterschriften mit dem klaren Ziel, die Möglichkeiten anderer Listen für die Kandidatur einzuschätzen (jede Liste braucht mindestens 100 Unterschriften, um sich zur Wahl stellen zu können). Damit einher geht eine offene Einschüchterungskampagne der Kapitalisten, um die Kollegen davon abzuhalten, ihre Unterschrift für die Liste „Alternative" zu geben. Das reicht von offenen Drohungen seitens der Abteilungsleiter bis hin zu massiv ausgestreuten Gerüchten, so daß viele Kollegen, die die linke Liste wählen wollen, sich nicht trauen, eine Unterschrift für deren Liste zu geben. Hinter der Einschüchterungskampagne steckt die Furcht seitens der Kapitalisten, daß die linke Liste einen erheblichen Teil der Stimmen bekommen könnte, weil einzig und allein die Linken nicht mit in dem BR-Klüngel steckten, der sich reichlich Verletzungen sogar des Betriebsverfassungsgesetzes zugunsten des Kapitalisten hat zuschulden kommen lassen. So werden Gerüchte über die „RAF-Liste" ausgestreut bzw. ausgehängte Flugblätter sorgfältig überklebt mit „Liste des KB". Bei den Wahlbehinderungen sind die Kapitalisten bzw. teilweise andere Listenmitglieder bereits soweit gegangen, daß jederzeit schon ein Einspruch dagegen möglich wäre, so daß die Wahl wiederholt werden müßte.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Druck

11. Gewerkschaftstag der DruPa

Vom 16. bis zum 22. Oktober findet in Augsburg der 11. ordentliche Gewerkschaftag der IG Druck und Papier statt. Hierzu liegen den 267 Delegierten, die rund 158.000 Mitglieder vertreten sollen, insgesamt 366 Anträge und 8 Beschwerden (in Sachen Gewerkschaftsausschlüsse) vor.

Dieser Gewerkschaftstag wird wieder einmal eine „machtvolle Demonstration gewerkschaftlicher Einheit" bringen, nämlich die Absegnung des Kurses, den die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bestimmen. Darin wird sich der Gewerkschaftstag der DruPa nicht wesentlich von dem der IGM unterscheiden, der kürzlich zuende gegangen ist (siehe AK 114). Gleichzeitig wird die DruPa durch mehr linke Anträge und auch Delegierte als bei der IG Metall zumindest ihrem Image als „linke" Gewerkschaft Genüge zu tun versuchen.

Andererseits steht auf dem Gewerkschaftstag – dem ersten nach dem Druckerstreik neben der Tarifpolitik die ökonomische Entwicklung in der Branche im Mittelpunkt. In den letzten 6 Jahren wurden durch Rationalisierung 32.000 Arbeitsplätze vernichtet, bei gleichzeitiger Produktionssteigerung von 5,6 % allein im Zeitraum von 1975 bis 1976 (Zahlen nach Bundesamt für Statistik, Wiesbaden). In den nächsten Jahren sollen weitere 60.000 Arbeitsplätze vernichtet werden, bedingt durch die Einführung neuer (Elektronik-)Techniken, die ganze Berufssparten in ihrer Existenz bedrohen (Setzer). Es wird auf dem Gewerkschaftstag die Frage sein, ob die DruPa-Führer sich dabei allein auf starke Worte beschränken können.

Demokratie – ein Fremdwort

Allgemein gilt die DruPa als eine der linkesten erfolgreichsten Einzelgewerkschaften im DGB. So wurde sie 1965 vor dem Gewerkschaftstag in der „Stuttgarter Zeitung" fälschlich als „rosarote Hauskapelle" bezeichnet, oder behauptet, sie würde sehr stark von der RGO terrorisiert („Vorwärts", 19.3. 73). Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klein aus Göttingen stellte sogar vor einigen Tagen die Frage, „ob diese Organisation sich noch im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung bewegt" (nach BED 74/77)...!

Neben vielen radikalen Sprüchen im Zentralorgan (ZO) der Druckgewerkschaft wird dafür der p o l i t i s c h e Zeitungsstreik Anfang der 50er Jahre für die Mitbestimmung sowie eine Vielzahl kleinerer Streiks im Sommer 1968 gegen die Notstandsgesetze verantwortlich gemacht. Auch der fast 14tägige Streik im Frühjahr 1976 hat diesem angeblichen Bild der DruPa weitere Nahrung gegeben.

Doch wie die Wirklichkeit aussieht, wollen wir an dem Beispiel der „demokratischen Willensbildung" zum Gewerkschaftstag deutlich machen.

Laut Satzung der DruPa dürfen Anträge nur Ortsvereine, Bezirke, Landesbezirke, Hauptvorstand, Hauptausschuß sowie der Hauptfrauenausschuß und die Bundeskonferenz der Berufsgruppen und Jugendlichen stellen.

Die beim Hauptvorstand eingegangenen Anträge werden laut Satzung vollständig im Zentralorgan veröffentlicht und zwar mindestens sechs Wochen vor Beginn des Gewerkschaftstages. Bevor die nach oben gereichten Anträge aber den Delegierten zur Entscheidung vorliegen, wird sich *„eine Antragskommission noch vor dem Gewerkschaftstag mit den vorliegenden ... Anträgen, eine Satzungskommission mit den Anträgen zur Satzung und eine Beschwerdekommission mit den eingegangenen Beschwerden beschäftigen. Diese Kommissionen werden dem Gewerkschaftstag gegenüber Empfehlungen (!) aussprechen und den Delegierten damit die endgültige Entscheidung erleichtern (!). Die Kommissionen sind durch den erweiterten Vorstand in ihrer Zusammensetzung bestimmt (!) worden."* (nach Zentralorgan Nr. 18/77). Den Kommissionen gehören, wie man sich denken kann, samt und sonders Mitglieder der gehobenen DruPa-Führung an, nämlich Mitglieder des Hauptvorstandes und der Landesbezirksvorstände, die diese Funktionen u n t e r s i c h s e l b e r aufteilen.

Für die „einfachen" Mitglieder in den Betrieben sowie Vertrauensleute ist es fast unmöglich, auf den Gewerkschaftstag irgendeinen nennenswerten Einfluß zu nehmen. Das wollen wir hier am Beispiel des Landesbezirks Nordmark deutlich machen.

Die unterste Ebene stellt die Mitgliederversammlung dar, die in Hamburg schon seit 1963 vom Vorstand durch eine Delegiertenversammlung ersetzt worden ist. Damit sind die „einfachen" Mitglieder jedes aktiven Entscheidungsrechts innerhalb der DruPa beraubt, denn:

Delegierte sind Kraft Amtes die Betriebsratsvorsitzenden, die Mitglieder des Vorstandes, die Vorsitzenden der Berufssparten usw. Die restlichen Kollegen (auf 50 Gewerkschaftsmitglieder ein Delegierter) werden dann in den Betrieben gewählt, nachdem sich die Vorstände bereits ihre „Hausmacht" geschaffen haben.

Diese zum Teil „selbstgewählten" Delegierten wählen dann die Delegierten zum Bezirkstag, dem nächst höheren Organ. Für diesen durfte Hamburg beim letzten Gewerkschaftstag 38 Delegierte stellen. Der Bezirkstag wiederum stellte 34 Delegierte für den Landesbezirkstag. Auf dem Landesbezirkstag werden dann die Delegierten (etwa 30) zum Gewerkschaftstag gewählt. Durch dieses Filtersystem sind die „Delegierten" des Landesbezirks zum Gewerkschaftstag schließlich zu 90% hauptamtliche und ehrenamtliche Gewerkschaftsführer.

Ähnlich läuft das auch in den anderen Landesbezirken ab.



Man ist also auf dem Gewerkschaftstag praktisch „unter sich", wobei es dann auch gerne geduldet wird, daß einige linke Delegierte durch den undemokratischen Weg durchgeschlüpft sind. Man muß ja etwas für sein „linkes" Image tun.

Welche Blüten dabei aufgehen, zeigt folgendes fast amüsantes, wenn nicht so ernstes Beispiel: Kollegen aus dem Bezirk Kreuzberg in West-Berlin hatten einen Antrag gegen den Maulkorbparagrafen 88 a eingebracht. Die Antragskommission witterte sofort linke Gefahr und sprach sich dagegen aus, so daß die große Mehrheit der Delegierten schon den Stimmzettel herausholte, um den Antrag, wie gefordert, abzulehnen. In diesem Fall war allerdings eine Panne passiert, denn ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes spurtete ans Rednerpult und machte die Delegierten darauf aufmerksam, daß der DruPa-Hauptvorstand sowie der DGB-Bundesvorstand sich doch gegen diesen Paragrafen ausgesprochen hätten.

Der *„Stuttgarter Autorität folgend stimmten die Delegierten, die erst mehrheitlich gegen den Antrag waren, dem Antrag nun fast einstimmig zu"* (nach BED 33/77).

Das Beispiel zeigt einiges über den Abstimmungsmechanismus – ist aber natürlich in einem Punkt absolut untypisch: die „Stuttgarter Autorität" schlägt nur im Ausnahmefall auf der linken Seite zu Buche!

Vor einiger Zeit hat sich ein Mitglied des Reutlinger Ortsvereinsvorstands die Mühe gemacht, die Vorstandsdiktatur mal rechnerisch darzulegen. So schreibt er: *„Das Verhältnis hauptamtlicher und ehrenamtlicher Mitglieder sieht folgendermaßen aus:*

Große Tarifkommission Druckindustrie:
1965 bis 1968 = 68,7 : 31,3 %
1968 bis 1971 = 64,6 : 35,4 %
1971 bis 1974 = 61,7 : 38,3 %

In den Tarifausschüssen sieht es noch schlimmer aus, nämlich:

Tarifausschuß Druckindustrie:
1968 bis 1971 = 100 : 0,0 %
1971 bis 1974 = 93,3 : 6,7 %

Weiter ist in Rechnung zu stellen, daß es sich bei einem erheblichen Teil der ehrenamtlichen Mitglieder um freigestellte Betriebsräte ... handeln dürfte. Ein Teil der ehrenamtlichen rückt nach mehreren Jahren in hauptamtliche Positionen auf. Bei ihnen läßt sich teilweise eine außerordentliche Häufung von Ämtern feststellen, so daß man schon fast Ehrenamtliche vom Dienst sehen kann" (nach H.G. Haasis, „Beiträge zur Kritik des Geldes", Seite 171/72).

Diese wenigen Beispiele, die man beliebig fortführen kann (die Sekretäre sind z.B. auf Lebenszeit gewählt!), beleuchten bereits, wie weit die breite Mitgliedschaft durch einen verkrusteten und sich selbst erhaltenden Funktionärsapparat von der Willensbildung abgeschnitten sind.

Aber doch noch Schlupflöcher

Das undemokratische Netz des Vorstandes läßt andererseits aber natürlich noch Schlupflöcher für eine ganze Reihe fortschrittlicher Anträge. Noch ganz unter dem Eindruck der Aussperrung während des letzten Streiks fordern alle Landesbezirke das Verbot der Aussperrung; es gibt mehrere Anträge g e g e n Atomkraftwerke; einen Antrag zur Solidarität mit H. Brandt und Biermann; mehrere Anträge gegen Berufsverbote; Abhöraktionen usw. Auch wird zum Austritt aus der konzertierten Aktion aufgerufen, das Recht auf Arbeit, die Abschaffung des § 218 sowie die 35-Stunden-Woche u.a. werden verlangt. Insgesamt kann man sagen, daß es zum jetzigen Gewerkschaftstag sogar in der überwiegenden Anzahl fortschrittliche Anträge gibt; ganz im Gegenteil etwa zum letzten Gewerkschaftstag der IG Metall.

Das liegt daran, daß es in einigen Städten noch reine Mitgliederversammlungen gibt, die monatlich tagen (z.B. München), so daß das System zur Abblockung fortschrittlicher Anträge nicht so fein ist. Andererseits haben sich in den Diskussionen und Anträgen auch zum Teil die Erfahrungen aus dem Druckerstreik niedergeschlagen, wurde dieser Tarifkampf doch mit einer kaum zu erwarteten Militanz durchgeführt. Dementsprechend schlagen die Gewerkschaftsführer zum Teil auch heute sehr linke Töne an.

„Noch 10 Jahre Galgenfrist"

So lautet die Überschrift in einem Artikel der „Zeit" vom 21.5.76 zur Situation in der Druckindustrie, spätestens in diesen 10 Jahren *„wird das Blei aus den meisten Betrieben verschwunden sein. Verschwinden werden damit allerdings auch die Arbeitsplätze der Männer, die heute mit Blei hantieren ... für etwa 80.000 Facharbeiter ist die Zukunft unsicher geworden"*.

Das heißt: Es geht letztlich auch um das Überleben der DruPa als Gewerkschaft, da die Setzer den größten Anteil der Mitglieder stellen. Wir haben schon in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit den Kapitalisten gescheitert sind (OCR-Verhandlungen), obwohl die DruPa ihre früheren Forderungen zum großen Teil zurückgezogen hat, nämlich die a u s s c h l i e ß l i c h e Besetzung der neuen Geräte (Bildschirme) durch die Setzer.

Da diese Arbeit nach dem Willen der Kapitalisten von den Journalisten gemacht werden soll, werden Zehntausende von Setzern arbeitslos, was letztlich auch das Ende der DruPa wäre. Es liegen daher mehrere Anträge zum Gewerkschaftstag vor, den Entwurf zurückzuziehen. Nach jahrelangen Verhandlungen hat die DruPa jetzt die Verhandlungen scheitern lassen und will wohl erst den Gewerkschaftstag abwarten.

An dieser Frage wird es sicherlich zu Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftstag kommen, wenn Teile der Delegierten gegen den Kapitulationskurs der Gewerkschaftsführung Stellung nehmen. Bisher konnte die Gewerkschaftsführung durch Einschüchterung erreichen, daß die Kritik sich über den Ortsverband Hamburg hinaus nicht organisieren konnte. Insofern stellt der Gewerkschaftstag für diese Kritik ein öffentliches Forum in der Gewerkschaft dar. Die Gewerkschaftsführung wird dies durch wortradikale Sprüche zu übertünchen versuchen.

Zum Radikalenerlaß

Eine Seltenheit innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften dürfte es wohl sein, daß es allein drei Anträge gibt, die die Abschaffung des Radikalenerlasses fordern, wobei es in der Hamburger Begründung heißt, *„daß sie mit unwürdigen Mitteln der Beweisführung wie Bespitzelung (!) oder heimlichen (!) Fotos vollzogen wurden"*.

Diese Anträge haben selbstverständlich keine Chance auf dem Gewerkschaftstag. Doch schon unangenehmer dürfte für die Gewerkschaftsführer werden, daß der Gewerkschaftstag alleine 19 Ausschlußanträge gegen linke Kollegen behandeln und abstimmen muß (16 alleine aus Hamburg). Natürlich besteht auch hier kein Zweifel, daß der Vorstand die Sache in seinem Sinne entscheiden lassen kann. Allerdings sind die Gewerkschaftsführer in einigen Fällen reichlich weit gegangen, was sicher das Licht der Öffentlichkeit – selbst wie die eines Gewerkschaftstages – scheut (siehe Kasten). Denn der Hauptvorstand verlangt vom Gewerkschaftstag, Beschlüsse des Hauptausschusses – des höchsten Gremiums in Sachen Ausschlußverfahren – rückgängig zu machen und die Kollegen wieder auszuschließen. Dabei hat der Hauptvorstand zum Teil Beschuldigungen gegenüber den Kollegen erhoben, die völlig frei erfunden wurden, bzw. irgendwelchen Geheimakten entsprungen sind.

Dem Hauptvorstand geht es darum, die linken Kritiker endlich loszuwerden, egal wie. Damit so etwas in Zukunft nicht mehr vor den Gewerkschaftstag kommt, sind eine Reihe entsprechender Anträge auf Satzungsänderung in diesem Punkt gestellt worden:

In Zukunft sollen Ausschlüsse grundsätzlich nicht mehr vom Gewerkschaftstag behandelt werden, sondern die absolut letzte Instanz soll der Hauptvorstand sein, der da ohne entsprechenden Rummel entscheiden kann, wer Mitglied sein darf und wer nicht. In Zukunft – so ein Antrag des Hauptvorstands – sollen neben NPD'lern alle Gruppierungen ausgeschlossen werden, *„die sich als innergewerkschaftliche Opposition verstehen"* (so Antrag des Hauptvorstandes).Mit dieser bahnbrechenden Ergänzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses wäre dann ein für allemal geklärt, was die Gewerkschaftsführer unter „Einheitsgewerkschaft" verstehen: jede Opposition ist satzungsmäßig auszuschließen – die Entscheidung dafür trifft der Hauptvorstand!

Die Kasse ist leer, deshalb muß die Demokratie noch weiter abgebaut werden

Ein ziemlich großer Teil der Anträge befaßt sich mit den Beiträgen sowie der finanziellen Unterstützung wie Arbeitslosengeld usw.

Bekanntlich hat der letzte fast 14tägige Streik die DruPa ca. 30 Mill. DM gekostet, so daß die Streikkasse leer ist. Denn: Der Großteil des Geldes wird für den Funktionärsapparat, den DGB und dessen „gemeinnütziges" Kapital verbraten. Die DruPa benutzt nun diese Tatsache, um Abstriche in der Unterstützung zu machen, bzw. den Mitgliedern höhere Beiträge aus der Tasche zu ziehen.

Nach ihren Worten kann nur eine

Fortsetzung Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

„finanzstarke" Gewerkschaft einen erfolgreichen Kampf führen. So hatte die DruPa-Führung schon Ende letzten Jahres einen 13. Monatsbeitrag eingetrieben, wobei Mitglieder nur dann Unterstützung (auch in Rechtsfragen) erhielten, wenn sie den zusätzlichen Monatsbeitrag gezahlt hatten.

Dabei hat die DruPa mit größtenteils über 22,–DM je Monat den höchsten Beitragssatz innerhalb des DGB.

Auf dem Gewerkschaftstag will der Vorstand abgesegnet bekommen, daß Treuegeld, Arbeitslosenunterstützung usw. gekürzt werden, bzw. ganz wegfallen sollen. Erhöht werden soll dafür der Monatsbeitrag. Auch die Streikunterstützung soll massiv gekürzt werden, bei Streiks, die nicht länger als zwei Stunden gehen, soll es dann gar nichts mehr geben. Weiter fordert ein Antrag, den Gewerkschaftstag nur noch alle 4 Jahre stattfinden zu lassen, da dies *„eine durchschnittliche jährliche finanzielle Einsparung für die Organisation von mindestens 150.000 DM bedeuten würde"* (Antrag 34).

Der Vorstand könnte dann über einen noch größeren Zeitraum die Politik ganz nach seinen Vorstellungen bestimmen. Allerdings hat ein anderer Landesbezirk einen Gegenantrag gestellt, weiter bei drei Jahren zu bleiben, da *„die explosive technologische Entwicklung"* nicht gestatte, *„die Termine von Bestandsaufnahme, Neuausrichtung und Mandatserneuerung auszuweiten"* (Antrag 36).

Mit der Begründung der Kostenersparnis will der Hauptvorstand auch durchsetzen, daß der Gewerkschaftstag nicht mehr über eine Urabstimmung entscheiden kann oder soll. Die weiten Reisen würden zu viel Geld kosten.

Vorgesehen war auch erst, jetzt jährlich den 13. Monatsbeitrag einzutreiben. Die Satzungskommission hat dies aber fallen gelassen, gab es doch schon im letzten Jahr aus diesem Grunde Massenaustritte aus der DruPa.

Es wird also in nächster Zeit sehr teuer werden, Mitglied der DruPa zu sein, den Vorstand zu finanzieren (Monatseinkommen ca. 4.800 DM), und letztlich noch die Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft usw. Wie sagte doch der Vorsitzende der DruPa in einem Interview mit dem DKP-nahen Nachrichten Verlag? *„Einen Schwerpunkt unseres Gewerkschaftstages werden die Beratungen über die Reform (!) unserer Satzung einnehmen. Insbesondere das Kapitel der Unterstützungsleistungen muß modernisiert werden"* (Nachrichten 6/77, S. 24). So kann man das auch nennen.

Wird die „Pressefreiheit" angegriffen?

Einer der wichtigsten Anträge wird vom Hauptvorstand gestellt (Antrag Nr. 207), der die privatwirtschaftliche (kapitalistische) Pressefreiheit mitbestimmen will. Alternativlösungen in Form von Gründung öffentlich-rechtlicher Konkurrenzunternehmen werden gefordert sowie die Abschaffung des Tendenzschutzparagraphen. Auch wird überlegt, marktbeherrschende Zeitungen (Springer) in Gemeineigentum zu überführen. Auch die Frage von Genossenschaften wird aufgeworfen.

So fordert der Hauptvorstand dazu auf, *„solche Alternativen zur privatwirtschaftlichen Ordnung der Presse vorurteilslos (!) zu entwerfen"*. Hintergrund dieses Antrages dürfte wohl auch im Druckerstreik liegen, als ein großer Teil der Kollegen „am eigenen Leib" erfahren mußte, wie die sogenannte freie Presse gegen ihre Forderungen hetzte.

Diese Diskussion hat natürlich die Pressezaren auf die Pläne gebracht, schreibt doch der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Zeitschriftengrossisten in „Text Intern" (7/77): *„Die I.G. Druck und Papier sollte sich in erster Linie ihres Auftrages – nämlich der Sicherung der Arbeitsplätze – annehmen und nicht ohne Auftrag (!) eine Medienpolitik betreiben, die unter den vorgegebenen ideologischen Zielsetzungen darauf hinausläuft, bestimmte bewährte (!) Einrichtungen zu beseitigen."* Daß die DruPa die kapitalistische Monopolpresse nur wortradikal zur Diskussion stellt, ist diesen Leuten schon zuviel: Kümmert ihr euch man um die Arbeitsplätze, heißt es scheinheilig, aber wann die Presse dichtgemacht wird, bestimmen die Kapitalisten...

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

„Sieg Heil" auf Betriebsfest

Am 24. September war in der Kieler Ostseehalle das Betriebsfest der Gruner & Jahr-Kolleginnen und -Kollegen. Wenke Myhre trug ihre Lieder vor. „Volkssänger" Heino sorgte mit volksdeutschen Liedern wie „Schwarzbraun ist die Haselnuß" für Stimmung. Weitere Landserlieder folgten. Dem Alkohol wurde reichlich zugesprochen. Der Bandleader meinte, die Belegschaft durch heitere Spielchen unterhalten zu müssen. Er rief ins Parkett „Hummel, Hummel". Die Kolleginnen und Kollegen riefen zurück „Mors, Mors". Er rief „Zickezacke" und es erscholl zurück „Hoi, hoi, hoi". Er rief „Sieg" und die Hälfte rief zurück „Heil!" Witzig erkundigte er sich *„Wer war denn das?"* worauf er Lachen erntete.

Dem Betriebsrat blieb das Lachen im Halse stecken. Er schrieb einen Brief an den Vorstand, in dem er um eine Stellungnahme bat. Diese ist bis heute noch nicht eingetroffen! Lediglich eine schnelle Distanzierung hätte den Verdacht ausräumen können, daß es sich hier um ein geschicktes Arrangement von „Nazi-Nostalgie" auf dem Betriebsfest handelte.

Der Gruner + Jahr-Verlag hat jedoch in seinen Veröffentlichungen (u.a. „Stern" mit „Tagebüchern des Dr. Goebbels") bewiesen, daß die Nazi-Nostalgie in seinem Hause kein Ausrutscher, sondern gezielte Meinungsmache ist.

Druck-Komitee/
KB-Gruppe Hamburg

Gruner und Jahr auf Expansionskurs

Nach einer 20%igen Umsatzsteigerung 1976 haben die Gruner + Jahr-Kapitalisten große Pläne. Wie der Vorstandschef Dr. Manfred Fischer auf der Bilanzpressekonferenz in Hamburg berichtete, wird sich Gruner + Jahr als erster deutscher Verlag in Spanien und Frankreich „engagieren". Für Spanien besteht die Absicht, zusammen mit spanischen Partnern zwei Zeitschriften („Dunia" und „Ser Padres") auf Grundlage von Lizenzverträgen mit den Gruner + Jahr Zeitschriften „Brigitte" und „Eltern" herauszugeben und auf dem Vertriebs- und Anzeigensektor zu betreuen. Für Frankreich wurde bereits im Frühjahr eine Zusammenarbeit mit dem Verlag Editions Boucherit S.A. in Paris vereinbart. Als weiteres Exportobjekt ist das 1976 gestartete Magazin „Geo" vorgesehen, das inzwischen eine Auflage von 230 000 erreicht hat. Weitere Zahlen: vom G+J-Umsatz (1976: 885 Millionen) entfallen 65% aufs Anzeigengeschäft und 35% aufs Verkaufsgeschäft. (FR 3.10.77)

Jugendzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Ausschlußpolitik: Scheinzugeständnisse und Totschweigen

Wie berichtet (s. AK 113) veröffentlichte die DruPa-Führung im DruPa-Zentralorgan ihre Ausschlußanträge gegen sieben namentlich genannte Kollegen, die jetzt auf dem Gewerkschaftstag behandelt werden sollen. Die Kollegen werden darin beschuldigt, während des Druckerstreiks 1976 am „Streik-Info" mitgearbeitet zu haben welches nach DruPa-Führungs-Angaben angeblich anstelle des „Druckarbeiters", der Branchenzeitung des KB's erschienen sei. Da die Anträge einerseits völlig neue, z.T. aus der Luft gegriffene Begründungen enthalten und die Kollegen andererseits durch die namentliche Nennung den Kapitalisten zum Rausschmiß geradezu serviert werden, haben diese zwischenzeitlich folgende Schritte unternommen: der Hauptvorstand wurde aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß einer der betroffenen Kollegen auf dem Gewerkschaftstag zu den Anträgen sprechen darf, da die Anträge so konstruiert sind, daß die über die Vorgeschichte uninformierten Delegierten ihnen bedenkenlos zustimmen sollen. Zusätzlich schrieb einer der Betroffenen einen Leserbrief an das DruPa-Zentralorgan, in dem er gegen Form (namentliche Nennung) und Inhalt der Anträge Stellung bezog. Ergebnis dieser Bemühungen: Der Hauptvorstand antwortete, daß die Antragskommission zu Beginn des Gewerkschaftstages über die mögliche Teilnahme eines der Betroffenen entscheiden würde. Darüberhinaus wurde die Möglichkeit eingeräumt, Stellungnahmen in Länge der Hauptvorstandsanträge abzugeben, die an die Delegierten verteilt würden. Der Leserbrief wurde nicht veröffentlicht, ohne Begründung.

Ähnliche Behandlung erfuhren mehrere bereits 1974 ausgeschlossene Kollegen, die ihrerseits Abänderungsanträge zwecks Aufhebung der Ausschlüsse an den Gewerkschaftstag stellten. Diese Anträge wurden unter fadenscheinigen Begründungen (angebliche Nichteinhaltung der Antragsfrist etc.) vom Hauptvorstand abgelehnt. In einem Protestbrief wiesen die Betroffenen nach, daß der Gewerkschaftstag für die Behandlung dieser Anträge zuständig ist, und daß die Antragsfrist eingehalten worden sei. Daraufhin bequemte der Hauptvorstand sich zu dem Zugeständnis, daß die Anträge nun doch behandelt werden würden. Gleichzeitig wies der Hauptvorstand allerdings darauf hin, daß er „seine Auffassung bezüglich der Fristen aufrechterhält", er sich aber von der Erwägung leiten lasse, daß den Antragstellern im Zweifel die volle Ausschöpfung der gewerkschaftlichen Rechtsmittel ermöglicht werden sollte. Was allerdings auch in diesem Fall nicht geschah, war die Veröffentlichung der Anträge im Gewerkschaftsorgan, wie es die Satzung der DruPa für Anträge an den Gewerkschaftstag vorschreibt.

In beiden Fällen läßt sich feststellen, daß die DruPa-Führung auf der Ebene der Zulassung der Anträge, bzw. von Stellungnahmen zu ihren Anträgen Scheinzugeständnisse macht, die allerdings wirklich nur Scheinzugeständnisse sind, da im ersten Fall („Streik-Info") die Denunzierung ihrerseits weiterhin besteht und im zweiten Fall einer rechtlichen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen wird, die sie aller Voraussicht nach verloren hätte, ohne tatsächlich von ihrer Auffassung abzurücken. Dazu kommt, daß die DruPa-Führung offensichtlich bemüht ist, diese Auseinandersetzung auf den Kreis der Betroffenen, dem Hauptvorstand sowie maximal den Gewerkschaftstagdelegierten, unter denen eine Vorstandsmehrheit gewiss scheint, zu beschränken. Jegliche Gewerkschaftsöffentlichkeit darüberhinaus, z.B. Abdruck des Leserbriefs oder das satzungsmäßige Abdrucken der Anträge wird sorgsam unterbunden. Dies gilt es zu durchbrechen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Der politischen Kündigung folgt Rationalisierungswelle

Springer: Als am 5.10. die Betriebsversammlung des Axel Springer Verlages war, zeigte sich die Diskrepanz zwischen den wortradikalen Sprüchen der IG-Drupa-Führung und ihren Taten: als die gekündigte Kollegin und Vertrauensfrau H. P., wie mit dem Versammlungsleiter, Betriebsrat und Mitglied der IG Drupa, abgesprochen, an der Versammlung teilnehmen wollte, blieb sie vor der Tür. Obwohl die Vertrauensfrau nicht rechtskräftig gekündigt ist und das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, und obwohl auf der Betriebsversammlung der Betriebsrat das Hausrecht hat, ließ er sich angeblich durch eine Mitteilung der Geschäftsleitung einschüchtern, die die Nichtöffentlichkeit der Versammlung bei Teilnahme der Vertrauensfrau gefährdet sah und evtl. Konsequenzen nicht ausschloß. Dies veranlaßte den Versammlungsleiter die Vertrauensfrau auszuschließen. Den rechtlichen „Rat" dafür holte er sich bei der DGB-Rechtstelle, die auch die Vertrauensfrau „vertritt". Angeleitet von den DruPa-Ortsgrößen wird die Kollegin hier systematisch aus dem Betrieb gedrängt, um das Einvernehmen mit Springer wieder herzustellen.

Auf der Betriebsversammlung zeigte sich dann noch einmal wie Recht der Vertrauensleutekörper seinerzeit hatte, als er die Kündigung der Vertrauensfrau angeprangert hatte, und als Schlag gegen die gesamte Vertrauensleute-Arbeit gewertet hatte.

Auf der Betriebsversammlung wurde bekannt, daß diese politische Kündigung im Angestelltenbereich nur Vorbote größerer Rationalisierung ist.

Die Geschäftsleitung will mittels täglicher Arbeitserfassungsbögen, die die Kolleginnen zusätzlich auszufüllen haben, die gesamte Korrespondenz schematisieren, so daß sie in Zukunft vom Computer übernommen wird und die Kolleginnen überflüssig werden. Gleichzeitig mit dieser Textschematisierung wurde bekannt gegeben, daß die Kolleginnen jetzt einer detaillierten Kontrolle unterzogen werden, sie selbst müssen s t ü n d l i c h eintragen, was sie gemacht haben, von der Pause bis zum Arztbesuch muß alles eingetragen werden. Daraus lassen sich dann später gleich die besten Kündigungsgründe zusammenschustern, nachdem vorher das Arbeitstempo verschärft wude. Der Betriebsrat, der sich im Kündigungsfall H.P. schon hilflos gibt, erklärte sich auch hier für „machtlos". Die Kontrollen unterlägen nicht der Mitbestimmung, ansonsten verteilte er den „Tip", sich schleunigst umschulen zu lassen.

Springer-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Linke Mehrheit in der „GEW im DGB"? Ein Witz!

Westberlin: *„Nach Abschluß der ... Vertreterversammlung der neuen GEW im DGB in Berlin besitzen die Linken im elfköpfigen geschäftsführenden Vorstand wie auch unter den Delegierten für die Bundesvertreterversammlung eine deutliche Mehrheit"*, behauptet der „Tagesspiegel" am 23.9.77. „Beweis" für diese Behauptung ist die Tatsache, daß sich unter den Vorstandsmitgliedern drei der SEW nahestehende Kollegen und mehrere dem „Kujawa-Flügel" zugehörige befinden.

Allein diese Meldung wird sicherlich wieder die „linken" Apologeten (SEW und „akademischer Flügel" des SB) der von Frister vollzogenen Spaltung über die „unbegrenzten Möglichkeiten" innerhalb dieses Spalterverbandes jubeln lassen. Und sicherlich werden auch diejenigen in der (alten und einzig wahren) GEW Westberlin wieder die Stimme erheben, die schon immer vor einer „Übertreibung" der undemokratischen Verhältnisse in diesem Frister-Verband „gewarnt" haben.

Dabei wird jedoch wieder einmal bewußt vergessen, daß von einer wirklichen „Linkswendung" im Spalterverband nicht die Rede sein kann. Denn wie würde sich damit vereinbaren, daß zum 1.Vorsitzenden der Frister-Mann, Stange, gewählt wurde – ohne daß überhaupt ein Gegenkandidat aufgestellt wurde (Da hört eben der „Spaß" auf). Wie ließe sich dann erklären, daß auf der Landesvertreterversammlung die Frage einer gemeinsamen Kandidatur mit der GEW-Westberlin zu den Personalratswahlen nicht einmal als Frage auftauchte?

Es ist vollkommen klar, daß Frister an einer stramm rechts ausgerichteten „GEW im DGB" momentan nicht liegen kann – will er die Mitgliedschaft nicht auf einen Teil zusammenschrumpfen lassen, der aus P r i n z i p alle Manöver des Bundesvorstandes mitmacht. Gerade weil der Ausschluß der GEW-Westberlin nie den Geruch eines antidemokratischen Willküraktes verloren hat, wird mit dem Spalterverband heute die Farce eines Verbandes vorgeführt, in dem alles beim „Alten" geblieben sei. Nur mit einem kleinen Unterschied: die Bundessatzung gilt uneingeschränkt, womit Frister alle Möglichkeiten des Eingriffs gegeben sind. Ein weiterer „kleiner" Unterschied: im Spalterverband haben sich gerade diejenigen Teile der GEW vereinigt, von denen Frister niemals befürchten muß, daß sie gegensätzliche Auffassungen auch bis zum (für mach einen) bitteren Ende durchstehen.

Wer diese Entwicklung des Spalterverbandes in den rosigsten Farben malt, der muß sich zumindest vorwerfen lassen, daß er die Skrupellosigkeit der DGB-Führer bei der Durchsetzung ihrer Interessen niemals begriffen hat und zu deren Verharmlosung beiträgt. Was den „Tagesspiegel" und seine Behauptung von der „linken Mehrheit" im Spalterverband angeht, so kann man getrost davon ausgehen, daß er die Frister'sche Taktik begriffen hat und solche Falschmeldungen bewußt manipuliert, um die Kollegen der GEW Westberlin zu verunsichern.

GEW unterstützt das Tragen von Plaketten

Hamburg. Die »Atomkraft — Nein Danke!«-Plaketten an den Jacken und Pullovern vieler Hamburger Lehrer(innen) sind der Schulbehörde schon seit langem ein Dorn im Auge. Bereits seit einem halben Jahr gibt es einzelne Konflikte zwischen Schulleitern und Lehrern um diese Plaketten. Aber erst nach der Demonstration in Kalkar stieg die Behörde mit mehr Engagement ein: am Montag nach der Demonstration teilte der Rechts-Experte der Behörde, Rellstab, der GEW mit, daß nach dem Hamburger Beamtengesetz das Tragen dieser Plaketten verboten sei. Kern der Argumentation der Behörde: für die Schüler habe *»eine derartige Demonstration gegen das Kernenergieprogramm der Regierung Signalwirkung«*.

Ganz sicher scheint sich die Behörde nicht zu sein, daß sie sich mit dieser ungeheuerlichen Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit durchsetzen kann. So erging kein Schreiben an die Schulleiter, sondern diese wurden nur mündlich informiert und gleichzeitig animiert, die ganze Sache nicht zu frontal anzugehen. Die Behörde rechnet damit, daß allein durch das Hörensagen vom Verbot der Plaketten schon viele Kollegen eingeschüchtert werden. Durch schnelle Veröffentlichung des Rellstab-Briefs durch GEW Kollegen und sofortige Diskussion von Gegenmaßnahmen in Betriebsgruppen und Schulkreiskonferenzen scheint diese Rechnung erst einmal nicht aufzugehen.

Auch der Landesvorstand der GEW — aufgefordert, dieser Einschränkung der Meinungsfreiheit entgegenzutreten — reagierte ganz passabel: er ließ ein Rechtsgutachten erstellen, um verunsicherte Kollegen zu beraten, wies einmütig das Rellstabschreiben zurück, sagte allen Kollegen Rechtsschutz zu und forderte sie auf, Plaketten zu tragen. Mit dem Argument, es seien ja nicht alle Kollegen AKW-Gegner, will die GEW noch andere Plaketten herausbringen (etwa mit dem Motto »Keine Klasse über 25«), um auch diesen Kollegen eine Solidarisierung gegen die Zensur zu ermöglichen.

(Die GEW Hamburg hat zu dem kommenden GEW-Bundeskongreß einen Antrag auf Ablehnung des Atomprogramms gestellt).

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Frister bringt Urabstimmung zu Fall

Hessen: Nachdem ein Beschluß über die Durchführung einer Urabstimmung und eines Warnstreiks im hessischen GEW-Hauptausschuß (Delegierte der Kreis- und Bezirksvorstände; der politischen Zusammensetzung nach rechts vom Landesvorstand) mehrere Male aufgeschoben worden war, sollte am 11.10. die Entscheidung fallen. Vorausgegangen waren Diskussionen auf Mitgliederebene in allen hessischen Kreisverbänden, die sich bei negativem Ausgang der Sitzung des Vermittlungsausschusses (zwischen Bundestag und Bundesrat) zu 76% für die Durchführung eines Warnstreiks ausgesprochen hatten und mehrheitlich auch den Kampf gegen die Rückstufungen für Referendare als Streikinhalt gefordert hatten. Aufgrund dieses Ergebnisses, und nachdem sich der Vermittlungsausschuß auf die Rückstufung der Stufenlehrer geeinigt hatte (Sekundarstufe I nach A12 statt nach A13), beschloß der hessische Landesvorstand, auf der Hauptausschußsitzung den Antrag auf Einleitung von Urabstimmung und Warnstreik zu stellen. Doch dazu kam es am 11.10. gar nicht erst. Noch am Morgen vor der Hauptausschußsitzung fand ein Treffen zwischen Frister, dem hessischen Ministerpräsidenten Börner und Kultusminister Krollmann statt, auf dem unter Hinzuziehung des Justizministers darüber beraten wurde, wie der drohende Streik abgebogen werden könnte. Im Anschluß daran tagte das hessische Kabinett. Es zeigte sich, daß sich die juristische Beratung gelohnt hatte: Als Ergebnis der Sitzungen wurde auf einer Pressekonferenz kurz vor Beginn der GEW-Sitzung festgestellt, daß die hessischen Stufenlehrer vom 6. BesErG ü b e r h a u p t n i c h t b e t r o f f e n seien, da Stufenlehrer in Hessen nur an der Gesamthochschule Kassel ausgebildet werden, wo eine Besoldung nach Schularten gesetzlich schon geregelt ist. Dieses Gesetz betreffe einzig Nordrhein-Westfalen. Die hessische Landesregierung, so hieß es weiter in der Presseerklärung, verpflichte sich, am 14. Oktober, wenn das Gesetz im Bundesrat behandelt wird, eine Erklärung gegen die Besoldungsrückstufung der Stufenlehrer in Nordrhein-Westfalen abzugeben.

Sollten in Hessen freilich weiter Ausbildungsstätten für Stufenlehrer geschaffen werden (außer Kassel), so würde das 6. BesErG auf die natürlich zutreffen.

Fristers Manöver hatte jedoch durchschlagenden Erfolg. Nach Bekanntgabe der Presseerklärung wurde auf der Hauptausschußsitzung ein Antrag auf Einleitung von Urabstimmung und Warnstreik überhaupt nicht mehr gestellt! Derzeit, so hieß es, sei für die hessische Lehrerschaft kein Urabstimmungsgrund gegeben. Der Hauptausschuß geht offensichtlich davon aus, daß an einen Ausbau der hessischen Stufenlehrerausbildung nicht mehr zu denken ist. Auch die geplante Rückstufung der Referendare nach BAFöG war — trotz der eindeutigen Stellungnahmen von Mitgliederversammlungen — kein Streikgrund.

Verabschiedet wurde schließlich ein Antrag, der die hessische Landesregierung auffordert, über die Beibehaltung des status quo verbindliche Zusagen zu machen. Sollten diese nicht erfolgen, so wolle der Hauptausschuß erneut zusammentreten und über K(r)ampfmaßnahmen beraten. Es ist anzunehmen, daß die »verbindliche Zusage« unmittelbar vor Beginn des GEW-Bundeskongresses (Ende Oktober) gegeben wird. Die hessische Landesregierung läßt doch den Kollegen Frister nicht hängen ...

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Passendes Geburtstagsgeschenk für Erich

In diesen Tagen wird der allseits geschätzte Erich Frister 50 Jahre alt, und da hat sich der am 1.10. tagende Hauptausschuß der GEW-Bund ein hübsches Geschenk ausgedacht. Damit Erich auf seine alten Tage nicht noch mehr von der Kampfbereitschaft der Basis bei seinen Teegesprächen mit Spitzen des Staates gestört wird, hat der Hauptausschuß ergänzende Regelungen zur Führung von »Arbeitskämpfen« beraten.

Eine kleine Vorstandskommission unter Federführung des früheren hessischen GEW-Vorsitzenden und jetzigen Oberschulrats Ludwig schlug dem Hauptausschuß vor:

— Referendare und Angestellte mit befristeten Verträgen sollen in Zukunft nicht mehr das Recht haben, an Urabstimmungen teilzunehmen — geschweige denn an einem Streik;

— die Stimmen von unentschuldigt bei Urabstimmungen fehlenden GEW-Mitgliedern gelten als Enthaltungen und damit faktisch als Nein-Stimmen;

— Landesverbände im Arbeitskampf dürfen keine eigenständigen Presseerklärungen mehr abgeben, alles muß mit dem großen Bruder Erich »abgestimmt« werden.

Diese unverschämten Vorschläge sind eine Reaktion nach Art der GEW-Führer auf die Arbeitskampfmaßnahmen des Hamburger Landesverbandes. Mit der ersten Regelung sollen gerade die zur Zeit hauptsächlich betroffenen Kollegen vom Arbeitskampf ausgeschlossen werden. Offensichtlich wußten die GEW-Spitzen bereits am 1.10., daß im Vermittlungsausschuß vier Tage später für die Referendare die Einführung der »Graduiertenförderung« für 1978 und damit rund 30% Lohnsenkung beschlossen werden würde. Fein, nicht? Erst nimmt die Gewerkschaft den Referendaren das Streikrecht, dann kürzt der Staat munter die Gehälter! Timing nennt man das. Zu dieser Schweinerei mochte der Hauptausschuß dann doch nicht Ja sagen.

Dahinter steckt natürlich auch die Absicht, die Ja-Stimmen bei Urabstimmungen zu vermindern — hatten doch bei der letzten Urabstimmung in Hamburg rund 94% der Referendare für einen Warnstreik gestimmt — weitaus mehr als der Durchschnitt (80%).

Auf die Verminderung der Ja-Stimmen zielt auch die 2. Regelung, die der Hauptausschuß übernahm. Politisch am relevantesten ist die dritte beschlossene Bestimmung: sie soll eine unterschiedliche Interpretation der Arbeitskampfsituation durch den Bundesvorstand auf der einen und die Landesverbände auf der anderen Seite verhindern. Genau hier lag aber der Konflikt in Hamburg. Vertrauensleuteversammlung und Bundesvorstand stimmten nie in der Beurteilung überein, und der Landesverband Hamburg hat dies auch öffentlich klargestellt. Und aus der unterschiedlichen Beurteilung der Situation folgten gegensätzliche Handlungen: Hamburg beantragte zweimal den Warnstreik, Frister lehnte zweimal ab. Durch den Zwang zu vorherigen Absprachen sollen derartige offensichtliche Widersprüche in Zukunft bereits im Vorwege verhindert werden. Würden sich die Landesverbände daran halten, so würden sie sich eines wesentlichen Druckmittels berauben.

Hoffentlich wird die Kampfbereitschaft der GEW-Basis auch in Zukunft verhindern, daß Erich an seinem Geburtstagsgeschenk viel Freude hat.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Referendare als Sozialhilfeempfänger?

Referendare als Sozialhilfeempfänger?

Nach dem Beschluß des Vermittlungsausschusses über die Besoldung der Stufenlehrer und der Referendare sind die drohenden Rückstufungen für den kampfstärksten GEW-Landesverband Hamburg sowie für Bremen und West-Berlin zwar zunächst abgewendet; gleichzeitig wurden aber Entscheidungen getroffen, die noch erheblich größere Verschlechterungen als ursprünglich geplant nach sich ziehen werden.

Der Vermittlungsausschuß hat die Länder aufgefordert, die Besoldung der Anwärterbezüge *„in Anlehnung an die Ausbildungsförderung"* bis Frühjahr 1978 neu zu gestalten. Damit würden die Vorstellungen von Koschnik und Klose, die Referendare nur noch nach dem Graduiertenförderungsgesetz bzw. nach BAFÖG zu bezahlen, Wirklichkeit. Wir hatten schon in AK 109 darauf hingewiesen, daß diese massiven Lohnkürzungen, die bis zum Wegfall der Besoldung überhaupt gehen können, Bestandteil eines umfassenden Angriffs auf die zweite Ausbildungsphase im Zuge verminderter Einstellungschancen sind. Mit diesem „bahnbrechenden Beschluß" (Staatssekretär Hartkopf) will die Regierung schon im ersten Jahr 40 Millionen DM einsparen, während die Referendare statt bisher ca. 1.300 DM nur noch 800 DM erhalten.

Zum anderen beschloß der Vermittlungsausschuß, die Stufenlehrer nach A 12 einzustufen, was den CDU-Vorstellungen entspricht. Für Hamburg, Bremen und West-Berlin soll befristet bis 1981 eine Übergangsregelung gelten, nach der an A 13 festgehalten werden kann. In Hessen und NRW wird die Differenz zu A 13 vorerst ausgezahlt, was aber wegen geringerer Ortszuschläge auch schon eine faktische Lohnkürzung darstellt.

Die Hamburger GEW-Führung wertete diese Beschlüsse als Erfolg der Urabstimmung: *„Die Urabstimmung hat als gewerkschaftliches Kampfmittel in den Verhandlungen der Bundesgremien ihre Wirkung gezeigt"*. Angesichts der Tatsache, daß die streikbereiten Mitglieder von der Gewerkschaftsführung am Streik gehindert wurden, ist es nicht sehr glaubwürdig, wenn so getan wird, als hätte die Urabstimmung die Regierung schon in Angst und Schrecken versetzt. Auch die Politiker wissen schließlich, daß die Urabstimmungen der GEW noch nie zum Streik geführt haben. Und so ist es nur logisch, daß die „Wirkung" der Urabstimmung ein S c h e i n e r f o l g für die Lehrer ist, denn: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Letzteres sollte aber auch für den Streik der Lehrer gelten, wo besonders gegen die Rückstufungen der Referendare ein bundeseinheitliches Vorgehen festgelegt werden muß.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Wieder Techtelmechtel mit der „Alternative"

Hamburg: Am 4.10. hat der Hamburger Landesvorstand mit knapper Mehrheit beschlossen, die Lehrerkammer-Wahllisten der GEW so zu erweitern, daß auch Mitglieder der gewerkschaftsfeindlichen (und fristerfreundlichen) „Alternative"-Fraktion in der GEW Hamburg (siehe frühere Nummern des AK) darauf Platz finden. Bei den Vorwahlen in den Fachgruppen waren diese rechten Vögel durchgefallen. Sie drohten darauf mit der Aufstellung einer eigenen Liste wie bereits bei den Personalratswahlen 1976.

„Alternative"-Gönner Frister half auch hier wieder: der Hauptausschuß der GEW-Bund beschloß am 1.10. eine „Empfehlung" an den Hamburger Landesverband, die vorliegende durch den Mitgliederwillen zustande gekommene Liste zu erweitern. Landesvorsitzender Lemke zog mit. Seine Überlegung dabei: die angebotenen Listenplätze sind so wenig attraktiv, daß die „Alternative" eventuell doch eine eigene Liste macht, und dann könne man diese Vögel endlich aus der GEW ausschließen, ohne daß der Bundesvorstand dies zu verhindern wagt.

Illusionen! Die bisherigen Auseinandersetzungen mit der „Alternative" – gegen insgesamt 6 ihrer führenden Köpfe liefen (erfolglose) Ausschlußverfahren – zeigen eindeutig, daß Frister diese seine 5.Kolonne nie opfern wird und immer einen Grund findet, das eigentlich „gewerkschaftsschädigende Verhalten" dem Landesverband Hamburg anzulasten.

Der Preis, den Lemke für diese Illusionen zahlt, ist hoch. Er muß sich zurecht sagen lassen, er mißachte den eindeutigen Mitgliederwillen und tanze nach der Bundeshauptausschußpfeife. Erfreulich ist, daß wenigstens einige linke Sozialdemokraten im Vorstand etwas gelernt haben. Ein nicht unbedeutender Teil von Lemkes Fraktion stimmte gegen die Listenerweiterung. Ebenfalls mochten die DKP-Kollegen Lemkes Logik nicht folgen.

Lehrer-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Vorstand lüftet Geheimnis

Viele GEW-Funktionäre haben sich schon seit längerem gefragt, warum der Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft ihnen seit etwa einem Jahr regelmäßig Nachdrucke von ARBEITERKAMPF-Artikeln zu GEW-Fragen ins Haus schickt.

Jetzt hat der Hauptvorstand dieses Geheimnis gelüftet. In der neuesten Nummer seiner *»Informationen über extremistische Gruppen«* berichtet er auf neun Seiten über *»Organisation, Einrichtungen und Hilfsorganisationen des Kommunistischen Bundes«*. Gleich zu Beginn der Schrift weist der GEW-Vorstand auf Wesentliches hin: *»Damit unterscheidet sich der KB schon in seiner Gründungsphase von den 'Studentenparteien', insbesondere KPD und KBW, indem er sich nicht nur auf Studenten stützte, sondern von Anbeginn an auch auf Arbeiter und Lehrlinge«*. Zum Aufbau des KB sind einige amüsante Details zu erfahren (so z.B. daß der KB *»zwei Schulungszentren«* besitzt, und Bezirksleitungen *»meist aus 5 Mitgliedern bestehen«*), die entweder vom VS oder vom Verfasser selbst in mühsamer Kleinarbeit erfunden wurden. Weniger amüsant ist allerdings ein übler Angriff auf das Hamburger Kinderhaus, das unter *»sonstigen Einrichtungen des KB«* aufgeführt wird. Diese Informationen seien alle sehr ungenau, wie der Verfasser selbst zugibt, da im KB alles »geheim« sei, und er stärker noch als andere »K-Gruppen« konspirativ arbeite (man braucht also als Lehrer nicht zu befürchten, bei einer Organisierung im KB verantwortungslos verheizt zu werden — Anm. AK). Sicher ist für den Verfasser allerdings, daß das Leitende Gremium *»die Organisation sehr straff (führt)«* und alles kontrolliert. Angriffe des KBW und der GIM, das LG sei nicht gewählt, werden zur Untermauerung herangezogen. Voller Bedauern wird registriert, die Mitglieder des LG's nicht namentlich zu kennen, da sich die Herren Gewerkschaftsführer für die

zogen. Voller Bedauern wird registriert, die Mitglieder des LG's nicht namentlich zu kennen, da sich die Herren Gewerkschaftsführer für die

»Zusammensetzung seiner (des KB) *Führungseliten«* besonders interessierren, aber leider konnten da auch *»keine entsprechenden Berichte bzw. Informationen von 'Überläufern', wie sie gelegentlich in der Polemik zwischen kommunistischen Parteien untereinander veröffentlicht werden«*, weiterhelfen.

Nicht ohne Neid wird die Arbeit der *»zahlreichen Kommissionen«*, dieser *»Experten- bzw. Sachverständigengremien«* beschrieben: *»... insgesamt gesehen — zeigen die von den Kommissionen veröffentlichten Artikel einen relativ guten Informationsstand«*. Hier kommt der Verfasser allerdings ziemlich ins Schleudern: Da der KB *»kaum für alle Bereiche eine größere Anzahl qualifizierter Fachleute aufbieten«* könne, sei es *»wahrscheinlich, daß die leitenden Funktionäre zumindest in den wichtigsten Kommissionen mitarbeiten, was wegen deren Vielzahl aber wiederum zu erheblichen zeitlichen Belastungen führen muß«*. Immerhin muß das LG ja außerdem noch die ZRK »direkt anleiten«, den Hamburger Bereich »unmittelbar leiten«, die Anleiter der Ortsgruppen »bestimmen«, Bezirksleitungen »bestätigen«,



„Das Leitende Gremium führt die Organisation sehr straff und kontrolliert alles ..."

natürlich auch noch »Hilfsorganisationen« anleiten und etliches mehr, was sich die Bürokraten so vorstellen ... und außerdem ja noch Politik machen!

Ziemlich schwärmerisch wird das Schriftchen bei der Beschreibung unserer »Antifa-Kommission«: *»Die Artikel und Berichte dieser Kommission zeichnen sich durch eine Fülle von Detailinformationen aus. Da z.T. Jahre zurückliegende Vorgänge teilweise mit Fotobeleg behandelt werden, setzt dies voraus, daß der KB — wohl über seine Ortsgruppen — eine umfangreiche und erfolgreiche Observierungsarbeit leistet; die Berichte der Antifa-Kommission sind wenigstens z.T. informativer als die — stets verspäteten — Berichte der Verfassungsschutzämter.«* Der muß es wissen! Denn insgesamt ist die Broschüre verfaßt vom ehemaligen NRW-Vorsitzenden Gisbert Gemein — eine reine Verfassungsschutzarbeit. Aufbau, Argumentationsweise, Jargon etc. unterscheiden sich nicht im geringsten von den »Berichten« der staatlichen Schnüffler. Gemein hat

Aufbau, Argumentationsweise, Jargon etc. unterscheiden sich nicht im geringsten von den »Berichten« der staatlichen Schnüffler. Gemein hat

sich bei seinem neuen Arbeitsgebiet vollkommen den VS-Praktiken angepaßt, was auf einen praktischen nahtlosen Übergang und eine intensivste Zusammenarbeit solcher DGB-Gremien mit dem Verfassungsschutz hinweist.

Arbeit der Fachgruppen ohne die Mitglieder?

„Zur Überprüfung der Aufgabenstellung der Untergliederungen" hatte der schleswig-holsteinische Landeshauptausschuß nach der illegalen Übernahme der Bundessatzung Ende 76 schleunigst eine Satzungskommission eingesetzt. Als erstes Ergebnis legte diese am 16.7. dem Landesvorstand einen Entwurf für „Richtlinien für die Arbeit der Fachgruppen" vor.

Darin wurden die (für den Vorstand) guten Erfahrungen mit den AjLE-Richtlinien ausgewertet, wonach 1975 in deren Bereich die Mitgliederversammlungen abgeschafft wurden: Außer bei der Fachgruppe Schulaufsicht (die allerdings auch völlig unbedeutend ist) soll künftig das höchste Beschlußorgan auf Landesebene nicht mehr die Mitgliederversammlung, sondern ein Fachgruppenausschuß sein, in den die Kreisfachgruppen einen Delegierten e n t s e n d e n – Wahlen sind nicht erforderlich. *„Besteht keine Kreisfachgruppe ... kann der Kreisvorstand ein Mitglied für den Landesfachgruppenausschuß b e n e n n e n."*

Da in Schleswig-Holstein arbeitende Kreisfachgruppen ohnehin nur die Ausnahme bilden, entstünde hier ein völlig abgehobenes Gremium, in dem von Kreisfürsten ernannte Delegierte die Aktivitäten arbeitender Gruppen durch Mehrheitsbeschluß blockieren könnten.

„Die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt dem Fachgruppenvorsitzenden". Da nun Fachgruppenausschüsse nur mindestens einmal (!) jährlich tagen müssen, kann er eifrig vor sich herwursteln. *„Er kann dabei von der Landesgeschäftsstelle unterstützt werden"*.

Damit die Geschäftsstelle das auch beurteilen kann, ist ihr *„von allen Schriftstücken, die nicht in der Geschäftsstelle erstellt werden, ein Belegexemplar für die Ablage (?!) zur Verfügung zu stellen."* Außerdem sind ihr alle Tagungs- und Vorstandsprotokolle zu übersenden. Schließlich wird entsprechend der neuen Landessatzung darauf hingewiesen, daß der Vorsitzende von der Landesvertreterversammlung zu bestätigen ist – eine Bestimmung, die bereits auf der letzten LVV zur Anwendung kam, als die rechte Delegiertenmehrheit sich weigerte, entsprechend dem Willen der FG Hochschulen deren Vorsitzende als Leiterin des Referats E (Hochschulen) zu wählen und ebenso die Wahl der AjLE-Landesvorsitzenden zu bestätigen.

Daß der Richtlinienentwurf nicht sofort verabschiedet wurde, lag hauptsächlich an der mangelnden Vorbereitung seitens der V o r s t a n d s mitglieder. Die Diskussion in der M i t g l i e d schaft über deren künftige Arbeit wird auch bis zur nächsten Vorstandssitzung am 14.10. nicht stattgefunden haben.

KB / Gruppe Flensburg



Die Antifaschisten in den Knast — für Hoffmann Bewährung?

Im Tübinger Faschistenprozeß werden am 18.10.77 die Urteile erwartet. Angeklagt sind neben den Faschisten Hoffmann und Heinzmann (siehe AK 113/114) auch drei Antifaschisten, die wegen der Bildung einer Sperrkette der „schweren Nötigung" angeklagt sind.

Wie der bisherige Prozeßverlauf zeigte, ist das Gericht auch in diesem Prozeß darum bemüht, den Faschisten möglichst entgegenzukommen, im Fall der drei Antifaschisten aber rigoros gegen Demokraten vorzugehen.

Antifaschisten: Politische Gesinnungstäter?

Am 7.10. forderte der Staatsanwalt für die drei angeklagten Antifaschisten sechs Monate Freiheitsstrafe wegen gemeinschaftlicher Nötigung und Störung einer Versammlung. Die Strafe würde der Staatsanwalt nur „mit Bedenken" zur Bewährung aussetzen. Er gesteht zwar zu, daß den Dreien nicht nachzuweisen sei, in der Sperrkette gestanden zu haben, aber für ihn reiche aus, daß sie mit den anwesenden Demonstranten einen „gemeinsamen Willen" gezeigt hätten. Die ungewöhnliche Höhe der Strafe begründete Staatsanwalt Eckert: „... *Es seien ja nicht zum ersten Male Veranstaltungen verhindert worden. Daher sei es notwendig, durch eine empfindliche Strafe alle, die ähnliches im Sinne haben, abzuschrecken und zugleich das Unrechtsbewußtsein der Bevölkerung für solche Straftaten zu wekken*". Außerdem handle es sich bei den drei Angeklagten um „Überzeugungstäter", die auch vor Gericht keine „Einsicht" gezeigt hätten.

Faschisten: Nur „Rowdies"?

Für die Faschisten forderte der Staatsanwalt ebenfalls Freiheitsstrafen, aber mit Bewährung und ohne Vorbehalt. Hoffmann soll zwölf, Heinzmann (HTS-Vorsitzender) zehn Monate und die anderen Angeklagten, Uwe Behrendt (HTS), Helmut Dieterle (Gauleiter der „Wiking-Jugend"), Manfred Grassl (WSG), Ralf Rößner (Leibwächter von Hoffmann) und Konrad Schütz (WSG) sollen zwischen vier und neun Monaten erhalten. Freigesprochen werden sollen Schöbe, Roth und Kraus, da ihnen die Teilnahme nicht nachzuweisen sei.

Daß nicht von einer Objektivität des Gerichts ausgegangen werden kann, zeigten schon die vorhergegangenen Verhandlungstage:

Beweisanträge der Antifaschisten wurden ständig abgelehnt bzw. durften nicht vollständig verlesen werden. Hoffmann trat ungeheuer selbstsicher auf und bekundete laufend den „unpolitischen" Charakter seiner „Sporttruppe".

Fragen der Antifaschisten zur Söldnerwerbung Hoffmanns für Rhodesien wurden als „nicht zur Sache gehörig" abgelehnt, hingegen stachelte der Richter Heinzmann noch zu weiteren Fragen an, als ein angeklagter Antifaschist sich weigerte, auf die AStA-Politik einzugehen.

Anträge, die Hoffmanns faschistische Einstellung nachweisen sollten, wurden nicht behandelt. So stellte die Verteidigung der drei Antifaschisten den Antrag, die Urteilsbegründung des Nürnberger Prozesses (Hoffmann wurde damals zu 8.000 DM wegen Uniformtragens als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung verurteilt) heranzuziehen. Der Kommentar des Faschistenverteidigers Mußgnug, seines Zeichens NPD-Vorsitzender: „Hier soll doch keine politische Gesinnung geprüft werden, das haben wir doch schon 1949 in Nürnberg erlebt".

Einwände der Antifaschisten wegen der fehlenden Objektivität des Gerichtes wurden durch Androhung von Geldstrafe oder zwangsweise acht Tage Haft beantwortet, versehen mit dem Hinweis: „*Wir sind hier in Tübingen und nicht in Stuttgart-Stammheim*".

Kennzeichnend für den ganzen Prozeß war auch das lockere Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Faschisten. Ein kurzer scherzhafter Plausch in den Pausen: „Na, Herr Staatsanwalt, wieviel krieg ich denn, muß ich mich jetzt schon absetzen?" Der Staatsanwalt an Hoffmann: „Das ist unser Geheimnis Herr Hoffmann. Wohin würden Sie denn gehen?" „Nach Südafrika".

Ebenfalls in den Pausen wurden alle Prozeß-Zuschauer von einem Hoffmann-Anhänger auf Viedeo-Band festgehalten. Auf Anfragen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern, wie es denn bei den Zuschauern mit dem Recht am eigenen Bild stünde, gab es nur schlicht die Antwort: „Was regen Sie sich auf, Sie können ja auch fotografieren, wenn Sie wollen".

Während der Verhandlungen kristallisierten sich immer besser die verschiedenen Querverbindungen zwischen HTS, „Wehrsportgruppe", „Wiking-Jugend" und anderen faschistischen Organisationen und ihre Verbindungen zum rassistischen Regime in Südafrika heraus. Z. B. war ein HTS-Mitglied aus Marburg mehrere Monate offiziell als Korrespondent der HTS-Zeitung „Uni-Uhu" in Rhodesien tätig.

Erneute Faschistenprovokation in Nürnberg

Noch während der Prozeß gegen die Faschisten von der „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG) und vom „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) in vollem Gange war, konnten diese unter Polizeischutz am 28. Sept. eine Veranstaltung durchführen unter der Losung: „Der Terror in diesem Land kommt von links". Als Redner traten die beiden im Tübinger Prozeß angeklagten Hoffmann und Heinzmann auf.

Eine besondere Provokation dabei ist die Tatsache, daß diese Versammlung in der Tübinger Uni-Mensa stattfand, nachdem das Studentenwerk (Mensa-Verwaltung) den Faschisten im Dezember kurzfristig die Räume der alten Mensa entzogen hatte. Schützenhilfe für diese Nazi-Provokation leistete dabei neben der Landesregierung ganz unverhohlen auch das Gericht:

Es entband die beiden Angeklagten Hoffmann und Heinzmann kurzerhand von ihrer Anwesenheitspflicht beim Prozeß, um ihnen Gelegenheit zu geben, per einstweiliger Verfügung die auch diesmal vom Studentenwerk gesperrten Räume gerichtlich zu erzwingen! („tat", 14.10.77).

Die Tübinger VVN wies in einem Artikel in der „tat" darauf hin, „*daß die Grundausstattung des HTS-Büros vom Bosch-Konzern spendiert wurde. Bekannt wurde auch ein Brief des Verbandes der Metallindustrie von Südwürttemberg-Hohenzollern an den ‚sehr geehrten Herrn Heinzmann' ... ‚Wie versprochen senden wir Ihnen das Informationsmaterial. Gern sind wir bemüht, Sie und Ihre Mitstreiter bei Ihrer Arbeit zu unterstützen'*" („tat", Nr. 39).

Das endgültige Urteil für den Prozeß wird am 18.10.77 erwartet. Am 15.10. findet in Tübingen eine Demonstration statt, wo gegen die beabsichtigte Verurteilung der drei Antifaschisten protestiert wird. Außerdem soll aufgezeigt werden, daß sich die Antifaschisten nicht kriminalisieren und einschüchtern lassen, daß der antifaschistische Kampf aufgrund dieser Prozeßerfahrungen noch breiter und öffentlicher geführt werden muß.

KB/ Gruppe Nürnberg

Nazi-Mörder vor Gericht

Vor dem Schwurgericht Aschaffenburg hat am 27. September ein neuer Prozeß gegen zwei SS-Mörder begonnen. Die beiden Angeklagten, Ewald Pansegrau und Hans Olejak, haben jeweils 32 bzw. 22 Insassen des Auschwitz-Nebenlagers „Jaworzno" eigenmächtig ermordet. Von ihren sonstigen „offiziellen" Morden gar nicht erst zu reden!

Wie in solchen Prozessen üblich, gingen die Verteidiger sofort in die „Offensive", indem sie forderten, den Prozeß einzustellen, da ihre Mandanten erst jetzt nach 32 Jahren von der Anklage erfahren hätten (es wird ja auch höchste Zeit!). Dadurch sei eine faire Verteidigung nicht mehr möglich. Dies wurde inzwischen von dem Gericht zurückgewiesen. Nach dem Scheitern dieses Manövers versuchten die Anwälte, der Sache anders beizukommen:

Für einen der SS-Mörder sind inzwischen schon zwei medizinische Gutachten beigebracht worden. In dem ersten wurde ihm nur maximal sechs Stunden Verhandlungsfähigkeit bescheinigt. Nach dem zweiten Gutachten sind nun in den sechs Stunden auch die Beratungspausen eingeschlossen. Mit anderen Worten kann das Gericht täglich nur ein paar Stunden verhandeln. Zudem haben die Anwälte erklärt, daß sie in ihren Kanzleien nicht mehr als zwei Prozeßtage pro Woche verkraften könnten.

Massive Behinderung ist gegen die ca. 80 Zeugen angekündigt worden.

haben die Anwälte erklärt, daß sie in ihren Kanzleien nicht mehr als zwei Prozeßtage pro Woche verkraften könnten.

Massive Behinderung ist gegen die ca. 80 Zeugen angekündigt worden.

Die Anwälte hatten gefordert, jeden Zeugen durch einen Psychologen auf die „Glaubwürdigkeit" hin zu überprüfen. Dies hat das Gericht zumindest in diesem Ausmaß abgelehnt.

Auch „alte Kameraden" meinen, angesichts dieses Prozesses aus ihren faschistischen Löchern kriechen zu müssen. Im Gerichtssaal wurden den beiden Angeklagten Blumen von ihren SS-Freunden überreicht. Außerdem hat der bekannte Faschist Schönborn („KDS") aus Frankfurt vor dem Gericht seine antisemitischen Flugblätter verteilt.

Fest steht auf jeden Fall, daß der Prozeß unter diesen Umständen etliche Monate dauern wird. Eine antifaschistische Öffentlichkeit ist deshalb umso wichtiger.

***

Ende September begann vor dem Schwurgericht Hannover ein Prozeß gegen die drei ehemaligen SS-Führer Rudolf Körner, Kurt Heinemeyer und Max Ode. Sie werden angeklagt, im Gebiet Krakau in den Jahren 1942 – '44 Beihilfe zur systematischen Ermordung von mindestens 19.500 Menschen geleistet zu haben und darüberhinaus Menschen mit eigener Hand umgebracht zu haben.

Unter anderem wird in der Anklageschrift folgender Fall geschildert: „*Vor dem Abtransport hatten mehrere Eltern ihre Kleinkinder in Gepäckstücken versteckt, um sie bei sich zu behalten und vor dem Tode zu bewahren; gemeinsam mit Heinemeyer habe Körner mindestens acht Kinder durch Schüsse in die Gepäckstücke getötet*" („FR", 26.9.77).

Doch es sieht mal wieder so aus, als ob auch in diesem Nazi-Prozeß kein Urteil gesprochen wird. Schon am ersten Prozeßtag wurde das Verfahren gegen Körner abgetrennt und eingestellt, da dieser gar nicht erst erschien, sondern ein Attest vorlegte. Auch die beiden anderen Angeklagten ließen wissen, daß ihre Gesundheit beeinträchtigt sei. Sollten die drei in der Zeit für die der Prozeß angesetzt ist (zweieinhalb Jahre) für verhandlungsunfähig erklärt werden, so blieben auch diese abscheulichen Verbrechen wahrscheinlich ungestraft.

***

Franz Schmidt, NS-Verbrecher, in der polnischen Stadt Jaroslaw als „furchtbarer Mörder" und „grausamer Sadist" bekannt (er soll 360 jüdische Kinder, Frauen und Männer ermordet haben), erholt sich: Für seinen Prozeß, der nach über zehnjährigen Ermittlungen endlich ansteht, ist „kein Termin in Sicht". Einstweilen ist Schmidt zu Hause, um eine „erlittene Haftpsychose" zu überwinden ... („tat", 23.9.77).

***

Am 18. Oktober soll in Hannover das Verfahren gegen vier Juden-Mörder weitergehen, das im August eröffnet wurde. 1942/43 sollen die Angeklagten, ehemals Angehörige derNazi-Sicherheitspolizei bzw. Gendarmerie, im Kreis Bilgoraj (Polen) die Ermordung von mindestens 2.421 Menschen durchgeführt haben. Die Verbrecher sind: Dollen, Rathje, Keller und Witten. Zwei weitere, der

derNazi-Sicherheitspolizei bzw. Gendarmerie, im Kreis Bilgoraj (Polen) die Ermordung von mindestens 2.421 Menschen durchgeführt haben. Die Verbrecher sind: Dollen, Rathje, Keller und Witten. Zwei weitere, der

ehemalige „Judensachbearbeiter" Irle und der Polizeimeister a.D. Gerhardt, sind schon frei: Wegen „Verhandlungsunfähigkeit" wurde das Verfahren gegen sie eingestellt (nach „FAZ", 24.9.77).

***

Drei NS-Prozesse, gegen Nazi-Mörder u.a. aus dem KZ Lublin/Majdanek und Bergen-Belsen, sind in Hannover „in Vorbereitung". Was soviel heißt wie: Sie sind auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben, denn – so die offizielle Begründung – man habe noch keinen Termin festsetzen können, weil keine Richter zur Verfügung stünden! („FAZ", 24.9.77).

***

Wolfgang Abel, ehemaliger Polizeioffizier, Oberstleutnand a.D. der Bundeswehr, wurde kürzlich vom Vierten Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe freigesprochen. Er war der Beihilfe zum Mord an mehr als 150 russischen Juden während des zweiten Weltkrieges schuldig („PDI", 1.10.77).

***

Wie aus den Statistiken der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg hervorgeht, ist in den seit 1958 durchgeführten 352 Gerichtsverfahren jeder vierte der 833 Angeklagten freigesprochen worden. Gegen weitere 54 wurden die Verfahren wegen „geringer Schuld" eingestellt. Nur 128 NS-Verbrecher erhielten lebenslange Haftstrafen.

Gegenwärtig „ermittelt" (?) die Zentralstelle noch immer gegen 4.600 Beschuldigte („tat", Nr. 42).



Faschistenprovokation unter Polizeischutz

Heidelberg. Am 1.10.77 organisierte die NPD mit ihrem Vorsitzenden Mußgnug eine Faschistenzusammenrottung im Heidelberger „Ziegler-Bräu". 100 bis 200 Antifaschisten hatten sich vor dem Lokal versammelt, um dies zu verhindern. In den Abendstunden rückten Bullen an, um die Faschisten zu schützen, die teilweise schon vorher in das Versammlungslokal gelangt waren. Unter dem Schutz der Polizei organisierten diese einen „Ausfall" und prügelten einen Antifaschisten zusammen, bevor sie sich wieder hinter die Polizeikette zurückzogen (nach einem Bericht).

Der KBW hat dies anscheinend gar nicht mitgekriegt. Er organisierte eine Demonstration weg vom Versammlungslokal, die auf der Abschlußkundgebung auf ca. 250 Personen angewachsen sein soll und einmütig die „erfolgreiche Verhinderung" der NPD-Versammlung in einer Resolution bestätigte. In seiner Sicht der Dinge hatten die Faschisten durch die Fenster der Kneipe das Weite gesucht, aufmarschierende Bullen gab es in seiner Berichterstattung überhaupt nicht („KVZ"-Bezirksbeilage Unterer Neckar, 2.10.77).

Kampf den Terror-Banden der NPD

Immer deutlicher tritt zutage, daß die NPD selbst hinter dem verstärkten Auftreten faschistischer Terror-Banden steht. In der NPD und ihren Jugendorganisationen (»Junge Nationaldemokraten«, »Wiking-Jugend«) werden heute planmäßig und gezielt vor allem Jugendliche dazu aufgehetzt und angeleitet, offen für die Wiederherstellung des Hiterlfaschismus in der BRD einzutreten und Terror-Akte gegen die Linke durchzuführen.

Der „Fall Hansa-Bande"

Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang am Beispiel der »Hansa«-Bande in Hamburg: In der Nacht zum 1. September wurden in Hamburg drei Mitglieder des sogenannten »Freizeitverein Hansa« festgenommen. Nach Presseberichten gehören sie zu einer Bande von mindestens zehn bis 15 Leuten, die für zahlreiche Nazi-Schmierereien verantwortlich gemacht wird. Der dabei entstandene Sachschaden soll rund 150.000 DM betragen.

Wie die Polizei nach den drei Festnahmen mitteilte, handelt es sich bei dem »Freizeitverein Hansa« um die örtliche Gruppe der »NSDAP«. Nur wenige Wochen vor den Festnahmen hatten die Hamburger »Staatsschutzbehörden« mitgeteilt, daß am 8. Mai 77 ca. 30 Personen die »NSDAP, Gau Hansa, SA-Sturm« gegründet hatten (nach »ED«, 19.8.77, Hamburg-Beilage). Auf das Konto dieser Bande geht ein Großteil der antisemitischen Friedhofschändungen (470 Fälle seit Mai 77 in Hamburg), Schmieraktionen, wie z.B. an der jüdischen Synagoge (1977 bis August mindestens 61 Fälle) und das Verkleben von »NSDAP«-Aufklebern und -Plakaten. Ihr Material soll diese Gruppe u.a. aus den USA von Gary Rex Lauck erhalten haben, der vor allem 1974 auf einer »Rundreise« in der BRD für den Aufbau einer »NSDAP« geworben hatte. In Hamburg war er im November 74 zusammen mit Christophersen (»Auschwitz-Lüge«) und dem Hamburger Faschisten Wolf-Dieter Eckart aufgetreten. Eckart war längere Zeit Presseverantwortlicher von »NSDAP«-Publikationen; heute wird — offensichtlich zur Vermeidung von Anklagen — im Impressum nur noch das Postfach des dänischen Faschisten Riis Knudsen angegeben.

Was Polizei und bürgerliche Presse verschweigen: Die »Hansa«-Bande war — über ihre Schmierereien hinaus — beteiligt an so ziemlich allen militanten Aufmärschen der Faschisten der letzten Monate in Hamburg und Norddeutschland: 15.5.77 am Osdorfer Born (DVU-Kundgebung mit faschistischen Schlägereinsätzen). Norddeutschland: 15.5.77 am Osdorfer Born (DVU-Kundgebung mit faschistischen Schlägereinsätzen). 22.7.77: Provokationen vor den Hamburger »Markthallen« anläßlich einer Podiumsdiskussion. 23.7.77: Schlägereien in Hamburg-Mundsburg; aufgerufen hatten »Wiking-Jugend« und JN. 20.8.77: »Ehrenwache« vor Kapplers Haus in Soltau. 14.9.77: JN-Kundgebung in Kiel. 17./18.9.: JN-Kongreß in Osnabrück.

In all diesen Fällen taten sich bekannte Mitglieder der »Hansa«-Bande als besonders militante Aktivisten hervor; sie alle gehören bzw. gehörten der NPD, der JN und der »Wiking-Jugend«, zumindest aber einer dieser drei Organisationen an:

Michael Kühnen

22 Jahre alt, ehemaliger Leutnant der Bundeswehr (er wurde im Juli entlassen, als antisemitische Plakate in seinem Auto gefunden wurden), »Leiter« des »freizeitverein Hansa«, ehemals wohnhaft in der Eiffestraße. Er war zumindest bis vor kurzem Mitglied der NPD, tat sich u.a. hervor am 7.8.76 beim »Kongreß der Nationalen Kräfte Europas« der NPD in Hamburg, am 15.5.77 am Osdorfer Born, am 22.7. vor den »Markthallen«, am 23.7. in Hamburg-Mundsburg und am 20.8. in Soltau.

Anfang 1976 verteilte er Handzettel einer »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens, Tradition und Leben« auf einer vorbereitenden Sitzung zur Gründung der AVP in Hamburg.

Lutz Wegener

Fotograf, 20 Jahre alt, Mansteinstraße 9 in Hamburg. Auch er war bis in jüngste Zeit Mitglied der NPD. 1976 war er zu zwei Jahren Jugendstrafe verurteilt worden, die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Am 17.6.76 gehörte er mit zu den vier »NPD-Ordnern«, die auf der Fahrt zum gemeinsam von DVU und NPD organisierten »Freiheitsmarsch der Antikommunisten« in Bonn wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen wurden. In dem Auto wurde neben Schlag-Waffen eine Pistole gefunden, die dem mitfahrenden JN-Vorsitzenden und NPD-Bundestagskandidaten Uwe Stier gehörte. Ebenfalls in diesem Auto wurde Michael Buchmann festgenommen (s.u.).

Tibor Schwarz

Stellvertretender NPD-Vorsitzender in Hamburg Nord (wohl als JN-»Führer«?); von ihm ist bekannt, daß er Nachdrucke von NS-Orden verkauft. 18 Jahre alt. Der Fernsehfilm »Wotans Erben« (31.8.77) zeigt ihn als Teilnehmer eines Lagers der »Wikingjugend«.

Kühnen, Wegener und Schwarz sind die drei, die am 1.9. festgenommen worden waren. Nach einer Pressemitteilung der VAN (Hamburger Landesverband der VVN) vom 12.9. wurde gegen alle drei kein Haftbefehl erlassen. Demnach befinden sie sich wieder auf freiem Fuß.

Neben diesen drei konnten in der Zwischenzeit weitere Mitglieder dieser Bande identifiziert werden:

Lothar Wrobel,

ebenfalls Mansteinstraße 9, nach eigenen Aussagen früher im NPD-»Ordnerdienst«, zumindest 1974 Beisitzer im Kreisverband Nord der NPD-Hamburg; er wurde mindestens zweimal auf dem Hamburger Hauptbahnhof erwischt, als er NSDAP-Flugblätter verteilte und stand deshalb in Zusammenhang mit Wolf-Dieter Eckart (»NSDAP«) vor Gericht.

Peter Kossatz,

ehemaliger Schüler des Kaifu-Gymnasiums; am 11.4.74 noch Teilnehmer einer CDU/JU-»Demonstration« gegen die Befreiung Südvietnams, am 25.5.75 Teilnehmer einer JN-Landeskonferenz im Hamburger Haus des Sports, und am 17./18.9. in Osnabrück in einer Reihe mit den Faschisten der »Hansa«-Bande.

Lars Möller,

15 Jahre alt, Mitglied der JN, beteiligt an diversen NPD-Ständen in Hamburg-Altona, am 15.5.77 und am 23.7.77. Am 16.9.77 stand er beim JN-Kongreß in Osnabrück in einer Reihe mit Tibor Schwarz und Michael Buchmann. Zudem ist er ebenso wie Schwarz Autor im »Aufmarsch« von Michael Borchardt (»Faschistische Front«).

Michael Buchmann

Michael Buchmann

Zusammen mit Schwarz und Möller am 16.9.77 in Osnabrück; am 17.6.75 zusammen mit Wegener und Stier auf der Fahrt nach Bonn verhaftet. Buchmann gehört seit Jahren zu den Aktivisten der NPD: Am 22.9.74 beteiligte er sich an einem Infostand der NPD in Bergedorf unter dem Motto: »Fegt ihn weg, den roten Dreck«. Ebenfalls im September 1974: Gemeinsam mit anderen JN-Mitgliedern Vorstandsmitglied im Stadtjugendring Schwarzenbek — offiziell als Mitglied der rechtsradikalen »Deutschen Jugend des Ostens«.

Am 17.4.76 wurden AK-Verkäufer in Neumünster von drei Faschisten überfallen, wobei Buchmann allerdings nicht mit letzter Gewißheit identifiziert werden konnte. Sein damals benutzter VW (RZ - PN 53) machte später (am 23.1.77) mit Buchmann als Mitinsassen Jagd auf antifaschistische Beobachter eines JN-Aufmarsches zur »Reichsgründungsfeier« in Hamburg. Am 7.6.76 war B. Aktivist beim NPD-Kongreß in Hamburg und am 26.3.77 Teilnehmer des NPD-Parteitags in Hannover, am 15.5. in Osdorf und am 16.9. in Osnabrück. Regelmäßiger Teilnehmer an NPD-Info-Ständen in Hamburg.

Mathias Weber

NPD- und JN-Mitglied. Beteiligt an allen Hamburger Auftritten der Bande. Am 26.6.77 war er einer der Schläger auf dem NPD-Landeskongreß in Kiel, die zwei Antifaschisten zusammenschlugen (einen krankenhausreif). Leiter dieser Faschistenversammlung war offenbar Heiko Oetker, NPD-Vorstandsmitglied in Schleswig-Holstein und »Bundesfahrtenführer« der »Wiking-Jugend«.

Klaus Dieter Puls

Es spricht einiges dafür, daß auch er zur »Hansa«-Bande gehört. Nach »konkret« 4/77 besuchte er im Frühjahr 1976 den »NSDAP/AO-Führer« Gary Rex Lauck im Knast (Abschiebehaft). Außerdem war er Entlastungszeuge gegen den »Führer« der »NS-Kampfgruppe« Mainz, Kurt Müller. Seine Aussage wurde damals vom Richter so beurteilt, daß er »objektiv zwar lüge, subjektiv aber von der Richtigkeit seiner Aussagen überzeugt sei«.

Leutnant Durner

Nach Angaben der »Mittenwalder Soldatenzeitung« Nr. 16 vom Februar 77 prahlte dieser Absolvent der Hamburger Bundeswehrhochschule damit, einen hohen »SS-Dienstrang« in einer Hamburger Nazi-Organisation einzunehmen. Er ist dafür bekannt, daß er auf dem Kasernenhof mit »Deutschem Gruß« grüßt.

Und im Hintergrund die NPD !

Seit ihrer Gründung ist die NPD stets darum bemüht, ihr Image als »demokratische Partei« und »nationalkonservative Sammlungsbewegung« aufrechtzuerhalten. Im Interesse der Vermeidung eines Verbots hat sie sich in der Vergangenheit immer dann von offen nazistischen Auftritten ihrer Mitglieder distanziert, wenn sie diesen taktischen Rahmen überschritten.

Anläßtlich des Auffliegens einer Nazi-Terror-Bande, die im wesentlichen identisch war mit den NPD-Kadern des Rhein-Sieg-Kreises, beschrieb der »Spiegel« schon 1971 diese Taktik der NPD: Sie *»reagierte wie stets, wenn einzelne Parteimitglieder aus der verfassungstreuen Rolle fallen. Sie will ihren Funktionär Werner Wolf von seinem Amt suspendieren und gegen alle Waffenbrüder Parteiausschlußverfahren einleiten«* (»Spiegel«, 22.2.71).

Daß diese Taktik auch heute noch gilt, bestätigte der diejährige NPD-Parteitag vom März in Hannover: Allein sechs Anträge beschäftigten sich mit der Todesstrafe. Ein Delegierter forderte ganz offen: »Die Rübe muß ab!« und: die Todesstrafe solle, »wenn wir an der Macht sind«, auch jene treffen, »die in unseren Augen Landesverräter sind« (»tat«, 8.4.77). Nur mit Mühe konnte sich der Parteivorstand durchsetzen, der die Ablehnung dieser Forderung damit begründete, daß sie »unter den derzeit herrschenden Machtverhältnissen« nicht ratsam sei.

Kurz zuvor, am 28.1.77, konnte die NPD den Erfolg dieser Taktik bejubeln: Unter dem Aktenzeichen III 142/76 fällte das Verwaltungsgericht Karlsruhe ein Urteil, das zum einen eine Suspendierung des NPD-Lehrers Günther Deckert aufhob und zum anderen der NPD ausdrücklich den »de- eine Suspendierung des NPD-Lehrers Günther Deckert aufhob und zum anderen der NPD ausdrücklich den »de- mokratischen Ausweis« verschaffte. In diesem Urteil heißt es u.a.:

- *»Der NPD ist nicht nachzuweisen, daß sie — wie die 1952 verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) — etwa neonazistischen Charakter hat.*
- *Das Programm der NPD ist mit denen der früheren NSDAP und der SRP nicht vergleichbar, die ein Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat vermieden...*
- *Das Gericht kam aufgrund all dieser Erwägungen die Feststellung des beklagten Landes, die NPD sei eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung, nicht bestätigen«* (nach: »Oldenburger NPD-Expreß«, April 77).

Mit diesem und mehreren ähnlichen Urteilen begründet die NPD ihr »Recht«, für ihre Auftritte und Versammlungen Polizeischutz zu verlangen, den sie in der Regel auch erhält.

In die Reihe der »demokratischen« Beteuerungen gehört auch ein Beschluß des Geschäftsführenden Vorstands der NPD-Hamburg vom 29.6.77: *»Der geschäftsführende Landesvorstand des Landesverbandes Hamburg hat auf seiner letzten Sitzung vom 29. Juni 1977 noch einmal darauf hingewiesen, daß für NPD-Mitglieder und JN-Mitglieder der Unvereinbarkeitsbeschluß des Bundesvorstandes der NPD weiterhin gilt. Dieser Beschluß ... besagt, daß niemand in der NPD oder JN sein kann, der mit sogenannten NS-Nachfolgeorganisationen gemeinsame Sache macht oder gar deren Mitglied ist (z.B. Hoffmann- oder Roedergruppen)«*. Die NPD *»hat aktuelle Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß (sie) gegen jedes NPD- oder JN-Mitglied, von dem festzustellen ist, daß es ernsthafte politische Kontakte zu den sogenannten NS-Nachfolgeorganisationen unterhält, unverzüglich das Ausschlußverfahren beantragen wird«*.

Die Tatsachen ergeben allerdings, daß auch dieser Beschluß von der NPD bewußt als plumpes Täuschungs- und Ablenkungsmanöver eingesetzt wurde.

Nicht nur, daß alle Auftritte der »Hansa«-Bande sich nach diesem Beschluß abspielten, nicht nur, daß selbst nach der Festnahme und einwandfreien öffentlichen Identifizierung von Mitgliedern der »Hansa«-Bande diese auf NPD/JN-Veranstaltungen im alten Nazi-Freundeskreis auftauchen und mit diesen auch in der NPD-Stammkneipe zusammenhocken (»Hansa-Stuben« in Altona); ganz offiziell nimmt in gleich zwei Ausgaben des Hamburger NPD-Blattes (September und Oktober) der Landesvorsitzende Sabrautzky die »Hansa«-Bande in Schutz. So schreibt er über den Auftritt der »Hansa«-Bande am 23.7.77 am Bahnhof Mundsburg: *»An ihrem Trennpunkt wurden die ‚Jungen Nationaldemokraten'* (!!) *sofort von etwa 500 Anhängern der K-Gruppen angegriffen. In höchster Bedrängnis ... wehrten sich die Jungen ihrer Haut ... Es gibt keinen besseren Weg, um diesen Jungen drastisch zu beweisen, was das heißt: freiheitlich demokratischer Rechtsstaat. Um darzulegen, was die in Hamburg Herrschenden unter Recht verstehen ...«* Er erwähnt dann noch, daß die dabei von der Polizei in Schutzhaft genommenen Jung-Nazis von NPD-Anwälten betreut wurden.

Richtig dummdreist-frech ist dann eine Notiz in der Oktober-Ausgabe: *»Wir haben keine Waffenlager zu verbergen, und, sofern man uns fragt, können wir über unsere Angelegenheiten offen Auskunft erteilen, weil es keine krummen Dinger gibt...«* Man braucht sich allerdings nur anzusehen, welche führenden NPD-Mitglieder, Funktionäre und Kader für faschistische Jugendarbeit als Anleiter der »Hansa«-Bande öffentlich in Erscheinung getreten sind:

Manfred Timmermann

Kreisvorsitzender der NPD-Hamburg in Eimsbüttel, seit 1974 im Landesvorstand der NPD. Am 23.7.77 gab er die Anweisungen an die jugendlichen Schläger der »Hansa«-Bande, so z.B. die Aufforderung, die Fotografen »unschädlich« zu machen. Am 16.1.77 griff er einen Antifaschisten tätlich an und am 25.6.77 war er Leiter eines Infostandes in Eimsbüttel, u.a. zusammen mit Buchmann und Schwarz. Unter Nazi-Parolen (»Rotfront verrecke!«) beobachteten sie genüßlich, wie die Polizei mit Knüppeln gegen Antifaschisten vorging — nicht ohne vorher mit Timmermann sich abgesprochen zu haben.

Uwe Rohwer

Uwe Rohwer

NPD-Kreisvorsitzender in Schleswig, Besitzer des »Wiking-Hofes« in Dörpstedt, »Referent für Jugendfragen« beim »Stahlhelm«, militärischer Einpeitscher der »Wiking-Jugend«, die seinen Hof als Ausbildungslager benutzt.

Rohwers Beziehungen zur »Hansa«-Bande gehen weit über den gemeinsamen Schlägereinsatz vom 15.5.77 in Hamburg-Osdorf hinaus. Mindestens zwei Mitglieder der »Hansa«-Bande waren Teilnehmer der paramilitärischen Ausbildungslager der »Wiking-Jugend«. Rohwer selbst unterhält beste Beziehungen auch zu weiteren Gruppen der offenen und militanten Nazi-Szene: zur Bande um Roeder/Christophersen/Schönborn und zur »NS-Kampfgruppe« Mainz.

Heiko Oetker

Norderstedt, Mitglied im NPD-Kreisvorstand, »Bundesfahrtenleiter« der »Wiking-Jugend« und Leiter der JN-Versammlung in Kiel vom 26.6.77, aus der heraus eine Gruppe von verhetzten Jugendlichen, unter ihnen mindestens Mathias Weber von der »Hansa«-Bande, drei Antifaschisten überfielen

Der Zusammenhang ist also eindeutig: Bei der »Hansa«-Bande handelt es sich nicht um eine »isolierte Nazi-Gruppe«. Vielmehr ist die »Hansa«-Bande eine Aktionsgruppe der militantesten, am meisten verhetzten Mitglieder der NPD und der Jugendorganisationen ihres Umfelds.

Faschistische Banden verbieten !

Besonders bedenklich bei den Umtrieben ist der hohe Anteil von Jugendlichen und halben Kindern. Dies ist der »Erfolg« der Aktivitäten rechter bis offen neofaschistischer Jugendverbände und Jugendgruppen wie der »Wiking-Jugend«, des »Bund Heimattreuer Jugend«, des »Jungstahlhelm«, des »Bund Volkstreuer Jugend« und der »Jungen Nationaldemokraten«. Von diesen Organisationen, die von Kadern der NPD wie Oetker und Rohwer u.a. angeleitet werden, werden heute ca. 10.000 Jugendliche erreicht (nach »Wotans Erben«).

Auf den Lagern, Fahrten, Geländespielen und »Heimabenden« dieser Gruppen werden Jugendliche nicht nur militaristisch ausgebildet mit Formaldrill, bedingungslosem Gehorsam, Übungen in der Handhabung von Waffen (Gewehre und Handgranaten), sondern gleichzeitig findet hier eine Einübung faschistischer Ideologie statt. Daß dieser Drill und diese Hetze kein »Spiel« sind, mußte ein Fernsehteam im August 1976 erfahren: Auf den Ruf »Alarm« hin, zeigten diese aufgehetzten Jugendlichen, was sie gelernt hatten: Mit Messern und Knüppeln bewaffnet stürzten sie sich auf das Auto des Teams, zerschlugen die Scheiben, zerschnitten die Reifen und traten Beulen ins Blech. Schließlich wurde ein dicker, scharf angespitzter Pfahl von hinten in das Auto geworfen, der glücklicherweise niemanden traf (»Monitor«, August 76).

Angezeigt für diesen Überfall sind u.a. Manfred Börm, stellvertretender »Gauführer« der »Wiking-Jugend« Schleswig-Holstein und Roland Tabert (nach »tat«, 13.8.76). Tabert war schon vor Jahren Gründer der faschistischen Terrorbande »Nationale Deutsche Befreiungsbewegung« (NDBB); bei einer Wohnungsdurchsuchung bei Börm fand die Polizei im März '77 acht Dolche, Patronengurte mit scharfer Munition und eine Maschinenpistole (»Wotans Erben«).

Seit teilweise annähernd 30 Jahren können diese Jugendverbände — zum Teil unter direkter Anleitung alter Nazis, wie Kadern des »Deutschen können diese Jugendverbände — zum Teil unter direkter Anleitung alter Nazis, wie Kadern des »Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes« oder den Aktivisten der »Aktion Widerstand« — völlig ungehindert ihr Unwesen treiben. Es ist eine Tatsache, daß seit Jahren fast alle Kader des offenen und militanten Neofaschismus Mitglieder dieser Organisation waren oder sind. Bei diesen Organisationen und ihrer »demokratischen Wahlpartei« NPD ist anzusetzen, soll dieser ganze Sumpf trockengelegt werden!

Es gibt mehrere Hinweise dafür, daß im Fall der „Hansa"-Bande – und sicher nicht nur dort – die Eltern der Jugendlichen von diesen selbst sowie von den professionellen Jugendver„führern" über den wahren Charakter dieser Organisationen bewußt getäuscht und im Unklaren gelassen werden. Wir fordern alle Antifaschisten auf, ihre Kenntnisse über die Umtriebe derartiger Verbände für eine Dokumentation zur Verfügung zu stellen.

(Wird fortgesetzt im nächsten AK)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Endlich: Erstes Lebenszeichen der VVN!

Wie im AK mehrfach berichtet, sind in der Vergangenheit alle unsere Versuche schon im Ansatz gescheitert, mit der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten), bzw. in Hamburg VAN, ins Gespräch über die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen und politischer Zusammenarbeit zu kommen. Alle diese Versuche wurden zurückgewiesen, ohne uns überhaupt einer Begründung zu würdigen.

Daraufhin schrieben wir am 14. August d.J. einen Brief an das Präsidium der VVN und druckten diesen im AK Nr. 113 (19. September) ab, nachdem wir auch darauf keinerlei Antwort erhalten hatten. Inzwischen ist immer noch keine Antwort eingetroffen – ein Verhalten, das unserer Ansicht nach an Arroganz und politischer Stillosigkeit kaum noch zu überbieten ist.

Umso mehr haben wir uns gefreut, daß kürzlich die Kreisvereinigung Göttingen der VVN bereit war, schriftlich zu einer Einladung (es ging um den Vorschlag einer vom KB unterstützten Initiative zu einer Antifaschistischen Woche in Göttingen) Stellung zu nehmen. Natürlich hat die VVN den Vorschlag abgelehnt, aber wir sind ja auch nicht gerade verwöhnt. Da freut man sich dann sozusagen sogar schon über eine Absage, wenn sie wenigstens politisch begründet ist und somit Ansätze zu einer Auseinandersetzung bietet. Rom wurde ja auch nicht an einem Tag erbaut. Wir drucken diese Stellungnahme der Kreisverwaltung Göttingen der VVN hier im vollen Wortlaut ab.

Zu dieser Stellungnahme noch ein paar Anmerkungen:

1. Es entspricht der ganzen bisherigen Politik der VVN, daß sie auf der einen Seite – nämlich gegenüber SPD, Liberalen und sogar Kräften aus der CDU – immer ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Aktion „über alles Trennende hinweg" betont, während sie nach links hin gerade das Trennende betont, um gemeinsame Aktionen von vorneherein auszuschließen.

2. Wir teilen nicht die Vorstellung der VVN, wonach heutzutage „die Entspannung" die „Haupttendenz unserer Zeit" sei. Über die richtige Strategie und Taktik im Kampf um Abrüstung und Frieden haben wir ganz andere Vorstellungen als die VVN. Unsere Vorstellungen werden u.E. dadurch bestätigt, daß der von der VVN empfohlene Weg der sog. „Entspannung" der Menschheit keinerlei echte „Teilerfolge" auf dem Weg zur Abrüstung gebracht hat, sondern eine Vervielfachung des Vernichtungspotentials, neue barbarische Waffen wie die Neutronenbombe usw. – Wir denken nicht daran, uns die Übernahme der VVN-Positionen zu dieser Thematik als Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln in ganz konkreten Punkten, wie etwa der Abwehr faschistischer Provokationen, aufzwingen zu lassen. Ein solcher Anspruch der VVN ist absurd.

3. Ebensowenig teilen wir die Position der VVN zum Grundgesetz.

Zwar stimmen wir mit der VVN vollkommen überein, die im GG noch angelegten demokratischen Rechte zu verteidigen. Darüber hinaus jedoch von einem „Geist" oder „Auftrag" des GG zu sprechen, ist unserer Auffassung nach sachlich falsch und politisch schädlich. Zu diesem „Auftrag" des GG gehört z.B. auch als wesentlicher Punkt die sogenannte „Wiedervereinigung Deutschlands". Ist das wirklich heute die Position der VVN? Darüber hinaus gibt es zu diesem GG auch in der „Ur"-Fassung aus demokratischer Sicht Kritisches anzumerken, und die KPD hat zweifellos Gründe gehabt, wenn sie seinerzeit diesem GG ihre Zustimmung verweigert hat. Wenn die VVN, Kreisvereinigung Göttingen, jetzt schreibt, „daß ein unzweideutiges Verhältnis zum GG Dreh- und Angelpunkt (!!) antifaschistischer Politik ist", so soll das GG offenbar in den Rang einer antifaschistischen „Charta" gehoben werden – dabei wird vermutlich von der „Ur"-Fassung des GG ausgegangen, also ohne seine heutigen Bestandteile wie etwa Notstandsgesetzgebung, Bestimmungen zur Remilitarisierung usw. Juristisch ist ein solches Vorgehen, wie es die VVN hier fordert, lächerlich, weil es beim GG nicht auf den „Geist" ankommt, in dem es mal verfaßt worden sein soll, sondern auf den heutigen realen Inhalt sowie auf dessen Interpretation durch das BVG in Karlsruhe. Die Berufung auf den „Geist" oder „Auftrag" des GG – unter Ignorierung von dessen realen heutigen Bestandteilen wie Notstandsgesetzgebung usw. – könnte also höchstens einen propagandistischen Zweck verfolgen. Selbst unter diesem Aspekt halten wir ein solches Vorgehen weder für glaubwürdig noch für zweckmäßig. Letzten Endes begünstigt dieses Vorgehen nur die verlogene Fetischisierung des GG durch die Herrschenden im Sinne der „FdGO", wobei diese natürlich nicht an die Geister und Aufträge denken, sondern an ein real bestehendes GG mit allen Haken und Ösen – und freilich sogar noch gegen dieses verstoßen, wie z.B. in Sachen Berufsverbote.

Die Position der VVN, Kreisvereinigung Göttingen, zu diesem Punkt verstehen wir so, daß uns ein Bekenntnis zum GG als Vorbedingung für gemeinsame Aktionen abverlangt wird. Sind wir hier vor einer Berufsverbote-Kommission ... oder diskutieren wir unter Antifaschisten ?!

4. Uns wird *„einmalige politische Dummheit oder gefährliche Naivität"* vorgeworfen, weil wir auch Organisationen wie den KBW zu Vorgesprächen über gemeinsame Aktionen eingeladen haben. Wir werden aufgefordert, *„der KB solle sein Verhältnis zu solchen obskuren Gruppierungen einmal aus antifaschistischer Sicht zu überprüfen"*. Dazu ist zu sagen, daß nicht **wir** unsere Position zu überprüfen brauchen, aber daß es womöglich nützlich wäre, wenn die VVN mal unsere Position zu diesen Organisationen überprüft, z.B. anhand des ARBEITERKAMPF. Es ist eine Tatsache, daß wir uns seit Jahren insbesondere mit der Politik des KBW (ebenso wie etwa der „KPD/ML" oder „KPD") ständig und intensiv auseinandergesetzt haben und faktisch dazu beitragen konnten, solche Auffassungen innerhalb der realen Bewegungen zurückzudrängen. Im völligen Gegensatz dazu hat es die VVN stets verschmäht, sich zum politisch-ideologischen „Nahkampf" mit diesen Gruppierungen herabzulassen. Stattdessen hat sie in oberflächlicher und dümmlich-demagogischer Weise versucht, diese Gruppierungen einerseits als völlig bedeutungslos abzutun (was sie nicht sind oder zumindest zeitweise nicht waren) und sie andererseits mit ein paar ständig wiederholten Phrasen als „Helfershelfer der Reaktion" oder auch gleich als direkte Polizei-Agenten abzutun. Die VVN gehört damit unserer Auffassung nach, ebenso wie vor allem die DKP und deren Unterorganisationen MSB und SDAJ, zu denjenigen, die diesen Gruppierungen bzw. deren Führern indirekte Schützenhilfe gegeben haben. Die VVN und andere genannte Kräfte müssen sich dafür verantwortlich machen lassen, daß sie von Anfang an nicht die Auseinandersetzung und Möglichkeiten zur solidarischen Zusammenarbeit mit diesen Kräften gesucht haben – aus Gründen, die wir früher schon dargelegt haben und auf die wir hier nicht eingehen wollen – sondern ihnen gegenüber eine verhängnisvolle Strategie der „Isolierung" betrieben haben. Diese Strategie lehnen wir ab. Sie hat den demokratisch-antifaschistischen Kräften keinen Nutzen gebracht und kann keinen Nutzen bringen. Erfahrungen, z.B. mit dem KBW, haben wir genug, und weiß Gott mehr als die VVN. Trotzdem halten wir aber an dem Prinzip fest, daß es schädlich wäre, **von vornherein** bestimmte Kräfte von einem möglichen gemeinsamen Handeln auszuschließen. Dieses Prinzip verteidigen wir übrigens auch gegenüber den verschiedenen „ML"-Organisationen, die prinzipiell nicht mit der DKP zusammenarbeiten wollen.

Nicht Isolation und Spaltung brauchen die demokratischen Kräfte, sondern gemeinsames Handeln auf der breitestmöglichen Basis. Miteinander zu sprechen ist überhaupt die allererste, allerprimitivste Voraussetzung dazu.

Im Wortlaut



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten - Niedersachsen e.V.

KREISVEREINIGUNG GÖTTINGEN

„Einschätzung der ‚Initiative zu einer Aktionseinheit für eine antifaschistische Woche'.
Plattform für eine antifaschistische Aktionseinheit.

1. Wir, d.h. die Kameraden der VVN-Bund der Antifaschisten, mußten bei unserem Zusammentreffen mit der ‚Initiative' feststellen, daß diese im wesentlichen vom KB gestellt und initiiert wurde, daß also von einer Initiative im eigentlichen Sinne des Wortes nicht die Rede sein konnte.

Nicht zuletzt aus diesem Grund setzt sich dieses Papier zunächst einmal mit der Politik des KB auseinander.

2. Im Verlauf der Diskussion mußten wir feststellen, daß es außer der gemeinsamen Empörung über die „Heim-ins-Reich"-Führung des SS-Führers Kapplers und der Auffassung, daß der „Hitlernostalgie" etwas entgegengesetzt werden muß, keine tragfähigen Gemeinsamkeiten für etwaige Aktionen gab.

Sie konnte es auch nicht geben, da der KB jede inhaltliche Festlegung der ‚Aktionseinheit' vermeiden wollte. Als die Diskussion dann doch auf inhaltliches ‚abglitt', offenbarte sich, daß wir weder gemeinsame Auffassungen bezüglich der gegenwärtigen politischen Lage (Kampf gegen den Faschismus oder Kampf für den Erhalt der im Grundgesetz fixierten demokratischen Rechte und deren Ausbau) noch, was vor diesem Hintergrund keineswegs erstaunlich ist, gemeinsame Auffassungen in bezug auf die inhaltliche Zielsetzung einer etwaigen Aktionseinheit hatten. (Doch dazu mehr in Punkt 5 und 6)

Sinn einer Aktionseinheit kann es unserer Meinung nur sein, Klarheit in die Köpfe unserer Mitbürger, besonders in die der Jugend, zu bringen. Um diesen Effekt erreichen zu können, muß bei den Trägern einer Aktionseinheit ein Maximum an inhaltlicher Einigkeit vorhanden sein. Aktionen auf einer inhaltsleeren Minimalplattform können sich nur genauso chaotisch auswirken wie das babylonische Sprachgewirr und sind deshalb grundsätzlich schädlich.

3. Es fällt uns schwer, an die Ehrlichkeit der vorgeschlagenen Aktionseinheit zu glauben.

Auf der einen Seite läuft gegenwärtig eine verleumderische Kampagne gegen uns, die VVN, im ‚Arbeiterkampf', die sich in weiten Teilen mit den Lügen deckt, die von der bürgerlichen Presse und im Verfassungsschutzbericht über uns verbreitet werden.

Die Ausführungen im ‚AK' gipfeln u.a. in der Aussage, daß unsere Politik nur aus . . . ‚DKP-Schnacks von Frieden, Entspannung, Völkerverständigung. . .' sowie – in diesem Zusammenhang ebenfalls als ‚Schnacks' abgetan – Bemühungen um die Verwirklichung der Menschenrechte in der BRD, um einen sichtbaren Beitrag zur Einstellung des Wettrüstens, um die Verwirklichung und praktische Anwendung der Grundsätze von Helsinki, bestehe.

Grundpositionen unserer – aber bei weitem nicht nur unserer – politischen Arbeit werden also nicht geteilt!

Wie ist nun aber die uns plötzlich entgegengestreckte ‚Bruderhand' zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen zu verstehen?

Nachdem wir diese Frage intern eingehend diskutiert hatten, kamen wir zu dem Schluß, daß der KB uns, den VVN, nur vor den Karren einer von ihm initiierten ‚Bewegung' spannen wollte, nicht zuletzt um seine eigene Politik besser verkaufen zu können. – Ein Versuch, der nicht nur in Göttingen gestartet wurde. –

Dies erinnerte uns fatal an den Versuch des KB das Projekt des Russell-Tribunals als Mittel der Spaltung der demokratischen Bewegung zu instrumentalisieren.

‚Das wesentliche an dem Russellprojekt war gerade der Versuch, erstmals in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte.' (KB-Info Nr. 2, S.4)

4. Auch möchten wir unser Erstaunen über das politische Spektrum, das der KB in Gestalt des Göttinger Uni-Astas mit dem Prädikat ‚antifaschistisch' bewertete, äußern.

Unserer Meinung nach zeugt es entweder von einmaliger politischer Dummheit oder gefährlicher Naivität, daß auch die Gruppen BUF, KBW und KSV zu dem Treffen als ‚antifaschistische' Kräfte eingeladen wurden.

Nach Buback-Nachruf und Schleyerartikel sollte der BUF doch nun wirklich nicht mehr zu den antifaschistisch-demokratischen Kräften gezählt werden.

(Es war abzusehen, daß die konzeptionslose Politik einer labilen Gruppe an den massiven Aktionen der Herrschenden Schiffbruch erleiden mußte).

Zu den Gruppen, die der Reaktion in die Hände spielen und im positivsten Fall ihrem Selbstverständnis nach als ‚Antifaschisten' bezeichnet werden können, gehören KBW und KSV. Mit ihrem unsinnigen Drang zu schädlichen sektirerischen Aktionsformen, haben sie bis jetzt in jedem Bündnis Unheil angerichtet und dadurch der Reaktion die Munition für ihre Kampagnen gegen alle fortschrittlichen Kräfte geliefert.

Auf ihren theoretischen Unsinn von Supermächten und Sozialimperialisten wollen wir hier gar nicht weiter eingehen.

Wir sind der Meinung, der KB sollte sein Verhältnis zu solchen obskuren Gruppierungen einmal aus antifaschistischer Sicht überprüfen.

Ein inhaltsloser ‚linker' Einheitsbrei bringt die fortschrittlichen Kräfte in der BRD um keinen Schritt weiter. Im Gegenteil!

Und nun zu den Prinzipien, die wir als Grundlage einer antifaschistischen Aktionseinheit als bindend ansehen.

5. Wir gehen davon aus, daß ein unzweideutiges Verhältnis zum Grundgesetz Dreh- und Angelpunkt antifaschistischer Politik ist.

Wir werten das GG als Ausdruck des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zum Zeitpunkt seiner Entstehung. In wesentlichen Teilen widerspiegelt es die antifaschistisch-demokratischen Prinzipien und Zielvorstellungen der fortschrittlichen Kräfte dieser Zeit. Zum anderen ist es Ausdruck der diesen fortschrittlichen Zielvorstellungen entgegengesetzten Bestrebungen der wieder erstarkenden restaurativen Kräfte.

Insofern trägt das GG einen widersprüchlichen Charakter. Trotzdem ist der Auftrag des GG eindeutig antifaschistisch-demokratisch, da die restaurativen Kräfte zu diesem Zeitpunkt das breite antifaschistisch-demokratische Bewußtsein der Massen der Bevölkerung nicht ignorieren konnten.

Aus diesem Grund steht das GG, insbesondere seine demokratischen Prinzipien, keinesfalls der Vorbereitung und Durchsetzung einer antifaschistischen Demokratie entgegen.

Im Gegenteil: Es steht den Interessen der herrschenden Klassen im Wege, weshalb es auch über 29mal und in insgesamt über 100 Artikeln verändert wurde und auch heute noch weiter in seinem demokratisch-antifaschistischen Gehalt demontiert werden soll.

Aus dieser Gefahr einer weiteren Demontage demokratischer Rechte ergibt sich für alle fortschrittlichen Kräfte die Aufgabe, weitere Verschlechterungen des GG abzuwehren, bereits erfolgte antidemokratische Äußerungen zu bekämpfen, und für den Ausbau der im GG enthaltenen demokratischen Freiheiten einzutreten.

Dies können wir nur erreichen von den Rechtspositionen des GG selber.

Wir sehen es als politisch falsch an, durch eine Ablehnung des GG, es unseren politischen Gegnern preiszugeben.

Diese Standortbestimmung zum GG teilt unseres Wissens der KB nicht.

Zwar scheinen in letzter Zeit (im Verlauf der unter Punkt 3 skizzierten Entwicklung) einzelne Gruppen des KB dazu übergegangen zu sein, den einen oder anderen Grundpfeiler ihrer Programmatik – z.B. Haltung zum GG – flexibler zu handhaben. Doch scheint uns eine sich so herstellende Gemeinsamkeit nicht tragfähig zu sein. Wir würden es begrüßen, wenn der KB diese taktischen Varianten zugunsten einer prinzipiellen Haltung zum GG aufgeben würde.

6. Abschließend stellen wir fest, daß wir weiterhin, allerdings nur auf der von uns skizzierten Grundlage, zu gemeinsamen Aktionen mit allen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit bereiten Gruppen bereit sind.

Deshalb unterstützen wir auch weiterhin die ‚Initiative Demokratische Gegenhochschule', in derem inhaltlichen Konzept das Faschismusproblem und die Bestimmung einer aktuellen antifaschistischen Politik breiten Raum einnimmt. Wir würden es begrüßen, wenn an dieser Stelle ein noch breiteres Bündnis herzustellen wäre.

VVN – Bund der Antifaschisten
Kreisvereinigung Göttingen"

Kein Platz für Antifaschisten in der SPD

Würzburg. Am 28.9. fand ein Aktionseinheitsgespräch angesichts einer unmittelbar bevorstehenden NPD-Kundgebung in Würzburg statt. AKW-Gruppen, KB-Sympathisanten, MSB, VVN, Schwulengruppe, KABD, Frauengruppe und SB konnten sich ohne große Schwierigkeiten auf ein gemeinsames Flugblatt einigen. Die ebenfalls anwesende SDAJ zog es jedoch vor, nichts zu tun, um nicht gegen die „These 41" der DKP (keine Zusammenarbeit mit „Chaoten") zu verstoßen. Es fiel jedoch positiv auf, daß MSB und VVN bei der Zusammenarbeit überhaupt keine Schwierigkeiten machten.

Zu dem Aktionseinheitsgespräch waren auch die Jusos eingelanden. Es erschien M.D., der Kreisvorsitzende von Würzburg. Er erklärte, daß er nicht im Namen der Jusos das gemeinsame Flugblatt unterzeichnen könne. Er war jedoch bereit, das Flugblatt als Privatperson zu unterzeichnen, weil er ohnehin einen etwa gleichlautenden Aufruf für die Jusos schreiben wollte.

Bei der NPD-Veranstaltung waren dann 300 Antifaschisten anwesend (gegenüber 50 Nazis und 150 Bullen), um die Nazis durch Sprechchöre zu stören.

Am Montag erschien in der Lokalpresse die Nachricht, daß M.D. vom Kreisverband der SPD der Rücktritt von seiner Funktion als Kreisvorsitzender der Jusos „nahegelegt" worden sei. In einer Erklärung der SPD heißt es: *„Auch die verständliche und berechtigte Empörung über das Treffen der Neonazis darf nicht dazu führen, daß Sozialdemokraten gemeinsame Sache mit erklärten Gegnern der Demokratie machen"*. Die SPD hatte ihrerseits nichts gegen die Nazi-Provokation unternommen. Obwohl die NPD-Kundgebung schon eine Woche vorher in der Lokalpresse angekündigt war, machten sich die SPD und auch der DGB nicht einmal die Mühe – wie anderswo noch manchmal üblich – eine Protesterklärung herauszugeben.

Dafür wurde die SPD **nach** der Nazikundgebung umso aktiver: Wenn es darum geht, gegen die Antifaschisten in den eigenen Reihen vorzugehen, ist die SPD fix. Die Würzburger Jusos stehen offensichtlich voll zu „ihrer" Partei. Die Absetzung ihres Vorsitzenden war ihnen bisher nicht einmal eine Stellungnahme wert.

KB-Sympathisanten Würzburg

Nürnberg: Aktionseinheit mit Widersprüchen

Für den 8.10. hatten die NPD und ihre Jugendorganisation JN zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Zerschlagt den roten Terror« und »Sofortige Entlassung von Pfarrer Mischke« eingeladen.

Zur Klarstellung des »Fall Pfarrer Mischke«: Pfarrer Mischke und der Journalist Dr. Fritz Aschka sprachen am Sonntag, den 25.9. in der St. Lorenz-Kirche zum Thema »Todesstrafe? — Christen dürfen nicht schweigen!«. Mischke wies darauf hin, daß die Einführung der Todesstrafe u.a. eklatant gegen den »christlichen Auftrag« gegenüber Strafgefangenen, egal welche Straftat sie begangen haben, verstoßen würde. Dieser Auftrag schließe Seelsorge und Resozialisierungsmaßnahmen ein. Im Anschluß daran bat er um eine »seelsorgerische Kollekte« für die »RAF«-Gefangenen.

Dies nahm die NPD zum Anlaß, gegen den „roten Terror" zu Felde zu ziehen und die Entlassung von Pfarrer Mischke zu fordern.

Zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die NPD-Veranstaltung fand sich eine antifaschistische Aktionseinheit zusammen, in der die DFG/VK, Mitglieder einer SPD-Stadtteilgruppe, BDP, »Arbeiterbund« und KB vertreten sind, zusammen. Es wurde vereinbart, die Faschistenveranstaltung so weit wie möglich zu verhindern. Bei der Besprechung der Kundgebungsrede stellten unsere Bündnispartner die Forderung, sich von den Terroristen »abzugrenzen«, die sie als »Mörder und Entführer, aus gut-bürgerlichen Schichten kommend und der kapitalistischen Ordnung sehr eng verbunden« bezeichneten. Etwas abgeändert wurde diese Rede auch beschlossen. Unser Fehler war, daß wir nicht darauf bestanden, auf der Kundgebung zu diesem Absatz Stellung zu nehmen, oder wenn das nicht möglich war, zumindest in einem eigenen Flugblatt dazu Stellung zu nehmen.

Etwa 200 Antifaschisten folgten dem Aufruf und kamen zu der Gaststätte Bäckerhof, in der schon 20 Faschisten waren. Nach der Rede wurden vom Sprecher Verhandlungen mit der Polizei aufgenommen. Es wurde von ihm von Anfang an betont, bei Anwesenheit der Polizei nicht gewaltsam auf die Veranstaltung zu gehen, was bei der Vorbesprechung nicht vereinbart worden war. Unterdessen hatten die Faschisten ungehinderten Zugang zu der Gaststätte. Es gab noch einige Rempeleien mit der Polizei, als dann doch Faschisten der Zutritt zu der Veranstaltung verwehrt wurde, worauf noch 60 Bullen zur Verstärkung anrückten. Ein weiterer Widerspruch trat auf, als spontan die Parole »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« gerufen wurde; der Sprecher distanzierte sich sofort durch das Megafon von dieser Parole.

Es wurde dann beschlossen, einen Demonstrationszug durch die Innenstadt zum DGB-Haus zu machen. Dort wurden wir von SdAJ-Funktionären daran gehindert, ins DGB-Haus zu gehen und Flugblätter auf einer Junggewerkschaftsveranstaltung zu verteilen. Begründung: Die Junggewerkschafter verstünden so was noch nicht und außerdem fänden sie die Form der Aktion nicht richtig.

Nach der Abschlußrede entfachte sich noch eine heiße Diskussion, als ein Genosse des KB aufrief, das Verhalten der SdAJ-Funktionäre öffentlich bekannt zu machen und zu kritisieren. Im Interesse der weitergehenden Zusammenarbeit müssen wir die Auseinandersetzung der aufgebrochenen Widersprüche, speziell öffentliche Kritik an Gewerkschaftsfunktionären und »Abgrenzung« zu Terroristen, weiterführen und auch versuchen, weitere Teile (»Spontis« etc.) in die Vorbereitung solcher Aktionen miteinzubeziehen.

KB/Gruppe Nürnberg

KURZMELDUNGEN



Nazis in Westberlin präsentierten sich am 8.10. beim Spiel BRD—Italien mit dem „Deutschen Gruß"

Immer unverschämter werden die Faschisten von der „NSDAP" in Westberlin:

- In der Nacht zum 9. Oktober hißten sie in 30 Meter Höhe weithin sichtbar auf der Siegessäule im Tiergarten eine große Hakenkreuzfahne.
- Am gleichen Tag tauchten in den Bezirken Kreuzberg und Charlottenburg „NSDAP"-Schmierereien an Häuserwänden auf. Auf Autos, Laternenmasten usw. tauchten Aufkleber mit Hakenkreuzen und Texten wie „NSDAP jetzt", „Wir sind wieder da" und „Rotfront verrecke" auf.
- Im Rahmen dieser Provokation ist auch folgender Auftritt zu sehen: Beim Fußballländerspiel BRD gegen Italien am 8.10. im Olympiastadion „grüßte" eine Gruppe von ca. 30 Neonazis im Publikum mit dem Hitlergruß, als das „Deutschlandlied" abgespielt wurde.

•••

•••

Eine Provokation besonderer Art leistete sich die „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" (ANE) bei ihrer offiziellen Gründungsversammlung am 1.10. in Fürth-Sack: Sie nominierte den Kriegsverbrecher Rudolf Heß („Stellvertreter des Führers") als Kandidat für die Europawahlen.

Der Führer des „Kampfbund deutscher Soldaten" (KDS), Erwin Schönborn, teilte als Chef der ANE mit, daß mit „Schritten bei den Alliierten" die Freistellung von Heß erreicht werden soll.

Die ANE war am 2.7.77 in Alveringen/Flandern als Gründungsausschuß für die Europawahlen gebildet worden und betrachtet sich als Wahlformation für alle „nationalen Gruppierungen" in der Bundesrepublik. Bis zum Jahresende sollen in der ganzen BRD Landesverbände der ANE ins Leben gerufen werden.

Beteiligt waren jetzt an der offiziellen ANE-Gründung nebst Vertretern des KDS, der „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" und der „Soldatenkameradschaft Hans—Ulrich Rudel" auch Funktionäre der NPD.

Die Gründung der ANE ist ein weiterer Versuch, den desolaten Zustand des rechtsradikalen Lagers durch die Gründung einer „Vierten Partei" zu beheben. Was dies angeht, sind die Chancen der ANE sicher noch geringer als die ihrer Vorgänger. Was sich hier zusammengetan hat, ist nicht bloß die offen nazistische Radau-Szene des rechtsradikalen Lagers, sondern darüberhinaus ein Haufen politischer Nieten. Davon werden wahrscheinlich selbst NPD-Rechtsaußen wie Dr. Frey lieber die Finger lassen.

•••

SS-Treffen

600 Angehörige der ehemaligen 3.SS-Panzer-Division „Totenkopf" gedachten auf einem Treffen in Mengeringhausen (Hessen) ihrer Beteiligung beim Überfall auf Frankreich und auf die Sowjetunion („tat", Nr. 41).

Jeden Monat gibt es über 100 SS-Treffen, die alle in der legal erscheinenden SS-Zeitung „Der Freiwillige" angekündigt werden. Eines der Treffen findet an jedem zweiten Montag im Monat übrigens in Soltau statt, dem Aufenthaltsort des SS-Kriegsverbrechers Kappler („Neues Deutschland", 22.9.).

•••

Ein Gericht in Augsburg hat einen Gastwirt zu neun Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

In seinem Lokal waren 1.300 Wein-

mit Bewährung verurteilt.

In seinem Lokal waren 1.300 Wein-flaschenetiketten mit Hitlerbild und Aufschriften wie „Wir danken unserem Führer", „Ein Reich, ein Volk, ein Führer" sowie eine Hakenkreuzfahne und Teller und Gabeln mit Hakenkreuz gefunden worden. Anfang des Jahres hatten Rechtsradikale in diesem Lokal eine Hakenkreuzfahne entrollt, ein beleuchtetes Hitlerbild aufgestellt und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Neue Gäste wurden mit „Heil Hitler!" begrüßt („Jüdische Allgemeine Wochenzeitung", 7.10.77 und „tat", Nr. 40).

•••

Die „tat" hat jetzt eine Auflistung von gegenwärtig auf dem Markt befindlicher SS-Literatur gemacht und fordert alle Antifaschisten auf, folgende Forderungen zu unterstützen:

Unterbindung jeder Zurschaustellung faschistischer oder den Faschismus verherrlichenden Literatur!

Ausschluß der eindeutig neofaschistischen Verlage von der Internationalen Buchmesse! („tat", Nr. 41).

•••

Nur unter Polizeischutz und durch die Hintertür konnte in Regensburg am 9.10. eine Faschistenkundgebung mit NPD-Vorsitzenden Mußgnug stattfinden. Gegen die Versammlung war eine antifaschistische Aktionseinheit von VVN, Einzelgewerkschaften, Jüdischer Kultusgemeinde, AStA, MSB, SHB, Falken, SDAJ, DKP, DFU und DGB-Kreisausschuß aufgetreten. Ein Schlägerangriff der Faschisten wurde zurückgeschlagen. („UZ", 5.10. und „tat", 14.10.).

•••

Das Bundesinnenministerium verfügte nach monatelangem Zögern ein Verbot der faschistischen Ustaschaterrorgruppen „Kroatischer Widerstand" und „Kroatischer Verein Drina". In einer Pressemeldung vom 5.6.77 hatte das Ministerium angekündigt, künftig dafür zu sorgen, die Fortsetzung gesetzeswidriger Tätigkeiten zu verhindern, insbesondere den Vertrieb und die Herstellung von Druckerzeugnissen („PDI", 1.10.77). Trotzdem werden z. B. in Bayern nach wie vor Schriften wie „Obrana" (Organ der Drina) und „Hrvatska Drzava" (Organ des „Kroatischen Nationalkomitees") vertrieben.

•••

Nachdem VVN und Club Voltaire in Neu-Isenburg und Offenbach tagelang gegen die

Nachdem VVN und Club Voltaire in Neu-Isenburg und Offenbach tagelang gegen die Aufführung des Fest—Films „Hitler — Eine Karriere" vor den Kinos protestiert hatten, wurde in beiden Kinos der Film tatsächlich abgesetzt („tat", 14.10.77).

•••

Hann. Münden. In AK 113 berichteten wir schon, wie uns beim Altstadtfest in Hann. Münden von rechten Provokateuren die Stelltafeln abgebrannt und zertreten wurden. Nachforschungen haben jetzt ergeben, daß die Provokateure vorher massiv mit Bier angefüllt und ihnen 50 DM für diese Aktion versprochen worden waren. Die Anstifter waren offensichtlich zwei hohe Bundeswehroffiziere, ein Mündener Unternehmer und ein SPDler, Mitglied des Stadtrates!!

Aber damit nicht genug: etwa eine Woche später wurden zwei KBWler beim Plakatieren überfallen. Der Täter, Pächter oder Wirt der Kneipe „Concordia", schoß einem mit einer Gaspistole ins Gesicht, dem anderen schlug er die Waffe, die sichergestellt werden konnte, über den Schädel.

Daß in diesen Tagen wieder verschiedene Nazi-Schmierereien auftauchten (Hakenkreuze, Führerparolen), unterschrieben mit NSDAP/AO, gehört in Münden schon fast zur Tagesordnung.

Mittlerweile haben sich einige Mündener Antifaschisten getroffen, um gemeinsame Schritte gegen derartige Anschläge zu unternehmen. Zur Diskussion stehen z. Zt. eine Dokumentation über die Umtriebe der Mündener Jung- und Altfaschisten und eine gemeinsame Veranstaltung. Einerseits soll so durch eine gezielte Gegenaufklärung der Hitlerwelle entgegengetreten und andererseits den Faschisten der Boden unter den Füßen entzogen werden.

•••

Nazi-Schmierereien in Tönning

»Seit rund einer Woche prangen sie nun schon an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, die NS-Kennzeichen. ,Hitler' ist auf der Wand des Kundenparkplatzes der Post zu lesen. Das Hakenkreuz fehlt auch nicht. ,NSDAP' steht auf dem Schleusentor am Torhafen. NS-Kennzeichen verunzieren auch die Außenwand der Kreisberufsschule...«. Verantwortlich für diese Aktivitäten ist *»eine kleine Schar von Tönninger Jugendlichen«*, die *»sich von der politischen Propaganda eines stadtbekannten NPD-Mannes einfangen«* ließ. Weitere Aktivitäten: *»Flugblätter und Zeitungen werden in Briefkästen verteilt, Mitglieder der Jugendgruppe grüßen bisweilen auf offener Straße mit ,Heil Hitler'. Und am 20. April dieses Jahres nahmen einige von ihnen an einer ,Feier von Führers Geburtstag' teil«.* Die Flensburger Polizei ermittelt, aber: *»Wenn die Kripo-Beamten noch immer nicht in Tönning waren, so liegt es daran, daß sie im Zusammenhang mit dem jüngsten Terror-Anschlag alle Hände voll zu tun haben«* (Alle Zitate und Informationen aus »Husumer Nachrichten«, 22.9.77).

GEW-Lehrer gegen Hitlerfilm

Ein wichtiger Schritt gegen den Film »Hitler — eine Karriere« ist jetzt von einigen in der GEW organisierten Hamburger Lehrern unternommen worden. Sie haben eine Resolution formuliert, die aufgrund der Einschätzung dieses Films fordert:

- *»Die Bundeszentrale für politische Bildung muß den Kauf des Films sofort rückgängig machen;*
- *Aberkennung der Auszeichnung ,Prädikat besonders wertvoll'; damit Rücknahme der finanziellen Unterstützung aus Steuergeldern;*
- *Verbot des Films im Sinne des §86 StGB, Art. 139 GG und des Potsdamer Abkommens«.*

Da, wo sie vorgelegt wurde, ist die Resolution auf sehr große Zustimmung gestoßen. Sie wurde bisher in zwei gewerkschaftlichen Gremien (ohne Gegenstimmen, wenige Enthaltungen) verabschiedet. Außerdem soll sie der Landesvertreterversammlung (oberstes GEW-Gremium in Hamburg) zur Verabschiedung vorgelegt werden. Damit soll erreicht werden, daß in der gesamten GEW die Diskussion um diesen Film und die damit verbundene ideologische Ausrichtung der Bevölkerung aufgenommen wird und die öffentliche Ablehnung dieses und ähnlicher Machwerke von demokratischen Kräften verstärkt wird.

Eine Lehrergenossin

Es tut sich was!

Wie bereits im AK 109 zu lesen war, hat sich in Neumarkt gegen die Ehrenbürgerschaft des Alt-Nazis Konstantin Hierl in Parsberg vor einem Vierteljahr eine Bürgerinitiative gegründet. Die BI hat sich auf Kreisebene gebildet und besteht bis jetzt aus Jugendlichen, meist Schülern aus Neumarkt und Parsberg.

Am 28. September 77 sollte zu einer Veranstaltung im Turnerheimsaal aufgerufen werden, wobei u.a. über die Nazi-Greueltaten und die zunehmende Faschisierung in der BRD gesprochen werden sollte.

Der Saal (Stadteigentum) wurde aber dann kurzfristig von der Stadt verweigert. Ein Einspruch der BI dagegen beim Verwaltungsgericht Regensburg wurde abgewiesen. Es wird abzuwarten sein, wie nun der bayerische Verwaltungsgerichtshof als Beschwerdeinstanz entscheiden wird. Die CSU startete inzwischen durch die Presse eine rücksichtslose Rufmordkampagne gegen den Sprecher der BI.

In einer Solidaritätserklärung, die von 32 Anwesenden einstimmig angenommen wurde, bestätigte die BI erneut ihren Sprecher und verurteilte auf's Schärfste die Rufmordkampagne der CSU. Es wurde außerdem beschlossen, am 19.10.77 eine Demonstration in Neumarkt abzuhalten, um mit Transparenten und Flugblättern und durch eine Kundgebung vor'm Rathaus auf die Ziele der Initiative aufmerksam zu machen.

KB/Gruppe Nürnberg

Berichtigung zur Hansa-Bande

Uns sind bisher schon mehrere Hinweise darauf zugegangen, daß in der bisherigen Berichterstattung die Bilder von Michael Kühnen und Lutz Wegener vertauscht worden sind. Wir hatten diese Bilder mit Namensangaben aus der bürgerlichen Presse ungeprüft übernommen. Wir bitten unsere Leser, uns bei der Aufklärung dieses Widerspruchs behilflich zu sein.

Faschist verurteilt

Zu 15 Monaten Gefängnis verurteilte kürzlich das Landgericht Lüneburg den 42-jährigen Maurer Manfred Moschkau. Er hatte im April einen jüdischen Friedhof bei Hannover verwüstet, Grabsteine mit Naziparolen und Hakenkreuzen beschmiert. Morschkau, der aus seiner Sympathie für die NPD keinen Hehl macht, wurde vorgehalten, *»angesichts der Leiden der jüdischen Bevölkerung im Dritten Reich einen hohen ideellen Schaden angerichtet«* zu haben (»Neue Hannoversche Presse«, 28.9.77). Ausschlaggebend zur Verurteilung dürften der Justiz allerdings andere Tatsachen gewesen sein: 1. der hohe Sachschaden von 200.000 DM; 2. daß Moschkau seiner braunen Gesinnung ausgerechnet einen Tag vor der Hannover-Messe Ausdruck geben mußte. Peinlich, denn die Landeshauptstadt hatte sich eifrig bemüht, die sich häufenden Spuren faschistischer Aktivitäten zu verwischen. Daß das Urteil gegen Moschkau nicht mehr als einen Vorzeigecharakter hat, zeigt sich daran, daß die Schmier- und Plakatieraktionen der Faschisten ungehindert weitergehen. Letzter Vorfall: NSDAP/AO-Aufkleber im und am Gewerkschaftshaus. Das brachte selbst die örtliche DGB-Führung auf den Plan, die bisher vornehme Zurückhaltung zum braunen Treiben in Hannover geübt hatte. Jetzt kündigte der DGB eine Dokumentation über das neofaschistische Treiben im Großraum Hannover an.

KB/Gruppe Hannover



Kriegswaffe für die Polizei

Der parlamentarische Staatssekretär Andreas von Schoeler kündigte an, daß die Beamten des Bundeskriminalamtes auf 9mm-Pistolen umgerüstet werden („Welt", 17.8.77). Darüber hinaus hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei die Innenministerkonferenz aufgefordert, die Ausrüstung der Polizei mit einer 9mm-Pistole durchzuführen (ebenda). Das würde bedeuten, daß sämtliche Polizisten der BRD und Westberlins (140.000) eine solch großkalibrige Waffe bekommen. Dieser Schritt ist so gut wie sicher, denn die Diskussion um diese Polizeibewaffnung innerhalb der Polizei ist jetzt nach drei Jahren abgeschlossen; ebensolange wurde an der Entwicklung der neuen Waffe gearbeitet.

Bisher ist die Polizei mit Pistolen vom Kaliber 7,65 mm ausgerüstet. Der wesentliche Unterschied zwischen dem bisherigen „kleinen" Kaliber und dem neuen großen (9mm) liegt in der Durchschlagskraft: *„Natürlich haben diese Geschosse (7,65) keine so große Durchschlagskraft wie z.B. 9mm Para-Vollmantelmunition. So berichtet ein Amerikaner, der beruflich Stiere mit der Faustfeuerwaffe tötete, daß er mit dem Kaliber 45 ACP* (7,65 – Anm. AK) *drei- bis viermal schießen mußte, während ein Schuß mit dem Kaliber 9mm den Stier sofort tötete, da er immer bis zum Herzen vordrang."* (Dieses Zitat stammt von dem Hamburger Schießlehrer R. Henning, zitiert in: Roth, „Polizeistaat").

Die höhere Durchschlagkraft ist auch der Grund für die Umrüstung der Polizei auf 9mm: Angesichts der hohen Aufprallenergie einer 9mm-Kugel genügt *„meist ein einziger Treffer"*, während bei der 7,65er Pistole mit ihrer geringen „Augenblickswirkung" *„oftmals mehrere oder gar zahlreiche Treffer erforderlich"* sind, um den *„Gegner außer Gefecht zu setzen"*. (Henning in „Spiegel" Nr. 34/77).

Die 9mm-Pistole wurde sogar als die „humanere" Waffe angepriesen, da nicht unbedingt ein tödlicher Schuß abgegeben werden müsse, um den Gegner „kampfunfähig" zu machen. Mit der 9mm-Pistole schießen die Polizisten mit einer Kriegspatrone, denn dieses Kaliber war bisher nur in Kriegswaffen der Armee üblich. Diese Umrüstung ist also ein weiterer Schritt zur Militarisierung der westdeutschen Polizei!

Die Verlogenheit der Klassenjustiz wird in diesem Zusammenhang an einem Bespiel deutlich: Bei der Verurteilung des linken Schriftstellers Peter-Paul Zahl (er hatte bei einer Verfolgung durch die Polizei auf sie geschossen) wurde für das Strafmaß als verschärfendes Moment die Tatsache angeführt, daß er mit einer 9mm-Pistole geschossen habe. Dieses große Kaliber sei besondersgefährlich, weswegen ihm v o r s ä t z l i c h e Tötungsabsichten unterstellt wurden. Bisher ist aber kein westdeutsches Gericht gegen die Ausrüstung der Polizei mit einer 9mm-Waffe vorgegangen, etwa mit dem Argument, jeder mit dieser Pistole ausgerüstete Polizist liefe mit „vorsätzlicher Tötungsabsicht" durch die Straßen! In der Hand eines Polizisten ist sie dagegen eine „humane" Waffe – zynischer geht's wohl nicht mehr.

Reichlich zynisch gegenüber der Tatsache, daß seit 1970 mindestens 119 Menschen durch Polizeikugeln starben – diese Zahl wird wahrscheinlich mit der neuen Waffe ansteigen, weil jetzt eben „ein Schuß genügt".

Aber noch ein anderer Grund macht diese traurige Zukunft wahrscheinlich: In Hessen ist vom Innenminister Gries (FDP) eine „Dienstvorschrift" erlassen worden, die den Polizisten das Tragen ihrer Dienstwaffe auch außerhalb des Dienstes erlaubt. Diese Maßnahme erhöhe die „Innere Sicherheit" („UZ", 13.8.77).

Mit der „Inneren Sicherheit" wird auch eine andere Neuerung begründet: Niedersachsens 15.000 Polizisten werden mit „Schnellziehholstern" (Holstern = Pistolentasche) ausgerüstet („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 15.7.77). Die Pistole soll dann gut sichtbar am rechten Bein baumeln – wie im Wilden Westen: Das schrecke Gewalttäter ab und gäbe der friedlichen Bevölkerung eine Gefühl an „Mehr Sicherheit". Wers glaubt, wird selig – im H i m m e l!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Lübeck. Am 6.10. wurden während einer sogenannten Ringfahndung nach „Terroristen" zwei Personen ohne jeden erkennbaren äußeren Anlaß von der Straße weg festgenommen: ein zwanzigjähriges SPD-Miglied und eine 28jährige Betriebsrätin. Vier Stunden lang wurden sie verhört, wobei der völlig aus der Luft gegriffene Vorwurf der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" erhoben wurde.

Als „Beweis" wurde ihre Anwesenheit in der Nähe einer Polizeistation angeführt, was „verdächtig" war, weil in Lübeck einige Tage vorher zwei mutmaßliche „Terroristen" festgenommen worden waren. Die Benachrichtigung wurde ihnen – wie heute schon üblich – verweigert. Obwohl der „Verdacht" in keinster Weise erhärtet werden konnte, wurden die beiden erkennungsdienstlich behandelt. Offensichtlich um die Vorwände für die Festnahmen nachzuliefern, wurden anschließend auch noch ihre Wohnungen durchsucht – selbstverständlich ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl! Auch hierbei wurde nichts gefunden, was den „Verdacht" hätte erhärten können.

Gegen diese Willkürmaßnahme der Polizei, die gleichzeitig die gängige Praxis kennzeichnet, rief die Lübecker Unterstützergruppe für ein Russell-Tribunal zu einer Veranstaltung auf, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten. Hier versprach die „Humanistische Union", den Fall vor den Landtag zu bringen.

•••

Wolfsburg. Donnerstag morgen, den 6.10., führte die Polizei Niedersachsen auf der Strecke Wolfsburg – Braunschweig eine „Verkehrskontrolle" durch, ausgerüstet
Strecke Wolfsburg – Braunschweig eine „Verkehrskontrolle" durch, ausgerüstet
mit – wie könnte es auch anders sein – MPs.

Und als nun in meinem Fahrzeug einige linke Zeitungen und Flugblätter bemerkt wurden, warfen sich die Bullen sogleich bedeutungsvolle Blicke zu. Konsequenz: Auf einmal war angeblich mein Führerschein gefälscht! Nach Aussage der Bullen sei die Farbe nicht normal, obwohl neutrale Zeugen bestätigen können, daß beim besten Willen die Farbe nicht anders ist, als bei anderen Führerscheinen. Es mußte also eine Überprüfung stattfinden, die sich sage und schreibe eine Stunde hinzog! Erst danach konnte ich weiterfahren.

•••

Neumünster. Am Montag, den 10.10.77 überfielen gegen 20.30 Uhr drei Zivile und drei Uniformierte davon zwei mit MPs die Jugendkneipe „Past Ten". Je einer der bewaffneten Bullen stand draußen bzw. drinnen vor dem Eingang, so daß Verlassen bzw. Betreten der Kneipe unmöglich wurde. Als ein Jugendlicher, dessen Freundin vor dem Lokal auf ihn wartete, raus wollte, aber nicht durchgelassen wurde und er daraufhin protestierte, wurde er vom Bullen in der Kneipe angeschrieen, was ihm den überhaupt einfiele. Der Bulle vor der Tür lud daraufhin demonstrativ seine MP durch, was natürlich seine Wirkung nicht verfehlte. Eine Begründung für diese Durchsuchung gab es nicht.

•••

Duisburg. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Bullen drangen am Samstag, den 8.10. und am Sonntag, den 9.10. in Duisburger JZ „Eschhaus" ein, in dem an diesem Wochenende ein Musikfestival stattfand.

Als „Begründung" für dieses ungeheuerliche Vorgehen wurde „ruhestörender Lärm" angegeben, den angeblich die jeweiligen Musikgruppen des Abends verursachten.

Die Bullen drangen einmal sogar bis in dien total überfüllten Veranstaltungsraum vor und erklärten, daß sie die gesamte Musikanlage beschlagnahmen und wegschaffen würden („dann machen wir Musik auf dem Revier!"), wenn die Gruppen nicht erheblich leiser spielen würden.

•••

Bremerhaven. Am 30.9. verstarb ein vierundzwanzigjähriger Motorradfahrer an den Folgen schwerer Verletzungen, die er sich bei der Kollision mit einem Streifenfahrzeug der Bremerhavener Polizei zugezogen hatte.

Während die Bullen behaupteten, der angetrunkene Motorradfahrer sei in ihr auf der Straße in Fahrtrichtung stehendes Auto hineingefahren, obwohl an beiden Seiten Platz zum Vorbeifahren gewesen sei, bezweifelt der Bruder des Toten nach Angaben der „Nordsee-Zeitung" vom 1.10. diese Darstellung: „Ich vermute, daß die Polizei versucht hat, meinen Bruder zu rammen. Darauf deuten die Beschädigungen an beiden Fahrzeugen hin."

Als nun in einem Motorradfahrerlokal bekannt wurde, der Verletzte liege im Sterben, gab es Zoff. In dem Lokal ging einiges zu Bruch und als die Bullen erschienen, wurden sie mit „Mörder"-Rufen und einem Hagel von Biergläsern empfangen. Nach dem Tod des Motorradfahrers erwartete die Polizei größere Aktionen.

Zwei Nächte lang wachten an den beiden Enden der Haupt-Kneipenstraße jeweils ein Kontingent von über 15 Bullen mit Mannschaftswagen, Funkstreife und Kradfahrer. Ausgerüstet waren sie mit Helm, Schild und Knüppel, um die erwarteten aufgebrachten Motorradfahrer zu empfangen.

•••

Wieder einmal erwies sich die **Wolfsburger** Polizei als sehr schußfreudig: Ein wegen Raubes verurteilter Mann wurde auf dem Arbeitsamt von zwei Zivilbullen gestellt. Bei einem kleineren Fluchtversuch schoß die Polizei sofort zweimal drauf los. Sie verfehlten nur knapp ihr Ziel. Allerdings traf ein Schuß eine Glasscheibe in Höhe der Gürtellinie, hätte also den Mann mitten in den Bauch getroffen. Nicht nur daß sie den Tod dieses Mannes dabei einkalkuliert haben, sondern sich auch in der relativ belebten Gegend überhaupt nicht um die Gefährdung anderer Personen gekümmert haben.

•••

Stuttgart. Etwa 200 Jugendliche demonstrierten am Samstag, dem 8.10., in Bietingheim bei Stuttgart.

Organisiert und aufgerufen hatte das „Aktionskomitee 3. Mai". Anlaß für diese Demonstration war ein Vorfall am 3. Mai, wo bei einer Fahrzeugkontrolle ein Jugendlicher von der Polizei zusammengeschlagen und festgenommen wurde. Daraufhin gingen etwa 30 Jugendliche zur Bullenwache, um sich nach dem festgenommenen Jugendlichen zu erkundigen. Die Bullen waren nicht bereit, die Jugendlichen anzuhören. Obwohl die Jugendlichen sich ruhig verhielten, wurden sie sofort von 17 (!) Peterwagen umstellt und von den Bullen zusammengeknüppelt.

„Selbstverständlich" – das kann man heute schon sagen – erhielten mehrere Jugendliche eine Anzeige wegen Widerstand, versuchter Gefangenenbefreiung und Hausfriedensbruch.

Um diesen skandalösen Vorfall in der Öffentlichkeit zu verbreiten und um weiteren Willkürmaßnahmen vorzubeugen, ergriffen die Jugendlichen die Initiative für das „Aktionskomitee 3. Mai".

Diese Meldungen wurden erstellt nach Berichten von Genossen aus: Lübeck, Wolfsburg, Neumünster, Duisburg, Bremerhaven und Stuttgart.

Täglicher Polizeiterror Erneute Todesschüsse und Brutalitäten

Seit 1971 mußten wir inzwischen 113 Todesfälle durch die Todesschußpraktiken der Polizei auflisten. Aber die Serie solcher Vorfälle reißt nicht ab, sondern wird mehr und mehr zum alltäglichen Bestandteil der BRD-Wirklichkeit. Für die letzten zwei Monate müssen wir schon wieder sechs solcher „Fälle" ergänzen.
Außerdem gibt es noch eine Reihe von Fällen, in denen die Opfer dem „finalen Todesschuß" nur zufällig entgingen und von Glück reden können, „nur" Bauchschüsse o.ä. abbekommen zu haben.
Über diese Todesschußpraxis hinaus äußert sich die zunehmende Brutalisierung der Polizei in immer häufiger bekanntwerdenden Fällen von Mißhandlungen von Häftlingen und Festgenommenen. Hier eine Übersicht (sicher nur ein Ausschnitt) der letzten Zeit.

Bochum: Innerhalb weniger Tage im Juli hat es drei Polizeischießereien gegeben. Am 2. Juli wurde dabei der Bauunternehmer Gustav Schlichting erschossen; am 24. Juli traf den 17jährigen Bauhilfsarbeiter Rudolf Pollaczek (aus Herne) eine Polizeikugel tödlich; und am gleichen Tag wurde ein 20jähriger Mann von Bochumer Polizisten in Wattenscheid durch mehrere Schüsse schwer verletzt.

Bereits im September 1975 war ein Mann in Bochum von Zivil-Bullen mit 20 Schüssen niedergemäht worden und hatte lebensgefährliche Bauchverletzungen erlitten. Eine Passantin wurde ebenfalls getroffen. Kommentar der Polizei hinterher: „Irrtum"; da aber die Bullen in „Notwehr" gehandelt hätten, wurden die Ermittlungen eingestellt.

Nach diesem Überfall bildete sich in Bochum eine „Initiative gegen Polizeiübergriffe". Durch sie soll auch jetzt soweit Druck ausgeübt werden, daß die Umstände der beiden Polizei-Todesschüsse vom Juli aufgeklärt werden. Sowohl Pollaczek als auch Schlichting waren, als sie erschossen wurden, angetrunken, und zahlreiche Tatzeugen bestreiten in beiden Fällen die Polizeiversion, daß sich die Polizisten in einer „Notwehrsituation" befunden hätten. Die Polizei-Schützen beanspruchten wieder, es habe eine „Notwehrsituation" vorgelegen. Tatsache ist, daß beide Opfer von den Schützen in aller Ruhe und aus unmittelbarer Nähe erschossen wurden.

Der Todesschütze im Fall Pollaczek ist vorläufig vom Dienst suspendiert; gegen den Polizeiobermeister Haarmann, der Schlichting erschoß, ist nichts davon bekannt.

Bekannt ist aber, daß der jahrelange Polizeipräsident von Bochum, Graf von Hardenberg (SPD), zu den heftigsten Befürwortern des „gezielten Todesschusses" gehört und für die Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten eintritt. Seit dem 1.Juli 1977 ist er Leiter des Verfassungsschutz-Amtes von Nordrhein-Westfalen („UZ", 29.7.77).

• • •

Westberlin: Am 27.6.77 wurde in Westberlin der Jordanier Wahdi al-Halawani niedergeschossen, angeblich in „Putativ-Notwehr". Von der Polizei wurde folgender Tathergang geschildert: Der Polizist sei aus dem Wagen gestiegen, auf den Jordanier zugegangen und habe ihn aufgefordert, die Hände hochzunehmen. Daraufhin habe sich al-Halawani „blitzartig" umgedreht und dabei in seine Brusttasche gegriffen. In dem Moment habe der Beamte geschossen. Er habe annehmen müssen, daß der Jordanier, der angeblich mehrere Einbrüche und Vergewaltigungen verübt hatte, (später stellte sich heraus, daß nichts gegen ihn vorlag!) eine Schußwaffe trage. Auch das stellte sich als falsch heraus, freilich zu spät für Wahdi al-Halawani.

Durch eine Flugblattaktion der "Initiative gegen ein einheitliches Polizeigesetz" wurden zwei Augenzeugen gefunden. Sie widersprechen in entscheidenden Punkten der Aussage des Kriminalhauptkommissars, der den tödlichen Schuß abgegeben haben soll. Nach Aussage eines Zeugen, RA Kraetsch, war folgendes passiert: Ca. 40 Meter vor seinen Augen befand sich eine Gruppe von drei Personen. Plötzlich sei ein Schuß gefallen, einer der drei sei zu Boden gestürzt. Die beiden anderen seien dann in Richtung der amerikanischen Siedlung verschwunden. Einige Sekunden später (!) habe neben dem Erschossenen ein Wagen gehalten, aus dem drei Personen, darunter der Hauptkommissar, der laut eigener Aussage geschossen haben will, heraussprangen. Als der Zeuge ihnen unmittelbar darauf seine Aussage als Augenzeuge angeboten habe, sei er sehr bestimmt aufgefordert worden, zu verschwinden. Diese Aussage wird durch den zweiten Zeugen, einen amerikanischen Sergeanten, bestätigt, der zur Tatzeit zwei Männer mit einer Schußwaffe durch die amerikanische Siedlung laufen sah. Nach Auskunft des Anwaltes der Verlobten von al-Halawani sind beide Zeugen von der Polizei jedoch nicht eingehend vernommen worden.

Das Perverse an dem Fall ist, daß erhebliche Zweifel daran bestehen müssen, ob der Bulle, der geschossen haben will, al-Halawani überhaupt erschossen hat und daß das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren dennoch in Rekordzeit wieder eingestellt wurde. Zwei Monate später (am 26.8.) wurde von derStaatsanwaltschaft beim Kammergericht die Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens zurückgewiesen, obwohl die Aussagen der jetzt ermittelten Zeugen nicht widerlegt werden konnten; und obwohl eine Untersuchung der Einschußlöcher in der Kleidung des Erschossenen (mit der sich die Schußentfernung rekonstruieren ließe) nicht, wie vom mit der Obduktion beauftragen Arzt gefordert, durchgeführt wurde („Der Abend" vom 25.8. und „Spandauer Volksblatt" vom 25. und 27.8.77).

• • •

Westberlin: In Westberlin feuerte ein Polizist in der Nacht zum 2.8.77 dreimal auf einen 33jährigen Mann, der *„im Verdacht stand, ein Auto stehlen zu wollen"* (Westberliner „TG", 27.8.77). Angeblich hatte der Mann den Bullen mit einem Trommelrevolver bedroht. Nach zwei „Warnschüssen" zielte der Polizist schließlich auf die „Beine", traf aber glücklicherweise nicht.

• • •

Westberlin: Die Polizei erschoß in Kreuzberg einen Mann, der angeblich mit gezogenem Messer auf eine Funkwagenbesatzung eingestürmt sei. Der Schuß wurde abgegeben, als der 44jährige Mann die Polizisten aus seiner Wohnung schmeißen wollte und dabei mit dem Messer herumfuchtelte („FR" vom 10.8.77).

• • •

Hamburg: Am 25.9. wurde in Hamburg ein türkischer Bankräuber auf der Flucht von einem Polizisten durch einen Lungendurchschuß schwer verletzt. Der Polizist will geschossen haben, weil der Türke Ibeydulla B. in eine Plastiktüte griff. Die vermeintliche Waffe war jedoch nur ein Kleiderbügel! („Morgenpost" vom 26.9.77)

• • •

Wiesbaden: Bei einer Schlägerei in einem Lokal in der Innenstadt zwischen farbigen und weißen Amerikanern griff die Wiesbadener Polizei ein, wobei sie von einem der Gäste mit einer Pistole bedroht worden sein soll. Der Polizist zog daraufhin seine Pistole. Sein Schuß bekam nach Darstellung der Polizei eine *„andere Richtung"* („Abendpost" vom 31.7.77). Ein unbeteiligter Amerikaner erhielt einen Magendurchschuß und dieselbe Patrone verletzte einen nahestehenden Jugoslawen am Oberschenkel. Während die beiden Getroffenen schwerverletzt ins Krankenhaus kamen, verschwand der Pistolenbesitzer („Abendpost", 31.7.77).

• • •

Westberlin: Anfang August wurden wieder in Westberlin von Polizisten des Reviers 108, die schon mehrfach wegen Schlägerüberfällen auf sich aufmerksam gemacht haben, zwei brutale „Einsätze" durchgeführt: Zunächst wurde ein Mann, der sich in seiner Wohnung vor dem Gerichtsvollzieher versteckt hatte, mit einer ganzen Bullenmannschaft „heim"gesucht, wobei auch Spürhunde eingesetzt wurden! Als der Mann „gefunden" war, wurde er zusammengeschlagen, gezwungen, sich auszuziehen und in Knebelketten aufs Revier geschleppt.

Einige Tage danach wurden die Polizisten des gleichen Reviers gerufen, weil sich

Fortsetzung Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

Nachbarn von einem Angetrunkenen, der von seiner Wohnung aus Lärm gemacht hatte, gestört fühlten. Die Polizei erschien, trat – als sich die Frau des Mannes weigerte, die Tür zu öffnen – die Wohnungstür ein (wobei die Frau verletzt wurde) und schoß schließlich, als der Mann hinzukam, aus etwa einem Meter zweimal auf ihn. Zumindest einer der Schüsse wurde abgefeuert, als das Opfer schon am Boden lag oder bereits hinfiel. Der Mann wurde durch Bauchschüsse lebensgefährlich verletzt („RF", 33/77).

* * *

Düsseldorf: Anfang August wurden in Düsseldorf nach und nach sechs Polizisten in Untersuchungshaft genommen, da ihre „Unregelmäßigkeiten im Polizeigewahrsam" nicht länger gedeckt werden konnten. Die sechs „Schutzpolizisten", alle von einer Wache, hatten – nach Erklärung des Polizeipräsidiums – drei Jahre lang auf ihrer Wache Betrunkene und Festgenommene bestohlen.

Darüberhinaus hatten sie Festgenommene häufig bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Trotz vieler Anzeigen wurde gegen die Bullen-Bande nichts unternommen, bis ein letzter Fall sich nicht mehr vertuschen ließ: Die Bullen hatten eine 18jährige Prostituierte, die dem Richter vorgeführt werden sollte, gezwungen, sich auszuziehen und in eine Badewanne zu steigen. Zwei der Polizisten stiegen dann gleich mit ein. Die Reaktion der Polizeiführung war „Erschütterung" über diesen „Einzel- und Ausnahmefall" („Rote Fahne", 33/77).

* * *

München: Bei einer Verkehrskontrolle Anfang August wurde der 20jährige türkische Kfz-Mechaniker S. Krimizi von einem Polizisten durch Kopfschuß getötet. Die Angaben des Polizeipräsidiums sind auch in diesem Fall äußerst widersprüchlich. Diesen Angaben zufolge hätten die Polizisten vermutet, daß der wegen Geschwindigkeitsüberschreitung (!) gestoppte Autofahrer „Böses im Sinn" gehabt hätte, weshalb sie mit gezogenen und entsicherten (!) Pistolen auf den Wagen zugegangen seien. Nach
len auf den Wagen zugegangen seien. Nach
einer Version habe Krimizi *„dem Beamten an die Pistole gegriffen, wobei sich der Schuß löste"* („SZ", 8.8.77). Eine weitere Version lautet: ***„Bei der Überprüfung des Fahrzeuglenkers – er befand sich bereits außerhalb des PKW – löste sich aus der Dienstpistole eines Beamten unbeabsichtigt ein Schuß, der K. in den Kopf traf. An dieser** Schädelverletzung ist er kurz darauf gestorben"* (Polizeibericht nach „SZ", 8.8.77). Die dritte Version, die die Polizei präsentierte, war, *„der Beamte sei gestolpert"* („HAZ", 8.8.). In allen Fällen gilt jedoch, daß die Polizei „normale" Verkehrskontrollen mit entsicherten Waffen durchführt, solche „Unfälle" also jederzeit passieren können.

* * *

Dortmund: Der 26jährige Arbeiter J. Batos wurde am Rosenmontag 1977 von der Polizei in die Arrestzelle des Dortmunder Polizeipräsidiums wegen angeblicher Trunkenheit gesperrt. Die Blutprobe ergab jedoch nichts. Der Gerichtsarzt erklärte daraufhin, der Grieche habe eine Überdosis Schlaftabletten genommen. Nach Aussage eines griechischen Gutachters, der den Toten untersuchte, ist Batos jedoch in der Zelle zusammengeschlagen worden. Er wies mehrere Verletzungen an Kopf und Leib auf. Die Todesursache sei Ersticken gewesen. Gehirnerschütterungen haben zum Erbrechen und zur Störung des Schluckmechanismus geführt. Die Staatsanwaltschaft hat in diesem Fall gegen den Polizeiarzt und einen Polizeibeamten Anklage wegen „fahrlässiger Tötung" erhoben (nach „ED" vom 5.8.77). Das Urteil ist unbekannt. Der Tod Batos' war Anlaß für die Gründung einer „Initiative gegen Polizeiübergriffe" („RF", 33/77).

* * *

Köln: In Köln wurde ein Arbeiter am 15.8. auf dem Heimweg, um 22 Uhr, von zwei Männern verfolgt. Als er in die Nähe eines Hauses flüchtete, in der Aufregung eine Scheibe zerschlug und im Inneren Schutz suchte, folgten ihm die Männer und schlugen ihn brutal zusammen. Er **erlitt eine Kopfverletzung. Als er und die Wohnungsbesitzerin um Hilfe riefen und die Polizei verständigen wollten, rief einer der** Schläger: *„Wir sind von der Polizei!"* Bei den (insgesamt) drei Schläger-Bullen handelte es sich um „Terroristenjäger" der SEK-Sondereinheit, offensichtlich von der Abteilung 2 des Landeskriminalamts. Von der Polizei wurde der Überfall als eine „konspirative Aktion" bezeichnet, wobei aber ein Falscher erwischt worden sei (der Mann wurde trotz blutender Verletzung festgenommen, wenig später aber wieder freigelassen). Nach der Aktion wurde dem Mann erklärt: *„Eine Anzeige hat keinen Zweck, sie bringt Ihnen nur Ärger ein."* Eine offizielle Erklärung, weshalb der Einsatz erfolgte, wurde nicht abgegeben („RF", 34/77).

* * *

Flensburg: Am 4.8.76 starb der 40jährige Bauarbeiter Kurt B. an den Folgen schwerer Schlagverletzungen im Flensburger Polizeigefängnis. Nur weil er in einer Kneipe sein Bier nicht bezahlen wollte, war er von Bullen zusammengeschlagen worden.

Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, Ergebnis unbekannt.

* * *

Paderborn: Nach Meldung der „tat" vom 2.9.77 wurde ein vermutlich angetrunkener 27jähriger Autofahrer, der zu schnell gefahren war, von einer Polizeikontrolle schwer verletzt: Sie hatte ihn gestoppt, indem ein Bulle mit seiner Pistole nicht etwa auf die Reifen, sondern durch die Seitenscheibe schoß.

In Homberg wurden insgesamt neun Ein-

In Homberg wurden insgesamt neun Einsatzwagen aufgeboten, um einen 15jährigen, der sich der Fürsorge„erziehung" entziehen wollte, wieder einzufangen. Mit Maschienenpistolen im Anschlag und in Handschellen wurde er zur Polizeiwache geschleppt.

Zur Feststellung seiner Personalien erschien in **Dortmund** bei einem 31jährigen die Polizei: Mit der Folge, daß sie „einfache körperliche Gewalt" anwandte – wodurch der Mann zahlreiche blutunterlaufene Schwellungen an den Armen, an den Füßen sowie eine offene Wunde und Abschürfungen erlitt. Außerdem wurde er, ohne daß er sich hatte fertig anziehen können, mit einer Knebelkette gefesselt, abgeführt. Begründung: Der Mann weise zahlreiche Vorstrafen auf. Tatsächlich ist er, laut Führungszeugnis, nicht vorbestraft.

* * *

Walsrode/Soltau: Am 26.9. wurde in Walsrode ein 16jähriger von einem Polizisten erschossen. Der Jugendliche war aus einem „offenen" Fürsorgeheim ausgerissen und zusammen mit einem Kameraden bei einem Einbruch erwischt worden. Angeblich soll es nach einem vergeblichen Anruf der Polizisten zu einem Handgemenge gekommen sein. Ob sich der tödliche Schuß *„von selber löste, oder von einem Beamten abgegeben wurde"*, sei noch nicht geklärt. Weitere Einzelheiten wollte die Staatsanwaltschaft nicht mitteilen („FR", 27.9.).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Noch mehr Polizeistaat geplant

Um den Polizeistaat auch am Tage Schritt für Schritt einzuführen, hat die Polizei örtlich und überregional folgende Maßnahmen in die Diskussion gebracht:

1. Die Polizei rät, daß man sich beim Verkauf eines Autos die Personalpapiere und den Führerschein des Käufers vorlegen lassen soll, um im Eventualfall über den Verdacht erhaben zu sein, daß man selber das Auto für einen terroristischen Anschlag benutzt hat. Außerdem soll man darauf bestehen, daß der Käufer rote Nummernschilder benutzt und nicht die alten Nummernschilder mitnimmt (aus: „Braunschweiger Zeitung" – „BZ" vom 6.10.77).
2. Geplant ist, daß die BRD *„eines der modernsten Systeme erhalten (soll), daß die Polizei rund um die Uhr und auch an Sonn- und Feiertagen über alle Kraftfahrzeuge und ihre Besitzer informieren kann"* („BZ" vom 5.10.77). In Sekundenschnelle sollen die erforderlichen Auskünfte auch über hunderte von Kilometern hinweg an den jeweiligen Einsatzort übermittelt werden können. Die Zentrale soll in Flensburg eingerichtet werden.
3. In Braunschweig fordert die „Gewerkschaft" der Polizei 100 neue Stellen für die Polizei, zusätzlich 100 neue Stellen für den Polizeiwirtschaftsverwaltungsdienst und auch eine „Verbesserung" der Ausrüstung. GdP-Vorsitzender Ahlers: Wenn nicht in nächster Zukunft gehandelt werde, könne die Polizei die *„öffentliche Sicherheit nicht mehr garantieren"* („BZ" vom 24.9.77). Der offensichtliche Widerspruch, der darin besteht, daß die Polizei bei dem Kalkar-Bürgerkriegsmanöver sagte, sie hätte die Sache gut in der Hand gehabt und dem Argument der GdP, wird dabei natürlich nicht aufgelöst.
4. Die vier Kontaktbereichsbeamten (KOB), die es in Braunschweig gibt, reichen anscheinend nicht zur Kontrolle der Bevölkerung aus. Das zeigt ein Appell des Kriminaldirektors Mischer, der die Öffentlichkeit dringend auffordert, die Polizei bei ihrer „Arbeit" zu unterstützen, d.h. bei der Bespitzelung mitzuhelfen. Als Beleg für die Wichtigkeit werden die jüngsten Terroranschläge und dann die „normalen Verbrechen" genannt. Er sagt: *„Es gilt, sich einerseits mit Entschiedenheit abzugrenzen gegenüber leichtfertiger oder gar vorsätzlicher Denunziation, andererseits aber dort Vorbehalte und falsche Vorstellungen abzubauen, wo Bürger mit uns sprechen, an uns herantreten sollten"* („BZ" vom 4.10.77).

Wie „entschieden" sich die Polizei von willkürlicher Denunziation abgrenzt zeigen die wenigen bekanntgewordenen Beispiele der letzten Wochen, in denen nicht selten aufgrund von anonymen Hinweisen Züge gestoppt, Wohnblocks umstellt und Wohnungen durchsucht wurden. Noch mehr Hinweise heißt, noch mehr Polizeiwillkür.

KB/Gruppe Braunschweig



Modell Deutschland marschiert

Schon seit längerem machen Teile der dänischen Berufsverbotebewegung darauf aufmerksam, daß sie inzwischen mehr und mehr ihren eigenen Problemen sich zuwenden müßten, da auch in ihrem Land daran herumexperimentiert werde, Berufsverbote - allerdings bisher auf kaltem Wege - durchzusetzen. Am Beispiel zweier junger Lehrer, die ihren „Fall " auf dem Berufsverbotekongress in Aarhus am 1./2.10 vorstellten, wird deutlich, wie berechtigt diese Sorge ist.

Als der Lehrer Palle Mortensen an seiner ursprünglichen Schule versuchte, eine feste Anstellung zu bekommen, wurde ihm der Vorwurf gemacht, politisch aktiv gewesen zu sein und politisches Material für privaten Gebrauch in der Schule gedruckt zu haben. Eine feste Anstellung wurde ihm mit dieser Begründung verweigert. Daß dies die üblichen vorgeschobenen Gründe waren, wird schon daran deutlich, daß seitens der Behörden den an dem Einstellungsverfahren beteiligten Schulen sofort eine Schweigepflicht gegenüber P.M. auferlegt wurde.

Als sich eine der Schulen anständigerweise daran nicht hielt und P.M. informierte, wurde die Schulleitung prompt in das gegen P.M. laufende Verfahren mit hineingezogen.

Ein Aspekt, der die gesamte gesellschaftspolitische Dimension dieser Repressionsmaßnahme verdeutlicht, war auch das Verhalten der Gewerkschaftsführung zu dem Verfahren gegen Palle Mortensen. Der von dem Betroffenen gewählte Anwalt wurde von der Gewerkschaftsführung abgelehnt, weil er auch einen als linksradikal verdächtigten Mexikaner verteidigt habe. Die Gewährung von Rechtsschutz wird an die Bedingung des Verzichts auf diesen Anwalt geknüpft, ein Verfahren, das auch uns sattsam seitens der GEW Führung bekannt ist.

Weiter rät die Gewerkschaftsführung P.M. davon ab, über seinen „Fall" Öffentlichkeit herzustellen und verspricht sich offensichtlich mehr Erfolg von einem Gemauschel mit den Behörden. Schließlich bringt es die Gewerkschaftsführung sogar fertig, ausgerechnet an dem Wochenende dieses Kongresses über Palle Mortensen zu beraten und ihn selbst von dieser Beratung auszuschließen.

Palle Mortensen hat sich klugerweise nicht an den Rat seiner Gewerkschaftsfürsten gehalten und hat seinen „Fall" an die Öffentlichkeit gebracht, immerhin mit dem Erfolg, daß er heute eingestellt ist.

Getrübt ist dieser Erfolg allerdings durch eine Erfahrung, die P.M. machen mußte, nämlich daß die Solidarität seiner Kollegen deutlich sichtbar durchsetzt war von Angst vor drohender Arbeitslosigkeit und politischer Disziplinierung. P.M nannte das Verhalten vieler seiner Kollegen Selbstzensur, also genau das Verhalten, wie es von den Berufsverbietern als Ergebnis ihrer Politik bezweckt wird.

Der andere „Fall" ist Marianne Kjaer. M.K. wurde im Sommer 75 nach einer Ausbildung als Grundschullehrerin unter einer großen Anzahl von Bewerbern für die Technische Schule in Aarhus ausgewählt und eingestellt. Sie wurde in dem Bereich der gewerblichen Grundausbildung eingesetzt (in Dänemark existieren zwei verschiedene Arten der Lehrlingsausbildung: zum einen die „Meisterlehre", die unter der Aufsicht eines Meisters stattfindet zum anderen die sogenannte „EFG-Ausbildung", die unter der Aufsicht einer Technischen Schule stattfindet). Sie unterrichtete die Lehrlinge in Gesellschaftswissenschaft, Dänisch, Gewerbelehre und Kooperationslehre. Die behördliche Grundlage für den Unterricht in diesen Fächern waren vom Bildungsministerium herausgegebene Lehrpläne, deren wichtigstes Prinzip die Allseitigkeit des Unterrichts ist. Da M.K. und ihre Kollegen diese Allseitigkeit sehr ernst nahmen, indem sie neben den Kapitalistenstandpunkt in jedem Falle auch den Standpunkt der Arbeiter setzten (in Gesellschaftslehre etwa), wurde seitens der Schulleitung bald mit einer Diffamierungskampagne gegen ihre „rote Abteilung" begonnen. Diese Kampagne mündete in eine Vorladung zur Schulleitung, wo M.K. aufgefordert wurde, sofort ihre Kündigung einzureichen. Als Grund für dieses Ansinnen wurde ihr recht unverhohlen mitgeteilt, *„daß sie die Anforderungen nicht erfüllen könne, die das Wirtschaftsleben an den Unterricht stellt"*. Falls sie nicht selber ihre Kündigung beantrage, würde man ihr seitens der Schulleitung kündigen. Nachdem auch der Vorstand der Schule (es gibt in Dänemark Schulen mit Selbstverwaltung) diesem Ansinnen zugestimmt hatte, was ein Ausdruck der bereits verfangenen Einschüchterung war, bekam sie ihr Entlassungsschreiben. Diese Einschüchterung schlug sich auch bei ihren Kollegen nieder, mit denen sie z.T. eng zusammengearbeitet hatte: Sie protestierten zwar noch, zogen sich aber insgesamt zurück und hatten Angst um ihren Arbeitsplatz; ein Kollege, mit dem sie am meisten zusammengearbeitet hatte, bekam einen Nervenzusammenbruch und reichte seine Kündigung ein, andere haben ebenfalls von sich aus eine neue Stelle gesucht. Der einzige wirklich ernsthafte und massive Widerstand kam von den Lehrlingen! Nach Einschätzung von M.K. wäre ohne die Proteste der Lehrlinge ihr Fall wahrscheinlich relativ unbekannt geblieben.

Die Gewerkschaftsführung spielte wiederum eine recht traurige Rolle: Sie sandte eine höfliche Anfrage an die Schule, und akzeptierte ohne weiteres die von der Schulleitung gegebene Begründung. Der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft brachte es in einer Gewerkschaftsversammlung mit etwa 50 Gewerkschaftsmitgliedern fertig zu erklären, daß diese Angelegenheit ganz deutlich eine Berufsverbotssache wäre, aber daß man ab und zu einige Einzelpersonen opfern müsse, und daß es sich jetzt zu allererst darum handele, Ruhe um die neue EFG-Ausbildung zu schaffen.

ICH PROTESTIERE! MAN KANN MICH DOCH NICHT FÜR DIE BILDUNG EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG VERANTWORTLICH MACHEN, NUR WEIL ICH LEHRER BIN!

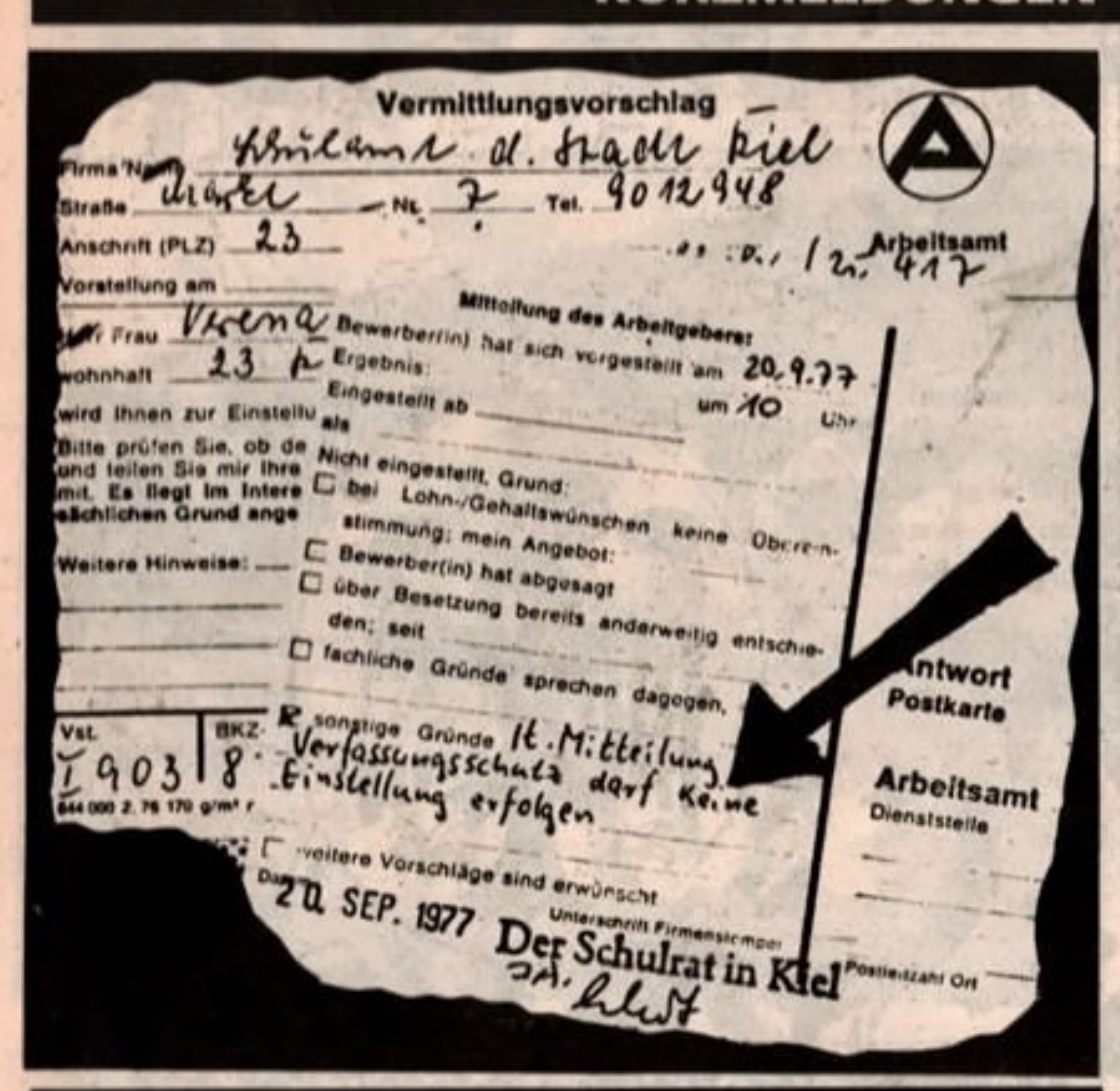
Aber IMMER!

Nachdem sich auch noch andere demokratische Persönlichkeiten für M.K. - z.T. direkt bei Regierungsstellen - eingesetzt hatten und in allen Fällen erfolglos blieben (die Behörden argumentierten scheinheilig, sie könnten sich nicht in die Selbstverwaltung einer Schule einmischen), hofft M.K jetzt darauf, daß der Omnibusmann noch eine Wendung herbeigeführt. Bis heute ist sie jedoch arbeitslos.

Die Parallelen zur Berufsverbotepraxis in Westdeutschland sind nicht zu übersehen, wobei erschreckend ist, wie schnell auch in Dänemark Gewerkschaftsfürsten bereit sind, sich verschärfter Repression und Entdemokratisierung opportunistisch anzupassen und sich zurückzuziehen auf ihre berühmte „Schritt-für-Schritt (in den Sumpf) -Taktik". Doch nicht nur die Berufsverbotepraxis entwickelt sich international (wobei die internationale Reaktion bei den westdeutschen Berufsverbietern in die Schule geht), sondern ebenso die Widerstandsbewegung. Weg mit jeder Form von Radikalenerlassen und Berufsverboten in Westdeutschland und auch anderswo!

Berufsverbote Kommission/
KB-Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN



Vermittlungsvorschlag

Firma/Name: Schulamt d. Stadt Kiel
Straße: ... Nr. 7 Tel. 9012948
Anschrift (PLZ) 23
Vorstellung am

Arbeitsamt

Mitteilung des Arbeitgebers:
Frau Verena — Bewerber(in) hat sich vorgestellt am 20.9.77 um 10 Uhr
wohnhaft 23 ...
Ergebnis:
Eingestellt ab ... als
Nicht eingestellt. Grund:
☐ bei Lohn-/Gehaltswünschen keine Übereinstimmung; mein Angebot:
☐ Bewerber(in) hat abgesagt
☐ über Besetzung bereits anderweitig entschieden; seit
☐ fachliche Gründe sprechen dagegen.
☒ sonstige Gründe lt. Mitteilung Verfassungsschutz darf keine Einstellung erfolgen
☐ weitere Vorschläge sind erwünscht

Vst. I 903 BKZ 8

Datum 20. SEP. 1977 Der Schulrat in Kiel
Unterschrift Firmenstempel

Antwort Postkarte
Arbeitsamt Dienststelle
Postleitzahl Ort

Kiel. Neuer Berufsverbotefall in Schleswig-Holstein:

Von Februar bis Juli war die Lehrerin Verena K. in einer Kieler Schule stundenweise beschäftigt. Nun wurde ihr zu Schulbeginn mitgeteilt, daß die Schule auf eine weitere Beschäftigung *„leider verzichten muß, da eine Überprüfung duch den Verfassungsschutz stattfindet."* Nach einer 1. Anhörung bewarb sie sich erneut um eine Lehrerstelle in Kiel. Jetzt wurde ihr mitgeteilt, daß *„derzeit kein Bedarf"* sei.

Verena K. bewarb sich nun beim Arbeitsamt um eine Lehrerstelle. Hier kam der wahre Grund ihrer Ablehnung zutage. Auf ihrer Karte steht neuerdings: *„Laut Mitteilung Verfassungsschutz darf keine Einstellung erfolgen"* (nach Extra-Dienst, Nr. 79/XI).

Mainz. Der Lehrerin Barbara E. wurde in Mainz lediglich ein Dienstvertrag mit 13 Wochenstunden zugeteilt. Die Einstellung ins Beamtenverhältnis wird ihr verweigert, da bei ihr „mangelnde Verfassungstreue" anzunehmen sei. Begründung: Mitarbeit im Mainzer Komitee zur Verteidigung der Grundrechte.

Zugleich versuchte die Kultusbehörde, sie zu einer Aufgabe ihres politischen Engagements zu erpressen. Weiterbeschäftigung und Übernahme ins Beamtenverhältnis wurdden von einer abschließenden Beurteilung abhängig gemacht. In dem darauffolgenden „Anhörungsgespräch" wurde (rechtswidrig!) kein Rechtsanwalt zugelassen und auch kein Protokoll geführt (nach ED, 79/XI).

Mainz. Noch nicht einmal einen Rechtsbeistand dürften Bewerber für den öffentlichen Dienst bei „Anhörungsgesprächen" hinzuziehen, wenn es nach dem Kultusministerium ginge. Doch in erster Instanz fiel das KuMi auf den Bauch: Nach Urteil des Arbeitsgerichts Ludwigshafen (wie auch des Hamburger Oberverwaltungsgerichts) darf der Bewerber einen Rechtsbeistand mitnehmen. Gespannt sein darf man auf die zweite Instanz, die das Kultusministerium wegen des *„nicht unbedeutenden Gewichts dieser Entscheidung"* anrufen will (nach FR, 7.10.77)

Bayern. Der Freistaat wehrt sich weiterhin, die Assessorin Charlotte Nieß in die Richterlaufbahn zu übernehmen. Obwohl eben noch das Verwaltungsgericht München die Verpflichtung der bayrischen Behörden zur Übernahme von Frau Nieß in das Dienstverhältnis als Richterin ausgesprochen hatte, widersetzt sich die Staatsregierung den sicherlich nicht allzu fortschrittlichen eigenen Richtern: die Assessorin gehöre der „Vereinigung demokratischer Juristen in der Bundesrepublik e.V." (VdJ) an und damit einer verfassungsfeindlichen Organisation.

Städtische Bildungsanstalt für Frauenberufe (!) in **Dortmund-Hacheney:**

„Am 2.Schultag nach den Ferien dem 23.8.77 erhielt L.K. nach der 6. Stunde durch die Schulleiterin einen 14-tägigen Unterrichtsausschluß mit sofort wirksamem Hausverbot ausgesprochen. Begründung: Am ersten Schultag seien in einer Wandzeitung und in einem Flugblatt, für das L.K. presserechtlich verantwortlich gezeichne hat, ‚uninformierte' Schüle über die Versetzung der Studienrätin unterrichtet worden. Er sei daher ein Unruhestifter, der gegen den pädagogischen Auftrag der Schule verstosse".

Dieser Disziplinierungsversuch steht im Zusammenhang mit der Solidaritätsbewegung gegen das drohende Berufsverbot für die Lehrerin Ingrid J. Dieser wird vorgeworfen, sie habe drei öffentliche Veranstaltungen der „KPD" besucht. Die Solidaritätsbewegung gipfelte seinerzeit in einem dreitägigen Schulstreik vor den Osterferien. *„Durch den Streik und die solidarische Unterstützung seitens zahlreicher Organisationen, ehemaliger Schüler und Eltern, durch 2000 gesammelte Unterschriften und vieles mehr wurde die ursprünglich für Ostern geplante Versetzung von Ingrid J. vorerst verhindert. Das war ein wichtiger Erfolg! In den Sommerferien dagegen hat die Regierung in Arnsberg erneut die Versetzung verfügt."* Begründung: Auch nach Rücknahme derVersetzung im April sei es zu Aktionen der Schülerschaft gekommen, die sich mit der Versetzung und dem drohenden Berufsverbot befaßt hätten. An anderen Schulen sei zur Soldarität aufgerufen worden. Dortmunder Schulleiter hätten die Befürchtung geäußert, die Sache drohe zu einem Problem für alle Dortmunder Schulen zu werden. Es soll also die gesamte Solidaritätsbewegung eingeschüchtert werden, indem man sich exemplarisch einen Schüler herausgreift.

Weg mit dem Unterrichtsausschluß und Hausverbot für L.K.!
Sofortige Zurücknahme der Versetzung von Ingrid J.
(nach einem Informationsblatt des Komitees gegen politische Unterdrückung und Berufsverbote. Dortmund.)

Niedersachsen. Gerade nach dem erneuten Vorstoß der CDU zu einem Verbotsantrag gegen die „K-Gruppen" häufen sich die Meldungen über Berufsverbote-Verfahren in der Presse (so NHP/HAZ vom 10.9., 16.9., 17.9., 19.9. und 21.9.). Der Leser soll den Eindruck bekommen, daß es von „Verfassungsfeinden" nur so wimmelt, wodurch die Bereitschaft, ein K-Gruppen Verbot zu unterstützen, verstärkt werden soll. So führt auch die CDU-Regierung in Niedersachsen ihre zunehmend verschärfte Berufsverbote-Praxis mit der Begründung durch: *„Verfassungsfeindliche Aktivitäten von beamteten Lehrern haben in Niedersachsen deutlich zugenommen"* („FAZ", 29.09.77). In den letzten zwei Jahren (76/77) wurden 32 Verfahren gegen Studienräte sowie Grund-, Haupt- und Realschullehrer eingeleitet bzw. abgeschlossen. 1974/75 waren es dagegen „nur" fünf. Betroffen sind KBW-, „KPD/ML"- und DKP-Angehörige. Laut „FAZ" sieht KuMi Remmers diese Angaben als einen *„Beitrag zur Diskussion über das Für und Wider eines Verbots der sogenannten K-Gruppen".* Wie umfassend die politische Einstellungspraxis unter der Hand heute schon gehandhabt wird, ist aus anderen Meldungen zu ersehen. Von 5.042 Bewerbern für den Vorbereitungsdienst wurden 3.849 zurückgewiesen, *„weil es an Planstellen fehlt"* („FR", 23.9.77).

Darunter befinden sich z.B. Susanne Örtzen (Tochter des SPD-Landensvorsitzenden) sowie der jetzige stellvertretende Juso Bundesvorsitzende Wolfgang Jüttner, die trotz Gesamtnote eins nicht eingestellt wurden. Heute gilt es mehr denn je, sich auf die Lehren Niemöllers aus dem Hitler-Faschismus zu besinnen und ein breites Bündnis gegen die zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte und Einführung von Polizeistaatmethoden zu bilden.

Bremen. „Disziplinarmaßnahmen" forderte die Bremer CDU gegen den Prof. G. Stuby zu verhängen. Stuby ist aktiv in der Bewegung „Weg mit den Berufsverboten" tätig und hatte sich in einem Interview mit Radio Moskau gegen die Berufsverbote in der BRD ausgesprochen. Wissenschaftssenator Francke (SPD) bezeichnete Stubys Äußerungen als *„politische Torheit"* und *„Loyalitätsverletzung"* gegenüber der BRD. (Tat, 7.10.77).

Nordrheinwestfalen: Sprecher von Berufsverbote-Initiativen gaben kürzlich bekannt, daß allein in NRW über 250.000 Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft worden seien (Tat, 7.10.77).

Oldenburg: In einem Aufruf zur „Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote " in Oldenburg (12./13.10) wird die augenblickliche Zahl von Berufsverboten mit über 3.000 angegeben. Über 850.000 politische Überprüfungen durch den Verfassungsschutz sind bekannt (Tat, 7.10.)

Rheinland-Pfalz: Gegen den DKP-Ortsvorsitzenden von Boppard/Rhein, Hermann Sch., ist ein Untersuchungsverfahren mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet worden. S. ist seit 12 Jahren im Dienst der Deutschen Bundesbahn und seit 1971 Beamter auf Probe. 1975 kandidierte er für die DKP zum Landtag („Deutsche Volkszeitung", DVZ, 13.10. 77).

Niedersachsen: Unverschämt und zynisch argumentierte der Anwalt des Landes Niedersachsen im Berufsverbote-Prozess Dr. R.H. Der Kunstwissenschaftler H. wurde seinerzeit wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DKP von der Behörde abgewiesen. In einer kürzlich stattgefundenen Verhandlung führte der Anwalt aus, das Gericht könne sein Urteil auf „rein abstrakter Ebene" fällen, eine Kenntnis Dr. H.s sei nicht notwendig. Im übrigen sei die Verfassungsfeindlichkeit der DKP „eindeutig bewiesen". Die Verhandlung wurde vertagt (DVZ, 13.10.77).

Hamburg: Vertagt wurde der Arbeitsgerichtsprozeß der Hamburger Sozialarbeiterin R.L. Ihr wurde die Einstellung wegen angeblicher DKP-Mitgliedschaft verweigert. Das Gericht sah sich *„außerstande, die Beweisanträge kurzfristig zu entscheiden".* Der Rechtsanwalt von Frau L. hatte u.a. auch gefordert, zu klären, *„ob eine Beweisführung aufgrund ungeprüfter Angaben des Verfassungsschutzes überhaupt zulässig sei"* (DVZ, 13.10.77).

Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben!

Komitee „Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben" c/o Prof. Reinhard Bartolles
Hochschule für Technik, Trakt AB, Zi 307
Tel. 0421-5905234
2800 Bremen

Presseerklärung

Am 19. Oktober beginnt in Bremen die Hauptverhandlung in dem seit 1974 laufenden Disziplinarverfahren gegen Prof. Dr. Jens Scheer mit dem Ziel der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und dem Berufsverbot als Professor.

Jens Scheer ist seit 1971 Professor für Atomphysik an der Universität Bremen. Er ist vor allem bekannt geworden durch sein Engagement gegen die Atomenergieprogramme und gilt als Begründer der organisierten wissenschaftlichen Kritik an der Atomenergie in der BRD. Darüber hinaus ist er auch praktisch in der Bewegung gegen Atomenergie tätig. Das gegen ihn betriebene Disziplinarverfahren stützt sich ausschließlich auf seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Besonders werden seine Kandidaturen im Bremer Landtagswahlkampf und im Bundestagswahlkampf hervorgehoben, ferner seine Mitgliedschaft im Nationalen Vietnamkomitee, das die Unterstützung des vietnamesischenVolkes zum Ziel hatte.

Seit dem Dezember 1975 ist Prof. Scheer vom Dienst suspendiert, was mit einer Gehaltskürzung um über 50 % und Lehr- und Forschungsverbot verbunden ist. Dieses Verbot wurde praktisch unwirksam, da Prof. Scheer weiterhin an den gemeinsam mit seinen Kollegen geplanten Veranstaltungen teilnimmt. Der Fall Scheer hat zahllose Proteste aus dem In- und Ausland hervorgerufen, vor allem von Umweltschutzorganisationen, aber auch von Wissenschaftlerverbänden und Einzelpersonen, die um die politische Entwicklung in der BRD besorgt sind. Als Gegenmaßnahme wurde und wird planmäßig die Kriminalisierung betrieben, um Prof. Scheer mit dem Odium des „gewöhnlichen Kriminellen" zu umgeben. Er wird als „Rädelsführer" der Aktionen gegen das Atomkraftwerk Brokdorf verfolgt (Haus- und Landfriedensbruch, Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Sachbeschädigung). Außerdem wurde ein Vorfall aus dem Jahre 1973 wieder ausgegraben, bei dem Prof. Scheer die Teilnahme an einer Kundgebung vorgeworfen wird, in deren Verlauf Angehörige des RCDS (Studentenverband der CDU) aus der Bremer Universität gedrängt worden waren. Dieser Prozeß, in dessen Verlauf ein Richter von der Staatsanwaltschaft (!) wegen Befangenheit abgelehnt wurde, läuft zur Zeit unter einem Richter, der sich selbst bereits als befangen abgelehnt hat. Wegen Verleumdung in diesem Falle hat Prof. Scheer inzwischen Strafanzeige gegen den Bremer Bürgermeister Koschnik gestellt.

Am Montag, den 3.10. 1977 hat sich in Bremen ein Komitee „Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben" konstituiert, das auf Grundlage folgender Resolution arbeitet: „Ich fordere die Einstlellung des Disziplinarverfahrens gegen einen bekanntesten Gegner der Atomkraftwerke, Prof. Dr. Jens Scheer; er muß uneingeschränkt seine Lehrtätigkeit ausüben können. Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben! Ich verurteile den Versuch, mit diesem Wissenschaftler die gesamte Bewegung gegen Atomkraftwerke treffen zu wollen. Ich protestiere auf das Schärfste gegen dieses geplante Berufsverbot".

Diese Resolution ist bereits von vielen Menschen im In- und Ausland unterzeichnet worden. Dem Komitee gehören bislang unter anderem folgende Personen an:
Die Professoren Bartolles, Hochschule für Technik und
Bätjer, Universität, Pastor E. Melchers, Gemeinde Hastedt, Dipl.-Ing. K. Sommer, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen, Studienrat F. Brex, alle Bremen.
Weiterhin wird es bisher unterstützt von den Professoren Ossip K. Flechtheim, Berlin, Robert Jungk, Salzburg, Alfred Sohn-Rethel, Birmingham.
Das Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, durch Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit das geplante Berufsverbot zu verhindern. Hierzu sind als nächste Schritte geplant:

- Protestdemonstration am 22.10.77 vormittags in Bremen Ansgari-Kirchhof 10.00 Uhr
- Podiumsdiskussion zu dem Thema „Freiheit von Forschung und Lehre und die Realität der Berufsverbote", 22.10.1977, 16.00 Uhr, HfT Bremen.

Weitere Informations- und Diskussionsveranstaltungen sind vorgesehen.

Internationaler Kongreß in Aarhus

Am 1./2.10. fand in Aarhus (Dänemark) ein Berufsverbotekongreß statt. Veranstalter war die Aarhuser Gruppe des dänischen „Komitee Weg mit den Berufsverboten in Westdeutschland". Neben etwa 100 dänischen Teilnehmern aus Gewerkschaften, Berufsverbotekomitees, dem dänischen Studentenverband und linken, politischen Organisationen und Parteien waren von westdeutscher Seite vertreten: Arbeitsausschuß der „Initiative Weg mit den Berufsverboten", das schleswig-holsteinische Landeskomitee derselben Initiative, AK/FU Westberlin, Kieler Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung, „vorläufiges Sekretariat" des Russell-Tribunals, Hamburger Vorbereitungsgruppe für das Russell-Tribunal, KB, SB, GIM. Peter Brückner hielt eins der Hauptreferate.

Der Kongreß war durch eine Vielzahl von Referaten zu verschiedenen Aspekten der Berufsverbote so angelegt, daß den Teilnehmern ein ziemlich umfassendes Bild der Berufsverbote vermittelt werden konnte, dagegen aber nicht viel Raum für Erfahrungsaustausch und politische Diskussion gegeben war. Es wurden Referate u.a. zu folgendenThemen gehalten:

Historische und politische Perspektive der Berufsverbote (Peter Brückner), Berufsverbote vom verfassungsrechtlichen Standpunkt (Prof. Peter Germer, Aarhus), die westdeutschen Bürgerinitiativen und ihre Resultate (Aart Pabst vom Arbeitsausschuß), MacCarthyismus in Dänemark (Redakteurin Kate Fleron, Kopenhagen), Meinungsfreiheit und Berufsverbote (Jorgen Knudsen, Mitglied im Aufsichtsrat des dänischen Rundfunks).

Darüberhinaus hatten die anwesenden westdeutschen Organisationen GIM, KB, SB Gelegenheit, sich kurz vorzustellen.

Die Tatsache, daß bei diesem Kongreß praktisch alle Standpunkte von liberalen bis zu revolutionären vertreten waren, wenn auch sicherlich die DKP-nahen Initiativen dominierten, und jeder Standpunkt in der gleichen solidarischen ruhigen Weise von der Mehrheit der Teilnehmer angehört und — so weit zeitlich möglich — auch diskutiert wurde, markiert einen erheblichen Unterschied zum „Stil" der Bewegung hier in der BRD.

Während Aart Pabst als Vertreter der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" für die Verteidigung demokratischer Rechte den „antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes" zitierte und die Verteidigung des Grundgesetzes zum Ziel seiner Initiative erklärte, hatte der Verfassungsrechtler Peter Germer hierzu eine nüchternere Einschätzung. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil erklärte er als Ausdruck einer „Grundhaltung zur politischen Freiheit" seitens der Richter, womit er die Bedeutung verfassungsmäßig »garantierter« Rechte relativierte.

Als Beispiel führte Germer zwei dänische Juraprofessoren an, die „analysiert" hatten, daß das dänische Grundgesetz einer Einführung von Berufsverboten nicht im Wege stehe. Germers Resümee war: „Die Erfahrungen aus der Bundesrepublik und den USA haben gezeigt, daß die Interpretation der verfassungs-rechtlichen Garantien der politischen Freiheit von der Grundhaltung der Juristen abhängt. Es ist wichtig, daß dänische Juristen die richtige Grundhaltung bekommen, sodaß es außer Zweifel steht, daß das Berufsverbot, obwohl die Bestimmung des Grundgesetzes im großen und ganzen ohne reelle Bedeutung ist, verfassungswidrig sein wird, da es die Bestimmungen über die politische Freiheit verletzen würde."

Drückte sich schon in diesen Ausführungen die Besorgnis um eine den westdeutschen Verhältnissen nacheifernde Entwicklung in Dänemark aus (Germers Einstieg: „Berufsverbot ist keine speziell westdeutsche Erfindung"), so wurde auch in den nachfolgenden Beiträgen deutlich, daß Berufsverbote als Repressionsmittel nicht nur für eine Verschärfung der Krise in der Schublade liegen, sondern auch aktuell schon praktiziert werden (siehe Artikel in diesem AK).

Kate Fleron verglich dieses politische Instrumentarium mit dem MacCarthyismus, Jorgen Knudsen sprach schlicht von terroristisch-willkürlichen Machtmitteln. Ähnlich wie der MacCarthyismus seinerzeit von den USA in andere, vor allem westeuropäische Länder exportiert wurde, so geht dieselbe Gefahr heute von der BRD, „unserem dominierenden Partner" (K. Fleron), aus.

Daß in diesem Prozeß selbst in einem Land wie Dänemark, das eine viel höher entwickelte demokratische und antifaschistische Tradition als die BRD hat, kein gesellschaftlicher Bereich von den Auswirkungen verschont bleibt, erhellen die beiden vorgestellten Berufsverbote-Fälle, wo sich die Gewerkschaften nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben.

Gegenüber dieser in Dänemark bereits selbst gemachten Erfahrung war es schon grotesk, daß sich Aart Papst als Sprecher der „Initiative Weg mit den Berufsverboten!" vehement dafür einsetzte, die Berufsverbote und die bundesdeutschen Unvereinbarkeitsbeschlüsse („Modell DGB" . . .) nicht in einem Atemzug zu nennen, und nicht durch das Russell-Tribunal untersuchen zu lassen, wie sie auch nicht Gegenstand der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" seien.

Es ist nur zu hoffen, daß die dänische Widerstandsbewegung sich von dieser Borniertheit nicht anstecken läßt.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei Jahre Knast im Politladen-Prozeß!

Von der Gruppe „Gegendruck Essen" erhielten wir folgenden Bericht:

„**Gaiganz/Erlangen/Nürnberg. 1.10.77**
Gestern am dritten Verhandlungstag ging der Prozeß vor dem Landgericht Nürnberg zuende, indem der Verkauf des Anarchistischen Kochbuchs, Herstellung und Verbreitung des Buches „Kampf der Vernichtungshaft" und angebliche Verteilung des „Drenkmannflugblattes" verurteilt werden sollten. Ergebnis: Freispruch für Udo Polzer, zwei Jahre „ohne" für Gerd Schnepel.

Vorgeschichte

Im November 1974 kaufte CSU-Spitzel stud. med. Zapfe im Politladen Erlangen je ein Exemplar des deutschen und amerikanischen „Anarchist Cookbook". Sofort danach wurde eine Hausdurchsuchung gerichtlich angeordnet, die den Beweis erbringen sollte, das Buch sei in Gaiganz gedruckt worden. Anfang Februar 75 wurde die Durchsuchung dann durchgeführt, unter Beteiligung von LKA Bayern und BKA Bonn. Erlanger und Gaiganzer Niederlassung der Firma wurden von MP-bewaffneten Polizeibeamten umstellt, Polizeihunde waren dabei, zwei Mitarbeiter wurden erkennungsdienstlich behandelt, das gesamte Gaiganzer Anwesen wurde Raum für Raum durchsucht, fotografiert und vermessen. Beschlagnahmt wurden ein Kochbuch in der Gaiganzer Küche, über hundert Bücher „Vernichtungshaft" sowie jede Menge Prospekte, linke Zeitungen, Rote Hilfe-Broschüren und einige anonyme Drenkmannflugblätter im Warenlager des Politladen. Anderthalb Jahre später erfolgte Angklageerhebung wegen Kochbuch, Vernichtungshaftbuch und Drenkmannflugblatt. Am 20.9.77 war Prozeßbeginn vor dem Landgericht, weil die Eröffnung vor dem Amtsgericht „wegen der besonderen Bedeutung des Falles" nicht „geboten war"

Die Verhandlung

Nach der Vernehmung von Polizei- und CSU-Zeugen und einem sich in Widersprüche verwickelnden Druck-Sachverständigen führte Udo aus, daß in einer mehr kollektiv arbeitenden linken Firma die Verantwortlichkeiten nicht dieselben seien wie in einer „normalen" GmbH und daß es mit daher komme, daß er tatsächlich weder den Inhalt des Kochbuchs gekannt habe noch den des anderen Buches. Das Flugblatt „Lernprozeß und Solidarität" war zudem nur im Lager vorhanden, wo jeder Wareneingang liegt, der mit der Post kommt.

Besonders interessiert zeigte sich das Gericht für die Finanzierung so einer Firma – wahrscheinlich haben sie auf die vermögenden linken Gönner oder Moskau, Peking, Khaddafi gelauert? – und die Arbeitsstrukturen. Gerd bestätigte dann Udos Aussagen, wies darauf hin, daß er mit Sicherheit das Kochbuch weder eingekauft noch verkauft habe und auch den Druck nicht initiiert und nichts von ihm gewußt habe, da jede Abteilung der ehemaligen Politladen-GmbH autonom gearbeitet habe.

Zum Inhalt der Vorwürfe: Das „Anarchistische Kochbuch" ist eine Übersetzung aus dem amerikanischen, bezieht sich eindeutig auf amerikanische Zustände und dokumentiert Gedanken, Ideologie und Praxis einer bestimmten Scene. Diesem Zweck könne nicht genügt werden, in dem das, was dokumentiert werden soll, weggelassen wird. Das Gericht hielt dem entgegen, daß in einem angeblichen Politladen-Prospekt mit den Sprüchen „Spaß muß sein! Andreas Hofer" und „Hausmannskost für linke Straftäter" geworben würde.

Die Verteidigung von Gerd stellte dann zu dem Vernichtungshaft-Buch einen umfangreichen Beweisantrag, in dem die Isolationshaft an politischen Gefangenen bewiesen werden sollte und deren wissenschaftlich abgesicherte Bezeichnung als Folter. Dieser Antrag wurde abgelehnt, in dem das Gericht (drei Berufsrichter, zwei Schöffen) die meisten der behaupteten Tatsachen als für wahr annahm. Das Plädoyer von Gerds Verteidiger, RA Berthmann, betonte dann noch die bekannte Funktion linker Buchläden, Druckereien und Verlage. Es dürfe keine Einschränkungen geben, über was diskutiert werde, und für die Diskussion müsse die Informationsfreiheit gewährleistet sein. Das gelte selbstverständlich auch für die Haftbedingungen der RAF und für die Ansichten und Ausführungen der RAF-Gefangenen selbst. Zum Schluß wies der RA darauf hin, mit welchem Tempo die Entwicklung zum Polizeistaat von oben betrieben würde und wie für jede Reaktion auf gesellschaftliche Übel neue Gesetze passend zurechtgebastelt werden.

Mit diesen erfreulichen Ausführungen ging nun der Staatsanwalt gar nicht konform. Er sprach über die bedauerlichen Vorfälle der letzten Monate und Wochen, die ihre Ursache gerade in der Verbreitung solcher Schriften hätten. Er hielt die Tätigkeit auch eines „Nur Verkaufens" für absolut verwerflich und er bemühte sich sogar, die Verteilung des Drenkmannflugblattes zu beweisen: da elf Exemplare gefunden worden seien und doch normalerweise runde Zahlen zum Versand kommen, müßten 9, oder 19 usw., verteilt worden sein ... Schließlich beantragte er anderthalb Jahre ohne für Gerd als Wiederholungstäter, und für Udo anderthalb, weil das Drenkmannding bei ihm dazukomme.

Das Urteil

Im Gegensatz zum Staatsanwalt hielt die Kammer das Vernichtungshaftbuch für das wesentlich schlimmere. Beim Kochbuch bliebe als strafbare Handlung die Anleitung zum Bau eines Mollies und das Fehlen des Impressums, mithin strafbar als Verstoß gegen Waffen- und Pressegesetz; durch den Prospekt sei bewiesen, daß es im persönlichen Streben des Angeklagten gelegen sei, linke Straftäter zu erzeugen. Bei dem zweiten Buch handle es sich nicht um eine Dokumentation, wenn sie auch „im wesentlichen zweifelsfrei feststehende Tatsachen" enthalte. Der Vorsitzende verlas die Passage, in der die RAF Holgers Tod als Mord durch Verhungernlassen und die Haftbedingungen und durch bewußt zu niedrige Zwangsernährungsrationen bezeichnet. Und sagte: „Hier wird nichts dokumentiert, hier wird gehetzt!" Der Staat und seine Institutionen würden in „übler und verächtlichmachender Weise bösartig verunglimpft". So werde die vergiftete Atmosphäre durch die Ultralinken erzeugt in einer Gesellschaft, „in der wir nun einmal alle leben müssen". Das Buch sei „eine üble Hetz- und Schmähschrift, die bei labilen Menschen Schlimmes bewirken könne". Der Titel des Buches sei schon Beleg dafür. Herstellung und Vertrieb seien kein Kavaliersdelikt oder ein Vergehen niederer Kriminalität, sondern (zudem mit Anti-KKW-Abzeichen geschmückten Gerd) „eine Art Umweltverschmutzung, die sehr viel Böseres bewirken kann als das, was man gemeinhin unter diesem Begriff versteht". Mithin ein Jahr für das Kochbuch, anderthalbe für das andere Buch, Gesamtstrafe zwei Jahre. Udo wurde freigesprochen, da ihm der persönliche Tatbeitrag nicht nachgewiesen werden könne.

Der Vorsitzende, Richter Pickhan, machte sodann klar, daß Urteil und Strafzumessung in der Person des Angeklagten begründet liegen. Er sei mehrfach vorbestraft, einmal sogar wegen Aufruhrs, seine führende Rolle im Politladen sei also über die juristische Verantwortlichkeit hinaus bewiesen. „Auf sein Betreiben" sei das Vernichtungshaftbuch entstanden usw.: „unter Anleitung und Billigung", „unter seiner Ägide", „treibender Teil im Kollektiv". Der Richter verwies auf die „tragischen Ereignisse der letzten Wochen", zu denen solche Kriminalität führe. Eine Strafmilderung sei nicht möglich, da der Angeklagte keinerlei Reue gezeigt habe und es auch in seiner Entwicklung zum Straftäter keine entschuldigenden Ereignisse gebe: „Gegen den Angeklagten spricht, daß er seit Jahren in der sogenannten linken Scene tätig ist und zwar in einer Weise, die nicht mehr als normale politische Betätigung verstanden werden kann, sondern immer wieder die Trennmauer zur Strafbarkeit durchbricht". Mit den besten Hoffnungen, daß zwei Jahre vielleicht doch den gewünschten Effekt auf des Angeklagten Wiedereinpassung haben möchten, schloß der Vorsitzende seine beklagenswerten Ausführungen.

Was nun?

Gerd und sein Verteidiger werden Revision beim Bundesgerichtshof als noch verbleibender Instanz beantragen. Falls die dem zustimmen, geht es erneut ans LG Nürnberg, falls nicht, wird das Urteil rechtskräftig.

Das Urteil zeigt, daß die ganze Hetze der letzten Wochen nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die Einschränkung aller möglichen Freiheiten geht mit Riesenschritten weiter, unter der Überschrift „Sumpfaustrocknung" werden auch offen faschistische Forderungen laut, die Kriminalisierung der Linken wird immer abenteuerlicher. Dies Urteil zeigt diese neue Qualität auf. Es wird ganz offen politisch argumentiert, die Tatsachen rücken noch mehr an den Rand, die Gegenargumentation, der Versuch, selbstverständliche Freiheitsrechte gegen den autoritären Polizeistaat behaupten zu wollen, stößt auf massive Schläge der Justiz und Politiker. Jede Woche frische Gesetze und hohe Strafen für Leute, die dem Widerstand leisten.

Angesichts dieses Nürnberger Lern-Prozesses müssen wir praktische Solidaritätsmaßnahmen diskutieren. Dieses Urteil läßt auch für die weiteren Prozesse, die im linken Buchhandel anstehen, Schlimmes erwarten. Wir müssen überlegen, wie wir diesem Nürnberger Spruch entgegentreten können. Für die VLB-Projekte bietet sich die Buchmesse an, außerdem sollten wir diskutieren, ob ähnlich wie im Bommi Baumann-Fall eine gemeinsame Aktion zustande kommt, zumal es hier nicht mehr nur um das Verbot eines Buches geht, sondern um lange Knastzeit und nachhaltige Abschreckung zur weiteren Erzwingung der Selbstzensur. Jeder mit Beziehungen zu ausländischen Gruppen und Zeitungen sollte zudem diesen Fall publik machen und auf diese neue Stufe staatlichen Machtmißbrauchs aufmerksam machen.

Es kommt jetzt darauf an, die Schwüre „Wir lassen uns nicht einmachen! Wir werden weiter herstellen, verbreiten, ausstellen, verkaufen, anbieten, zugänglich machen...!" in die Tat umzusetzen.

Zwei Jahre? Nein danke!

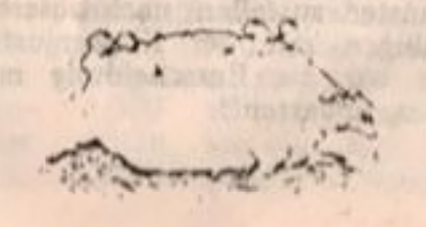
In Nürnberg hat sich das Komitee „Freispruch für Gerd Schnepel" gegründet. Adresse: RA Berthmann, Parsifalstr. 8, 8500 Nürnberg.

Jeder und jede, wo etwas unternimmt, möchte bitte das Komitee davon in Kenntnis setzen. Dort gibt es auch jeweils Informationen über den neuesten Stand des Verfahrens und der Gegenmaßnahmen. Für das Russell-Tribunal wird die Russellinitiative Nürnberg den Fall aufnehmen.

Und natürlich zuguterletzt: das wird alles auch sehr, sehr teuer, angefangen bei den Verfahrenskosten! Schickt daher bitte Geld an das Freispruchkomitee zu Händen RA Berthmann! Telefonische Rückfragen unter Nürnberg 0911-49414. Und bei uns: 0201-791656.
Gegendruck Essen"



„Sie haben das Wort, erklären Sie sich, Sie sind frei."





Polizeipräsident kein Unterdrücker?

Am 3. Oktober stand der ehemalige Presseverantwortliche des KB in Frankfurt wegen „Beleidigung" des Polizeipräsidenten, Müller, vor Gericht. Vorgeworfen wurde ihm die Veröffentlichung zweier Plakate und eines Fotos eines Transparents einer Anti-Repressions-Demo.

Das Transparent zeigte eine Zeichnung des Polizeipräsidenten Müller, auf dem dieser als „Gangster" bezeichnet wurde. Dieses Transparent
zeichnet wurde. Dieses Transparent
wurde unmittelbar nach der Demonstration beschlagnahmt. Die beiden nachgedruckten Plakate, auf denen Müller für die willkürliche Verhaftung von Gerhard Strecker und für die Polizeistaatsaktionen verantwortlich gemacht wurde, waren ebenfalls beschlagnahmt bzw. verboten worden.

Für die Abbildung dieser drei Dokumente hatte der Staatsanwalt zwei Monate ohne Bewährung gefordert.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu insgesamt DM 1.200,- Geldstrafe!

Das Gericht lehnte die Argumentation der Verteidigung ab, daß es sich hierbei um politische Kunst handele. Offenkundig ist, daß heutzutage künstlerische Darstellungen, die eine Opposition gegenüber polizeistaatlichen Maßnahmen in unserem Land beinhalten, immer häufiger als „Verbrechen" eingestuft werden, mit dem Ziel der Illegalisierung der (linken) politischen Kunst.

Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der inkriminierten Plakate wurde vom Gericht gar nicht erst erörtert. Dabei ist unbestreitbar, daß die vom
vom Gericht gar nicht erst erörtert. Dabei ist unbestreitbar, daß die vom
Polizeipräsidenten Müller kommandierten Einsätze oftmals Gegenstand scharfer Kritik in der bürgerlichen Presse selber waren und daß Müller nach den Fahrpreiskämpfen 1974 zugab, daß seine Polizei *„hier und da mal über das Ziel hinausgeschossen"* ist. Es dürfte naturgemäß auch schwierig sein, wollte das Gericht die Tatsache der (beileibe nicht nur von uns behaupteten!) Polizeiwillkür in Frankfurt widerlegen! Für die Verurteilung genügt aber der bürgerlichen Justiz, daß Herr Müller sich „beleidigt" fühlt.

Wetten, daß er sich noch öfters danach „fühlen" wird?!

KB/Gruppe Frankfurt

Pech für die CDU — Raubprozeß geplatzt

Anfang Oktober stand ein linker Bremerhavener Schüler unter Anklage des Raubes vor Gericht.

Ihm wurde vorgeworfen, im Verlauf des Wahlkampfes 76 zusammen mit anderen, einem JU-Mitglied zwei Plastiktüten mit CDU-Wahlkampfbroschüren abgenommen zu haben.

Der Prozeß endete mit Freispruch (auch auf Antrag des Staatsanwaltes).

Von Anfang an roch das Vorgehen der CDU, dem Anzeigeerstatter, nach handfester Provokation, das dann noch von der politischen Polizei, die den Genossen „für hinreichend verdächtigt" erklärte, forciert wurde.

Der JU-Provokateur, B. Kamyzsch, mehrfach schon aufgefallen wegen brauner Pöbeleien gegen AK-Verkäufer, setzte im Verlauf einer CDU-Veranstaltung Bullen auf den Genossen an, angeblich um dessen Personalien feststellen zu lassen, die ihm aber längst bekannt waren. So sagte er noch vor der Personalienaufnahme zu dem Genossen: „... CH. ... tu doch nicht so, Du weißt doch, daß Du mich überfallen hast!"

Ganz so sicher schien sich der Provokateur aber dann doch nicht zu sein. Ein paar Tage nach der Personalienfeststellung rief er bei dem Genossen zu Hause an und fragte nach, ob er es denn gewesen sei.

Als es jetzt zur Verhandlung kam, zog er es vor, gar nicht erst zum Prozeß zu erscheinen und dort seine Anschuldigungen zu bezeugen. Das hätte ihm nämlich voraussehbar ein Meineidsverfahren eingebracht.

Denn eine Reihe von Zeugen konnte bestätigen, daß sich der Genosse zur angeblichen Tatzeit fortschrittlich betätigt hatte, allerdings nicht durch die Sicherstellung reaktionären Propagandamaterials, sondern beim Einüben eines linken Theaterstückes.

Pech für die CDU, Pech für ihren „Zeugen der Anklage".

Nun steht ihnen ein Verfahren ins Haus wegen Verleumdung und falscher Anschuldigung. Denn wir sehen überhaupt nicht ein, daß auf Grund durchsichtig falscher Vorwürfe der CDU unter Beteiligung der politischen Polizei ungestraft Menschen vor Gericht gezerrt werden, die wegen ihrer politischen Betätigung als Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten politisch mißliebig sind.

Derartige Frechheiten sollen Kamyzsch und seinen Auftraggebern noch einige schlaflose Nächte bereiten!

KB/Gruppe Bremerhaven

Auch Roland Otto frei!

Am 7.Oktober wurde erwartungsgemäß auch Roland Otto aus der Strafhaft entlassen. Nach Auskunft seines Rechtsanwaltes ging es ihm gesundheiltich gut und die Entlassung lief ohne irgendwelche Komplikationen ab. Aus dem Gefängnis abgeholt wurde Roland Otto von seinem Freund Karl-Heinz Roth.

Nachrichten aus dem Knast



Knut Folkerts: Haftbedingungen a la „Modell Deutschland"

Der in den Niederlanden inhaftierte Knut Folkerts hat seit seiner Festnahme am 22.September reichliche Erfahrungen damit machen müssen, in welch starkem Maße sich auch in den Niederlanden das „Modell Deutschland" bereits durchgesetzt hat. Er wurde nicht nur hauptsächlich von bundesdeutschen Polizeibeamten verhört, und es wurde ihm nicht nur von eben diesen Beamten angeboten, bei der Suche nach Schleyer gegen Bezahlung und Paß behilflich zu sein. Auch die niederländischen Methoden selbst standen den bundesdeutschen in nichts nach.

- Ein Rechtsbeistand wurde ihm zunächst verweigert (mittlerweile hat der niederländische Rechtsanwalt Bakker Schut sein Mandat übernommen)
- Folkerts mußte die erste Nacht mit gefesselten Füßen aufrecht sitzen, konnte nicht schlafen und wurde auch keinen Moment allein gelassen.
- Folkerts wurde in einer Polizeikaserne untergebracht und nicht in einem gewöhnlichen Gefängnis.
- Die Zelle, in der er untergebracht ist, ist ständig beleuchtet, die hoch angebrachten Fenster können nicht geöffnet werden.

Alle diese Maßnahmen verstoßen gegen niederländisches Recht und erfüllen perfekt alle Bedingungen der Isolationshaft. Wenn das nicht das „Modell Deutschland" ist . . .
(nach „ID 198", Oktober 77)

Prozeß gegen Rolf Pohle verschoben !

Zu den Auswirkungen des neuen Internierungsgesetzes gehört auch die Verzögerung von Prozessen all derer, denen der Kontakt zu ihren Anwälten verweigert wird. Der für den 17.10. angesetzte Prozeß wegen angeblich „räuberischer Erpressung" (Rolf Pohle hatte sich seinerzeit nicht auf die „Dumpingaktion" der Bundesregierung eingelassen, den für Lorenz ausgetauschten Gefangenen 20 000 DM weniger als gefordert mit auf die Reise zu geben.) wurde laut Presseberichten vom 11.10. verschoben.

Das neue Strafverfahren gibt den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, Rolf Pohle auch dann weiter in Haft zu behalten, wenn er seine Strafe im Juni 79 abgesessen haben wird, oder er früher entlassen werden sollte. Letzlich also ein Prozeß mit dem Ziel, Rolf Pohle auch weiterhin in „Sicherungsverwahrung" nehmen zu können.

Pohle selbst hat es abgelehnt, an dem Schauprozeß teilzunehmen, da er – und das sicherlich mit Recht – davon ausgeht, daß ohne oder mit ihm der Ausgang des Prozesses von vornherein feststeht (nach „ID 198", Oktober 77).

Günther Hanisch zur Untersuchung im Irrenhaus

Seit über zwei Wochen befindet sich Günther Hanisch „zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes" im Irrenhaus Eickelborn. Am 2.6.76 hatte Günther Hanisch den damaligen Anstaltsleiter von Butzbach, Künkeler, erschossen, als dieser ihn hindern wollte, mittels einer Geiselnahme Öffentlichkeit für sich zu erzwingen.

Den Tod Künkelers nahm die Justiz zum Anlaß, den Frankfurter Gefangenenrat vollends zu kriminalisieren. Günther Hanisch wurde ein Jahr lang in völliger Isolation gehalten. Der Justiz kommt es bei dieser angeordneten Untersuchung offensichtlich darauf an, nicht nur Günthers Widerstand zu brechen, sondern auch einem anstehenden Prozeß auszuweichen, um so Günther die Möglichkeit zu nehmen, ein Urteil aus dem Jahre 1960 anzugreifen und das Verfahren neu aufzurollen.

Günther verweigert die Zusammenarbeit mit dem Psychiater, er will das Projekt seiner Psychiatrisierung nicht noch durch seine Mitarbeit legitimieren.

Schreibt an Günther:
Günther Hanisch, Paradeplatz 5
3578 Schwalmstadt
(nach „ID 198", Oktober 77)

IKAH Hamburg

Dreiste Behinderung der Knast-Solidaritätsarbeit

Lübeck. Die Lübecker Knastgruppe befaßt sich seit geraumer Zeit besonders mit der Lage der politischen Gefangenen in dem berüchtigten Knast Lauerhof und leistete z.B. zum Hungerstreik der Gefangenen Johlke, Kähler und Schönwiese Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Gruppe organisierte auch Besuche für diese und andere Gefangene und schickte ihnen Zeitschriften und Bücher.

Jetzt ist mittlerweile fünf Leuten der Knastgruppe jeglicher Besuch der JVA Lauerhof durch ihren Anstaltsleiter Greif, bzw. seinem Stellvertreter Schmelzer untersagt worden.

Die Knastgruppe forderte den Anstaltsleiter mehrfach schriftlich auf, die Besuchsvervote schriftlich zu begründen; erst nach mehreren Wochen kam er dieser Forderung nach:

Dabei wurde in haarsträubender Weise mit Unterstellungen gearbeitet! Die Knastgruppe würde „Sicherheit und Ordnung der Anstalt" gefährden; den Gefangenen Johlke in seinem Hungerstreik bestärken und an Inhaftierte Schriftgut übersenden, in dem die Gewalttaten der RAF gebilligt würden ...

Einen besonderen Hammer erlaubte sich die Anstaltsleitung gegenüber einem weiblichen Mitglied der Knastgruppe; als Begründung für das Besuchsverbot wurde ihre angebliche Lebensgemeinschaft mit einem aktiven Knastgruppengenossen genannt, obwohl dies noch nicht einmal stimmte!

Eine geplante Veranstaltung der Knastgruppe mußte vorerst platzen, weil ihnen kurzfristig der vorher zugesicherte Raum im Jugendheim Mengstraße ohne schriftliche Begründung schriftlich abgesagt wurde!! Und das, obwohl die Knastgruppe vorher versichert hatte, daß sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stünde

Neben juristischen Schritten gegen diese massive Behinderung der Solidaritätsarbeit steht unseres Erachtens an, eine breite Öffentlichkeit herzustellen.

KB/Gruppe Lübeck

Erneutes Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold

Am 3. Oktober verhängte der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte eine erneutes Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold.

Zuvor war im Juni 1977 das gegen Groenewold im Juni 1975 verhängte sofortige Berufsverbot aufgehoben worden.
hoben worden.

Die erneute Verhängung eines sofortigen Berufsverbotes geht auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Aufhebung zurück. Die Aufhebung wurde im Juni damit begründet, daß keine „konkrete Gefahr" mehr von Groenewold ausginge, weil er nicht mehr Verteidiger von Gefangenen der RAF sei.

Lilie, der Staatsanwalt, verstieg sich bis zu der Frage: Für oder gegen den Staat? Für oder gegen den Täter?

Gegenüber dieser widerlichen

Gegenüber dieser widerlichen Hetze und diesen haltlosen Verdächtigungen, die in der gegenwärtigen Situation eine schwere politische Verdächtigung von Groenewold bedeuten, wies der Verteidiger von Groenewold darauf hin, daß Groenewold wohl unter gar keinen Umständen für die Entführung von Schleyer oder andere ähnlich Ereignisse verantwortlich gemacht werden kann. Rechtsanwalt v. Bagge wies allgemein auf die gegenwärtige Tendenz hin, demokratische Rechte unter Hinweis auf angebliche Terroristen oder Anwälte als Sympathisanten einzuschränken.



Der Staatsanwaltschaft paßte die Aufhebung des Berufsverbots nicht in ihr politisches Konzept und – ihre – politische Landschaft. Deshalb wurden in der Beschwerdeschrift auch keinerlei konkrete Gründe für die angeblich andauernde „Gefahr" genannt.

In seinem Plädoyer, mit dem der Staatsanwalt seinen Antrag auf die Verhängung des Berufsverbots begründete, führte er unter anderem aus:

Man dürfe bei der Beurteilung von Groenewolds Taten nicht die konkreten Vorwürfe sehen, sondern eine Gesamtschau (?) anstellen. Und diese Gesamtschau ergebe, daß Groenewold sich seinerzeit sehr für die Gefangenen engagiert habe,und wer sich einmal so ins Zeug gelegt habe, der ändere sich so schnell nicht. Insbesondere müßten die Auswirkungen der Tätigkeit von Groenewold gesehen werden: Er habe mit seiner Tätigkeit die Grundlagen für die heutige Situation mit gelegt (!).

Außerdem müsse man auch bedenken, ob die Opfer „terroristischer Gewalttaten" und deren Angehörige dafür Verständnis hätten, wenn man in dieser Sache keine klare Entscheidung treffe.

Unabhängige Justiz?

Dennoch gab der Ehrengerichtshof dem Antrag auf Verhängung des Berufsverbotes statt: Beweismaterial lag nicht vor, der Sachstand war derselbe wie vor zwei Jahren. Inzwischen wurde aber eine Entscheidung des Verfassungsgerichts bekannt, daß Berufsverbote nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen möglich sind. Wenn dennoch das Berufsverbot verhängt wurde, so ist das eine reine „Schleyer-Entscheidung". Das Gericht konnte und wollte offenbar in der gegenwärtigen Lage keine „liberale" Entscheidung treffen.

IKAH Hamburg

Entscheidung im Prozeß der Sozialarbeiter der Jugendanstalt Vierlande am 19. Oktober

Die Beweisaufnahme zur Kündigungsschutzklage der vier Sozialarbeiter am 24.8.77 hat dem Gericht (leider) noch nicht die tatsächliche Unwirksamkeit der Kündigung aufzeigen können. So wird am 19. Oktober ab neun Uhr im Arbeitsgericht in der Max-Brauer-Allee in Hamburg-Altona die Beweisaufnahme fortgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß an diesem Tag auch das Urteil ausgesprochen wird.

Im April 77 hatte es in der Jugendanstalt Vierlande eine zehntätige Essensverweigerung eines Teils der Gefangenen gegeben, nachdem im Eintopf ein undefinierbares Stück Fleisch mit Borsten, ein „Mäusehintern" gefunden wurde. Die immer wieder bemängelte Essenqualität wurde nicht mehr hingenommen. Den Sozialarbeitern war gekündigt worden, weil ihre Haltung zu dieser Essensverweigerung, die sie als eine berechtigte und solidarisch geführte Aktion der Gefangenen akzeptierten, und den darauf folgenden Veröffentlichungen, dem Strafvollzugsamt „fehlende Loyalität" bewies.

Aus der Pressemitteilung der Rechtsanwälte, die die Sozialarbeiter zitieren: „*Unsere Kündigung durch das Strafvollzugsamt reiht sich in die repressiven Maßnahmen, die sich gegen die jugendlichen Gefangenen richten, ein. In der Kündigung wird uns vorgeworfen, daß wir uns nicht aktiv an dem Vorgehen gegen den Protest beteiligt haben. Dieser Forderung, den Protest mit niederzuhalten, durften wir jedoch auch innerhalb unserer arbeitsvertraglichen Stellung nicht nachkommen. Das hätte bedeutet, daß wir selbst sozial erwünschte Verhaltensweisen hätten ablehnen und verurteilen müssen.*

Das von uns erwartete Verhalten war daher die Aufforderung zur eigenhändigen Liquidierung der in Vierlande praktizierten Sozialarbeit. Konsequenterweise schlug man uns schließlich vor, selbst zu kündigen. Unsere Weigerung wurde mit den Kündigungen durch das Strafvollzugsamt beantwortet. Das Vorgehen gegen die jugendlichen Strafgefangenen fand seine fast vollständige Parallele in der Behandlung des Widerspruchs zu den Sozialarbeitern. Die Konflikte sollen nicht praktisch ausgetragen, sondern in beiden Fällen restriktiv gelöst werden.

Erziehungsvollzug, d.h. Sozialarbeit als integraler Bestandteil des Strafvollzugs, bedeutet, mit Konflikten zu leben und zu arbeiten. Das ist die Voraussetzung, unter der alle Mitarbeiter in Vierlande arbeiten sollen.

Für diesen Anspruch haben wir uns eingesetzt und treten für seine Realisierung auch jetzt mit unserer Klage gegen die Kündigung ein. Dabei sind wir uns bewußt, daß wir im Widerspruch zum Strafvollzugsamt stehen. Es ist aber derselbe Widerspruch, der zwischen den Worten und Taten des Strafvollzugsamtes liegt. Immer wenn Sozialarbeiter den vom Strafvollzugsamt abstrakt formulierten Erziehungsgedanken inhaltlich auszufüllen suchten, wurde der Grundkonflikt zwischen Verwahrvollzug und Sozialarbeit offensichtlich."

In der letzten Verhandlung wurde die Anstaltsleiterin, Frau Rühmkorf, als Zeugin vernommen. Bei der Befragung zur Verpflegungssituation in der Anstalt bestätigte sie, daß das Essen schon in früherer Zeit Anlaß zu Beschwerden gegeben habe, allerdings beschränkte sie dies auf die Temperatur des Mittagessens, das bei der Ausgabe wegen der defekten Behälter schon kalt sei. Von der Kritik an der Qualität des Essens wisse sie nichts. An einen Boykott der Beamten gegen ihre, im Verhältnis zum Gefangenenessen bessere Verpflegung, und die Essensverweigerung einiger Gefangener im Jahre 1976 auf der Station BI könne sie sich nicht erinnern. Es sei allerdings richtig, daß sie immer wieder wegen der Gefangenenverpflegung mit dem dafür Verantwortlichen Gespräche geführt hätte. Zum Anlaß der Essensverweigerung sagte Frau Rühmkorf, daß sie nicht verstünde, wieso der „Mäusehintern" „das Faß zum Überlaufen" gebracht hätte.

Zu den Differenzen zwischen der Anstalts- und Behördenleitung einerseits und den Sozialarbeitern andererseits in der Einschätzung der Essensverweigerung meinte sie, daß diese nicht durch solidarisches Verhalten der Gefangenen möglich gewesen sei, sondern durch Unterdrükkung, die einige wenige Gefangene auf ihre Mitgefangenen ausgeübt hätten. Sie räumte jedoch ein, daß bei den Gefangenen das Gefühl, daß sie etwas gemeinsam unternahmen, vorhanden gewesen sei. Ist hier die Zwischenfrage nach den Inhalten von Erziehungsvollzug erlaubt? Von den Sozialarbeitern wurde erwartet, daß sie aufgrund des angeblichen Gruppendrucks gegen die Essensverweigerung vorgehen sollten. Hierin ist eingeschlossen, daß den Gefangenen solidarisches Verhalten nicht zugetraut wird. Solche Widersprüche in den Aussagen bzw. Erinnerungslücken an wichtigen Punkten der Auseinandersetzungen wiederholten sich im Laufe der Beweisaufnahme, sodaß die Vorwürfe gegen die Sozialarbeiter von Frau Rühmkorf selbst entkräftet wurden. Ein anderer wesentlicher Teil der Vernehmung der Zeugin war die von ihr vorgeschlagene psychatrische Untersuchung eines Gefangenen, der vor und während der Essensverweigerung Aktivitäten gezeigt hatte, die untypisch für Gefangene zu sein scheinen, und die gewöhnlich als „Querulanten" qualifiziert werden: Er machte seine Kritik am Strafvollzug deutlich, indem er Resolutionen und Schriftstücke verfaßte, die dies inhaltlich begründeten. Mit diesem Verhalten kann in der Institution Knast nicht umgegangen werden. Eine Gefährdung von Sicherheit und Ordnung scheint gegeben. Seine Begutachtung fiel auffälligerweise in die Zeit nach der Essensverweigerung, und Frau Rühmkorf konnte auch den „Geruch" dieses Zusammenhanges nicht ganz loswerden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nach juristischen Gesichtspunkten die Beweisaufnahme positiv für die Sozialarbeiter verlaufen ist, das Urteil müßte also zu ihren Gunsten ausfallen; nach unseren Erfahrungen mit der Klassenjustiz können wir die Entscheidung mit Spannung erwarten!!

Ein Genosse aus Eimsbüttel

Neonazistische „Ausnahmen" häufen sich

Kasernenwache grüßt mit „Heil Hitler"!



Während noch allen die Erklärung Lebers, die „symbolische Judenverbrennung" unter dem Gegröle des „Horst-Wessel-Lieds" durch Bw-Offiziere in München (siehe AK 114, „Antisemitische Orgie") sei eine „*Ausnahme*" und nicht „*symptomatisch*" für die Bw, in den Ohren klingt, jagt ein nazistischer Spuk den anderen.

„Heil Hitler" am Kasernentor!

Am 10.10.77 grüßen sich Wachsoldaten am Tor der „General Wewer-Kaserne" in Reine mit „*Heil Hitler*" und reißen dabei zackig den rechten Arm zum „deutschen Gruß" empor („Frankfurter Rundschau" – „FR", 13.10.77).

Die Führung der Luftwaffe bestätigte durch General Limberg diese Vorfälle. Man wolle „*scharf*" und „*ohne Nachsicht eingreifen, ein Verfahren sei eingeleitet*", so Limberg (der übrigens wesentlich am Zustandekommen eines Traditionstreffens mit dem Nazi-Oberst Rudel beteiligt war).

Einen Vorgeschmack auf das Ergebnis einer solchen Untersuchung lieferte der Kommandeur des betroffenen Geschwaders Oberst K. Rimmek. Die „Tat" habe „*keinen politischen Hintergrund*", es handle sich um „*schlichte Gemüter*", die einen „*Dumme-Jungen-Streich*" verübt hätten („FR", 13.10.77).

Peinlich, daß Leber wenige Tage zuvor (bezogen auf die Münchner

zuvor (bezogen auf die Münchner

Vorfälle) die „Ansicht", es handle sich um einen „Dumme-Jungen-Streich", mit „*scharfen Worten*" zurückgewiesen hatte („FR", 7.10. 1977).

Weitere „Ausnahmen"

Am 7.10.77 ergab eine parlamentarische Anfrage im Bundestag, ob es an der Hamburger Bw-Schule ähnliche „Vorkommnisse" wie in München gäbe, einige bemerkenswerte Enthüllungen:

– Angeblich „betrunkene" Offiziere sangen 1975 Nazi-Lieder. Sie wurden unverzüglich zur Rechenschaft gezogen.

– Ein Offizier wurde in diesem Jahr fristlos entlassen, weil er antisemitische Plakate und Aufkleber verteilt hatte.

– Wegen „Volksverhetzung" wurde ebenfalls in diesem Jahr ein Oberfeldwebel fristlos entlassen und zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt (diese Angaben nach „Morgenpost", 8.10.77).

– Vergessen wurde z. B. ein Leutnant Durner, der Anfang 1977 sein Studium in Hamburg beendete und in seiner neuen Kaserne sofort mit Nazi-Reden und „deutschem Gruß" auffiel (siehe AK 114).

– „die tat" vom 7.10.77 berichtet im Zusammenhang mit den Münchner Vorfällen, daß Offiziers-Studenten während einer Reise durch Österreich in der Wiener Juden-Gasse schrien: „*Juden raustreten zum Erschießen*"!

Die „Ausnahme", die Leber beschwor, bestätigt sich wieder einmal als Regel!

Bw-Schulen – faschistische Kaderschmieden?

Nicht zufällig treten offenbar diese Vorfälle besonders in Kreisen der Offiziersstudenten auf. Die „symbolischen Judenverbrenner" haben dort

lischen Judenverbrenner" haben dort

einen Ziehvater: Dr. Ernst Nittner – unter Hitler trat er 1938 „im Zuge der Begeisterung ... nach der Kristallnacht" (der Massenverschleppung von Juden) in die SS ein („die tat" vom 14.10.77).

1971 war Nittner bereits an der Wehrakademie Hilden als Leiter des zivilen Lehrstabes tätig. Jetzt unterrichtet er in der Münchner Schule im Rahmen eines Lehrauftrages ‚Offiziere' – nicht ohne Erfolg (siehe oben).

Im AK 114 berichteten wir u. a. über die Neubesetzung des Präsidentenamtes der Hamburger Bw-Schule mit dem braunen Professor Sanmann (Führungskader im „Bund Freiheit der Wissenschaft"). Sanmann unterrichtet bereits seit 1973 im Rahmen eines Lehrauftrages an dieser Schule. Der „Vorwärts" (8.9.77) berichtet, daß die Berufung Sanmanns an diese Schule eine „Sogwirkung" für „konservative Kräfte", auch an diese Schule zu gehen, auslöste.

Zu diesen „konservativen Kräften" gehörte auch ein Dr. med. Schlegel, der bis 1945 am „Institut für Erbbiologie und Rassenpflege" in Frankfurt (Main) „arbeitete". 1973/1974 erhielt Schlegel an der Bw-Schule einen Lehrauftrag für „*Erziehungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der biologischen Anthropologie*" und hielt Vorlesungen über die „*Verhaltensbiologie des Menschen*".

Schlegel, dem 1972 (wegen Rassismus?) der Lehrauftrag von der (zivilen) Hamburger Universität entzogen wurde, blieb bis Anfang 1975 an der Offiziersschule („UZ", 1.1.75).

Ebenfalls „die tat" berichtet über einen Professor Schubert, der an der Bw-Fachschule Gießen „lehrt". Schubert nahm 1975 an einer „Feier" der Gießener HIAG (ehemalige Waffen-SS) zum „30. Jahrestag der Kapitulation" zusammen mit hohen Offizieren teil!

Wen wundert's bei solchen Lehrmeistern, daß (Offiziers-)Schüler mal

ren teil!

Wen wundert's bei solchen Lehrmeistern, daß (Offiziers-)Schüler mal

mit „Heil Hitler" grüßen, Nazi-Lieder grölen oder auch mal „Juden verbrennen" (symbolisch) ...?

Bonn wußte von „unerfreulichen Vorgängen" in München!

Inzwischen scheint so gut wie sicher zu sein, daß die Münchner Nazi-Offiziere entlassen werden. Die reaktionären Kräfte, die sich seinerzeit für Rudel-Feiern stark gemacht haben, wissen nur zu gut, daß mit derartigen antisemitischen Schweinereien keine Sympathien zu gewinnen sind. Zudem eine günstige Gelegenheit, sich einmal nach „rechts abzugrenzen" und dem momentan ohnehin kritischen Ausland zu „beweisen", was für „aufrechte Demokraten" hier am Werk sind. So gesehen ist die Aussage eines der übelsten Scharfmacher der Union, nämlich Carstens („Anfängen dieser Art müsse unverzüglich und unnachsichtig entgegengetreten werden", laut „FR" vom 11.10.77), nichts als pure Demagogie.

Immer unwahrscheinlicher wird eine „Ahndung" des Verhaltens der Führung an der Bw-Schule in München. Diese hatte die Vorfälle mit der lächerlichen Begründung, man wolle die Nazis erziehen und nicht bestrafen, geheimgehalten und damit gedeckt.

Das Bundesministerium für „Verteidigung", welches offiziell erst durch die Presse vom Münchner Skandal erfuhr, spricht in diesem Zusammenhang von „*Rechtsunsicherheit*" („FR", 8.10.77).

Der eigentliche Hintergrund dieser „Unsicherheit" scheint wieder einmal, wie auch im „Fall Rudel", darin zu liegen, daß diese Herren in der Bw-Führung selbst zu sehr im Skandal drinhängen, als daß sie Licht in das Dunkel neonazistischer Verschwörungen bringen könnten. So berichtet der „Spiegel" (41/77), daß „ ... *schon im März einige Hardthöhen-Generale von ‚unerfreulichen Vorgängen' (ein Oberst des Führungsstabes) gehört (hätten). Da aber keine offizielle Meldung vorlag, fühlte sich auch keiner verantwortlich*".

Es ist nur noch nackter Hohn, wenn Leber erklärt: „*Wenn ein solcher Vorgang schon verborgen gehalten wird, dann bin ich eigentlich dankbar dafür, daß es eine freie Presse gibt, die den Finger auf eine solche Wunde legt*" („FR", 7.10.77).

Leber lügt

„*Die Bw ist auf der Hut, sich vor extremen Einflüssen zu bewahren*";

Leber lügt

„Die Bw ist auf der Hut, sich vor extremen Einflüssen zu bewahren";

„*Die Vorfälle in München sind Einzelerscheinungen, die absolut untypisch für die Bw sind*"; „*Ausnahme*"; „*Zufälle*"; usw. usf.

Besonders pervers wird es, wenn Leber „Beweise" vorlegt. So gegenüber der „FR" (7.10.77): „*Ich bin sicher, daß der Anteil extremer Gesinnungen in der Bw weit unter dem liegt, was in den Wahlen in der BRD ausgewiesen wird*".

In bezug auf die linken Stimmen teilen wir Lebers „Einschätzung". Die Frage ist, was Leber als „rechtsextrem" einschätzt bzw. ob es sowas in seinem Weltbild überhaupt gibt? Aufschlußreich ist ein Antwortschreiben an den Juso-Vorsitzenden von Neuwied, der sich bei ihm über die intensive Konspiration zwischen der Bundeswehr und der HIAG (ehemalige Waffen-SS) beschwerte. Da heißt es u. a.: „*Der Bundesminister der Verteidigung ist über die Aktivitäten der HIAG der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS ... ausreichend informiert und sieht diese Hilfsgemeinschaft dementsprechend differenziert. Es wäre falsch, alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur HIAG schon zu verurteilen*".

Wohlgemerkt: Die SS-HIAG ist nach geltendem internationalen Recht, das formal natürlich auch in der BRD gültig ist, eine kriminelle Vereinigung!

Zurück zur Behauptung, der Anteil extremistischer Gesinnungen im Offizierskorps der Bw liege unter dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Der „Stern" (23.1.69) berichtet unter dem Titel „Braun unter dem Rock" über die Ergebnisse einer vom BMVg 1967 bestellten und dann wegen „methodischer Mängel" geheimgehaltenen Untersuchung über das „Wahlverhalten an Bw-Standorten". „*In jedem vierten grauen oder blauen Waffenrock der Bw (steckt) ein Soldat mit braunen Neigungen ...*" und „ ... *der Anteil von NPD-Mitgliedern in der Bw (war) damals drei- bis viermal so hoch ... wie in der übrigen Bevölkerung*"!

Von diesen unzweideutigen Untersuchungsergebnissen (die eine klare Rechtslastigkeit der Bundeswehr, speziell ihrer Führung nachweisen) unberührt, phantasieren Leber & Co. weiterhin von einer „im Kern gesunden" demokratischen Bundeswehr.

Leber selbst empfiehlt sich als „Extremisten"jäger in der Bundes-

den" demokratischen Bundeswehr.

Leber selbst empfiehlt sich als „Extremisten"jäger in der Bundes-

> **Nazistische Flugblätter in Kaserne verteilt**
>
> dpa, Nürnberg
>
> Etwa 100 neonazistische Flugblätter vom „Kampfbund Deutscher Soldaten" sind von unbekannten Tätern in der Nürnberger Bundeswehrkaserne verteilt worden. Die Flugblätter, die am Montag und Dienstag im Kasernengebäude gefunden und sichergestellt wurden, verbreiten die Behauptung, in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches habe es keine Judenvergasungen gegeben. Die Bundeswehr hat eine Untersuchung eingeleitet.
>
> **aus: „Welt", 15.10.77**

wehr ausgerechnet mit dem Hinweis darauf, daß er „*schon als Gewerkschaftsführer 1956 an einem Morgen 1.100 Funktionäre (KPDler) aus der Gewerkschaft* (!) *hinausgeworfen (habe)*" („FR", 7.10.77)!

An dieser Qualifikation Lebers – als Kommunistenjäger – kann also kein Zweifel bestehen. Nur, das Wesen der Sache besteht darin, daß der heutige oberste Dienstherr der Bundeswehr damit freimütig bekennt, schon immer den entschiedenen Antifaschismus bekämpft zu haben (und nicht wenige von den Genossen der alten KPD haben in Hitlers KZs gesessen und gekämpft!) und daß die Bundeswehrführung auch heute den Antifaschismus/Antimilitarismus zu zerschlagen gedenkt!

Antimilitarismus-Kommission

KURZMELDUNGEN

Rüstungs-Betriebsräte planen neue Provokation

Die 16 Betriebsräte „wehrtechnischer Unternehmen", die sich seit einiger Zeit „im Interesse der Arbeitsplätze" für die Aufhebung der Beschränkungen im Waffenexport stark machen und im April des Jahres einen „Arbeitskreis Arbeitnehmer Wehrtechnischer Unternehmen" gründeten, kündigten neue Provokationen an.

Für diesen Monat (Oktober) ist eine „große" Diskussionsveranstaltung in Bonn mit Regierungs- und Parteienvertretern „*aller* (!) *Richtungen*" in Vorbereitung.

Die Position der Betriebsräte ist eindeutig: „*Nicht so zimperlich*" solle die Regierung beim Waffenexport sein. „*Der Begriff des Spannungsgebietes kann in der bisherigen engstirnigen politischen Auslegung nicht mehr länger bestehen bleiben*", so Buckley, der Wortführer dieser Herren.

Der kürzlich abgehaltene Gewerkschaftstag der IG Metall, der diese Betriebsräte angehören, hielt es natürlich nicht für nötig, diese Vögel einmal zu rupfen. In den verschiedenen Anträgen zur Rüstung/Rüstungsexport kam zwar eine seichte Kritik an den Positionen der Rüstungs-Betriebsräte durch und die weitestgehenden Anträge forderten „Rüstungsstop" oder sogar „Abrüstung".

Auch die von den Gewerkschaftsführern erhobene Forderung nach „*staatlichen Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils der zivilen Produktion*" und „*die schrittweise Umstellung von militärischer auf zivile Produktion*" sind erfahrungsgemäß nichts weiter als Leerformeln. (Nach „AMI", 8-9/77).

***

KDV-Zahlen steigen!

Seitdem das Prüfungsverfahren für ungediente Wehrpflichtige entfällt, steigen die Zahlen der KDVler sprunghaft. In den ersten beiden Monaten nach der Verabschiedung der „Wehrpflichtnovelle" haben sich im August fast 8.000 und im September fast 7.000 Jugendliche für den Zivildienst entschieden. Davon entfallen 2.758 Anträge auf bereits zum Bund Einberufene, die nach wie vor auf das für ihre Anerkennung notwendige Prüfungsverfahren warten.

Im Vergleich dazu: Die durchschnittlichen monatlichen Zahlen vor dem 1. August, als noch bei allen das diskriminierende Prüfungsverfahren notwendig war, lagen zwischen 2.000 und 2.500!

Es verweigern also ca. viermal so viele wie vorher!

Iven, Chef des Zivildienstamtes, hatte sofort nach der Verabschiedung der Novelle verkündet, er wolle die neuen KDVler innerhalb von sechs Wochen einziehen. Der geplante Abschreckungseffekt blieb offenbar aus. Und seine Drohung konnte Iven bisher auch nicht wahrmachen. Von den ca. 15.000 August/September-Verweigerern sind bisher nur knapp 3.000 einberufen worden. Von denen, die vor dem 1. August als KDVler anerkannt wurden, sollen zunächst „nur" die Arbeitslosen eingezogen werden (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.10.77).

***

Forderung nach Ende der WEU-Rüstungsproduktionsbeschränkungen

Die sofortige Abschaffung der der BRD nach wie vor auferlegten Rüstungsbeschränkungen aus den Verträgen der Westeuropäischen Union (WEU) von 1954 fordert ein G. Schäfer in der Rüstungslobby-Zeitschrift „Wehrtechnik" (9/77).

Es geht bzw. ging dabei um z.T. sehr weit gehende Rüstungsproduktionsbeschränkungen, die allerdings seit Bestehen des Abkommens bereits in vielen Punkten aufgeweicht wurden. So z.B. beim Bau von U-Booten, wo die ehemalige Obergrenze von 400 Tonnen auf inzwischen 1.800 angehoben wurde. Außerdem besteht die häufiger benutzte Möglichkeit, eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen, der aber vier der sechs WEU-Partner zustimmen müssen.

Der „Wehrtechnik" ist zu entnehmen, das bereits 1976 vom Wirtschafts- und vom Verteidigungsministerium eine Aufforderung an das Außenamt gegangen sei, die Aufhebung der Verträge in die Wege zu leiten!

Hintergrund dieser Bemühungen sind u.a. die momentan versperrten Rüstungsexportchancen. Der Iran hat den Wunsch, sich in der BRD ein 6.000 Tonnen großes Schulschiff nach dem Vorbild der „Deutschland" bauen zu lassen. Nach den WEU-Bestimmungen ist jedoch nur der Bau eines 3.000 Tonnen großen Schiffes möglich. Aber auch die BRD selbst hat natürlich Wünsche, die durch die WEU-Verträge „blockiert" werden. So benötigt die Marine zwei neue 10.000 Tonnen große Betriebsstofftanker, darf jedoch militärische Hilfsschiffe nur bis zur Größe von 6.000 Tonnen bauen (nach „antimilitarismusinformation", 8-9/77).

Antimilitarismus-Kommission



Niederlande

Folkerts in holländischer Haft
Massive Eingriffe des BRD-Regimes

Am 22.9. erschoß der von niederländischer und westdeutscher Justiz der RAF zugerechnete Knut Folkerts in Utrecht einen Polizeibeamten, der ihn verhaften wollte. Seine Begleiterin konnte flüchten, Folkerts selbst wurde überwältigt.
Die öffentlichen Äußerungen eines größeren Teils der niederländischen Parlamentarier und der Polizeiführung waren ebenso wie die Berichterstattung der liberalen und demokratischen Presse, verglichen mit westdeutschen Reaktionen bei derlei Anlässen, fast besonnen zu nennen. Andererseits zeigten die Ereignisse um den „Fall Folkerts" herum jedoch auch, wie weitgehend die erst noch zur Verabschiedung im Europarat anstehende „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus" vom westdeutschen Staatsapparat, unter gänzlicher Mißachtung der staatlichen Souveränität anderer Länder, bereits als „geltendes Recht" angesehen wird.
Diese – natürlich! – von der BRD in den Europarat eingebrachte „Konvention" läuft darauf hinaus, daß das Recht auf politisches Asyl in Europa verschwindet. Der Unterschied zwischen „normalen" und „politischen" Straftatbeständen wird fast völlig ausgemerzt, die Auslieferung zwischen den einzelnen Staaten entschieden vereinfacht. Darüberhinaus verpflichten sich die Mitgliedsstaaten zu weitestgehender Zusammenarbeit, die auch dann nicht verweigert werden kann, wenn es um „ein politisches Delikt, ein Delikt verbunden mit einem politischen Delikt oder ein Delikt, inspiriert durch politische Motive geht" (zitiert nach „Vrij Nederland", 1.10.77).


Niederländische „Anti-Terror"-Bullen ... eifrige Schüler ihrer westdeutschen Kollegen

Ministerpräsident Den Uyl, nachdem er sich (nach eigenem Bekunden) ausführlich mit seinem Amtsbruder Helmut Schmidt beraten und sie einander *„solidarischen Beistand"* zugesichert hatten, erklärte die Erschiessung des Polizisten in Utrecht zu einer *„außergewöhnlich ernsten Sache"*. Um Folkerts entkommene Begleiterin zu ergreifen, müsse *„das Äußerste"* getan werden, ebenso wie zur Verhinderung weiterer *„terroristischer Aktivitäten in den Niederlanden"*.

Die Verhinderung der (staats-)terroristischen Aktivitäten der Bullen des westdeutschen Bundeskriminalamtes (BKA) und den damit einhergehenden permanenten Bruch niederländischen Rechtes und niederländischer Souveränität scheint Joop den Uyl bei seiner spezialdemokratischen Sicht der Dinge übersehen zu haben.

Folkerts wurde nach seiner Verhaftung nicht etwa in ein reguläres Untersuchungsgefängnis gebracht, sondern wird vielmehr seit nun über zwei Wochen in einer Zelle in einem stillgelegten Flügel einer Utrechter Militärkaserne gefangengehalten.

In den ersten Tagen wurde ihm nur sein Unterzeug gelassen, er wurde, auch nachts, mit Fußfesseln gehalten, das Zellenlicht brannte Tag und Nacht, vor seiner Zelle halten sich auch jetzt noch mit MPs bewaffnete Militärpolizisten auf. Während der ersten zwei Tage wurde Folkerts gemeinsam von niederländischen Staatsschützern und Bullen des westdeutschen BKA, häufig auch nur alleine durch die letzteren verhört. Folkerts wurde, ohne daß der von ihm geforderte und rechtlich erforderliche Rechtsbeistand bestellt wurde, von den BKA-Bullen teils beschimpft, ihm der Tod durch Aufhängen gewünscht, dann wurden ihm wieder eine Million Mark, ein Paß und eine neue Identität zugesagt, wenn er über den Verbleib von Schleyer Auskunft geben würde. Der Rechtsanwalt Pieter Bakker Schut , der später aufgrund eigener Bemühung die Vertretung Folkerts wahrnehmen konnte, erklärte gegenüber der Presse: *„Die aktive Mitwirkung von niederländischer Polizei, BVD* (niederländische Variante des Verfassungsschutzes – Anm. AK) *und Justiz an dieser unrechtmäßigen Behandlung kann nur aus der völligen Unterwerfung der eigenen Rechtsmacht unter die politischen Belange der Bundesrepublik Deutschland als militärisch, wirtschaftlich und politisch mächtigstem Staat in Westeuropa und wichtigstem Statthalter der USA erklärt werden"* (zitiert nach „Vrij Nederland", 1.10.77).

Für das Verhör Folkerts durch BKA-Bullen wurde nicht die erforderliche richterliche Genehmigung eingeholt, ein Sprecher des niederländischen Justizministeriums wollte von nichts gewußt haben, fand aber an dem Vorgang auch nichts Besonderes, die Hinzuziehung westdeutscher Polizei sei *„im Zusammenhang der sogenannten kleinen internationalen Rechtshilfe"* durchaus zulässig.

Der Anwalt Bakker Schut selbst geriet nach der Übernahme der Vertretung Folkerts voll in die Schußlinie der westdeutschen, aber auch der niederländischen Reaktion. Bakker Schut verwies darauf, daß, nach bewährtem Muster, nun mit ihm unternommen werden solle, was in der BRD schon seit Jahren mit Dutzenden von Anwälten, die Linke verteidigen, geschieht: *„Jetzt wird danach getrachtet, diese Methoden ins Ausland zu exportieren"*. – Wie sich herausstellte, war der Versuch, Bakker Schut zum „Sympathisanten", wenn nicht sowieso „Terroristen" zu stempeln, direkt vom BKA aus gestartet worden. Ein Sprecher des BKA, Fuchs, bestätigte, daß das BKA einen Pressebericht herausgegeben habe, *„daß Bakker Schut seit Jahr und Tag konspirative Kontakte mit deutschen Terroristen unterhält. Wir haben auch gesagt, daß er ein und dieselbe Rolle spielt wie ... Claus Croissant"* – eine Behauptung, die Fuchs ausdrücklich nicht belegen wollte, ungeachtetdessen aber begierig von westdeutscher Regimepresse aufgegriffen und von der niederländischen Rechtspresse nachgebetet wurde!

Am 5.10. wurde Folkerts in der Utrechter Kaserne 25 herangekarrten westdeutschen Zeugen vorgeführt, die zu seiner Beteiligung an der Schleyer-Entführung aussagen sollten. Einer der Zeugen erklärte, nur aufgrund der Drohung der westdeutschen Polizei, widrigenfalls inhaftiert zu werden, nach Utrecht zur Zeugenaussage gekommen zu sein. Der bei der Gegenüberstellung anwesende westdeutsche Staatsanwalt wollte den niederländischen Untersuchungsrichter über diesen Tatbestand hinwegtäuschen. Der lehnte jedoch eine weitere Befragung dieses Zeugen ab, da nach dem europäischen Rechtshilfevertrag die Zeugenaussagen auf freiwilliger Basis erfolgen müssen. Auf Ersuchen des niederländischen Untersuchungsrichters wohnte der BRD-Staatsanwalt den weiteren Verhören nicht mehr bei.

Am 11.10. ging Bakker Schut vor Gericht, um auf rechtlichem Wege die Verlegung Folkerts aus der Kaserne, in der er unter isolierhaftähnlichen Zuständen gehalten wird, in ein Untersuchungsgefängnis zu erreichen. Staatsanwalt Van Dijk (er hatte sich während der Streiks im Februar schon mit dem dienst-
erreichen. Staatsanwalt Van Dijk (er hatte sich während der Streiks im Februar schon mit dem dienst-
fertigen Verhängen von Streikverboten bekannt gemacht) versuchte



Premier Den Uyl: „Helmut, willst du's übernehmen?" ... (Ausschnitt aus einer Karikatur Oplands aus „de Volkskrant", 8.10.77)

diese Befolgung niederländischen Strafrechts mit dem Hinweis zu verhindern, daß die Gefahr bestünde, daß Folkerts in einem Untersuchungsgefängnis von außen befreit werden könne, die Kaserne böte da doch größere Sicherheitsgarantien ... Eine Entscheidung steht noch aus.

Anwalt Bakker Schut in seinem Schlußwort: *„Folkerts ist der absoluten Willkür polizeilicher und justizieller Autoritäten ausgeliefert ... Für ihn wurde ein Ausnahmezustand geschaffen. Alles was unser sogenannter Rechtsstaat an Schutz gegen Willkür und Machtmißbrauch bietet ist in seinem Fall auf den Lauf eines Maschinengewehres zusammengeschrumpft. Die Niederlande scheinen ein mehr als eifriger Schüler des Modell Deutschland zu sein"*.
(Soweit nicht anders angegeben
Modell Deutschland zu sein".
(Soweit nicht anders angegeben nach „de Volkskrant", 23.9.-12.10.).

Niederlande-Kommission

DE RIJNPROVINCIE
DE RIJNPROVINCIE



Die Rheinprovinz: Westdeutsche Polizei verhört Knut Folkerts in Utrecht – „De Gaay Fortman, demissionierter Innen- und Justizminister des westdeutschen Bundeslandes ‚Niederrhein' " räsoniert nach erfolglos verlaufener Terroristenjagd „Mit dem Stoffkamm auch nichts" zu finden (aus der sozialdemokratischen Tageszeitung „de Volkskrant", 29.9.77)

Grenzblockade

Sandgefüllte Großcontainer, mit denen westdeutsche Bullen bisher friedliche Bürger an der Besichtigung von AKW-Bauplätzen zu hindern suchten, wurden in den letzten Tagen an zahlreichen kleineren, unbewachten belgisch- bzw. niederländisch-westdeutschen Grenzübergängen aufgebaut. Diese Container, große Gesteinsbrocken oder auch quergestellte Fahrzeuge lassen nur noch Fußgängern und Radfahrern die Möglichkeit zum Grenzübertritt. Mehrere Landwirte im niederländischen Zuid-Limburg, die beiderseits der Grenze Felder besitzen, kommen mit ihren Trekkern und landwirtschaftlichen Maschinen an den Grenzsperren nicht vorbei und müssen viele Kilometer Umwege über die offiziellen Grenzübergänge in Kauf nehmen, um ihre auf BRD-Gebiet gelegenen Äcker bearbeiten zu können.

Drei Jugendliche aus dem limburgischen Ort Echt, die mit ihren Rädern an die Container herangefahren und diese fotografiert hatten, wurden auf niederländischem Grundgebiet (!!) von westdeutschen Zollbullen verfolgt, bedroht und sollten den Film herausgeben, was sie plietscherweise jedoch nicht taten.

Auch die offiziellen Grenzübergänge werden erheblich schwerer bewacht. Hiergegen haben unter anderem die niederländischen Ladenbesitzer, bei denen viele westdeutsche Grenzanwohner einkaufen, protestiert. Die scharfen Grenzkontrollen sind nicht nur zeitraubend sondern schrecken auch viele Menschen ab, die Grenze überhaupt zu überschreiten.

Nachdem die Blockade der unbewachten Grenzübergänge breiter bekannt geworden war, wurde auch festgestellt, daß die westdeutschen Grenzsperren gleich auf mehreren Plätzen meterweit von der BRD-Grenze entfernt auf niederländischem Grundgebiet errichtet worden waren. Die westdeutschen Zollbullen und BGSler mußten die Sperren auf „deutschen Boden" zurückziehen.

Bram van der Lek, Kammer-Mitglied der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, machte den Übergriff der westdeutschen Grenzbehörden zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage, der befragte Justizminister gab sich jedoch uninformiert. Schon zuvor hatte ein Sprecher des Justizministeriums behauptet, nichts von der westdeutschen Maßnahme zu wissen. Man kann dem Mann fast glauben, sieht man sich die freche Selbstverständlichkeit an, mit der die BRD-Imperialisten die Niederlande mehr oder weniger als ihr zwölftes Bundesland ansehen ...!

(Nach „de Volkskrant", 11. u. 12.10. und Radio Hilversum I, 14.10.).

Niederlande-Kommission



Demonstration für die Legalisierung der Abtreibung zum Justizministerium in Den Haag

England

Labourparteitag

Brighton: Der Labour-Parteitag 1977 Anfang Oktober verlief insgesamt recht lustlos. Daß es insbesondere zur Wirtschaftspolitik kaum Auseinandersetzungen gab, lag wohl daran, daß die Regierungsvertreter einmal mehr erfolgreich die Stimmung verbreiteten, man müsse angesichts der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen geschlossen hinter der Regierung stehen. Eine linke Alternative in der Labour Party soll es dabei nicht geben dürfen. So konnte Schatzkanzler Healey den Parteitag mit rosigen Zukunftsbildern von steigendem Lebensstandard und sinkenden Arbeitslosenzahlen eröffnen, ohne daß er – wie noch im Vorjahr – von den Delegierten an die Realitäten erinnert wurde. Die einzige scharfe Kritik an der Regierung kam – ohne große Resonanz – ausgerechnet vom „linken" Parteivorstand, der kaum Einfluß auf die Regierungspolitik hat. Als Regierungschef Callaghan tags darauf erneut 20 fette Jahre ankündigte, erhielt er sogar von den „Linken" Beifall.

Einzelbeschlüsse:

Nominierung von Parlamentskandidaten: Noch am Vorabend des Parteitages hatte sich der Parteivorstand aufgrund starken Drucks von der Basis mit knapper Mehrheit für ein neues, demokratischeres Verfahren bei der Nominierung von Parlamentskandidaten ausgesprochen.

Viele Wahlkreise hatten verlangt, das Verfahren zu erleichtern, sich von Abgeordneten zu trennen, die nicht ihre Interessen vertreten haben. Der neue Vorschlag sah vor, daß die bisherigen Abgeordneten vor einer Neuwahl Rechenschaft ablegen sollten, ehe sie sich zusammen mit weiteren Kandidaten um eine erneute Nominierung bewerben. Bisher können sich die Parteiuntergliederungen nur in Ausnahmefällen und unter größten Schwierigkeiten von alteingesessenen Abgeordneten trennen. Dieser Vorschlag paßte natürlich absolut nicht in die Landschaft einer sozialdemokratischen Partei! Mit der Behauptung *„undemokratische Minderheiten erhielten dadurch die Möglichkeit zu Hexenjagden"*, setzten sich die rechten Fraktionsmitglieder vehement zur Wehr. Ergebnis: Der Antrag wurde *„zur Überarbeitung und Neubefassung"* im nächsten Jahr (!) an den Parteivorstand zurückverwiesen, was nach Callaghan *„auf eine Ablehnung hinausläuft"* („Guardian (G.)", 7.10.).

Atomkraft: Eine Resolution für den Stop künftiger Atomenergiepläne und gegen den Ausbau der Wiederaufbereitungsanlage Windscale traf auf heftigen Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Sofort böllerten Frank Chapple (Elektriker), Joe Gormley (Bergarbeiter) und Laird (schottische Metaller) los, Gewerkschafter wären gegen die schlechtinformierten Publizitätshascher, die an der Windscale-Untersuchung teilnähmen. Für Atomenergie gäbe es eben keine praktischen Alternativen außer Hungertod, Erfrieren und Eroberungskriege um Energiequellen. Auch dieser Antrag ging als „Material" an den Vorstand („G", 5.10.).

Abtreibung: Zunächst große Sprüche, daß das Recht auf sichere und kostenlose Abtreibung eine Klassenfrage sei und Kinder das Recht hätten, gewollt zu sein. Schließlich wurde jedoch der Antrag abgelehnt, die Labourabgeordneten zu verpflichten, eine Verschärfung der relativ liberalen britischen Abtreibungsgesetzgebung abzulehnen. Durch einen solchen Beschluß würde die Einheit (!) der Labourfraktion bedroht ... („G", 7.10.)

Verstaatlichung: Angesichts der 200.000 Arbeitslosen im Baugewerbe, wurde die Verstaatlichung der Bauindustrie als Forderung beschlossen – verbunden mit einer sofortigen Finanzspritze aus Staatsmitteln, um zunächst einmal deren Überleben zu sichern. Da freut sich der Kapitalist!

Europa: Mit Annahme der Forderung nach billigen Lebensmittel-Importen wurde der Antrag, ein Referendum zum weiteren Verbleib in der EG durchzuführen, für überflüssig erklärt.

Rassismus: Der Innenminister soll die gesetzliche Möglichkeit erhalten, durch Demonstrationsverbot künftig gewalttätige Konfrontationen mit den Rassisten zu verhindern, was natürlich auf eine Behinderung antirassistischer Aktionen hinausläuft. Gleichzeitig soll die Kampagne gegen Rassismus „fortgesetzt" werden und die Schädlichkeit der Sparpolitik in Gegenden mit hohem Farbigenanteil gezeigt werden.

Rhodesien/Zimbabwe: Begeisterung gab's für eine Resolution, die *„moralische und materielle Hilfe für die Freiheitskämpfer in Zimbabwe"* sowie *„Aufnahme aller Flüchtlinge des Smith-Regimes"* forderte.

England-Kommission

durch die Möglichkeit zu Hexenjag-
che, daß das Recht auf sichere und kostenlose Abtreibung eine Klassen-
England-Kommission

Für die Legalisierung der Abtreibung!

Seit rund fünf Monaten wird in den Niederlanden an der Bildung einer neuen Regierung gebastelt – oder anders: Seit fünf Monaten verscheuern die Sozialdemokraten (PvdA) ihre „gesellschaftsreformierenden Vorstellungen", um mit der Christreaktion (CDA) ins Regierungsbett steigen zu können. Bei der Serie von Zugeständnissen der Sozialdemokraten an die Christreaktion blieb auch die seit nunmehr zehn Jahren diskutierte Reform der Abtreibung auf der Strecke, die Frage wurde zur „näheren Klärung" an ein obskures Gremium verwiesen. Die Sozialdemokraten besaßen dazu noch die beachtliche Frechheit als Erfolg verkaufen zu wollen, daß sie gegenüber der Christreaktion die blanke Erhaltung des status quo (keine Verfolgung von Verstößen gegen das Abtreibungsverbot) „durchsetzen" konnten.

Während des Septembers fanden in Eindhoven, Amsterdam, Den Haag und weiteren Städten Demonstrationen des Komitees für die Legalisierung der Abtreibung – „Wij Vrouwen Eisen" (Wir Frauen fordern) – statt. Die „Rooie Vrouwen" (Rote Frauen), die Frauengruppen der Sozialdemokratie, wollten diese Demonstrationen nur unterstützen, wenn keine Parolen gegen die neuerliche Verschleppung der Abtreibungsregelung eben auch durch die PvdA mitgeführt werden. Das „Wij Vrouwen Eisen"-Komitee in Eindhoven beugte sich dieser politischen Erpressung jedoch nicht und führte ohne die „Rooie Vrouwen" die Demonstration mit beachtlichen 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. In Amsterdam war auf das Mitführen und Rufen von Parolen „gegen die PvdA" verzichtet worden, die sozialdemokratische Frauenorganisation tat trotzdem nicht mit – der Zeitpunkt der Organisation sei nicht günstig ... („Proletaries links", 24.9.77 – Ztg. des IKB).

Jedoch, zumindest an der Basis der „Roten Frauen" schien mit politischer Erpressung und herbeigelogenen Erfolgen noch nicht hinreichende Ruhe geschaffen zu sein. Pijkel Schröder, Kontaktfrau für alle „Rote Frauen"-Gruppen, sah sich genötigt für die Sabotage der ehemals ziemlich einheitlichen Front eine „politische Begründung" nachzuliefern. Der Kampf für die Legalisierung der Abtreibung, so ließ Pijkel Schröder von sich, sei zu einer Sache geworden, die die ganze Energie der Frauen verzehre. Und: *„Auf diese Weise wird der Abtreibungskampf an und für sich zu einem Mittel, um uns im Zaum zu halten, weil wir nicht zu unserer wesentlichen Arbeit der Gesellschaftsreform kommen. Es ist höchste Zeit, daß wir Frauen auch in Hinsicht auf den Inhalt unseres Kampfes unser Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen"* (in: „De Groene Amsterdammer", 7.9.77). Vielleicht sollten die „Roten Frauen" erstmal ihre Führung „reformieren" ...?!

Niederlande-Kommission

P.S.: Ex-Justizminister Van Agt, auch ein bewährter Kämpfer gegen die Befreiung der Frau, kann übrigens als „Terrorist" bezeichnet werden. – Professor Willem Nagel, Kriminologe an der Universität Leiden, bei einer Vorlesung über Terrorismus: *„Wenn durch die parlamentarische Initiative das Abtreibungsproblem geregelt wird, aber der Justizminister sich weigert, diese Initiative zu unterzeichnen und er bleibt auf seinem Posten sitzen, um zu verhindern, daß sein Nachfolger den Gesetzentwurf unterzeichnet, dann ist das Gewalt durch nichts tun; und Van Agt kann als Terrorist angesehen werden"* (nach „de Volkskrant", 6.10.77).

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 22.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 461 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Rechter Labour-Politiker geht zu den Tories

Reg Prentice, Labour-Rechtsaußen und ehemaliger Minister im Kabinett Wilson, erklärte Anfang Oktober seinen Austritt aus der Labour Party und seinen Übertritt zu den Konservativen. Er erklärte dazu: Die einzige Möglichkeit, zu verhindern, daß England weiter „den marxistischen Weg entlang taumelt", bestehe darin, daß Labour bei der nächsten Wahl „gründlich besiegt" und ersetzt werde durch eine konservative Regierung.

Mit diesem Schritt zieht Prentice einen Schlußstrich unter eine nun zwei Jahre andauernde und für ihn unerfreuliche Auseinandersetzung innerhalb der Labour Party: Im August 75 – er war damals noch „Minister für Entwicklung der Übersee-gebiete" – wählte ihn sein eigener Wahlkreis (London/Newham) nach heftigen Auseinandersetzungen ab und stattdessen den linken Kandidaten Kelly. Vorausgegangen war eine breite Kritik an Prentices rechten Positionen, z.B. in der EG-Frage (P. war einer der vehementesten Verfechter des Beitritts zur EG), und auch an seiner Position zur Illegalisierung „wilder" Streiks und der Verurteilung von streikenden Arbeitern zu Gefängnisstrafen (s. AK-Berichterstattung in AK 65).

Wilson persönlich hatte sich vor der Entscheidung des Wahlkreises noch für ihn verwendet und öffentlich vor der „Infiltration der Labour Party" durch Linksradikale gewarnt. Das nützte Prentice allerdings nichts – er flog raus, hatte also die Perspektive vor sich, als Minister (!) nicht zu wissen, wo er bei der nächsten Wahl zum Unterhaus kandidieren sollte!

In der Folgezeit versuchte er über Beantragung eines Parteiordnungsverfahrens die peinliche Niederlage wieder rückgängig zu machen, was allerdings nicht gelang. Außerdem betätigte er sich sehr aktiv im Kreis der SDA (Sozialdemokratische Allianz), einer rechten Labour-Fraktion, die es sich zum Hauptziel gemacht hat, gegen die „Unterwanderung der Labour-Party durch Linksradikale" zu kämpfen.

Bei der Entscheidung, zu den Tories zu gehen, scheint die persönlich aussichtslose Lage in puncto Posten und Mandat für Prentice eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. So ist er natürlich auch nicht bereit, sein Mandat niederzulegen, wie es eigentlich unter moralischen Gesichtspunkten angezeigt wäre. Darauf in einem Fernsehinterview angesprochen und darauf, daß er diesen Schritt von einem Labour-Mann, der vor Jahren zu den Tories übergewechselt war, auch gefordert hatte, erklärte er nur frech, er habe sich damals eben geirrt! (Nach „Daily Telegraph", 10.10.77)

England-Kommission



Erin Pizzey beim Verlassen des Gerichts

Erin Pizzey erneut vor Gericht

London: E.P., Gründerin von Chiswick Women's Aid, die Zufluchtstätten für geschlagene Frauen in Westlondon organisiert, stand am 6.10. erneut vor Gericht. Seit April 76 macht das Bezirksamt Hounslow E.P. vor Gericht Schwierigkeiten, weil ihr Haupthaus in Chiswick nach dem Wohnungsgesetz ständig „überbelegt" sei. Angesichts der Unterstützung vieler Frauen, die zur Verhandlung erschienen waren, sprach das Gericht Erin zwar schuldig, ließ sie aber sofort frei mit der Auflage, künftig die Aufnahme zu beschränken. E.P. erklärte sofort, sie könne diese Auflage nicht einhalten.

England-Kommission

Grunwick: Neues Massenpicket

London: Im Kampf für ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung lassen die Kolleg(inn)en der Photoanstalt GRUNWICK in Nordlondon nicht nach. Seit über einem Jahr stehen sie im Streik und haben mehrfach bis zu 20.000 Menschen aus allen Teilen Englands mobilisieren können (vgl. AK-Berichterstattung).

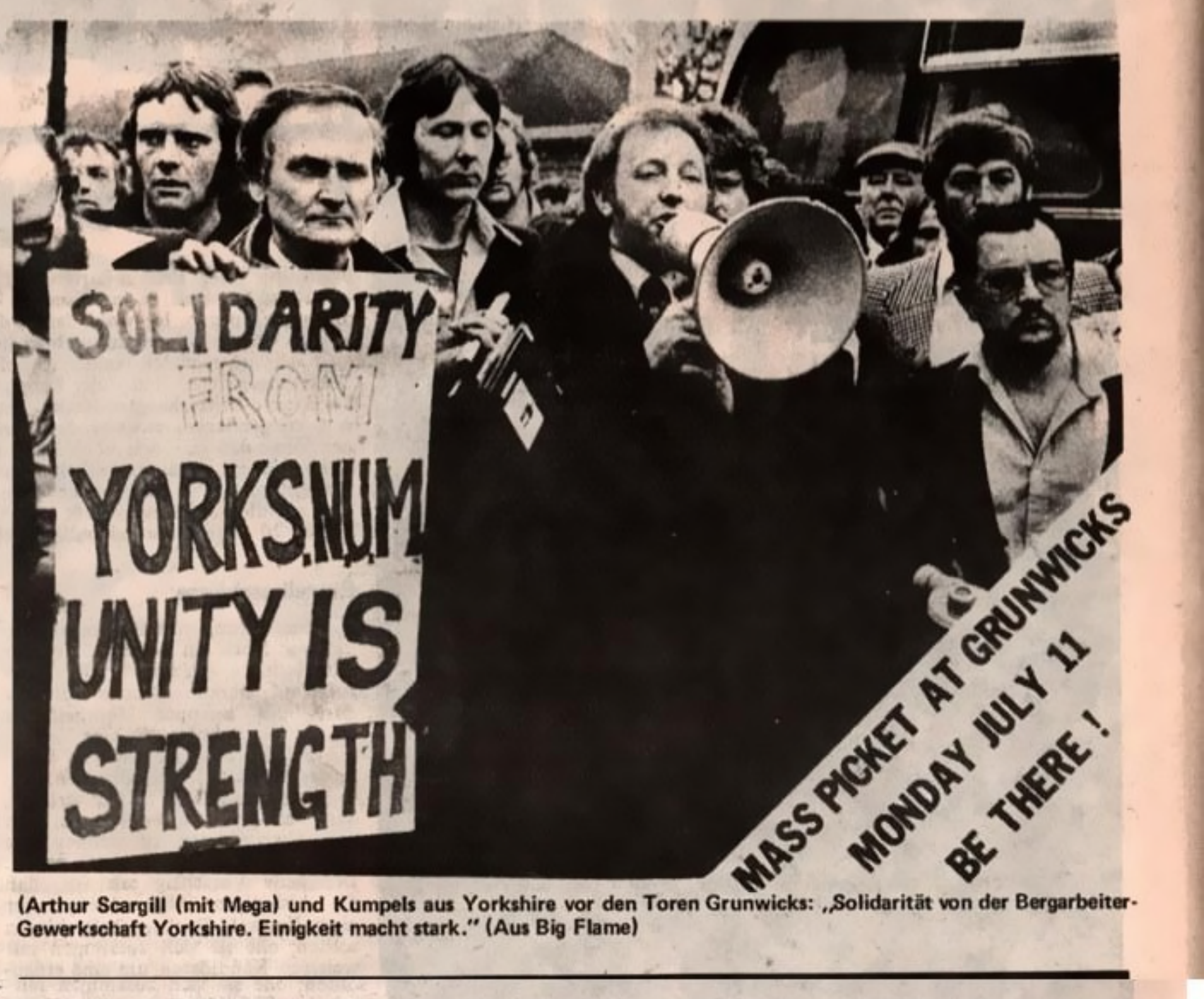
Auf Verlangen der Gewerkschaftsführung verzichteten sie Anfang August auf weitere Massenaktionen und sollten sich auf die „Anstrengungen" des Gewerkschaftsdachverbands TUC verlassen. Nachdem nun aber den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses TUC wochenlang nichts folgte, hat das Streikkomitee für den 17.10. die Wiederaufnahme der Massenpickets (demonstrative Streikposten – AK) angekündigt, gegen den erklärten Willen der APEX-Gewerkschaftsführung. APEX-Vorsitzender Grentham's typischer Kommentar: *„Solche Aktionen könnten der tiefen anti-gewerkschaftlichen Haltung von Grunwick einen respektablen Anstrich geben und den Anstrengungen des TUC, die Auseinandersetzung erfolgreich zu beenden, schaden."* („Guardian", 1.10.).

Das Streikkomitee hat inzwischen über eine Briefaktion mehr als 1.000 gewerkschaftliche Gremien um Unterstützung gebeten, Agitationstrupps auf Reisen geschickt, und zwei Filmteams sowie eine Theatergruppe haben den Kampf bei Grunwick zu ihrem Thema gemacht.

Die Londoner Drucker sowie Arthur Scargill, Bergarbeiterführer aus Yorkshire, haben ihre Unterstützung bereits angekündigt.

Gleichzeitig laufen die ersten Prozesse im Gefolge früherer Großaktionen an. Während Scargill am 28.9. vom Vorwurf der „Behinderung von Verkehr und Polizei" freigesprochen werden mußte, erhielten drei Kollegen Geldstrafen, weil sie Scargill bei einer polizeilichen Greifaktion zu Hilfe kommen wollten. Eine Geldstrafe erhielt auch der linke Gewerkschaftsjournalist Maurice Jones, der nach polizeilichen Einschüchterungsmaßnahmen mit seiner Familie vorübergehend in die DDR geflohen war (AK 110). Grund: „Beleidigende Äußerungen und Verhalten vor den Toren Grunwicks."

England-Kommission



(Arthur Scargill (mit Mega) und Kumpels aus Yorkshire vor den Toren Grunwicks: „Solidarität von der Bergarbeiter-Gewerkschaft Yorkshire. Einigkeit macht stark." (Aus Big Flame)

Labour: Lesbische Abgeordnete soll abdanken

Die linke Labourabgeordnete Maureen Colquhoun soll nach Meinung des Labour Ortsvereins Northampton Worth zu den nächsten Parlamentswahlen nicht wieder kandidieren. Frau Colquhoun hatte in Parlamentswahlen nicht wieder kandidieren. Frau Colquhoun hatte in den letzten Wochen mehrfach die Vermutung geäußert, daß diese Entscheidung gegen ihre Kandidatur auf ihr Privatleben zurückzuführen sei, was von ihren „Parteifreunden" stets dementiert wurde. Jetzt allerdings ließ der Vorsitzende des Ortsvereins, Herr Norman Ashby, am 27.9. die Katze aus dem Sack:

„Viele Menschen", so dieser feine sozialdemokratische Herr, *„sind schockiert gewesen, als Frau Colquhoun kürzlich erklärte, sie sei lesbisch."*...

Die ganze Frauen-und Menschenfeindlichkeit dieses Beschlusses gegen Frau Colquhouns Kandidatur kommt darin zum Ausdruck, wie Herr Ashby heute die Entscheidung kommentiert, Frau Colquhoun 1974 zu den Parlamentswahlen kandidieren zu lassen:

Frau C. sei nämlich 1974 auch (?) wegen ihres Familienimage als Kandidatin aufgestellt worden! Eine mit einem erfolgreichen Journalisten einer großen nationalen Zeitung verheiratete Frau mit drei Kindern sei einer großen nationalen Zeitung verheiratete Frau mit drei Kindern sei damals die ideale linke Kandidatin gewesen, um Stimmen und Parlamantssitz in solchen Arbeitervierteln zu bekommen, wo die Entscheidung für oder gegen Labour noch fraglich wäre. In derartigen Wahlkreisen sei nämlich die konventionelle Moral ein entscheidender Faktor...

Frau Colquhoun, die sich inzwischen von ihrem Mann getrennt hat und mit einer Frau zusammenlebt, will gegen die Entscheidung ihrer sozialdemokratischen „Freunde" vorgehen. Sie erklärte, daß sie lesbisch sei und stolz darauf: *„Ich bin froh, daß ich liebe. Meine Sexualität hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit meiner Fähigkeit, meine Arbeit zu machen!"* (Nach „Guardian" v. 29.9.77).

Englandkommission

Eine Million für Faschisten-Demo



Polizeischutz für Faschisten Ende August 77 in London/Lewisham (Foto von „Big Flame", 9/77)

Manchester: Geheimabsprachen mit dem Polizeichef von Manchester ermöglichten der faschistischen National Front, am 8.10. relativ ungehindert durch den Stadteil Levenshulme zu marschieren. Auf die Ankündigung von Gegendemonstrationen seitens der Gewerkschaften und politischer Organisationen hin, war bereits vor Wochen im Stadteil Hyde – wo die Faschisten ursprünglich demonstrieren wollten – ein generelles Demonstrationsverbot vom Polizeichef verhängt worden.

Insgeheim war wenige Tage vorher zwischen den Faschisten und der Polizeiführung eine neue Demonstrationsroute ausgehandelt worden, die bis wenige Stunden vor Demobeginn selbst leitenden Bullen nicht bekannt war – sie wurde von Fernsehkameras überwacht und zwei Hubschrauber wurden gar mit Farbfernsehen ausgerüstet. Der Einsatz aller 6.500 Bullen aus Manchester sowie 400 Ziviler und weiterer Polizeikräfte aus anderen Gegenden kostete eine runde Million DM – nur um 2.500 Gegendemonstranten am Ausdruck ihres gerechten Zorns zu hindern. Rechtfertigung des Oberbullen: *„Das ist der Preis, den die Öffentlichkeit für Ruhe und Ordnung zahlen muß, wenn sie das demokratische Demonstrationsrecht politischer Gruppen erhalten will."* („Guardian", 10.10.)

Demonstrationsverbot für die Faschisten!

Englandkommission

Irland

Irische „Friedensbewegung" — ein lukratives Geschäft

Seit Anfang dieses Jahres war es still geworden um die nordirischen „Friedensbotinnen", was einen gewissen Zusammenhang damit hat, daß sie in Nordirland kaum noch eine Bedeutung haben. Trotzdem wurde ihnen jetzt in Oslo, nachträglich für das Jahr 1976, der Friedens-Nobelpreis überreicht. Ein letzter Versuch, ihnen noch einmal zu Ruhm zu verhelfen?

Die „Friedensbewegung" wurde im August letzten Jahres von Betty Williams und Mariead Corrigan ins Leben gerufen. Wir hatten damals geschrieben, daß es sich bei dieser „Friedensbewegung", die sich einseitig gegen den „Terror" der IRA/Provisional richtet, um eine gut organisierte Kampagne der britischen Bourgoisie gegen den irischen Befreiungskampf handelt.

Im Herbst letzten Jahres hatten sie es noch geschafft, mit ihrer „Friedens"demagogie bei Demonstrationen bis zu 50.000 Menschen auf die Straße zu bekommen und in einigen Belfaster Stadtteilen Veranstaltungen zu diesem Thema gemacht, wo sie jedoch auch nicht nur Beifall ernteten. Danach starteten die zwei Frauen mit ihrem Manager Ciaran Mc Keown eine Weltreise um ihre „Friedensmission" überall zu verkünden und tüchtig abzusahnen. Sie waren in den USA, wo sie irische Unterstützungsgruppen aufforderten, kein Geld mehr an die republikanische Bewegung zu geben. Danach reisten sie in die BRD, in der ihnen die uneingeschränkte Unterstützung von Bundestagspräsidentin Renger und der Jungen Union, die sie schon damals für den Friedens-Nobelpreis vorschlugen, versichert wurde. In Westberlin wurde ihnen von der Sektion der Internationalen Lige für Menschenrechte die „Carl von Ossietzky-Medaille" verliehen. Bei ihrer Durchreise durch die BRD wurden die „Friedensfrauen" damals buchstäblich überhäuft mit Sympathiebekundungen und Spendensammlungen, vom DGB bis zum (Folterexperten) Ministerpräsident Albrecht. In Norwegen erhielten sie schließlich einen mit 260.000 DM dotierten „Friedenspreis des norwegischen Volkes". Diese Liste ist sicher nicht vollständig und soll auch nur beispielhaften Charakter haben. Jedenfalls konnten die „Friedensbotinnen" nach dieser Rundreise zufrieden sein. So heißt es im „Guardian" vom 10.2. 77: *„Die gut publizierten Rundreisen des Friedensbewegungs-Trios (...) haben mehr als 500.000 Pfund* (gut zwei Millionen DM) *an Spenden eingebracht..."* Eine stattliche Summe.

Was wurde mit dem Geld gemacht? In dem zuvor zitierten „Guradian"-Artikel heißt es dazu, daß Mc Keown hofft, daß das Geld *„benutzt wird um einen Selbsthilfe-Plan umzusetzen, den er verteidigt."* Was darunter zu verstehen ist, geht aus einem im August veröffentlichten Rechenschaftsbericht hervor. Die „Friedensbewegung" sah sich genötigt, diesen Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen, weil von vielen Seiten der Verdacht geäußert wurde, daß die „Friedenspolitik" offensichtlich ein profitables Geschäft ist. Das sollte mit diesem Bericht widerlegt werden. Ausgegangen wird in dem Bericht nur noch von einer Spendensumme von 212.000 Pfund, während im Februar noch von einer Summe von 500.000 Pfund die Rede war. Nach Angaben des Berichtes wurde bisher etwa ein Drittel des Geldes ausgegeben und zwar im Wesentlichen für zwei Projekte. Das erste ist eine große Villa, in der die „Friedens"frauen zusammen mit ihrem Manager und ihren Helfern residieren, das zweite ist die Gründung einer Gesellschaft „Peace by Peace Ltd". Diese Gesellschaft hat 20.000 Pfund in zwei Industriekonzernen in Belfast und Derry investiert. Mc Keown sagt dazu: *„... ihr Ziel war Arbeitsplätze zu sichern und Firmen soweit zu finanzieren, daß sie einen stetigen Gewinn machen können."* Es gibt in dieser Frage jedoch auch einige Schwierigkeiten. So sagt Mc Keown: *„Ein Grund für die Diskretion zu diesem Zeitpunkt war, daß der Haß gegenüber der Friedensbewegung in einigen Gebieten so stark ist, daß die Firmen attakkiert werden könnten, wenn die Namen bekannt würden"* (alle Zitate zum Rechenschaftsbericht, „Guardian", 23.8.77).

Im Folgenden werden dann noch mehrere Projekte aufgeführt, für die allerdings wesentlich geringere Summen aufgewendet wurden. Es wurde ein Verein gegründet, der Menschen unterstützt, die wegen der Unruhen zu Schaden gekommen sind. Es wurden einige kleinere Spenden an Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Initiativen gegeben. Irgendwie muß ja versucht werden das Image aufzupolieren.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es sehr wohlmeinend ausgedrückt, wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16.10.77 schreibt: *„Die Massenbewegung von einst (...) ist zum Wohltätigkeitsverein degeneriert"*. Hier geht es wohl in erster Linie um das Wohl der Organisatoren der „Friedensbewegung" selber, die sich jetzt in die Kapitalistenklasse direkt eingekauft haben. Bei einer Politik, bei der es schwerpunktmäßig darum geht, Industrieunternehmen profitträchtig zu machen, ist es natürlich schwer den Mythos der „Friedenspolitik" aufrecht zu halten.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die sicherlich eher zu den Freunden der „Friedensbewegung" gehört, schreibt: *„... die Organisation ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sprachen die Initiatoren der Bewegung im November vorigen Jahres noch von 100.000 aktiven Helfern, so beträgt die Mitgliedszahl jetzt etwa 7.000, nicht einmal ein halbes Prozent der Bevölkerung. Die Auflage der vereinseigenen Zeitschrift „Peace by Peace", die hauptsächlich der Selbstdarstellung der Führung dient, schrumpfte auf nur 5.000 Stück. Daß diese Zeitung überhaupt noch erscheint, wird in Nordirland nur sporadisch zur Kenntnis genommen; typischerweise nur dann, wenn ein paar Unentwegte versuchen, Exemplare in den Ghettos an den Mann zu bringen: In Ballymurphy mußte vor ein paar Wochen die britische Armee die Friedensbotinnen und aufgebrachte Anwohnerinnen mit Gewalt trennen."* („FAZ", 6.10.77)

Irlandkommission

Dänemark

Dänemark: Raus aus der EG !

Am 2. Oktober war der fünfte Jahrestag des dänischen EG-Beitritts, der für die werktätige Bevölkerung eine rapide Verschlechterung ihrer Lebenslage brachte.

Auch dieses Jahr fanden wieder in mehreren Städten Protestdemonstrationen gegen die EG statt, zu denen – wie alljährlich – die Komitees der „Volksbewegung gegen die EG" aufgerufen hatten. Die mit Abstand größte Demonstration und Kundgebung wurde am 2.10. in Kopenhagen mit über 20.000 Teilnehmern durchgeführt. Darüberhinaus gab es in Kopenhagen eine Fahrraddemo, deren Teilnehmer an zentralen Stellen Kopenhagens Protestkundgebungen abhielten.



Demonstration in Kopenhagen: Raus aus der EG! Nein zu den EG-Wahlen!

Demonstration in Kopenhagen: Raus aus der EG! Nein zu den EG-Wahlen!

Die Demonstrationen standen dieses Jahr im Zeichen der seit letztem Jahr besonders stark angestiegenen Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen, des Protestes gegen die Vormachtstellung des BRD-Imperialismus in der EG und der Kritik an den für nächstes Jahr geplanten Wahlen zum Europaparlament. Es wurde die Forderung nach einer neuen Volksabstimmung und der Austritt Dänemarks aus der EG erhoben. In der Volksabstimmung 1972 hatten sich 57 % der Wähler für den EG-Beitritt und 33 % dagegen entschieden. Das war nur möglich auf Grund einer massiven Kampagne der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, die der Bevölkerung geradezu paradiesische Zustände versprachen, wenn sie mit „ja" stimmen würden. Die Parolen von damals: *„Können Sie es sich leisten, nein zu sagen? ... Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen! ... Wegen des täglichen Haushalts! ... Geborgenheit für die Kinder! ... Sicherheit am Arbeitsplatz! ... Je größer das Ja, desto größer die Möglichkeiten! ... Die Gemeinschaft - ein glücklicheres Familienleben! ... Sie wünschen mehr Gleichheit – die Gemeinschaft schafft mehr Gleichheit!"* – Eingetreten von all diesen Versprechungen ist natürlich im Zuge des EG-Beitritts

ist natürlich im Zuge des EG-Beitritts

das genaue Gegenteil. So hieß es auch auf der Kopenhagener Kundgebung, daß *„die 5 Jahre in der EG die Zeit der gebrochenen Versprechungen und Täuschungen"* war. Diese Zustände werden heute selbst von bürgerlichen Tageszeitungen kritisiert, in deren Kommentaren durchaus auch die führende Rolle der BRD in der EG angeprangert wird. So heißt es in einem Kommentar der Zeitung „Ekstra-Bladet" vom 1.10.: *„Heute kennen wir die Wirklichkeit. Sollte einer zweifeln, kann er die letzten Untersuchungen der Meinungsforscher lesen: heute sagen 43 % nein und nur 33 % ja. Statt reicher wurden wir ärmer. Statt Vollbeschäftigung 150.000 Arbeitslose. Statt stabilen Preisen steigende Familienausgaben. Jawohl, werden einige der früheren Ja-Sager vielleicht sagen, aber das liegt nicht nur an der EG! Das ist zwar so richtig – natürlich liegt es nicht nur an der EG. Aber es ist eindeutig, daß der Grund für diesen Rückgang von den Ambitionen des stärksten EG-Mitglieds, nämlich DM-Deutschland, herrührt! Dänemark ist ein ärmeres Land geworden. Wir haben unsere Handlungsfreiheit an die EG und damit an Deutschland verkauft!"*

Außerdem wurde auf den Kundge-

Außerdem wurde auf den Kundge-

bungen deutlich gemacht, daß durch das Europaparlament der politische Einfluß der Großmächte in der EG noch mehr ausgeweitet wird. So hieß es in dem Aufrufflugblatt für die Kopenhagener Demonstration: *„Die direkten Wahlen bedeuten, daß das Parlament, in dem wir 16 von 410 Plätzen bekommen, dem dänischen Folketing übergeordnet ist. Das bedeutet eine weitere Untergrabung unserer Selbständigkeit. Das wollen wir nicht! Darum: Raus aus der EG!"* Breiteren Raum nahm auf den Kundgebungen auch die Kritik an der imperialistischen Politik gegenüber dem grönländischen Volk ein, das gegen seinen Willen in die EG gezwungen wurde. So erklärte ein grönländischer Sprecher in Kopenhagen: *„Obgleich 70 % der abgegebenen Stimmen 1972 ein ‚nein danke' zur EG waren, sind wir nun unfreiwilliges Mitglied der EG. Grönland hat heute keinen direkten Einfluß auf die grönländische Fischereipolitik. Und die dänische Regierung hat, ohne die grönländische Bevölkerung über die Konsequenzen zu informieren, grünes Licht für die Jagd nach Öl vor der grönländischen Westküste gegeben."*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

KB/Gruppe Flensburg

Riesengewinne durch Spekulation mit Wohnraum

Im Streit um ein verkommenes Mietshaus in Aarhus hat das kommunale Mieteinigungsamt eine in Dänemark bislang einmalige Entscheidung getroffen.

Zur Vorgeschichte einer der Bewohner: *„Seit 17(!) Jahren ist nicht eine Öre für das Haus ausgegeben worden."* Seit drei Jahren fordern die neun Familien die Instandsetzung des Hauses. Nichts ist geschehen („politiken", 4.10.). Erst jetzt, vor dem Hintergrund der zunehmenden Mieterkämpfe in Dänemark, hat das Mieteinigungsamt zugunsten der Bewohner entschieden. Sie brauchen ab 1. Oktober keine Miete mehr zu bezahlen. Mit dieser Entscheidung versucht die Stadtverwaltung von Aarhus, wo es seit mehreren Jahren aktive und erfolgreiche Mieterzusammenschlüsse gibt, einen möglichen neuen Brennpunkt in der Mieterfront zu entschärfen. Die Entscheidung in Aarhus hat in der dänischen Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt. Denn bislang ordnen die Mieteinigungsämter, wenn überhaupt, nur eine Kürzung der Miete um ca. 10 bis 20 % an („politiken", 4.10.). Nach Ansicht des Vorsitzenden der Landesmieterorganisation müßte in mindestens 100.000 verkommenen Wohnungen genau dieselbe Entscheidung getroffen werden. Wen wundert's daher, daß der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes von Kopenhagen, dem Zentrum der Mieterbewegung, ganz schnell erklärte, daß in Aarhus keine Grundsatzentscheidung getroffen worden sei, an welcher sich die Ämter in den anderen Städten zu orientieren hätten („politiken", 4.10.).

Das Wohngesetz von 1976

Der betroffene Hausbesitzer denkt auch jetzt nicht daran, das Haus wieder in einen menschenwürdigen Zustand für die neun Familien herzurichten. Nach seinen Plänen sollen die Miet- zu Eigentumswohnungen umgerüstet werden. Auf diese Weise könnte er noch einmal mehrere hunderttausend Kronen Profit aus dem Haus herausholen.

Am 17. Februar 1976 haben die bürgerlichen Parteien im Folketing ein Wohngesetz durchgesetzt, das „miniboligforling", welches fast alle früheren Einschränkungen bei der Umrüstung von Altbauwohnungen zu Eigentumswohnungen aufhob. Nun wurden solche Umrüstungen auch bei Wohnraum erlaubt, der vor dem 1.6.66 gebaut worden war. Das war ein schwerer Angriff auf die Lebensbedingungen der Werktätigen, denn seitdem blüht die Spekulation mit den alten Wohnblocks aus der Jahrhundertwende. Tausende von Wohnungen in alten Mietskasernen, also dort, wo Wohnungen noch einigermaßen billig sind, wurden und werden seitdem auf die Schnelle „modernisiert". Das dänische Gesetz schreibt vor, wie groß z.B. Küche oder Klo einer zukünftigen Eigentumswohnung sein müssen. Doch werden diese Umbauten rücksichtslos über die Köpfe der dort wohnenden Menschen hinweg durchgezogen.

Und da sie schlampig und nur fürs Auge durchgeführt werden, nennen die Bewohner diese „Renovierung" „fup-modernisering", d.h. Schwindelmodernisierung.

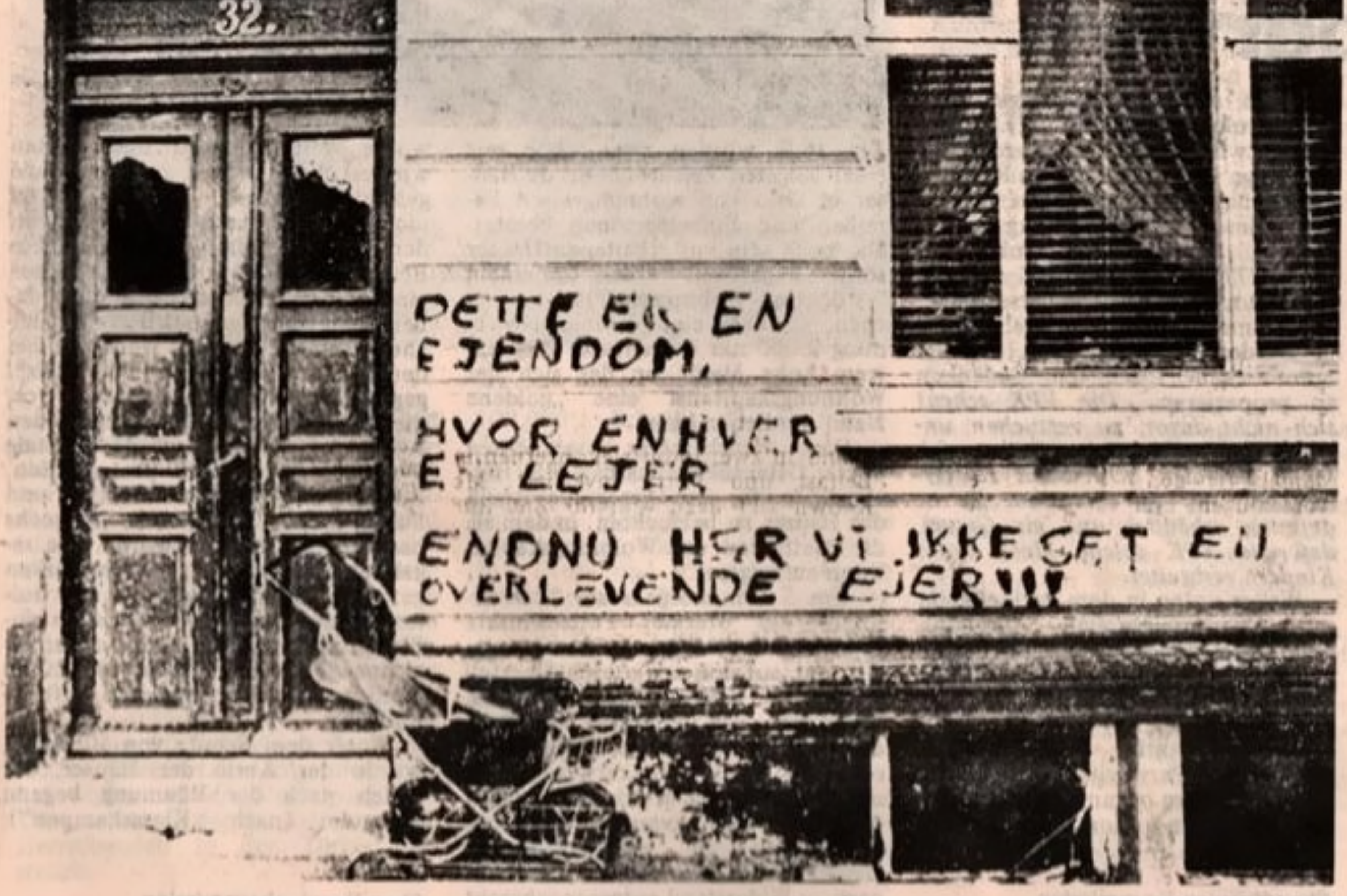
Statt Ehebett – Etagenbett

Exemplarisch dazu ein Fall aus Randers. Dort hatten die von der „fup-modernisering" bedrohten Bewohner mit einer Blockade die mit den Umbauarbeiten beauftragten Handwerker am Betreten des Gebäudes gehindert. Ein Mitglied der betroffenen Mietergruppe: *„Ich wohne hier seit 30 Jahren. Wenn der Besitzer mit seiner ‚fup-modernisering' durchkommt, müssen meine Frau und ich im Etagenbett schlafen. Denn durch die Vergrößerung des Badezimmers wird das Schlafzimmer so klein, daß das Doppelbett nicht mehr reinpaßt"* („extra-bladet", 4.10.).

Investitionen in Eigentumswohnungen ist gegenwärtig einer der bevorzugten Spekulationsbereiche der dänischen Kapitalisten. Pro Wohnung werden auf diese Weise im Schnitt 125.000 Kr. Verdienst gemacht. (Preben Wilhjelm, Mitglied des VS-Folketingsgruppe) Spekulationsgewinne in Millionenhöhe sind aber auch keine Seltenheit. (lt. ejerlejlighedsudstykning, hrsg. vom dän. Studenten-Rat) Die neuesten öffentlichen Schätzungen über Kapitalgewinne zeigen, daß die Haus- und Grundeigentümer in den letzten vier Jahren um 372 Milliarden Kr., d.h. fast doppelt so reich geworden sind („politiken", 5.10.).

Im Herbst stehen die Parlamentsberatungen über eine Neufassung des Wohngesetzes an. Angesichts der breiten Kampagne gegen die Eigentumswohnungen hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Anker Jörgensen angekündigt, die 1976 vorgenommene Lockerung eventuell wieder rückgängig zu machen („politiken", 5.10.). Aber natürlich muß das alles noch genauer untersucht werden. Daß Anker jetzt von den verheerenden Auswirkungen für die Bewohner spricht, ist eine ziemliche Verarschung. Haben die Sozialdemokraten doch selbst jenes Gesetz gegen massive Proteste mit durchgesetzt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe
Flensburg





Demonstration gegen die Ausweisung von Jaime Martinez!

Dänemark. Am 5. Oktober demonstrierten in Kopenhagen 1.500 Menschen gegen die Ausweisung des Mexikaners Jaime Martinez und forderten die Zurücknahme der Ausweisung durch die dänische Regierung. Jaime Martinez war am 19. August unter fadenscheinigen Argumenten aus Dänemark nach Mexiko ausgewiesen worden. Vorgeworfen wurde ihm vom Geheimdienst PET und dem inzwischen zurückgetretenen Justizminister Orla Möller, an „terroristischen Umtrieben" beteiligt gewesen zu sein – das Ganze natürlich ohne den Schimmer eines Beweises.

Am 9.10. wurde in Dänemark die Rechtssache gegen Jaime Martinez eingestellt – mangels Beweise!! Das Ganze ist besonders zynisch, weil Jaime Martinez jetzt in Mexiko spurlos verschwunden ist und nach Angaben von Amnesty International wahrscheinlich im Gefängnis sitzt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Schweden

Seveso in Skandinavien!

Der Gift„skandal" in Skandinavien weitet sich aus. Täglich bringen dänische und schwedische Zeitungen neue Enthüllungen über Funde von vergrabenen Gifttonnen, die lebensgefährliche Bedrohung der Menschen durch das Gift und die Zerstörung der Umwelt.

Wesentlich bedroht ist die Bevölkerung der kleinen Stadt Teckomatorp in Südschweden durch den Betrieb „BT-Kemi", der ein Zweigwerk des dänischen Betriebs „Kemisk Värk Köge" ist (s. AK 114). „BT-Kemi" (im Moment ist die Produktion eingestellt) produzierte jahrelang Pflanzenschutzmittel mit hochgiftigen Substanzen: am 27.9. ergaben Untersuchungen skandinavischer Wissenschaftler, daß es sich wie in Seveso um Dioxin handelt sowie um Tetrachlorverbindungen. Die Kapitalisten des Betriebs liessen Hunderte von Tonnen mit diesem Gift im Erdboden verschwinden, sowohl in der Nähe der Stadt Teckomatorp als auch auf der dänischen Insel Seeland – direkt in der Nähe von Wasserleitungen, die die Millionenstadt Kopenhagen mit Trinkwasser versorgen. Die dänischen und schwedischen Behörden waren jahrelang nicht eingeschritten, hatten vielmehr die Kapitalisten voll in ihrem Treiben unterstützt, obwohl z.B. die Bevölkerung von Tecko-

schwedischen Behörden waren jahrelang nicht eingeschritten, hatten vielmehr die Kapitalisten voll in ihrem Treiben unterstützt, obwohl z.B. die Bevölkerung von Tecko-

matorp schon seit Produktionsaufnahme bei „BT-Kemi" im Jahre 1965 über die Folgen des Giftes geklagt hatte: Hautallergien, Magenkrankheiten und Kopfschmerzen.

Die Enthüllungen über den Verbrecherbetrieb „Kemisk Värk Köge" sind jedoch nur die Spitze eines Eisbergs, da nun fast wöchentlich neue Giftfunde, auch von anderen dänischen Betrieben, ausgemacht werden. Daß die dänischen und schwedischen Behörden darauf aus sind, die Kapitalisten davonkommen zu lassen, hat sich gerade in den letzten Tagen gezeigt.

Kapitalist von „BT–Kemi" wieder auf freiem Fuß!

Am 3.10. wurde Göran Prawitz, Direktor von „BT-Kemi" nach 5 Tagen wieder aus der Untersuchungshaft in Landskrona entlassen. Er war vorübergehend eingelocht worden, weil „Verdacht" auf Verstoß gegen die schwedischen Umweltschutzgesetze bestand. Obwohl Göran Prawitz zumindest z.T. seine „Mitwirkung" an der Verunreinigung von Trinkwasser zugegeben hat, reichte das für die Behörden offentlich immer noch nicht. Göran Prawitz „klagt" jetzt den Leiter von „Kemisk Värk Köge", Knud Christensen, an, hauptverantwortlich für den Gift„skandal" zu sein: er selbst hätte nur auf dessen Anordnung gehandelt und nur seine Pflicht getan! Letzlich soll bei dieser Masche wohl für die Kapitalisten rauskommen, daß keiner so recht verantwortlich ist und vor Gericht gestellt wird!

Die Folgen des Giftes

Erwiesen ist, daß die in der Bevölkerung von Teckomatorp massenhaft aufgetretenen Hautallergien, Magenkrankheiten und Kopfschmerzen direkte Folge der Verpestung der Luft und der Verunreinigung des Trinkwassers durch „BT-Kemi" sind. Außerdem war bereits nach den Untersuchungen des Giftes durch skandinavische Wissenschaftler am 27.9. ein Zusammenhang zwischen dem Gift und einer erheblich gesteigerten Krebsrate im Umkreis von Teckomatorp nachgewiesen worden.

Jetzt klagt der Arbeiter Lundquist, der früher in einem Nachbarbetrieb von „BT-Kemi" gearbeitet hat, die Kapitalisten an, für den Tod von 13 (!) Arbeitern verantwortlich zu sein, die in den letzten Jahren an Krebs gestorben sind! Fakten darüber wurden am 2. Oktober zuerst von der schwedischen Zeitung „Afton-

sein, die in den letzten Jahren an Krebs gestorben sind! Fakten darüber wurden am 2. Oktober zuerst von der schwedischen Zeitung „Afton-

bladet" veröffentlicht. Diese Anklage wurde von Lundquist, der selbst krebskrank ist, bereits vor 1 1/2 Jahren erhoben, ohne daß damals die Behörden der Sache wirklich auf den Grund gegangen wären. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß schon wieder 4 Arbeiter an Krebs erkrankt sind, die früher in dem Nachbarbetrieb von „BT-Kemi" gearbeitet haben!

Trotz dieser Fakten wird von den dänischen und schwedischen Behörden der Versuch fortgesetzt, die Bevölkerung zu beschwichtigen und die Folgen des Giftes zu verharmlosen. Da nun nicht mehr verheimlicht werden kann, daß sich in den Giftabfällen das gefährliche Dioxin befindet, wird jetzt behauptet, daß die Konzentration dieses Giftes so gering sei, daß es niemals zur Katastropfe kommen könne!

Obwohl in Teckomatorp bereits eine Schule geschlossen werden mußte, weil es wegen dem Giftgestank nicht mehr auszuhalten war, erklärte der Bürgermeister am 30.9., daß überhaupt kein Grund bestände, eine Evakuierung der Bevölkerung vorzunehmen. Das, obwohl die akute Gefahr besteht, daß das um Teckomatorp vergrabene Gift die gesamten Trinkwasserleitungen der Stadt vergiftet. Stattdessen soll jetzt um Teckomatorp herum eine 7 m lange Eisenwand in den Erdboden gerammt werden, um so zu „verhindern", daß das Gift in das Trinkwasser gelangt.

Der Effekt dieser Maßnahme ist stark anzuzweifeln. Und es ist besonders zynisch, daß der Bürgermeister von Teckomatorp zum gleichen Zeitpunkt verkündete, keine Evakuierung vornehmen zu wollen, als neue Fakten über die Giftkatastrophe an die Öffentlichkeit gelangten. Es steht jetzt fest (und wurde sogar von den Kapitalisten zugegeben), daß Massen des giftigen Abfalls Bäche in Südschweden verunreinigt haben und durch diese Bäche in die Ostsee gelangt sind.

Die Giftabfälle in der Nähe von Teckomatorp sollen jetzt angeblich ganz beseitigt werden, was wohl kaum gelingen wird. Die Arbeiten mußten auch vorübergehend eingestellt werden, als sich herausstellte, daß in den Abfällen Dioxin enthalten war.

Nach Schätzung der Behörden sollen die Reinigungsarbeiten allein bei Teckomatorp zwischen 20 und 40 Millionen Kronen kosten, was natürlich von Steuergeldern bezahlt werden soll.

Neue Gift-Runde !

natürlich von Steuergeldern bezahlt werden soll.

Neue Gift-Runde !

Am 3.10.77 wurde in der Nähe von Kopenhagen bei Grabungen wieder ein Giftfriedhof gefunden. Der Betrieb „Cheminova" hatte dort – 100 Meter von der Hauptwasserleitung entfernt – wöchentlich ca. sechs bis sieben Tonnen mit Gift vergraben. Am 1.10. enthüllte die dänische Tageszeitung „Ekstra Bladet", daß jetzt auch in Grindsted auf Jütland Tonnen mit hochgiftigen Abfällen gefunden wurden. Dieses Gift ließen die Kapitalisten des „Grindstedvärket" vor zehn bis fünfzehn Jahren vergraben. Der ganze Skandal kam dadurch ans Tageslicht, daß das Trinkwasser auf einmal wie Medizin und der Kaffee nach Tinte schmeckte.

Proben, die Wissenschaftler kürzlich dem Erdboden entnahmen, beinhalteten zehn verschiedene hochgiftige Stoffe.

Die Behörden haben jetzt jedoch erklärt, daß eine gründlichere Untersuchung des Giftes zu teuer werde und deswegen die Kapitalisten von „Grindstedtvärket" aufgefordert, die „Untersuchungen" selbst weiterzuführen!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Frauenkampf und Klassenkampf

Schweden. Vor kurzem veranstaltete FK (Förbundet Kommunist) eine Podiumsdiskussion zum Thema: Wie ist der Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau zu führen? Teilnehmer waren Vertreterinnen von Grupp 8, Svenska Kvinnors Vänsterförbund (SKV), Arbetets Kvinnor und FK. Hier eine kurze Übersicht der Stellungnahmen, die dort abgegeben wurden:

Grupp 8 stellte dar, daß nach ihrer Meinung nur die wenigsten Frauen zur Arbeiterklasse zu zählen sind. Auch wenn zur Grupp 8 hauptsächlich Frauen der Mittelschicht gehören, so kämpft Grupp 8 niemals für die Rechte der privilegierten Frauen, sondern für die Befreiung der unterdrückten Frauen. Das Ziel für Grupp 8 bei der Befreiung der Frau ist der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Da sie aber eine Frauenorganisation seien, könnten sie nicht den Klassenkampf vor den Frauenkampf setzen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß Grupp 8 im Oktober eine nationale Konferenz plant. Bestand Grupp 8 bisher aus politisch unterschiedlichen, selbständigen Lokalgruppen, so soll jetzt der nationale Zusammenschluß dieser Gruppen beschlossen werden.

FK-Vertreterinnen führten bei dieser Podiumsdiskussion aus, daß der Kampf hauptsächlich an den Arbeitsplätzen geführt werden müsse. Es sollten besonders gewerkschaftliche Fragen und Probleme der Kindererziehung behandelt werden.

Arbetets Kvinnor – Diese Vertreterinnen sagten, daß die Frauenfrage in alle Teile des Klassenkampfes eingeht. Allein die Arbeiterfrau, auf Grund ihrer Erfahrung in Bezug auf die doppelte Unterdrückung, kann die Befreiung der Frau und die Befreiung vom Kapitalismus erreichen. Von daher müssen gerade Arbeiterfrauen organisiert werden. Ziel von Arbetets Kvinnor ist die Aufhebung der kapitalistischen Unterdrückung, nicht aber der Kampf gegen die Männer. Ausgenommen sind dabei die Männer, aber auch Frauen, die ihre Machtpositionen zur Unterdrükkung der Frauen ausnutzen. Sie versuchen sich hauptsächlich gegen Grupp 8 abzugrenzen, da dies ihrer Meinung nach eine intellektuelle Mittelschichtsgruppe ist.

SKV – vertrat einen feministischen Standpunkt. Sie meinten, daß man so lange Feministin sein muß, bis die Männer es gelernt haben, die Frauen gleichberechtigt zu behandeln. (nach „Arbetakamp", 16/1977).

Skandinavien-Kommission

Norwegen

Polizeiterror

Polizeiterror

gegen Hausbesetzer





Am 18.9. wurden zwei schon seit einer längeren Zeit leerstehende Häuser in Oslo von wohnungslosen Familien und Einzelpersonen besetzt. Die noch sehr gut erhaltenen Häuser sollten abgerissen werden, um einem 9-stöckigen Wohnpalast Platz zu machen, in dem eine 4-Zimmer-Wohnung 2.000 nkr kosten soll. Eine extrem hohe Miete, an der sich der Wohnungskapitalist eine „goldene Nase" verdienen kann.

Die Hausbesetzer versuchten durch Öffentlichkeitsarbeit die Hintergründe für den geplanten Abriß der Häuser zu beleuchten, in dem sie die Methoden der Wohnungskapitalisten aufzeigten.

Um 5 Uhr morgens am 22.9. erfolgte ein brutaler Polizeieinsatz gegen die Hausbesetzer. Obwohl man sich gut auf den erwarteten Überfall vorbereitet hatte – so wurde eine Brandsirene auf dem Dach installiert, die beim Anrücken der Polizei von einem am Dach festgeketteten Besetzer inganggesetzt wurde – konnten die Bullen mit Äxten und anderen Werkzeugen die verbarrikadierten Häuser leicht stürmen, da ihnen nur passiver Widerstand entgegengebracht wurde. Mit Schlägen und Tritten wurden die Besetzer auf die Straße gesetzt. Diejenigen, die die Häuser nicht schnell genug verließen, wurden die Trppe hinuntergestoßen. Ein Besetzer wurde sogar an den Beinen eine Treppe heruntergezogen und dabei mit Fußtritten traktiert. In gleicher brutalen Art und Weise wie bei der Hausräumung ging die Polizei gegen 100-200 Demonstranten vor, die am gleichen Tage gegen den Abriß der Häuser und das brutale Vorgehen der Polizei protestierten. Ausgerüstet mit Schildern und Schlagstöcken, unterstützt von sechs berittenen Polizisten wurde eine regelrechte Jagd auf Demonstranten gemacht. Oftmals waren es vier Bullen, die auf einen Demonstranten einhieben und -traten. Bei dieser Terroraktion der Polizei wurden ca. 100 (!) Menschen vorübergehend in Haft genommen.

Unter dem Schutz von 50 Bullen wurde der Abriß der Häuser, der gleich nach der Räumung begann vollendet (nach „Klassekampen").

Skandinavienkommission

KFML(r): Homosexualität ist pervers

Schweden. Unter dem Titel: "Jespers Vater mag Männer" veröffentlichte das Zentralorgan der VPK „Ny Dag" auf der Kinderseite einen Artikel, der die Schwulenfeindlichkeit bei Kindern abbauen helfen sollte. In dem Artikel wird die Geschichte eines siebenjährigen Jungen erzählt, dessen Eltern geschieden sind und dessen Vater einen Freund hat mit Namen Staffan. In dem Artikel heißt es dann: „*Staffan und Jespers Vater lieben einander. Da sie einander so gern haben, küssen und umarmen sie sich oft. Und in den Nächten liegen sie zusammen im Bett und haben es schön zusammen.*" . . . „*Jesper weiß, daß sein Vater schwul ist. Er meint, daß das nichts Merkwürdiges sei*". (aus „Proletären", Nr. 37/77).

Merkwürdig und pervers fand allerdings Frank Baude von KFML/r (eine linke Organisation in Schweden) diese Veröffentlichung in der Zeitung „Ny Dag". In „Proletären" Nr. 37/77 wirft er der VPK vor, aus Opportunismus das „perverse Spiel" der Homosexuellen zu unterstützen, in Kindertagesheimen und Schulen homosexuelle Ideen und Gedanken zu propagieren. „*Die VPK scheut sich nicht davor, zu versuchen, unschuldige Kinderhirne mit ihrer falschen liberalen Schreiberei zu verdunkeln und zu zerstören. Es ist definitiv schädlich und ein Greuel, daß die VPK solche Ideen unter Kindern verbreitet.* "

Weiter unten in dem Artikel heißt es: „Drogenmißbrauch, Alkoholismus, eine ständig steigende Pornographiewoge und sexuelle Abweichungen" sind die Folgen der kapitalistischen Krise.

Homosexualität = sexuelle Abweichung = Perversität, das ist eine Logik, die allzu bekannt wurde durch die Verfolgung Homosexueller im Dritten Reich.

Skandinavien-Kommission

SKP verläßt Grupp 8 in Stockholm

Schweden. Sechs Frauen, Mitglieder der SKP (Vaterlandsverteidiger) haben die Grupp 8 verlassen. Als Grund geben sie an, daß Grupp 8 angeblich für die Prostitution eintritt. In Wirklichkeit hat Grupp 8 nur ein Interview mit einer Prostituierten in ihrer Zeitung veröffentlicht. Die SKP-Frauen vertreten den Standpunkt, daß die Prostitution kriminalisiert werden müsse, daß die Prostituierten nur die Verachtung der Frauenbewegung verdienten. Da Grupp 8 richtigerweise diesem Standpunkt nicht zustimmen wollte, außerdem sich weigerte, auf die Linie der Vaterlandsverteidiger einzuschwenken, ja sogar noch die Frechheit hatte, einen kritischen Artikel über die Entwicklung in China zu veröffentlichen, sind jetzt die SKP-Frauen ausgetreten.

Dabei haben sie versucht, noch andere Frauen aus Grupp 8 herauszuziehen. Dies ist ihnen aber nicht geglückt. Im Gegenteil. Dieses Spaltungsmanöver hat sie die Sympathien der Frauen gekostet (nach „Internationalen", 38/1977).

Skandinavien-Kommission

Türkei

Türkisch-Kurdistan: Völkermord auf Raten

Als am 24. November 1976 bei und vor allem nach dem Erdbeben in der osttürkischen Provinz Van mehr als 10.000 Menschen umkamen (viele davon durch die Kälte) und über 100.000 obdachlos wurden, sprachen die türkischen Regierungsstellen achselzuckend von einer Naturkatastrophe. Hilfe wurde versprochen. Tatsächlich wurde aber bis heute so gut wie nichts getan und die vielen Hilfsgüter, die auch von ausländischen Regierungen und dem Roten Kreuz in die Türkei geschickt wurden, erreichten die Opfer erst gar nicht, sondern verschwanden in den Kanälen des Militärs oder dienten zur Aufbesserung der katastrophalen Zahlungsbilanz der Türkei (s. AK 95).

Die betroffene Bevölkerung wurde ihrem Schicksal überlassen, Rettungsarbeiten sogar behindert. Bei den Betroffenen handelte es sich fast ausschließlich um Kurden. Die Einstellung der Herrschenden zu den kurdischen Bauern faßte der Militärkommandant von Lice kurz und knapp so zusammen: „*Die Kurden sind nicht wert, daß sie leben, sondern daß sie verrecken.*" Fast ein Jahr nach dem Erdbeben ist noch kein einziges Haus fertiggestellt, und der betroffenen Bevölkerung steht ein zweiter Winter im Freien bevor; notdürftig gegen die Kälte von minus 20 Grad durch Zelte und Hütten geschützt. Im folgenden Artikel wollen wir die Verfolgung und Unterdrückung der Kurden durch die Herrschenden in der Türkei darstellen.

Türkisch - Kurdistan

Von den 67 türkischen Provinzen liegen 18 in Türkisch-Kurdistan. Dieser Teil umfaßt vor allem den Osten und Südosten der Türkei. In diesem Gebiet leben schätzungsweise 8 Millionen Kurden. Das sind rund 80 Prozent der dortigen Bevölkerung. Aber auch in vielen anderen Teilen der Türkei leben viele Kurden, die z.T. dorthin deportiert wurden. Sozial und ökonomisch ist Türkisch-Kurdistan der rückständigste Teil der Türkei. So sind nur 5% der Industriearbeiter der Türkei in diesem Gebiet beschäftigt und die landwirtschaftliche Nutzfläche wird überwiegend von den Agas, den Feudalherren, beherrscht. Ihnen gehören ganze Dörfer, samt den dort wohnenden Menschen (heute noch ca. 100.000!). Schulen, Krankenhäuser, Ärzte stehen der Bevölkerung in völlig unzureichender Anzahl zur Verfügung. So entfallen auf die zehn Millionen Menschen im Osten und Südosten der Türkei 665 praktische, 339 Fach- und 95 Zahnärzte. Die katastrophalen Zustände beschreibt der einzige im Winter für die Provinz Hakkari (120.000 Bewohner) zur Verfügung stehende Arzt: „*Wer krank wird, hat kaum Chancen, medizinisch behandelt zu werden, er muß sterben. Im allgemeinen stirbt man ja nicht an leichten Krankheiten, wie beispielsweise Gastritis. Aber der Nahrungsmangel und das Fehlen einer ärztlichen Versorgung führen selbst bei solchen primitiven Krankheiten zum Tod.*"

Kurdische Erdbebenopfer

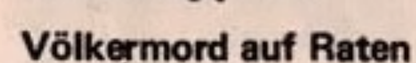
Unter welchen menschenverachtenden Bedingungen die Menschen dort leben, wird an den Berichten deutlich, wonach es in diesen Gebieten im Winter immer wieder zu Hungerkatastrophen kommt und die Not so groß ist, daß sogar Gras gegessen wird.

Diese Verhältnisse führen dazu, daß die Lebenserwartung der Menschen bei nicht einmal 45 Jahren liegt!

Obwohl die Ausbildung der Türkei schon am Schluß der europäischen Staaten rangiert, sind die Verhältnisse in Türkisch-Kurdistan noch weitaus schlechter. Nur 37,2% der Männer und 11% der Frauen können lesen und schreiben (siehe dazu auch AK 96). Alle diese skandalösen Zustände liegen aber nicht an den Besonderheiten der dort lebenden Bevölkerung. Vielmehr ist es so, daß Türkisch-Kurdistan ein im Hinblick auf die vorhandenen Bodenschätze sehr reiches Land sein könnte und die kurdische Bevölkerung über eine entwickelte eigene Kultur und Sprache verfügt. Der Grund liegt darin, daß Türkisch-Kurdistan bewußt von der türkischen Regierung im Stile einer Kolonie ausgeplündert wird, bzw. die feudalen und halbfeudalen Herrschaftstrukturen nicht angetastet werden. Türkisch-Kurdistan gilt als Reservoir für billige Arbeitskräfte, die Rohstoffe und Energiequellen dienen vor allem zur Entwicklung der Westtürkei, bzw. befinden sich in der Hand imperialistischer Monopole.

Die reichen Ölvorkommen in Kurdistan haben auch eine wichtige Rolle bei der Aufteilung Kurdistans zwischen Irak, Iran, Syrien und der Türkei nach dem Ende des ersten Weltkrieges gespielt.

Die Ausplünderungspolitik der Türkei gegenüber der kurdischen Bevölkerung ist begleitet von einer systematischen Unterdrückungs-und Vernichtungspolitik.



Völkermord auf Raten

Völkermord auf Raten

Obwohl auf der Friedenskonferenz von Lausanne nach dem Ende des ersten Weltkrieges der Vertreter der türkischen Regierung, Ismet Inönü (späterer Regierungschef) ausdrücklich die Existenz der kurdischen Nation gleichberechtigt zur türkischen Nation zugab und erklärte, daß das kurdische Volk keine nationale Minderheit, sondern eine Nation mit eigener nationaler Identität ist, wurden die damit verbundenen nationalen Rechte den türkischen Kurden nie zugestanden.

Im Gegenteil: Nach Beendigung der Lausanner Konferenz wollte die türkische Regierung nichts mehr von der Existenz des kurdischen Volkes wissen. Die Worte „Kurde" und „Kurdistan" wurden verboten. Die Kurden wurden aller nationalen Rechte beraubt und „assimiliert", d.h. türkisiert. Es wurde die Kurdische Sprache verboten. In keiner Schule in Türkisch-Kurdistan wird Kurdisch unterrichtet. Gegen diesen Bruch der Lausanner Vereinbarungen haben sich die Kurden in Aufständen in den Jahren 1925, 1930, 1934 und 1938 zur Wehr gesetzt. Diese Aufstände wurden von der türkischen Regierung grausam niedergemetzelt; mehrere hunderttausend Menschen wurden dabei getötet.

In der Folge wurden weitere Hunderttausende nach Westanatolien vertrieben. Daß diese Politik der türkischen Regierungen nicht der Vergangenheit angehört, wurde aus Dokumenten deutlich, die der Öffentlichkeit von „amnesty international" und kurdischen Organisationen in diesem Jahr wiederum vorgelegt wurden.

Nach wie vor sind die Kurden in Türkisch-Kurdistan sämtlicher nationaler und kultureller Rechte beraubt. Nach wie vor werden Kurden aus ihrer Heimat durch spezielle Polizeikommandos (Jandarmas) vertrieben, überfallen, terrorisiert, getötet und gefoltert. Seit der Amtszeit der MC-Regierung im Jahr 1975 hat sich der Terror gegen die Kurden weiter verstärkt (ebenso der Terror, der gegen die gesamte türkische Bevölkerung ausgeübt wird). Die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung kann in folgende Bereiche unterteilt werden:

- Beraubung der kulturellen und nationalen Rechte,
- individuelle Folterungen auf Polizeistationen,
- Deportationen,
- kollektive Erniedrigungen und Überfälle durch die Polizeikommandos.

Hierzu einige exemplarische Beispiele. Wie bereits erwähnt, ist es in der Türkei verboten, überhaupt von Kurden zu sprechen. Sie existieren nicht im offfiziellen Sprachgebrauch. Sie werden als „Ostanatolier" oder „Bergtürken" bezeichnet. Bücher oder Zeitungen in kurdischer Sprache wurden und werden verboten und eingezogen, die verantwortlichen Verleger und Autoren mit langjährigen Gefängnisstrafen belegt. Ebenso ist das Spielen kurdischer Musik verboten. D.h. der kurdischen Bevölkerung wurden alle nationalen Rechte entzogen.



Kurdische Befreiungskämpter an der türkisch-Irakischen Grenze

Im Parteiengesetz ist unter dem Paragraphen 89 den Parteien verboten, die Existenz einer anderen Sprache und Kultur als die der türkischen zu erwähnen. Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) wurde deswegen verboten. Um die Türkisierung der Kurden gewaltsam durchzusetzen, hat die Regierung sogenannte lokale Internatsschulen errichtet, in denen die kurdischen Kinder den Eltern entrissen – im Sinne einer rassistisch-chauvinistischen türkischen Kultur erzogen werden. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß gerade seit der MC-Regierung 1975 und ihrer jetzigen Neuauflage die Faschisten alles unternehmen, den Ausbildungssektor zu kontrollieren und z.B. die pädagogischen Hochschulen nur noch Mitglieder und Sympathisanten der Faschisten zu lassen (wir berichteten im AK darüber).

Folterungen auf Polizeistationen:

Malatya

Um Aussagen über oppositionelle Kurden zu erzwingen, wurden einem Kurden auf der Polizeistation zuerst Teile der Haut auf den Fußsohlen abgeschält. Dann wurden ihm kleine Nägel dort hineingedrückt und er mußte barfuß über Glassplitter laufen. Um die Schmerzen zu vergrößern, haben ihm die Polizisten auf die Schultern gedrückt. Danach wurde ein Gummiknüppel in seinen Hintern gesteckt. Als er immer noch nicht aussagen wollte, wurde mit einer glühenden Metallspitze sein rechtes Auge durchstoßen. Er ist seither auf diesem Auge blind.

Diyarbakir

Hier starb Ende November vergangenen Jahres ein Student an den Folgen der Folterungen. Der Autopsiebericht eines Arztes der Universitätsklinik stellte fest, daß bei dem Gefolterten an den Füßen, am Gesäß, an den Geschlechtsteilen, auf dem Rücken usw. Verbrennungen festgestellt wurden, die von Elektroschocks herrührten. Außerdem fehlten ihm büschelweise die Kopfhaare.

Uludere

Im August 1976 nahmen die Jandarmas die 18 und 13 Jahre alten Söhne eines Landarbeiters mit zur Polizeistation. Dort wurden sie gezwungen, sich auf das glühendheiße Blechdach zu legen und direkt in die Sonne zu sehen. Jedesmal, wenn sie blinzelten oder die Augen zu schließen versuchten, wurden sie mit Stöcken geschlagen. Nach einigen Stunden wurden sie mit den Füßen an einem Baum aufgehängt und wieder geschlagen. Dann warfen die Jandarmas sie in ein Schlammloch und trampelten auf ihnen herum. Nach 24 Stunden wurden sie nach Hause geschickt.

Als sich der Vater beim Staatsanwalt beschweren wollte, bekam er zu hören, daß der Polizeichef dem Innenminister untersteht und unbegrenzte Befugnisse hat. Dem Vater wurde auch nicht einmal erklärt, wa-

Fortsetzung Seite 46

Fortsetzung von Seite 45

rum seine Söhne gefoltert worden waren (Pressekonferenz von amnesty international am 4.2.77).

Die bestialische Brutalität der Jandarmas geht auch aus einem Flugblatt von zehn demokratischen Organisationen vom 28. Januar 1976 hervor: *„Im Gebiet des Landkreises Idil überfielen Gendarmen fünf Schäfer, die sich gerade in einer Höhle aufhielten und keineswegs mit Schmuggelei zu tun hatten.* (Schmuggel und angeblicher Waffenbesitz sind beliebte Vorwände für die Bullen, die Bevölkerung zu terrorisieren, Anm. Red.)

Sie waren unbewaffnet und konnten keinen Widerstand leisten und wurden trotzdem erschossen. Ein Bauer wurde am Fuß verletzt. Als er die Gendarmen um Wasser anflehte, erschlugen diese ihn. Leichen jagte man Schüsse durch den Kopf und zerfetzte sie mit Bajonetten. Bei einer Festnahme wurden die Menschen ausgezogen und schließlich ausgepeitscht. Als man sie töten wollte, sagte einer der Gendarmen, daß sie fünf Menschen getötet hätten und man es vorläufig dabei belassen sollte; woraufhin dann ein nächster Massenmord ausgeblieben ist .."

An der Tagesordnung sind Übergriffe der Jandarmas, bei denen die Bewohner ganzer Dörfer zusammengetrieben und mißhandelt werden. Elektroschocks aus den Akkus von Lastwagen, Vergewaltigung von Frauen, Tanzen auf Dornensträuchern, Abschneiden der Bärte der Männer und sadistische Quälereien an Kindern gehören dabei zum ständigen Repertoir.

Systematisch geht die türkische Regierung auch daran, die Kurden aus ihrer Heimat zu vertreiben.

So wollte z.B. nach dem Militärputsch 1971 die türkische Regierung zum Irak und zu Syrien einen sogenannten freien Gürtel schaffen und die dort lebenden Kurden in den Westen deportieren. Aufgrund des Protestes der Kurden wurde dieser Plan nach außen hin fallen gelassen. Die Deportationen fanden dennoch statt. Insgesamt 4000 Personen wurden deportiert. Weitere Deportationen sind aus den Jahren 1974/75 bekannt. Dabei wurde von den Jandarmas wiederum die kollektive Folter benutzt, um die Menschen zum „freiwilligen" Verlassen des Grenzstreifens zu zwingen.

Dabei geht die türkische Regierung nicht isoliert vor, sondern arbeitet seit zwei Jahren mit dem Irak und Syrien bei der Säuberung der Grenzgebiete zusammen; ansatzweise auch mit dem Iran. Insgesamt sollten 62 Dörfer im Grenzgebiet ausgesiedelt werden. Durch die Zerstörung dieser Dörfer bei dem letzten Erdbeben im Nov. 1976 hat sich diese Aktion für die türkische Regierung „von selbst" erledigt.

Die Kurden und die türkische Linke

Wie wir dargestellt haben, ist die Verleugnung der Existenz eines kurdischen Volkes Bestandteil des türkischen Nationalismus und Chauvinismus. Der Nationalismus und Chauvinismus gegenüber den Kurden verfängt auch heute noch in größeren Teilen der türkischen Bevölkerung. Gepaart mit der unter Strafe stehenden Auseinandersetzung mit der Kurdenfrage findet der berechtigte Kampf der Kurden für die Erlangung ihrer nationalen und kulturellen Rechte nicht auf die Unterstützung aller türkischen Linken.

Obwohl berechtigterweise Kritik an nationalistischen Tendenzen bei den Reihen der kurdischen Oberschicht geübt wird, ist doch festzustellen, daß dies zum Teil auch als Alibi für eigene nationalistische Standpunkte dient. Dies trifft besonders für die CHP (Sozialdemokraten) zu. Für die CHP existieren, wie auch regierungsoffiziell, keine Kurden. Demzufolge findet der Kampf der Kurden für ihre nationalen Rechte keine Unterstützung durch diese Partei.

Demgegenüber verstehen Teile der revolutionären Linken die Kurdenfrage als ein Problem des gemeinsamen Kampfes des türkischen und kurdischen Volkes gegen Imperialismus und Faschismus, und für den Sozialismus.

Dabei wird betont, daß die nationalen Rechte der Kurden nur erreicht werden können, wenn demokratische Rechte in der Türkei durch eine sozialistische Revolution hergestellt werden. Nicht klar beantwortet wird dabei die Frage, wieweit zum jetzigen Zeitpunkt der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes unterstützt wird, unabhängig von der Entwicklung der Klassenkämpfe in der Türkei – wieweit also der Kampf der Kurden auch Antrieb für den Klassenkampf in der Türkei ist.

Griechenland/Türkei-Kommission

„Terroristenjagd" gegen die

„Terroristenjagd" gegen die Lehrergewerkschaft TÖB-DER

Die Zentrale der fortschrittlichen Lehrergewerkschaft TÖB-DER in Ankara wurde am 3.10. von einem bewaffneten Polizeiaufgebot durchsucht. Der Gouverneur von Ankara hatte dazu den mündlichen (!) Befehl gegeben. Ziel der Aktion war es, „Waffen zu suchen", nachdem im selben Haus, allerdings nicht in den TÖB-DER-Räumen, eine Pistole „gefunden" worden war. Daß bei der TÖB-DER nichts zu finden war, mußte der Einsatzleiter der Polizei selbst zugeben. Frech sagte er ganz offen, daß er den Auftrag hatte, TÖB-DER mit der „gefundenen" Pistole in Verbindung zu bringen. Ein Abgeordneter der CHP (Sozialdemokraten), der an Ort und Stelle gegen diese Provokation protestierte, wurde von den Bullen bedroht („Cumhuryet", 4.10.).



Türkische Bereitschaftsbullen verhaften protestierende Studenten

Der Versuch, die fortschrittliche Lehrergewerkschaft durch „Waffenfunde" zu kriminalisieren, ist ein weiterer Angriff seitens des türkischen Staates auf demokratische Organisationen, nachdem in der Vergangenheit TÖB-DER schon mehrfach vom Gouverneur geschlossen worden war. Daß auch andere fortschrittliche Organisationen von solchen Provokationen betroffen sind, zeigt der Polizeiangriff auf das Büro der „Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei" in Istanbul, ebenfalls am 3.10. (Cumhuryet", 4.10.).

Weiterhin wurden die Studenten eines Studentenwohnheims in Istanbul von Bereitschaftspolizei überfallen und verhaftet, als sie gegen Vertreibung aus ihrem Wohnheim durch die Polizei protestierten. Angeblich sollte das Wohnheim „renoviert" werden. Zutreffender ist wohl, daß das Wohnheim für faschistische Studenten freigemacht werden sollte, wie dies gerade in Istanbul schon mehrfach unter demselben Vorwand geschehen ist. Bezeichnenderweise brauchte ein in der Nachbarschaft liegendes Wohnheim, das schon von Faschisten besetzt ist, nicht „renoviert" werden.

Die Faschisten setzten dagegen ihre Überfälle gerade gezielt auf fortschrittliche Einrichtungen und Organisationen fort: So wurden u.a. ein Büro der CHP in Zonguldak beschossen, das nationale Büro der fortschrittlichen Nationalen Jugendorganisation der Türkei (TMGT) überfallen, ein Kultur-Verein und das Ortsbüro der Metaller-Gewerkschaft Maden-Is, die sich seit mehreren Monaten im Streik befindet, von Faschisten angegriffen. Im Stadtteil Dikmen von Ankara schossen Faschisten in die Menge, die aus dem Volkshaus dieses Stadtteils herausströmte. Ein Besucher des Volkshauses, Ergun Aracan, wurde dabei ermordet.

Der fortschrittliche Rechtsanwalt Niyazi Agirnasli, der angeklagte Mitglieder der „Türkischen Volksbefreiungsarmee" zur Zeit der Militärdiktatur verteidigt hatte, veröffentlichte zu dem Mord in Dikmen folgende Erklärung: *„Die Quellen, die unter dem Befehl des amerikanischen Imperialismus die Faschisten ernähren, haben Angst davor, daß das Kampfbewußtsein gegen den Faschismus und für die Unabhängigkeit wächst und das Volk erfaßt."* („Cumhuryet", 25.9. - 3.10.).

Griechenland/Türkei-Kommission

Aktionseinheit demokratischer Massenorganisationen gebildet

Aus Anlaß des gemeinsamen Nato-Manövers „Ausdruck der Entschlossenheit 77" fanden in der Türkei mehrere Protestaktionen in der letzten Septemberwoche statt. Aus dem gleichen Anlaß wurde am 1.10. in Istanbul eine Veranstaltung durchgeführt, die von insgesamt 37 Organisationen getragen wurde (von Revisionisten bis zu Revolutionären Organisationen, ausgenommen Sozialdemokraten und MLer). Diese Veranstaltung, bei der anfangs ca. 8.000 Menschen anwesend waren, lief so ab, daß je ein Vertreter der veranstaltenden Organisationen einen Redebeitrag hielt. Es ist das erste Mal seit langer Zeit, daß ein so breites Bündnis für eine Veranstaltung zustandegekommen ist.

Für das weitere Vorgehen wurde beschlossen, daß jeweils zwei Vertreter jeder Organisation ein Aktionsprogramm ausarbeiten. Das Ziel ist, künftig antiimperialistische, antifaschistische und antichauvinistische Aktionen gemeinsam zu planen und durchzuführen, einen gegenseitigen Informationsaustausch zu organisieren und eine Aktionseinheit über alle politischen Differenzen hinweg zu bilden.

In diesem Sinne wurde weiter beschlossen, Angriffe gegen einzelne Organisationen als Angriff auf die Aktionseinheit zu betrachten und entsprechend zu beantworten, d.h. Spaltungsversuchen von vorneherein entgegenzutreten.

Erfolgreiche Aktion gegen britisches Kriegsschiff in Istanbul

Ein erster Erfolg der Aktionseinheit war eine Aktion gegen den Besuch des britischen Kriegsschiffes „Tiger" in Istanbul.

In der Istanbuler Innenstadt fanden hierzu am 10.10.77 eine größere Anzahl von Kleindemonstrationen (Piratendemos) und Kundgebungen statt. Es wurden Parolen gerufen wie: *„Nieder mit dem Imperialismus", „Für eine unabhängige Türkei", „Schulter an Schulter gegen Faschismus und Imperialismus".*

Den britischen Marineinfanteristen, die sich an diesem Tag (wohl in Unkenntnis des antiimperialistischen Bewußtseins) an Land gewagt hatten, erging es nicht besonders gut. Sie waren plötzlich Mittelpunkt der schon traditionellen „Mützensammelaktionen", die die Demonstranten unterstützt durch die Bevölkerung durchführten. (Diese Aktionen gehen zurück bis in die 60er Jahre. Dabei geht es darum, Soldaten imperialistischer Streitkräfte und damals auch den türkischen Polizisten die Mützen zu klauen und sie dadurch symbolisch ihrer „Ehre" zu berauben. Dabei werden diese Aktionen wettkampfmäßig durchgeführt: Es kommt darauf an, so viele Mützen wie möglich zu ergattern.)

Obwohl die Engländer die einzigen waren, die nach dem Nato-Manöver Istanbul zu besuchen wagten (US-Schiffe können sich schon lange nicht mehr blicken lassen), wird es wohl auch für längere Zeit das letzte Mal gewesen sein!

Griechenland/Türkei-Kommission

Schweiz

Demokratisches Manifest erneut verurteilt

Denunziant Cincera immer noch ohne Verfahren

Wegen ihres spektakulären Einbruchs in das Denunziantenarchiv von Ernst Cincera im November 1976 wurden jetzt drei Mitglieder der Gruppe „Demokratisches Manifest" (DM) erneut verurteilt. Zwei erhielten 35 Tage Gefängnis, einer 18 Tage Gefängnis.

Dieser Prozeß fand in zweiter Auflage statt, nachdem die DM-Mitglieder aus Protest gegen die verschleppten Untersuchungen gegen Cincera zum ersten Gerichtstermin im Mai nicht erschienen waren.

Das Urteil ist bezeichnend für die schweizerische Rechtssprechung: das DM hatte aufgedeckt, daß Oberst-

schweizerische Rechtssprechung: das DM hatte aufgedeckt, daß Oberstleutnant Cincera im umfangreichen Archiv der sogenannten „Informationsgruppe Schweiz" (einem privaten Geheimdienst) Informationen aus allen möglichen illegalen Kanälen (u.a. durch Verletzung des Bank- und Amtsgeheimnisses) über Linke und Demokraten speicherte und bei Bedarf an die entsprechenden Stellen weitergab, so z.B. an Personalchefs. Im November 1976 waren die drei DM-Mitglieder im Cincera-Archiv



Die drei verurteilten Mitarbeiter des „Demokratischen Manifest"

eingebrochen und hatten Material aus der Kartei sichergestellt, um weitere Denunziationen zu verhindern und die Praktiken der „Informationsgruppe Schweiz" ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Gegen die DM-Mitglieder wurden sofort Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch und „Sachentziehung" aufgenommen. Das Gericht gab weder dem Antrag der Verteidigung auf Verschiebung des Prozesses, bis die Ermittlungen gegen Cincera abgeschlossen sind, statt, noch erkannte es den Einbruch als Notstandshandlung an.

Während das Verfahren gegen die DM-Mitglieder schnell durchgezogen wurde, gab es bei den Ermittlungen gegen Cincera ständig Verzögerungen, es wurde regelrecht verschleppt. Sein Archiv wurde nach dem Einbruch versiegelt, auf belastendes Material gegen ihn jedoch nicht untersucht. Daran hatten (wie wäre es auch anders denkbar) anscheinend weder die Staatsanwaltschaft, noch die Kantonsbehörden oder gar die Militärbehörde ein Interesse.

Cincera-Lieferant freigesprochen

Folgerichtig wurde auch der Cincera-Informant Frick, Personalchef der Psychiatrischen Klinik Burghölzli, Zürich – angeklagt wegen Amtsgeheimnisverletzung – am 13.9. freigesprochen. Frick hatte nicht nur zusammen mit dem Verwaltungsdirektor der Klinik in rund 10 Fällen über Stellenbewerber Informationen bei Cincera bezogen, sondern auch im Februar 1976 an Cincera vertrauliche Personalunterlagen über einen Bewerber weitergegeben. Diese landeten in Cinceras Denunziantenarchiv. Trotzdem sah das Zürcher Bezirksgericht darin keine strafbare Handlung, da Cincera als Mitglied der Aufsichtskommission der Klinik aktenberechtigtes Behördenmitglied war (und immer noch ist)!

Denunziokratie ohne Ende

Durch diesen Prozeß kamen die geheimen Praktiken zur politischen

Durch diesen Prozeß kamen die geheimen Praktiken zur politischen Überprüfung von Stellenbewerbern im Kanton Zürich ans Tageslicht. Sowohl die Gesundheitsdirektion wie auch andere kantonale Departements holten sich beim Personalsekretär in der Finanzdirektion, Rothen, Informationen über „extremismusverdächtige" Stellenbewerber. Rothen wiederum bezog sein Denunziationswissen von Cincera, der politischen Polizei und aus anderen Kanälen.

Rothen sah rot, wenn ein Bewerber:
- in einer Wohngemeinschaft wohnt
- an einer Mieterdemonstration teilnahm
- in einem Experimentierkindergarten gearbeitet hatte
- als qualifizierter Sozialwissenschaftler nur halbtags arbeiten wollte usw. usw.

All diese Praktiken wurden von „höchster" Stelle gedeckt. Alt-Regierungsrat Bürgi verschaffte Cincera Kontakt zu Zürcher Klinikverwaltern, vor denen er im Januar 1973 über Subversion referierte. Bürgi wies damals ausdrücklich darauf hin, daß man sich bei Bedarf Auskünfte über „Extremismusverdächtige" bei Cincera holen könne. Kein Wunder, daß von Seiten der Kantonsregierung nichts gegen Cincera unternommen wird.

Trotz der Angriffe, denen das Demokratische Manifest jetzt ausgesetzt ist und der Verurteilung von dreien seiner Mitglieder durch einen Prozeß, bei dem das Urteil schon vor Beginn der „Beweisaufnahme" feststand, hat es erklärt, daß es weiterhin alles unternehmen werde, *„um denunziatorische Machenschaften von der Art, wie Cincera sie betreibt, aufzudecken und zu bekämpfen"* (Zitat nach „BaZ", 10.10.77). (Alle weiteren Angaben nach DM-Bulletin, 29.9. und 7.9.77.)

Österreich-Schweiz-Kommission

Terrorurteile im „Petra-Krause-Prozeß"

Mit Terrorurteilen von sechseinhalb und fünf Jahren Zuchthaus (!) ging am 27.9. der sogenannte „Petra-Krause-Prozeß" in Winterthur gegen die beiden Angeklagten Peter Egloff und Daniele von Arb zu Ende.

Der Prozeß gegen Petra Krause direkt wurde um „mehrere Monate" vertagt, weil dem Gericht ein vom italienischen Justizminister beglaubigtes Gutachten der Poliklinik von Neapel vorgelegt wurde, nach dem Petra mindestens vier Monate nicht „prozeßfähig" ist. Petra war nach zweieinhalbjähriger U-Haft mit der Auflage an die italienischen Behörden, sie zum Prozeßbeginn wieder in die Schweiz zu überführen, nach Italien abgeschoben worden (s. AK 110).

Peter und Daniele legten zu Prozeßbeginn Geständnisse ab. Den Angeklagten wird u.a. vorgeworfen, die baskische ETA mit Waffen unterstützt zu haben. Während die Staatsanwaltschaft von „exportiertem Terror" sprach, hob der Verteidiger hervor, daß es sich hierbei um „exportierte Demokratie" handele, „*die sich in seinen Augen fast makellos abhebt von der legalen Waffenausfuhr der Schweiz an das Spanien unter dem Franco-Regime*" („Neue Zürcher Zeitung", 29.9.77).

Zu Prozeßende kam noch einmal deutlich auf den Tisch, was sich bereits in der Anklageschrift abzeichnete; daß hier ein echtes Gesinnungsurteil gefällt werden sollte: „*Angefangen aus Idealismus, später dann in revolutionären Absichten, unterstützten die Untergrundeidgenossen von Zürich aus unter deutscher Leitung den Kampf gegen die geltende Ordnung in zahlreichen europäischen Ländern*" („FR", 19.9.77). Dies setzte sich fort in der Urteilsbegründung: „*Das Gericht bejahte die gemeine (!) Gesinnung ...*". „*Der Gerichtspräsident, Dr. Peter Fink, bemerkte dazu, daß heimtückisch, hinterhältig und gemein handle, wer Sprengstoff als Kampf- und Schreckmittel einsetze*" („NZZ", 29.9.77).

Freiheit für Petra Krause und die Verurteilten im Winterthurer Prozeß!

Schweiz-Kommission

KURZMELDUNGEN

Protesterklärung gegen Repression gegen Lehrer

Gemeinsam protestierten die Baseler Gruppe der Gewerkschaft VPOD (Gruppe Erziehung und Kultur), das „Demokratische Manifest" Nordwestschweiz und die Gewerkschaft Erziehung in einer Erklärung gegen die zunehmende Repression, die gegenüber Lehrern ausgeübt wird. Unter anderem wurde ein Lehrer, der der sozialdemokratischen Partei angehört, durch einen Brief des Erziehungsdirektors unter Druck gesetzt. Ein Seminarlehrer wurde Schikanen ausgesetzt, weil er engagierter AKW-Gegner ist. In der gemeinsamen Erklärung heißt es unter anderem: „*Die Schikanen gegen Lehrer mit abweichender Meinung nehmen System an. Nach den sich häufenden Vorkommnissen in verschiedenen Kantonen drängt sich der Verdacht auf, das koordiniert gegen Erzieher vorgegangen wird, die sich den Luxus leisten, eine Meinung zu vertreten, die nicht genehm ist.*

Es ist natürlich kein Zufall, dass gerade in der Zeit der Lehrerarbeitslosigkeit Maulkörbe ausgeteilt werden; *jetzt, wo Seminaristen, Lehrer und Erzieher Angst haben, ihre Stelle zu verlieren oder keine zu bekommen, rechnet man mit gefügigen Untertanen und schweigenden Mitmachern.*

Wer allerdings seine Ansicht von Meinungsfreiheit und politischer Toleranz nicht den Konjunkturschwankungen unterwirft, muß die Welle von ideologischer Gleichschaltung, die zurzeit das schweizerische Erziehungswesen (und nicht nur dieses!) prägt, aufs schärfste verurteilen. Wir wehren uns entschieden gegen Praktiken, die dazu führen, das unsere demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt werden!" (aus: „POCH-Zeitung", 13.10.77).

Kantonspolizeichef verschiebt Waffen an libanesische Faschisten

Der Chef der kantonalen Verkehrspolizei in Wallis, Maurice Pasquinoli, mußte kürzlich „*wegen anderer Geschäftsverbindungen*" (offizielle Angabe laut „BaZ", 7.10.77) von seinem Amt suspendiert werden. Wie die Zeitschrift „Nouvel Illustre" enthüllte, steckt er tief im Sumpf von Waffenschiebereien. Ein höchst illustres Kleeblatt, nämlich der wegen eines Bauskandals in Haft sitzende Verwaltungspräsident der Baufirma Savro, ein Iraner namens Tchovak und der Verkehrspolizeichef hatten eine Aktiengesellschaft gegründet, die den hintergründig-denkwürdigen Namen C.I.A. hatte. Sie sollte „*den Import und Export von allen möglichen Waren zum Zweck*" haben („BaZ", 7.10.77). Sie verscherbelte z. B. „Waren" wie 100.000 Maschinengewehre in den Libanon und hatte bereits den Auftrag, Kampfflugzeuge und Panzer zu beschaffen.

Man ist von offizieller Seite bemüht, noch irgendeine Entschuldigung für die dunklen Geschäfte des aufrechten Polizeioffiziers zu finden. So schreibt die „BaZ": „*Es wird als möglich erachtet, daß Pasquinoli als Aktionär nicht wußte, welchen Handel die Gesellschaft tätigte*" (7.10. 1977).

Klingt aber doch noch etwas jämmerlich, oder?

Wer Arbeit finden will, darf nicht arbeitslos sein!

Muttenz. Eine private schweizer Stellenvermittlungs-Firma hatte folgende Anzeige veröffentlicht: „*Wir suchen für Temporär-Einsätze diverse kräftige und zuverlässige Hilfsarbeiter für ein Unternehmen in der Region Muttenz. Es kommen nur Bewerber in Frage, die während der letzten zwölf Monate gearbeitet haben und dies auch nachweisen können*" („Baseler Zeitung" – „BaZ", 6.10.77.).

Dieser Vorgang zeigt erneut, mit welcher Menschenverachtung und Arroganz sich Kapitalisten einen Dreck um die Arbeitslosigkeit – Produkt des Kapitalismus, nicht der Arbeiter – scheren. Eine solche entwürdigende Praxis stellt eine Diskriminierung nicht nur der Arbeitslosen, sondern aller Arbeiter dar.

Die Sklavenhändler-Praxis dieser Firma war jetzt das Thema einer kleinen Anfrage an die Kantonsregierung. In der Antwort heißt es, es gebe „leider" keine rechtliche Grundlage, auf der man das Treiben der Firma verbieten könne. Diese Firma gehe von der „*irrigen Annahme aus, Arbeitslose seien schlechtere Arbeitskräfte als bereits beschäftigte ...*" („BaZ", 6.10.77).

Na, so ein Irrtum!

Schweiz-Kommission

Spanien

PSOE: Alt und jung auf Rechtskurs

Vom 27.-29.9 fand in Madrid der 13. Kongreß der spanischen Jungsozialisten („Juventudes Socialistas" = JJSS) statt. Zum Kongreß der 500 Delegierten waren 60 ausländische Delegationen gekommen, u.a. Vertreter der palästinensischen PLO sowie der F.Polisario und verschiedener kommunistischer Parteien und Länder sowie die Jugendorganisationen der spanischen revisionistischen PCE, der „ML"-Partei PTE und anderer maoistischer Gruppierungen.

Der Jusos-Kongreß bekam zunächst die angemieteten Räume im Messepalast von Madrid vom spanischen Innenminister verriegelt, weil die Anwesenden sich weigerten, eine republikanische Fahne vom Podium zu nehmen. Während der Debatten selbst war eine der entscheidenden Fragen, in welchem Maße die Jugendorganisation der PSOE eine unabhängige Politik von der Gonzalez-Partei betreiben sollte. Eine größere Anzahl regionaler Organisationen der JJSS, darunter die aus Madrid, Valencia, Murcia, Galizien und Andalusien waren gegen die übermäßige Unterordnung der jungen Sozialisten unter die Gonzalez-Partei. Durch formale Tricks gelang es der rechten Linie, repräsentiert durch (u.a. Katalonien, Euzkadi, Asturien, usw.), wichtige regionale Verbände, wie sie von Madrid und Andalusien von jeglichen Abstimmungen auszuschließen. Begründung: Beitragsrückstände. . . An der abschließenden Wahl des neuen Exekutivkomitees nahmen insgesamt 22 regionale Verbände demonstrativ gar nicht teil. Somit war die Kontinuität der Rechten gesichert. Der neue Generalsekretär Barragan gilt als „der Mann von Felipe" (Felipe Gonzalez ist Vorsitzender der PSOE) (nach „Mundo Obrero", 12.10.77). Die linke Opposition in den eigenen Reihen war bereits Anfang des Jahres weitgehend ausgeschaltet worden. In Alava (Navarra) war im Januar d.J. die gesamte Regionalorganisation aufgelöst worden, die offensichtlich der Kern einer linksoppositionellen Strömung war, welche die Zeitung „Nueva Claridad" („Neue Klarheit") herausgibt. Diese Zeitung bezieht sich historisch auf die „Claridad" aus der Zeit der 2.spanischen Republik, die vom damaligen linken Flügelmann der PSOE, Largo Caballero, herausgegeben und die ihm während des Bürgerkrieges vom rechten PSOE-Flügel aus der Hand gewunden wurde. Die linke Strömung der spanischen Jusos hat enge Kontakte zur linken Opposition innerhalb der britischen Labour-Partei, die sich um die Zeitung „militant" gruppiert. Die Vertreter dieser Strömung bezeichneten das weitere Vorgehen der Jusoführung nach dieser Auflösung der Regional-Organisation in Alava als „Hexenjagd" gegen die linke Strömung (El Pais, 27.9.77).

Vieles spricht dafür, daß die PSOE-Führung und die ihr treue Juso-Führung es gar nicht erst zu größeren Flügelkämpfen innerhalb der eigenen Reihen kommen lassen wollen und daher sehr schnell und gründlich mit der linken Opposition aufräumen. Hierbei dürften angesichts der äußerst engen Verbindungen zwischen PSOE und westdeutscher SPD die Erfahrungen mit den hiesigen Jusos Pate gestanden haben.

Bei der PSOE selbst wurden im Juli über hundert (nach offizieller PSOE-Auskunft nur 15) Mitglieder von Vallecas (Madrid) wegen „trotzkistischer Tendenzen" ausgeschlossen (El Pais, 5.8.77). Diese PSOE-Opposition gibt ein eigenes Organ „Lucha Socialista" („Sozialistischer Kampf") heraus (20.000 Auflage) und hat sich als autonome sozialistische Gruppierung konstituiert.

In der ersten Ausgabe ihrer Zeitung kritisieren sie scharf den Verzicht der PSOE, bei den Wahlen vom 15.Juni eine Wahlkampagne gegen die Zentrumspartei von Suarez zu führen und erklären das mit der Angst der PSOE, die Mehrheit zu bekommen und an die Regierung zu müssen. „*Dann würde man wie bei Mario Soares in Portugal, klar sehen, was er (Felipe Gonzales - AK) heute vor den Augen der Arbeiter verbergen will, nämlich seine bedingungslose Unterstützung für die Reform, für die frankistischen Institutionen und die Monarchie*" („Lucha Socialista", Nr.1). Dies ist auch der Grund, weshalb Gonzalez so standhaft den hemmungslos immer wiederholten Anträgen der spanischen Revisionisten widerspricht, die eine „Regierung der nationalen Konzentration" (PSOE, Zentrum, evtl. PCE) fordern, um das Land vor wirtschaftlichem Chaos und vor allem vor den unruhigen Arbeitern zu retten.

Daß es an der PSOE-Basis einige Unzufriedenheit über den rechten und patriarchalischen Kurs von Gonzalez gibt, zeigte sich auch Mitte September in Sevilla, wo das Exekutivkomitee der Provinz zurücktrat, weil die örtliche Vollversammlung den Rechenschaftsbericht zurückwies. Auf Kritik stieß hier auch die mangelnde Demokratie in der Partei, die u.a. darin zum Ausdruck kam, daß die Wahlliste für Sevilla nicht von den örtlichen Kräften entschieden wurde, sondern praktisch fertig aus Madrid kam (El Pais, 14.9.77). Im selben Zeitraum mußte das Exekutivkomitee der Region Galizien zurücktreten wegen eines Mißtrauensvotums, das sich auf Kritik an der Organisations-, Presse- und Propagandaarbeit der örtlichen Partei stützte (El Pais, 14.9.77)

Ebenso arrogant und selbstherrlich wie sich die Madrider Führung gegenüber Kritik der eigenen Mitglieder und den Regionalorganisationen verhält, beträgt sie sich gegenüber den anderen sozialistischen Gruppierungen in Spanien. Für die

über den anderen sozialistischen Gruppierungen in Spanien. Für die PSOE ist die Frage der Vereinigung mit den anderen sozialistischen Parteien (PSP, historische PSOE, PSC, Katalonien, usw.) nur denkbar als vollständige Unterordnung dieser unter die PSOE-Führung. Offensichtlich ist die „Oppositionsrolle" Nr.1 der PSOE im spanischen Parlament so attraktiv, daß es viele Übertritte zur PSOE gibt. So hat sich der historische PSOE-Flügel nach Massenübertritten in Madrid offiziell und bedingungslos wieder mit der Gonzalez-Partei vereinigt (El Pais, 17.9.77). Die linkssozialistische PSP von Tierno Galvan ist allerdings nicht bereit, sich so einfach über den Löffel barbieren zu lassen. Trotz ihrer Bereitschaft zur Herstellung einer einzigen sozialistischen Partei in Spanien, macht sie eine solche Einheit von einer Reihe politischer Klärungen abhängig. Den Übertritt einer ganzen Reihe führender Mitglieder ihrer Madrider Organisation zur Gonzalez-Partei hielt der Parteivorstand nicht für symptomatisch für die ganze Partei, wenngleich er von einem „Versuch der Destabilisierung gegen die PSP sprach (El Pais, 14.7.77).



Regierungsschef Suarez und PSOE-Chef Gonzalez

Die katalonische PSC, die bereits am 15.Juni eine gemeinsame Liste mit der PSOE gebildet hatte, ist offensichtlich bereit zur Fusion zu Gonzalez Bedingungen.

Vom 14.-16.10 tagte zum erstenmal das Büro der „Sozialistischen" Internationale in Madrid, um mit der PSOE (einzig von der Willy-Brandt-Internationale anerkannte sozialistische Partei Spaniens) wichtige Fragen durchzusprechen, u.a. gemeinsam eine Entschließung zur Westsahara für eine der nächsten Parlamentssitzungen vorzubereiten.

Wir haben vielfach darauf hingewiesen, daß die Politik der Gonzalez-Partei letztlich in Bonn entschieden wird. Ohne die entscheidende Rückenstärkung (finanziell/ideologisch/propagandistisch) aus Reihen der westdeutschen Sozialdemokratie und über die „Sozialistische Internationale" wäre die PSOE gar nicht und über die „Sozialistische Internationale" wäre die PSOE gar nicht in der Lage, eine derart rücksichtslose Politik innerhalb und außerhalb der Partei zu vertreten.

Spanien-Kommission

500.000 gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit

In Madrid demonstrierten am 6.10. über eine halbe Million Menschen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, die rasante Inflation, für Arbeitsamnestie. Es gab auch Parolen, in denen der Rücktritt des spanischen Innenministers und ein republikanisches Spanien gefordert wurde. Dies war die größte Demonstration in Madrid seit vielen Jahren. Aufgerufen hatten die Gewerkschaftszentralen (CCOO, UGT, CSUT, USO, SU). Wie bei solchen Demonstrationen inzwischen üblich, bei denen reformistische Kräfte mitaufrufen, war ein starker Ordnerdienst im Einsatz, der die Funktion hat, abweichende Parolen oder Aktionen in den Reihen der Demonstranten zu unterbinden.

Fast zur gleichen Zeit, als die Vertreter der reformistischen Gewerkschaftszentralen an der Spitze dieser Demonstration marschierten, stimmten die reformistischen Parteien (PCE, PSOE, PSP) einer Einfrierung der Löhne unterhalb der Inflationsmarke zu (s. Artikel in diesem AK).

Spanien-Kommission

20.000 für Autonomie in Bilbao



200.000 für Autonomie des Baskenlandes am 7.10. in Bilbao

200.000 Menschen demonstrierten am 7.10 in Bilbao für die Autonomie der vier Provinzen des Baskenlandes. Der 7. Oktober war der 41. Jahrestag der Konstituierung einer autonomen baskischen Regierung während der 2. Republik. Die Initiative für diese Demonstration ging von den reformistischen und konservativen Parteien (PSOE, PCE, PNV) zusammen mit der baskischen Exilregierung (Leizaola) aus. Diese gingen von vornherein in erpresserischer Weise gegen die Freiheit der Parolen auf der Demonstration vor und verlangten, daß keine Parolen getragen oder gerufen werden dürfen, die sich beziehen auf *„a) bewaffnete Aktionen, b) Ordnungskräfte, c) weitergehende Autonomieforderungen, d) die konkrete Haltung anderer Parteien"* (aus dem gemeinsamen Komunique nach „Deia", 5.10.77). Diese Beschränkungen richteten sich gegen die Teilnahme der gesamten revolutionären Linken und insbesondere gegen die Teilnahme von EIA, LAIA, und HASI (KAS). Doch die meisten Organisationen der revolutionären (?) und sozialistischen zeigten sich schnell bereit, diese unverschämten Bedingungen zugunsten einer großen Einheitsdemonstration zu akzeptieren, so die linkssozialistische PSP sowie die „ML"-Parteien ORT und PTE und auch die MC von Euzkadi. Folgende Parteien unterschrieben die erpresserische gemeinsame Erklärung nicht: EIA, LAIA, HASI, OIC, EK („Kommunisten für Euzkadi), OCE/BR, die beiden trotzkistischen Organisationen LC und LKI (=LCR) und die linkssozialistische Gruppierung ESB), die in einer gemeinsamen Erklärung am 5.10. *„trotz der schweren Beschränkung der Meinungsfreiheit"* ihre Beteiligung ankündigten, allerdings unter den von ihnen für richtig befundenen Parolen.

Nach Darstellung der PNV-freundlichen Zeitung „Deia" sollen sich die nichtunterzeichnenden linken Organisationen mit einem nur etwa 5.000-Menschen starken Extra-Zug in die Demonstration eingereiht haben und vor Schluß der Kundgebung den Platz wieder verlassen haben. Selbst wenn diese Zahl stark untertrieben sein sollte, so zeigt sich daran doch die Schwierigkeit revolutionärer Politik heute in Euzkadi. Für die große Masse der Teilnehmer an der Autonomie-Demonstration waren zweifellos die Widersprüche hinter den Kulissen nicht durchschaubar bzw. unbekannt. Man muß davon ausgehen, daß die Massen für die Autonomie und nicht für die PSOE, PNV und PCE demonstriert haben, die allesamt in all den Jahren des Frankismus in gar keiner Weise für die Autonomie eingetreten sind und die es heute unter demagogischen Vorzeichen tun, um nämlich sich selbst in den laufenden „Autonomie"-Verhandlungen mit der Zentralregierung einen Vorschußkredit beim baskischen Volk zu holen. Für die linken Organisationen kam als sehr ungünstiger Faktor hinzu, daß ihr Entschluß der Beteiligung unter eigenen Parolen erst sehr spät und nach einigem Hin und Her (Widersprüche in der KAS selbst) kam. Es wird eine ebenso wichtige wie möglicherweise schwierige Aufgabe werden, die Vorstellungen der baskischen Revolutionäre über den einzuschlagenden Weg zur Autonomie und Unabhängigkeit von Euzkadi breit zu verankern und die Manöver von PNV/PSOE durchschaubar zu machen.

Spanien-Kommission

Soziale Gefangene weiter im Kampf

Als eine Farce hat die „Organisation der Gefangenen im Kampf" - COPEL – die jüngste Gefängnis„reform" der spanischen Regierung eingestuft. Es sei keineswegs Ruhe eingekehrt in den Gefängnissen, sondern im Gegenteil wachsen Tag für Tag die Spannungen unter den Gefangenen, weil sie von der Amnestie ausgeklammert werden sollen. Die COPEL weist darauf hin, daß Selbstverstümmelungen der verzweifelten Gefangenen, daß epileptische und schizophrene Anfälle um sich greifen. Die medizinische Versorgung ist nach wie vor sehr schlecht, Briefe werden zurückgehalten, militante COPEL-Mitglieder werden bestraft, in den Gefängniswerkstätten werden die Gefangenen maßlos ausgebeutet. (Deia,29.9.77)

Im Gefängnis von Basauri (Viscaya/Baskenland) traten am 5.10. 150 der insgesamt 200 Gefangenen in den Hungerstreik, um die spanische Regierung zu einer umfassenden Amnestie zu zwingen. Die Gefangenen sind zum letzten entschlossen. Sie haben sogar kollektiven Selbstmord angedroht, falls ihre Forderungen nicht gehört werden. Die sozialen Gefangenen wollen damit über die Grenzen Spaniens hinaus die internationale Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam machen.

Auch im Gefängnis von Cordoba und Sevilla traten Gefangene in den Hungerstreik oder beginnen Selbstverletzungen.

Für die totale Amnestie

Spanien Kommission

Faschistische Überfälle



Ein Faschist zieht seine Pistole, als Mitglieder der Selbstverteidigungsposten von San Sebastian ihn stellen wollen.

Die Serie von faschistischen Provokationen reißt in Spanien und insbesondere in Euzkadi nicht ab. Nach dem Attentat der „AAA" auf die satirische Zeitschrift „El Papus" (s. AK 114) war jetzt die fortschrittliche baskische Wochenzeitschrift „Punto y Hora" in Pamplona Ziel eines Bombenattentats der extremen Rechten. Am 5.10. zerstörte eine starke Explosion die Redaktionsräume. Die Verwüstungen waren so stark, daß auch in zwei weiteren Stockwerken des Gebäudes Einsturzgefahr bestand. Menschen wurden nicht verletzt. Die baskische Zeitschrift hatte bereits in der dem Anschlag voraufgehenden Woche mehrfach telefonische Drohungen erhalten. Für das Attentat selbst erklärte sich das „Junge Batallion von Navarra" bzw. wieder die „AAA" verantwortlich.

Die Journalisten und Druckarbeiter der übrigen baskischen Zeitungen und alle politischen Parteien (einschließlich der UCD?!) und Gewerkschaftszentralen demonstrierten am 7.10. für Pressefreiheit mit Parolen wie *„Ihr Faschisten seid die Terroristen", „Incontrolado an die Wand", „Volksgerichte gegen die Mörder"*.

Die faschistischen Mörderbanden haben in den letzten Wochen ihre Aktivitäten im Baskenland verstärkt. Sie haben mehrfach bei Demonstrationen der Linken einzelne Menschen krankenhausreif geprügelt („El Pais", 4.10.77), zwei Bombenattentate auf die Büros der PCE und des PNV verübt. Insbesondere in der Altstadt von San Sebastian haben die Bewohner Kontrollposten organisiert, um die Faschisten rechtzeitig ausfindig zu machen und zu überwältigen. Bei einer Gedenkfeier für einen der ihren, der von der ETA hingerichtet worden war, wimmelte es nur so von getarnten Faschos in San Sebastian. Genossen der Selbstverteidigungsposten stellten mehrere dieser Faschisten, worauf diese ihre Pistole zogen (s. Foto).

In Madrid hielt Blas Pinar, der Chef der faschistischen Terrororganisation „Fuerza Nueva" eine zweistündige Rede, in der er Bilanz über zwei *„selbstmörderische Jahre"* zog, in deren Folge es kein Vaterland, kein Brot und keine Strafe gegen Terroristen mehr gebe. Nach der Einpeitscherrede zog die Faschistenversammlung vor das Haus der PSOE und warf dort Scheiben ein („El Pais", 4.10.77).

Diese und viele andere Überfälle der ultrafaschistischen Kräfte in Spanien beweisen, daß die Rechtsregierung des Herrn Suarez keinerlei Interesse an deren Verschwinden hat. Es ist nicht nur so, daß die spanische Polizei bei den Terroraktionen der Faschisten nicht eingreift, sondern mehrfach wurden Polizisten als Mitglieder faschistischer Trupps von der Bevölkerung dingfest gemacht. Seit den Zeiten Francos hat sich auch auf diesem Gebiet nichts geändert.

Spanien-Kommission

Historischer Super-Kompromiß in Spanien

In einer beispiellosen Aktion sind die Führungen der reformistischen Oppositionsparteien in Spanien dabei, unter Umgehung des soeben feierlich gewählten Parlaments sowie der gesamten spanischen Öffentlichkeit, ein All-Parteien-Regierungsprogramm zusammen mit der Zentrumsunion von Suarez zur Rettung des spanischen Kapitalismus und seiner Oligarchie zu verabschieden. Der Einladung zum Krisengipfel im Präsidentenpalast folgten die PSOE von Gonzalez, die PSP (Galvan), die eurorevisionistische PCE und die rechte baskisch-katalanische Parlamentsfraktion. Von ganz rechts gesellt sich die „Alianza Popular" des Fraga Iribarne zu diesem erlauchten Kreis der obersten Parteiführer.

Bisher wurde unter allgemeiner Zustimmung bereits ein Programm zur Sanierung der Wirtschaft, sprich der Kapitalistenklasse verkündet. Als Kernpunkt dieses Programms kann die Zustimmung der reformistischen Parteien zum Einfrieren der Löhne unterhalb der Inflationsrate gelten. Bei derzeit 30 % Inflation in Spanien sollen die Löhne ab sofort um nicht mehr als 22 % erhöht werden. Betrieben, die mehr als 22 % bewilligen, sollen Kredit- und Steuervergünstigungen entzogen bzw. sie sollen veranlaßt werden, bis zu 5 % der Kollegenschaft zu entlassen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 11.10.77)!! Auch die Führung der von der PCE dominierten „Comisiones Obreras" hat sich bereits mit dem Krisen-Programm einverstanden erklärt, während offenbar der Bezirk Madrid der PSOE-Gewerkschaft UGT die Vereinbarung mit der Regierung abgelehnt hat.

Um diese bittere Pille der Öffentlichkeit und vor allem den spanischen Arbeitern schmackhaft zu machen, wurde allerlei Beiwerk drumherumgerankt wie etwa Maßnahmen gegen die Bodenspekulation, Demokratisierung der Wirtschaft, usw. Auf der Tagesordnung stehen noch Fragen von so zentraler Bedeutung für den spanischen Demokratisierungsprozeß wie die Reform der Justiz, der Polizei, des Scheidungsrechts sowie die parlamentarische Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen. Auch in diesen Fragen scheint es bereits zu Übereinkünften gekommen zu sein. Gewisse Meinungsverschiedenheiten sollen über ein sogenanntes „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie" bestehen, das die noch verbliebenen Bestimmungen des von Franco 1975 erlassenen Anti-Terrorismus-Dekrets ersetzen soll („SZ", 14.10.77).



Carrillo: „Rechts? Links? Ach Gott, wissen Sie, da soll man nicht so kleinlich sein!"

Haben sich die Führungen der reformistischen Parteien erst einmal auf die Grundzüge dieses Notstandsprogramms geeinigt, so darf im Parlament vielleicht noch etwas kritisch daran gebastelt werden, aber der „historische Kompromiß", die faktische All-Parteien-Regierung steht, die „Opposition" hat als solche abgedankt.

Damit hat sich der von der eurorevisionistischen PCE seit langem propagierte Wunschtraum von einer „Regierung der nationalen Konzentration" zumindest in Ansätzen verwirklicht. Sie ist damit ihrer um vieles größeren italienischen Schwesterpartei um einige Nasenlängen voraus. Schon am 1.10. hatte der Euro-Revi-Chef Carrillo bei einer Rede in Vallecas (Madrid) verkündet: *„Wir bemühen uns, zu einem gemeinsamen Programm aller Kräfte zu kommen, die sich für die Demokratie aussprechen, vom Zentrum bis zu den Kommunisten, und wir sollten uns verpflichten, die Zustimmung des Parlaments dazu zu erreichen"* („Mundo Obrero", 12.10.77). Um all das Erbette aus frankistischen Zeiten wie Korruption, Wirtschaftskrise und frankistischen Staatsapparat zu verändern, brauche man Zeit, und vor allem Opfer, meinte Carrillo. *„Und wir sagen es ganz deutlich: Wir müssen diese Opfer bringen, wenn wir ein freies Land wollen, in dem es angenehm ist zu leben"* („Mundo Obrero", 12.10.77). Dieser salto mortale des Euro-Revisionisten Carrillo, der den Leuten weismachen will, daß alles, wofür das spanische Volk über 40 Jahre gekämpft hat, geopfert werden soll, um trotzdem und gerade dann in einem freien Land zu leben, verdecken nur dürftig die prokapitalistische und zutiefst antidemokratische Gesinnung dieses Mannes.

Die PSOE, die sich von Anfang an die Bälle mit der rechten Zentrumsunion im „Parlament" zuspielte, hatte sich bisher gegen ein Konzept der Allparteienregierung gesperrt, weil sie mehr mit einer PSOE-Alleinregierung (oder zumindest – Hauptregierung) liebäugelte. Doch überrascht zeigte sie sich dennoch nicht vom Allparteien-Gipfel, und die Tatsache, daß sie zu allen angesprochenen Punkten eigene Gesetzesprojekte schon vorher zumindest angekündigt hatte, läßt sich gewiß sogar noch über irgendeinen Dreh am Ende zur eigenen Profilierung nutzen.

Allerdings ist mit diesem äußerst schnellen (erst drei Monate nach den Wahlen) Einspringen der „Opposition" für die Rettung des Vaterlandes ein Abwirtschaften derselben bei den Wählern voraussehbar. Wieweit dies über demagogische Linkspropaganda abgefangen werden kann, wird die Zukunft zeigen.

Spanien-Kommission



Portugal

Gradmesser Agrarreform

In welchem Maße und in welchen Etappen sich seit dem 25. November 1975 in Portugal die politischen Kräfteverhältnisse verschoben haben, läßt sich sehr gut am Beispiel der Agrarreform ablesen. Konkreter Anlaß, warum wir zu diesem Zeitpunkt relativ ausführlich über die protugiesische Agrarreform berichten, ist das kürzlich im Lissaboner Parlament verabschiedete neue Agrarreformgesetz, das unter dem Namen »Lei-Barreto« unter der portugiesischen werktätigen Bevölkerung wütende Proteste ausgelöst hat.

Gesetzlich ausformuliert wurden die Bestimmungen der Agrarreform erstmalig unter der vierten Provisorischen Regierung, deren Premierminister Vasco Gonçalves war.

Es wurde ein Bewertungssystem ausgearbeitet, nach dem die Wirtschaftlichkeit des Bodens und somit der Wert eines Grundstückes in Punkten ausgedrückt werden sollte. Aufgrund dieses Bewertungsschemas wurde im ersten Agrarreformgesetz vom 29. Juli 1975, Artikel 1, festgelegt, daß alle Ländereien von Privatpersonen mit einer Bepunktung von mehr als 50.000 Punkten, oder unabhängig davon, mit mehr als 700 Hektar Fläche, enteignet werden. Im Artikel 2 heißt es dann, daß den Landbesitzern, die nach diesem Verfahren enteignet werden, eine Reserve zugestanden wird, die gleichbedeutend mit einem Stück Land mit bis zu 50.000 Punkten ist. Dieses Land bleibt in ihrem Besitz. Das Recht auf eine Landreserve ist jedoch einmalig und sobald der Landbesitzer diese Reserve nicht mehr direkt bewirtschaftet, wird wieder enteignet.

Der Artikel 7 legt ganz ausdrücklich fest, daß in Portugal weder Privatpersonen, noch Personengruppen und Gesellschaften Boden besitzen oder ausbeuten dürfen, der eine Bepunktung von 50.000 Punkten überschreitet. Von diesem Verbot sind Kollektivpersonen des Öffentlichen Rechts und Kooperativen ausgenommen.

Das Gesetz über Nationalisierungen vom 30. Juli 1975 schreibt in Artikel 1 fest, daß in etlichen Gegenden Südportugals sämtliche künstlich bewässerten Landgüter mit mehr als 50.000 Punkten enteignet und nationalisiert werden.

Eine Reserve mit bis zu 50.000 Punkten innerhalb der nationalisierten Zone wird den Privatbesitzern aller-

Eine Reserve mit bis zu 50.000 Punkten innerhalb der nationalisierten Zone wird den Privatbesitzern allerdings auch hier zugestanden. Das »Institut für landwirtschaftliche Neuorganisation« übernimmt das nationalisierte Land. Vom Staatssekretär für Landwirtschaftliche Strukturierung sind Kommissionen der Übergangsverwaltung zu ernennen, und diese wiederum haben die Aufgabe, die Einrichtung neuer Produktionseinheiten zügig voranzutreiben.

Aufgrund dieser beiden Gesetze setzte seinerzeit eine Welle von Landbesetzungen ein, die im Nachhinein auf bürokratischer Ebene legalisiert wurden. Die bürokratischen Aufgaben (wie Bepunktung der Ländereien und Legalisierung von bereits erfolgten Besetzungen) fiel in den Bereich der zu gründenden »Regionalen Zentren der Agrarreform« (CRRA). Hierbei ist allerdings festzuhalten, daß die treibenden Kräfte der Agrarreform die Landarbeiter und Landarbeiterinnen des Alentejo waren. Bereits am 1. April hatten sie Ländereien von Großgrundbesitzern besetzt und damit öffentlichen Druck auf die Regierung ausgeübt, endlich entsprechende Gesetze auszuarbeiten. Daß diese Gesetze dann eindeutig reformistisch ausfielen (Recht der Großgrundbesitzer auf eine Reserve; keine Wahl der Verwaltungskommissionen, sondern Einsetzung von oben), lag an den damaligen politischen Kräfteverhältnissen.

Der Wirkungsbereich der Agrarreformgesetze beschränkte sich allerdings auf die Gegenden Portugals, in denen der Großgrundbesitz vorherrschende Bodenbesitzreform war, dies war zu einem großen Teil der Süden des Landes (siehe Karte).

Innerhalb dieser Zone der Agrarreform bildeten sich im Zuge der bereits erwähnten Welle von Landbesetzungen eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Kooperativen und kollektiven Produktionseinheiten.

Jedoch schlossen sich auch außerhalb dieser Zone Kleinbauern auf freiwilliger Basis zu Kooperativen zusammen.

Bis zum 31. Dezember 1975 waren innerhalb der markierten Zone 364 kollektive Produktionseinheiten legalisiert. Bis Ende April 1976 erhöhte sich diese Zahl auf 426.

Mittlerweile hatte jedoch am 25. November 75 der Rechtsputsch stattgefunden. In welchem Maße diese Rechtsentwicklung sich auf dem Sektor der Agrarreform bemerkbar machte, zeigen folgende Beispiele: Im Dec.-Lei No 236-A/76 vom 5. April 1976 werden als zu enteignende Ländereien festgeschrieben: Alle Landgüter mit mehr als 30 ha Fläche und 50.000 Punkten, und unabhängig von der Bepunktung, mit mehr als 700 ha Fläche. Darüber hinaus alle brach liegenden Ländereien, die »ohne gerechtfertigten Grund brach liegen«. Welche Ausrede des Großgrundbesitzers als »gerechtfertigter Grund« gelten sollte, blieb offen. Vorher hieß es, daß a l l e brach liegenden Ländereien enteignet werden. Hatte ein Landgut seit dem Gesetz vom 29. Juli 1975 seinen Wert von 50.000 Punkten auf beispielsweise 60.000 Punkte gesteigert, so sollte trotzdem nicht enteignet werden, da Punktverbesserungen generell nicht berücksichtigt werden sollten.

Das Recht auf Reserve wurde für die Großgrundbesitzer drastisch erweitert: So heißt es in Artikel 2, daß die Landbesitzer Recht auf eine Reserve mit bis zu 50.000 Punkten, aber niemals unter 30 ha, unabhängig von der Bepunktung, haben. Das bedeutete beispielsweise, daß ein Stück Land mit 30 ha und 80.000 Punkten Wert im Besitz des Großgrundbesitzers bleiben durfte. Also ein Stück Land, das wenig Arbeitskräfte erfordert, aber ein Maximum an Gewinn abwirft. Genau diese extrem wertvollen Ländereien sollten in den Händen der Großgrundbesitzer bleiben.

Im Anhang dieses Gesetzes schrieb der damalige Landwirtschaftsminister der 6. Provisorischen Regierung, Lopes Cardoso, daß dieses Gesetz die Aufgabe hätte, »die Enteignungen zu disziplinieren«. Besetzt waren ca. eine Million ha, im Sinne des Gesetzes enteignet allerdings nur 300.000 ha. Aufgabe wäre es, die nicht vom Gesetz disziplinieren«. Besetzt waren ca. eine Million ha, im Sinne des Gesetzes enteignet allerdings nur 300.000 ha. Aufgabe wäre es, die nicht vom Gesetz abgedeckten Besetzungen so schnell wie möglich rückgängig zu machen. Von Bedeutung ist hierbei, daß offensichtlich geplant wurde, die Besetzer von ca. 700.000 ha Land wieder auf die Straße und in die Arbeitslosigkeit zu setzen. Das neue Recht auf Reserve war deshalb so formuliert worden, um denjenigen, die ihren Hauptlebensunterhalt mit landwirtschaftlicher Tätigkeit verdienen, nicht die Mittel zum Überleben zu entziehen.

Dezent drückt sich Lopes Cardoso aus, wenn er feststellt, daß dies eine Revision des Gesetzes vom 29. Juli 1975 sei. Von den ersten Agrarreformgesetzen konnten sich Mitglieder der PS wie Lopes Cardoso bedenkenlos distanzieren, immerhin war die PS bereits am 10. Juli 1975 demonstrativ aus der Regierung ausgetreten.

Ein weiteres Beispiel für die fortschreitende Bevormundung und Einschränkung der Agrarreform bietet ein Ausschnitt aus dem Dec.-Lei No 262/76 vom 8.April 1976. Artikel 2 lautet: *»Die Anerkennung der neuen Produktionseinheiten erfolgt durch den Landwirtschaftsminister, auf Vorschlag des Staatssekretärs für Landwirtschaftliche Strukturierung...«.*

Dagegen hatte es in Dec.-Lei No 406-B/75 vom 29. Juli 1975 noch im Artikel 2 geheißen: *»Die Anerkennung kollektiver Produktionseinheiten erfolgt durch den Staatssekretär für Landwirtschaftliche Strukturierung, auf Vorschlag des Regionalen Zentrums der Agrarreform...«*

Die Anerkennung von Kooperativen erfolgte jetzt also nicht mehr nur von oben, sondern von ganz oben. Das war insofern wichtig, als von der Anerkennung oder Nichtanerkennung einer Kooperative abhing, ob sie mit Krediten gefördert wurde oder nicht.

In einem Gesetz vom 23. Juni 1976 wird in Artikel 3 den Großgrundbesitzern nun sogar das Recht zuerkannt, sich ihre Reserve selbst auszusuchen. Artikel 6 bestimmt, daß als Reserve nur beansprucht werden kann, was früher auch in seinem Besitz war. Weiter heißt es jedoch, daß, wenn auf den ehemaligen Besitztümern bereits anerkannte Kooperativen existieren, nur dann von dort die Reserve genommen werden darf, wenn die »ökonomische Beweglichkeit der Kooperativen« nicht bedroht ist. Wenn aus einer Kooperative eine Reserve herausgenommen wird und dadurch die Kooperative am Rande des Existenzminimums jonglieren muß, dann kann man zynisch dieses Jonglieren als »ökonomische Beweglichkeit« bezeichnen.

Seit Regierungsantritt der 1. »verfassungsmäßigen Regierung« unter Mário Soares im Sommer vergangenen Jahres erfährt die Agrarreform in beschleunigtem Maße weitere Amputationen. Als erstes wurde im Dezember 1976 Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso wegen zu »linker« Positionen gefeuert. An seine Stelle trat am 8. Dezember Antônio Barreto. Lopes Cardosos Rausschmiß war allerdings nur der Beginn größerer Säuberungen: So wurden im CRRA Evora zum Beispiel ca. 20 fortschrittliche Mitarbeiter unter den unterschiedlichsten Vorwänden entlassen. Ähnliches dürfte sich in anderen Gegenden abgespielt haben.

Antônio Barreto hatte nichts eiligeres zu tun, als Vertreter der CAP in sein Ministerium aufzunehmen. Die CAP (Kleinbauernvereinigung, in Wahrheit jedoch von Großgrundbesitzern kontrolliert) trat im Sommer 1975 das erste Mal auf, indem sie die Aussetzung der Agrarreformgesetze forderte. Am 25. November errichtete die CAP in Rio Maior Barrikaden und nahm so auf Seiten der Kommandos am Putsch teil. Seitdem führt sie im Alentejo provokatorische Demonstrationen durch und fordert zusammen mit dem CDS (CDU-Bruderpartei), von dem sie gefördert und unterstützt wird, die vollständige Rückgängigmachung der Agrarreform.

Am 3. Februar 1977 erschien dann ein neues Gesetz über Reserven, Dec.-Reg. No 11/77. Dort wird den Großgrundbesitzern über die bisherige Reserve hinaus noch eine zusätzliche Reserve zugestanden.

In einem von der Regierung im Februar veröffentlichten Informationsbulletin wird erklärt, daß die Kooperativen nicht mehr selbst ihre ökonomischen Verhältnisse errechnen und bestimmen, sondern daß diese Einschätzung von der Regierung vorgenommen werden wird. Dies hatte bereits im Dezember dazu geführt, daß sieben Kooperativen die Kredite gestrichen wurden, indem man sie kurzerhand für unrentabel erklärte.

Weiter wurden die Düngemittelpreise drastisch angehoben. Im August 1975 kostete ein 50 kg-Sack Ammoniumsulfat noch 101,50 Escudos, im Oktober 1976 bereits 114,50 Esc. Ein 50-kg-Sack Superphosphat Kal. 42 wurde von 213 Esc. auf 240 Esc. erhöht.

Im Zuge der Agrarreform waren zunächst auch die Löhne für Landarbeiter erhöht worden. So wurden im September 1975 von der Regierung Mindestlöhne festgeschrieben. Gleicher Lohn für Mann und Frau wurde allerdings nicht eingeführt. Der Mindestlohn für Männer betrug jetzt 180 Esc. pro Tag, für Frauen 130 Esc. pro Tag. Nach Aussagen von Landarbeiterinnen aus dem Distrikt Portalegre betrug der Lohn für Frauen vor dem 25. April 16 bis 20 Esc. pro Tag.

Wie bereits erwähnt, war von Regierungsseite vorgesehen worden, von Landarbeitern besetzte Landgüter wieder zu »entsetzen«. Daß dies nicht freiwillig geschehen würde, war klar, und so kam es zu äußerst brutalen Übergriffen von Seiten der GNR (Nationalrepublikanische Garde), die die Landräumungen durchführte. Als »juristische« Grundlage für diese Räumungen dienten nicht nur die oben erwähnten Reservegesetze, sondern man berechnete die Landgüter nach anderen Bepunktungsverfahren und kam dabei natürlich zu Großgrundbesitzerfreundlicheren Zahlen als vorher.

Hier eine kleine Liste von repressiven Maßnahmen gegen Landarbeiter, die jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Am 22.3.77 fordern 80 Landarbeiterinnen vom CRRA in Salvada, Distrikt Beja, neue Kredite. Das CRRA antwortet: *»Nur bei gutem Betragen vielleicht«* (»Diário de Lisboa«, 23.3.77).

Vom Landwirtschaftsministerium wird ein Erlaß unterschrieben, der besagt, daß auf der Kooperative »Salvador do Pomar« Reserven an den Großgrundbesitzer José Fartos zurückgegeben werden sollen. Der Herr ist seit zehn Jahren tot (»Diario de Lisboa«, 24.3.77).

Am 23.3.77 findet auf der Kooperative »Margem Esquerda« mit Hilfe von GNR-Einsatz eine Reservenrückgabe an den Großgrundbesitzer Palma Cano statt (»Diário de Lisboa«, 24.3.77).

Am 24.2.77 wurden auf der Kooperative »Cabeça Gorda« mit Hilfe von GNR-Einsatz Reserven an den Großgrundbesitzer Antônio Alfredo Gomes dos Santos zurückgegeben. Die Reserven hatten ursprünglich 51.562 Punkte erhalten, neuerdings jedoch nur 46.000 Punkte. Das Ministerium gab an, es hätte sich damals um einen »Bewertungsfehler« gehandelt (»Diário de Lisboa«, 29.3.77).

Auf der Kooperative »26 de Janeiro« sollen Reserven an den Großgrundbesitzer Eduardo dos Santos Lança zurückgegeben werden. Ehemals 90.300 Punkte, wurde die neue Bepunktung nunmehr mit 39.000 Punkten angegeben. Vor dem CRRA in Beja protestierende Landarbeiter mals 90.300 Punkte, wurde die neue Bepunktung nunmehr mit 39.000 Punkten angegeben. Vor dem CRRA in Beja protestierende Landarbeiter werden von CRRA-Mitgliedern geschlagen und nach dem Antransport von Polizeikräften mit acht Helikoptern massiv eingeschüchtert (»Página Um«, 12.5.77).

Am 25.5.77 findet auf der Kooperative »A luta é todos« (»Kämpfen müssen alle«) unter brutalstem GNR-Einsatz eine Reservenrückgabe an den Großgrundbesitzer Cabral Nunes Barata statt. 400 GNR-Bullen nehmen an dem Prügeleinsatz teil, durch den 40 Landarbeiter zum Teil schwer verletzt werden. Die 16-jährige Paiva Georgina wird durch die Schläge so schwer verletzt, daß sie querschnittsgelähmt bleibt (»Página Um«, 2.6.77).

Während sich derartiges im Alentejo abspielte, wurde in Lissabon im Parlament das berüchtigte »Lei-Barreto« verabschiedet. Wir konnten bisher nur in Erfahrung bringen, daß es das Recht auf Reserve für die Großgrundbesitzer auf ein Stück Land mit bis zu 70.000 Punkten heraufschraubt.

Zu den Ereignissen im Alentejo ist noch anzumerken, daß die Landarbeiter häufig bereit waren, konkreten Widerstand zu leisten. Die einflußreiche, von der PC dominierte Landarbeitergewerkschaft, äußerte immer, es sei »repressiv«, was hier geschehe, jedoch »Gesetz«, und dagegen sei man machtlos.

Aufgrund der Verabschiedung des Lei-Barreto hat die PC inzwischen die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen gefordert. Dies würde zwar möglicherweise eine Verstärkung der PC-Fraktion im Parlament bringen, aber keines der brennenden Probleme der Landarbeiter und anderen Kooperativenmitglieder lösen.

Der Kampf geht weiter!

Portugal-Kommission

Das waren noch Zeiten! Soldaten der portugiesischen Armee an der Seite des Volkes – hier bei den armen Bauern in Petisqueria (1975)

Die Agrarreformgesetze gelten nur für das schraffierte Gebiet



lateinamerika

Generalstreik in Kolumbien

In Kolumbien fand am 14. September ein erfolgreicher, nationaler Generalstreik statt (siehe AK 114). Inzwischen liegen uns detaillierte Berichte vor:

Über 6 Millionen kolumbianischer Arbeiter und breite Teile der weiteren Bevölkerung beteiligten sich an dem Generalstreik, zu dem die vier Gewerkschaftszentralen des Landes aufgerufen hatten. Zentrale Forderung aller Gewerkschaften waren die Erhöhung der Löhne um 50 % und die „prima movil", d.h., ständige Anpassung der Löhne und Sozialversicherung an die Lebenshaltungskosten. Die Lebenshaltungskosten waren völlig unzumutbar gestiegen: 1976 um 25 %, und 1977 wird sich die Steigerung nach offiziellen Angaben auf ca. 40 % belaufen. Allen Streikenden gemeinsam waren Forderungen nach Beendigung des Belagerungszustandes, der in Kolumbien Dauerzustand ist: Im Zeitraum von 1958 – 1974 befand sich das Land 11 Jahre und 9 Monate im Ausnahmezustand und nur 6 Jahre und 4 Monate war er aufgehoben.

Der Streik konnte nur zustandekommen, weil es gelang, ein gemeinsames Vorgehen aller vier Gewerkschaftsströmungen zu organisieren, und die Bevölkerung mit in den Streik einzubeziehen.

In ihrem Aufruf vom 21. August forderte die Koalition der vier Gewerkschaften zur Vorbereitung des Streiks *„die Landarbeiter, die Unabhängigen, die Hausfrauen, die Angestellten und alle anderen Sektoren der Bevölkerung auf, sich zu organisieren und aktiv an der Vorbereitung und Beteiligung am zivilen Nationalstreik teilzunehmen..."*

Am frühen Morgen des 14. September ging es zunächst darum, den Verkehr zu stoppen. In vielen Elendsvierteln wurden Barrikaden gebaut und Aktionstrupps gebildet, die die noch fahrenden öffentlichen Busse angriffen, Straßen mit Nägeln unbrauchbar machten. – Durch die Aktionen der Zivilbevölkerung wurde der Streik in vielen Fabriken total. In den meisten größeren Städten ruhte zwischen 80 und 95 % der Produktion.

Aus Solidarität mit dem Streik sprengten die kommunistischen Guerillastreitkräfte Kolumbiens, FARC, etwa einen Kilometer einer Eisenbahnstrecke.

Die Militärs beantworteten den Generalstreik auf ihre Weise. Einerseits behaupteten sie in ihrer Presse und vor allem im Rundfunk, man müsse den Streik nicht ernst nehmen, alles würde seinen gewohnten Gang gehen, die Situation wäre unbedenklich und im Grunde wäre es zu keinen nennenswerten Ereignissen gekommen. Auf der anderen Seite wurde die Hauptstadt Bogota (und ähnlich auch die anderen Städte) militärisch besetzt, eine Ausgangssperre verhängt und Massenverhaftungen durchgeführt. Mehrere Personen wurden in ihrer Wohnung erschossen, so z.B. eine Frau, die gerade am Fenster stand, als ein Militärbatallion vorbeizog; ohne ersichtliches Motiv wurde sie von einem Soldaten erschossen. Insgesamt ermordeten die Militärs 20 Personen und verletzten über 40 teils sehr schwer. 4.000 Streikende wurden festgenommen und im Stadion nach chilenischem Muster eingesperrt.



Obwohl die Forderungen des Streiks bisher nicht erfüllt sind, wird der Streik einhellig als Erfolg angesehen. Zu den Erfolgen gehört vor allem: daß der Streik trotz der militärischen Repression diszipliniert durchgeführt wurde, daß ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaften zustandegekommen ist und daß es gelungen ist, die Bevölkerung weitestgehend miteinzubeziehen (nach „Lateinamerikanachrichten", Okt. 77 und dem Bericht eines Genossen aus Kolumbien).

Lateinamerikakommission

19 „Staatschefs" in Washington: Der Faschismus bleibt

In Washington fand am 7. September eine spektakuläre Show — *»die größte Versammlung von Staatschefs seit der Trauerfeier für John F. Kennedy«* (»Welt«) — statt. 19 lateinamerikanische Staatspräsidenten — darunter auch die blutigsten Faschisten: Pinochet/Chile, Banzer/Bolivien, Stroessner/Paraguay, Videla/Argentinien — hatten sich anläßlich der Unterzeichnung des neuen Panamakanalvertrages zusammengefunden, *»der Mann, der diese Show der Menschenrechtsverletzer möglich gemacht hatte, war Menschenrechtsapostel Jimmy Carter«* (»Lateinamerika-Nachrichten« — vormals »Chile-Nachrichten«, 1.10.77).

Diese offene Huldigung für die lateinamerikanischen Gorillas wurde mit einigen Einlagen für die Menschenrechte versehen: Zwar wurden allen Staatschefs Privataudienzen gewährt — natürlich auch Pinochet — dabei hat Carter es aber vermieden, Pinochet die Hand zu geben (was für ein energischer Kampf gegen Folter und Unterdrückung in Chile!). Und außerdem könne man eben nicht nur Repräsentanten von Regierungen empfangen, deren System einem gefalle, schließlich könne man niemandem die Demokratie aufzwingen (wobei die USA beim Aufzwingen von Diktaturen bislang nie Schwierigkeiten hatten).

Carter benutzte sodann die Gelegenheit, um — endlich mal wieder — einen *»neuen Typ von Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika«*, eine Politik der *»Fairneß«* zu verkünden (»Monitor-Dienst«, 24.8.77). Wie wirkt sich bis heute dieser Typ von Beziehungen aus?

Nachdem eine Reihe von Regierungen zu Beginn des Jahres die Menschenrechtspolitik zunächst als Eingriff in innere Angelegenheiten zurückgewiesen und ihre (durchweg auf dieser staatlichen Ebene sowieso bedeutungslosen) Militärhilfeabkommen mit den USA gekündigt hatten (Uruguay, Brasilien, Chile, Argentinien...), sind die meisten Regierungen jetzt auf die Carter-Linie eingeschwenkt. Die meisten Länder Südamerikas haben mehr oder weniger lautstark verkündet, daß sie in den nächsten Jahren verfassunggebende Versammlungen einrichten, Wahlen durchführen und zu zivilen Regierungen zurückkehren wollen. All diese Ankündigungen haben aber keine andere Bedeutung, als daß Carter sein Saubermann-Image in der Welt ausbauen und die allzu blutige Fassade des lateinamerikanischen Hinterhofes übertünchen will.

Die Interessen des US-Imperialismus in Lateinamerika haben sich nicht geändert und können auch heute nur mit brutaler Repression durchgeführt werden.

Der Handelsüberschuß der USA im Verhältnis mit Lateinamerika betrug 1976 2,3 Mrd. Dollar — dies ist lediglich der Handelsüberschuß! Hinzu kommen die offenen und versteckten Profite, Lizenz- und Patentgebühren, Fluchtkapital usw. Pro Kopf und Jahr ziehen die USA mehr Gewinne aus Lateinamerika, als die 70 Mio. Lateinamerikaner, die am Existenzminimum leben müssen, zum Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Kurz, Lateinamerika ist für die US-Wirtschaft von enormer Bedeutung. Der Präsident der lateinamerikanischen Entwicklungsbank (BID) erklärte das recht unumwunden: Lateinamerika sei *»ein sehr positiver Faktor für die Erholung der Vereinigten Staaten gewesen«*.

Von einer »Politik der Fairneß« erhoffen sich die US-Imperialisten in Lateinamerika ein besseres Image und bessere Karten für ihr Vorgehen in Afrika. Und schließlich braucht die militärische Aufrüstung und die Schaffung neuer Waffensysteme (Cruise Missile, Neutronenbombe) »ideologischen Geleitschutz«.

Einige Beispiele dafür, daß die Ankündigungen über Wahlen und Demokratisierung — selbst wenn sie jemals verwirklicht werden sollten — keine reale demokratische Öffnung bedeuten:

Chile

Pinochet hat im Juli einen Zeitplan vorgelegt: 1980 soll eine »gesetzgebende Kammer« eingerichtet werden, deren Mitglieder werden von der Junta bestimmt, vier bis fünf Jahre später sollen dann die Mitglieder der Kammer gewählt werden dürfen nach einem Wahlverfahren, *»das die Auswahl der fähigsten Kandidaten begünstigt und das ausschließt, daß die politischen Parteien sich erneut in monopolistische Werkzeuge der sogenannten Bürgerbestimmung verwandeln«* (Pinochet, nach »Chile-Nachrichten«, Sept. 77). Aufgabe der gesetzgebenden Kammer ist, Gesetze v o r z u s c h l a g e n, bestimmen soll weiterhin die Junta.

Ähnlich verhält es sich mit der Auflösung der DINA (chilenischer Folter- und Geheimdienst). Kurz vor dem Besuch des Unterstaatssekretärs für lateinamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Todman, wurde die Auflösung der DINA bekannt gegeben, mit der offiziellen Begründung, daß sie die ihr *»aufgetragenen heiklen Funktionen im Dienste der nationalen Sicherheit«* erfüllt habe (»Chile-Nachrichten« 9/77). Im selben Atemzug wurde dann aber die Gründung einer Nationalen Informationszentrale bekanntgegeben, die die legale Nachfolge der DINA darstellt und auch ihr Personal übernimmt, d.h.: nicht mehr als eine nicht einmal vertuschte Umbenennung. Die dritte Maßnahme von gleicher Qualität war der Plan für die Aufhebung des Belagerungszustandes. Mitte August war eine Änderung aller Gesetze über Notstand durchgeführt worden, die dem Präsidenten alle Befugnisse, die vorher an den Belagerungszustand gebunden waren, nun schon bei einfachem Notstand gewährt. Der Belagerungszustand war damit zwar überflüssig geworden, wurde aber trotzdem nicht aufgehoben. Durch diese Maßnahmen wird die Repression an keiner Stelle entschärft, sondern es wird versucht, dieselbe Unterdrückung unter angeblich legaleren und zivilisierteren Formen durchzuführen.

Ende August drang ein Polizeikommando in einen Kindergarten ein, in dem ein Elternabend stattfand. Alle anwesenden Eltern, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter wurden verhaftet. Die Aktion wurde in keiner Weise verschleiert, man behauptete nicht einmal, eine aktive Widerstandsgruppe verhaftet zu haben, sondern man sei gegen eine *»heimliche politische Versammlung«* vorgegangen (»Lateinamerika-Nachrichten«, Oktober 77).

Ein zweites Beispiel: Die Gruppe der »Zehn« (Zusammenschluß nichtfaschistischer, christdemokratischer und linker Gewerkschaften) gab Ende August ein neues Dokument heraus, in dem die Junta aufgefordert wurde, sofort die repräsentative Demokratie und alle gewerkschaftlichen Rechte wiederherzustellen. 500 Einzelgewerkschaften und 40 gewerkschaftliche Dachverbände hatten den Aufruf unterschrieben. Die Reaktion der Junta auf das Dokument: Es wird in keinem Fall nachgegeben, vielmehr wurde ein Treffen der Gewerkschaftsführer der »Zehn« Anfang September mit dem Erzbischof von Concepcion (!) verboten. Das ist der Inhalt der »Institutionalisierungsversuche« und Wahlankündigungen in Chile: Jeglicher Spielraum, auch für die geringste demokratische Opposition wird verhindert.

Brasilien

Für Brasilien stehen Wahlen für 1978 schon seit längerem fest. Die Regierung hat jedoch schon mehrfach Zweifel geäußert, ob es »opportun« sei, diese auch tatsächlich durchzuführen. Trotzdem wurden schon im April dieses Jahres entsprechende Vorbereitungen getroffen. Das Parlament wurde vorübergehend aufgelöst, um — ohne seine Zustimmung — ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, das in jedem Fall einen Wahlsieg der Regierungspartei ARENA garantiert.

Auch in Brasilien sind — trotz wachsender Opposition — keine Anzeichen für eine reale »demokratische Öffnung« zu erkennen. Zwar hat die Regierung Anfang September zum ersten Mal in ihrer Amtszeit eine Delegation von Metallgewerkschaftern aus Sao Paolo empfangen, um dann aber alle Forderungen abzulehnen. Die Gewerkschafter hatten im Namen von 850.000 Kollegen ein Dokument überreicht, in dem die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten und Stopp der Reallohnsenkungen (nicht einmal Lohnerhöhungen) gefordert wurden. Verschiedene Widersprüche innerhalb des Militärs hatten die Gründung einer »demokratischen Militärbewegung« zur Folge, der MDB (die einzige und 1964 von den Faschisten selber gegründete Oppositionspartei) hat ebenso wie zahlreiche andere gesellschaftliche Gruppen, darunter auch einige Kapitalistenverbände, die Forderung nach Demokratisierung verstärkt. Die Kämpfe der Studenten im Sommer dieses Jahres für demokratische Freiheiten und bessere Studienbedingungen waren die breitesten und stärksten seit 1968. Die Diktatur ist aber — trotz des Endes des Wirtschaftswunders — stabil genug, um diese Ansätze einer Opposition zu bekämpfen. Die Studenten wurden massiv und teilweise blutig von den »Sicherheitskräften« bekämpft (vergl. AK 113 und 114), die Forderungen der Gewerkschaften — obwohl teilweise von gelben Gewerkschaften mitgetragen — wurden schlicht abgelehnt, MDB-Abgeordnete, die sich in der Demokratisierungsdebatte zu weit vorgewagt hatten, verhaftet, oder es wurden ihnen die politischen Rechte aberkannt.

Folter, Morde durch die Todesschwadrone (500 bisher indiesem Jahr), Vertreibung und Ermordung der Kleinbauern im Amazonasgebiet — all dies gehört unverändert zum brasilianischen Alltag.

Die zunehmende Opposition läßt keine Hoffnung auf einen konsequenten Kampf gegen die Diktatur zu. Dem größten Teil dieser Opposition (Teile des MDB, Unternehmerverbände etc.) geht es um einige Schönheitsreparaturen, einen stärkeren Dialog zwischen Parteien, Wirtschaft, Regierung und Militärs. Einige MDB-Mitglieder bereisen zur Zeit Portugal, Schweden, die USA und die BRD, um sich über Möglichkeiten, *»ohne Erschütterungen und Umwälzungen«* eine Demokratisierung durchzuführen, beraten zu lassen. Treffen mit Soares und Brandt — zwei erfahrenen Experten gerade in diesen Fragen — sind vorgesehen.

Argentinien

In Argentinien spielt sich der Kampf um die weitere Linie vorerst noch hinter den Kulissen ab. Vage Ankündigungen Videlas über einen geplanten »Dialog« mit den politischen Parteien wurden bisher nicht verwirklicht. Die Frage stellt sich für Argentinien auch nicht so »dringend«, weil die internationalen Proteste gegen die Junta sich leider in Grenzen halten. Die Repression hat dabei längst chilenische Ausmaße angenommen:

Fortsetzung Seite 51

Lateinamerika: 19 „Staatschefs" in Washington
Der Faschismus bleibt

Fortsetzung von Seite 50

30.000 Verschwundene, 15.000 politische Gefangene, 5.000 Ermordete in den letzten 15 Monten (»Lateinamerika-Nachrichten«, Oktober 77).

Die Berichte über angebliche »Gefechte«, bei denen immer mehrere angebliche Guerilleros, aber nie »Sicherheitskräfte« getötet werden, häufen sich. Diese »Gefechte« sind die zur Zeit gängige Methode, um politische Gefangene zu ermorden — so auch im Fall der westdeutschen Genossin Elisabeth Käsemann.

Uruguay

Das Regime in Uruguay hat Wahlen für 1981 angekündigt, wobei allein die beiden traditionellen Parteien der Bourgeoisie zugelassen werden sollen (Colorados und Blancos). Außer Sozialisten und Kommunisten soll auch die Christdemokratie von den Wahlen ausgeschlossen werden — diese drei Parteien haben — zusammengeschlossen in der Frente Amplio (Breite Front) — 1971 20% der Stimmen erhalten.

Ecuador

In Ecuador soll noch in diesem Jahr eine verfassunggebende Versammlung einberufen und anschließend ein Parlament und neuer Staatspräsident gewählt werden. Ob diese Pläne tatsächlich so ablaufen werden, ist ungewiß, vor allem, weil sie nicht von allen Teilen der Militärs getragen werden.

Bolivien

General Banzer hat in Bolivien Wahlen für 1980 in Aussicht gestellt, hütet sich aber bisher, genauere Angaben über das Vorgehen bekannt zu geben. Er hat lediglich hervorgehoben, daß es eine Rückkehr zum *»traditionellen Spiel der Parteien«* nicht geben wird (nach »Le Monde diplomatique«, September 77).

Carters Politik der Menschenrechte und die diversen Ankündigungen von Wahlen und „Demokratisierung" in Lateinamerika sind insgesamt nicht das Ergebnis breiter und starker Massenkämpfe, vor denen die Diktaturen zurückweichen müßten. Sie sind vielmehr der Rahmen, in dem die faschistischen Regimes ihre Repressionsmaßnahmen langfristig „legalisieren" und ihre Aufrüstung verschleiern wollen. Die starken Kämpfe der Arbeiter in Peru und Kolumbien in den letzten Generalstreiks (vergl. Artikel in diesem AK) werden noch nicht in der Lage sein, diese Entwicklung aufzuhalten und mit dem Sturz der Diktaturen zu beginnen. Sie zeigen aber, daß der Widerstand nie vollständig gebrochen werden kann und der Kampf gegen den Imperialismus auch in Lateinamerika fortgesetzt wird.

Lateinamerika-Kommission

afrika

Imperialistischer Plan für Zimbabwe
Einsatz von UNO-Truppen gegen Befreiungskampf

Die imperialistische Zielsetzung einer kolonialistischen Lösung in Zimbabwe hat in diesen Tagen einen bedeutenden politischen Erfolg errungen. Der UNO-Weltsicherheitsrat hat eine von Großbritannien eingebrachte Resolution verabschiedet, in der die Ernennung eines UNO-Beauftragten für Zimbabwe vorgeschlagen wurde. Er soll nach dem englischen Antrag mit *„allen am Konflikt beteiligten Parteien Diskussionen über militärische und andere Maßnahmen führen, die den Übergang zur Mehrheitsherrschaft im zukünftigen Zimbabwe gewährleisten können"* („NZZ", 2.10.77). Zu diesem Zweck soll er eng mit dem britischen Hochkommissar für Zimbabwe zusammenarbeiten. Bei dieser Abstimmung enthielt sich die Sowjetunion der Stimme, während der im Saal anwesende Vertreter der VR China sich nicht an der Abstimmung beteiligte, also eine „vornehmere" Art der Enthaltung übte. Damit haben die Vertreter der SU und der VR China dem anglo-amerikanischen Plan eines pro-rassistischen Zimbabwe zu einer relativ guten Ausgangsposition verholfen. Dieser Plan sieht die

die Vertreter der SU und der VR China dem anglo-amerikanischen Plan eines pro-rassistischen Zimbabwe zu einer relativ guten Ausgangsposition verholfen. Dieser Plan sieht die

Ernennung eines UNO-Beauftragten für Zimbabwe als ersten Schritt vor, dem die Entsendung einer UNO-Streitmacht nach Zimbabwe folgen soll. Sie hätte die Aufgabe, *„mit der bestehenden Polizei die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten"* („SZ", 2.9.77). Gleichzeitig sollen alle Verbände der ZIPA (Volksbefreiungsbewegung von Zimbabwe) und die Rassistenarmee aufgelöst werden, während die paramilitärischen Polizeitruppen des Smith-Regimes unangetastet bleiben sollen. Den UNO-Truppen kommt dabei die Aufgabe zu, unter dem Schein der Neutralität diesen „friedlichen" Weg militärisch abzusichern. Eine wesentliche politische Voraussetzung zu diesen Plänen ist die Zustimmung der Großmächte zu dieser Internationalisierung des Konflikts, was durch die in dieser Form fast einmalige indirekte Zustimmung der Sowjetunion und der VR China im Weltsicherheitsrat der UNO zunächst der Fall ist. Der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes soll also eine scheinbar einheitliche „Weltmeinung" mit der Autorität der UNO entgegengestellt werden, um die Freiheitskämpfer leichter isolieren und vernichten zu können. In diesem Sinne wurde eine qualifizierte Kraft für das Amt des UNO-Beauftragten gesucht und gefunden: Der indische General Chand hatte 1970 bis 1976 den Oberbefehl über die Friedenstruppen der UNO auf Cypern und war in ähnlicher Mission schon 1962 im Kongo tätig. Damals hatten die „neutralen" UNO-Truppen offen Partei gegen den gewählten antiimperialistischen Ministerpräsidenten P. Lumumba ergriffen und die Voraussetzungen für das heutige polizeistaatliche Mobutu-Regime geschaffen.

Unter diesen Vorzeichen zeigte sich der britische Außenminister zufrieden: Unabhängigkeit und Mehrheitsregierung würden noch vor dem Ende 1978 kommen, *„weit schneller, als es die sehr optimistischen Unterstützer des bewaffneten Kampfes denken"* („Times", 5.10.77). Der „querköpfige" Rassistenchef Smith ist nach einjährigen Verhandlungen durchaus bereit, wesentliche Punkte des anglo-amerikanischen Planes zu akzeptieren (siehe AK 113), so, wie er schon vor einem Jahr dem Kissinger-Plan eine anfängliche Zustimmung gab. Allerdings war damals die Ablehnung des Kissinger-Planes im Lager der fünf Frontstaaten weitaus schärfer als heute gegenüber den anglo-amerikanischen Lösungsvorschlägen. Grundsätzlich wird der neue Plan von keinem dieser Staaten abgelehnt, man verlangt den Rücktritt der Smith-Regierung und die Ent-

anglo-amerikanischen Lösungsvorschlägen. Grundsätzlich wird der neue Plan von keinem dieser Staaten abgelehnt, man verlangt den Rücktritt der Smith-Regierung und die Ent-

waffnung der Rassistenarmee. Forderungen, die der neue Plan z.T. erfüllt (nach „Daily News", 23.9.77 Tansania). Für Neyere ist der Plan trotz negativer Punkte *„eine Grundlage für zukünftige Verhandlungen"*, während Sambia ihn als *„Durchbruch"* bejubelte („Le Monde", 25.9.77).

Ende September traf sich dann Kaunda sogar direkt mit Smith und weiteren Rassistenführern in Lusaka! Das waren die ersten direkten Kontakte zwischen diesen beiden Politikern seit dem Scheitern der Verhandlungen an den Victoria-Wasserfällen im August 1975. Diese Gespräche, die seinerzeit vor allem auf Druck Kaundas stattfanden, sollten eine „friedliche" Übereinkunft zwischen den zimbabweschen Patrioten und dem Smith-Regime herbeiführen. Zur Stärkung des opportunistischen Lagers innerhalb des Lagers der Patrioten entfaltete Kaunda einen massiven Terror gegen die ZANU (vergl. „Schlacht um Zimbabwe" von S. Mutumbuka – ZANU –, S. 12ff.).

Die heutigen Gespräche mit dem Rassistenchef Smith sind eine eindeutige Aufwertung dieser bislang von den Frontstaaten geächteten Marionette des Imperialismus und stellen den offenen Bruch der bisher von den Frontstaaten praktizierten Verhandlungsweise dar.

Über diese Gespräche wurden die anderen Frontstaaten und die Patriotische Front erst im nachhinein informiert, wobei Nkomo zufällig (?) gleichzeitig mit Smith in Lusaka weilte. Die sechsstündige Unterredung - Kaunda hatte zum Lunch eingeladen - kreiste nach sambischer Darstellung um das Thema, auf welche Weise der „Übergang" in Zimbabwe bewerkstelligt werden kann. Die sambische Seite wollte nach eigenem Bekunden Smith Ratschläge (!) geben, wie er die Aufgabe seiner Machtposition bewerkstelligen könne. Smith habe dagegen einzelne Punkte des anglo-amerikanischen Planes kritisiert, wobei die sambische Seite ihn an die Engländer und Amerikaner (!) verwiesen habe („Times", 3.10.77). Es liegt in der Natur der Geheimdiplomatie dieser Art, daß vom genauen Verlauf solcher Unterredungen nichts an die Öffentlichkeit dringt. Allein die Tatsache aber, daß sie stattgefunden haben, deutet auf eine massive Einflußnahme Kaundas für die proimperialistische Lösung hin und dokumentieren den Differenzierungsprozeß innerhalb der Frontstaaten, der angesichts dieser neuen Offensive des Imperialismus in Zimbabwe stattfindet.

Diese Manöver Kaundas können von den Revolutionären in Zimbabwe und innerhalb der Frontstaaten nur mit dem größten Mißtrauen be-

in Zimbabwe stattfindet.

Diese Manöver Kaundas können von den Revolutionären in Zimbabwe und innerhalb der Frontstaaten

nur mit dem größten Mißtrauen betrachtet werden. Es kommt nicht von ungefähr, daß ausgerechnet der britische Außenminister diesem Treffen seinen Beifall gezollt hat. Es sei ein *„gutes Zeichen"*, *„je mehr die Leute miteinander reden, umso größer sind die Chancen für eine friedliche Regelung"* („Times", 5.10.77). Man braucht kaum hinzuzufügen, daß eine „friedliche" Übereinkunft mit dem Faschisten Smith der Auftakt für den Bürgerkrieg in wird.



Die Patriotische Front, die noch gemeinsame Positionen zu diesen Spaltungsversuchen des Imperialismus und der afrikanischen Reaktion entwickelt, hat in einem in Maputo veröffentlichten Papier keine formelle Ablehnung des neuen Plans formuliert, sondern folgende Bedingung genannt: *„Die einzige Garantie für eine wirklich Unabhängigkeit Zimbabwes ist die direkte Einbeziehung der patriotischen Befreiungskräfte in alle Organe und Funktionen der Übergangsstrukturen, bis die Macht vollständig an das Volk von Zimbabwe durch freie und korrekte demokratische Wahlen übergeben worden ist"* („Times", 5.Okt.77). Gleichzeitig warf der Generalsekretär der ZANU, Mugabe, den US- und englischen Imperialisten vor, sie wollten eine **„Marionettenregierung"** in Zimbabwe einsetzen. Dieser Absicht scheinen die Imperialisten seit der Präsentierung des Kissinger-Plans im August 1976 ein Stück näher gekommen zu sein.

DKP zu Che Guevara — Dreiste Heuchelei

Die „UZ" (7.10.77) ließ es sich nicht nehmen, zum 10. Jahrestag der Ermordung Che Guevaras eine „Würdigung" herauszubringen. Unter der Überschrift *„Eine sich verzehrende revolutionäre Flamme"* reklamiert ein Fritz Noll Che für das revisionistische Lager – und für niemanden sonst!

„Kräfte, die nicht oft genug von Revolution reden können, aber dem realen Sozialismus feindlich gegenüberstehen, die den politischen Massenkampf der Völker negieren und stattdessen auf Abenteurertum setzen, Anarchisten, Trotzkisten und Maoisten versuchen, Che Guevara zu vereinnahmen, um ihn für ihre reaktionären Ziele zu mißbrauchen.

Wir Kommunisten haben stets einen kompromißlosen Kampf gegen solche Versuche geführt, wir haben stets das Vermächtnis von Che erfüllt (!!) und in seinem Geist gehandelt" (!!!).

Diese Behauptung ist wirklich dreist: Die DKP und das revisionistische Lager haben bisher (auch schon zu Lebzeiten Ches) den *„kompromißlosen Kampf"* gegen seine Positionen geführt, was sich an den Auseinandersetzungen um den Aufbau des Sozialismus in Kuba, den Stellungnahmen zu Ches Guerilla in Bolivien oder der Bedeutung des bewaffneten Kampfes für den Sieg über den Imperialismus beweisen ließe.

Hier nur zwei aktuelle, grundlegende Widersprüche, die zuletzt in Chile ihren deutlichsten Ausdruck gefunden haben und finden:

Bekannt ist, daß die Revisionisten (auf der Grundlage ihrer Theorie der friedlichen Koexistenz und der Stärke des sozialistischen Lagers) die Konzeption der Volksfront vertreten, das breiste, demokratische Bündnis mit allen antiimperialistischen Kräften, wozu angeblich auch die nationalen Bourgeoisien in der „Dritten Welt" gehören. Für Chile bedeutet das, daß die KP das „antifaschistische" Bündnis mit der gesamten Christdemokratie (die den Militärputsch vorbereiten half), anstrebt und damit bis heute den Widerstand der chilenischen Linken spaltet.

Die KPen in Peru und Argentinien unterstützen „ihre" Militärregierungen als sogenanntes kleineres Übel gegen die noch rechteren und reaktionäreren „Fraktionen" der Bourgeoisie.

Der chilenische MIR und andere Organisationen der revolutionären Linken werden ganz offen beschuldigt, den faschistischen Terror zu provozieren (z.B. die KP Chile in ihrer gegen den MIR gerichteten Broschüre „Das trojanische Pferd").

Dazu Che:

„Und die Bourgeoisien? In vielen lateinamerikanischen Ländern bestehen objektive Gegensätze zwischen den um ihre Entwicklung kämpfenden einheimischen Bourgeoisien und dem Imperialismus, der die Märkte überschwemmt und damit die nationale Industrie im ungleichen Wettbewerb vernichtet... Trotz dieser Widersprüche aber sind die einheimischen Bourgeoisien im allgemeinen nicht in der Lage, dem Imperialismus gegenüber eine konsequente Kampfposition einzunehmen. Damit beweisen sie, daß sie die Volksrevolution mehr fürchten, als ihr Leiden unter Unterdrückung und despotischer Gewalt eines Imperialismus..."

Ebenso bekannt ist, daß die Revisionisten auch heute – nach dem blutigen Sturz der Unidad Popular in Chile – den friedlichen Übergang zum Sozialismus propagieren, Wahlen als eine Möglichkeit zur Übernahme der Macht betrachten, und immer noch von demokratischen Militärs in Lateinamerika träumen (siehe ihre Politik in Peru).

Dazu noch ein Zitat von Che (und man vergleiche, wie dies eine konkrete Voraussage der chilenischen Entwicklung wurde!): *„Wenn man von ‚Durch die Wahlen zur Macht' redet, so fragen wir uns immer: Wenn eine revolutionäre Volksbewegung wirklich auf Grund einer großen Mehrheit die Macht erringt und beschließt, konsequent die Umwandlungen durchzuführen, die in ihrem Programm formuliert sind, das ihnen den Sieg sicherte, würde sie dann nicht sofort mit den reaktionären Klassen des Landes in Konflikt geraten? Ist die Armee nicht stets das Unterdrückungsinstrument dieser Klassen gewesen? Wenn das aber stimmt, dann ist es logisch zu erwarten, daß diese Armee für ihre Klasse Partei ergreifen und einen Konflikt mit der neu gebildeten Regierung beginnen wird. Eine solche Regierung würde sicher durch einen mehr oder weniger blutigen Staatsstreich gestürzt werden, und so beginne das endlose Spiel von neuem"* (Che, „Kuba - historischer Einzelfall oder Vorposten im Kampf gegen den Kolonialismus", 1961).

Dies sind nicht etwa mühsam herausgelesene Zitate von Che, vielmehr geht er gerade auf die Fragen des Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie und des friedlichen Übergangs in fast allen seinen Schriften immer wieder ein – nicht zuletzt, weil schon damals die Auseinandersetzung mit den revisionistischen KPen Lateinamerikas anstand.

Che wird dann im Verlauf des UZ-Artikels schlichtweg gefälscht. Er sei *„Initiator sozialistischer Wettbewerbe"* gewesen, und er habe sich zwar sehr für die moralischen anstelle der materiellen Anreize eingesetzt, aber immer eingeräumt, daß er sich täuschen könne, sein Einsatz in Bolivien schließlich sei wie eine Tragödie der Antike usw.

Noch schlimmer als diese UZ-„Würdigung" ist allerdings ein Artikel über die Guerilla in Lateinamerika in einem Überblick über Lateinamerika aus der DDR. Dort wird Che zum armen Verführten, der seine Irrtümer mit dem Leben bezahlen mußte: *„Leider haben sich ehrliche und aufrechte Anhänger der sozialen Revolution, hervorragende Revolutionäre, von solchen voluntaristischen Auffassungen beeinflussen lassen* (vorher wurde ausgeführt, daß kleinbürgerliche, ultralinke Abenteurer den bewaffneten Kampf in Lateinamerika gepredigt und verabsolutiert und auch noch den Sozialismus als Tagesaufgabe propagierte hätten – Anm. AK). *Ihre Irrtümer führten sie oft in den Tod. Im Jahre 1967 scheiterte in Bolivien das Experiment Che Guevaras, eines Helden der sozialen Revolution in Lateinamerika"* (Uschner, „Lateinamerika, Schauplatz revolutionärer Kämpfe", S. 263).

Das ist insgesamt die Methode der Revisionisten: Che selber wird wegen seines Ansehens in der Welt nicht angegriffen, aber Organisationen, die tatsächlich in seiner Tradition stehen, werden als Provokateure diffamiert, seine inhaltlichen Positionen werden verurteilt. In der revisionistischen Literatur ist Che zum unpolitischen Mythos degeneriert worden – aber wen wundert das eigentlich, wo die Revisionisten auch Lenins Namen für sich reklamieren, seine Politik aber völlig mit Füßen treten?! Sie werden damit in einem wie im andern Fall aber niemand auf Dauer täuschen können.

Lateinamerika-Kommission

Argentinien: Weitere Ausweisungen

Seit dem Militärputsch im März 76 ist die argentinische Militärjunta dazu übergegangen, politische Flüchtlinge an ihre Heimatländer auszuliefern. Insgesamt wird die Anzahl der politischen Flüchtlinge aus den anderen lateinamerikanischen Ländern in Argentinien auf etwa eine Million geschätzt. Zu Beginn einer »Umsiedlungsaktion«, von der insgesamt ca. 5.000 Bolivianer betroffen sind, sind im September 265 bolivianische Männer, Frauen und Kinder an das Banzer-Regime ausgeliefert worden. »Begründet« wurde dies von den argentinischen Militärs mit dem geplanten Abriß des Slumviertels, in dem die Bolivianer wohnten — eine Neuansiedlung sei finanziell nicht tragbar.

Lateinamerikakommission

BRD-Kolonie in Zaire
Internationaler Protest

„Genschers Afrika - Politik ist schon jetzt ins Zwielicht geraten... die Bundesregierung gerät in Verdacht, sie unterstütze Neo - Kolonialismus und heimlichen Waffenexport" und könnte jetzt *„ in West und Ost.. als Kolonialisten oder Militaristen in Verruf geraten."*

So beschreibt der „Spiegel" (10.10.77) weltweiten Protest und Besorgnis seit im August die Zeitschrift „Afrique-Asie" den Wortlaut eines Geheimvertrags zwischen der BRD-Raketenfirma OTRAG und dem zairischen Staat enthüllte, ein Vertrag, der für ein Gelände in Südost - Zaire von der Größe der DDR alle Menschenrechte außer Kraft setzt und der OTRAG uneingeschränkte Nutzungsrechte für das Territorium überträgt. Der OTRAG sind Willkürmaßnahmen bis hin zur Zwangsumsiedlung - und Vertreibung Hunderttausender gestattet, ohne daß eine internationale Kontrolle über die Vorgänge in Südost - Zaire möglich wäre und ohne daß die OTRAG hierfür juristisch zur Rechenschaft gezogen werden könnte, da den OTRAG Mitarbeitern absolute diplomatische Immunität zugesprochen wurde.

Der „Spiegel" bestätigt im gleichen Artikel, daß die Bonner Regierungsstellen nicht nur im „Zwielicht" stehen oder gar unbegründeten „Verdächtigungen" ausgesetzt sind, sondern in der Tat federführend bei der Errichtung dieser einzigartigen Neo-Kolonie mitgearbeitet und die ehrgeizigen Raketenpläne der Firma OTRAG mit Millionenbeträgen finanziert haben, daß hinter dem Aushängeschild OTRAG also der BRD-Imperialismus steht.

Damit haben die bisher nur von der Linken (ARBEITERKAMPF, Extradienst, 3.Weltmagazin) und dem Ausland angestellten Recherchen erstmals Eingang in die westdeutsche bürgerliche Presse gefunden.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß der „Spiegel" allerjüngste Geschäfte zwischen der BRD und OTRAG nachweist, wie etwa den Transport von „Hilfsgütern" durch die OTRAG – Fluggesellschaft ORAS ins Shaba - Aufstandsgebiet im Sommer dieses Jahres im offiziellen Auftrag des Auswärtigen Amtes, für den die OTRAG rund eine Million DM erhielt. Außerdem enthüllte der „Spiegel", daß der internationale Finanzberater Weymar, ein enger Mitarbeiter des bedeutendsten BRD - Rüstungs - Lobbyisten F.J.Strauß, das Geschäft zwischen OTRAG und Zaire anberaumt hat. Weitere Mosaiksteine vervollständigen inzwischen das Bild von OTRAG als einer Filiale der Super - Konzerne wie Krupp, Daimler - Benz, Messerschmidt - Bölkow - Blohm ...

Internationale Proteste

„Afrique Asie" (3. - 16.10) schreibt in ihrer jüngsten Ausgabe, der von ihr veröffentlichte Vertrag habe *„den Effekt einer Bombe gehabt ... über den sich die Vertragspartner sehr wohl im klaren sind."*

...in Afrika:

Zunächst hatten die fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen Afrikas das OTRAG/BRD - Projekt angegriffen und die militärische Bedrohung durch den Raketenstützpunkt in den Mittelpunkt gestellt. Unsere Zusammenstellung der Äußerungen steht nur stellvertretend für die Schlagzeilen, die es praktisch in der Presse aller fortschrittlichen afrikanischen Staaten gegeben hat.

Als eine der ersten Reaktionen erklärte der Staatspräsident der VR Angola, A. Neto, daß die Anwesenheit von bundesdeutschen Raketenbasen in Zaire eine unmittelbare Gefahr für die angolanische Revolution darstellten. Er machte bekannt, daß die OTRAG – Raketen nukleare Sprengköpfe transportieren können, die im Konfliktfall gegen Angola eingesetzt werden sollen („Journal de Angola", 2.8.77).

In diesem Zusammenhang ist eine Meldung der rechten Pariser Wochenzeitung „Valeurs actuelles" vom 19.9 interessant, die besagt, daß das rassistische Südafrika einer der ersten Staaten war, der sich für das OTRAG - Projekt interessierte. (nach „Afrique Asie", vom 3.10.)

Der Präsident der zairischen Widerstandsbewegung FLNC, N. Mbumba, richtete am 13.8. ein Memorandum an das Befreiungskomitee der OAU, die Generalsekretäre der OAU und UNO und an den Dekolonisierungsausschuß der UNO, in dem es heißt, der Vertrag bedeute die *„erneute Kolonisierung eines Teils des Territoriums eines souveränen Staates durch eine fremde Macht mit der Zustimmung dieses Staates"*.

Dieser in Afrika bislang einmalige Vorgang zeige erneut, daß der zairische Staat der korrupteste in Afrika sei. Die Firma OTRAG wird in dem FLNC - Memorandum als *„Befehlsempfänger der NATO - Staaten"* bezeichnet, der BRD - Imperialismus als der *„heimtückischste und hinterhältigste Teil des weltweiten Imperialismus"*. Zur behaupteten „Friedlickeit" der OTRAG - Raketen und zur Vertragsbestimmung, daß die OTRAG für die von ihren Raketen angerichteten Schäden nicht verantwortlich ist, schreibt die FLNC: *„Auch der genaue Charakter der Raketen, die OTRAG abschießen will, muß schaudern machen. Denn weder metereologische noch Telekommunikationssatelliten richten große Schäden für Leben und Gesundheit an, mit Sicherheit jedoch nukleare Sprengköpfe."*

„Hierfür kann OTRAG in keiner Weise zur Verantwortung gezogen werden, ebensowenig wie die Kolonialisten für all ihre Verbrechen in den Kolonien."

Der Generalsekretär der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, Alfred Nzo, attakierte das OTRAG - Projekt am 9.9. als ein *„besonders hervorstechendes Beispiel der direkten Intervention des Imperialismus in die Probleme des afrikanischen Kontinents."* Der neo - kolonialistische Kauf afrikanischen Territoriums als Raketenversuchsgelände sei *„Zeugnis einer Politik, die Aggressionen gegen die afrikanischen Staaten mit fester anti - imperialistischer Politik ermutige."* Nzo bezeichnete das OTRAG-Projekt als Teil der Imperialistischen Globalstrategie in Afrika (Journal de Angola, 10.9.77). Radio Tanzania nannte die Aktivitäten der OTRAG ein *„imperialistisches Komplott jener Kräfte, die auch die Feinde der afrikanischen Völker im Süden des Kontinents mit Waffen unterstützen"* und selbst die regierungseigene kenianische „Daily Nation" warf der BRD-Regierung vor, sie wolle *„ die Einwohner Südost - Zaires aus eigennützigen Beweggründen zu einem Massenexodus zwingen"* (nach „Saarbrük ker Zeitung", 10.8.77).

... in West - Europa

Im holländischen Fernsehen wurde bereits ein kritischer Film, an dem die FLNC mitarbeiten konnte, über die OTRAG gesendet und selbst in



Kayser mit Rakete: Seit einigen Wochen haben wir das Gefühl, daß sich was zusammenbraut" („Spiegel", 10.10.77)

den bürgerlichen Zeitungen des europäischen Auslands wie „Corriere della Sera", „Le Monde", „Le Soir", „Le Nouvel Economiste", „Vers L'Avenir", „L'Express", „Sunday Times", der südafrikanischen „To the Point International" etc. machte der OTRAG - Skandal Schlagzeilen. In einigen Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse des Auslands wird dabei ausdrücklich betont, daß das OTRAG - Projekt gegen die der BRD durch international gültige Verträge auferlegten Beschränkungen im Raketenbau verstößt, so z.B. von "L' Express" (22.8.77). Der der Sozialistischen Partei Mitterands naheste-

Fortsetzung Seite 53

Wo der Imperialismus regiert

Malawi: 13 Jahre blutiger Neokolonialismus

Traditionell gute Beziehungen unterhält die Bundesrepublik zu dem Diktator „Dr." Banda in Malawi, der im Sommer dieses Jahres von der BRD–Ministerin Schlei aufgesucht wurde. Die westdeutschen Kredite belaufen sich auf 88,1 Mio. DM und die Zuschüsse zu verschiedenen Projekten in der Landwirtschaft betragen 63,3 Mio. DM (Stand 31.12.76, Handbuch ‚Entwicklungspolitik' 1977). Gegenwärtig beteiligt sich die BRD an einem Großprojekt in Form einer Zuckerfabrik, wobei die Banda–eigene Firma „Press Holdings Ltd." Partner an der Ausplünderung des Landes ist. Zur Zuckerfabrik gehören Großplantagen für Zuckerrohr, insgesamt soll das Projekt 3.500 Menschen beschäftigen (nach „Giessener Anzeiger", 7.5.77 und „New African Development", 10/77).

Innenpolitisch steuert Banda den Kurs eines mittelalterlichen Feudalherrschers. Ungefähr 3.000 politische Gefangene werden in Konzentrationslagern wie Mkuyu und Ndzeleka zusammengepfercht, fast alle wurden ohne Haftbefehl und Prozeß in diese Lager verschleppt. Frauen ist es verboten, in der Öffentlichkeit Hosen zu tragen oder Kleider, die das Knie nicht ganz bedecken. Männer verstoßen gegen ein Gesetz, wenn die Haare eine *„gedachte Linie über den Kopf in Höhe des Mundes"* überschreiten. Diese Auflagen gelten auch für Touristen („Süddeutsche Zeitung", 14.5.77).

Banda ist 1964 von den englischen Kolonialherren eingesetzt worden und hat sich alsbald zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt. Um potentielle Konkurrenten auszuschalten, hat er mittlerweile mehr als 20 z.T. blutige Regierungsumbildungen vorgenommen. Die jüngste fand im Sommer dieses Jahres statt, als Banda sämtliche wichtige Ministerien auf sich vereinigte. Dies war die Folge eines angeblichen „kommunistischen Putschversuchs" seines „Mitstreiters" Muwalo im Februar 77. Muwalo, Generalsekretär der regierenden Kongreßpartei, hatte sich nach Kräften an der Repression im Lande beteiligt, bis er nach dem „Putsch" zum Tode verurteilt wurde („NZZ", 17.2.77). Dieser „Putsch scheint in Wirklichkeit ein Manöver Bandas gewesen zu sein, mit dem er der wachsenden Unzufriedenheit der verelendeten Massen begegnen wollte und einen „Hauptschuldigen" für die Unterdrückung im Lande präsentierte. Immerhin blieb Muwalo noch zwei Monate in seinem Amt, nachdem der „Putsch" entdeckt worden war („African Development", 4/77).

Außenpolitisch hat Banda die engsten Kontakte mit dem Imperialismus: *„Die Regierung bemüht sich um Auslandskapital. Es ist willkommen und keinen Beschränkungen unterworfen"* („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 23.4.77). Banda war auch der erste schwarz-afrikanische Präsident, der 1973 die faschistische RSA besuchte und sowohl zu ihr wie zu den portugiesischen Kolonialisten in Mosambik diplomatische Beziehungen aufnahm. Die Handelsbeziehungen zur RSA sind intensiv, immerhin hat die RSA die Finanzierung der geplanten Hauptstadt Lilongwe in der Mitte des Landes (nach brasilianischem Vorbild) übernommen (ebenda)!

Die zahlreichen Flüchtlinge aus Malawi haben in Tansania Zuflucht gefunden und dort zwei Oppositionsgruppen gebildet. Die eine nennt sich Malawischer Sozialistischer Bund und hofft, die Bauern gegen den Diktator zu organisieren. Dagegen handelt es sich bei der Malawischen Freiheitsbewegung um eine konservativ-bürgerliche Bewegung um den ehemaligen Minister Chirwa, die mit dem Antikommunismus Bandas prinzipiell einverstanden ist, doch den Verlust der Futtertröge nicht verwinden konnte (alle Angaben nach „New African Development", 10/77).

Afrika-Kommission

Gabun: USA kontra Frankreich

Um das an Bodenschätzen reiche Gabun (Uran, Eisenerz, Mangan, Öl) findet derzeit ein Wettlauf zwischen Frankreich und den USA statt. Die ehemalige französische Kolonie wird bis heute dominiert durch den Einfluß des einstigen Kolonialherren, was sich nicht zuletzt auch in den häufigen Besuchen Giscard d'Estaings in Gabun und der Anwesenheit französischen Militärs ausdrückt.

Die französische Beherrschung wird seit 1972 verstärkt von den USA in Frage gestellt, die ihren Export nach Gabun sprunghaft ansteigen ließen. Auch der Import von Waren aus Gabun in die USA stieg rasch, er nahm zwischen 1973 und 1974 um das Dreizehnfache zu. Vor allem wurden Öl und Mangan importiert. Vor allem mit dem wachsenden Öl-Import aus Gabun werden sich die Beziehungen zwischen Gabun und den USA enger gestalten. Bereits heute sind die US-Investitionen vor allem im Ölgeschäft, aber auch in den Bereichen Bergbau und Bankwesen angelegt. Heute arbeiten Gulf Oil, Texaco und Chevron in Gabun, allerdings ist nach wie vor Frankreich der größte Abnehmer (23 %) von Erdöl aus Gabun. Im Mangangeschäft sind die USA schon länger. Als aufstrebende imperialistische Macht trotzten sie bereits 1953 den Franzosen eine 49-%-Beteiligung an der neugegründeten Gesellschaft Comilog ab. Der US-Konzern U.S. Steel kauft jeweils die Hälfte der Jahresproduktion auf.

Die heutigen Kräfteverhältnisse der multinationalen Konzerne spiegeln sich in der Beteiligung im Eisenerzabbau wider. Die großen Vorkommen im Nordosten des Landes werden von der Gesellschaft Somifer abgebaut; die Beteiligungen: 50% US Bethlehem Steel Corporation, Frankreich hält 34% und andere europäische Konzerne sind mit den restlichen 16% beteiligt. Die Gesellschaft hat einen 25–Jahresvertrag über die Ausbeutung der Lagerstätten. Die für den Abbau der Bodenschätze notwendige Eisenbahnlinie wird von der Weltbank durch Kredite mitfinanziert. Das gleiche gilt für einen geplanten Tiefwasserhafen. Höhe der geplanten Investitionen: 550 Mio. DM!

Das US–Finanzkapital hat schon seit 1966 recht erfolgreich Versuche unternommen, die französischen Imperialisten auch auf dem Gebiet der Banken und der Finanzierung Konkurrenz zu machen. Morgan Trust Guaranty, First National City Bank und Bank of America sind mit hohen Beteiligungen (bis zu 49%) im Kreditwesen von Gabun verankert. Hier werden die finanziellen Grundlagen (Kredite etc.) für die Ausplünderung des Landes gelegt.

Die hohen Investitionen der USA in Gabun (450 Mio. DM bis 1976) dokumentieren die langfristige Durchdringung des Landes mit US–amerikanischem Kapital, das die verstärkte Herauslösung des Landes aus dem Interessenbereich der französischen Imperialisten vorantreiben soll. (Statistische Angaben nach „Africa", 10/77)

Afrika–Kommission

Obervolta: Rückkehr zur Zivilregierung

Nach einer längeren Zeit der Grabesruhe in der Berichterstattung über die politische Entwicklung des westafrikanischen Obervolta macht der seit 1966 an die Macht geputschte Präsident Lamizana seit kurzem wieder von sich reden. Angesichts der in diesem Jahr ausgesprochen schlechten Ernte, die die ohnehin verarmten Bauernmassen in eine furchtbare Hungersnot bringt, angesichts der aus den Lebensmittelkürzungen resultierenden zunehmenden Kämpfe und Streiks der Arbeiter in den Städten (erst vor kurzem protestierten die Arbeiter aus dem Bank–, Post– und Gesundheitsbereich – „Africa", 10/77), sieht sich der Komprador augenscheinlich dazu gezwungen, alte Pläne einer sagenumwobenen „Demokratisierung" wieder aus der Asche zu holen. Der Rückkehr vom Militärregime zu einer zivilen Regierung sind allerdings von vornherein derartige Grenzen gesteckt, daß sich diese Pläne als Schwindel erweisen werden.

Von der „Verfassungskommission" sind allerhöchstens drei Parteien erlaubt, die antiimperialistische „Parti African de l'Independence" (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit, PAI) soll ohnehin verboten bleiben („Africa", 7/77). Bis zu einer „Volksabstimmung" über die Verfassung, die Ende dieses Jahres stattfinden soll, bleibt allen Parteien jegliche politische Aktivität verboten! Anfang nächsten Jahres sollen dann bereits die Wahlen stattfinden. Schon jetzt hat der Präsident angekündigt, daß das Land einen *„starken Präsidenten braucht, der auch reale Macht besitzt"* („Africa", 7/77) – das heißt, akzeptiert wird ohnehin nur ein bestimmter Wahlausgang und ein bestimmter Präsident, der der herrschenden Militärclique ins Konzept paßt! – Von diesem Manöver haben die schwarzen Massen nichts zu erwarten.

Afrika–Kommission

Elfenbeinküste: Antikorruptionskampagne

Nach den Studentenkämpfen im Frühjahr d.J. versucht Houphouet Boigny, Chef der Elfenbeinküste und afrikanischer Neokolonialist par excellence, weiteren innenpolitischen Unruhen durch eine Anti–Korruptions–Kampagne vorzubeugen. Neun von 30 Ministern wurden kürzlich aus dem Kabinett der Regierung entlassen, darunter der Außen– und der Finanzminister sowie die Minister für Planung und für Landwirtschaft. Die herrschende Clique in der Elfenbeinküste hat sich durch die gnadenlose Ausplünderung des Landes gemeinsam mit imperialistischen multinationalen Konzernen einen für afrikanische Verhältnisse sagenhaften Reichtum angeeignet („New African Development", 10/77). Eine weitgehende Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, insbesondere verursacht durch die hemmungslose Rodung des tropischen Regenwaldes, sind die unvermeidliche Kehrseite dieser Situation.

Einer der Minister wurde gefeuert, weil er mehrere Villen in Afrika und Europa besaß – von einer Enteignung war natürlich nicht die Rede. Überhaupt ändern diese personellen Einzelmaßnahmen nichts an den neokolonialen Strukturen des Landes, sie dienen allein der Beschwichtigung der ausgeplünderten Massen. Ob dies in vollem Umfang gelingt, ist allerdings sehr fraglich. Innerhalb der Studentenbewegung werden immer mehr Stimmen laut, die eine reguläre Verurteilung der korrupten Minister fordern. Das geht den Herrschenden natürlich zu weit, denn dann müßte sich auch Houphouet Boigny anklagen: Der besitzt bei Yamoussoukro das größte private Plantagengelände im schwarzen Afrika. Um bei der laufenden „Anti-Korruptions-Kampagne" von sich abzulenken, schenkte er hiervon einen kleineren Teil „dem Volk".

Afrika-Kommission

Fortsetzung von Seite 52

hende „Nouvel Observateur"(26.9. 77) meint sogar, die OTRAG sei ein *„Ärgernis für Europa"*.

In der Tat sind ein besonders neuralgischer Punkt des OTRAG-Projektes die in den 50er Jahren eingegangenen Verpflichtungen der BRD, keine Großraketen zu entwickeln.

So verpflichtet der Vertrag über den Beitritt der BRD zur Westeuropäischen Union vom 23. Oktober 1954 von Paris die Bundesrepublik auf die Produktion von *„weitreichenden Geschossen und gelenkten Geschossen"*, die länger als zwei Meter sind und eine Reichweite über 32 km haben, zu verzichten (3.Protokoll, Paragraph IV der Anhänge zum Vertrag; nach: „Welt", 13.12.75; „UZ" 5.9.77 und „Rude Pravo", 6.9.77).

Lagos - Konferenz: Tribunal gegen den BRD – Militärstützpunkt

Besonders die UNO/OAU - Konferenz gegen Apartheid in Lagos war zu einem ersten internationalen Tribunal gegen die OTRAG - Machenschaften des BRD - Imperialismus geworden. Der angolanische Außenminister Paulo Jorge erklärte in seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Vorsitzender des OAU - Befreiungsausschußes am 25.August zu OTRAG : *„Es ist offenkundig, daß es sich hierbei um ein Projekt handelt, das auf eine zukünftige Aggression gegen di eVolksrepublik Angola von Zaire aus abzielt. Das angolanische Volk ist damit also einer doppelten (nämlich auch von Südafrika, Anm. AK) und sehr schwerwiegenden Bedrohung ausgesetzt, deren möglicherweise katastrophalen Konsequenzen von jetzt an vollständig von den westlichen Mächten zu verantworten sein werden"* („Journal deAngola", 26.8.77).Auch der ehemalige UNO - Hochkommissar für Namibia, Friedensnobelpreisträger San Mac Bride richtete in Lagos scharfe Angriffe gegen die BRD und bzezeichnete das OTRAG-Projekt als eine Gefahr für die Befreiung des Südlichen Afrika.

Scharfer Protest im Ostblock

Auch im Ostblock und in der revisionistischen Presse im Westen läuft eine recht breite Kampagne gegen den BRD-Stützpunkt in Shaba. Stellvertretend zitieren wir einen Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS: *„Unter dem Vorwand der Erforschung des Weltalls"* wollten BRD-Spezialisten das OTRAG - Gelände *„für die Entwicklung von ballistischen Kampfraketen verschiedener Klassen benutzen,einschließlich solcher, die in der Lage sind, atomare Spregköpfe zu tragen, und dazu, insgeheim Abschußbasen anlegen."*

Die offiziellen Beteuerungen der BRD, das Projekt di ene friedlichen Zwecken, seien *„überschattet von den aktiven Raketen - Ambitionen des westdeutschen Generalstabes und der größten westdeutschen Konzerne des militärisch - industriellen Komplexes. Diese Kräfte sind nicht mehr mit der Beteiligung der BRD an einer Reihe von internationalen Raketenbau - Pools auf gemeinsamer Vertragsbasis zufrieden"* (Zitiert laut „Welt" vom 12.9. und „Le Monde" vom 13.9.).

Die erheblichen Bemühungen des Ostblockes, gegen das Militärprojekt eine internationale Front aufzubauen, wurden besonders deutlich an Aussagen Breschnews anläßlich des Besuchs des angolanischen Präsidenten Neto Ende September im Moskau, wo er in einer längeren Rede die TASS-Kommentare zu einer offiziellen Verurteilung des OTRAG-„Militärstützpunkts" durch die sowjetische Regierung aufwerte.

Dilemma mit den Dementis

Die Verstrickungen der BRD-Regierung mit der OTRAG sind im „ARBEITERKAMPF", in anderen linken Publikationen und auch im Spiegel nachgewiesen.

Auf internationalem Parkett versucht sich die Regierung heute noch mit plumpen Dementis aus der Affäre zu ziehen.

So erklärte der Bonner Delegationsleiter in Lagos, Klaus von Dohnany, der als Forschungsminister Millionenbeträge für die Kayser-Rakete genehmigte, den die BRD kritisierenden Sean McBride schlichtweg für *„bedauerlicherweise falsch informiert"*.

Es treffe überhaupt nicht zu, *„daß ein bundesdeutsches Unternehmen in Zaire eine Raketenabschußbasis vorbereite* (zur Information: Laut Kayser hat die OTRAG bereits im Mai 76 mit dem Bau der Startanlagen in Zaire begonnen und am 17.5.77 die erste Rakete abgeschossen, Anmerkung AK). *Hier handele es sich um noch nicht abgeschlossene Vorstellungen (!) einer deutschen Firma für den Start von Telekommunikationssatelliten durch ein neuartiges Verfahren, für das Zaire Interesse gezeigt habe. Die Bundesregierung habe hiermit nichts(!) zu tun .."* (Frankfurter Neue Presse, 26.8. 77).

Ebenso log Regierungs-Pressesprecher Grünewald, indem er gegenüber dem französischen „Express" *„energisch bestritt"*, daß die Bundesregierung *„auch nur im geringsten (!) mit dem Unternehmen OTRAG zu tun habe."* Gegenüber den Breschnew-Anschuldigungen deklassierte das Auswärtige Amt das OTRAG-Projekt zu einer *„reinen Privatangelegenheit..., mit der die Bundesregierung in keiner Weise zu tun habe"* (SZ, 30.9.).

Mindestens ebenso wie mit den Enthüllungen über das tatsächliche finanzielle und technische Engagement der BRD bei OTRAG hat die Bundesregierung nach wie vor mit den gegenteiligen Statements ihrer Partner, dem zairischen Staat und der OTRAG, zu kämpfen.

Hatte Zaire noch am 16.8. im Gegensatz zum „Politisch Parlamentarischen Pressedienst" der Bundesregierung gänzlich geleugnet, daß es überhaupt einen Vertrag gibt (*„Der Oberste Führer Mobutu würde niemals sein Territorium verkaufen!")* spricht bereits 9 Tage später die zairische Botschaft in Nigeria in einer Stellungnahme für die Lagos-Konferenz vom 25.8. nun davon, daß *„der Abschluß von Verträgen zwischen Zaire und befreundeten Staaten (!) für friedliche Forschungszwecke nicht bedeutet, daß Zaire den Interessen Afrikas zuwider handelt und sein Territorium kolonialen Mächten zur Verfügung stellt"* (Zitiert nach Afrique-Asie, Nr. 145).

Wenn auch der Vertragspartner Zaires formal die OTRAG ist, dürfte der zairische Offizielle mit dieser Version inhaltlich der Wahrheit am nächsten kommen. Kayser selbst hält offenbar den Versuch, das Engagement der BRD an „seinem" Projekt zu vertuschen für aussichtslos und plaudert recht freimütig, um wenigstens durch Untertreibung noch Punkte machen zu können: *„Den Wert aller s t a a t l i c h e n Hilfen, die Gratis-Benutzung von Prüfständen eingeschlossen, beziffert Kayser selber auf zehn Millionen Mark"* (Spiegel, 10.10.).

Darüber hinaus genießt Kayser nach eigenen Angaben die *„vollste moralische Unterstützung durch die Regierung"* (L'Express , 22.8.77). Nicht einmal an Dohnanyis Version, die OTRAG wolle nur zivile „Telekommunikationssatelliten" in das All schießen, hält sich Kayser: *„Schwere oder leichte Satelliten, zivile oder m i l i t ä r i s c h e"* (L'Express) werden seine Raketen transportieren und außerdem: **„Wie mit dem LKW kann man alles befördern, n a t ü r l i c h auch Wasserstoffbomben"** (Spiegel, 10.10.).

Afrika-Kommission

Ogaden: Entscheidungsschlacht um die Städte

Der Ansturm der von Somalia unterstützen Westsomalischen Befreiungsfront WSLF gegen die letzten Bastionen der äthiopischen Streitkräfte im Ogaden-Gebiet geht weiter. 95 % des Ogaden sind vorläufig in westsomalischer Hand, von den drei größten Städten – Jijiga, Harrar und Dire-Daua – ist Jijiga bereits in der Hand der WSLF. Harrar, eine alte Stadtfestung, und Dire-Daua, die drittgrößte Stadt Äthiopiens überhaupt, sind von den Kämpfern der WSLF umzingelt. Die Kämpfe reichen schon in die Randgebiete dieser Städte hinein, die für die äthiopische Streitmacht nur noch auf dem Luftwege erreichbar sind. Harrar wird zur Zeit von den Äthiopiern nur noch mithilfe von Volksmiliz-Truppen gehalten.

Die Massenproteste in Addis Abeba gegen das Mengistu-Regime gehen trotz schärfster Repressionen weiter. Als letzte Woche im Gefängnis mehrere Oppositionelle zum Tode verurteilt und hingerichtet worden waren, machten die übrigen Gefangenen eine Gefängnisrevolte, die bald auch auf die Straßen übergriff („SZ", 14.10.).

Von der äthiopischen linken Opposition sowie auch von der WSLF wird den Soldaten des äthiopischen Mengistu-Regimes vorgeworfen, sie würden mit grausamen Repressionen die Bevölkerung von Harrar und Dire-Daua gleichsam als Geiseln gegen die Befreiungskämpfer erpressen. So sollen in Dire-Daua bei einer Demonstration gegen das „unmenschliche, barbarische Mengistu-Regime" 200 Menschen von äthiopischen Soldaten einfach niedergemetzelt worden sein („SZ", 7.10.).

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Rhodesische Bischofskonferenz prangert rassistischen Terror an!

In einer kürzlich veröffentlichten Dokumentation hat die katholische Kommission „Recht und Frieden" als offizielles Organ der rhodesischen Bischofskonferenz die Terrorakte des Smith-Regimes gegenüber der schwarzen Bevölkerung scharf verurteilt.

Laut „Süddeutsche Zeitung" vom 7.10. 77 wird das Rassistenregime in der Dokumentation für einen „ungeheuren Propagandakrieg" verantwortlich gemacht, der den Zweck verfolgt, die schwarze Bevölkerung Rhodesiens einzuschüchtern.

Auf primitiven Flugblättern würden die Guerilleros von der Regierung als „tollwütige Kommunistenhunde" bezeichnet und für Morde und Vergewaltigungen verantwortlich gemacht, die in Wirklichkeit die Rassisten selbst verübt hätten.

RSA

In Soweto haben 506 von insgesamt 706 Oberschullehrern zusammen mit 16 Direktoren ihre Kündigung eingereicht, um gegen die rassistische Bildungspolitik des Vorsterregimes zu protestieren.

Der Protest war gleichzeitg dagegen gerichtet, daß die Rassisten als Reaktion auf die Schulstreiks 400 Schulen unter Direktverwaltung gestellt hatten.

Alle Oberschulen von Veneda im nördlichen Teil Südafrikas sind nach der blutigen Niederschlagung von Demonstrationen geschlossen worden. Bei den Auseinandersetzungen töteten Vorsters Polizeihunde zwei Farbige, 35 Jugendliche wurden festgenommen. Der Wagen des Regierungschef von Veneda wurde von den Jugendlichen angegriffen und mußte unter dem Steinhagel der Demonstranten die Flucht ergreifen. (nach „NZZ", 4.10.).

Im Schwarzen-Ghetto New Brighton im Süden der RSA sind bei der gewaltsamen Auflösung einer Kundgebung durch die Rassisten-Polizei 471 Jugendliche vorübergehend festgenommen worden.

Afrika-Kommission

CDU/CSU, Witiko-Bund und Südafrikas Rassisten

Die rechtsradikalen Angriffe des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer und des CSU-Vorsitzenden StrauSS, die SPD/FDP-Koalition würde im südlichen Afrika mit der Unterstützung eines Flüchtlingslagers in Botswana in Wirklichkeit „Mörder und Terroristen" finanzieren, *„sie habe bereits die Moral der deutschen Terroristenszene übernommen"*, hat den sozialdemokratischen „Vorwärts" in seinen beiden letzten Ausgaben zu einer Enthüllung der engen Zusammenarbeit westdeutscher „Christdemokraten" und südafrikanischer Faschisten provoziert. Damit soll der offen reaktionären Variante der Südafrika-Politik der westdeutschen Bourgeoisie eins ausgewischt werden. In der Tat ist es ein sehr düsteres Kapitel christdemokratischer „Entwicklungspolitik", daß damit ans Licht gebracht wurde. Andererseits kann die liberale „Enthüllungsarbeit" des „Vorwärts" nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade die gegenwärtige Bundesregierung alles getan hat und nocht tut, die Republik Südafrika wirtschaftlich zu unterstützen und sie militärisch zu einer Bedrohung der Völker Afrikas zu machen.

Um die rassistische und faschistische Politik der RSA besonders im konservativen Lager zu verankern, hat die CDU/CSU eine Reihe von „Freundschafts- und Unterstützungsorganisationen" ins Leben gerufen. Zugleich sollen sie der Herstellung von Kontakten westdeutscher Industrieller mit südafrikanischen Politikern dienen, um die Möglichkeit von Investitionen zu erörtern und dafür zu werben. Infolgedessen sind besonders die Mitglieder des "Wirtschaftsbeirates der CDU e.V." mit den RSA-Faschisten verfilzt. Dazu gehören u.a. der Brillenfabrikant Rolf Rodenstock, seine „Gesellschaft für Kulturbeziehungen im Ausland e.V." hat sich als Hauptziel gesetzt, *„Staatstreue der Auslandsdeutschen bei Volkstreue im Kampfe für die Menschenrechte, auf Muttersprache -und Volkskultur"* herzustellen. Damit nicht genug, gehört er auch als Präsident dem „Freundeskreis Deutscher Auslandsschulen e.V." an, der sich die Unterstützung deutscher Schulen im vorwiegend faschistischen Ausland (Chile, Brasilien, Namibia etc.) angelegen sein läßt. Der politische Freund Rodenstocks, A. Pickert, ist Vorstandsmitglied im „Wirtschaftsbeirat" der CDU und insofern ebenfalls prädestiniert für die Kontaktpflege mit den RSA-Faschisten. Pickert ist Geschäftsführer der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft", die sich um die „richtige" Darstellung der RSA-Position in der BRD bemüht und in derem rassistenfreundlichen Organ „Afrika-Post" prominente CDU/CSU-Mitglieder ihre christlichen Auffassungen zugunsten der RSA-Führer darstellen.

Einflußreicher RSA-Freund ist weiterhin der bayerische Staatsminister Dick (CSU), er ist zusammen mit dem uns inzwischen bekannten Rodenstock im Verwaltungsrat der „Gesellschaft für Kulturbeziehungen im Ausland" (Motto siehe oben). Ebenfalls in dieser (un)feinen Gesellschaft ist der CDU-Redakteur Badendieck Mitglied. Wenn er nicht gerade seinen Sympathien für die Regierungsterroristen der RSA freien Lauf läßt, schreibt er für das CDU-Organ „Union für Deutschland". Die Zeitung der „Gesellschaft" macht aber nicht er, sondern sein Kollege Grosse vom „Bayernkurier". Sowohl die „Gesellschaft für Kulturbeziehungen" als auch die „Freunde" der deutschen Schulen im Ausland arbeiten z.T. mit dem offen faschistischen Witiko-Bund zusammen. Möchte man mit ihren Repräsentanten telefonieren, muß man die Telefon-Sammelnummer des „Deutschen Industrie- und Handelstages" anwählen. Kommentar überflüssig!

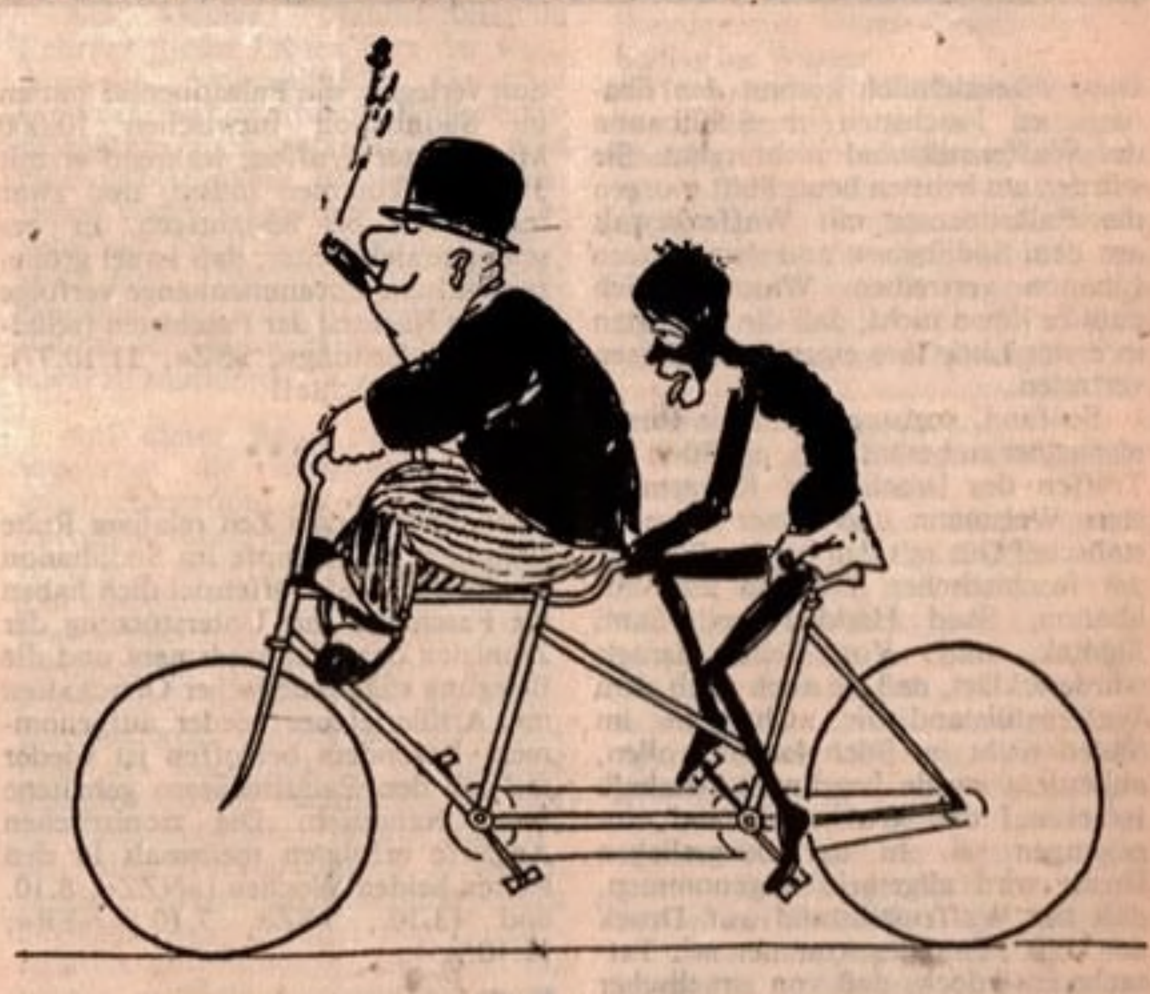
Unlängst haben die beiden Gruppierungen einen südafrikanischen Referenten eingeladen, der zum Thema „Südafrika – schwarz – weiß – rot?" äußerte: *„Wer sein eigenes Fleisch und Blut verrät, wer Kulturvölker primitiven Mörderbanden ans Messer liefert, der hat sein Recht zu leben verwirkt. So lautet das eherne Naturgesetz, um dessen Unerbittlichkeit sich auch unsere Marionetten an der Spitze westlicher Pseudodemokratien nicht herumdrücken können"* (lt. „Vorwärts" vom 15.3.77). Da kann sich Todenhöfer noch ein Scheibchen abschneiden ...

Eine interessante Rolle spielt in diesem Zusammenhang Springers Hausrassist Hans Germani, der als Witikobund-Mitglied und Söldnerbegleiter (Kongo 1964) oft CDU/CSU-Mitglieder auf ihren Reisen im südlichen Afrika betreut. Über seine Söldnerkumpane schrieb er ineinem Buch: *„Sie waren keine Chorknaben und keine Heiligen – aber sie waren besser als ihr Ruf ... denn sie waren Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus"*.

Ganz in diesem Sinne wurde unlängst im schwäbischen Reutlingen eine „Deutsch-Rodesische-Vereinigung" (DRV) gegründet. Sie will der *„lückenhaften Informationspolitik der bundesdeutschen Nachrichtenorgane"* entgegenwirken und das *„Vordringen der kommunistischen Vorherrschaft im südlichen Afrika"* bekämpfen. Den Vorsitz in diesem braunen Verein hat ein evangelischer Diakon namens Speer. Er hat bei seinem Vorhaben u.a. die Rückendeckung der „Jungen Union Nordbaden", die eine Verbreitung der Hetzschriften der Organisation zugesagt hat. Propagandistische Schützenhilfe will auch das Nazi-Blatt „Nation Europa" gewähren, das vom Coburger NPD-Funktionär Peter Dehoust redigiert wird.

Prominentester Sympathisant ist zweifelsohne F.J. StrauSS. Nunmehr will Speer auch an die evangelische Kirche herantreten, hatte er doch schon vor zwei Jahren zur Gründung eines kirchlichen Arbeitskreises „Pro Rohdesia" aufgerufen! (nach „Vorwärts" vom 6.10.77).

Afrika-Kommission



Guinea-Conacry: Rückkehr der Konterrevolutionäre

Verwunderung löste eine kürzliche Ansprache des guinesischen Staatschef Sekou Touré aus, in der er eine generelle Begnadigung für alle ins Ausland geflohenen und in Guinea wegen „subversiven Aktivitäten" Verurteilten bekanntgab. Unter diesen befinden sich zumindest hunderte von erklärten Feinden des guinesischen Staates, speziell Sekou Tourés. Diese Feindschaft hat sich u.a. in unzähligen blutigen Putschversuchen seit Bestehen Guineas ausgedrückt. Guinea ist wie kaum ein anderes afrikanisches Land Opfer einer massiven imperialistischen Destabilisierungspolitik gewesen. Bisher hat Touré mit relativer Härte auf diese Aktivitäten reagiert. Um so verwunderlicher ist die jetzige Erklärung, die über Radio Conakry ausgestrahlt wurde und in der Sekou Touré allen im Exil lebenden Guineern im Falle ihrer Rückkehr *„Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf den Besitz von privatem Eigentum für die Geschäftsleute"* garantiert.

Letzeren würde erlaubt, im landwirtschaftlichen Bereich, in der Fischerei, dem Transportwesen, dem Tourismus und dem Hausbau zu investieren. (Africa, Oktober 77).

Afrika-Kommission



nahost

Neuer Bürgerkrieg im Nordjemen?

Am Abend des 11. Oktober wurde auf den Staatspräsidenten der AR Jemen (Nordjemen), Ibrahim al-Hamdi, seinen Bruder Adullah Mohammed al-Hamdi, Oberstleutnant und Oberkommandierender einer Spezialeinheit sowie auf seinen Schwager Ali Katus, ebenfalls Oberstleutnant und Befehlshaber der nordjemenitischen Panzerverbände, ein Attentat verübt, bei dem alle drei ermordet wurden. Sofort wurde für eine Übergangszeit (?) ein dreiköpfiger Präsidialrat eingesetzt, der aus Mitgliedern des zehnköpfigen Kommandorates besteht und von dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Al-Gashmi, geleitet wird. Al-Gashmi galt als enger Mitarbeiter Al-Hamdis. Im nordjemenitischen staatlichen Rundfunk wurde der ermordete Staatschef als »Märtyrer« bezeichnet und eine 40-tägige Staatstrauer angekündigt (»Neue Zürcher Zeitung«, »NZZ«, 13. und 14.10.77 und »Süddeutsche Zeitung«, »SZ«, 13. und 14.10.77).

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Attentate von den feudalen Stammesfürsten im Norden verübt worden sind und ein neues Aufflammen des Bürgerkrieges zwischen den Republikanern und Royalisten zu erwarten ist. Darüber hinaus ist es auch durchaus möglich, daß mit der Ermordung der drei und der Einsetzung des dreiköpfigen Präsidialrates schon ein Putsch der äußerst rechten Feudalherren erfolgt ist. Im Hintergrund: Saudi-Arabien.

Al-Hamdi war als rechter, konservativer Politiker bekannt. Al-Hamdi kämpfte nach dem Sturz des Iman al-Badr im Jahre 1962 im folgenden jahrelangen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner gegen die Royalisten (feudale Stämme im Norden des Landes, die ebenso wie in Südjemen von Saudi-Arabien unterstützt und für dessen Interessen eingesetzt wurden). 1971 trat al-Hamdi in die Regierung ein und übernahm nach einem unblutigen Militärputsch (Juni 1974) die Regierung in Nordjemen.

Al-Hamdi hatte das Ziel, das rückständige und wirtschaftlich kaum entwickelte Land, ins »20. Jahrhundert« zu führen. Von Anfang an lehnte er sich dabei eng an Saudi-Arabien an. Nordjemen erhielt auch in der Folge erhebliche militärische und wirtschaftliche Hilfe aus Saudi-Arabien. Mit den Stammesfürsten kam er deshalb in Konflikt, weil er versuchte, die Zentralgewalt zu stärken. Er kollidierte damit zwangsläufig mit den Interessen der auf ihre Privilegien pochenden Stammesfürsten, die ihre Feudalherrschaft aufrechterhalten wollten. Nach der Machtübernahme löste Al-Hamdi die Nationalversammlung auf, die weitgehend von den Feudalisten beherrscht war und setzte dafür einen zehnköpfigen Kommandorat ein. Nach und nach wurden alle Anhänger der feudalen Stammesfürsten aus ihren Positionen im Staat verdrängt.

Allerdings kam es zwischen dem al-Hamdi-Regime und den ebenfalls nach wie vor von Saudi-Arabien massiv unterstützten Stämmen im Norden ständig zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die schließlich im Juli dieses Jahres zu einem offenen Bürgerkrieg eskalierten, auf Seiten der Feudalisten geführt von Scheich Abdallah el-Ahmar, Chef der mächtigen Stämme Hached und ehemals Präsident der von al-Hamdi aufgelösten Nationalversammlung. Al-Hamdi ging gegen die Feudalisten mit Hilfe der Armee vor, zu deren Kommandeuren auch der ebenfalls ermordete Bruder des Staatspräsidenten sowie Ali Katus gehörten. Der Oberkommandierende al-Ghashmi, der neue Vorsitzende des Nationalrates, gehört zum Stamm der Hachedi. Angeblich soll die Armee auch keineswegs konsequent gegen die Feudalisten vorgegangen sein (»Le Monde«, 13.10. und »Frankfurter Rundschau«, 13.10.77).

Angeblich auf Vermittlung des beide Seiten unterstützenden Saudi-Arabiens kam Ende September ein Waffenstillstand zwischen dem al-Hamdi-Regime und den Feudalisten zustande, wobei die Feudalisten entsprechende Bedingungen stellen konnten, schließlich kontrollierten sie zu dem Zeitpunkt sechs Regierungsbezirke Nordjemens weitgehend, u.a. Sanaa. Das nicht veröffentlichte Abkommen soll die Entwaffnung der Feudalisten sowie deren Rückzug aus bestimmten Gebieten vorgesehen haben, im Gegenzug sollte Scheich al-Ahmar wieder politische Funktionen erhalten, in diesem Zusammenhang war auch von einer Regierungsumbildung (Stellvertretender Staatspräsident: el-Ahmar) sowie von allgemeinen Wahlen die Rede (»Le Monde«, 13.10.77 und »FR«, 13.10.77).

Wie die bürgerliche Presse hervorhebt, war die l i n k e Opposition in Nordjemen mit diesem Abkommen keineswegs einverstanden (»SZ«, 13.10.77).

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Artikel in der „Le Monde" (8.11.77), der ein Gespräch der französischen Zeitung mit einem Mitglied des Sekretariats der »Demokratischen Nationalen Front« Nordjemens, Abou Raed, wiedergibt. Bei der »Demokratischen Nationalen Front« handelt es sich um einen illegalen, aber geduldeten Zusammenschluß mehrerer oppositioneller Parteien, zu dem u.a. die Baath-Partei und mehrere sich auf den Marxismus berufende Parteien gehören (Arbeiterpartei, Revolutionäre Demokratische Partei, Demokratische Einheitsvolkspartei). Abou Raed gab an, daß ein wichtiges Ziel die Legalisierung der »Front« sei, die sich als »Ergänzungskraft« in dem Kampf des al-Hamdi-Regimes zur Stärkung der Zentralmacht und zur Entwicklung der Wirtschaft versteht. Eine große »nationale Union« sei notwendig, um der *»massiven Einmischung Saudi-Arabiens in die inneren Angelegenheiten des Landes«* die Stirn zu bieten. Er beschuldigte vor allem Saudi-Arabien, die tribalistische Opposition in Nordjemen mit Waffen und Hilfsmitteln zu unterstützen, und sagte, daß das *»Resultat dieser Politik katastrophal für das Land sein kann: Der Jemen wird zu einem Vulkan, der jederzeit explodieren kann. Die Zentralgewalt ist immer wieder von den tribalistischen Kräften herausgefordert worden, die effektiv sechs Regierungsbezirke kontrollieren, darunter den von Sanaa«*. In dieser Situation sei die wichtigste Forderung des politischen Programms der Front *»der Schutz der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, die von der saudi-arabischen Reaktion unterstützt vom Imperialismus, vor allem des amerikanischen, bedroht seien«*. Es müsse mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes hinsichtlich der ausländischen Monopole ein Ende gemacht werden, gefordert werde die Errichtung einer *»nationalen produktiven m o d e r n e n Wirtschaft, die sich auf wissenschaftliche Planung gründet«*.

Das Programm fordert weiter die Abschaffung der »feudalen Beziehungen«, die Demokratisierung des politischen Lebens, die Zulassung gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten, Pressefreiheit, Versammlungs- und Streikrecht, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, Generalamnestie und Abschaffung aller Repressionsmethoden, die aus der Zeit des Imans stammen: Folter, willkürliche Verhaftungen, Verletzung der Rechte des Einzelnen, Kollektivstrafen.

Es liegt auf der Hand, daß die Tolerierung dieser wenn auch nach wie vor illegalen »Demokratischen Nationalen Front« dem reaktionären Saudi-Arabien nicht ins Konzept paßte. In diesem Zusammenhang soll noch einmal an die Vereinigungsbestrebungen zwischen Nord- und Südjemen erinnert werden, die von den feudalistischen Stammesfürsten grundsätzlich bekämpft wurden. Und tatsächlich können die Vereinigungsbestrebungen nicht nur einen reaktionären Einfluß auf Südjemen ausüben; sie bilden mit Sicherheit für die erklärtermaßen reaktionäre Feudalpolitik des Stammesfürsten durchaus eine »Gefahr« — schließlich gab es Nordjemen bisher das antifeudale, wenn auch rechte al-Hamdi-Regime, und es gibt eine demokratische, antiimperialistische Opposition. Es ist also durchaus wahrscheinlich, daß sowohl Saudi-Arabien als auch den feudalen Stammesfürsten das rechte al-Hamdi-Regime auch nach dem September-Abkommen ein zu großer Unsicherheitsfaktor war. Das Attentat paßt durchaus in ihr Konzept.

Nahost-Kommission

Südlibanon aktuell

Ganz offensichtlich kommt den libanesischen Faschisten im Südlibanon der Waffenstillstand nicht recht. Sie würden am liebsten heute statt morgen die Palästinenser mit Waffengewalt aus dem Südlibanon und dem ganzen Libanon vertreiben. Wahrscheinlich paßt es ihnen nicht, daß die Zionisten in erster Linie ihre eigenen Interessen vertreten.

So fand, sozusagen um die Bündnispartner zu besänftigen, am 30.9. ein Treffen des israelischen Kriegsministers Weizmann und seines Generalstabschef Gur mit den beiden Führern der faschistischen Truppen im Südlibanon, Saad Haddad und Sami Shidiak, statt. Von Seiten Israels wurde erklärt, daß sie auch nach dem Waffenstillstand die »Christen« im Süden nicht im Stich lassen wollen, außerdem wurde begründet, weshalb Israel auf den Waffenstillstand eingegangen sei. In der bürgerlichen Presse wird allgemein angenommen, daß der Waffenstillstand auf Druck der USA zustandegekommen sei. Tatsache ist jedoch, daß von israelischer und libanesisch-faschistischer Seite aus ein Sieg über die Palästinenser und fortschrittlichen libanesischen Kräfte im Südlibanon nur in einem neuen Krieg größeren Ausmaßes errungen werden konnte.

Um die libanesischen Faschisten nun trotzdem bei guter Laune zu halten wurde ihnen prompt ein Orden verliehen: der »Orden für besondere Verdienste«. Treffender kann das Verhältnis der südlibanesischen Faschisten zu den Zionisten wohl kaum beschrieben werden (Angaben nach »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »FAZ«, 1.10.77 und »Neue Zürcher Zeitung«, »NZZ«, 30.9.77). Trotzdem beschwerte sich inzwischen der als Scharfmacher fungierende Saad Haddad, daß die Palästinenser den Waffenstillstand nutzen würden, um sich in der Nähe faschistischer Stellungen einzugraben und Waffen heranzuschaffen (hoffentlich tun sie es!). Außerdem würden die Palästinenser neue Kämpfer in den Südlibanon verlegen. die Palästinenser hätten im Südlibanon inzwischen 10.000 Mann unter Waffen, während er mit 3.000 auskommen müsse, und zwar mit zwölf- bis 80-jährigen. Er beschwerte sich weiter, daß Israel größere politische Zusammenhänge verfolge — zum Nachteil der Faschisten (»Süddeutsche Zeitung«, »SZ«, 11.10.77). — Zweckgerüchte!!

* * *

Nach einer kurzen Zeit relativer Ruhe flammten die Kämpfe im Südlibanon wieder auf. Ganz offensichtlich haben die Faschisten mit Unterstützung der Zionisten das Bombardement und die Belegung südlibanesischer Ortschaften mit Artilleriefeuer wieder aufgenommen. Besonders betroffen ist wieder die von den Palästinensern gehaltene Stadt Nabatijeh. Die zionistischen Angriffe erfolgten mehrmals in den letzten beiden Wochen (»NZZ«, 8.10. und 13.10., »SZ«, 7.10., »FR«, 15.10.).

Soweit uns bekannt, hatte sich die Ablehnungsfront ausdrücklich gegen den Waffenstillstand ausgesprochen. Nach dem Waffenstillstand wurden israelische Ortschaften mehrere Tage lang mit Katjuscha-Raketen angegriffen.

* * *

Seit längerer Zeit werden in Paris libanesische Kinder für einen Preis von etwa 25.000 Franc verkauft. Einem Bericht der Wochenzeitschrift »La Vie« zufolge, würde ein in Frankreich wohnender libanesischer Rechtsanwalt adoptionswillige Ehepaare und Einzelpersonen aufsuchen und ihnen Kinder zu diesem Preis anbieten. Diese üble Art von Kinderhandel — bei dem das Elend der Menschen im Libanon von Geschäftemachern brutal ausgenutzt wird — kennen wir ja leider schon aus Vietnam (»Neues Deutschland«, 20.9.77).

Nahostkommission



Israelische Centurion-Panzer in blutigem Einatz an der israelisch-libanesischen Grenze.

Terroristenhetze gegen Algerien



Hetzkarikatur aus der „SZ" vom 8./9.10.77

Als »Terroristensympathisant« wird diesmal die algerische Regierung aufgebaut und in faschistischer Manier zeichnerisch als »halbes Tier« verunglimpft. Mit solcher Hetze seitens der Bundesrepublik muß heute jeder Staat rechnen, der keine Politik à la »Modell Deutschland« machen will. Dabei scheut sich die bürgerliche Regime-Presse längst nicht mehr, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen und sich dazu zu versteigen, von Algerien zu fordern, einer *„Weltpest (!) auch im jeweiligen Eigeninteresse (??)"* zu begegnen („Süddeutsche Zeitung", „SZ",8./9.10.77).

Algerien hatte sich bereit erklärt, fünf Flugzeugentführer der japanischen „Roten Armee" und sechs freigelassene Gefangene auf dem Flughafen von Algier landen zu lassen, und hatte den Genossen eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis erteilt. Darüber hinaus hatte Algerien die Aufnahme der Luftpiraten vom Verzicht Japans auf einen Auslieferungsantrag abhängig gemacht. Die japanische Regierung stellte sich nach der Freilassung der Geiseln trotzdem auf den Standpunkt, *»sie habe lediglich unter erpresserischem Zwang der Luftpiraten, also in einem Notstand, den Verzicht zugestanden ... Dieser Verzicht sei nicht rechtsverbindlich«* (»SZ«, 8./9.10.77). (Mit dieser Theorie kann jede erfüllte Streikforderung zurückgezogen werden, da ja ein Streik als »erpresserischer Zwang« ausgelegt werden könnte!)

Inzwischen hat sich Japan bei der algerischen Regierung für die »unblutige Beendigung« der Flugzeugentführung bedankt. Doch diese Auseinandersetzung ist wieder ein Zeichen dafür, daß Staaten, die sich nicht bereit finden, »Terroristen« aufzunehmen, zu »Terroristenfreunden« abgestempelt werden und keine bessere Behandlung erwarten dürfen, was beispielsweise das Einhalten von Versprechen etc. betrifft, als diese selbst.

Nahost-Kommission

Strafanzeige gegen Palästina-Komitee!

Die Hetzpresse wird auch noch frech!

Wegen „Beleidigung" und „Verleumdung" haben die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ("FAZ") und ihr Nahost-Redakteur Harald Vocke Strafanzeige gegen das „Palästina Komitee Bonn" (PK) erstattet. Vocke hatte für seine „christlichen" Hetzartikel während des Bürgerkrieges im Libanon von der katholischen Kirche einen Preis erhalten, das PK hatte zu diesem Anlaß ein Flugblatt verteilt, in dem Vockes Lügen enthüllt wurden.

Harald Vocke gehörte zu den Stars der bürgerlichen Hetzpresse während des libanesischen Bürgerkrieges. Er war der Erfinder immer neuer Stories über angebliche Mordtaten der fortschrittlichen Kräfte, er machte aus mordgierigen faschistischen Söldnerbanden gute Christen und er propagierte vor allem, daß angeblich die Sowjetunion hinter den fortschrittlichen Kräften die Zügel in der Hand habe. Die libanesischen Faschisten wurden so zu Vorkämpfern des christlichen Abendlandes.

Dabei konnte man bemerken, daß Vocke ganz offenbar einflußreiche Gönner besaß. Seine Artikel kamen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« auf die besten Plätze, für seine Lügen hatte er Narrenfreiheit, es machte gar nichts, wenn sie sogar im Widerspruch zu Tatsachenberichten in derselben Ausgabe der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« standen.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« ist das Propagandainstrument des BRD-Großkapitals. So ist es kein Wunder, daß Vocke während des libanesischen Bürgerkrieges lange Zeit bei den Faschisten verbrachte und auftragsgemäß auf ganzen Seiten der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« über angeblich von den Palästinensern geschändete christliche Kirichen und
»Frankfurter Allgemeinen Zeitung« über angeblich von den Palästinensern geschändete christliche Kirichen und
Friedhöfe berichtete. Bei seinem Aufenthalt bei den libanesischen Faschisten ist aber bestimmt nicht nur über die Propagandalinie gesprochen worden.

Teile der Waffenlieferungen für die Faschisten stammten aus der BRD und waren von BRD-Kreisen finanziert (siehe AK 91, S.12 und AK 86, S. 34). Deutsche Söldner drängelten sich nach Teilnahme bei den faschistischen Mordbanden (AK 91, S.31). Führungskräfte der CDU und der Falangisten statteten sich gegenseitig Besuche ab und plauderten über die »Gemeinsamkeit der Ideologie von CDU und der libanesischen Falange«. Zur gleichen Zeit als in Tall as Saatar libanesische und palästinensische Menschen von den »christlichen« libanesischen Faschisten abgeschlachtet wurden, reiste das Oberhaupt des libanesischen (christlichen) Mönchsordens der Maroniten mit propagandistischer Unterstützung Vockes durch die BRD und erhielt reichlich Gelegenheit, bei der katholischen Kirche um Unterstützung zu bitten. Daß dies keine religiöse sondern eine politische Zusammenarbeit bedeutet, läßt sich leicht nachweisen. Zwar nahmen bei Tall as Saatar auch christliche Priester im schwarzen Habit die US-Knarre in die Hand, um auf »Kommunistenkinder« zu schießen (siehe Foto in AK 87,S.1), aber selbst die bürgerliche Presse hatte nicht verschwiegen, daß gerade das Lager Tall as Saatar zu mindestens 30% von libanesischen und palästinensichen Christen bewohnt war und daß es eine Hochburg der palästinensischen Linken bildete.

Ein abstoßender Höhepunkt der Hetzberichterstattung Vockes war es, als er die Morde von Tall as Saatar den fortschrittlichen Kräften anzulasten versuchte. Jeder von uns kennt das Foto der palästinensischen Frau mit ihrem Kind, erschossen von Faschsiten an der Wasserstelle von Tall as Saatar. Vocke behauptete nun, dies sei eine »Fälschung«, in Wirklichkeit hätten die Palästinenser in Tall as Saatar Frauen und Kinder erschossen, um sie an der Flucht zu hindern und um das Mitleid der Öffentlichkeit auf sich ziehen zu können.

Es ist nur konsequent, daß Vocke für diese »Berichterstattung« am 13.5.77 den katholischen Journalistenpreis erhielt - aus der Hand des höchsten Repräsentanten der Katholischen Kirche in der BRD, Kardinal Höffner.

Anläßlich dieser Preisverleihung verteilte das PK ein aufklärendes Flugblatt - eine Aktion, die wir nachträglich nur unterstützen können. Sogar der Vertreter der PLO in der BRD hatte Ende 76 u.a. gegen Vocke öffentlich protestiert (AK 94, S. 12). Das Flugblatt ist in seinem Inhalt relativ zurückhaltend, Vockes Lügen werden mit den Berichten anderer bürgerlicher Reporter konfrontiert. Kann sein, daß gerade diese Zurückhaltung die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« zu einer Strafanzeige ermutigt hat.

In die terroristische Ecke gestellt !

In der Strafanzeige der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« wird eine Passage des Flugblatts wörtlich zitiert:

»Geistiger Helfershelfer terroristischer, sektiererischer Verbrecher, die im Mantel von Christen auftreten, das ist die richtige Charakterisierung von Harald Vocke. Mit Lügen, Täuschungen, mit Hilfe der Mobilisierung von chauvinistischen Gefühlen hat er Schützenhilfe für die Überfälle und Aggressionen der Falangisten geleistet. Wären dies Äußerungen einer Privatperson gewesen, so hätte man dies ohne weiteres als reaktionären Schwachsinn abtun können, was diese Äußerungen wichtig macht, ist die Tatsache, daß sie von einer »renommierten« Tageszeitung verbreitet worden sind und weiter verbreitet werden, daß die FAZ für Herrn Vocke als Plattform für die Verbreitung seiner Haßtiraden gegen Palästinenser und »halbgebildete« Muslims zur Verfügung stand. Dazu kommt nun noch Kardinal Höffner, der einem solchen Berichterstatter auch noch einen Preis verleiht -4000 DM dafür, daß sich jemand bereit gefunden hat, die mörderischen Aktivitäten der »christlichen« Falangisten dem deutschen
jemand bereit gefunden hat, die mörderischen Aktivitäten der »christlichen« Falangisten dem deutschen
Publikum nahezubringen und zu beklatschen. Der Zynismus ist perfekt. Die eine positive Seite hat das Spektakel der Preisverleihung allerdings, daß man genauer sieht, auf welcher Seite die Kirchenführung steht.«

Besonders frech ist der Schlußsatz der Anzeige, in dem letztlich die gesamte Linke, die den Kampf des palästinensischen Volkes unterstützt, in die »terroristische Ecke« gestellt werden soll: *»Die Angriffe ... wiegen deshalb besonders schwer, weil sie Herrn Dr. Vocke der Gefahr aussetzen, von Gesinnungsgenossen des Verfassers des Informationsblattes nicht nur verbal angegriffen zu werden.«*

Für Hans Weingartz, der für das Palästina Komitee Bonn namentlich zeichnet, ist das allerdings nichts Neues. Anfang 1976 erhielt er Berufsverbot (er ist Hauptschullehrer) u.a. mit der Begründung, er habe sich *»in einem Lager der palästinensischen Gefreiungsbewegung«* aufgehalten. Richtig ist, daß Hans Weingartz 1974 ein palästinensisches Flüchtlingslager besucht hat (vergl. AK 89, S. 43).

Nach unserer Meinung wird es möglich sein, die von dem Palästinakomitee genannte Charakterisierung des Herrn Vocke anhand seiner -»Frankfurter Allgemeine Zeitung« - Artikel auch zu beweisen. Schon auf dem Flugblatt war Vocke anderen bürgerlichen Stimmen gegenüberge stellt worden, die z.B. über die grauenhaften Massaker der Faschisten berichtet haben. Das juristische Vorgehen kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn es durch möglichst breite Bekundungen der Solidarität unterstützt wird. Wir sollten dabei bedenken, daß sich diese Strafanzeige gegen jeden richtet, der die Lügen und Hetze der bürgerlichen Presse beim Namen nennt.

Das Palästinakomitee schreibt: *»Durch die angestrebte Verurteilung soll das Palästinakomitee nicht nur wirtschaftlich getroffen werden, es soll auch in eine »terroristische Ecke« gestellt werden. Wir können diesem Angriff der FAZ alleine nicht die notwendige Antwort geben - wir brauchen Eure Unterstützung!«* Die Prozeßvorbereitungen können durch Spenden auf das Konto

0558551 Deutsche Bank Bonn
Hans Weingartz
unterstützt werden.

Wir werden über den Fortgang dieser Sache weiter berichten.

Nahost-Kommission

Möller-Gutachten fertiggestellt

Nach etwa halbjähriger Beratertätigkeit für den ägyptischen Präsidenten Sadat legte der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller sein Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens vor.

Kurz nach den Januar-Unruhen, deren Anlaß enorme Preissteigerungen von Grundnahrungsmitteln auf Grund gestrichener Subventionen waren, hatte sich der ägyptische Staatspräsident Sadat an Bundeskanzler Schmidt mit der Bitte gewandt, ihm einen Wirtschaftsberater zu nennen. Am 22.3.77 nahm Alex Möller dann seine Beratertätigkeit in Ägypten auf (»Monitor-Dienst«, »MD«, 22.3.77). Die Beratertätigkeit Möllers wurde aus dem Entwicklungshilfefond der Bundesregierung bezahlt, und zwar mit ansehnlichen 359.000 DM („Welt", 1.4.77). Marie Schlei, Entwicklungshilfeministerin, überreichte ihm allerdings nach Abschluß der Beratertätigkeit nur ein »symbolisches« Gehalt von einem Silberdollar: Man legt scheinbar nicht so gerne offen, in wessen Taschen ein großer Teil der Entwicklungshilfe fließt. Zu besonderen Ehren kam Möller in Ägypten: Er wurde — unter anderem — mit der höchsten Auszeichnung des Landes versehen, mit dem Nil-Orden)»Parlamentarisch-Politischer Pressedienst«, »ppp«, 15.9. 77). Auch ein Ausdruck dafür, wie sehr Sadat um das Wohlwollen — und die Wirtschaftshilfe — imperialistischer Staaten bemüht ist.

Ägypten stand nämlich Anfang 1977 wieder kurz vor dem t o t a l e n wirtschaftlichen Bankrott, wie schon einmal vor dem Beginn des Oktober-Krieges, mit dem dann die ägyptische Bevölkerung vom Betrug durch das Sadat-Regime abgelenkt wurde.

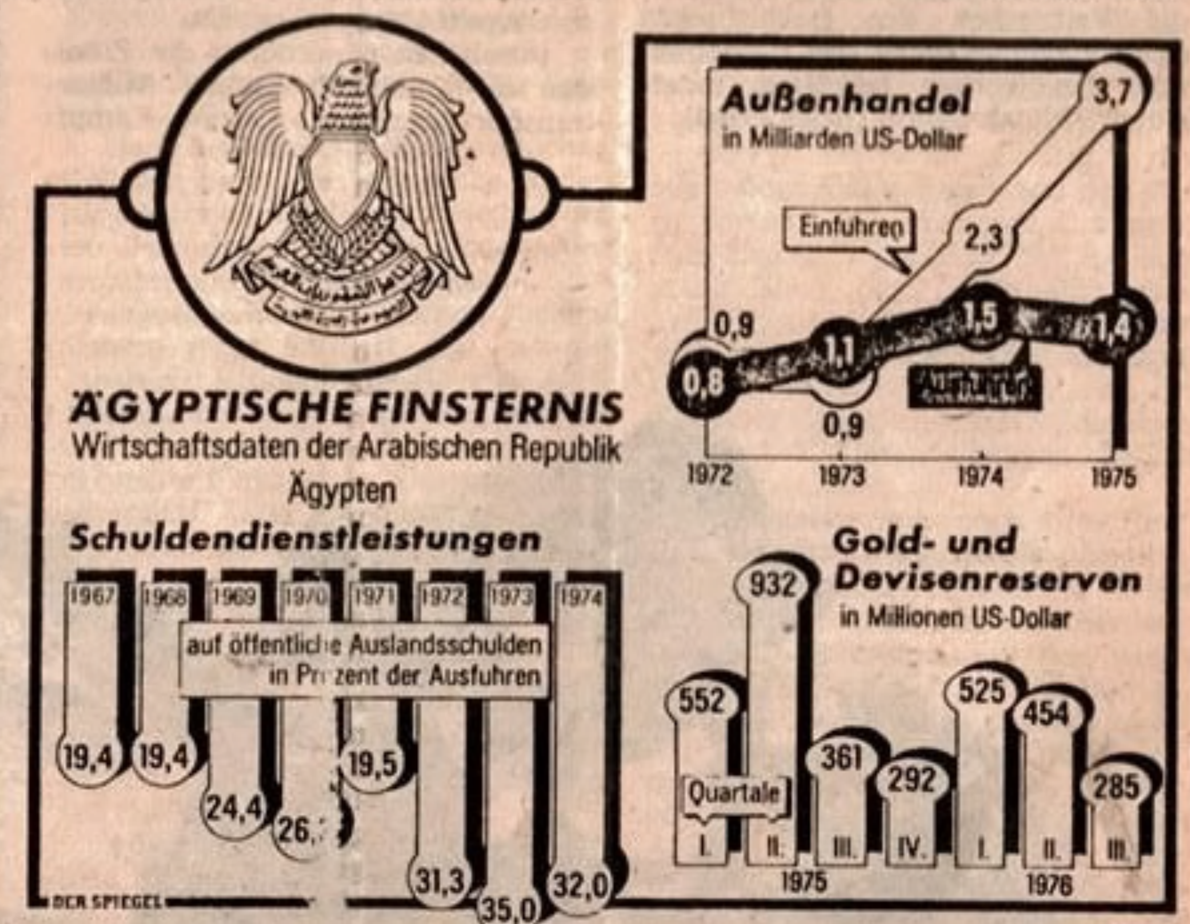
Es ist kein Zufall, daß sich Sadat mit seinem Anliegen um Wirtschaftsberatung gerade an die Bundesregierung wandte. Seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und der Bundesrepublik im Jahre 1972 hat die Bundesregierung bis Ende 1976 rund eine Milliarde DM Entwicklungshilfe geleistet (»MD«, 20.4.77). Damit ist Ägypten nach Indien auf den zweiten Platz
Milliarde DM Entwicklungshilfe geleistet (»MD«, 20.4.77). Damit ist Ägypten nach Indien auf den zweiten Platz
der Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe gerückt (nach »Länderaufzeichnung Ägypten« des BDI, vom 24.2.77). Auch die Direktinvestitionen haben zugenommen, wenn sie auch im ersten Dreivierteljahr 76 nur 113 Mio. DM ausmachten (1972: 20,5 Mio DM, die Steigerung der Direktinvestitionen ist im wesentlichen auf die Zunahme bei westdeutschen Erölförderunternehmen zurückzuführen). Für 1977 wurden zwischen der Bundesregierung und Ägypten ein Kapital- und Wirtschaftshilfe-Abkommen von 250 Mio. DM abgeschlossen (»Bulletin«, 5.7.77, Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung). Damit übertrifft die Entwicklungshilfe bei weitem die bundesdeutschen Direktinvestitionen. Seit 1977 wird sie nur noch Projekt-gebunden vergeben — ein deutliches Zeichen für die Kontrolle, die die BRD-Imperialisten auszuüben gedenken.

Trotz Ägyptens Investitionsschutzgesetzes für ausländische Kapitalinvestitionen (1974), das den Investoren riesige Vergünstigungen einräumt (und dem ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten folgte), blieben private Investitionen aus der BRD weitgehend aus.

Auch ein Besuch einer Delegation des BDI, bestehend aus »40 Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken", brachte kaum Erfolge für die sadatsche Politik der Öffnung zum Westen, obwohl BDI-Präsident Sohl anschließend besonders Ägyptens Qualitäten als Billiglohnland hervorhob. Nach seinen Angaben komme ein westdeutscher Kapitalist mit zwei Dollar Lohn pro Tag und Facharbeiter (!) aus, rechne man alle Subventionen, die die ägyptische Regierung z.B. für Grundnahrunsmittel ausgeben, hinzu, so würden die Kosten für einen Facharbeiter nicht mehr als vier Dollar pro Tag betragen (»Nachrichten für Außenhandel«, »NfA«, 11.2.77). Dabei scheint Sohl sogar glatt übertrieben zu haben. Nach einer wenige Monate alten Einkommensstatistik müssen 19% der ägyptischen F a m i l i e n mit j ä h r l i c h 1.200 DM, 37% mit 800 DM auskommen! (»Frankfurter Rundschau«, »FR«, 17.8.77).

Nach wie vor werden zwar Abkommen über Investitionen von imperialistischen Ländern und arabischen Erdölförderländern geschlossen, aber diese bleiben meist Papier, verwirklicht werden sie nicht, Angeblich scheitern sie an der »Bürokratie« in Ägypten (selbstverständlich ein Erbe der Planwirtschaft Nassers!!), sowie der mangelnden Infrastruktur. Durch die totale wirtschaftliche Misere und den vollständigen Ausverkauf Ägyptens an die imperialistischen Staaten ist Sadat inzwischen vollends von den Imperialisten abhängig geworden, ohne nennenswerte Gegenleistung, versteht sich.

Aufgeschreckt durch die Januar-Unruhen und durch die Möglichkeit eines Umsturzes von links in Ägypten, schickten dann die imperialistischen Staaten doch wieder mehr wirtschaftliche Unterstützung (Zahlen einer Unterstützung durch die arabischen Erdölländer wie Saudi-Arabien sind ziemlich ungesichert). Nach Angaben deß Vorsitzenden im Wirtschaftskabinett der ägyptischen Regierung, Kaissouny, wurde mit dem Internationalen Währungsfond ein Kreditabkommen in Höhe von 180 Mio. Dollar, mit der Weltbank in Höhe von 250 Mio. DM



geschlossen. Die USA wollten Wirtschaftshilfe (Lebensmittel und Maschinen) für rund eine Milliarde Dollar
geschlossen. Die USA wollten Wirtschaftshilfe (Lebensmittel und Maschinen) für rund eine Milliarde Dollar
1977 leisten. (Selbst diese Milliarde ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, allein die Subventionen für das Grundnahrungsmittel Brot kosten die ägyptische Regierung jährlich 800 Millionen DM! (»NfA«, 19.8.77.) Großbritannien wollte 430 Millionen Dollar und die Europäische Gemeinschaft nochmal 204 Millionen Dollar-Kredite vergeben (»ppp«, 30.3.77).

Auf seiner Nahost-Reise im Februar dieses Jahres kam der westdeutsche Außenminister Genscher samt der ihn begleitenden Wirtschaftsdelegation auch nach Ägypten, und zwar unplanmäßig, auf den ausdrücklichen Wunsch der ägyptischen Regierung, die nach den Januar-Unruhen solch eine „Unterstützung" dringend brauchte, um das Scheitern ihrer Politik der Hinwendung zum Westen etwas zu kaschieren.

Auf dieser Reise diktierte dann sozusagen die westdeutsche Wirtschaftsdelegation ihren ägyptischen Partnern Änderungsvorschläge zum Investitionsschutzgesetz für arabische und ausländische Kapitalinvestitionen: u.a. weitgehende Freigabe des Wechselkurses für die Investoren (Vorzugskurs), noch weitgehendere Steuervergünstigungen, Zollvorteile, Erleichterung des Rücktransfers von Kapital (entnommen den Materialien des BDI zur Genscher-Reise). Inzwischen wurden diese Veränderungen in einem neuen Investitionsförderungsvertrag zwischen Ägypten und der Bundesrepublik aufgenommen, der auch für bereits getätigte Investitionen rückwirkend gültig wird (»NfA«, 14.3.77).

Es scheint so zu sein, daß die imperialistischen Länder — und da wesentlich die Bundesrepublik — Ägypten gerade so viel Unterstützung zukommen lassen wollen, wie nötig ist, um es auf dem pro-imperialistischen Kurs zu halten und um seine Infrastruktur etc. so weit zu entwickeln, daß es umso besser ausgeplündert werden kann.

Das jetzt von Möller erstellte Gutachten wurde bisher nur auszugsweise im »Parlamentarisch-Politischen Pressedienst« der SPD/FDP-Regierung (15.9.77) veröffentlicht. Nach Möllers Ansicht kommt der *»politischen und finanziellen Unterstützung durch das Ausland kurz- und mittelfristig zur Vervollkommnung der neuen ägyptischen Politik zentrale Bedeutung zu«*. Nach einer Phase der Konsolidierung könne das Land so den Anschluß an ein selbsttragendes wirtschaftliches Wachstum gewinnen. Außerdem müsse ein *»Programm zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung«*, ein *»Programm zur Abschwächung der regionalen Konzentra-*
Bevölkerungspolitik und Familienplanung«, ein »Programm zur Abschwächung der regionalen Konzentra-
tion der Industrie- und Gewerbe-Aktivitäten auf Kairo und Alexandria« entwickelt werden, die Entscheidungsbefugnisse müssen auf regionale Körperschaften delegiert und der öffentliche Dienst gestrafft werden.

In der Landwirtschaft solle besonders die vorhandene Agrarfläche besser genutzt werden. Ehrgeizige Projekte zur Neulandgewinnung im Zusammenhang mit dem Bau des Assuan-Staudammes waren bekanntlich ein Schlag ins Wasser.

Interessant ist, daß Möller dringend von einem Abbau der Subventionierung der Grundnahrungsmittel abrät. *»Solange die Verwaltung keine differenzierte Sozialpolitik entwickelt habe, ‚sind die Subventionen eine notwendige Garantie gegen Hunger und soziale Unruhe'«*. Möller setzt sich außerdem für eine Stärkung der *»sozialpolitischen Komponente der Wirtschaftspolitik«* ein, gerade, *»wenn das Wirtschaftsgeschehen zunehmend dem markt überlassen wird«*.

Sieht man von den beschönigenden Aussagen der veröffentlichten Auszüge des Gutachtens über die tatsächliche Wirtschaftslage in Ägypten ab, so wird eines ganz deutlich: Ohne das Risiko größerer sozialer und politischer Unruhen ist es derzeit unmöglich, die ägyptische Bevölkerung noch weiter auszuplündern. Gerade die jüngsten Januar-Unruhen, die nicht nur einen spontanen Charakter hatten, haben gezeigt, daß die ägyptische Bourgeoisie auf einem Pulverfaß sitzt. Ägypten wird immer bedeutsamer für den Fortgang der arabischen Revolution, die gerade in den letzten Jahren viele Rückschläge einstecken mußte.

Nahost-Kommission

Ägypten: Kommunisten verhaftet

34 Kommunisten sind in Ägypten Ende September verhaftet worden und sollen auf Anordnung Sadats vor ein Militärgericht gestellt werden. Sie sollen angeblich der nach der Auflösung unter Nasser inzwischen neugegründeten revisionistischen KP sowie der Kommunistischen Arbeiterpartei angehören. Beide Parteien haben eine Rolle bei den Januar-Aufständen gespielt und besitzen in Industriegebieten und auch auf dem Lande Einfluß. Ihnen wird vorgeworfen, einen, gewaltsamen Staatsstreich geplant zu haben. Angeblich sollen bei der Verhaftung Flugblätter gefunden sein, die die offizielle ägyptische Politik kritisieren und die Massen zur Rebellion anstacheln(„Le Monde", 2.10.77, „SZ", 3.10.77). Die ägyptische Polizei gab an, daß die in den Flugblättern verbreitete Kritik „identisch sei mit der von Moskau gegen Kairo in Umlauf gesetzten" („International Herald Tribune", 4.10.77). Den Verhafteten droht die Todesstrafe.

Nahost-Kommission

Ausbau der zionistischen Rüstungsindustrie

Militärische Zusammenarbeit zwischen Zionisten und rhodesischen Rassisten

Die offizielle zweiwöchige Zeitschrift der israelischen Armee »Bemahane« (25.5.77, nach »Israel-Information«, 29.9.77) berichtete, daß die rhodesischen Faschisten in Zukunft das von der israelischen militärischen Industrie entwickelte Maschinengewehr »Uzi« in Lizenz herstellen werden. Nach »Bemahane« soll dies das erste Mal sein, daß das rhodesische Rassisten-Regime selbst Waffen herstellt. Außer Armee und Polizei sollen mit dem Maschinengewehr auch »rhodesische Zivilisten«, »*Weiße natürlich*« (»Bemahane«), bewaffnet werden, die das Gewehr für den Spottpreis von 100 US-Dollar (!) sicher gern kaufen werden. Damit wird ein weiterer Beitrag zur Aufrüstung der meist ohnehin bis an die Zähne bewaffneten weißen Rassisten geleistet und werden die Verbrechen des faschistischen Smith-Regimes gegen die zimbabwesche Bevölkerung tatkräftig unterstützt. »Blutsbrüder«! (Erich Fried).

... und südafrikanischen Rassisten

An die lange bestehende enge Zusammenarbeit der Zionisten mit dem südafrikanischen Vorster-Regime sei in diesem Zusammenhang nochmals erinnert. Neben engen wirtschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit bei der Atomwaffenherstellung gibt es besonders seit dem Juni-Krieg 67 eine immer enger werdende militärische und rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Zionisten und den südafrikanischen Rassisten.

Seit 1963 belieferte Israel Südafrika zum Beispiel mit verschiedenen Ersatzteilen für die Mirage und andere Waffensysteme (1963 wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Waffenembargo gegen Südafrika verhängt); 1971 wurde zum ersten Mal über Gerüchte berichtet, daß Südafrika die »Uzi«-Maschinenpistole in Lizenz herstellt; 1974 wurde bestätigt, daß Israel »Gabriel« Schiff-Schiff-Raketen an Südafrika geliefert hatte, ebenso leichte Geschütze, schwere Mörser, Handfeuerwaffen, elektronische und mechanische Warnanlagen zur Grenzsicherung (Angaben nach Sonderheft des »3. Welt-Magazin«, »Israel-Südafrika, Kooperation imperialistischer Vorposten«, S. 24/25). Inzwischen baut Südafrika Reshef-Patrouillenboote in Lizenz nach („Frankfurter Rundschau", 8.10.77).

Rüstungsexporte enorm angestiegen

Seit 1975 wachsen die Rüstungsexporte Israels ständig. Verschiedene bürgerliche Zeitungen schätzen den Umfang der Rüstungsexporte für 1976 auf 200 Mio. bis 400 Mio. Dollar (»Süddeutsche Zeitung«, 9.2. und 22.6.77 und »FR«, 8.10.77). Allgemein wird für 1977 mindestens mit einer Verdoppelung der Rüstungsexporte gerechnet. Aufträge über hunderte von Millionen Dollar für Waffen und Ausrüstungsgegenstände sollen nach Aussagen des Direktors der staatlich kontrollierten israelischen Rüstungsindustrie bereits eingegangen sein.

Inzwischen exportieren die Zionisten in 60 bis 70 Länder Militärtransportflugzeuge (»Avara«), Kampfflugzeuge (»Kfir-C2«), »Uzi«-Maschinengewehre, »Galil«-Sturmgewehre, Mörser, »Gabriel«-Raketen, elektronische und Fernmeldeausrüstung. In militärischen Fachzeitschriften werden die israelischen Rüstungsgüter zynischerweise als »kampferprobt« angepriesen.

Schon seit längerem beliefert Israel vor allem lateinamerikanische Länder (Bolivien, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua und jetzt auch Chile!) mit Militärtransportflugzeugen vom Typ »Avara«. Mit Chile ist Israel besonders ins Geschäft gekommen. Neben den Transportflugzeugen rüstet Israel Chile mit Panzerabwehrwaffen aus, gleichzeitig wurden »zahlreiche« Militär-Experten nach Chile geschickt, die die chilenischen Streitkräfte im Gebrauch der Waffen ausbilden sollen (sicher nicht nur das!) (Angaben nach »FR«, 8.10.77, »Afrique-Asie«, 18.4.77).

Mit Taiwan ist Israel inzwischen auch ins Geschäft gekommen. Unter möglichst großer Geheimhaltung wurden die Kriegsschiffe Taiwans mit Gabriel-Raketen ausgerüstet, über den Kauf von Flugzeugen des Typs »Kfir-C2« wurde zumindest verhandelt (»SZ«, 9.4.77). Die Zionisten übernehmen damit z.T. die Aufgaben der USA, die Taiwan derzeit nicht mehr so offen militärisch aufrüsten wollen.

Israelische Rüstungsindustrie wächst ständig

Mit einer ständig wachsenden eigenen Rüstungsproduktion wollen sich die Zionisten möglichst unabhängig von Lieferungen aus dem Ausland machen. Diese ehrgeizigen Projekte sind allerdings nur durchzusetzen, wenn die israelische Rüstungsindustrie die Exporte ständig steigern kann, um die teuren Entwicklungskosten wenigstens zum Teil ausgleichen zu können. Als mögliche Abnehmerländer schälen sich dabei immer mehr faschistische und rassistische Regimes heraus, denen die imperialistischen Länder auf Grund internationaler Boykottbeschlüsse (siehe Südafrika) offen nur mit einem gewissen »Gesichtsverlust« Waffen liefern können.

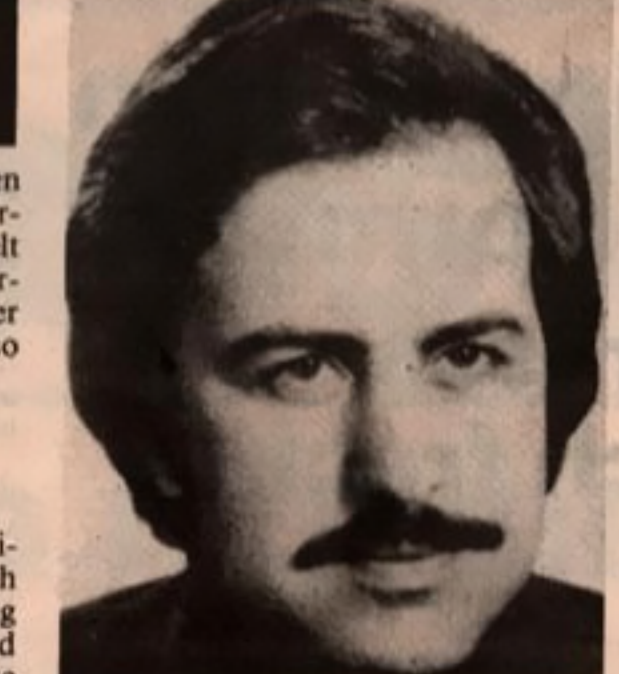
Trotzdem stößt der Export beispielsweise des israelischen Kampfflugzeuges »Kfir-C2« auf den Widerstand der USA. Das Flugzeug hat amerikanische Motoren, bei Exporten besitzen die USA Einspruchsrecht. Während bisher der Verkauf von »Kfir«-Flugzeugen an Österreich freigegeben worden ist (»SZ«, 18.5.77), erheben die USA noch immer Einspruch gegen den Verkauf von 24 »Kfir«-Maschinen an Ecuador, womit den Zionisten ein Vertrag über 180 Mio. Dollar entgeht (»SZ«, 9.2.77). Inzwischen wird in Israel die Produktion von drei Flugzeugmotorentypen erwogen (»Monitor-Dienst«, 18.3.77). Neuestes Produkt der israelischen Rüstungsindustrie ist der Kampfpanzer »Merkawa«, der nach dem Oktoberkrieg 1973 entwickelt wurde (»Neue Zürcher Zeitung«, 1.7.77.).

Nach Angaben der »Neuen Zeit« (nach »MD«, 22.10.76) arbeiten inzwischen mehr als die Hälfte aller Industriearbeiter Israels in Fabriken, die nur Waffen produzieren oder zum großen Teil Aufträge der Armee durchführen.

Nahost-Kommission



Einsatz zionistischer Waffen – ob in Rhodesien, Südafrika oder im Südlibanon – zur Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte. Hier: Libanesischer Faschist nahe der israelisch-libanesischen Grenze an einem israelischen Maschinen-Gewehr.



Freiheit für Genosse Mallouh

Genosse Mallouh, Mitglied des Politischen Büros der PFLP, wurde vor kurzem in Jordanien festgenommen. Er wird gefoltert und ihm droht der Tod.

Genosse Mallouh hatte sich in Jordanien „in Erfüllung seiner Pflichten" (PFLP) aufgehalten. Jordanien hat ein besonders stark von den US-Imperialisten und Zionisten abhängiges Regime. Politische Parteien sind verboten. In den Gefängnissen sitzen ca. 1.000 Palästinenser als politische Gefangene. Besonders verfolgt werden die Kräfte der Ablehnungsfront, weil sie konsequent den Kampf gegen die arabische Reaktion propagieren. Andererseits leben in Jordanien über eine Million Palästinenser und es bestehen gute Kontaktmöglichkeiten in die von Israel besetzten Gebiete des Westjordanlandes. Die Arbeit in Jordanien ist deshalb für die Genossen der PFLP besonders wichtig.

Die PFLP befürchtet, daß Genosse Mallouh im Gefängnis umgebracht wird. Um dies zu verhüten, fordert sie dazu auf, Solidaritätskarten zu schicken. Vorgeschlagener Text und Adresse:

Freedom for Mallouh!

To King Hussein
Amman
Jordanien

Vorgedruckte Solidaritätskarten sind auch über die Nahostkommission umsonst erhältlich (Verlagsadresse). Das Porto für eine Postkarte mit Luftpost nach Jordanien beträgt 0,70 DM.

Die PFLP macht sich keine Illusionen über die Möglichkeiten einer solchen Solidaritätsaktion, meint jedoch, daß auf diese Weise vielleicht wenigstens das Leben von Genosse Mallouh gerettet werden kann.

Nahostkommission

THE DETENTION OF ABDUL-RAHIM MALLOUH, MEMBER OF POLIT.BUREAU OF P.F.L.P IS ANOTHER STEP, TAKEN BY THE JORDANIAN REGIME, TO HINDER THE PALESTINIAN STRUGGLE AGAINST ZIONISM. WE DEMAND THE IMMEDIATE RELEASE OF MALLOUH

FREEDOM FOR MALLOUH

TAL AS SA'ATAR – eine neue Zeitung





Sympathisanten der PFLP in der BRD haben vor kurzem die erste Ausgabe einer Zeitung herausgegeben, die in deutscher Sprache die Meinung der PFLP und der Ablehnungsfront propagieren soll. Sie enthält Texte, politische Nachrichten, Berichte, Analysen und auch Grafiken und Gedichte.

Die Zeitung soll in linken Buchläden erhältlich sein, kann aber auch – wie üblich nach Vorauszahlung (2,50 DM + 0,40 DM Porto) – über den Verlag ARBEITERKAMPF (Adresse und Konto siehe Anzeigen) bezogen werden.

Arabische „Folklore-Veranstaltung" in Neu-Isenburg

Am 1. Oktober fand in Neu-Isenburg eine „Folklore-Veranstaltung" vom Arabischen Club Neu-Isenburg statt (A.C.,gegründet vom Bürgermeister Neu-Isenburgs, weil es dort viele Araber gibt).

Alle bisherigen Veranstaltungen dieser Art liefen ohne ein Wort zur politischen Situation und den Kämpfen im arabischen Raum ab. Dies war die erste Veranstaltung, an deren Vorbereitung Genossen der Ablehnungsfront teilnahmen, weil der Arabische Club versprochen hatte, das Geld der Veranstaltung den Kindern der verstorbenen Kämpfer zu spenden.

Von Seiten der Genossen der Ablehnungsfront sollte dies der Anfang einer längerfristigen Zusammenarbeit sein. In der Vorbereitung wurde sich darauf geeinigt, daß neben dem Tanz- und Musikprogramm die PFLPler eine Rede halten konnten, mit deutscher Übersetzung. Ausserdem wurde ihnen zugesagt, revolutionäre Lieder und Gedichte zu singen bzw. vorzutragen, sowie ihren Büchertisch, Wandzeitungen, Plakate aufzustellen.

Schon vor Beginn der Veranstaltung wurden die Genossen der Ablehnungsfront vom AC gezwungen, ihre Wandzeitungen und bestimmte Plakate abzuhängen, mit der Begründung, dies sei ein bunter Abend, sie wollen keine Toten sehen und Terrorismus hätte hier nichts zu suchen.

Unserer Meinung nach war es falsch, daß die Genossen der Ablehnungsfront ziemlich schnell auf diese Forderungen eingegangen sind. Alle Wandzeitungen, die mit Bild und Text auf die Kämpfe in Nahost eingingen, wurden entfernt, Plakate, die schön bunt waren, durften hängen bleiben, aber es kam noch dicker:

Während der kämpferischen Rede des PFLP-Genossen, die auf die imperialistischen Pläne der friedlichen Lösung und deren Auswirkungen im Nahen Osten einging, flippten die Verantwortlichen des AC aus und wollten verhindern, daß der Redebeitrag zu Ende gehalten wird; was aber nicht erreicht wurde. Sie boykottierten den Redebeitrag insofern, als sie die Übersetzerin nicht ans Mikrofon ließen. Durch Absprache von KB-Genossinnen mit einem Genossen der Ablehnungsfront, forderten wir aus dem Publikum die Übersetzung der Rede. Dieser Forderung gaben wir dadurch Nachdruck, daß eine KBlerin ans Mikrofon rannte und die Versuche des ACs, die Diskussion zu unterdrücken, den ca. 150 Anwesenden klarmachte. Von vielen Leuten wurde dann gefordert, daß die Rede übersetzt werden soll. Dieser Druck aus dem Publikum machte es dem Vorstand des ACs unmöglich, nicht auf die Forderung einzugehen. Trotzdem wurde während des Beitrages versucht, diesen abzubrechen, was aber sofort erneute Proteste der Zuhörer auslöste. Nachdem das Publikum den Clubleiter gezwungen hatte, die Übersetzung der arabischen Rede zu lesen, sangen türkische Genossen mehrere revolutionäre Lieder, für die Revolutionäre in den Gefängnissen der Faschisten und der Reaktion.

Welches Verständnis der AC von Politik hat, wird daran deutlich, wie er anschließend auf den Redebeitrag einging; sinngemäß:

Endlich ist der Redebeitrag zu Ende. Er war viel zu lang und zu politisch. Wir haben keinen Diskussionsabend, sondern einen Folkloreabend.

Auf die Frage eines Griechen aus dem Publikum, was er denn für ein Palästinenser wäre, war seine Antwort: Schließlich sei er schon mit neun Jahren über Tote gelaufen und hätte nun die Schnauze voll.

Unserer Meinung nach ist an diesem Abend klargeworden, wie wichtig es ist, Konflikte öffentlich auszutragen und durch die Unterstützung der Anwesenden Druck auf die Veranstalter auszuüben.

Zwei KB-Genossinnen und ein PFLP-Genosse



asien

Japan nach der jüngsten Aktion der „Roten Armee"

Bei der jüngsten Flugzeugentführung durch die „Rote Armee Japans" (RAJ) wurde die japanische Regierung von westlichen Beobachtern und insbesondere von bundesdeutscher Seite stark kritisiert. Am 28.9.77 hatten fünf Mitglieder der RAJ ein japanisches Passagierflugzeug nach Dacca (Bangla Desh) gekapert und die 156 Insassen als Geiseln genommen. Die RAJ forderte von der japanischen Regierung die Freilassung von neun inhaftierten Genossen in Japan sowie ein Lösegeld von umgerechnet 14 Millionen DM. Anders als ihre westlichen Freunde war die japanische Regierung kurz darauf auf die Forderungen eingegangen und wirkte auf ein schnelles und unblutiges Ende der Geiselnahme hin. Nach Erfüllung der Forderungen wurde ein Teil der Geiseln in Dacca und der Rest in Algerien freigelassen. In Algerien ergaben sich die fünf Geiselnehmer und sechs freigepreßten Häftlinge — drei hatten eine Zusammenführung mit der RAJ verweigert — den algerischen Behörden. Diese Aktion konnte vor allem auch deshalb diesen Abschluß finden, weil Algerien sich bereit erklärt hatte, dem gekaperten Flugzeug Landeerlaubnis zu erteilen und die RAJ-Mitglieder aufzunehmen.

Unmittelbar nach dem unblutigen Ende der Entführung wurde die Entscheidung der japanischen Regierung von seinen „westlichen Verbündeten" scharf kritisiert: *»Japan* (sei) *ein Land, das nicht versteht, internationale Verantwortung zu übernehmen«* („Daily Express", London nach „Asahi Evening News", 5.10.77) und *»in einem zu verachtenden Akt der Feigheit hat die japanische Regierung jede Norm eines korrekten internationalen Verhaltens preisgegeben und jeden kleinen bösen Psychopathen ermutigt, der ein Schießeisen in die Hände kriegen kann«* („Sunday Express", London nach „Asahi Evening News", 4.10.77) und *»welch eine Tragik, daß ein so erfolgreiches Land mit einer solch prinzipienlosen Schwäche handeln muß«* (ebenda).



Eines der RAJ-Mitglieder, deren Freilassung von den Flugzeugentführern erzwungen wurde

Japans Ministerpräsident Fukuda rechtfertigte seinerseits die Entscheidung mit der Erklärung, *»ein Menschenleben wiegt schwerer als der Erdball«* („Asahi Evening News", 3.10.77). Und der Regierungssekretär Sonoda: *»Als eine Nation, die sich auf einer verfassungsmäßigen Grundlage stellt, muß die Ordnung gewahrt bleiben, um das Leben und die Sicherheit des Volkes zu schützen. Daß wir jene Ordnung selbst zerstören müssen angesichts der Gewalttätigkeit, ist schwer zu ertragen, aber ... wenn man an die Leben der 142 Passagiere und der 14 Besatzungsmitglieder denkt, kann man nicht nur von Recht und Ordnung sprechen«* („Asahi Evening News", 3.10.). Und um die Verantwortung für diese „Verletzung der herrschenden Ordnung", nämlich die Freilassung der politischen Gefangenen und die Zahlung des Lösegeldes zu tragen, traten am 4.10. der Justizminister Hajime Fukuda und sein parlamentarischer Vizeminister von ihren Ämtern zurück. Im Gegensatz zu den hiesigen Methoden wollten die Japaner, so heißt es, den Entführungsfall als eine Angelegenheit betrachten, die »auf japanische Art unter Japanern« zu regeln ist. So bezieht sich der »Spiegel« auf eine der Geiseln, die der RAJ aufgefordert haben soll, *»laßt die Frauen und die Nichtjapaner frei, dies ist eine interne Angelegenheit, die Ausländer nicht betrifft«* (»Der Spiegel«, 42/77).

Nach dem Vorbild ihrer westlichen Kollegen hatte die japanische Regierung Algerien um die Auslieferung der elf Terroristen und des Lösegeldes ersucht, obwohl ein bilaterales Auslieferungsabkommen zwischen beiden Staaten nicht existiert und obwohl Japan die Bedingungen für eine Aufnahme der Terroristen in Algerien bzw. für eine Landeerlaubnis für das gekaperte Flugzeug in Algerien vorher akzeptiert hatte (nämlich auf einen Auslieferungsantrag sowie eine Entschädigung im Falle der Zerstörung oder Beschädigung der japanischen Verkehrsmaschine zu verzichten). Damit hat Japan bewiesen, daß es auf „unjapanische" Art den guten Willen Algeriens mißbrauchen und vor allem die Haltung Algeriens im Entführungsfall diskreditieren will.

Abgesehen davon, daß die japanische Regierung die von ihr in diesem Fall gemiedene Härte nunmehr von Algerien fordert, wird jetzt auch in Japan fleißig eine härtere Anti-Terrorwelle vorbereitet. Dies wird mit mehreren Erklärungen der RAJ begründet, die bei verschiedenen „Reuter" Nachrichtenagenturen eingegangen sind. Darin heißt es unter anderem, daß die RAJ, die seit ihrem Entstehen Ende der 60er Jahre überwiegend im Ausland operiert hat, nunmehr ihre Aktionen in Japan konzentrieren wolle: *»Die primären Ziele der künftigen Angriffe der Roten Armee werden die kaiserliche Familie und die 200 bürgerlichen Familien sein, die den japanischen Imperialismus kontrollieren«* („Asahi Evening News", 6.10.77).

In direktem Zusammenhang mit der Flugzeugentführung wurden schärfere Kontrollmaßnahmen an den Flughäfen durchgesetzt und eine engere internationale Kooperation bei der Terroristenbekämpfung gefordert. Außerdem wurde eine Sonderabteilung innerhalb der nationalen Polizeibehörde eingerichtet, die sich speziell mit der Bekämpfung der RAJ befassen soll. Ferner beschloß der nationale Sicherheitsrat, Terrorabteilungen in regionalen Polizeiämtern zu gründen oder, soweit schon vorhanden, diese zu verstärken. Ziel ist es vor allem, in den städtischen Ballungsgebieten den Aktionsspielraum „radikaler Gruppen" einzuengen, d.h. diese zu isolieren sowie auch den „Sympathisantenkreis" einzuschüchtern. Dazu wurden schon großangelegte Hausdurchsuchungen und Razzien — sogar an der Tokyoter Elite-Universität — durchgeführt. Die Untersuchungen freilich ergaben — nichts.

Zwar hat in Japan noch keine Hetzjagd auf jede fortschrittliche demokratische Kraft begonnen, wie es in der Bundesrepublik der Fall ist. Aber man kennt die Brutalität, mit der bereits jetzt die Bullen in Japan bei Demonstrationen wie um den neuen Flughafen Narita vorgehen, und man weiß, daß die Polizei auch über Leichen geht. Das war alles auch schon ohne Anti-Terrorgesetze möglich. Und wenn der neue Justizminister Setoyama jetzt erklärt, daß in Zukunft viel mehr Härte gegenüber Flugzeugentführungen gezeigt werden müsse und daß *»die Regierung unter bestimmten Umständen bereit sein müsse, auch Blut zu vergießen, um die Gesetze zu wahren«* („Asahi Evening News", 6.10.) und die japanische Presse dies ergänzt, indem sie behauptet *»daß präventive Maßnahmen die wichtigsten und wirksamsten Schritte seien, um Guerilla-Aktionen zu begegnen«* („Asahi Evening News", 7.10.), so dürfte der Schritt zum „Modell Japan" nicht mehr weit sein!

Asien-Kommission

Neue Großdemonstration gegen Narita

Japan. Der Kampf um den neuen Tokyoter Flughafen Narita wird von den Bauern, Arbeitern und Studenten weiterhin offensiv und sehr militant geführt. Am 9.10.77 fand wieder eine Großdemonstration am Flughafengelände statt, wo kurzfristig die Absperrungen der Polizei durchbrochen werden konnten. Dabei wurden Molotow-Cocktails geworfen sowie eine Polizeiwache und drei Fahrzeuge in Brand gesteckt. Schon am 7.10. raste ein fahrerloser brennender LKW in die Barrikaden der Bullen.

Diese Militanz, die von einem breiten Teil der Demonstranten getragen wird, ist ein Ergebnis der äußerst brutalen Vorgehensweise der japanischen Polizei. Am 8.5.77 wurde ein Sanitätshelfer bei einer Demonstration aus fünf Metern Entfernung von einer Tränengaspatrone am Kopf tödlich getroffen. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche Demonstranten schwer verletzt, wobei einige ihr Augenlicht verloren und anderen die Kiefer zerschmettert wurden. Nach der Nacht- und Nebelaktion und dem Großeinsatz der Bullen am 6.5., als die beiden Stahltürme auf der Landebahn, die von den Demonstranten zur Behinderung des Flugverkehrs errichtet worden waren, gewaltsam von den Bullen demontiert wurden, erklärte der Vorsitzende der „Oppositionellen Liga": *»Die Regierung handelte in der Nacht wie ein Dieb. Gerade dieser Akt, der gegen die Gesetze und alle menschlichen Normen verstößt, hat unsere Hände freigemacht. Die Regierung hat uns das Recht gegeben, mit allen Mitteln das Recht des Volkes aufrecht zu erhalten«* („New Asia News", 13.5.77).

Außer der direkten militanten Konfrontation mit der Polizei sind auch weitere Kampfformen in dem bereits über 12 Jahre dauernden Widerstand entwickelt worden. Gegenwärtig weigern sich die Bauern aus der unmittelbaren Umgebung des Flughafengeländes, ihr Land an die Flughafengesellschaft zu verkaufen bzw. zu verpachten. Somit können außerhalb des Flughafengeländes die notwendigen Positionslichter für die Einflugschneisen nicht installiert werden. Eine Verkürzung der drei Landebahnen ist daher notwendig, was aber gegen die internationalen Flugsicherheitsbestimmungen verstoßen und damit den Flughafenbetrieb zumindest für bestimmte Flugzeuge lahmlegen würde.

Ferner existiert ein starker Widerstand gegen den Ausbau der Zufahrtswege zum Flughafen sowie gegen die Verlegung von Pipelines für die Treibstoffversorgung. Der als vorübergehende Lösung angestrebte Transport des Treibstoffs per Bahn wird durch den Protest des Ortsverbandes Chiba der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft verhindert. Es sollen nämlich insgesamt vier Millionen Liter Düsentreibstoff pro Tag per Bahn transportiert werden. Die Sicherheitsvorkehrungen für diesen mörderischen Plan der Regierung sind geradezu zynisch: *»... das ehemalige Gelände des West-Chiba Militärparadeplatzes, der ungenutzt ist, wird an die Stadt Chiba als Katastrophen-Evakuierungsplatz und öffentlicher Park verkauft«* („Asahi Evening News", 14.9.77)!

Der Kampf geht weiter!

Asien-Kommission

Kurzmeldungen

Malaysia - Antikommunistischer Terror

Im Zuge verschiedener antikommunistischer Hetzjagden (offiziell „Terroristenfahndung" ...) wurden zahlreiche Mensche verhaftet, darunter ein 14jähriger Jugendlicher. *Seine Verhaftung geriet in Malaysia zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen — der Jugendliche soll nämlich laut Ausnahmegesetz exekutiert werden!* („Newsweek", 17.10.). Die Begründungen für die Verhaftung sind völlig an den Haaren herbeigezogen — ein Polizist gab an, der Jugendliche hätte ein Gewehr auf ihn gerichtet ...

Dies und die aktuelle Todesgefahr für den 14jährigen rücken den antikommunistischen Terror in Malaysia erneut ins Licht der Öffentlichkeit. Kommentar des zuständigen Staatsanwalts: *»Die kommunistischen Terroristen und ihre Agenten könnten Kinder unter 18 Jahren für Waffentransporte benutzen«.* Deshalb soll das Gesetz, das jeden mit der Todesstrafe bedroht, voll angewandt werden! Nach dem Willen der herrschenden faschistischen Clique sollen aktuell *»mehr als 40 verurteilte 'Terroristen'«* ermordet werden („Newsweek", 17.10.)!

Fortsetzung Seite 58



Dieser 14jährige Junge soll hingerichtet werden!

Indisches Rollenspiel

Anfang Oktober wurde die ehemalige indische Ministerpräsinentin Indira Gandhi auf Veranlassung der jetzigen Desai-Regierung in einer Blitzaktion festgenommen. Gleichfalls festgenommen wurden vier Mitglieder ihrer ehemaligen Regierung. Als Begründung für die Verhaftungen diente der Vorwurf der Korruption im Amt sowie des Machtmißbrauchs. Allerdings waren die von der Desai-Regierung vorgelegten Beweise für diese Anschuldigungen angeblich so dürftig, - obwohl Indira Gandhis Politik des Ausnahmezustandes allseits bekannt und »beweisbar« ist! - daß der Haftprüfungsrichter alle fünf Festgenommenen bereits einen Tag nach der Festnahme wieder frei ließ. Die vier Ex-Minister mußten eine Kaution hinterlegen, Indira Gandhi konnte den Gerichtstermin sogar ohne jegliche Auflagen verlassen. Die Desai-Regierung kündigte jedoch weitere juristische Schritte gegen Indira Gandhi an.

Dieses Zwischenspiel erhält seine Bedeutung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Situation in Indien. Nach dem Wahlsieg der Janata-Partei hatte diese entsprechend der propagandistischen Linie ihres Wahlkampfes die bürgerlichen Rechte und demokratischen Freiheiten weitgehend wiederhergestellt. Der umfassende und offene staatliche Terror des Ausnahmezustandes unter der Gandhi-Diktatur verschwand. *»Verhaftungen nach dem MISA-Gesetz* (Gesetz zur inneren Sicherheit, das willkürliche Verhaftungen erlaubte ohne Gerichtsverfahren und ohne richterliche Haftprüfung und massenhaft von der Gandhi-Diktatur angewendet wurde, Anm. AK) *finden nicht mehr statt. Das formale Verbot marxistisch-leninistischer Parteien ist aufgehoben worden und viele politische Gefangene sind freigelassen worden. Es gibt eine relative Freiheit der bürgerlichen Presse; Kritik an der Regierung ist möglich; Rede- und Versammlungsfreiheit werden formal anerkannt«* (»New India Bulletin«, Nr. 5).

Obwohl also die bürgerliche Demokratie scheinbar wiederhergestellt ist, hat die jetzige Desai-Regierung den gesamten Unterdrückungsapparat der Gandhi-Dikatur im wesentlichen nicht angetastet. Das »Gesetz zur inneren Sicherheit« (MISA) ist nach wie vor in Kraft, es wird gegenwärtig nur nicht angewendet. Die zahlreichen Polizeikräfte (Border Security Force, Central Reserve Police, Research and Analysis Wing usw.), mit denen die Gandhi-Diktatur ihre diktatorischen Maßnahmen durchsetzen konnte, bestehen immer noch unverändert. Zahlreiche politische Gefangene sind immer noch in Haft, ihre Freilassung ist nicht zu erwarten.

Der politische Kurswechsel der herrschenden Klassen in Indien hat natürlich auch ökonomische Auswirkungen. So war die Periode des Ausnahme zustandes unter der Gandhi- Diktatur gekennzeichnet durch einen formalen Preisstop und durch Streikverbot. Die »Rückkehr zur Demokratie« bedeutete auch eine Rückkehr zum »freien Spiel der Kräfte« im kapitalistischen Wirtschaftsleben. Dies wirkte sich unmittelbar in einem starken Preisanstieg insbesondere bei Waren für den alltäglichen Bedarf (z.B. Lebensmitteln) aus (»Economic and Political Weekly«, 24.9.77). So wird heute die Preistreiberei auch wieder mit dem Mittel der Warenhortung betrieben Mittlerweile sieht sich die Desai- Regierung gezwungen, über die Wiederanwendung eines bereits unter Indira Gandhi angewendeten Gesetzes zur Kontrolle der Preise (»Essential Comodities Act«) öffentlich zu diskutieren (»The Statesman Weekly«, 6.8.77). Dieses Gesetz hat allerdings schon unter der Gandhi-Diktatur einen Anstieg der Preise nicht verhindert. So ist auch in der jetzigen Diskussion vielmehr ein propagandistisches Manöver der Desai- Regierung zu sehen.

Die Janata- Party konnte die Parlamentswahlen gewinnen, weil es ihr gelungen war, die Kritik an der Gandhi- Diktatur zu kanalisieren. Zugleich nährte sie demagogisch geschickt Hoffnungen auf grundlegende Veränderungen der materiellen Lage des indischen Volkes. Sie versprach die Beseitigung der Massenarmut und der großen Massenarbeitslosigkeit. Nur steht die Entwicklung der letzten Monate in einem krassen Widerspruch zu diesen Versprechungen. Zwar hat der offene staatliche Terror, wie er namentlich während des Ausnahmezustandes unter der Gandhi-Diktatur üblich war, weitgehend abgenommen, andererseits aber üben die Kapitalisten und Großgrundbesitzer ihren Terror wieder zunehmend direkt durch dafür speziell angeheuerte Hilfstruppen aus. So haben in den letzten Monaten zahlreiche militante Streiks und Landarbeiterkämpfe wieder Todesopfer gefordert. Ein Arbeitskampf bei »Harig India« in der Nähe der Stadt Ghaziabad forderte am 7.9.77 zwei Todesopfer und 76 Verletzte. Die Firma »Harig India« beschäftigt insgesamt nur 128 Arbeiter (»EPW«, 17.9.77)! Allein in der Stadt Poona haben seit dem Ende des Ausnahmezustands bis Ende Juli 24 Streiks stattgefunden, an denen sich insgesamt 7.000 Arbeiter beteiligt haben. 25 Betriebe waren davon betroffen, u.a. von Phillips India, Sandvik Asia und Vulcan Laval. Die Streiks dauerten zwischen 8 und 130 Tagen (»EPW«, 27.8.77). Dieser Entwicklung versucht die Desai- Regierung auch mit dem Versprechen,die Preise kontrollieren zu wollen, entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sind ebenfalls Maßnahmen der indischen Regierung gegen die zwei Multis,IBM und Coca Cola,zu sehen. In einer spektakulären Aktion hatte der Industrieminister Fernandes, ehemaliger Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Indiens, von IBM und Coca Cola gefordert, sie sollten von ihren 100-prozentigen Tochtergesellschaften in Indien 60% des Aktienkapitals an indische Kapitalisten abgeben. In der Propaganda der Desai- Regierung wurde dies als »ein Schlag gegen die imperialistischen Konzerne« gefeiert (»Hindustan Times«, 25.8.77) ! Als IBM und Coca Cola dies verweigerten, wurden ihnen Sanktionen (Verbot von Profittransfer) angedroht. Beide Konzerne haben mittlerweile ihre Geschäftstätigkeit in Indien eingestellt. Wie ernst die Desai-Regierung ihren »Antiimperialismus« jedoch tatsächlich meint, wird durch andere Tatsachen klar: Derselbe Fernandes erklärte wenig später, man habe mit westdeutschen Privatbanken vereinbart, daß diese in den nächsten zwei Jahren eine Milliarde US-Dollar »und mehr« in Indien investieren. Außerdem soll Indien einen Kredit erhalten in Höhe von 50 Millionen US-Dollar und aus dem Opec-Sonderfond einen Kredit in Höhe von 21,8 Millionen US-Dollar (»Neue Züricher Zeitung«, 30.9.77).

Die Kritik an der Gandhi- Diktatur gehört zu dem Spiel mit verteilten Rollen, in dem sich sowohl die Janata-Party und die abgehalfterte Congress Party als die jeweils »wirklichen« Bewahrer der Demokratie darzustellen versuchen. Hinter diesem Nebelvorhang vollzieht sich aber tatsächlich nichts anderes als die Durchsetzung kapitalistischer und imperialistischer Interessen.

Asien- Australien- Kommission

Putschversuch in Bangla Desh gescheitert

Während die Weltöffentlichkeit den Ausgang der Flugzeugentführung auf dem Daccaer Flughafen verfolgte und die Regierenden mit dem Kommando der „Roten Armee Japans" verhandelten, griffen etwa hundert Angehörige unterer Dienstgrade der bengalischen Armee das Flughafengebäude und ein Munitionsdepot in der nahegelegenen Garnison an. Als sie am Sonntag morgen gegen sechs Uhr Ortszeit die Radiostation in Dacca besetzten und *»eine bewaffnete Revolution der Streitkräfte, Studenten, Arbeiter und Bauern ausgerufen hatten, wollten sie sich freilich ausdrücklich als Repräsentanten einer Volksarmee verstanden wissen«* („NZZ", 4.10.). Der Putschversuch wurde von dem reaktionären Regime treu ergebenen Truppen blutig niedergeschlagen, insgesamt sind dabei ca. 100 Menschen ums Leben gekommen, 60 sollen verhaftet worden sein.

Die Rebellion begann bereits am Freitag abend in Bogra, wo Einheiten einer Panzereinheit rebellierten. Dieser Putschversuch ist nicht der erste innerhalb der Armee. Bereits 1975, kurz nach der Machtübernahme durch Präsident Rahman kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen 60 Personen getötet wurden. Auch zu jener Zeit soll es sich um sogenannte „Volksarmisten" gehandelt haben, die der *»seither verbotenen linksgerichteten 'Nationalen Sozialistischen Partei' (JSD) nahestanden«* („NZZ", 4.10.). Die Spitzenpolitiker dieser Partei wurden zu lebenslanger Haft verurteilt und der Anführer des Putsches, Major Taheer, durch den Strang hingerichtet.

Präsident Rahman, der 1975 selbst durch einen Putsch die Macht an sich
durch einen Putsch die Macht an sich
gerissen hatte, beschuldigte in einer Rundfunkansprache *»selbstsüchtige Kreise innerhalb der Armee des Versuchs, die Inanspruchnahme der Regierung durch das Geiseldrama auszunutzen. Er forderte alle patriotischen Kräfte auf, sich Versuchen zu widersetzen, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zu gefährden, und bedauerte die versuchte Störung zu einer Zeit, in der sich Bangla Desh auf dem Rückweg zur Demokratie befinde* (?!)« („ap-al", 2.10.).

LETZTE MELDUNG

Das blutige Niederschlagen der Rebellion ebenso wie die Tatsache, daß Bangla Desh nach wie vor unter Kriegsrecht steht, beweisen freilich das genaue Gegenteil. Wie jetzt gemeldet wurde, benutzt Rahman den Putschversuch als Vorwand zu einem noch größeren Schlag gegen die Linke: Nach der JSD wurde jetzt auch noch die („moskauorientierte") Kommunistische Partei und die „Demokratische Liga" des früheren Präsidenten Khondar Mushtaque Ahmed verboten (nach „ap-al", 14.10.)! Ahmed ist schon vor einiger Zeit „unter der Beschuldigung der Korruption" inhaftiert worden. Rahman erklärte diesen neuen Schritt „auf dem Rückweg zur Demokratie" so: *»Das Verbot der drei Parteien liege im Interesse des Landes. Ziel der Maßnahme sei es, 'das politische Leben von Terrorismus, ausländischer Unterwanderung und Verschwörung zu befreien'«* („ap-al", 14.10.).

Asien-Australien-Kommission

Die Wahlen finden (doch) nicht statt

Die Militärs, die am 5. Juli mit einem Putsch die Macht in Pakistan übernommen hatten, haben inzwischen immer deutlicher gezeigt, welchen Weg sie zur »Rettung Pakistans« einschlagen wollen.

So sind zahlreiche von Bhutto in seiner Amtszeit verstaatlichte Betriebe reprivatisiert worden. Das betrifft unter anderem *»600 Betriebe zur Aufbereitung von Baumwolle«* (»Frankfurter Rundschau, 27.9.77). *»Sie sollen an ihre ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden, wobei ihnen der Staat sogar eine Kompensation* (Entschädigung, Anm. Red.) *für die seit der Verstaatlichung vor einem Jahr entstandenen Verluste zahlen will«* (»Neue Zürcher Zeitung«, 30.9.77).

Daß von den neuen Herren (wie übrigens auch von den alten) Kritik an den herrschenden Zuständen nicht erwünscht ist, versteht sich eigentlich von selbst. Jeder soll seinen Nachbarn bespitzeln. So darf niemand *»irgendeine Flugschrift oder Veröffentlichung herausgeben, in Umlauf bringen oder anregen, die darauf abzielt, ein Gefühl der Feindschaft oder des Hasses zwischen verschiedenen Provinzen, Klassen oder Sekten fördern. Jeder, der von der Existenz solcher Veröffentlichungen Kenntnis erhält, muß sofort den nächsten Militärkommandeur benachrichtigen. Wer dagegen verstößt, kann mit einer Höchststrafe bis zu zehn Jahren* [!] *scharfer Haft bestraft werden«* (Radio Pakistan, 10.7.77, nach »Monitor-Dienst«, 12.7.77).

„Islamisierung"

Als ideologisches Instrument zur Durchsetzung der Politik von General Ziaul Haq dient die totale »Islamisierung« der pakistanischen Gesellschaft. So sind mittelalterliche Strafen wie Auspeitschungen und Handabhacken wieder an der Tagesordnung.

Ziaul Haq persönlich gründete einen »Rat für islamische Ideologie«, der die weitere reaktionäre Ausrichtung vorantreiben soll.

Jegliche (außerhalb dieser Linie angelegte) politische Betätigung ist seit dem Putsch vom 5. Juli verboten.

Als Grund wurde von den Militärs die »chaotische Lage« nach den im März abgelaufenen (vermutlich gefälschten) Wahlen ausgegeben. Damals wurde auch immer wieder beteuert, daß die Militärregierung nur eine Übergangslösung sein sollte. Im Oktober sollten eigentlich Neuwahlen stattfinden. Wir hatten dieses Versprechen schon in AK 111 (22.8.) ziemlich skeptisch beurteilt. Zu Recht: Am 1. Oktober gab Ziaul in einer Rundfunkansprache bekannt, daß die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. *»Ich habe großen Respekt für die Institution der Wahlen, aber ich kann nicht zulassen, daß das Land sich ihretwegen der Katastrophe gegenübersieht«* (»Radio Karachi«, 1.10.77, nach »SWB«, 3.10.77). *»Alle politischen Aktivitäten sind ab heute verboten. Eine neue Kriegsgesetzordnung wird heute zu diesem Zweck erlassen. Es wird erhofft, daß diese Maßnahme Recht und Ordnung wiederherstellen wird und daß patriotische Bürger in der Lage sein werden, einen Seufzer der Erleichterung auszustoßen«* (ebenda).

kommt Ziaul wieder auf die religiöse Tour. Er beschließt seine Rede mit den Worten: *»Laßt uns alle ernsthaft die Segnungen Gottes suchen. Oh Gott! Gib uns die Stärke, unsere Probleme zu überwinden und die Fähigkeit, korrekte Entscheidungen zu fällen, so daß wir in der Lage sind, das Land, das in deinem Namen geschaffen wurde, stark und blühend zu machen. Lang lebe Pakistan!«* (»SWB«, 3.10.77). Daß es sich bei der Berschiebung der Wahlen allerdings um einen ganz irdischen Vorgang handelt, hinter dem handfeste Interessen stehen, können auch alle diese Sprüche nicht wegzaubern. So sah sich der General Ziaul in letzter Zeit mit immer größerem Widerstand gegen die Verhaftungen Bhuttos und anderer Führer der »Volkspartei« (PPP) konfrontiert.

Bhutto, der immerhin schon einige Jahre Erfahrung in Demagogie hat, war es in der letzten Zeit gelungen, sich (den Fälscher der Wahlen im März!) als unschuldiges Opfer der Militärs hinzustellen und damit auch einige Leute zu mobilisieren. Bei einer im Oktober stattfindenden Wahl wären seine Aussichten daher sicher nicht schlecht gewesen. *»Das aber hätte die gesamte Generalität in Bedrängnis gebracht, denn wer konnte ihr schon garantieren, daß Bhutto sie nach der Rückkehr zur Macht nicht seinerseits vor Gericht stellen würde. Ziaul Haq sah sich drei Wochen vor dem geplanten Urnengang vor die Alternative 'Bhutto oder ich' gestellt. Und darauf gab es für den General selbstredend nur eine Antwort - Soldatenehre hin, Glaubwürdigkeit her«* (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 4.10.77).

Der „Block der Linken"

12 linke Parteien und Gruppen bildeten am 14. August die »Awami Jamhoori Ittehad«. In mehreren Resolutionen nahmen sie zu der Politik der Militärs Stellung. So kritisierten sie die Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe, aber auch die vorangegangene Verstaatlichung nach Bhutto- Art und forderten die Übergabe der verstaatlichten Betriebe an die Organisationen der Arbeiter. Sie fordern *»die Freilassung der politischen Gefangenen und Gewerkschaftsmitglieder, die Aufhebung des Verbots politischer Aktivitäten«* (»Viewpoint«, 21.8.77).

Der Block beschloß, nicht insgesamt zu den an sich im Oktober geplanten Wahlen zu kandidieren, aber wenn irgendeiner aus dem Block kandidieren würde, würde der Block ihn unterstützen.

Durch die Verlegung der Wahlen auf unbestimmte Zeit ist das natürlich jetzt gegenstandslos geworden.

Asien-Kommission

Fortsetzung von Seite 57

PROTESTE GEGEN KAMBODSCHA—HETZE AUF DEM GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL!

Dem Gewerkschaftstag lag unter der Rubrik *»Ächtung und Boykott von Terrorregimen«* ein übler Antrag vor:

»Die Gewerkschaften traten seit ihren Anfängen stets für die Menschenrechte und zwar weltweit ein. Umso schmerzlicher empfinden sie, wenn man immer wieder von Terrorregimen hört, wo Verschleppungen, Folterungen und Morde tagtägliche Praxis sind. Wenn hier beispielsweise Chile, Kambodscha (!!) *und Uganda genannt werden, so wird deutlich, daß diese Verbrechen in den verschiedensten geographischen und kulturellen Regionen und unter den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Rechtfertigungsideologien geschehen ...«* Gegen diese üble Fälschung und Lüge eines gleichen Terrors in Chile und Kambodscha veröffentlichte das „Indochina-Komitee Heidelberg" einen offenen Brief. In diesem heißt es u.a.: *»Der zitierte Antrag stützt sich, was Kambodscha betrifft, auf eine massive Verleumdungskampagne, die seit der Befreiung Kambodschas von den amerikanischen Imperialisten inszeniert wird, um fortgesetzte Angriffe gegen das Demokratische Kambodscha vorzubereiten und zu rechtfertigen und die Revolution Kambodschas in aller Welt zu diffamieren ... Diese Absicht verfolgt auch der an den Gewerkschaftstag gerichtete Antrag. Unter dem Vorwand des Eintretens für die Menschenrechte und der Ächtung von Terrorregimen wird die Bundesregierung zu einer offenen imperialistischen Politik gegen Kambodscha aufgefordert ...«* („Offener Brief", 16.9.).

* * *

Erneute Kämpfe in den Südphilippinen

Zu massiven Angriffen gegen Stützpunkte der Guerillakräfte auf Mindanao/Südphilippinen ist die philippinische Armee angetreten. Die *»Such- und Zerstörungsaktion«* (so der offizielle Name lt. „NZZ", 24.9.) begann mit ca. 2000 Soldaten, Luftwaffe- und Marineeinheiten im Westteil der Insel. Nach Angaben der Presse wurden schon in den ersten Tagen des Angriffs mindestens 150 Menschen umgebracht („NZZ", 24.9.). Ungefähr zur gleichen Zeit gingen die Moslem-Guerillas im Südteil der Insel zu einem Gegenangriff über („NZZ", 6.10.77).

Auch aus weiteren Meldungen geht hervor, daß sich die Kämpfe zur Zeit wieder ausweiten, ständig wird von Überfällen auf Regierungsposten, Bombenexplosionen usw. berichtet („NZZ", 20.9.; „FAZ", 27.9.).

In dieser Situation — wo klar ist, daß sich die Guerillas auf Waffenstillstand und trügerische „Friedensverhandlungen" nicht einlassen (trotz teilweise gegenteiliger Vorstellungen ihrer Führer) — bietet Marcos erneut Friedensverhandlungen an

* * *

ATOMREAKTOR FÜR MALAYSIA

Die USA werden Malysia einen ersten Forschungs-Atomkraftreaktor liefern. Dies gab US-Präsident Carter Anfang Oktober bekannt. Damit ist Malysia das vorletzte Land im südostasiatischen Raum, das von den Imperialisten mit Atomkraftwerken ausgerüstet wird („NZZ", 1.10.). Lediglich Thailand hat unseres Wissens noch kein AKW. Neben Malysia erhalten auch die Philippinen ein Atomkraftwerk durch die USA — für 1,1 Mrd. Dollar soll es 1984 in Betrieb genommen werden.

Allerdings — auch in diesen Ländern regt sich der Widerstand gegen AKW's. Auf den Philippinen protestierten 11000 Bewohner gegen den geplanten Bau. Bauern und Fischer haben *»internationale Unterstützung für ihren Kampf gegen den Bau des ersten philippinischen AKW gefordert«* („NAN", 4.3.77).

* * *

THAILAND: MORDKOMMANDOS GEGEN ARBEITERFÜHRER

»Als Bangkoks Textilgewerkschaftsführer Thwat Piromphon sein Haus verließ ... stürzten 3 Männer aus der Dunkelheit und schossen ihn nieder ... Im letzten Monat wurde Vichien Srichien, Präsident der See-Transportarbeiter-Gewerkschaft, zum Ziel eines weiteren Attentats« („Newsweek", 10.10.). Offenbar werden noch nicht in die Illegalität gedrängte Gewerkschaftsführer heute von Mordkommandos überfallen und systematisch ausgerottet. Die Morde werden von der faschistischen Regierung gedeckt: *»Die thailändische Regierung begründet ihren Krieg gegen die Gewerkschaften mit der Angst vcr kommunistischer Infiltration und der Möglichkeit, daß ausländische Investoren durch Arbeiterunruhen wegbleiben könnten«* („Newsweek", 10.10.)!

Auch wenn heute noch nicht alle Gewerkschaften in Thailand verboten sind, so bestehen dennoch keine Organisationsmöglichkeiten für die Arbeiter im legalen Rahmen. Beispielsweise können Treffen nur unter Polizeiaufsicht stattfinden.

Asien-Australien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Hochschulen im Fadenkreuz der Angriffe

Unter dem Motto *„Wir dürfen die zynischen Mißbräuche nicht mehr länger dulden, gerade in dieser Gegenwart nicht, in der es zu einer Lebensfrage der Nation geworden ist, das sumpfige Umfeld des Terrorismus auszutrocknen"* (Filbinger) haben die Herrschenden das Feuer auf die noch bestehenden demokratischen Strukturen und Positionen an den Hochschulen eröffnet:
– In Baden-Württemberg soll die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft werden;
– der Göttinger AStA ist bereits suspendiert;
– die Herausgeber der Buback-Dokumentation, 48 Professoren und Rechtsanwälte, stehen unter existenzbedrohendem Druck;
– liberalen und demokratisch gesinnten Professoren werden Bekenntnisse zur „aktiven" Unterstützung der „freiheitlich-demokratischen-Grundordnung" abgepreßt, bis hin zur Verpflichtung auf Denunziation (Niedersachsen) linker Studenten, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen;
– Professor Brückner ist bereits vom Dienst suspendiert; Auftritte an niedersächsischen Universitäten sollen durch Polizeigewalt verhindert werden.

Die Hauptangriffe konzentrieren sich auf die Entmündigung oder gänzliche Liquidierung der studentischen Vertretungsorgane und richten sich gegen die Teile des Lehrkörpers, die seit Beginn der Studentenbewegung ihren Beitrag zur progressiven Gestaltung der Uni-Wirklichkeit geleistet haben.

Die Bourgeoisie hält offenbar den Zeitpunkt für gekommen, nach ihrer jahrelangen „Salamietaktik" die Scheiben jetzt erheblich dicker zu schneiden. Sind Veränderungen bisher wesentlich auf gesetzlicher Ebene vorgenommen worden, soll jetzt die praktische Umwälzung der Kräfteverhältnisse folgen. Was bisher überwiegend „auf dem Papier" verabschiedet wurde, soll jetzt die Wirklichkeit des Hochschulalltags regieren. Seit langem schon war es Wunschtraum der Herrschenden, eine einschneidende Klimaveränderung zugunsten der Reaktion an den Hochschulen herbeizuführen - jetzt sieht die Bourgeoisie einen günstigen Zeitpunkt gekommen, in der Verwirklichung ihrer Ziele ein gutes Stück voranzukommen. Nicht umsonst stehen die Hochschulen als „Bastion des Terrorismus" im Fadenkreuz der gegenwärtigen Hetze.

Demgegenüber scheinen Teile der studentischen Linken weitgehend eine unsichere und abwartende Haltung einzunehmen. Nach wie vor können sie sich nicht von „vertrauten Konzepten" lösen, die überwiegend aus den Zeiten relativer Ruhe an den Hochschulen überliefert sind, die aber keine Antwort geben können auf die aktuelle Herausforderung durch die Herrschenden. Es bleibt allerdings nicht viel Zeit, mit geeigneten Maßnahmen die Flutwelle von Repressionsmaßnahmen aufzuhalten.

Gewerkschaftlich Orientierte: den Startschuß überhört...

Obwohl die Schwere der Angriffe zur Zeit der VDS-MV bereits bekannt war, konnten die Revisionisten nicht auf ihr bereits ein Semester vorher entwickeltes Konzept verzichten: Ab 28.11. möchten sie wieder einmal „Demokratische Gegenhochschule" spielen, zumal sie beides - nämlich Widerstand leisten gegen die aktuellen Angriffe u n d DGH - „absolut nicht schaffen können" (MSB auf der LAK in Hamburg). Eine grundsätzliche Stellungnahme zur gegenwärtigen Rpressionswelle an den Hochschulen steht von seiten des MSB noch aus. Offensichtlich verbirgt sich aber hinter dem Festhalten an den vorgefertigten „Aktionsplänen" das taktische Kalkül, wenn sich erst einmal die Wogen geglättet haben, könne die alte Politik wie gewohnt fortgesetzt werden. Und: Selbst wenn das Gesetz in Baden-Württemberg verabschiedet würde, könnten die baden-württembergischen Studenten gemäß dem bayerischen Modell (dort gibt es wieder „illegale" ASten) nach und nach wieder Terrain erobern und sich schließlich mit den Verhältnissen einrichten! (?) Schließlich fühlen sie sich auch deshalb sicherer, weil sie den Trennungsstrich zum „terroristischen Sumpf" von allen Organisationen der studentischen Linken am schärfsten gezogen haben, einschließlich einer konsequenten Verweigerung, der Solidarität mit dem „sympathisierenden" Göttinger ASTA. Bisher hat sich allerdings nicht bestätigt, daß die Bourgeoisie besonderen Wert auf politische Differenzuerung legt bei der Liquidierung der Hochschullinken. Der MSB/Juso-ASTA in Marburg zählte ebenso zu den Betroffenen wie derzeit der KB-nahestehende Göttinger ASTA. Es ist eine gefährliche Unterschätzung der gegenwärtigen Angriffe zu meinen, daß mit eingezogenem Kopf der rechte Sturm schadlos überdauert werden kann. Auch dem MSB und seiner DGH wird der Wind kräftig um die Ohren blasen.

Wenn er in der hilflosen Abgrenzungshysterie gegen alles, was von der Bourgeoisie in einen irgendwie gearteten Zusammenhang mit dem „terroristischen Sumpf" gezwängt wird, weiterhin verharrt, anstatt den gemeinsamen Widerstand aller Betroffenen zu suchen, könnte es für die Revisionisten in nicht allzu ferner Zeit ein böses Erwachen geben.



Jusos: Eine heilsame Identitätskrise?

Die Jusos müßten nach all ihren Erfahrungen innerhalb der SPD eigentlich am besten wissen, was auf die Studentenbewegung zukommt. Angesichts der faktischen großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD wird ihr taktischer Spielraum (etwa diverse Reförmchen im Angebot wie es noch vor einigen Jahren möglich war) denkbar gering. Aktuell steht für sie die Entscheidung an, ob sie die mutterparteilichen Bindungen höher bewerten und den Regierungskurs mitfahren oder unter dem Damoklesschwert innerparteilicher Repressionsmaßnahmen (wie z.B. kürzlich die Diffamierungskampagne der SPD-Mehrheit gegen die Nein-Sager zum Kontaktsperrgesetz) sich nicht daran hindern lassen, den Kampf an der Seite der Studentenbewegung und gegen die Regierungspolitik aufzunehmen. Ansätze dafür haben sich in der letzten Zeit vermehrt: Trotz der politischen Differenzen erklärten sie sich mit dem Göttinger AStA solidarisch; auf der VDS-MV stimmten Teile der Jusos den Vorstellungen der Basisgruppen zu; nicht zuletzt die Veröffentlichung noch vertraulicher Pläne zur umfassenden Bevormundung und Knebelung der Verfaßten Studentenschaft in Hessen lassen vermuten, daß die Empörung bei Teilen der Jusos größer sein kann als die Angst vor dem Parteigericht.

Spontis: Die Nacht geht zu Ende?

Bekanntlich haben die Spontis - vor allem in Frankfurt - den Weg einer „alternativen Politik" nach Jahren der Straßenaktionen gesucht ... Spontis - vor allem in Frankfurt - den Weg einer „alternativen Politik" nach Jahren der Straßenaktionen gesucht. In Cohn Bendits Buch „der große Basar" wurde ein Modell entwickelt, nachdem ausgehend von alternativen sozialen Zentren nach und nach immer breitere Bevölkerungsschichten vom Vorbild glücklicherer Lebenszusammenhänge, die in diesen Zentren entstehen sollten, erfaßt und einbezogen würden. Unter dem Druck des zunehmenden staatlichen Terrors, der auch schon geringe Ansätze (z.B. selbstverwaltete Jugendzentren) im Keim liquidiert, reduzierte sich das „alternative Leben" zunächst auf die schaften, und schließlich auf die Frage nach den „subjektiven Bedürfnissen". Der Anspruch einer alternativen Massenpolitik (vor allem gegenüber den K-Gruppen) konnte nicht eingelöst werden. Stattdessen erlebte die Franfurter Szene eine zunehmende Ghettoisierung, was sie mehr und mehr willkürlichen Übergriffen des Polizeiapparates schutzlos auslieferte.

Unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse allerdings zeigt die Sponti Szene eine außerordentliche Betroffenheit, die in der „Szene" Fragen über den Sinn ihrer bisherigen Strategie aufwirft: *„Ist es überhaupt möglich, in diesem Land als Ghetto zu überleben, oder sind wir nicht vielmehr von einem Extrem der Interventionspolitik, die unser alltägliches Leben vernachlässigte, in das entgegengesetzte Extrem geflippt"*? Unter dieser Fragestellung will die „Pflasterstrand"-Redaktion die Diskussion um Öffentlichkeit des Protestes wieder aufnehmen. In einem weiteren Artikel heißt es: *„zwischen der Bevormundung, Kontrolle und Disziplinierung, der wir unterworfen werden, und unseren Vorstellungen von einer besseren Welt wird die Kluft immer größer. Ich stelle fest, daß wir uns immer mehr gefallen lassen, und daß wir einen immer grösseren Teil unserer Sensibilität verlieren, indem wir einem Gewöhnungsprozeß unterliegen. .... Allein die Äußerung wird für uns schon zur notwendigen politischen Tat, wo die Urteile über Beleidiger von Toten und der Bundesrepublik gesprochen werden. Uns wehren heißt für mich auch, unser gelangweiltes Schweigen zu brechen, wir müssen uns öffentlich äußern; war unser Motto auch einmal Verweigerung, so gilt es nun, daß wir uns wehren."*

So positiv das klingt, so wenig zeichnen sich allerdings derzeit greifbare praktische Konsequenzen aus diesen Überlegungen ab. Das Beispiel der Frankfurter „Alt"-spontis, die das „alternative Leben" bis zur bitteren Neige ausgekostet haben, sollte insbesondere von denjenigen überdacht werden, die - noch neu in der „Szene" - von der Erfüllung eines „unentfremdeten Lebens" im Kapitalismus schwärmen.

Die Reihen schließen...

Unter den herrschenden Bedingungen ist es u.E. die Aufgabe der Linken, zwischen Haupt- und Nebenfragen zu unterscheiden.

Die Hauptfrage ist für uns gegenwärtig die Herstellung einer möglichst breiten Aktionseinheit gegen die aktuelle Repressionswelle unter Zurückstellung untergeordneter taktischer Differenzen. Dabei halten wir es jedoch für verantwortungslos, mit Streik und anderen Kampfmaßnahmen erst zu einem Zeitpunkt zu beginnen, wo mit der Verabschiedung des baden-württembergischen LHG eine der schwerwiegendsten Entscheidungen bereitsgefallen sein wird. Die Planung der GO-Gruppe (MSB, SHB und „Stamokap"-Flügel der Jusos) läßt vermuten, daß sie nicht mehr an eine Verhinderung der Liquidierung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg (und anderswo?!) glauben, und daher für sie nur noch die Zeit „danach" von Bedeutung ist.

Mit den Basisgruppen sind wir uns dagegen darin einig, daß vom ersten Semestertag an, der Kalten Kriegspolitik der Ordinarienuniversität der entschiedene Wiederstand aller demokratischen Kräfte, Studenten wie Hochschullehrer, entgegengesetzt wird, mit dem Ziel der Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft, der Erhaltung der in der Studentenbewegung erkämpften „demokratischen Freiräume", der Aufhebung aller Disziplinierungsmaßnahmen fortschrittlicher Hochschullehrer.

Die Lage ist sicherlich ernster als in den vergangenen Semestern. Doch gerade in Zeiten der „Bewährung" - sozusagen mit dem Rücken an der Wand - hat die Studentenbewegung vielfach ihre Stärke bewiesen und gezeigt, daß sie in der Lage ist Angriffen geschlossen entgegenzutreten und sie auch zurückzukämpfen.

Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg

Besetzung gewaltsam beendet

Aachen. Seit 1969, als dieses Gebäude besetzt wurde, ist das „Che" unter Selbstverwaltung der Studenten und bildet ein antiimperialistisches Zentrum in Aachen. Dies ist der Hochschulbürokratie natürlich ein Dorn im Auge. Deshalb versucht sie, einen später als Erweiterungsbau hinzugebauten Flügel – das „Rote Haus" – als ersten Schritt der studentischen Selbstverwaltung zu entreißen. Das Rote Haus soll künftig dem Personalrat zur Verfügung gestellt werden, was den Versuch beinhaltet, Studenten und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter gegeneinander auszuspielen.

Am 26.9. ließ die Hochschulverwaltung eine Stahltür in den Verbindungsgang zwischen dem Roten Haus und dem weiterhin unter Selbstverwaltung stehenden Teil des „Che" einbauen, um ihre Absichten handfest zu bekräftigen. Das war zuviel. Die Tür wurde wieder herausgebrochen, das Rote Haus besetzt. Aufgrund der Semesterferien und einer nicht zu übersehenden „Aktionsmüdigkeit" unter den Studenten (seit ca. einem Jahr mußte immer wieder zur Verteidigung der Selbstverwaltung des „Che" mobilisiert werden) gelang es jedoch nicht, den Kreis der aktiv teilnehmenden Studenten zu erweitern. Nur ca. 100 Studenten nahmen an den täglich stattfindenden Aktionsversammlungen teil. So konnte der Rektor das Rote Haus am 30.9. „gefahrlos" durch die Polizei räumen lassen. Bei der „Flucht" der Besetzer zurückgelassene Gegenstände wurden einbehalten und können nur gegen Vorlage eines Personalausweises abgeholt werden. Gegen „auswärtige" Leute, die an der Besetzung teilgenommen haben, hat der Rektor Strafanzeigen angedroht. Ferner droht er mit der Räumung des gesamten „Che", falls die Arbeit des Personalrats durch die Studenten behindert werde.

(nach einem Bericht der Aachener Sympathisanten des KB)



Aachen. Mit Polizeihunden riegelt die „Ordnungsmacht" das Rote Haus gegen protestierende Studenten ab.

Widerrufen Sie!

„Ich Galileo Galilei, Lehrer der Mathematik und der Physik in Florenz, schwöre ab, was ich gelehrt habe ... Ich schwöre ab, verwünsche und verfluche mit redlichem Herzen und nicht erheucheltem Glauben alle diese Irrtümer und Ketzereien sowie überhaupt jeden anderen Irrtum und jede andere Meinung, welche der Heiligen Kirche entgegen ist."
(Aus: Leben des Galilei, von Bertolt Brecht)

Am 14. Oktober haben die hetzerischen Rufe nach „Zerschlagung der Sympathisantenszene" ein neues Opfer gefunden: der hannoversche Psychologieprofessor und Institutsdirektor an der Technischen Universität Hannover, Peter Brückner, *„ist erneut seines Amtes enthoben worden"*, da er sich geweigert habe, *„eine Erklärung zu unterschreiben, mit der er sich eindeutig und unmißverständlich von dem umstrittenen ‚Buback-Nachruf' ... distanziert."* Brückner ist einer der 48 Herausgeber der Dokumentation über den „Buback-Nachruf", gegen die seit Monaten eine Kampagne entfesselt wurde, die an Infamie, Lügen, Verdrehungen und offen faschistischer Hetze seinesgleichen noch suchen muß. Wer den Standpunkt der 48 Herausgeber kennt, weiß, daß diese sich niemals mit dem inkriminierten Text identifiziert haben, diesen jedoch veröffentlicht haben, um die staatlich verordnete Zensur, die sich alle bürgerlichen Presseorgane zu eigen gemacht haben, zu durchbrechen. Man kommt denn auch schon der Wahrheit ein gehöriges Stück näher, wenn es in der Erklärung der niedersächsischen Landesregierung weiter heißt, Brückner habe in einer Zeit, *„in der die Allgemeinheit auf allen Gebieten verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung grundgesetzwidriger, gewaltsamer Bestrebungen unternehme, seine feindselige Haltung gegen unseren Staat wiederholt zum Ausdruck gebracht"* („Neue Hannoversche Presse" (NHP, 15.10.).

Brückner hat sich niemals geweigert, zum „Buback-Nachruf" Stellung zu nehmen, genausowenig wie alle anderen Herausgeber. Er hat sich sogar, wiederum wie alle anderen auch, sehr kritisch und distanzierend zu diesem Text geäußert. Er verweigerte jedoch ein in dieser Situation vom niedersächsischen Wissenschaftsminister, Pestel, gefordertes absolutes Treue- und Unterordnungsbekenntnis. Und er verzichtete auch weiterhin nicht darauf, öffentlich zu erklären, daß der Terrorismus nicht „kranken Hirnen" entsprungen ist, sondern in der gewaltsamen Herrschaftsform dieses Gesellschaftssystems und in der immer schärferen Unterdrückung jeder systemkritischen Meinung seinen Ursprung hat. D a s wird ihm jetzt vorgeworfen. D a s ist die *„feindselige Haltung gegen unseren Staat"*, die zum Anlaß für seine Entlassung genommen wurde.

Brückner hatte sich damit anders verhalten als seine 12 niedersächsi-
Brückner hatte sich damit anders verhalten als seine 12 niedersächsi-
schen Mitherausgeber. Schon vor einigen Wochen hatten sie auf Verlangen der Landesregierung eine Erklärung abgegeben, in der sie Gewalt als Mittel der Politik ablehnen, das Buback-Attentat als „politischen Mord" charakterisieren und sich schließlich von entsprechenden Passagen des „Buback-Nachrufs" distanzieren. Gleichzeitig betonten sie jedoch, daß sie weiterhin von der Richtigkeit der Veröffentlichung des Textes überzeugt seien, da dieser in der bürgerlichen Presse völlig verdreht würde. Diese Distanzierung reichte der CDU-Landesregierung allerdings nicht. Sie wollte die völlige Unterwerfung der kritischen Geister an den Universitäten.

Im Stil mittelalterlicher Inquisitoren legte Wissenschaftsminister Pestel den Professoren ein Revers vor, mit dem diese ein Treuebekenntnis auf diesen Staat leisten sollten, daß sich *„insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen zu bewähren"* habe. Eine solche „Krisenzeit" herbeizureden, schien der Regierung angesichts der Schleyer-Ent-



Prof. Peter Brückner

führung angebracht.

So massiv unter Druck gesetzt, unterschrieben die 12 Professoren diesen Text, womit sie zu einem Kniefall vor der Reaktion gezwungen wurden.

Diese offene Erpressung, die jede Spur von „Überzeugung" und „Diskussion", wie dies noch von den zuständigen Bremer und Westberliner Wissenschaftsministern angekündigt wurde, vermissen läßt, war derart dick aufgetragen, daß selbst die ansonsten nicht zimperliche „FR" von einem *„Unterwerfungsvertrag"* sprach, der den Eindruck erwecke, *„als ob demonstrativ, für jedermann erkennbar, unbotmäßige Professoren geduckt werden sollten"* („FR", 14.10.).

Mehrere Herausgeber der Dokumentation aus Bremen sprechen von einem *„Akt der geistigen Landesverweisung"*, was noch milde das ausdrückt, was geschehen ist. *„Heimatrecht darf nur noch der Staatsdiener haben. Ein Solches Verfahren erinnert an die schlimmsten Traditionen obrigkeitsstaatlichen Denkens"* (ebenda, zitiert nach „SZ", 8.10.).

Hatte die Presse schon gejubelt: *„Herausgeber der Buback-Dokumentation legen ‚Bekenntnis' ab"* („FR", 7.10.), mußten sie sich schon bald
tation legen ‚Bekenntnis' ab" („FR", 7.10.), mußten sie sich schon bald
eines besseren belehren lassen. Die 12 veröffentlichten eine weitere Erklärung, in der sie die Landesregierung beschludigen, ein Klima der *„massiven Vorverurteilung"* geschaffen zu haben, in dem sie nicht mehr sicher seien, *„daß die Gerichte eine Suspendierung oder disziplinarische Maßregelungen noch aufheben würden"*. Sie sprechen weiter davon, *„daß sich der Sympathisanten-Rufmord nicht nur gegen linke Studenten, sondern gegen die gesamte liberale und sozialistische Linke richtet."*

Die Landesregierung reagierte auf ihre Weise. Sie nennt die Distanzierung von der Distanzierung ein *„entlarvendes Selbstzeugnis"*; die Haltung der Professoren sei *„jämmerlich"*, da sie die Erklärung nur unterschrieben hätten, *„weil sie um ihre Beamtenprivilegien fürchteten"* („NHP", 15.10.). Diese Art des Umgangs mit Kritikern, erst den Kniefall zu erpressen, um sie dann noch zu verhöhnen, ist allzugut noch aus der Zeit der finstersten Barberei, die das deutsche Volk je erlebt hat, dem Faschismus, bekannt.

Die 12 Professoren, die nach einer „schwachen Stunde" den zu schätzenden Mut gefunden haben, sich nochmals der Hetze und den Angriffen der äußersten Reaktion auszusetzen, müssen jetzt ebenso wie Brückner mit einer Entlassung rechnen. *„Auf eine beispielhafte Weise wird damit dokumentiert, welches Klima zur Zeit in der Bundesrepublik herrscht"* kommentierte die „FR" unfreiwillig diesen Vorgang.

Beispielhaft ist dies sicherlich. Aber weit darüberhinaus soll dieses Vorgehen zur täglichen Wirklichkeit der BRD werden. *„Diese Sympathisanten, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar ‚nichts getan', sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht"* schrieb schon am 2. August Friedrich Karl Fromme in der „FAZ". *„Kapitalismuskritik ist hier und da Lehrfach"* fährt er fort *„sollten da nicht für einen Mord an einem führenden Bankier Erklärungen ... zu erfinden sein, die als Rechtfertigungen genommen werden können ...?"*

Wer den Kapitalismus kritisiert, entführt und erschießt auch Kapitalisten, zumindest wird er dies rechtfertigen: das aufgebaute Gebäude der „Sympathisanten des Terrors" hat hier sein eigentliches Ziel erreicht: das absolute Denkverbot über die Zustände in dieser Gesellschaft. Die Universitäten, als einer der kritischsten Teile in dieser Gesellschaft, stehen dabei im Fadenkreuz des faschistischen Feldzugs gegen die „Sympathisanten".

Wie weit dies in der BRD schon vorangetrieben worden ist, mag sich daran zeigen, daß die holländische Königin (!), Juliane, dem gefeuerten Brückner postwendend einen Lehrstuhl in Amsterdam anbot („NHP", 15.10.). Um mit Heinrich Heine zu sprechen, *„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht"*.

Das angestrebte absolute Denkverbot, die Erpressung von öffentlichen Loyalitätserklärungen, die Verunglimpfung der kritischen Geister als „jämmerlich" usw. unterscheiden sich von der Praxis der Nazis nur noch dadurch, daß die Kritiker nicht sofort in den Knast oder Schlimmeres
noch dadurch, daß die Kritiker nicht sofort in den Knast oder Schlimmeres
wandern. Allerdings zeigt die monatelange Auseinandersetzung um die Meinungsfreiheit (im Fall des Buback-Nachrufs), daß sich die „Sympathisanten" zu wehren wissen. Die Geister an den Universitäten sind noch längst nicht verstummt.

„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher".
(Leben des Galilei)

Die Reaktion schießt sich ein

Bonn: „Skandalöse Vorfälle" wußten in den letzten 2 Wochen CDU/CSU und RCDS von der VDS-MV in Giessen zu vermelden. Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Pfeifer, forderte, den VDS aufgrund dieser „Vorfälle" die *„Legitimation zu entziehen"*, die zuständige Staatsanwaltschaft forderte er auf, *„strafrechtliche Schritte"* einzuleiten („Welt", 29.9.). *„Skandalös"* ist für die CDU, daß auf der VDS-MV eine Bundesflagge als Fußabtreter benutzt wurde, und daß eine Wandzeitung, u.a. mit einer Schleyer-Karikatur, im Tagungsraum hing. (Beides mal wieder sog. „Scherze" des KBW, mit denen er die Delegierten als „Tanzbären der Bourgeoisie" (KVZ) „entlarven" wollte, deren Heiligstes die deutschen Färben seien) Vielleicht schlägt die CDU als nächstes vor, alle Karikaturisten, die Schleyer mal gezeichnet haben, wegen Wiederholungsgefahr und Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" in Vorbeugehaft zu nehmen.

Viel schwerer wiegt für CDU und RCDS allerdings die Tatsache, daß die VDS nicht zu einer *„vorbehaltlosen (!) Verurteilung der Terrorakte der letzten Wochen"* bereit waren (ebenda).

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die momentane politische Lage, wenn sich die CDU im heutigen Klima der Sympathisanten-Hetze und Trockenlegungsversuche erlauben kann, mit solch lächerlichen Vorwürfen einen erneuten Versuch zu starten, die VDS zu liquidieren.

Gießen: Noch unter dem Eindruck des im letzten Semester gelaufenen Streiks scheint die Unibürokratie jetzt schon zu Beginn des Semesters klarmachen zu wollen, wer „Herr im Hause" ist. Ein Studienführer des Uni-AStA wurde vom Präsidenten Meimberg wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats verboten; sämtliche Exemplare wurden eingezogen (wobei sich einige Buchhandlungen weigerten, den Studienführer herauszugeben).

Im Widerspruch des AStA gegen diesen neuerlichen Angriff auf das politische Mandat heißt es, die Universität habe *„in völliger Überschätzung ihrer Befugnisse und unter bewußtem Verstoß gegen die Vorschriften des hessischen Hochschulgesetzes über die Rechtsaufsicht einen Staatsbeauftragten für einen Teilbereich der Tätigkeit der Studentenschaft eingesetzt."* (Meimberg hatte einen Spezialbeauftragten für alle Fragen, die mit der Verbreitung des Studienführers zusammenhängen, eingesetzt.)

2 Tage später fand Meimberg dann sein Büro von ca. 100 Studenten besetzt, die es nicht eher verlassen wollten, bis er die eingezogenen Studienführer rausgerückt habe.

Trotz der Beteuerungen der Universitätsverwaltung, daß keine Polizei
Trotz der Beteuerungen der Universitätsverwaltung, daß keine Polizei
gegen die Besetzer eingesetzt würde, wurde noch am selben Abend das Präsidentenzimmer von einer Hundertschaft geräumt.

Frankfurt: Nach dem Motto: Die Studenten frühzeitig an Polizeipräsenz auf dem Uni-Gelände gewöhnen, gingen die Bullen in Zusammenarbeit mit der Uni-Reaktion in den letzten Wochen an der Frankfurter Uni vor:

Höhepunkt war die Verhaftung von vier Kommilitonen aus der Mensa heraus am 29.9. Weil unerhörterweise an der Uni eine Plakatieraktion durchgeführt worden war, benachrichtigte der Leiter der Personalabteilung sofort die Polizei, die auch gleich mit drei Mannschaftswagen anrückte, in die Mensa stürmte und gezielt eine KBW'lerin herausgriff. Bei der dabei stattfindenden Auseinandersetzung zwischen Bullen und Studenten wurden gleich noch drei weitere Studenten mitgenommen und zum Polizeirevier gebracht. Dort wurden sie vier Stunden lang festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Die eine Genossin muß mit einer Anzeige wegen Sachbeschädigung rechnen.

Am 7.10. sollte von KBW und „KPD" eine gemeinsame Veranstaltung zu den Verbotsdrohungen gegen „K-Gruppen" stattfinden. Der Antrag auf einen Hörsaal wurde vom Vizepräsidenten negativ entschieden. Begründung:

„Räume der Universität kann der Präsident nach § 1 der geltenden Benutzungsordnung für Hörsäle und Räume der Universität nur unter Wahrung der öffentlich-rechtlichen Zweckbestimmung der Hochschule vergeben. Mit dieser Zweckbestimmung ist es unvereinbar, daß für Veranstaltungen von Parteien Hörsäle zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt umso mehr, wenn es sich um Agitationsveranstaltungen der vorgesehenen Art handelt, die auf die Durchsetzung politischer Forderungen gerichtet sind..." (!)

Als daraufhin der AStA einsprang und selbst einen Antrag für den Hörsaal einreichte, wurde dieser ebenfalls abgelehnt. Dem AStA wurde vom Vizepräsidenten beschieden: *„In dieser Situation kann der AStA ... nur die Rolle eines Strohmanns einnehmen"* und weiter: *„(es) bleibt trotz der Übernahme durch den AStA eine Veranstaltung des KBWs bei alter Themenstellung."*

Dieser Angriff richtet sich klar gegen das politische Mandat insgesamt: Denn gleichzeitig wurde dem AStA mitgeteilt, daß in Zukunft Hörsäle nur noch für Veranstaltungen mit „kulturellen und bildungspolitischen Inhalten" zur Verfügung gestellt würden. Das ist ein Angriff auf die Linke an der Uni, wie es ihn diesbezüglich in dieser Qualität in Frankfurt noch nicht gegeben hat (auch wenn es schon vereinzelt Raumverbote gegeben hat, deren politischer Hintergrund allerdings wohlweislich dann fast immer verschwiegen wurde). Daß die Uni-Reaktion bereit ist, dies auch mit Bullengewalt wirklich durchzusetzen, zeigte sie auch gleich am Tag der geplanten Veranstaltung: Bereits eine Stunde vor Beginn waren ein Wasserwerfer und eine Hundertschaft vor dem Universitätsgelände aufgefahren (anfangs hatten sie sich mitten auf dem Campus postiert!). Während die Veranstaltung im Freien vor dem Eingang zum Hörsaalgebäude stattfand, marschierten im Hörsaalgebäude die Bullen in Kampfausrüstung auf und warteten einsatzbereit hinter dem Eingang.

„Bürgernähe" hatte die Polizei auch schon am Abend zuvor demonstriert. Gegen Ende eines Sponti-Plenums warteten am Eingang zum Campus schon zwei Polizeiwagen, die natürlich „nichts wollten" – nur interessiert rumguckten ...

Freiburg: Seit dem 3.10. wird versucht, einen Mensaboykott gegen die Erhöhung der Mensapreise durchzuführen. Als Taktik wurde ausgegeben, den Küchenangestellten den alten Preis (1,60 DM) bar in die Hand zu drücken und sich daraufhin das Essen abzuholen. Dies klappte teilweise so gut, daß der Einsatz von Uniformierten nicht lange auf sich warten ließ. Immerhin gelang ihnen damit, die Widerstandsfront teilweise aufzubrechen. So machten MSB/SHB den Einsatz von Streikposten dafür verantwortlich, daß die Polizei kam.

Der Polizeieinsatz liegt ganz auf der Wellenlänge, ständig die Präsenz der staatlichen Ordnungsmacht zu demonstrieren. So gab es in Freiburg im Rahmen der Anti-Terroristen-Hetze Polizeiüberfälle auf ein Cafe und auf das KBW-Büro sowie ständige Fahrzeugkontrollen mit MP's an der Autobahnausfahrt Richtung
und auf das KBW-Büro sowie ständige Fahrzeugkontrollen mit MP's an der Autobahnausfahrt Richtung
Basel.

Hamburg: Nachdem Studenten der Fachhochschule Sozialpädagogik ein Semester lang ein Seminar boykottiert hatten, um ihre Forderung nach „freier Wahl der Leistungsnachweise" (wie bisher üblich) durchzusetzen, wurden zwei Zwangsklausur-Termine von der Fachbereichsleitung angesetzt, die von den Studenten erfolgreich verhindert wurden.

Als die Spaltungsmanöver, einzelne anzusprechen und mit ihnen konspirative Prüfungstermine abzumachen (z.B. in Übergangswohnungen, bei Dozenten zu Hause, in der Kneipe usw.) fehlschlugen (weit über die Hälfte streikten weiter), wurde vom Hochschulamt ein letzter Klausurtermin in der Behörde für Wissenschaft und Kunst „angeboten". Ansonsten würde man sie nicht zur Prüfung zulassen.

Um die Studenten beisammen zu halten, wurde beschlossen, den Termin wahrzunehmen, um eine politische Stellungnahme abzugeben und formal (1 – 2 Sätze) die Klausur zu schreiben.

Vor Ort wurden die Studenten einzeln von 6 Personen (mindestens zwei Zivile) nach ihren Ausweisen kontrolliert. Um die Ecke standen drei Mannschaftswagen, die Sturmhelme griffbereit! Die Treppe, die Ein- und Ausgänge, selbst die Toiletten waren von Bullen besetzt. Fazit: Das ganze Gebäude war hermetisch abgeriegelt (bei 56 Studenten)! Geschrieben haben nur wenige Studenten, die dem Druck nicht mehr standhalten konnten – und die MSB'ler (!), was erneut die konsequente Kampfkraft dieser Leute dokumentierte (mit von der Partie war auch ein MSB-AStA-Mitglied).

Terroristen in der FDP?

Augsburg. Ende September wurden die Räume der FDP-Geschäftsstelle in Augsburg von der Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht. Beschlagnahmt wurden mehrere Exemplare der Judo-Hauspostille *„Halt's Maul ned"*. Außerdem wurden ebenfalls die Privatwohnung des Jungdemokraten-Vorsitzenden von Augsburg durchwühlt.

Anlaß für diese polizeistaatliche Maßnahme war ein Hinweis in der o.g. Zeitung, die nur als Mtilgiederzeitung vertrieben wird. In diesem Hinweis wird interessierten Lesern angeboten, ihnen den Buback-Nachruf des Mescalero aus Göttingen zur Verfügung zu stellen, damit man sich selbst ein objektives Bild und Urteil davon machen kann. Der Mescalero-Artikel selbst wurde nicht veröffentlicht.

Obwohl die Judos immer betont hatten, daß sie auf dem Boden „unserer" Grundordnung stehen und keinesfalls sich mit dem Buback-Nachruf identifizieren würden, reichte dieser Hinweis in der Zeitung schon, um die Judos in die geistige Umgebung der „RAF" zu rücken. Somit ist die Durchsuchung auch als eine eindeutige Einschüchterung anzusehen.

Inzwischen haben die Judos gegen die Durchsuchung beim Oberstaatsanwalt eine Dienstaufsichtbeschwerde gestellt.

Aber für die F.P.D.-Führer reicht der Vorfall schon aus, um gegen eben diese Judos ein Ausschlußverfahren durchzuführen, da ein Sympathisieren mit dem Buback-Nachruf mit einer Mitgliedschaft in der Partei nicht zu vereinbaren sei. Ähnlich ergeht es auch den Westberliner und Münchener Judos.

Buback zieht Kreise. Jede kleinste Regung soll ausgerottet werden. Die Judos verdienen unsere Unterstützung („Süddeutsche Zeitung", 10.10.).

KB/Gruppe Nürnberg

Solidarität verhindert Disziplinarmaßnahmen

Westberlin: Anläßlich der damaligen Gedenkminute zum Ableben des ehemaligen Generalbundesanwalts Buback forderte in einer Westberliner Arbeitsgemeinschaft der Gerichtsreferendare der Senatsrat Bräutigam die Gerichtsreferendare auf, sich gedenkwürdig zu erweisen. Drei von ihnen blieben jedoch sitzen und umgehend wurde vom Kammergerichtspräsidenten Dehnicke ein Verfahren eingeleitet, da die drei Gerichtsreferendare *„den Anschein erwecken, sie sympathisierten mit den Attentätern"*.

Die Rechnung ging jedoch nicht auf: Insgesamt 170 Gerichtsreferendare unterzeichneten eine Erklärung, in der sie aus *„Anlaß der disziplinarischen Vorermittlungen"* erklärten, auch sie hätten sich *„nicht an dieser Gedenkminute beteiligt"*.

Diese breite Solidaritätswelle führte dann dazu, daß das Disziplinarverfahren gegen die drei Gerichtsreferendare stillschweigend wieder eingestellt werden mußte.

KB/Gruppe Westberlin

Die LHG-Welle rollt

Hessen. Früher als eigentlich von der SPD vorgesehen, wurden die noch „vertraulichen" Pläne der hessischen Landesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Juso-Hochschulgruppen haben sich zu diesem bisher einmaligen Schritt entschlossen, da ihrer Meinung nach der SPD-Entwurf weitgehend den reaktionären Dregger-Thesen angepaßt ist. Demzufolge soll zwar die Verfaßte Studentenschaft beibehalten werden, allerdings weitgehend unter Kontrolle der Univerwaltung und staatlicher Organe gestellt werden. Ein politisches Mandat ist nicht vorgesehen. Die Finanzordnung, der Haushaltsplan der Studentenschaft und die Entlastung des ASTA bedarf der Zustimmung eines „Vermögensbeirats",der sich zusammensetzt aus dem Universitätskanzler, zwei vom Universitätspräsidenten zu bestellenden Hochschullehrern und zwei Mitgliedern des Studentenparlaments. Außerdem sollen die Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung der Studentenschaft vom Hessischen Rechnungshof geprüft und die Studentenschaft einer strengeren Rechtsaufsicht unterstellt werden. Weiterhin kann die Aufsichtsbehörde (der Universitätspräsident) die Studentenschaft mit einem Ordnungsgeld belegen, wenn sie seiner Anordnung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.„*Verwenden die Organe der Studentenschaft Beiträge rechtswidrig für Angelegenheiten, die nicht in ihren Kompetenzbereich fallen, so kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß jede neue finanzielle Verpflichtung vorher durch die Aufsichtsbehörde gebilligt werden muß*" („FR", 12.10.).

Die Hochschulverwaltung wird damit zur obersten Zensurbehörde, die bestimmt, was im einzelnen den Interessen der Studentenschaft entspricht oder nicht, und welche Politik der AStA zu vertreten hat. Umso deutlicher wird die Scheinheiligkeit und Verlogenheit der in höchsten Tönen vorgetragenen Kritik der SPD an Filbingers Plänen in Baden-Württemberg: Die CDU sei „*zu feige, sich politisch mit den Studentenschaften auseinanderzusetzen und desertiere deshalb in Verbotsmaßnahmen.*" „Auseinandersetzung" unter der Zensur-Knute – das ist „Demokratie" Marke SPD.

Diese Milchmädchenrechnung wird allerdings nicht aufgehen: Zu begrüßen ist daher auch die von den Jusos vorliegende Ankündigung, die mutterparteilichen Bindungen zurückzustellen und „knallhart" der Landesregierung einen „heißen Winter" zu bereiten.

Deutlich wird anhand der reaktionären SPD-Vorschläge die Gratwanderung zwischen den Fronten: Denn die Landtagswahlen stehen kurz bevor. Einerseits kann die SPD nicht vollständig gegen die Forderungen angehen - anderseits hat die CDU und vor allem ihr rechtsradikaler Spitzenkandidat Dregger angedroht, die Entscheidung um die Landesregierung nicht zuletzt an der Frage der „Entpolitisierung" der Hochschulen herbeizuführen. Unter dem Motto „Fachleute an die Macht" zur Überwindung der „politischen Deformierung" sollen die Professoren in allen Universitätsgremien die absolute Mehrheit erhalten, die eine Überstimmung prinzipiell ausschließt. Zynisch bemerkt die FAZ zu diesem Vorschlag: „*die Vertreter der übrigen Gruppen können nur ihre Argumente in die Debatte werfen und ihre Stimmen in die Waagschale der Professorenfraktion werfen, die ihnen noch die liebste ist*" („FAZ", 7.10.77). Geplant ist von der CDU außerdem ein „Allgemeiner Studentenausschuß", der sich zusammensetzt aus den studentischen Mitgliedern des Konvents. Die Finanzierung der Ausschußarbeit soll aus zugeteilten Mitteln des Universitätshaushalts bestritten werden.

Diese „Entpolitisierungsstrategie" soll zu einem wesentlichen Teil durch die „CDU-Hochschulunion"-ein rechter Formierungstrupp,der in allen Hochschulgruppen (auch unter den Studenten) arbeiten soll - durchgesetzt werden. Mit der ihm eigenen Logik löst Dregger den Widerspruch zwischen seinen „Entpolitisierungsbemühungen" und der angestrebten reaktionären Wühlarbeit:„*Wir müssen mit Politik in die Universitäten hineingehen, um sie wieder politikfrei zu machen.*" („FR", 7.10.77). Aha! Wie sich der RCDS, der unter der Bedingung der Zustimmung zum Dregger-Konzept der Hochschulunion angegliedert ist, sich gegenüber den Studenten rausreden wird, dürfte interessant werden. Zumal er in Baden-Württemberg beteuert hat, daß sich für ihn die „Verfaßte Studentenschaft" mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und hochschulpolitischen Mandat „*eindeutig als die beste*" Vertretung erwiesen habe. In Kürze wird er wohl die Hosen runter lassen müssen.

Niedersachsen: Auch im niedersächsischen Landtag wird eifrig um die Hochschulgesetzgebung gerangelt. Nach Angaben der Presse soll vor allem noch um die „Regelungen für die Studentenschaft" und die „Paritäten in akademischen Entscheidungsgremien" („FAZ", 1.10. 77) gefeilscht werden. Möglicherweise wird die Entscheidung über die Einführung des Filbinger-Modells erst nach den Landtagswahlen fallen, solange die FDP nicht bereit ist, die Verantwortung für die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaften mitzutragen.

Baden-Württemberg: Die CDU hat noch einmal bekräftigt, daß es trotz der Unstimmigkeiten in den eigenen Reihen „*am Fortfall der Allgemeinen Studentenausschüsse keinen Zweifel*" geben könne. Begrüßt wird dieser Entschluß durch die Junge Union Heidelberg entgegen den Verlautbarungen ihres Landesverbandes, der sich für einen „AStA" mit rigider Finanzkontrolle ausgesprochen hat. Im Gegensatz zu Filbinger sind die Heidelberger Jungreaktionäre allerdings der Meinung, daß die verfaßte Studentenschaft (Zwangskörperschaft) nicht nur den Verhältnissen unter'm Faschismus entspreche, sondern zur Abwechslung „*eine Auffassung hinsichtlich der Staatsorganisation (beinhaltet), die in das Mittelalter zurückführt, nämlich in den Ständestaat*". Wie die JU Heidelberg allerdings bei Ablehnung des Ständestaats die absolute Mehrheit der Professoren in allen Hochschulfragen verteidigen will, bleibt ungeklärt.

SSB, Hamburg

Polizeiuniversität gegen Protestaktionen

Kurz vor Semesterbeginn sind in Niedersachsen und Hamburg detailliertere Pläne für die Eindämmung der zu erwartenden Protest- und Streikmaßnahmen bekannt geworden. Im Schlepptau der „Anti-Terror-Kampagne" der Bourgeoisie, die den „Sumpf austrocknen möchte" mitsamt den intellektuellen „Bodenbereitern", wird einerseits verstärkter Polizeieinsatz und Strafverfolgung von „Störern" angekündigt, andererseits versucht, Studenten wie Hochschullehrer auf die Denunziation fortschrittlicher Studenten zu verpflichten.

Niedersachsen: Wissenschaftsminister 21 Pestel – berühmt-berüchtigt durch die „mutige" („FAZ"), weil juristisch nicht haltbare Suspendierung des Göttinger AStAs sowie durch die zynische Erpressung der 11 niedersächsischen Hochschullehrer und Mitherausgeber der Buback-Dokumentation – hat in einem am 8.1o.77 veröffentlichten Runderlaß folgende Anweisungen erteilt: Bei unmittelbar bevorstehenden „Straftaten"(!), wie Vorlesungsstörungen u.ä. besteht die Verpflichtung, Polizei zu rufen. Dies soll sich zwar nicht - wie Sprecher des Ministeriums versicherten - auf Zwischenfragen zum Thema der Lehrveranstaltung beziehen. Aber: „*Ob sich eine Zwischenfrage auf das Thema bezieht oder nicht, habe der einzelne Hochschullehrer auf Grund seiner fachlichen Kompetenz zu entscheiden*" („FR", 8.10.77). Bei der Feststellung der Identität von „Störern" müssen die Hochschullehrer „Amtshilfe" leisten.„*Im Fall einer strafbaren Handlung muß ‚in der Regel' gegen den oder die Täter Strafanzeige erstattet, bei Antragsdelikten Strafantrag gestellt werden.*" Wird dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, so gilt dies als ‚*strafbare Begünstigung*". (ebenda).

Die Hochschulen sind angewiesen durch „*vorsorgliche Maßnahmen*" - was immer das heißen mag - zu verhindern, daß Hochschulgebäude besetzt oder blockiert werden. Bei anhaltenden Störungen des Lehrbetriebs darf nur mit Genehmigung des Ministers die Lehrtätigkeit eingestellt werden.

Eine Solidarisierung der Hochschullehrer mit Widerstandsaktionen der Studenten gegen Übergriffe des Staates soll unter Strafandrohung (Begünstigung) verhindert werden. Verpflichtet wird vielmehr zur Denunziation, wenn man nicht in Gefahr geraten will, des „Sympathisantentums" verdächtigt zu werden.

Hamburg: In etwas abgemilderter Form präzisierte Biallas seine Vorstellungen der Hochschulbefriedung. Ähnlich wie sein Kollege Pestel stützt er sich dabei vor allem auf eine „*Auslagerung gestörter Lehrveranstaltungen*",„*Identifizierung von Rechtsbrechern zwecks Strafanzeige*" sowie auf „*verstärkten Polizeieinsatz*" (FAZ, 10.10.77).

Die bisherigen Schwierigkeiten bei der Identifizierung von "Straftätern" soll künftig gelöst werden, indem bei den Ermittlungen zur Person „*alle universitätsinternen Erkenntnismittel*" eingesetzt werden. „*Es gilt als sicher, daß die meisten notorischen Störer den Mitarbeitern*

SS-Mann: „Ostexperte",

Person „*alle universitätsinternen Erkenntnismittel*" eingesetzt werden. „*Es gilt als sicher, daß die meisten notorischen Störer den Mitarbeitern*

der Universität bekannt sind." In einem Aufruf an alle Hochschulangehörigen, der zu Beginn des Semesters verschickt werden soll, führt er aus, daß „*ein Fernbleiben von Vorlesungen zwar für sich noch kein Rechtsbruch*" sei„*dieser könne aber bereits da beginnen, wo andere veranlaßt würden, Vorlesungen ebenfalls fernzubleiben.*" Damit kann formal jeder Streikaufruf zur strafbaren Handlung werden.

Zunächst einmal erscheinen die hier vorliegenden „Präzisierungen" als Antwort auf das Ende Mai ergangene Urteil des Hamburger Oberverwaltungsgrichts gegen die Universitätsleitung. Damals wurde die Hinnahme von Störungen als Pflichtverletzung der Unibürokratie anerkannt. Was die Umsetzung dieser Vorstellungen anbelangt, muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß Hamburg der Bürgerschaftswahlkampf bevorsteht. Denn Biallas wird sich mit seinen Androhungen, besonders was den Polizeieinsatz angeht, zunächst innerhalb seiner eigenen Partei durchsetzen müssen, da sich die FDP bisher in Hamburg vor allem durch ihr „liberales" Image auszeichnet. Andererseits wird die CDU die Frage der Befriedung der Universität („Austrocknung des Terrorsumpfs" etc.) zum Wahlkampfthema aufbauen. So erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU:„*Die Chaoten und kommunistischen Unruhestifter an der Universität werden sich ins Fäustchen lachen*". . . . Biallas würde vor den ‚gewalttätigen Rädelsführer(n)" kapitulieren und ihnen „*große Teile der Universität widerstandslos überlassen*" (Welt, 12.10.).

SSB, Hamburg

SS-Mann: „Ostexperte", bezahlt aus Steuergeldern

In Vlotho gibt es ein „Gesamteuropäisches Studienwerk". Dahinter verbirgt sich eine Institution, die – 1954 gegründet – solche Themen wie „Ostpolitik", „DDR", „deutsche Geschichte" u.ä. abhandelt – in Seminaren, für Jugendgruppen, Gewerkschaftskreise, Schüler, Personalchefs größerer Betriebe usw. Finanziert wird dies u.a aus Steuergeldern (eine Million pro Jahr).

An diesem „Studienwerk" lehrt u.a. ein Dozent Dolezalek. Als einigen Gästen des „Studienwerks" dessen reaktionäre Lehren auffielen, fand man heraus: „*Dolezalek war ... 1941 SS-Obersturmbannführer im Planungsstab des SS-Aussiedlungskommandos in Posen und Lodz. 15 SS-Arbeitsstäbe, die ihm unterstanden, sorgten für die „Eindeutschung" des Warthegaus. Mit dem „Erfolg", daß er seinen Vorgesetzten melden konnte: ‚Alle Polen sind jetzt entfernt' ... Für ‚Fleiß und Opferbereitschaft' wurde ihm das Kriegsverdienstkreuz ausgehändigt*" („tat", 30.9.77).

Als diese Vergangenheit des „Ostexperten" Dolezalek heraus war, griff der WDR den Skandal in einer Sendung auf. Zwei Dozenten des „Studienwerks" unterschrieben dann einen Aufruf der GEW, in dem sie sich von dem SS-Mann distanzierten.

Der Leiter des Instituts, Prof. W. Hildebrand, kündigte daraufhin nicht etwa Dolezalek, sondern den zwei GEW-Dozenten! Gegen den SS-Lehrer hat er, ebenso übrigens wie das Familien-Ministerium, nichts. Inzwischen liegen zahlreiche Proteste gegen Hildebrandt/Dolezalek vor; ein Arbeitsgerichtsprozeß gegen das Institut läuft.

Studentin für vier Semester ausgeschlossen

Westberlin: Im Rahmen des verschärften Ordnungsrechts an den Westberliner Universitäten verhängte das Oberverwaltungsgericht gegen eine Kommilitonin den Ausschluß für insgesamt 4 Semester. Diese Entscheidung liege im „öffentlichen Interesse", begründete das OVG dieses Urteil. Der Kommilitonin wird vorgeworfen, zusammen mit anderen Studenten einen Assistenten angeblich „gewaltsam" erpreßt zu haben, einen Seminarschein zu unterschreiben. Konkret heißt das, daß sie den Assistenten daran gehindert habe, einen Dienstraum zu verlassen. Die umgehend in Kraft tretende Strafe wird auch damit begründet, daß die Kommilitonin „*auch künftig bei ähnlichen Gelegenheiten ihre Ziele...mit ähnlichen widerrechtlichen Mitteln durchzusetzen versucht*" („FAZ", 11.10.77).

Diese Urteilsbegründung stellt eine klare Einschüchterung gegen alle Studenten dar, soll aber nun Schule machen. So hieß es zu besagtem Urteil in einem Kommentar der „FAZ": „*Ein vernünftiges Urteil ist gesprochen worden. Es gibt zu wenige davon.*"

Aufgabe der Studentenschaft wird es sein, derartigen disziplinarischen Maßnahmen in breiter Öffentlichkeit entgegenzutreten.

KB/Gruppe Westberlin

Uni-Jubiläum: Konfrontation vorgezeichnet

Tübingen: Am 8.10. fand anläßlich des 500-jährigen Bestehens der Tübinger Uni in der Stiftskirche ein Festakt mit allerhand bürgerlicher Prominenz statt: Scheel, Filbinger, der österreichische Bundeskanzler Kreisky sowie 130 Uni-Rektoren aus 38 Ländern waren da. Für das „Volk" wurde ein großes Volksfest veranstaltet, um die Bevölkerung und am liebsten auch die Studenten zur kritiklosen Identifizierung mit „ihrer Uni" zu verleiten. Gegen diesen Zirkus hatte der Tübinger Asta zu einem Gegenjubiläum unter dem Motto „*1000 Jahre Unrecht schaffen noch keine Stunde Recht*" aufgerufen. Im Aufruf heißt es zu den vom AStA geplanten Veranstaltungen, sie sollten „*dem verlogenen Volksfest der Herrschenden die Kultur der Protestbewegung entgegenstellen und klarmachen, daß ... kein Grund zum Feiern besteht*".

logenen Volksfest der Herrschenden die Kultur der Protestbewegung entgegenstellen und klarmachen, daß ... kein Grund zum Feiern besteht".

Wie bei solchen Anlässen üblich, nutzten die bürgerlichen Politiker die Gelegenheit, ihre Pläne zur „*Befriedung der Hochschulen*" zu propagieren. Traut man der bürgerlichen Presse, so stand die Feier im Zeichen der ehrlichen Auseinandersetzung mit Kritikern an den Universitäten. In der überall in den Vordergrund geschobenen Rede Scheel's verteilt er in der Rolle des wohlmeinenden Vaters Kritik einerseits gegenüber den Linken und Liberalen: „*So ist es seit einigen Jahren Mode bei einigen Schriftstellern, Journalisten und bestimmten Universitätskreisen, wozu ich Studenten und Professoren zähle, kein gutes Haar an diesem Staat zu lassen*" (Welt, 11.10.). Andererseits heißt es an die Adresse von CDU/CSU und Springerpresse: „*Ich glaube, nichts könnte unsere politische Atmosphäre so vergiften wie eine Diskussion, in der die Namen geachteter Männer und Frauen mit Mordtaten in Beziehung gesetzt werden; unversöhnliche Feindschaft wäre die notwendige Folge*" („Welt", 11.10.).

Allerdings steht ihm das Kostüm des Hüters der Freiheit nicht besonders, hat er doch in den letzten Wochen jede Kritik aus dem Ausland an der Rechtsentwicklung in der BRD als Vorurteil und unverantwortliche Kritik in Bausch und Bogen abgetan (nach „Welt", 20.9.).

Die Rede Filbingers stellte demgegenüber eine offene Kampfansage an alle demokratischen Kräfte dar - ganz auf der Linie Kritiker=Sympathisant=Gewalttäter. Aufgrund der kritischen Theorie der Frankfurter Schule seien „*die Schleusen geöffnet (worden) für die ideologische Umdeutung unserer freiheitlichen Rechtsordnung in ein formales System, das lediglich zur Verschleierung von ausbeuterischer Herrschaft diene.*" Das habe erst zu Begriffsverwirrung und letztlich zu „terroristischer Konsequenzen" geführt (Welt, 11.10.). Als Konsequenz propagiert er (Selbst-) Zensur:„*Nicht alles, was gedacht zu werden vermag, muß auch ohne weiteres gelehrt werden*" (ebenda). Des weiteren verteidigte er das geplante Landeshochschulgesetz samt Abschaffung der

muß auch ohne weiteres gelehrt werden" (ebenda). Des weiteren verteidigte er das geplante Landeshochschulgesetz samt Abschaffung der

Verfaßten Studentenschaft zwecks „Austrocknung des Sympathisantensumpfes", eine erneute Bekräftigung der Herausforderung an die Studentenschaft.

An einer Demonstration am Tag des Festaktes, zu der eigentlich in ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus mobilisiert werden sollte, kamen über 3.000 Leute im wesentlichen aus Tübingen selbst. Doch schon die Androhung von Protestmaßnahmen hatte den Staatsapparat zu heftigen „Sicherheitsvorkehrungen" veranlaßt. In die Stiftskirche selbst kamen überhaupt nur geladene Gäste, drumherum Polizisten. In einem Gürtel von 150-200m um die Kirche herum wurde jeglicher Verkehr abgesperrt, an den Zufahrten standen wiederum Polizisten mit Sprechfunkgeräten. Die vom Asta angemeldete Demonstrationsroute war verboten worden, sodaß die Demonstration im wesentlichen durch abgelegene Viertel und Parkanlagen ging. Die Abschlußkundgebung stand im Zeichen der Solidarität mit von politischer Repression Betroffenen. Es sprachen u.a. ein Angeklagter im Hoffmann-Prozeß und Professor Brückner aus Hannover.

Sympathisanten des KB, Tübingen

„Kölner Stadtrevue" beschlagnahmt

Am 10.10. drangen 22 Beamte der Politischen Polizei in die Räume der „Kölner Stadtrevue" (Alternativzeitung) ein und beschlagnahmten die letzten 30 Exemplare der Oktoberausgabe. Grund: Die Zeitung hatte den „Buback-Nachruf" und die Erklärung der 48 Professoren abgedruckt. Im Beschlagnahmebefehl hieß es, die Zeitung habe sich nicht genügend vom Inhalt des Artikels distanziert. Beschlagnahmt wurde weiterhin die Abonnentenkartei. Ganz offenkundig ging es der Polizei auch mehr um diese als um die Zeitung; denn der Nachdruck war schon vor Erscheinen bekanntgegeben worden.

Der KB und die „Einheit der Marxisten-Leninisten"

Im Zusammenhang mit den Verbotsdrohungen gegen KBW, „KPD" und „KPD/ML" sowie gegen den KB gibt es Projekte, einen relativ festen Block von KBW, „KPD" und „KPD/ML" zu bilden, um so der oft beschworenen „Einheit der Marxisten-Leninisten" einen Schritt näher zu kommen. Dies Projekt geht in erster Linie vom KBW-Vorstand aus, aber wird zur Zeit auch von der „KPD" unterstützt, während die „KPD/ML" dem Projekt skeptisch oder sogar ablehnend gegenübersteht.
Der KB analysiert dieses Projekt vor allem unter folgenden Gesichtspunkten:
- **Bündnispolitische Auswirkungen, speziell bei den Bemühungen zur Herstellung einer breiten demokratischen Front gegen die aktuellen Verbotsdrohungen;**
- **Auswirkungen des Projekts für die weitere Entwicklung der westdeutschen „ML"-Szene;**
- **Konsequenzen dieses Projekts für den KB und für die Linke, insbesondere für den Aufbau der revolutionären Partei in der BRD und Westberlin.**

Marxismus-Leninismus und „ML" sind zwei Paar Schuhe!

Aus unseren bisherigen Stellungnahmen und Veröffentlichungen geht klar hervor, daß wir die Selbstdarstellung der drei Organisationen – KBW, „KPD" und „KPD/ML" – sie seien marxistisch-leninistisch, für ei-
seien marxistisch-leninistisch, für ei-
nen politischen Irrtum bzw. für Hochstapelei halten. Die Theorie und Praxis dieser drei Organisationen steht unserer Auffassung nach in wesentlichen Punkten in Widerspruch zum Marxismus-Leninismus und zu den Erfahrungen der kommunistischen- und Arbeiterbewegung. Davon abgesehen ist auch unklar, inwieweit sich diese drei Organisationen überhaupt selbst gegenseitig als marxistisch-leninistisch anerkennen. Zumindest aus der Polemik der „KPD/ML" gegen die „KPD" geht hervor, daß die „KPD/ML" die „KPD" keineswegs als marxistisch-leninistisch ansieht, sondern ihr ausdrücklich „Verrat am Marxismus-Leninismus" vorwirft.

Im Gegensatz zu den vor allem vom KBW-Vorstand und zumindest teilweise auch von der „KPD" vertretenen Vorstellungen gehen wir n i c h t von der Annahme aus, daß die Übereinstimmung in einigen allgemeinen Prinzipien (Notwendigkeit der Revolution, Ablehnung der Theorie vom „friedlichen Übergang", Diktatur des Proletariats u.ä.) ein wesentlicher Beitrag zur Einheit der Marxisten-Leninisten (ohne Anführungsstriche!) sei. Die Entwicklung seit Ende der 60er Jahre ist vielmehr so gelaufen, daß diese allgemeinen Prinzipien relativ verbreitete Zustimmung gefunden haben, ohne daß weithin das mindeste Verständnis für deren praktische Bedeutung und konkrete Umsetzung vorhanden gewesen wäre. Dies ist bekanntlich unsere Einschätzung seit Bestehen des KB und wir haben uns in diesem Sinn immer gegen eine bloß oberflächlich geführte „Programm-Diskussion" gewendet, wie sie Anfang der 70er Jahre zunächst von den ABG München (heute „Arbeiterbund") und später vom KBW vorgeschlagen wurde.

Wir bezeichnen die Linie von KBW, „KPD" und „KPD/ML" einheitlich als „ML", ohne damit die zum Teil nicht unwesentlichen Differenzen zwischen ihnen zu verkennen. Für diese Strömung sind unserer Auffassung nach vor allem folgende Merkmale charakteristisch:

- Ein lediglich formales „Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus" bzw. zu ein paar parolenartig verkürzten Prinzipien, ohne tatsächliche Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus wird in der Praxis entweder verhunzt oder seit einiger Zeit sogar direkt und in zentralen Aussagen revidiert (vor allem durch die Politik der „Vaterlandsverteidigung").
- Generelle Überschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und Überschätzung der eigenen Stärke und Bedeutung, Gleichsetzung der eigenen Organisation mit den Massen (insbesondere eine Spezialität des KBW), groteske Selbstbeweihräucherung der eigenen Organisation mit stark karnevalistischen Zügen.

Mit diesen Hauptmerkmalen hat sich die „ML"-Strömung seit etwa Mitte der 60er Jahre überall in Westeuropa herausgebildet. Zu diesen Merkmalen gehört in der Regel auch ein hirnloses Verhältnis zu China und Albanien (bzw. inzwischen China o d e r Albanien) und sonstige erhebliche geistige Verengungen bei den meisten Mitgliedern dieser Strömung.

Mit ausdrücklichen Bedauern heben wir die Tatsache hervor, daß sowohl die „KPD" (anfangs KPD/AO) als auch der KBW bei ihrer Entstehung Anfang der 70er Jahre trotz verschiedener negativer Vorzeichen noch keineswegs der „ML"-Strömung zuzurechnen waren. Genau parallel dazu verringerten sich für den KB die Chancen und konkreten Möglichkeiten, mit diesen beiden Organisationen in ein für den Aufbau der Kommunistischen Partei fruchtbares Wechselverhältnis von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu kommen, wie es von uns 1971/72 noch versucht wurde.

Die Frage ist also nicht, ob sich der Kommunistische Bund als marxistisch-leninistisch definiert und von daher seine Einbeziehung in das Projekt der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" angestrebt.

Der KB hat bei seiner Gründung 1971 den Marxismus-Leninismus und dessen Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung unmißverständlich als Leitlinie im Statut festgelegt. Daran wurde bisher nichts geändert, und wir sehen auch keinen Grund, daran zukünftig etwas zu ändern. Gerade d e s h a l b lehnen wir das Projekt der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" als „ML"-Block und die „Einheit" mit einem derartigen Block entschieden ab. Wir haben über den Marxismus-Leninismus und folglich auch über die Einheit der Marxisten-Leninisten ganz andere Vorstellungen.

„ML"-Block oder Achse „KPD"-KBW ?

Welche Aussichten bestehen heute, über den anläßlich der Verbotsdrohungen zustande gekommenen Dreier-Block zur „Einheit der Marxisten-Leninisten" zu kommen, also zu einem weitgehenden Zusammenschluß der „ML"-Scene der BRD und Westberlins ? Wir beurteilen diese Aussichten sehr skeptisch.

Das fängt damit an, daß es unserer Einschätzung nach im Grunde z w e i unterschiedliche Projekte zur „Einheit der Marxisten-Leninisten" innerhalb des Dreier-Blocks gibt:

1. Die „KPD" scheint tendenziell eine sehr weitgehende „Einheit" anzustreben, die außer den Organisationen des Dreier-Blocks nach Möglichkeit auch die kleineren „ML" Zirkel einbeziehen soll und die sogar Teile des KB und des KAB„D" in den Vereinigungs-Sog hineinzeihen soll.

- Demgegenüber scheint der KBW eher die „Einheit" im engeren Sinn im Auge zu haben, also die Konsolidierung des jetzigen Dreier-Blocks oder - da der KBW die Bereitschaft der „KPD/ML" zu dieser „Einheit" mit Recht als gering ansieht ; einen forcierten Vereinigungsprozeß zwischen KBW und „KPD".

Eine weitere wesentliche Basis unserer skeptischen Einschätzung der Aussichten für das Projekt der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" liegt in den politisch-ideologischen Differenzen zwischen KBW, „KPD" und „KPD/ML" sowie den kleineren „ML"-Zirkeln;

- Wir gehen davon aus, daß hinsichtlich ihrer „Generallinie" für die „KPD/ML" und die „KPD" jeweils die Politik der KP Chinas oder der Partei der Arbeit Albaniens ausschlaggebend sein wird, und daß sich die Widersprüche zwischen den Führungen Albaniens und Chinas zukünftig noch erheblich verschärfen werden, statt sich abzumildern.
- Wir gehen demnach davon aus, daß die „KPD" auf lange Sicht in Anpassung an die Linie der chinesischen Führung ihre Politik der „Vaterlandsverteidigung" fortsetzen oder noch verschärfen wird.
- Auf der anderen Seite wird die „KPD/ML" ihre Ablehnung gegenüber dieser Politik fortsetzen oder noch verschärfen.
- Es wird mit ziemlicher Sicherheit auch wechselseitige offene Polemiken der „KPD/ML" und der „KPD" gegen die VR China bzw. gegen Albanien geben, was die Widersprüche weiter verschärfen wird.
- Allein unter diesem Aspekt halten wir eine „Einheit" zwischen „KPD" und „KPD/ML" in absehbarer Zeit für unmöglich. Noch gar nicht berücksichtigt sind dabei die verschiedensten sonstigen Differenzen zwischen diesen beiden Organisationen, von denen einige auch als sehr schwerwiegend angesehen werden müssen, etwa in der Bündnispolitik.
- Eine besondere Stellung nimmt der KBW ein. Einst die mit Abstand bedeutendste Organisation der „Neuen Linken" verwirtschaftet der KBW heute seine letzten Reserven. Der KBW hat trotz seiner vorbehaltlosen Bekenntnisse zur jeweiligen chinesischen Führung die Politik der „Vaterlandsverteidigung" insgesamt nicht übernommen. Auf der anderen Seite übernimmt der KBW aber in vielen Einzelfragen (z.B. Angola, Chile, Zaire) exakt die konterrevolutionär wirkenden chinesischen „Einschätzungen". Mit der Politik der "Vaterlandsverteidigung" setzt sich der KBW schon seit langem nicht mehr auseinander, auch zur aktuellen Auseinandersetzung um die sogenannte „Theorie der drei Welten" hat der KBW bis heute nicht Stellung genommen.

Was die Praxis des KBW angeht, so zeichnet sie sich seit dem letzten verheerenden „Kampf zweier Linien" (1976) vollständig durch Realitätsblindheit und Kopflosigkeit aus. Als Ergebnis ist zu registrieren, daß der KBW heute in keiner Massenbewegung mehr eine Rolle spielt. Dies unterscheidet ihn von der insgesamt realistischer und geschickter agierenden „KPD".

Wir halten es aufgrund dieser Einschätzung für völlig unwahrscheinlich, daß der KBW in einem eventuellen Vereinigungsprozeß mit der „KPD" wesentlich mehr einbringen könnte als seinen respektablen technischen Apparat. Weder würde der KBW seine vergleichsweise flaue allgemeine „Linie" gegenüber der von der „KPD" militant und mit Unterstützung der chinesischen Führung vertretenen vaterländischen Linie durchsetzen können; noch würde der KBW seine nur noch von Mißerfolgen „gekrönte" taktische Linie gegenüber der von der „KPD" verfolgten Taktik durchsetzen können.

Irgendeine Art von Verschmelzung der „KPD" und des KBW auf politisch-ideologischem Gebiet halten wir also kurz gesagt für ganz unwahrscheinlich; herauskommen könnte praktisch nur der Anschluß des KBW an die „KPD".

Gegen eine solche Hypothese wierum sprechen derzeit aber mehrere Punkte. Zum Beispiel: Was wird denn aus Schmierer und Fochler? Daß die „KPD" diese Stilblütler zukünfig in der „Roten Fahne"schreiben lassen würden, glauben wir nicht.

Für die Hypothese eines solchen „Zusammenschlusses " zwischen KBW und „KPD" spricht allerdings insbesondere die Tatsache, daß die neuen chinesischen Machthaber derzeit starken Druck auf ihre internationale Anhängerschaft ausüben, sing enger organisatiorisch zusammenzuschließen – und zwar mit deutlichen Erfolgen in einer Reihe von Ländern. Wenn also der KBW den Anschluß an die „internationale marxistisch-leninistische Bewegung" nicht verlieren will wird er sich diesem Druck ohne weiteres kaum entziehen können.

- Was die verschiedenen örtlichen „ML"-Zirkel angeht, die meist nur eine propagandistische Aktivität betreiben, so sind nach unserem bisherigen Überblick diese Zirkel praktisch a l l e mehr oder weniger ausdrücklich g e g e n die Linie der „Vaterlandsverteidigung", so daß nach unserer Einschätzung von dieser Seite kaum Zulauf für eine „Einheit der Marxisten-Leninisten" auf vaterländischer Grundlage zu erwarten ist.
- Der KAB„D" war vom KBW-Vorstand bei einem früheren ähnlichen Vereinigungs-Projekt noch als vierte Organisation einbezogen worden, hatte damals aber schon dankend abgelehnt. Nachdem die Führung des KAB„D" inzwischen offiziell gegen die neuen chinesischen Machthaber Stellung genommen hat, dürfte von dieser Seite noch weniger Bereitschaft zu einem Zusammengehen mit „KPD" und KBW zu erwarten sein. Irgendwelche Tendenzen in T e i l e n des KAB„D" in diese Richtung sind auch nicht zu erkennen. Die Zirkel, die sich vor einigen Monaten als Abspaltung vom KAB„D" gebildet haben, scheinen gleichfalls nicht in Richtung „Vaterlandsverteidigung" und Nachtrab-Politik gegenüber der chinesischen Führung zu gehen.
- Im KB ist uns kein einziger Genosse oder Sympathisant bekannt, der irgendein politisches Jucken in dieser Richtung hat.
- Was schließlich den Münchner „Arbeiterbund" angeht, so könnten Abspaltungen zwar zur DKP gehen, aber sicher nicht zu einer Achse „KPD" – KBW.

Insofern sind die Pläne und Sprüche von der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" schnell auf ihren realen Kern zu reduzieren. Es bleibt im Höchstfall ein Zusammenschluß von „KPD" und KBW im Zeichen der Vaterlandsverteidigung. Außerdem würde ein solcher Zusammenschluß nach den bisherigen Erfahrungen nicht ohne weitere schwere Verluste an Sympathisanten und Mitgliedern für den KBW über die Bühne gehen. Schon bei seinen bisherigen noch relativ zaghaften Schritten in Richtung „Vaterlandsverteidigung" (Angola, Chile, Zaire u.a.) hat der KBW jedes Mal erhebliche zahlenmäßige Einbußen unter seinen Anhängern hinnehmen müssen, die mit dieser Linie ganz und gar nicht einverstanden waren.

„ML"-Block kontra Aktionseinheit

Berücksichtigt man, daß die „KPD/ML" ohnehin schon seit langem keine politische Praxis mehr treibt und daß auch der KBW nur noch als bizarrer Kommentator am Rande der realen Bewegung auftritt, so ergibt sich, daß das aktuelle „Einheits"-Geschrei in der „ML"-scene kaum Bedeutung für die Linke, geschweige denn für die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte dieses Landes hat. Selbst ein Zusammenschluß von KBW und „KPD" würde die politische Szene kaum verändern.

Bedeutung h a b e n diese Vorgänge allerdings insofern, als sie sich
gänge allerdings insofern, als sie sich
negativ auf den Aufbau einer breiten demokratischen Front gegen die aktuellen Verbotsdrohungen auswirken. Das Projekt der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" geht nämlich – vor allem in der vom KBW vorgeschlagenen Version – von einer privilegierten Gemeinschaft des „ML"-Dreierblocks aus, die von vornherein auch die Inhalte einer Aktionseinheit bestimmen soll. Der KBW hat Aktionseinheit überhaupt nie anders verstanden, denn als Anschluß irgendwelcher Kräfte an eine vom KBW vorgegebene Aktion mit vorgegebenen Inhalten. Die Kampagne des KBW gegen den § 218, unter der „Volksentscheid"-Parole, ist das erfolgreichste Beispiel dieser Taktik. Von demokratischer Konsultation auch mit anderen Kräften zwecks Zustandekommen von Aktionseinheiten hat der KBW nie viel gehalten. Konnte der KBW früher aufgrund seiner relativen Stärke mit einer solchen Taktik noch gewisse Erfolge erreichen, d.h. andere Kräfte zum Anschluß an die vom KBW vorgegebenen Aktionen erpressen, so bestehen dafür nach der Talfahrt des KBW seit gut einem Jahr keine Aussichten mehr. Aussichtslosigkeit war für den KBW-Vorstand noch nie ein Argument, eine bestimmte Taktik zu ändern.

Es entspricht der vom KBW eingeschlagenen taktischen Linie, daß er nicht nur die Intiative zu der spalterischen und schädlichen Bonner Demonstration vom 8.10. als bloße Heerschau der „direkt Betroffenen" ergriffen hat, sondern daß er auch bestrebt ist, in Resolutionen u.ä. nach Möglichkeit Bekenntnisse zum „Marxismus-Leninismus" (in der KBW-eigenen Version), zur „proletarischen Partei" oder wenigstens zum „ML"-Dreier-Block unterzubringen. Das heißt, die mögliche breite Solidarität gegen die Verbotsdrohungen wird in der Tendenz von vornherein eingeengt auf diejenigen, die nicht bloß den Marxismus-Leninismus unterstützen (was eh schon eine ganz unzulängliche Einengung wäre!!), sondern die darüber hinaus den Marxismus-Leninismus ausgerechnet durch den Dreier-Block repräsentiert sehen.
Nebenbei gesagt kommt in diesem Vorgehen auch eine krasse Überschätzung der Möglichkeiten zum Ausdruck, die aktuellen Verbotsdrohungen a l l e i n durch die drei angeblich „direkt betroffenen" Organisationen abzuwehren, ebenso wie völlige Ignoranz gegenüber allen linken und demokratischen Kräften außerhalb des engeren Kandidaten-Kreises für die „Einheit der Marxisten-Leninisten".

Die „KPD" hat zwar ganz offensichtlich gleichfalls Neigungen, im Zweifelsfall die sektiererischen Belange der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" höher zu bewerten als die Interessen einer breiten demokratischen Aktionseinheit, aber sie scheint diese Frage doch etwas realistischer anzugehen als der KBW.

Fortsetzung Seite 63

Fortsetzung von Seite 62

Auf der anderen Seite steht zum einen die Tatsache, daß gerade die „KPD" innerhalb des Dreier-Blocks als der schärfste Einpeitscher einer sogenannten „antihegemonistischen Linie" (Ausschluß jeder Zusammenarbeit mit der DKP) gelten muß; zweitens hat es auch den Anschein, als würde die „KPD"-Führung in ihren teilweise r i c h t i g e n bündnispolitischen Einsichten und Absichten erheblich beeinträchtigt von Rücksichten auf andere, stärker sektiererische Auffassungen innerhalb des Dreier-Blocks. Generell dürfte es so aussehen, daß sich bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des „Dreier-Blocks" jeweils die dümmste, am meisten sektiererische Auffassung als „kleinster gemeinsamer Nenner" erst einmal durchsetzt – nach der alten Devise „Das langsamste Schiff bestimmt das Tempo der Flotte".

Das sektiererische und dünkelhafte Verhalten des „Dreier-Blocks" befindet sich natürlich nicht in einem luftleeren Raum, sondern es prallt direkt zusammen mit einer weit verbreiteten rechtsopportunistischen Stömung, der ohnehin der billigste Vorwand gerade recht ist, um sich aus der Solidarität mit den aktuell vom Verbot bedrohten Organisationen davonzustehlen, und die allenfalls eine pflichtgemäße „Solidarität", aber o h n e die Betroffenen, praktizieren wollen. Da liefern die „ML"er und die Rechtsopportunisten dann einander die „Argumente", die jede der beiden Seiten benötigt, um die gemeinsame Abwehr der Verbotsdrohungen und anderer Angriffe des bürgerlichen Staates zu torpedieren.

Marx und Lenin hatten recht: Erst Klarheit, dann Einheit!

In unserem ersten Artikel zu den Verbotsdrohungen (AK 114) hatten wir vor der Gefahr gewarnt, daß sich die „KPD" mit Rücksicht auf sektiererische Vorstellungen der „KPD/ML" und des KBW von ihren eigenen, unseren Auffassung nach insgesamt realistischeren, bündnispolitischen Einsichten abbringen lassen könnte. Das hat die „KPD" postwendend zu einer wütenden Attacke veranlaßt: **„Der KB braucht die Spaltung der Marxisten-Leninisten und will ihre Differenzen schüren. Das ist die Linie ihres Artikels zu den Verbotsdrohungen. Auf der gleichen Linie liegen seine beständigen gehässigen Ergüsse über das, was er „ML-Szene" nennt, und die perverse Genüßlichkeit** (Schmatz! – Anm. der AK-Red.), **mit der er sich regelmäßig im besten ,Spiegel'-Stil über das ausläßt, was jeden Marxisten-Leninisten mit Sorge und Schmerz erfüllt: Die Differenzen in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung.**

Die Zersplitterung der Marxisten-Leninisten, das ist der Nährboden, auf dem solche Gruppierungen wie der KB gedeihen können. Daher seine Furcht vor ihrer Einigung" („Rote Fahne", 12.10.).

Dieselben Befürchtungen, der KB wolle „Differenzen schüren", kamen mehrfach auch in den zwei Gesprä-

Furcht vor ihrer Einigung" („Rote Fahne", 12.10.).

Dieselben Befürchtungen, der KB wolle „Differenzen schüren", kamen mehrfach auch in den zwei Gesprä-

chen mit Vertretern des ZK der „KPD" zum Ausdruck, die wir nach den Verbotsdrohungen geführt haben. Woher diese Angst vor dem KB, dessen Presse in den meisten „ML"-Organisationen doch kaum gelesen wird, und dessen Meinung erst recht für die Entwicklung der Widersprüche zwischen China und Albanien und in der sogenannten „internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung" ohne Einfluß ist? Offenbar rührt diese Angst einfach daher, daß wir die Widersprüche a u f z e i g e n, die bei der Propagierung der sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" verwischt werden sollen. Diese Widersprüche haben ihre eigenen objektiven Gesetze, was z.B. heißt, daß der Riß zwischen den neuen chinesischen Machthabern und der Partei der Arbeit Albaniens sich nicht „mit Sorge und Schmerz" wegbeten lassen wird, sondern daß dieser Riß sich noch ausweiten wird. Dasselbe gilt für die Spaltung der sogenannten „marxistisch-leninistischen Weltbewegung".

Wir müssen auch zugeben, daß wir es nicht grundsätzlich für schlecht halten, wenn die Entwicklung bestimmter Widersprüche zur Spaltung führt. Die Spaltung der früheren kommunistischen Weltbewegung Anfang der 60er Jahre war historisch notwendig und fortschrittlich. Ebenso ist es heute positiv, wenn die Partei der Arbeit Albaniens eine öffentliche und international verbreitete Polemik gegen bestimmte konterrevolutionäre Aspekte der chinesischen Politik, insbesondere gegen die „Theorie der drei Welten" führt. Wir begrüßen es, wenn sich die internationale „ML"-scene, die kaum etwas anderes als Schaden für die Arbeiterbewegung gebracht hat und die 1975 bereits auf dem Wege schien, insgesamt die Linie der „Vaterlandsverteidigung" zu übernehmen, derzeit in rasantem Tempo zersetzt. Das schafft Luft und Spielraum für die revolutionären Kräfte. Wenn die „KPD" und der KBW jetzt versuchen sollten, diesen Zersetzungsprozeß mit einem Zusammenschluß ihrer beiden Organisationen auf dem Boden der „Vaterlandsverteidigung" aufzuhalten, so kann dieser Schritt doch auf längere Sicht den Zersetzungsprozeß nur vorantreiben.

Die „KPD" kommt in ihrer „Roten Fahne" vom 12.10. zu der Schlußfolgerung, **„daß der KB nicht nur gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten ist, sondern außerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung steht"**. In d e m Sinn, wie die „KPD" den Begriff „marxistisch-leninistisch" interpretiert, hat sie mit dieser Schlußfolgerung zweifellos recht. Der KB steht in der Tat absolut außerhalb aller Bestrebungen, die „ML"-scene auf irgendeiner der heute bestehenden Linien zusammenzuschließen.

Wir sind der Meinung, daß etwa 1971/72 noch gewissen Chancen bestanden, die damaligen „anti-revisionistischen" Kräfte außerhalb der „KPD/ML" (also die KPD/AO, die Vorgänger-Gruppen des KBW, den damaligen KB/ML Westberlin, die ABG München u.a.) in einen Vereinheitlichungsprozeß, basierend auf der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit, einzubeziehen. Dieses Konzept haben wir damals vertreten, leider letzten Endes erfolglos. Nach 1971/72 haben sich alle diese Kräfte relativ weit von den gemeinsamen Positionen entfernt, die uns damals Ansätze zu einem Vereinheitlichungsprozeß zu bieten schienen: Die KPD/AO („KPD") ist inzwischen zur Vaterlandsverteidigung übergegangen, der KBW zu einem hirnlosen Sektierertum und Abenteuertum, die ABG München („Arbeiterbund") betreiben Zuliefererdienste für die DKP...

H e u t e **von irgendeiner linken Bewegung zu sprechen, die kurz- oder mittelfristig zusammengeschlossen werden könnte, halten wir für illusorisch. Heute muß es darum gehen, überhaupt erst wieder in einer öffentlichen und gründlichen Auseinandersetzung den politisch-ideologischen Meinungskampf zu führen. D a s ist der Beitrag, der heute konkret zur Einheit der Marxisten-Leninisten (o h n e Anführungszeichen!) zu leisten ist.**

„KPD": Eine dumme und überflüssige Polemik

Nachdem der Vorsitzende der „KPD", Ch. Semler, kürzlich auf deren Parteitag ankündigte, die „KPD" wolle sich künftig sachlicher mit linken Kräften auseinandersetzen, vermuteten wir, daß sich die „KPD" in nächster Zeit auch in ihrer Tonart gegenüber dem KB etwas „mäßigen" würde (AK 114).

Dies hat die „KPD" ihrerseits veranlaßt, einen solchen Verdacht sofort ausdrücklich durch eine extrem dumme und überflüssige Polemik gegen den KB zu entkräften. Zu diesem Zweck greift die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" vom 12.10. unseren Vorwurf auf, daß die „KPD" um **„antikommunistische und antisowjetische Kräfte"** wirbt und selbst **„antikommunistisch-antisowjetische Thesen"** propagiert.

Dazu schreibt jetzt die „Rote Fahne": „*Damit ist die Katze aus dem Sack. Wie die sowjetischen, die SED- und die DKP-Revisionisten setzt der ,Arbeiterkampf' antisowjetisch (d.h. gegen die Politik der Sowjetführer) und antikommunistisch gleich. Kann man daraus einen anderen Schluß ziehen, als den, daß er prosowjetisch und kommunistisch gleichsetzt? ... Selbst für den ,antirevisionistischen' KB ist das eine unerwartet klare Stellungnahme. Das ist zu begrüßen ... ,Kommunistische' ist in diesem Weltbild der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei, die vorläufige Besiegelung der Spaltung Deutschlands durch den Mauerbau und die Beschwichtigungspolitik gegenüber imperialistischen Räubern. Klarer äußern sich auch Breschnew und Honecker nicht*". Womit das jahrelange Rätseln um das geheimnisvolle

schwichtigungspolitik gegenüber imperialistischen Räubern. Klarer äußern sich auch Breschnew und Honecker nicht". Womit das jahrelange Rätseln um das geheimnisvolle

LG des KB vielleicht endlich beendet wäre?! ...

Die „KPD"-Führer dreschen mit dieser Polemik auf einen selbsterrichteten Popanz ein. Und was das Schlimmste ist: Sie w i s s e n ganz genau, daß diese Polemik absurd und lächerlich ist. So gut kennen sie nämlich den AK, daß sie wissen, wie wir über die sowjetische Führung, über die Invasion der CSSR, über die DKP usw. usf. denken und schreiben. All das ist überprüfbar. Tatsache ist allerdings auch – und auch das ist keineswegs neu, sondern das sagen wir schon seit Jahren (!) – daß es auch eine a n t i kommunistische Kritik an der DKP, eine a n t i sowjetische Kritik am modernen Revisionismus gibt. Franz-Josef Strauß z.B. greift die DKP natürlich nicht von den Positionen der Revisionismus-Kritik aus an, sondern von den Positionen des Antikommunismus. Was ist daran eigentlich so schwer zu begreifen? Wir sagen sogar, daß es möglich ist, die „KPD" von den Positionen des Antikommunismus aus anzugreifen. Das geschieht z.B. bei den aktuellen Verbotsdrohungen. Müßte das die Schlußfolgerungen bedeuten, daß also die „KPD" kommunistisch sei? Natürlich nicht.

Was bezweckt die „KPD"-Führung also mit ihrer dummen und überflüssigen Polemik, die den KB in die Nähe von Breschnew und Honecker zu rücken versucht? Offenbar will man damit demonstrieren, daß man sich vom KB nicht „mäßigen" läßt, und will man vor allem Bündnistreue gegenüber dem KBW demonstrieren, auf daß ja niemand meinen könnte, die „KPD" würde bei ihren gerade erst begonnenen direkten Kontakten zum KB auf Leitungsebene vielleicht einen „Schritt zu weit" gehen. Möglich auch, daß Widersprüche in der „KPD"-Führung selbst über die taktisch günstigste Herangehensweise an

zum KB auf Leitungsebene vielleicht einen „Schritt zu weit" gehen. Möglich auch, daß Widersprüche in der „KPD"-Führung selbst über die taktisch günstigste Herangehensweise an

den KB mit dieser Holzhammer-Attacke erst einmal unter den Tisch geknüppelt werden sollen? Auf jeden Fall: Kein Beitrag zum Aufbau einer breiten demokratischen Kampffront gegen die Verbotsdrohungen und andere Angriffe! Schade.

China-Taktik der TKP/ML

Während die „KPD/ML" noch vornehm die Außenpolitik „gewisser Länder" kritisiert, geht die türkische Bruderpartei, TKP/ML, in ihrer Kritik an der Innen- sowie Außenpolitik der VR China ganz unzweideutig vor. In einem Flugblatt der „TKP/ML"-Auslandsorganisation zum „Gedenken des Genossen Mao Tse Tung am ersten Jahrestag seines Todes" wird zu der heutigen Politik der KP China wie folgt Stellung genommen: „*Heute werden in der VR China unter dem Namen ,Verteidigung der Mao-Tsetung-Ideen die marxistisch-leninistischen Thesen Mao-Tsetungs' zum Thema der Klassen und des Klassenkampfes unter den Bedingungen des Sozialismus entstellt. Die heutigen Führer der KP China kritisieren die marxistisch-leninistischen Thesen Mao-Tsetungs in der Kampagne gegen die vier Politbüromitglieder, die sie die 'Viererbande' nennen, und nach dem Tode Mao-Tsetungs durch einen Putsch aus der Partei entfernten. Sie leugnen die These Mao-Tsetungs, daß ,die Bourgeoisie sich innerhalb der Partei' befände.*

Sie lehnen die marxistisch-leninistische These Mao-Tsetungs 'Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied' ab. In der Polemik gegen die vier Politbüromitglieder, die sie die Viererbande nennen, verteidigen die Führer der KP China, grob maskiert die Ansicht, daß in den Beziehungen zwischen Produktion und Revolution die Produktion das Bestimmende sei. Die heutigen Führer der KP China haben die reaktionäre 'Drei-Welten-Theorie' systematisiert.

Deng Hsiao-ping, den Mao Tse-tung als einen Vertreter der Bourgeoisie bezeichnete; über den er sagte 'er macht keine Trennung zwischen Marxismus und Imperialismus' und 'er hält nicht am Klassenkampf fest' sitzt heute, ein Jahr nach dem Tode Mao-Tsetungs wieder auf seinem alten Posten in der KP China. Die heute herrschende Linie in der KPCH ist nicht die marxistisch-leninistische Linie Mao-Tsetungs, sondern die auf die ,Theorie der Produktivkräfte gestützte revisionistische Linie des Teng Hsiao Ping und seiner Gefährten" *(aus einer Erklärung vom 9.9.77, übersetzt aus dem türkischen)*

Die westdeutschen ML-er können sich hiervon noch eine Scheibe abschneiden.

Griechenland/Türkei-Kommission

Sozialismus
- ○ Zur Außenpolitik der VR China — 3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 — DM 3,00

Vermehrte Bullenrazzien gegen Schwule

In den letzten Wochen ist eine verstärkte Aktivität von Bullen in der schwulen Subkultur festzustellen. Immer mehr häufen sich Berichte, wonach Polizisten (auch in Zivil) „Kontrollen" durchführen und die Personalien aufnehmen.

Dies trifft vor allem auf die Parks zu, in denen sich Homosexuelle mangels anderer Möglichkeiten (meistens nach Einbruch der Dunkelheit) treffen. Auf diese „Kontaktstellen" sind vor allem diejenigen angewiesen, die sich in die gängigen Schwulenbars nicht trauen (Angst, erkannt zu werden) oder denen das dort herrschende entfremdete Getue stinkt. Obwohl diese Parks zu keinen Zeiten vor Bullen- oder Rockerüberfällen sicher waren, treten die Bullen in letzter Zeit immer frecher auf. So fuhr am 11.10. um 19.45 Uhr ein mit drei Bullen besetzter PKW mit Standlicht in den BAT-Park (Hamburg, Dammtornähe). Die Bullen griffen sich einen, notierten die Personalien, fragten per Funk die Angaben nach, drohten mit „Hausverbot" und verfolgten gleichzeitig noch einige Fliehende. Am 7.10. gegen 2.30 Uhr wurden wiederum zwei ‚Parkgänger' gefaßt, die Personalien aufgenommen und „Hausverbot" erteilt.

Am 5.10. fanden mindestens zwei Razzien statt. Gegenüber zwei Festgehaltenen sagten die Bullen: „Wir stellen hier nur die Personalien verdächtiger Personen fest". Auf die Frage, warum sie denn „verdächtig" seien, antworteten die Bullen: „Es dürfte Ihnen ja wohl bekannt sein, daß sich hier abends Personen aufhalten, die gleichgeschlechtliche Neigungen haben". Auf die Entgegnung, daß Homosexualität unter Volljährigen doch nicht strafbar sei, entgegneten die Bullen, sie hätten zwar nichts gegen Homosexuelle, aber sie dürften sich nicht „in öffentlichen Parks herumtreiben", dies sei eine „Ordnungswidrigkeit" und könne mit „Hausverbot" bestraft werden. Die Adressen der Festgehaltenen würden an „die Behörde" weitergegeben, um zu prüfen, ob was vorläge, was ein „Hausverbot" rechtfertigen könnte. Anschließend wurden die beiden aufgefordert, den Park zu verlassen.

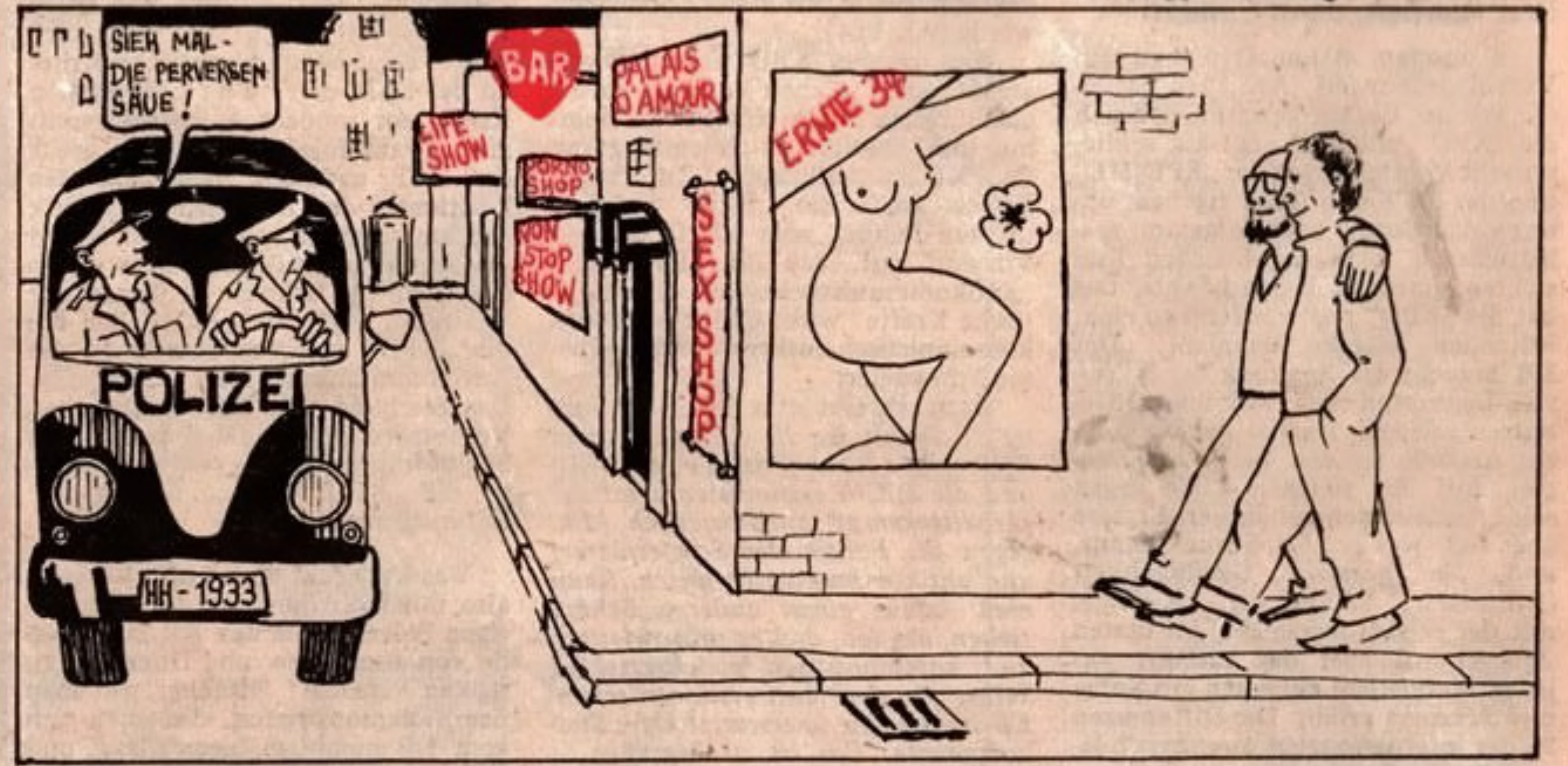
Die Tatsache, daß Bullen – nachdem sie bei der Behörde nachgefragt haben – „Hausverbot" erteilen, deutet sehr stark darauf hin, daß es Schwulenkarteien gibt, trotz aller gegenteiliger Behauptungen von Politikern und Bürokraten. Gerade der Umstand, daß in einem Fall direkt „Hausverbot" erteilt wurde, in anderen Fällen nur eine Androhung erfolgte, läßt vermuten, daß zuvor eine Kartei „befragt" wird, um zu prüfen, ob der Betreffende bereits registriert ist oder nicht. Ist er bereits erfaßt, also als Homosexueller „identifiziert", wird „Hausverbot" erteilt – wenn nicht, so wird er erstmal in die Kartei aufgenommen und beim zweiten „Auffällig-Werden" mit „Hausverbot" belegt. Genau auf diesen Tatbestand deutet die Drohung eines Bullen hin, der einem Festgehaltenen sagte: „Wenn Sie nochmal erwischt werden, erhalten Sie eine Anzeige (!) wegen Hausfriedensbruch.

Um den genauen Sachverhalt zu erkunden, zogen zwei Schwule zum SPD-Fraktionsführer im Rathaus und forderten „Auskunft über das Betreten öffentlicher Grünanlagen". Das Gespräch auf Tonband aufzunehmen, lehnte dieser kategorisch ab und verwies die beiden an die „Öffentliche Rechtsauskunft". Gleichzeitig aber warb er um Verständnis für das Verhalten der Bullen: „Sie wissen ja, wir leben nicht in normalen Zeiten. Und wenn einzelne (!) Polizeibeamte ihre Befugnisse etwas (!) überschreiten, muß man dafür Verständnis haben!".

Wir fordern alle „Benutzer" der einschlägigen Parks auf, die Entwicklung der Polizeiübergriffe genau zu verfolgen und sich Informationen über den Verbleib der Adressen zu verschaffen. Alle Informationen sollten öffentlich gemacht werden, um ein genaues Bild über die Vorgänge zu erhalten und Klarheit über die Anlage und Führung von Schwulen-Karteien zu bekommen.

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!!

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg



„Forum Homosexualität und Sozialwissenschaften"

Die bürgerliche Wissenschaft beschäftigt sich in der Regel mit dem Thema „Homosexualität" lediglich dann, wenn es gilt, neue Theorien über die Entstehung der „Abweichung vom Normalen" zu erfinden und Möglichkeiten für die „Heilung der Krankheit" zu propagieren (z.B. durch Herumschneiden im Gehirn). Das Interesse bürgerlicher Wissenschaftler an der Entdeckung des „Krankheitserregers" steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer und zielt auf eine „Abtreibung" jeglicher Form der Homosexualität. Eine neue „Theorie" zur Entstehung von Homosexualität verbreitet z.B. derzeit die Springer-Presse. Unter Berufung auf den „angesehenen französischen Wissenschaftler Professor Lejeune" fragt „Bild": **„Macht die Baby-Pille lesbisch?"** (20.9.) Der „angesehene" Professor „befürchtet": *„Wenn Mädchen zu früh - also mit 12 oder 13 - die Antibabypille nehmen, können sie lesbisch werden"*, denn *„die Hormone können das noch nicht voll entwickelte Gehirn so ungünstig beeinflussen, daß das sexuelle Empfinden vom Normalen abweicht"*. Auch die „Berliner Morgenpost" schockt ihre Leser unter der Überschrift: **„Pille in früher Jugend: Lesbisch?"** damit, daß die in der Pille enthaltenen Hormone *„das sexuelle Empfinden pervertieren"* (20.9.).

Vor diesem Hintergrund sexualfeindlichen Obskurantismus ist es zu begrüßen, daß sich eine größere Anzahl homosexueller Sozialwissenschaftler (innen) zu einem **„Forum Homosexualität und Sozialwissenschaften"** zusammengeschlossen hat, um eigene Forschungen zur (Homo)-Sexualität vorzunehmen, sie in einem größeren Kreis zu diskutieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Auf einer kürzlich in Siegen durchgeführten Arbeitstagung des „Forums" wurden von den anwesenden fünfzig Wissenschaftlern folgende Forschungsvorhaben diskutiert: *„Die Beziehungen zwischen homosexueller Emanzipationsbewegung und Arbeiterbewegung, Homosexuellenunterdrückung im Faschismus, Lebenswelt alter homosexueller Frauen und Männer, Bestimmung homosexueller Identität aus der Mann/Frau-Geschlechterrollen-Polarität."*

Im Zusammenhang mit den Forschungsvorhaben wurde in einer am Ende der Tagung vom Plenum verabschiedeten Presseerklärung festgestellt: *„In diesem Zusammenhang haben die Versammelten auch zunehmende Fälle von Homosexuellenunterdrückung, wie z.B. Berufsverbote für Homosexuelle und Unterdrückung der Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit homosexueller Aktionsgruppen diskutiert. Auf der Grundlage der Kenntnis der Ermordung tausender Homosexueller im 3. Reich sehen die Wissenschaftler diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie fordern alle fortschrittlich denkenden Menschen auf, ihnen Beobachtungen von Homosexuellenunterdrückung und Materialien darüber zugänglich zu machen und ihre Bemühungen um Emanzipation menschlicher Sexualität tatkräftig zu unterstützen."* (Presseerklärung v.25.9.77).
Kontaktadressen: Anette Holstiege, Alter Steinweg 29, 44 Münster/ Egmont Fassbinder, Moselstr. 1, 1 Berlin 41.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Neuerscheinungen zur Auseinandersetzung mit der AAO

Wer sich gründlicher mit der AAO auseinandersetzen will, der braucht sie einfach: Die Broschüre **„AAO-Gefähliche Illusionen einer heilen Welt"**(74 Seiten). Zu bestellen bei Rene Zind, Freiligrathstr.44, 6 Frankfurt/M.60 „zum Selbstkostenpreis" von 4,75 Märkern. Vorauszahlung auf Postscheckkonto R.Zind, Nr.359061-602 PSchA Ffm.

Die Broschüre enthält eine breite Zusammenstellung von Texten zur AAO (auch aus dem Ausland!) – aus der Frauenbewegung, von Sozialisten, Artikel aus den "AA-Nachrichten" und andere Selbstdarstellungen der AAO und ihrer Mitglieder. Auch aus dem ARBEITERKAMPF sind drei Artikel in die Dokumentation aufgenommen worden. Das sieht man gern!

„AAO – KO oder: wie wir uns die Befreiung nicht vorstellen" ist ein Buch (130 S.) von Hermann Klinger zum selben Thema. Zu beziehen: DM 8,- auf PSchKto. Berlin, Hermann Klinger, Nr. 415542-105 oder DM 7,- in fortschrittlichen Buchläden. Wir haben das Buch (noch) nicht selbst gesehen. Der oben erwähnte R.Zind lobt es allerdings in einer Buchbesprechung als „ausführlich und intensiv" und als „gelungene Analyse".